

Susan Neiman (Hg.)

»HIJACKING MEMORY«

Zur Instrumentalisierung des Holocaust
durch die Neue Rechte

Susan Neiman (Hg.)

»Hijacking Memory« – Zur Instrumentalisierung des Holocaust durch die Neue Rechte

Susan Neiman (Prof. Dr.), geb. 1955, war Philosophieprofessorin an der Yale University und der Tel Aviv University bevor sie 2000 Direktorin des Einstein Forums wurde. Sie ist Mitglied der Berlin-Brandenburg Akademie der Wissenschaften sowie der American Philosophical Society und Autorin von zehn Bücher, die in viele Sprachen übersetzt wurden.

Susan Neiman (Hg.)

»Hijacking Memory« - Zur Instrumentalisierung des Holocaust durch die Neue Rechte

Übersetzt aus dem Englischen von Klara Vanek

[transcript]

Diese Publikation wurde aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Technischen Universität Berlin unterstützt. Diese Publikation wurde außerdem durch Mittel des Einstein Forums, Potsdam, gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz BY-SA 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2026 © Susan Neiman (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß § 44b UrhG (Text und Data Mining) zu gewinnen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Rechteinhaber*innen untersagt.

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Druck: Druckhaus Bechstein GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839466698>

Print-ISBN: 978-3-8376-6669-4 | PDF-ISBN: 978-3-8394-6669-8

Buchreihen-ISSN: 2702-9050 | Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Einleitung

Susan Neiman 9

Teil 1: Wie instrumentalisiert man ein Verbrechen?

Wer sind die Nazis? Wer sind die Juden?

Der Holocaust im jetzt

Sander L. Gilman 27

Der Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust

Oder: Wie die europäischen Juden zu Weißen wurden

Gilbert Achcar 45

Antisemitismus in Geschichte und Politik

Omer Bartov 61

Israel als der verfolgte »kollektive Jude« unter den Nationen innerhalb der Orthodoxie des »neuen Antisemitismus«

Antony Lerman 75

Israels Politisierung des Holocausts

Avraham Burg 101

Verblendet beim Erinnern der Gegenwart? Frag Franz

Eran Schaerf 109

Vom Verleugnen zum Bekennen

Zur Transformation rechter Erinnerungskultur in Deutschland und der Notwendigkeit historischen Begreifens

Volkhard Knigge 121

Was ist schiefgelaufen?

Die Erinnerungspolitik und die Rückkehr der fremdenfeindlichen Rechten

Valentina Pisanty 153

Ein kolonialisiertes Palästina ist *die falsche* Antwort auf die Schuld der Welt

Tareq Baconi 165

Teil 2: Internationale Beispiele

Philosemitischer McCarthyismus

Susan Neiman 179

Der Antisemitismus im Rahmen des globalen Rechtsextremismus

Jelena Subotić 197

Kulturelle Verschiebungen in der Logik des Kampfes gegen Antisemitismus in Deutschland

Irit Dekel und Esra Özyürek 217

Gekapert aus der Mitte

Das Holocaustgedenken im Vereinigten Königreich

David Feldman 239

Die Singularitätsthese und die deutsche nationale Identität

Omri Boehm 251

Wie die AfD über Holocaust, Jüdinnen und Juden und Israel spricht – und schweigt

Joseph Croitoru 263

Trittbrettfahrer der Geschichte?

Komplexe Gemengelage rund um den Holocaust in Frankreich und Italien
Diana Pinto 275

Die USA als »Neues Israel«

Der Christliche Zionismus und die Neue Rechte
Philip Gorski 293

Leere Symbole

Die Erinnerung an den Holocaust in Putins Russland
Nikolaj Kaposov 317

Der Missbrauch des Holocaust und der fluide russische Nationalismus heute

Aleksandr Verchovskij 335

Jenseits der Universität

Erforschung und Gedenken des Holocaust inmitten des Kriegs in der Ukraine
Vladyslava Moskalets 351

Paradigmenwechsel im Holocaust-Gedächtnis in Ungarn

Andrea Pető 363

Wie man eine Tagung missversteht

Konstanty Gebert und Jan Grabowski 379

Wie die polnische Rechte die Geschichte der Shoah neu schreibt

Konstanty Gebert 383

»Ich akzeptiere nicht, dass ich ein Antisemit bin, wenn ich Israel kritisiere.«

Ein Gespräch zwischen Daniel Cohn-Bendit und Peter Beinart
Daniel Cohn-Bendit und Peter Beinart 401

Anhang

Biographien 421

Einleitung

Susan Neiman

Dieses Buch entsprang einer von Emily Dische-Becker, Direktorin der Diaspora Allianz in Berlin, Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, und mir als Direktorin des Einstein Forums in Potsdam konzipierten Tagung, die im Juni 2022 im Berliner Haus der Kulturen der Welt stattfand. Wir kamen über die Aktion GG 5.3: *Weltoffenheit* zusammen, die gegründet worden war, um gegen die Anwendung des 2019 vom Bundestag verabschiedeten sogenannten BDS-Beschlusses zu protestieren. Dieser Beschluss, alle Kultureinrichtungen der Bundesrepublik auf eine mögliche Nähe zur BDS-Bewegung hin zu prüfen, hatte die Direktoren von 36 führenden Institutionen alarmiert. Die *Boycott, Divestment, Sanctions*-Bewegung wurde von Palästinensern ins Leben gerufen, um eine Alternative zum Terror aufzubauen. Im Jahr 2019 wurde die Bewegung, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland praktisch unbekannt war, von der israelischen Regierung und anderen als antisemitisch eingestuft.

Mit Hilfe des gefährlich unbestimmten Begriffs »BDS-Nähe« könnte potenziell jeder, der sich Sorgen um die Rechte der Palästinenser macht, als antisemitisch abgestempelt werden. Würde man den vagen Kriterien des Beschlusses folgen, dürften weder Albert Einstein noch Hannah Arendt im heutigen Deutschland eine öffentlich finanzierte Bühne in Deutschland betreten, weil beide starke und offene Kritiker der damaligen israelischen Gewalt gegenüber Palästinenser waren. Wegen solcher Aussagen wurde *Weltoffenheit* Zielscheibe einer überraschenden Zahl von Anschuldigungen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags lieferte einen Bericht, der die Resolution als »politische Meinung« abstufte, weil sie als Gesetz nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre. Dennoch dauern die Vorwürfe, Kritik an der Resolution sei antisemitisch, bis heute an.

Überrascht von der Vehemenz der Proteste gegen den BDS-Beschluss bemühten sich viele Verteidiger der betroffenen Kultureinrichtungen zu bewei-

sen, dass sie keine Antisemiten waren; sie wollten lediglich die Freiheit von Kunst und Wissenschaft aufrechterhalten. Solche Strategien ließen die Frage offen: Ist die Erhaltung der Freiheit wichtiger als die Bekämpfung des Antisemitismus, dessen extreme Folgen wir vom Holocaust kennen? Die Autoren dieses Bandes möchten aber nicht die Gefahren des Antisemitismus gegen diejenigen der Einschränkung der Meinungsfreiheit aufwiegen. Wir nehmen beide ernst. Es geht uns vielmehr darum, ob das, was als Antisemitismus kritisiert wird, tatsächlich antisemitisch ist. Die meisten Vorwürfe gehen davon aus, dass es eine unantastbare wissenschaftliche Definition des Antisemitismus gibt. Dies ist nicht der Fall, wie mehrere Autoren dieses Bands zeigen: Die I.H.R.A.-Arbeitsdefinition des Antisemitismus, die viele Kritiker der israelischen Politik als antisemitisch erklärt, wurde als politisches Projekt ins Leben gerufen. Einer ihrer Hauptautoren, der US-amerikanische Autor und Rechtsanwalt Kenneth Stern, hat die Definition inzwischen desavouiert. Denn die I.H.R.A. definiert Antisemitismus als »eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann.« Diese erstaunlich vage und hilflose Erklärung sollte durch Beispiele geklärt werden. Problematisch ist daran, dass die Mehrheit der Beispiele die Ablehnung der israelischen Politik betreffen, nicht die Ablehnung von Juden. Kein Wunder, dass der Staat Israel versucht, diese Definition anderen Ländern aufzuzwingen.

Noch störender war die Abwesenheit der Frage: *cui bono?* Wer profitiert davon, führende kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen als antisemitisch zu diskreditieren? Diese Frage stellt sich besonders angesichts des Umstands, dass die ursprüngliche Resolution ausgerechnet von der AfD in den Bundestag gebracht worden war.

Auch nach deren erstmaligen Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 stand die Rechtspartei stark unter Vorwürfen, sich Nazi-Gedankenguts zu bedienen, was unter vielem anderen zu Querelen bei der Platzordnung führte: Keine der anderen Parteien wollte neben der AfD sitzen. Vor diesem Hintergrund war die AfD-Resolution, welche die BDS-Bewegung aus Deutschland verbannen sollte, ein kluger Versuch, sich einen Persilschein auszustellen. Einige AfD-Wahlplakate waren sogar mit Fotos von Binyamin Netanyahus Sohn Yair versehen, samt dessen Behauptung, mit der AfD würde Europa »frei, demokratisch und christlich werden«. Die Interessen beider Seiten waren dabei bedient: Die AfD will Muslime aus Europa vertreiben, der Zionist will Juden nach Israel bewegen.

Aber noch gefährlicher als die antimuslimischen Töne, die deutlich aus der AfD zu vernehmen waren, war der Versuch, sich durch die Verteidigung der is-

raelischen Regierung Distanz von den Neonazis zu verschaffen. Einst war der Antisemitismus eine Haltung, die meist rechts verordnet war. Ob bei Kosaken, Ku-Klux-Klan oder Nazis, der Judenhass wuchs auf einem rechtsnationalistischen Boden, der auch *People of Color* ausschloss. Wie Gilbert Achcar zeigt, wurden Juden bis tief ins 20. Jahrhundert als nicht-weiß kodiert. Seit zwei Jahrzehnten gibt es eine überraschende Entwicklung: Rechtsparteien, die deutlich rassistische Züge zeigen, sich aber auch als Akteur gegen den Antisemitismus darstellen.

Die am 30.4.2019 von der AfD in den Bundestag gebrachte Resolution war also ein geschickter Schachzug. Plötzlich mussten andere Parteien befürchten, als weniger judenfreundlich als die AfD dazustehen – eine Partei, dessen damaliger Co-Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland im Jahr 2018 die Nazizeit bekanntlich als »Vogelschiss« bezeichnet hatte. Meinungsforscher stellen immer wieder fest, dass AfD-Mitglieder am häufigsten antisemitischen Aussagen zustimmen. Es wurde leider niemals gefragt, weder im Bundestag noch in der Presse, warum eine Partei, die hart am Rand des Rechtsradikalismus steht, eine solche Resolution vorschlägt. Die anderen Parteien ließen sich einschüchtern. Die Vorstellung, antisemitisch genannt zu werden, führte die fünf anderen Parteien flugs dazu, am 15.5.2019 eine ähnliche Resolution zu verabschieden.

Die Taktik der AfD ist so neu, wie sie international verbreitet ist. Der Rechtsnationalismus wäscht sich vom Vorwurf der Faschismusnähe rein, indem er sich der Interpretation des Massenmordes an den Juden als singuläres Menschheitsverbrechen anschließt. Die Rechten, die in Wahrheit fraglos ganz klassische Antisemiten sind, haben sich dabei einem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben, dessen Prüfstein die bedingungslose Loyalität zu Israel ist. Als uns allmählich klar wurde, wie verbreitet diese Taktik ist, haben Emily Dische-Becker, Stefanie Schüler-Springorum und ich beschlossen, eine Tagung zu veranstalten, die die Instrumentalisierung des Antisemitismus in 17 Ländern untersucht.

Schon die Ankündigung der Tagung wurde von einigen als mutig eingestuft, während andere sie selbst des Antisemitismus verdächtigten. Letztere Reaktion spiegelte genau die Probleme wider, die wir untersuchen wollten. Die bloße Frage danach, warum die Rechten sich plötzlich mit Verweis auf den Holocaust als treueste Verteidiger Israels darstellen, wurde als antisemitisch abgetan. Dennoch waren die ersten Medienechos nach der Konferenz insgesamt positiv. Über vier Tage hinweg diskutierten 40 Redner verschiedene Aspekte der Instrumentalisierung von Erinnerungspolitik. Wir nahmen die

Mechanismen der hier skizzierten Instrumentalisierung in den Blick, analysierten die jeweiligen Besonderheiten und Verwerfungen in verschiedenen Ländern und versuchten, etwaige transnationale Dynamiken und Radikalisierungen herauszuarbeiten. Die Tagung war gut besucht, die Gespräche waren lebhaft, die Meinungsunterschiede wurden nicht polemisch. Da bis dahin niemand die Problematik untersucht hatte, kamen mehrere Zuhörer extra aus New York und Tel Aviv angereist. Und da etwa die Hälfte des Publikums jüdisch war, konnten wir am Dach des Hauses der Kulturen der Welt beim Sonnenuntergang einen Schabbat Gottesdienst, geleitet von Peter Beinart, genießen.

Gegen Ende der Tagung gab es dennoch einen Eklat. Zwei der Beitragenden, der Historiker Jan Grabowski und der Autor Konstanty Gebert, beide Juden aus Polen, lasen einen kurzen Text vor, der die Rede von Tareq Baconi als unangebracht kritisierte. Das hätte keine schweren Folgen haben müssen, es wurde aber von einem Journalisten des Springer-Verlags aufgegriffen und dazu benutzt, die gesamte Tagung zu diskreditieren. Danach wurde sie u.a. auch von dem Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland angegriffen. Das ging so weit, dass er vor dem Bundestag einen »selbstreinigenden Prozess der Kultureinrichtungen« forderte, samt Absetzung der verantwortlichen Direktoren. Weil die mediale Behandlung der Tagung selbst von Interesse sein mag, wird ein Beitrag von Gebert und Grabowski, der die Vorgänge aus deren Sicht beschreibt, in diesem Band nach dem Beitrag von Baconi abgedruckt.

So wurde die Tagung, die wesentlich in diesem Band wiedergegeben wird, zum Objekt des philosemitischen McCarthyismus, der in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland stetig gewachsen ist. Sie fand anderthalb Jahre vor dem grausamen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 statt. Einige Autoren wollten ihre Beiträge aktualisieren, um die Folgen des Massakers zu berücksichtigen. Doch die meisten Beiträge wurden vor dem Krieg geschrieben und stehen als Zeugen eines Problems, das durch Massaker und Krieg nur größer, aber nicht wesentlich anders, geworden ist. Die Themen, die wir auf der Konferenz behandelten, erweisen sich auch heute als erstaunlich aktuell.

Wie der israelische Journalist Gideon Levy der *Berliner Zeitung* sagte: »Zu behaupten, jede Kritik an Israel sei antisemitisch, ist äußerst effektiv. Dann dreht sich der ganze Diskurs um eure Verbrechen, nicht um unsere. Diese Strategie wirkt. Sie hat Europa und besonders Deutschland gelähmt. Es ist ein zynisches, aber effektives Propagandamittel.«

Leider hat die zweite Amtszeit von Donald Trump sehr deutlich gemacht, was wir damals umrissen haben: die gefährliche Macht der Instrumentalisierung eines echten Problems, des Antisemitismus, für Zwecke, die man nur noch perfide nennen kann. Donald Trump als Beschützer der Juden: Wer hätte das gedacht? Sicherlich niemand, der sich daran erinnert, wie er vor nicht langer Zeit Fackeln tragende Neonazis abfeierte. Als letztere 2017 mit der Parole »Juden werden uns nicht ersetzen« in Virginia aufmarschierten, konstatierte der damalige Präsident, es gebe »sehr feine Leute auf beiden Seiten«. Seit Jahren bedient er sich antisemitischer Stereotype und unterstützt prominente Ku-Klux-Klan Mitglieder und Holocaust-Leugner. Insofern war sein Kommentar zum Anschlag von Charlottesville, als ein Neonazi in eine Menschenmenge fuhr, eine Frau tötete und 19 Menschen verletzte, wenig überraschend. Die große Mehrheit amerikanischer Juden hatte schon damals seinen Antisemitismus durchschaut. In den drei Wahlkämpfen Trumps, die wir nun hinter uns haben, haben sie jeweils mit 70–75 Prozent demokratisch gewählt. Trump hat sich darüber beschwert: Warum sind die Juden so undankbar, nach allem, was er für sie getan habe? Offensichtlich wusste er nicht, dass eine Mehrheit amerikanischer Juden die rechteste israelische Regierung aller Zeiten genauso ablehnt wie die Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaat, ob in Amerika oder Israel.

Nun versucht er, die großen Universitäten der USA an die Kandare zu nehmen – unter dem Vorwand, sie seien antisemitisch. Seine Motive sind vielfältig. In seinem ersten Wahlkampf sagte er öfters: »Ich liebe ungebildete Leute.« Lügen sind natürlich leichter zu durchschauen, wenn man einen robusten Begriff von Wahrheit hat – den man an Universitäten lernen kann. Dazu kommt: Selbst als Präsident bekam Trump die Verachtung der Bildungseliten zu spüren. Als das Weiße Haus 2017 das Guggenheim-Museum um die Leihgabe eines Van-Gogh-Gemäldes bat, bot das Museum stattdessen ein vergoldetes Klo an. Kontrolle über Universitäten wie Harvard auszuüben, wäre Trumps exquisite Rache.

Es gibt noch bessere Gründe für Trump, sich als Antisemitismus-Bekämpfer aufzuspielen. Denn wer »für die Juden« ist, kann doch kein Nazi sein, oder? So banalisiert man allerdings den Faschismusbegriff völlig. Bis heute scheinen wenige begriffen zu haben, dass die bedingungslose Unterstützung der Interessen der israelischen Regierung auch dazu dienen kann, andere Formen des Rassismus salonfähig zu machen. Trump zeigt genau, wie das gemacht wird.

Vor allem in Deutschland wird darauf bestanden, dass Antisemitismus nicht eine Form des Rassismus sei – als ob Rassismus nicht schon übel genug

wäre. Die Debatte über die Singularität des Judenhasses gibt es auch unter Juden. Nationalistische Juden behaupten, dass es nie zuvor ein vergleichbares Verbrechen gab, genauso wie nationalistische Afroamerikaner, etwa Afro-pessimisten, behaupten, dass die rassistischen Verbrechen gegen Schwarze älter, schwerer und dauerhafter als alle anderen sind. Für Universalisten, ob jüdisch, schwarz oder sonst was, ist solche Opferkonkurrenz aber unsinnig: Sie schwächt die Solidarität, die wir brauchen, um gemeinsam gegen alle Formen des Rassismus zu kämpfen.

Seit der deutschen BDS-Resolution 2019 werden ständig mehr Antisemitismusbeauftragte berufen, ständig neue Resolutionen verabschiedet. Obwohl keine von ihnen mit dem Grundgesetz vereinbar ist, haben sie eine fatale Wirkung: Sie schaffen vorauseilenden Gehorsam unter verängstigten, wohlmeinenden Kulturbeamten. Deutsche Ängste sind verständlich. Jahrzehnte waren nötig, bis die (West)Deutschen ihre Haltung als Opfer des 2. Weltkriegs zugunsten der Rolle der Täter aufgaben. Heute gehen einige so weit, sich selbst als Tätervolk und ihr Land als Täternation zu bezeichnen. Wer so denkt, kann sich die Juden nur noch als Opfervolk vorstellen.

Doch die großen deutsch-jüdischen Denker, von Moses Mendelssohn bis Hannah Arendt, haben die Juden nie als Opfervolk betrachtet. Sie alle standen fest in der universalistischen jüdischen Tradition, die im 2. Buch Moses verankert wird: Weil wir Fremde in Ägypten waren, sagt der Herr, wissen wir, wie das Fremdsein sich anfühlt, und sollen die Fremden beschützen. Universalistische Juden wie Mendelssohn, Einstein, Benjamin oder Arendt werden mit Straßennamen, Briefmarken und Ausstellungen geehrt, während ihre politischen Überzeugungen vergessen sind. Denn jeder, der heute von universellen Menschenrechten spricht, muss auch von den Palästinensern sprechen, deren Rechte täglich mit Füßen getreten werden – mithilfe von deutschen und amerikanischen Waffen, die angeblich zum Schutz der Juden geliefert werden müssen. Wer dagegen protestiert, gilt in Deutschland als antisemitisch – oder, wenn sie jüdisch sind, als etwas weniger jüdisch, denn echte Juden fügen sich in das Opferdasein, das perfekt zum deutschen Täterdasein passt.

Angesichts des historischen Ausmaßes der deutschen Verbrechen gegen die Juden könnte es dennoch als sinnvoll erscheinen, die Sicherheit jüdischen Lebens als oberstes Gebot – nennen wir es Staatsräson – zu betrachten. Wird aber das jüdische Leben in Amerika oder Deutschland durch Maßnahmen wie die Lieferung von Waffen an Israel tatsächlich sicherer?

Dafür gibt es keine Beweise, sehr wohl aber steigende Zahlen von antisemitischen Taten rund um die Welt. Staatlich verordnete Tugenden, Verbote und

Sprachregelungen führen weniger zur Antisemitismusbekämpfung als zu Fragen: Wie kommt es, dass eine kleine Minderheit in der Lage ist, mächtige Länder wie Amerika und Deutschland nach ihren Interessen zu biegen? So werden alte antisemitische Klischees der Weltverschwörung zu neuem Leben erweckt. Es hilft nicht, dass wenige wissen, wer die stärksten Unterstützer der US-amerikanischen Israel-Politik sind: nicht die amerikanischen Juden, sondern die etwa 40 Millionen Evangelikalen sind es, die zu den mächtigsten Beeinflussern in Washington gehören – wie der Beitrag von Philip Gorski zeigt.

Eine alte jüdische Redensart fragt: Mit solchen Freunden, wer braucht noch Feinde? Der Antisemitismus wird nicht wirklich bekämpft, sondern, im Gegenteil, von Maßnahmen gefördert, die angeblich zu seiner Bekämpfung eingesetzt werden. Es geht nicht nur darum, dass Juden besonderen Schutz genießen sollen, während andere Minderheiten diskriminiert, mundtot gemacht, gar deportiert werden. Noch schlimmer sind die Gründe für diese Deportationen: Proteste gegen die mörderischen und menschenrechtswidrigen Bedingungen, die seit Herbst 2023 in Gaza herrschen. Wer die Proteste dagegen als antisemitisch diffamiert, wirft alle Juden mit Netanyahus Regime in einen Topf. Wer soll sich da noch wundern, dass der Antisemitismus steigt?

Die Autoren dieses Bandes gehen nicht davon aus, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus nur auf der politischen Rechten verortet wird. Allerdings eint die Beitragenden die Überzeugung, dass die Erinnerung an die ermordeten Juden Europas nicht denjenigen überlassen werden darf, zu deren Programm weiterhin, wie vor bald hundert Jahren, ethno-nationalistische Politik und rassistische Ausgrenzung zählen.

Teil 1 dieses Buches analysiert das Phänomen der Instrumentalisierung im Allgemeinen, während die Beiträge des zweiten Teils Fallbeispiele in verschiedenen Ländern beschreiben.

Teil 1: Wie instrumentalisiert man ein Verbrechen?

Sander Gilman eröffnet die Tagung mit der Frage: »Wer sind die Nazis? Wer sind die Juden?«, um auf die Beweglichkeit und den Missbrauch von Nazi-Vergleichen hinzuweisen. Er meint, der Holocaust funktioniert inzwischen als freischwebender Signifikant, dessen Bedeutung von der jeweiligen politischen Situation abhängt. Die Begriffe sind heute so sehr in den symbolischen Systemen zerronnen, dass sie wenig mit Nazis oder Juden zu tun haben – aber immer unsere Aufmerksamkeit lenken. Er zeigt, wie sehr die Bedeutungen

sich ändern. Anna Freud z. B. betreute während des Zweiten Weltkrieges in London Kinder, die entweder Teil eines Kindertransports waren oder von dem Bombenblitz betroffen wurden. Dennoch spielten sie »Nazis und Juden«, und jedes Kind wollte Nazi sein. Heute will jeder Jude sein. Auch die gelben Sterne der Ungeimpften zeigen, wie gern diese Opferrolle angenommen wird. Aus diesen und vielen anderen Beispielen schließt Gilman, dass der Holocaust nicht als moralischer Impfstoff funktioniert.

Gilbert Ashcar weist darauf hin, dass das Verständnis von Juden als Weiße ein neues ist. Als Nichtweiße waren Juden immer Zielscheibe der europäischen Rechten. Erst das schlimmste Unglück der jüdischen Geschichte, der Holocaust, hat zur Anerkennung der Juden geführt und sie den christlichen Europäern gleichgestellt. Diese Weißwerdung der Juden fiel mit einer Verschiebung der Bedeutung des Holocaust zusammen. Der Holocaust wurde nicht mehr als ein ungeheuerliches Beispiel für die Folgen des Rassismus, sondern als ein Sonderfall verstanden. Die Anerkennung des Staates Israel, der diese Deutung des Holocausts annahm, folgte darauf.

Omer Bartovs Beitrag leitet in der Geschichte des Antisemitismus ein und betont, dass die Bezeichnung von Antisemitismus als »der längste Hass« ahistorisch ist. Juden waren zwar eine ungeliebte Minderheit in einem christlichen Universum, ihre Beziehungen zur nichtjüdischen Welt waren jedoch komplex. So war es erst die Säkularisierung, die es Juden erlaubte, in die europäische Welt einzusteigen, was auch den Beginn des modernen Antisemitismus bedeutete. Ihre Assimilation in die Gesellschaft als separates Volk machte die Juden zu einem bedrohlichen Anderen in einer sich schnell verändernden Welt. Erst in den 1870er Jahren kam der Begriff des Antisemitismus auf. Auch wenn er sich alter antisemitischer Bilder, die aus theologischer Propaganda kommen, bedient, ist der moderne Antisemitismus ein Kind seiner Zeit.

Juden definieren ihr Jüdischsein auf vielfältige Weisen, aber weder der Antisemitismus noch der Holocaust haben die Funktion, die jüdische Identität zu begründen. Der politische Gebrauch von Antisemitismus, der zurzeit von dem Staat Israel ausgeht, ist demnach oft zynisch und nie legitim. Dennoch bleibt Bartov besorgt über den Anstieg des Antisemitismus in Europa – oft als freundlicher Philosemitismus getarnt. Die Behauptung von Israel und seinen Verteidigern, dass Kritik an der israelischen Politik antisemitisch sei, feuert die Argumente der Antisemiten an.

Antony Lerman erzählt die Geschichte der I.H.R.A.-Definition des Antisemitismus und zeigt dabei, wie der Antisemitismus neu definiert wurde. Eine Erosion der Unterstützung für Israel und den Zionismus in den 1980er Jahren

führte zu mehreren Zusammenkünften von Politikern und Intellektuellen. Unter der Schirmherrschaft des israelischen Präsidenten war das Ziel, die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus festzulegen. Vor 1988 wollte Israel sich nicht mit Antisemitismus beschäftigen, wie Lerman aus seiner eigenen Arbeit am Londoner Institute of Jewish Affairs, dessen Schwerpunkt der globale Antisemitismus war, erlebte. Die israelische Regierung hatte kein Interesse daran, jüdische Gemeinschaften vor dem Antisemitismus zu schützen, sondern wollte allenfalls zionistische Emotionen und jüdische Einwanderung fördern. Der Druck, die I.H.R.A.-Definition als international akzeptiert festzulegen, kam aus dieser Ecke. Die Definition, so Lerman, sei weder wissenschaftlich fundiert, forschungsbasiert, betroffenenorientiert oder frei von politischen Erwägungen. Die Selbstdarstellung von Israel als dem immer verfolgten Kollektiv der Juden unter den Nationen kann nur dazu führen, dass Israel der Welt trotzt. Nach der I.H.R.A.-Definition wären mindestens zwei der größten jüdischen Theologen des 20. Jahrhunderts, Abraham Joshua Heschel und Yeshayahu Leibowitz, antisemitisch.

Auch **Avraham Burg** schreibt über die Politisierung des Holocausts in Israel. Der Autor und Politiker, dessen Leben tief mit der Geschichte des Landes verwoben ist, zeichnet nach, wie der Holocaust erst spät zum zentralen Narrativ der israelischen Politik wurde. Für Netanyahu ist jedes Jahr 1938, jeder Feind Hitler. Auch in der Armee ist der Holocaust immer präsent. Burg zeigt, wie diese Prägung auf die israelische Wahrnehmung des 7. Oktobers 2023, dem schlimmsten Massaker der israelischen Geschichte, wirkte. Der Autor von *The Holocaust is Over: We Must Rise from its Ashes* (dt.: *Warum Israel sich endlich von dem Holocaust lösen muss*) schließt mit dem Plädoyer, falsche Vergleiche aus dieser Prägung wachsen zu lassen.

Eran Schaerf problematisiert das Erinnern des Holocausts, sowohl in Israel als auch in Deutschland, in literarischer Form: »Zwei Staaten, die sich gegenseitig versprechen zu erinnern und das Versprechen ausschließlich auf sich beziehen.« Schaerf schreibt einen imaginierten Dialog mit dem Schriftsteller Franz Werfel, der über den Genozid an den Armeniern einen Roman schrieb. Schließlich plädiert der israelische Künstler dafür, Hannah Arendt zu entkanonisieren, damit man sich wieder mit ihr auseinandersetzen kann.

Volkhard Knigge schreibt über die rechte Erinnerungskultur in Deutschland und die Ausweitung der Grenzen des Sagbaren. Früher haben die Rechten den Holocaust verleugnet; dagegen schien es sinnvoll, die Erinnerung daran zu pflegen. Mit dem Umschlagen der Verleugnung des Holocausts in ein Bekennen ist es nicht mehr möglich, einfach an die Erinnerung zu appellieren.

Knigge will die Verleugnung der Realität von Auschwitz, bekannt durch David Irving, nicht verharmlosen, denn noch ist sie virulent. Aber er nutzt seine Erfahrung als langjähriger Direktor der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora, um auf andere Probleme hinzuweisen. Besucher der Gedenkstätten sind u.a. ehemalige Angehörige der SS sowie andere, deren Kleidung auf Nazi-Symbolik anspielen, und sie schreiben Naziparolen in Besucherbücher; Selbstinszenierungen werden wie Trophäen ins Internet gestellt. Ihr Einfluss wird nicht nur auf rechte Terroristen wie die NSU beschränkt. Vor allem seit dem Anstieg der AfD werden Begriffe der Rechte auch durch die Mitte legitimiert. Knigge will das Zauberwort »Erinnern« entzaubern, weil es nicht funktioniert. Erinnern garantiert nicht, dass man die richtigen Lehren aus der Geschichte zieht, wie die Rechte heute zeigen. Stattdessen plädiert er für eine kritische historische Urteilskraft, die überprüfbar ist und produktiver für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit – vor allem, weil kritische Urteilskraft uns begreifen lässt, wie gefährdet wir vom Nazi-Gedanken-gut noch sind.

Auch **Valentina Pisanty** glaubt, dass die Erinnerungspolitik gescheitert ist. Die Erinnerung an die Shoah wird oft mit autoritären Mitteln gefordert, dazu werden die Zeitzeugenberichte sakralisiert. Menschen werden aufgefordert, sich mit Hilfe von Formeln wie »Wir sind alle Anne Frank« mit den Opfern zu identifizieren. Alle Parteien im ehemaligen Jugoslawien formulierten ihre territorialen Ansprüche in einer Opferterminologie, die am Holocaust ausgerichtet war, was nicht half, die Konflikte zu verstehen. Pisanty erinnert, wie andere Autoren, an Tony Judts Behauptung, dass die europäische Eintrittskarte nach dem Ende des Kommunismus die Anerkennung des Holocausts ist. Für Pisanty illustriert diese den Triumph des Liberalismus und das Ende der Geschichte. Sie fragt nach den Gesetzen gegen Holocaust-Leugnung: Ging es den Gesetzgebern um den Kampf gegen Rassismus oder um den Wunsch, interne Konflikte nach außen zu verlagern? Schließlich zeigt die Autorin, wie Gesetze, die die Verharmlosung von sowjetischen Verbrechen in Tschechien, Litauen, Slowenien und Polen verbieten, für eine Relativierung des Holocausts missbraucht werden können.

Jelena Subotić analysiert Antisemitismus als eine Verschwörungstheorie, die zusammen mit anderen rechtspopulistischen Theorien wächst. Die anhaltende Macht des Antisemitismus liegt in seiner Fähigkeit, die Juden zu allen zu machen, wogegen der Antisemit gerade kämpft – sei es Kommunismus oder Kapitalismus, Feminismus oder Multikulturalismus. Derzeit werden Juden zu Symbolen der Zerstörung des Kapitalismus. Dies erläutert sie am Beispiel Ge-

orge Soros, vor allem wegen des globalen Charakters der Anti-Soros Verschwörungen, die von Malaysia über Israel bis in die USA reichen. Die Aufmerksamkeit auf Soros ähnelt der früheren Aufmerksamkeit auf Figuren wie den Rothschilds: Es gibt Juden, die für alle Übel der Welt verantwortlich seien. Neu an diesem Muster ist ein pro-israelischer Antisemitismus, der selten erforscht wird. Politiker wie Orbán, Bolsonaro oder Trump benutzen eine neue Strategie: Juden seien, wie Geert Wilders behauptet, »die erste Verteidigungslinie des Westens gegen Islam«. Subotic beschreibt schwedische und belgische Rechtsparteien, die bewusst Israel unterstützen, um ihre antimuslimischen Positionen zu verteidigen und sich von dem Verdacht des Neonazismus zu befreien. Die Affinität der Rechtsparteien zu dem zunehmend national-autoritären Israel machen diese Parteien nicht zu Philosemiten. Eher, so die Autorin, verhüllen sie ihren Antisemitismus mit einer israelischen Fahne.

Tareq Baconi argumentiert, dass der Versuch Israels, der I.H.R.A.-Definition internationale Gültigkeit zu verleihen, nichts mit Antisemitismus zu tun hat. Genauso wie in den Abraham-Abkommen geht es letztlich um Geopolitik, wobei rechte, häufig rassistische Regime nützliche Verbündete eines zunehmend rassistischen Israel sind. Baconi warnt vor Kollateralschaden, der ausgerechnet jüdische Gemeinden als Sündenböcke treffen können. Die israelische Behauptung, dass die UNO und die BDS-Bewegung antisemitisch seien, macht Bemühungen zur Bekämpfung des Rassismus zur Farce. Der Autor protestiert gegen die Unsichtbarkeit der Palästinenser bei relevanten politischen Entscheidungen und die Tatsache, dass die Schuld der Europäer für den Holocaust auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen wird. Schließlich appelliert er an andere Palästinenser, sich nicht vom Vorwurf des Antisemitismus einschüchtern zu lassen.

Wie in der Einleitung geschildert, hat Baconis Beitrag zu Protest geführt – wie auch zur Verzerrung dieser Proteste in den Medien. Deshalb folgt sein Beitrag einer Aussage der beiden Protestierenden, Konstanty Gebert und Jan Grabowski.

Teil 2: Internationale Beispiele

Susan Neiman beginnt mit einer Würdigung der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung. Schließlich hat kein anderes Land je versucht, seine Verbrechen zum Mittelpunkt seiner nationalen Identität zu erklären, auch wenn es vierzig Jahre gedauert hat, bis Westdeutschland dies tat. Neiman weist darauf hin,

dass der viel geschmähte Antifaschismus der DDR dem Westen in vielerlei Hinsicht voraus war, auch wenn die DDR ihre antifaschistische Geschichte selbst oft instrumentalisierte. Das Narrativ, das sich die DDR zu eigen machte, folgte dem bekannten Gedicht von Martin Niemöller: »Erst holten sie die Kommunisten« usw. Heute wird dieser Fokus als antisemitisch gedeutet; man kann ihn aber auch anders verstehen. Neiman resümiert die Geschichte der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten und zeigt, wie diese Auseinandersetzungen seit 2019 zu einer fatalen Instrumentalisierung führten.

Omri Boehm will die Entführung der Vernunft durch die Erinnerung beschreiben. Dazu resümiert er den Historikerstreit und die daraus resultierende Singularitätsthese, die zum deutschen Konsens gewordene Behauptung, dass der Holocaust unvergleichbar sei. Boehm kritisiert Jürgen Habermas für seine Weigerung, die israelische Politik »als privater deutscher Bürger« zu kommentieren. Schließlich sei der führende deutsche öffentliche Intellektuelle kein Privatbürger. Die Zensur bestimmter Kritik zeigt, wie grundlegende universalistische Prinzipien durch die Autorität der Erinnerung gekapert sind. Nach Boehm ist ein zugleich jüdischer und demokratischer Staat ein Widerspruch in sich. Er argumentiert für die Verwendung des Begriffs »Apartheid«. Habermas' Begriff des Verfassungspatriotismus wird untergraben, wenn die Deutschen die selbstverständliche Wahrheit, dass alle Menschen gleich sind, aufgeben.

Joseph Croituru zeichnet akribisch nach, wie die AfD zum Paradebeispiel des Problems, das von diesem Band untersucht wird, geworden ist. Er beschreibt, wie sie von einer rechtsliberalen EU-skeptischen Partei zu einer rechtsnationalen Partei wurde. Ihre Geschichtspolitik, immer ein AfD-Schwerpunkt, wird von dem Wunsch getrieben, Deutschland von der NS-Geschichte zu befreien – auch wenn sie gewisse Aussagen in diese Richtung nach Kritik milderte. Die Taktik, sich als besonders judenfreundlich zu stilisieren, wird nachgegangen. Schließlich zeigt Croituru, wie der amtierende Antisemitismus-Beauftragte der Bundesrepublik, Felix Klein, der AfD vorschlug, den BDS-Beschluss in den Bundestag zu bringen.

Irit Dekel und **Esra Özyürek** untersuchen die Methoden der »Recherche und Informationsstelle Antisemitismus« (RIAS), der meist zitierten deutschen Quelle für Auskunft über antisemitische Taten. RIAS behauptet, die meisten Vorfälle seien als links, muslimisch und israelbezogen zu verstehen. Dennoch bleiben die Hintergründe äußerst intransparent. Die Logik, welche die jüngsten Zunahmen an Vorwürfe des Antisemitismus unterfüttert, hat sich entwi-

ckelt als Teil einer spezifischen politischen Kultur, die den Holocaust als einzigartiges Gründungsereignis im Nachkriegsdenken sieht und das Gedenken daran als zentral für die deutsche Demokratie. In den Zügen dieser Entwicklung, meinen die Autorinnen, werden ständig neue antisemitische Bedrohungen identifiziert. So sind sie überzeugt, dass die Logik der Zunahme der Vorwürfe an *people of color* – vor allem muslimische Migranten – in der Holocaust Erinnerungskultur eingeht, um sie gleich als antisemitisch auszuschließen.

David Feldman berichtet von der Schulbildung in Großbritannien, wo der Holocaust nun eine wichtige Rolle spielt, obwohl die britische Regierung des Holocausts lange nur halbherzig gedachte. Er zeigt die Entwicklung des dortigen Gedenkens seit den 90er Jahren, sowohl von Labour als auch von den Tories. Schwerpunkte der Lehre, die Schüler aus dem Holocaust ziehen sollen, seien Toleranz und Empathie, also individuelle Verantwortung. Das soll dazu beitragen, britische Identität zu fordern, da das Land durch viele Einwanderungen aus den ehemaligen Kolonien verändert wurde. Feldman vermisst aber einen Hinweis auf die Rolle des Staats in der Entwicklung des Antisemitismus. Er meint, diese Lücke trägt zur Gleichsetzung von Antisemitismus und Zionismus bei. In Großbritannien ist es leichter, schreibt der Historiker, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen als mit britischen Formen des Rassismus.

Diana Pinto findet die Metapher des »Kaperns« der Holocaust-Erinnerung ungenügend. Für die Fälle Frankreichs und Italiens schreibt sie lieber von Trittbrettfahren. Die Historikerin führt uns durch die (Nach-)Kriegsgeschichte der beiden Länder, die ihre Vergangenheit während der Kriegsjahre auf unterschiedliche Weise verklärt haben. Erst 1995 hat Präsident Jacques Chirac öffentlich gestanden, dass die Deportation französischer Juden nach Auschwitz von dem französischen Staat durchgeführt wurde. Die Nachkriegsordnung in beiden Staaten wurde auf dem Glaubenssatz gegründet, der Widerstand habe den wahren Geist ihrer Nationen verkörpert. Italiens neuen Rechte haben allerdings schon 2003 die faschistischen Rassengesetze von 1938 verurteilt. Bei Marine LePen dagegen fehlt immer noch eine deutliche Anerkennung der Gräueltaten des Holocausts. So meint Pinto, dass Meloni eine bessere Option für Europas neue Rechte sei, jedenfalls im Vergleich zur französischen *Front National*.

Philip Gorski schreibt eine Analyse der christlichen Zionisten, die wichtigsten Unterstützer der US-Israelpolitik. An mehreren Beispielen zeigt er, wie viele Republikaner von einer theologischen bzw. eschatologischen Ideologie angetrieben werden. Die christlichen Zionisten sind ein globales Phänomen, auch wenn sie am stärksten in den USA in Erscheinung treten. So behauptet

tet John Hagee, einer der Begründer der Bewegung, dass die militärische Unterstützung den USA kollektiven Segen verschafft. Die Anziehungskraft des christlichen Zionismus liegt tief in der amerikanischen Geschichte. Die ersten europäischen Siedler verstanden sich als neues, auserwähltes Volk. Erst im 20. Jahrhundert begannen konservative Christen, sich der Apokalyptik anzuschließen. Gorski unterscheidet zwischen verschiedenen Strömen der christlichen Zionisten. Trotz der Versuchung, solche Menschen als irreführende religiösen Spinner abzutun, zeigt Gorski, wie einflussreich sie sind. Christlicher Zionismus dient als Schutz gegen Antisemitismuskritik. Dabei verbirgt sich eine Theologie, in der Juden nach der Apokalypse entweder zum Christentum konvertieren oder in die Hölle gehen. Als Gorski seinen Text schrieb, war es noch nicht klar, dass Trumps Botschafter in Israel Mike Huckabee sein wird – ein glühender Anhänger dieser Ideologie.

Nikolai Kuposov beschreibt die hochkomplexe Entwicklung des Holocaust-Gedenkens in Russland. Ihm ist klar, dass der Kreml die Shoah massiv dafür nutzt, seine imperialistische Agenda voranzutreiben. Für Moskau ist das Gedenken an den Holocaust vorteilhaft, weil die Nazis viele Verbündete in Osteuropa fanden. Putins Ideologen lassen keine Gelegenheit aus, Polen, Ukraine oder Litauen zu beschuldigen, am Holocaust beteiligt zu sein. Russlands enge Beziehungen zu Israel, die unter Sharon und Netanyahu aufgebaut wurden, trugen auch dazu bei, die Erinnerung am Holocaust zu instrumentalisieren. Zu Sowjetzeiten war der Holocaust nur ein Beispiel unter vielen Instanzen des Massenmordes, den die Nazis an anderen Völkern begangen haben. Kuposovs Text ist ambivalent: auch wenn er das jüngste Holocaust-Gedenken in Russland als Fortschritt beurteilt, ist der Zweck des Gedenkens in Putins Russland manipulativ.

Alexander Verchovskij konstatiert, dass Antisemitismus unter russischen Nationalisten zurückgegangen sei. Es gibt viele Hassreden, auch gegen Juden, aber unter den jetzigen Bedingungen seien belastbare Daten unmöglich zu sammeln. Das Zentrum für Information und Analyse (SOVA), dem Verchovskij vorsteht, verzeichnet 184 Urteile öffentlicher Hassreden in der letzten Zeit. Das Thema Holocaust kommt in der Propaganda der Ultrarechten selten zum Vorschein. Einige Beispiele rechter Holocaust-Leugnung werden analysiert. So sieht Verchovskij zwar eine Instrumentalisierung des Holocausts, die selten mit Antisemitismus gekuppelt ist. Allerdings darf niemand den Stalinismus mit dem Nationalsozialismus vergleichen, Juden wurden dafür besonders bestraft. Seit dem 24. Februar 2022 sind allerdings Vergleiche der Handlungen der Kiewer Regierung mit dem Holocaust hoffähig geworden; nach russi-

scher Propaganda rettet Russland die Opfer eines neuen Holocausts. Der Autor meint, durch den ständigen, unangemessenen Gebrauch von Ausdrücken wie »Nazismus« und »Holocaust« wird nur weiterer Antisemitismus hervorgerufen.

Vadyslyva Moskalets schreibt über die Rolle des Holocausts in der Ukraine seit dem russischen Angriffskrieg. Während die russische Propaganda viel Mühe daraufverwendet, das Bild von Ukrainern als Nazis aufzubauen, erleben die Ukrainer die Gräueltaten des Krieges, die den Holocaust wieder ins Gedächtnis rufen, am eigenen Körper. Die Historikerin versucht, diese Diskussionen nachzuzeichnen, sowohl in Bezug auf jüdische Studien als auch außerhalb der Universitäten. Im öffentlichen Diskurs ist der Ausdruck »nie wieder« problematisch geworden, da viele Ukrainer dieses Schlagwort als scheinheilige Phrase verachten. Trotz offensichtlicher Verbrechen gegen die Menschheit ist die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage, angemessen zu reagieren.

Andrea Peto behauptet, der illiberale Staat Ungarns hat keine Ideologie, sondern nur eine Erinnerungspolitik. Dies gilt besonders für die Instrumentalisierung des 2. Weltkriegs. In den Ländern der ehemaligen Sowjetblocks wurde nach 1989 der Antikommunismus zur wichtigsten politische Legitimitätskraft. Demnach waren die Länder doppelte Opfer: erst von der deutschen Besatzung, dann von der sowjetischen. Als Beispiel nimmt sie das wichtige Gedenkjahr 2014, während dessen die ungarische Regierung, jüdische Organisationen, die Zivilbevölkerung und Historiker im Interessenkonflikt standen. Der Absicht der Regierung war, das Erinnern auf die Gesamtgesellschaft auszuweiten, wie es zuvor schon in Polen geschah. Mit der Kanonisierung der Theorie der doppelten Besatzung wurde alle Verantwortung auf die Besatzer geschoben. Bisher haben internationale Organisationen dieses Narrativ der ungarischen Regierung stillschweigend akzeptiert.

Konstanty Gebert zeigt, wie stark antisemitische Propaganda in Polen noch verbreitet ist, bis hin zu der Parole »Die Juden sind die Hyänen des Holocausts«. Dabei wird fälschlicherweise ehemaligen polnischen Juden unterstellt, Geldforderungen in Milliardenhöhe an Polen zu stellen. Diese Unterstellung wurde dann von amtierenden Politikern wie Kaczynski benutzt, um alte polnische antisemitische Klischees zu rehabilitieren. Polen will sich dabei als völlig unschuldig an dem Mord der Juden darstellen, gar jede Verbindung zwischen polnischem Handeln und jüdischem Leid ausräumen oder sogar kriminalisieren, wie zum Beispiel im berühmten Holocaustgesetz. Demnach hat Polen keine dunklen Seiten in seiner Geschichte; das Land sei unschuldig Opfer von Verleumdungen.

Peter Beinart und **Daniel Cohn-Bendit** haben sich zum ersten Mal getroffen und reflektierten im Gespräch über ihre unterschiedlichen Beziehungen zum Judentum, zum Antisemitismus und zu Israel. Das Gespräch haben wir transkribieren lassen.

Teil 1: Wie instrumentalisiert man ein Verbrechen?

Wer sind die Nazis? Wer sind die Juden?

Der Holocaust im *jetzt*

Sander L. Gilman

Das Erinnern hat seine Tücken, und obgleich es gemäß dem französischen Philosophen Paul Ricœur, Aristoteles zitierend, eine moralische Pflicht sein mag, so ist es niemals eine angenehme.¹ Friedrich Nietzsche behauptete in *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben* (1874), dass das Erinnern in der Lage sei, die Totalität der Vergangenheit selektiv zu vergessen und sie so zu einem System zu formen, das nützlich sei für das, was er »Leben« nennt: unsere alltägliche Existenz.² Wenn sich also ein Kollektiv, ein Staat oder eine Gemeinschaft erinnert, dann geschieht dies durch fragmentierte, unvollkommene symbolische Register, die sich erst im eigentlichen Akt des Erinnerns zusammenfügen und dabei die individuelle Erinnerung fortwährend verzerren und wieder erfinden.

Auch sind nicht alle post-memorialen Bilder oder Erzählungen erlösend in ihrer »Beziehung, die die ›Generation danach‹ zu den persönlichen, kollektiven und kulturellen Traumata derjenigen, die vorher da waren, ertragen muss«, um Marianne Hirsch zu zitieren. Vielmehr sind viele Bilder und Erzählungen zersetzend, zerstörerisch und auch abwertend gegenüber der Vergangenheit.³

1 »Die Pflicht zur Erinnerung ist die Pflicht, einem anderen als sich selbst durch Erinnerung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.« Paul Ricœur: *Gedächtnis, Geschichte, Vergessen*. Übersetzt von Hans-Dieter Gondek, Heinz Jatho und Markus Sedlaczek. Paderborn, München: Fink 2004, S. 142. Das Zitat von Ricoeur ist aus Aristoteles *Nic.Eth.*, lib.5

2 Vgl. David Rieff: *In Praise of Forgetting. Historical Memory and its Ironies*. New Haven, CT: Yale University Press, 2016.

3 »Postmemory« describes the relationship that the ›generation after‹ bears to the personal, collective, and cultural trauma of those who came before [...].« <https://postmemory.net/>.

Jede Erinnerung ist von Ideologie durchsetzt und verzerrt. Sie ist im jetzt getrieben von dem Verlangen, nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart Sinn zu verleihen und die Zukunft vorauszusehen.

Hans Ulrich Gumbrecht, Komparatist aus Stanford, spricht von einem »jetzt«, das sich »[z]wischen dieser uns überflutenden Vergangenheit und jener bedrohenden Zukunft« befindet, wo die »Gegenwart zu einer sich verbreiternden Dimension der Simultaneitäten geworden« ist.⁴ Wir leben in einem Zeitalter von immer größerer Intensität, angetrieben von den neuen Medien, vom weltweiten Internet und seiner Fülle an wahren oder erfundenen Fragmenten:

»[D]ie neue Gegenwart [...] ist eine, in der alle Paradigmen und Phänomene der Vergangenheit nebeneinanderstehen, so, als seien sie verfügbar und griffbereit. Anstatt die Vergangenheit hinter sich zu lassen, ist diese Gegenwart mit Vergangemem überflutet und steht zugleich einer Zukunft gegenüber, die, anstatt ein offener Horizont von Möglichkeiten zu sein, offenbar von Bedrohungen besetzt ist, die sich unweigerlich auf uns zubewegen – man denke beispielsweise an die globale Erwärmung.«⁵

So etwas hätten auch scharfsinnige Zeitzeugen in anderen Epochen gesagt, etwa im Zeitalter von Luther angesichts der beweglichen Type, von S.F.B. Morse angesichts des Telegrafen, von Joseph Pulitzer angesichts Mergenthalers Setzmaschine, von D.W. Griffith angesichts des Kinos oder von Joseph Goebbels angesichts des Radios – sie alle hätten genau das gleiche über ihr eigenes *jetzt* gesagt, über die für sie und ihre Landsleute der neuen Überschwemmung der Fragmente, aus denen ihrem *jetzt* bestand. Wir bilden Erinnerung nicht unbedingt so, als sei »das Medium die Botschaft«, laut Marshall McLuhan. Die Neuigkeit ist vielmehr die riesige Menge an Informationen, oder zumindest die scheinbare Überfülle, gemessen an unseren früheren Erfahrungen. Diejenigen

4 Hans Ulrich Gumbrecht: *Unsere breite Gegenwart*. Übersetzt von Frank Born. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010, S. 16.

5 »[...] the new present [...] is one in which all paradigms and phenomena from the past are juxtaposed as being available and ready to hand. For this present, instead of leaving the past behind, is inundated with pastness, and at the same time it is facing a future which, instead of being an open horizon of possibilities, seems occupied by threats that are inevitably moving towards us – one think of global warming as an example.« Hans Ulrich Gumbrecht: *Philology and the Complex Present*. In: *Florilegium* 32, 2015, S. 273–281, S. 276.

unter uns, die noch in Zeitungsarchiven gearbeitet haben, mit diesen riesigen, systematisch nach Themen geordneten Sammlungen von Zeitungsausschnitten, und Wochen oder gar Monate dort verbracht haben, sind nicht nur von der Geschwindigkeit von Onlinedatenbanken wie LexisNexis überwältigt, sondern auch von ihrer weltweiten Reichweite. Für Leute im *jetzt* hingegen ist das völlig normal.

2022: Das Jetzt ist jetzt

Als ich eingeladen wurde, den Eröffnungsvortrag der Konferenz »Hijacking Memory: Der Holocaust und die Neue Rechte« zu halten, hatte ich zunächst eine klare und relativ eindeutige Argumentationslinie vor Augen: Im Internet wird der Holocaust meistens dann herausgeholt, wenn es ernst wird – wenn alle andere Rhetorik versagt. Der Sachbuchautor Mike Godwin bezeichnete dies gewitzt als *Godwins Gesetz*: Je länger eine Diskussion im Netz (egal zu welchem Thema oder Ziel) dauert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Vergleich mit den Nazis oder mit Adolf Hitler kommt.

Dann jedoch kam Wladimir Putin ins Spiel – und die »Nazis« in der Ukraine. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, erklärte zu Beginn der Invasion: »Die Wurzeln des Nazismus in der Ukraine reichen tief in vergangene Jahrhunderte zurück und haben viele edle und freie Seelen der Menschen in Kleinrussland [*gemeint ist: die Ukraine, Anm. S.G*] verkrüppelt.«⁶ Die Ukrainer vor ihren Nazi-Anführern zu erretten, wurde zum neuen Mantra, in das auch rechte und linke Politiker jenseits Russlands einstimmten. »Banderisten« wurde zum Synonym für »ukrainische Nazis«, wodurch Vor- und Nachkriegsnationalisten, Antisemiten und jüdische Politiker alle in einen Topf geworfen wurden. Der russische Außenminister Sergej Lavrov meinte sogar, »manche der schlimmsten Antisemiten sind Juden«.⁷

Anderswo kam die Frage auf, wer eigentlich die wirklichen Nazis seien. Als sich in Israel Leute versammelten, um den ukrainischen Präsidenten Wolo-

6 Ksenia Svetlova: The Real Danger of Putin's »Nazi« Slur for Ukraine, Israel and the World. Haaretz vom 9.3.2022. <https://www.haaretz.com/israel-news/2022-03-09/ty-article-opinion/the-real-danger-of-putins-nazi-slur-for-ukraine-israel-and-the-world/0000017f-e0cf-d9aa-afff-f9df23840000>.

7 Israel demands apology for Russian FM's »unforgivable« claim Hitler had Jewish blood. The Times of Israel vom 2.5.2022. <https://www.timesofisrael.com/lapid-denounces-russian-fms-unforgivable-claim-that-hitler-had-jewish-blood/>.

dymyr Selenskyj zu sehen, der sich per Videobotschaft am 20. März 2022 an die Knesset wandte, hielt ein Demonstrant in Tel Aviv ein Schild hoch, das den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Hitlerbärtchen zeigte. Selenskyj beschwor die Nazis und den Holocaust für seine Zwecke – vor dem vermeintlich besten Publikum für eine solche historische Parallele:

»Als die Naziartei Europa überfiel und alles zerstören wollte. [...] Sie nannten es ›die Endlösung der jüdischen Frage‹. Ihr erinnert Euch daran. Und ich weiß, dass ihr es niemals vergessen werdet! Aber hört, wie es jetzt in Moskau klingt. Hört, wie dieses Wort wieder ausgesprochen wird: ›Endlösung‹ – aber jetzt schon in Bezug auf uns, auf die ›ukrainische Frage‹.«⁸

Am Folgetag forderte Dani Dayan, der Vorsitzende des Holocaust-Gedenkzentrums Yad Vashem, Selenskyj dazu auf, sich für seine Äußerung zu entschuldigen.

»Lasst uns klar unterscheiden zwischen der russischen Invasion, die zu beklagen ist, auch weil viele Handlungen der russischen Armee völlig inakzeptabel sind, sowie historischen Vergleichen, diesen falschen historischen Gleichsetzungen, die Präsident Selenskyj gemacht hat, insbesondere seine Bezugnahme auf die ›Endlösung‹.«⁹

Nach der russischen Invasion der Ukraine und dem Beginn der Sanktionen gegen die reichsten Unterstützer Putins können wir nun feststellen, dass viele Politiker ihre eigenen »anständigen« russischen Oligarchen zu haben scheinen: Noch einen Monat zuvor gehörte Dani Dayan zu denjenigen, die sagten, die Sanktionen gegen Putins großen Freund Roman Abramowitsch seien ungerecht und hätten außerdem eine negative Auswirkung auf Israel und die jüdische Welt, da Abramowitsch mehrere Millionen Schekel gespendet hatte,

8 »When the Nazi party raided Europe and wanted to destroy everything. [...] They called it ›the final solution to the Jewish issue‹. You remember that. And I'm sure you will never forget! But listen to what is sounding now in Moscow. Hear how these words are said again: ›Final solution‹. But already in relation, so to speak, to us, to the ›Ukrainian issue‹. Offizielle Webseite des Präsidenten der Ukraine: Speech by President of Ukraine Volodymyr Zelenskyy in the Knesset vom 20.3.2022. <https://www.president.gov.ua/en/news/promova-prezidenta-ukrayini-volodimira-zelenskogo-v-kneseti-73701>.

9 Linda Gradstein: Israelis Reject Zelensky's Holocaust Comparisons. VoA News vom 21.3.2022. <https://www.voanews.com/a/israelis-reject-zelensky-s-holocaust-comparisons-/6494518.html>.

»die die Botschaft von Yad Vashem beträchtlich stärken werden.«¹⁰ Besser oder schlechter als Selenskyj? Wer ist der Nazi, wer ist der Jude?

Die Politik des Vergessens und Vergleichens: Hannah Arendt, Oktober 1950

Doch solche Nazi-Vergleiche sind weder ein neues noch ein einzigartiges Ereignis. Einem ähnlichen Gedanken begegnen wir im Jahr 1950, also unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik und noch zu Beginn des Kalten Krieges, bei Hannah Arendt – wurden wir doch eh erst kürzlich dazu aufgefordert, sie angesichts des neuen Autoritarismus »wieder zu lesen«:

»Der Anblick von Deutschlands zerstörten Städten sowie das Wissen über die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager hüllte Europa in eine Wolke der Melancholie. Gemeinsam machten sie die Erinnerung des letzten Krieges ergreifender und beharrlicher, und die Angst vor zukünftigen Kriegen noch aktueller. [...] [D]er Albtraum von Deutschland in seiner physischen, moralischen und politischen Zerstörung ist beinahe zu einem entscheidenden Element der allgemeinen Stimmung sowohl des europäischen Lebens als auch der kommunistischen Bewegungen geworden.«¹¹

10 Yad Vashem and Roman Abramovich Announce New Strategic Partnership. Yad Vashem-Presseerklärung vom 22.2.2022. <https://www.yadvashem.org/press-release/22-february-2022-04-00.html>.

11 »The sight of Germany's destroyed cities and the knowledge of German concentration and extermination camps have covered Europe with a cloud of melancholy. Together, they have made the memory of the last war more poignant and more persistent, the fear of future wars more actual. [...] the nightmare of Germany in its physical, moral, and political ruin has become almost as decisive an element in the general atmosphere of European life as the Communist movements.« Hannah Arendt: The Aftermath of Nazi Rule: Report from Germany. In: Commentary, the Monthly Magazine of Opinion 10 (Oktober 1950), S. 342–353. <https://www.commentary.com>; Siehe auch: Anne Applebaum: Why We Should Read Hannah Arendt Now. »The Origins of Totalitarianism« has much to say about a world of rising authoritarianism. In: The Atlantic vom 17.3.2022. <https://www.theatlantic.com/books/archive/2022/03/arendt-origins-of-totalitarianism-ukraine/627081/ry.org/articles/hannah-arendt/the-aftermath-of-nazi-rulereport-from-germany/> (Hervorhebung in der Vorlage).

Der Albtraum des »Holocaust« – ein Wort, das damals noch nicht gängig war – ist für Arendt von gleichem Gewicht wie die Bilder der ausgebombten Städte Berlin und Dresden in ihrem *jetzt*. Damit signalisiert sie, dass ein Zurück zu dieser Vergangenheit niemals vorstellbar ist oder sein sollte. Nachdem »Holocaust« nach und nach – verwiesen sei etwa auf die Fernsehserie mit dem gleichlautenden Titel, die im Jahre 1978 in den Vereinigten Staaten und im Jahr darauf in der BRD ausgestrahlt wurde – zu einem allgemein bekannten Begriff geworden war, wurde der Holocaust zu einem »freischwebenden Signifikanten, der mit verschiedener Bedeutung gefüllt werden konnte, abhängig von den jeweiligen Erfordernissen des historischen Moments«, wie Michael Butter 2009 beobachtete.¹²

Reduktion auf Opfer gegen Täter, Gut gegen Böse oder andere banale Dichotomien, ganz wie es gerade benötigt wird. Doch erinnern wir uns daran, welche Variante von Cowboy- und Indianer in Anna Freuds Hampstead-Klinik gespielt wurde: Die Kinder spielten dort »Juden« und »Nazis«. Und das waren jene Kinder, die in den frühen 1940er Jahren vor den Bomben im East End gerettet oder auf Kindertransporten nach England gebracht worden waren. Und jedes Kind wollte der Nazi sein! Die Kinder wollten die Nazis sein, weil es ihnen im *jetzt* beim Spielen geholfen hat. Die Nazis waren in den Augen der Kinder die stärkeren, die Juden die schwächeren, deswegen wollen sie die Nazis sein?

Laut Gavriel Rosenfeld (2015) sei der Holocaust inzwischen reduziert worden auf

»[...] tendenziöse Zwecke, die ihn fast seiner gesamten historischen Besonderheit zu berauben und in einen leeren Signifikanten zu verwandeln drohen. [...] Es war einmal, dass Hitler und die Nazis als mahnende Symbole vor Extremismus angesehen wurden. Heute hat ihnen ihre Allgegenwärtigkeit eine Aura der Normalität verliehen.«¹³

12 »[...] free-floating signifier ready to be filled with shifting meaning, depending on the exigencies of the historical moment.« Michael Butter: *The Epitome of Evil. Hitler in American Fiction 1939–2002*. New York: Palgrave 2009, S. 2.

13 »[...] tendentious purposes [that] threatens to drain it of much of its historical distinctiveness and turn it into an empty signifier. [...] Once upon a time, Hitler and the Nazis were viewed as admonishing symbols of extremity. Today, their ubiquity has lent them an aura of normality.« Gavriel Rosenfeld: *Hi Hitler! How the Nazi Past is Being Normalized in Contemporary Culture*. Cambridge: Cambridge University Press 2015, S. 341.

Heute ist dies mit einer Opferideologie verbunden, die es politischen Gruppen erlaubt, sich so zu verhalten, als wären sie immer in der Defensive und würden nur auf die Aggressionen der Gegenseite reagieren. Heute möchte jeder der Jude sein – ganz im Gegensatz zu Anna Freuds Kinderpatienten. Und so scheinen sich die Besonderheiten des Holocaust, die im Laufe der Zeit von verschiedenen symbolischen Gemeinschaften geschaffen worden sind, allmählich aufzulösen – wohingegen seine symbolische Umrisse zombiehaft weiterbestehen.

In der Welt der neuen Pest

Im Jahr 2021 zwang Corona die westlichen Gesellschaften dazu, Analogien für die Angst vor der neuen Seuche und für die Isolation zu suchen. Plötzlich trat eine Faszination für Shakespeare sowie für die Pest im 17. Jahrhundert als Teil unseres symbolischen Registers zum Vorschein. Zum Vorschein trat jedoch auch, wenig überraschend, der Holocaust. So wurde auf einer Demonstration in Köln am 8. September 2020 eine 63-jährige Frau verhaftet, weil sie einen gelben »Judenstern« trug und behauptete, dass sie und andere Ungeimpfte in die gleiche Position versetzen würden wie die Juden nach 1941.¹⁴ Sie wurde angeklagt, die Gesundheitsmaßnahmen mit dem Holocaust verglichen – und so die Geschichte trivialisiert (»in seinem Unrechtsgehalt bagatellisiert«) zu haben.¹⁵

Nach meinem Vortrag hatte mir mein Kollege Brian Vick in einer E-Mail geschrieben:

»In den 1990ern ließ sich gelegentlich beobachten, dass Deutschland und die Deutschen derart darauf erpicht waren, nicht antisemitisch zu sein und keinem biologischen Rassismus anzuhängen, dass sie schon mal wenig Sensibilität für Formen von »kulturellem« Rassismus gegen andere Gruppen aufbrachten. Das ist wohl genau die Screeningfunktion, auf die sich jetzt die

14 Helmut Reister: Die Stadt untersagt künftig das Tragen von »Judensternen« auf Corona-Demos. Jüdische Allgemeine vom 11.6.2020. <https://www.juedische-allgemeine.de/unser-woche/ein-konsequenter-schritt/>.

15 Bernhard Krebs: Protest gegen Maskenpflicht mit einem Davidstern. Kölnische Rundschau vom 7.9.2021. <https://www.rundschau-online.de/region/koeln/63-jaehrig-e-in-koeln-vor-gericht-protest-gegen-maskenpflicht-mit-einem-davidstern-3902212-0?cb=1666203013645&>.

Neuen und Alten Rechten verlassen bei ihren Angriffen auf alles, was als Antisemitismus bezeichnet werden kann. Dagegen scheint die Mitte in diesen Tagen weniger in der Lage zu sein, auf die Folgen und gefährlichen Auswirkungen eines solchen Denkens hinzuweisen. Gut ablesen lässt sich dies daran, dass sich auf Pegida-Demonstrationen in den letzten Jahren sowohl israelische Flaggen als auch Islamfeindlichkeit finden.«

Dies wurde nicht nur in Deutschland, sondern durch die sozialen Medien auch weltweit zum Lackmustest. Gelbe Sterne mit der Aufschrift »ungeimpft« tauchten als Element des politischen Diskurses und der Bildsprache auf Demonstrationen in Australien, Kanada und in den Vereinigten Staaten unter jenen auf, die sich gegen die verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der von ihnen als erfunden angesehenen Pandemie wehrten. (Niemand fragte die Erreger nach ihrer Meinung über die Wirklichkeit der Pandemie oder ihre eigene Agenda.) Dass es in einigen Ländern – egal, ob nun zum Guten oder zum Schlechten – Gesetze zur Erinnerungskultur gab, hatte anscheinend keine Auswirkungen auf das Bild der »Ungeimpften«, Opfer zu sein. Denn für diejenigen, die die Sterne trugen, stellte dies keine Trivialisierung dar. Die Opferrolle blieb (und bleibt) zur bestimmenden Eigenschaft des Holocaust in der von Corona heimgesuchten Welt. Und nicht die Toten und die Sterbenden, sondern jene, die sich weigerten, die tägliche Realität um sich herum zu akzeptieren, wurden zu den wahren Opfern.

Auch wenn unser Thema die extreme Rechte und der Holocaust ist, müssen wir auch über unsere eigene politische Seite sprechen, wenn es um die Instrumentalisierung des Holocaust geht. Am 4. Februar 2021 wurde Piers Corbyn, der 73-jährige Bruder des ehemaligen Vorsitzenden der Labour-Partei, Jeremy Corbyn, wegen böswilliger Äußerungen und Erregung öffentlichen Ärgernisses festgenommen, weil er Flugblätter verteilt hatte, in denen die britische Corona-Impfkampagne mit Auschwitz verglichen wurde. Als Positionierung gegen das Impfen fanden sich auf den Flugblättern die Tore eines Konzentrationslagers – jedoch nicht länger mit der Inschrift »Arbeit macht frei«, sondern »Impfstoffe sind der sichere Weg in die Freiheit«. ¹⁶

Ich bin in einem Alter, in dem ich noch die nach unten gerichteten rosa Dreiecke von *Act Up* und Larry Kramer während der HIV/AIDS-Pandemie der 1980er Jahre miterlebt habe. Kramer hatte argumentiert, dass Ronald Reagan

16 Piers Corbyn arrested over vaccine ›Auschwitz leaflet‹. BBC News vom 4.2.2021. <https://www.bbc.com/news/uk-england-london-55933373>.

und seine Regierung »genauso waren wie Hitler und seine Naziärzte, die in den Lagern ihre mörderischen Experimente durchführten – und zwar nicht wegen ähnlicher Absichten, sondern wegen ähnlicher Ergebnisse.«¹⁷ Und im Übrigen sei Anthony S. Fauci, damals und auch noch heute Direktor des *National Institute of Allergies and Infectious Diseases*, – gemäß dieser Rhetorik – dem Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann ebenbürtig. Auch 2021 entkam Fauci solchen Bezeichnungen nicht, wenngleich er jetzt mit Josef Mengele verglichen wurde.

Für die israelische Gesellschaft stellten Nadav Davidovitch and seine Kollegen von der Ben-Gurion-Universität fest:

»[...] [D]er Holocaust und die nationalsozialistische Medizin bilden die ›Messlatte‹ für kollektives Trauma und können deswegen dafür benutzt werden, das traditionelle Machtgleichgewicht zu verschieben. Ansonsten kann dies dazu dienen, Anordnungen und Entscheidungen der Gesundheitspolitik auf einer Skala von ›normal‹ bis Nazimedizin oder von öffentlicher Gesundheit bis eugenische Maßnahmen historisch einzuordnen.«¹⁸

Wer waren die Nazis und wer waren die Juden während Corona in Israel? Der staatliche Epidemiologe Hagai Levine sagte, er habe Telefonanrufe und Onlinekommentare erhalten, in denen er mit dem Nazi-Kriegsverbrecher Josef Mengele verglichen worden sei.¹⁹ Dr. Sharon Alroy-Preis, Leiterin des Gesundheitswesens im Gesundheitsministerium, berichtete, dass diese Angriffe »an einige sehr dunkle Orten führen: Mord, Tod durch den Strang, meinen Kin-

17 »[...] equal to Hitler and his Nazi doctors performing their murderous experiments in the camps – not because of similar intentions, but because of similar results.« Steven Epstein: *Impure Science: AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*. Berkeley: University of California Press 1996, S. 221.

18 Hagai Boas, Nadav Davidovitch und Dani Filc: *From Bioethics to Biopolitics: »Playing the Nazi Card« in Public Health Ethics – The Case of Israel*. In: *Bioethics* 35, 2021, S. 540–548.

19 *Anti-vaxxer attempts to attack top ultra-Orthodox rabbi at his home*. The Times of Israel vom 11.3.2021. <https://www.timesofisrael.com/anti-vaxxer-attempts-to-attack-to-p-ultra-orthodox-rabbi-at-his-home/>.

dern schlimme Dinge antun, Nazi-Vergleiche – eine unendliche Liste«. ²⁰ Gar so weit entfernt von der Kommunikation des *Act Up* Aktivisten Larry Kramer?

Ende 2021 reichte eine Reihe israelischer Gruppen, einschließlich der sich in dem Augenblick gerade gründenden so genannten *Anshei Emet*-Organisation, deren »Mitglieder Anwälte, Ärzte und Aktivisten« seien, ²¹ Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein wegen der Verletzung des Nürnberger Kodex sowie des Konzepts der informierten Einwilligung, die als Ergebnis des Ärzteprozesses von 1947, kurz vor Hannah Arendts Kommentar zur Erinnerung, festgeschrieben wurden. Mit Bezug auf das israelische Patientenrechtgesetz behaupteten die Kläger, dass die frühe Vereinbarung mit Pharmaunternehmen wie Pfizer durch die Regierungskoalition unter Netanjahu (die die ultrareligiösen Parteien einschloss) einen Beweis für die Verletzung des Nürnberger Kodex wie auch des israelischen Rechts darstellte,

»[...] da er [Netanjahu] eine riesige Menge an Millionen von Impfdosen bekommen wird, und zwar bei Bevorzugung vor anderen Ländern sowie unter der Gegenleistung, dass die Geimpften (die Einwohner Israels) als »Versuchspersonen« für das Pharmafirma dienen werden. Es wurde vereinbart, dass das pharmazeutische Unternehmen von Israel alle medizinischen und persönlichen vertraulichen medizinischen Informationen der Geimpften ohne deren vorausgehende Kenntnis oder Einwilligung erhalten werde.« ²²

Israel als Auschwitz, Netanjahu als Mengele? Wer sind dann die Nazis und wer die Juden?

Am Mittwoch, den 6. Januar 2021, wurde in einem Massenaufstand gegen die US-Regierung, den der gerade noch amtierende Präsidenten der Vereinigten Staaten Donald Trump angestiftet hatte, das Kapitol gestürmt. Die Aufrührer

20 Parents threaten nurse at Beersheba school for administering COVID vaccines. The Times of Israel vom 23.12.2021. <https://www.timesofisrael.com/parent-threatens-nurse-at-beersheba-school-for-administering-covid-vaccines/>. Vgl. zu Holocaust-Vergleichen in diesem Zusammenhang: MK likens COVID rules to Nazi policies: »All that's missing is concentration camps«. The Times of Israel vom 26.12.2021. <https://www.timesofisrael.com/mk-likens-covid-rules-to-nazi-policies-all-thats-missing-is-concentration-camps/>.

21 Klageschrift von A.Suchovolsky & Co. Law-Offices & Notary vom 1.3.2021. https://drive.google.com/file/d/1JjRt_OjBrHPjuegftFhvRmtdKwv9PFqo/view?fbclid=IwARONhSCkT7bnbsHJGYNXLhtYFbhnsZTffiy4szlGRCEjBWciCtoegKSWocc.

22 Ebd.

im und vor dem Kapitol trugen Fahnen, darunter die Flaggen der antisemitischen QAnon-Verschwörungstheorie, der USA und Israels. In der Menge standen orthodoxe Juden mit Schläfenlocken genauso wie Personen, die Sweatshirts mit der Aufschrift »KZ Auschwitz: Arbeit bringt Freiheit« trugen und damit schon wieder die Inschrift in den Lagertoren von Auschwitz parodierten. Auch Simone Gold, eine Notfallmedizinerin, die sich selbst als *baalat teshuva* bezeichnete, also als eine Frau, die zum religiösen Judentum zurückgekehrt ist, war Teil des Aufstands am Kapitol. Mit dem Mob drang sie am 6. Januar 2021 in die Rotunde ein und hielt vor den marodierenden Randalierern eine Rede über die schädlichen Auswirkungen der Impfungen gegen COVID-19. Nachdem ihr Bild auf einem Fahndungsposter des FBI erschienen war, wurde sie wegen »Eindringens in ein abgesperrtes Gebäude sowie wegen gewalttätigen Zutritts und des ordnungswidrigen Verhaltens« angeklagt.²³ Schnell entwickelte sie sich zu einer Heldin sowohl der Impfgegner-Bewegung als auch des Trump-Lagers, das behauptete, die Wahlen seien gestohlen worden. Irgendwie wurden diese beiden Positionen in der Logik der amerikanischen Alt-Right-Bewegung miteinander verbunden. Infolgedessen wurde Simone Gold im Juni 2022 zu 60 Tagen Haft verurteilt, nachdem sie für ihre Verteidigung fast 500 000 Dollar an Spenden gesammelt hatte. Da diese höchstens ein Zehntel der Einnahmen gekostet haben dürfte, finanzierte sie in Wirklichkeit mit einem Großteil der Gelder ihre eigene Impfgegnerorganisation. Die Konzepte passten für sie in ihrem symbolischen Register offenbar problemlos zusammen. Sogar ihre neue religiöse Identität spielte Simone Gold für ihre Kampagne aus, als sie in diesem Zusammenhang über Nazis sprach und über deren Gegnerschaft zur Torah thematisierte:

»[...] wir können die Wahrheit des Nazismus verstehen [...], der sich stark auf die Wissenschaft gestützt hat. [...] [A]lso musste die ganze Nazi-Wissenschaft »Pseudowissenschaft« gewesen sein. [...] Echte Wissenschaft ist niemals und wird niemals im Konflikt mit der Torah stehen. [...] Wenn also die Wissenschaft nicht mit der Torah übereinstimmt, so wie sie es Ihnen jetzt sagen, dann sollten Sie den Wissenschaftlern sagen, noch einmal von vorn anzufangen. Wenn die Propagandisten Sie in Angst versetzen, dass sollten Sie ihre Worte zurückweisen. Menschliche Freiheit ist nach meiner Meinung

23 Neena Satija: »I do regret being there«: Simone Gold, noted hydroxychloroquine advocate, was inside the Capitol during the riot. The Washington Post vom 12.1.2021. https://www.washingtonpost.com/investigations/simone-gold-capitol-riot-coronavirus/2021/01/12/d1d39e84-545f-11eb-a817-e5e7f8a406d6_story.html.

in größerer Gefahr als sogar im Jahr 1940, weil die gefährlichste Waffe der Übeltäter die Propaganda ist; und im Unterschied zum Jahr 1940 fegt die Propaganda heute über die ganze Welt hinweg.«²⁴

Die ganze Welt sei manipuliert worden zu glauben, dass eine Pandemie vorherrsche. Simone Gold aber könne die Manipulation entlarven, weil die so genannte »Wissenschaft«, der die Gesundheitsbehörden folgten, nicht mit ihrem (wie sie selbst eingesteht: amateurhaften) Verständnis der Torah übereinstimme.

Wer in Israel hingegen tatsächlich den Tanach verstanden hat, ist der auch als »Fürst der Torah« bekannte und im März 2022 verstorbene Rabbiner Chaim Kaniewski. Er war das Oberhaupt der so genannten litauischen Juden, der nichtchassidischen Glaubensrichtung ultraorthodoxer Juden mit osteuropäischen Wurzeln, die etwa ein Drittel der Haredim in Israel bilden. Seine Auslegungen des Tanach schienen unanfechtbar. Ungeachtet der hohen Ansteckungszahlen in seiner Gemeinde widersetzte Kaniewski sich zu Beginn der Pandemie der Schließung von religiösen Einrichtungen, was sich unmittelbar gegen Netanjahus staatlich angeordnete Lockdowns richtete. Der wissenschaftliche Direktor der ultraorthodoxen Hochschule *Ono Academic College*, Haim Zicherman, sagte dazu, dass dies »das erste Mal in der Geschichte des Staates Israel war, dass die Haredim einfach klar und deutlich sagten: ›Uns ist es egal, was das Gesetz sagt. Wir werden nicht gehorchen.«²⁵ Die Haltung des Rabbiners entwickelte sich zu einem Running Gag im israelischen Fernsehen. In der politischen Satiresendung *Eretz Ne-hed-eret* (»Ein wunderbares Land«), dem israelischen Gegenstück zur US-amerikanischen *Saturday Night Live*, wurde ein als Rabbiner verkleideter Schauspieler gefragt, ob er im Gegner seiner Positionen lediglich »einen *kofe*r [Häretiker] oder einen Nazi« sehe. Mit dem deutlichen Anstieg der Erkrankungen und der Sterblichkeit in seiner eigenen und in anderen Gemeinden änderte Kaniewski jedoch bald seine Ansichten über die öffentliche Gesundheit. Im Juni 2020 befürwortete

24 Explosive Question & Answer session with Dr. Simone Gold. Israel National News Arutz Sheva vom 3.12.2020. <https://www.israelnationalnews.com/news/292456>.

25 Ronan Bergman: How the Pandemic Nearly Tore Israel Apart. The New York Times Magazine vom 25.2.2021. <https://www.nytimes.com/2021/02/25/magazine/how-the-pandemic-nearly-tore-israel-apart.html?action=click&module=Top%20Stories&pgtype=Homepage>.

er das Tragen einer Maske und als im Dezember 2020 der Impfstoff in Israel zur Verfügung stand, erklärte er die Impfung zur religiösen Pflicht.²⁶

Simone Gold oder Chaim Kaniewski: Wer ist Nazi, wer ist Jude? Diese Konzepte sind heute so sehr in symbolische Systeme zerronnen, dass sie nurmehr wenig oder überhaupt nichts mehr mit Nazis oder Juden zu tun haben, abgesehen von ihrem Vermögen, unsere Aufmerksamkeit nicht so sehr auf die Frage des Holocaust zu lenken als vielmehr auf das Netz der Bedeutungen, das nun eng um den nahezu leeren Signifikanten gewoben ist.

Ausblick

Das war, wie wir heute wissen, die Sache, aus der ein paar brisante und umstrittene Tage von Gesprächen am *Haus der Kulturen der Welt* werden sollten, als wir Vortragenden zusammen mit dem Publikum und Medienvertretern aller politischen Richtungen darüber nachdachten, was den Holocaust in unserem *jetzt* konstituiert. Nicht die Konferenz und ganz sicher nicht mein Eröffnungsvortrag verstiegen sich allerdings, wie das der von mir hochgeachtete Wissenschaftler Natan Sznajder unterstellte, zu der Behauptung,

»[...] dass es ein natürliches Zuhause für die Erinnerung gibt, ein Zuhause der Gleichheit, des Universalismus, also der emanzipatorischen Erinnerung, die nicht von der anderen Seite instrumentalisiert wird. Die Konferenz erweckte auch den Eindruck, dass die Antisemitismusforschung nicht mehr die Erforschung des partikularen Hasses auf Juden sei, sondern, um mit Hannah Arendt zu sprechen, in der Sauce des Allgemeinen aufgekocht wird. Und das in Berlin.«²⁷

Doch eine solche Diskussion musste gerade eben in Berlin geführt werden, genauso wie sie wegen der Morde von Pittsburgh sowie wegen der Aufmärsche in Charlottesville – laut und aggressiv – auch schon an anderen Orten

26 Patrick Kingsley: He Is Israel's »Prince of Torah.« But to Some, He Is the King of Covid. The New York Times vom 29.1.2021. <https://www.nytimes.com/2021/01/29/world/israel-virus-rabbi-orthodox.html>.

27 Natan Sznajder: Der Zeitgeist gefällt sich in seiner Weltoffenheit. Die Zeit vom 23.6.2022. <https://www.zeit.de/2022/26/antisemitismus-documenta-kassel-berlin-israel>.

stattgefunden hatte. Und mir geht es nicht darum, die Tatsache zu verleugnen, dass Instrumentalisierungen des Holocaust sowohl unter Linken als auch unter Rechten geschehen. Im Jahr 2022 war eine solche Diskussion in Berlin – wie auch im Rest Deutschlands – offensichtlich notwendig, vor allem angesichts der eigenartigen Behauptung, dass die unbedingte Unterstützung des Staates Israel wie ein Impfstoff gegen den Niedergang in den Rassismus und Populismus wirke, was Hannah Arendt in totalitären Staaten von der UdSSR über die Südafrikanische Union bis hin zu Deutschland beobachtet habe.

Doch moralische Impfstoffe GIBT ES NICHT. Das wurde offensichtlich, als Politiker der rechtsextrem-populistischen *Alternative für Deutschland* (AfD) im Bundestag versuchten, die Unterstützung Israels als ein Mittel zur Reinwaschung von ihrem eigenen Rassismus zu benutzen. Dabei handelt es sich um einen Rassismus, der zu ihrer politischen Haltung fest dazugehört – und zwar nicht nur aufgrund ihrer Haltung gegenüber Asylbewerbern, sondern auch aufgrund dessen, dass sie die Theorie des »Großen Austauschs« von der amerikanischen radikalen Rechten übernommen hat. Demnach werde durch eine von den »Juden« kontrollierte »Flutung« mit Einwanderern, Asylbewerbern und Geflüchteten beabsichtigt, die weiße Herrschaft zu untergraben. Und für die deutschen Konservativen war die AfD sicherlich die falsche Ärztin, um bei ihr nach einem moralischen Impfstoff zu suchen.

Die Reaktionen auf die Konferenz und auf meinen Vortrag zeigten, wie stark sich die Situation im Jahr 2022 von jener Bundesrepublik unterscheidet, die ich seit den 1960er Jahren kenne und erforsche. In diesem Sinne hatte beispielsweise der freie Journalist Bernhard Wiens kommentiert:

»Das Wort [Antisemitismus] ist auslegungsoffen, ist ambivalent. Der Vortrag, den der renommierte Vorurteilsforscher Sander L. Gilman auf der Tagung hielt, gipfelte in der Frage: Wer ist der Nazi, wer ist der Jude? So provokativ die Frage ist, kann sie doch durch das Phänomen des jüdischen Selbsthasses untermauert werden, dessen bekanntester Apologet, der Jude Otto Weininger, durchaus antisemitische Stereotypen abspulte.«²⁸

Das war selbstverständlich nicht die Frage. Unsere Fragestellung lautete vielmehr, inwiefern die Rhetorik des Holocaust durch ihre unentwegte Wieder-

28 Bernhard Wiens: Antisemitismus und die Verkehrung der Welt. Telepolis vom 18.6.2022. <https://www.telepolis.de/features/Antisemitismus-und-die-Verkehrung-der-Welt-7144058.html>.

aneignung nicht zugleich bedeutungslos wie bedeutungsüberladen geworden ist.

Als der Bundestag im Jahr 2019 entschied, dass jede gezielte Kritik an Israel »antisemitisch« sei, fühlte ich mich persönlich ausgeschlossen. Denn der Beschluss machte mich zu einem »Antisemiten« und schloss mich so aus der Gemeinschaft der Juden aus. Ich unterstütze die *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus*, um begründete Kritik am Staat Israel zu ermöglichen. Als jüdischer Nachkriegsamerikaner hatte ich Israel lange Zeit recht unbedacht unterstützt, ohne mich mit den dortigen innenpolitischen Spannungen auseinanderzusetzen. Mein Großvater mütterlicherseits sah in Israel eine sozialistische Antwort auf die pseudokommunistischen Nachkriegsstaaten im Mitteleuropa der 1950er Jahre. (Sein Exemplar einer von ihm annotierten jiddischen Übersetzung von Marx *Kapital* besitze ich heute noch.)

An der Cornell University war ich in den 1970er Jahren in den (später von mir als Direktor geleiteten) *Jewish Studies* Kollege von Benzion Netanjahu, dem Vater des späteren Premierministers. Seine teleologische Perspektive auf die gesamte jüdische Geschichte, die er retrospektiv durch die Linse des Holocaust las, war meinem Empfinden nach zu sehr von seiner eigenen politischen Anschauung geprägt. Später erkannte ich die Korruptheit und antidemokratischen Tendenzen seines Sohnes Benjamin (»Bibi«), der als Premierminister sogar noch schlimmer wurde. Dass »Bibi« den Zionismus für seinen eigenen politischen Vorteil in den Vereinigten Staaten instrumentalisierte, als Barack Obama Präsident war, erachtete ich als schändlich, wenn nicht gar als moralische Bankrotterklärung. Wie schon sein Vater eignete er sich auch die Rhetorik des Holocausts an und benutzte sie für seine aktuellen politischen Ziele. Dass er meinte, es sei politisch wichtiger, in den Vereinigten Staaten die evangelikale extreme Rechte sowie die ultraorthodoxen Juden anzusprechen, anstatt den Konsens möglichst vieler Amerikaner zur Unterstützung Israels aufrechtzuerhalten, erachtete ich als Gefährdung Israels. Auch wenn ich mich nach wie vor als Zionist verstehe, nehme ich mir doch auch immer die Freiheit heraus, in Israel oder anderswo öffentlich die so genannte »prozionistische« Politik zu kritisieren.

Was daran in Ordnung war, »Zionist« zu sein, zerfiel in Deutschland schnell in die Frage, was am Jüdischsein akzeptabel war. Im Einklang mit dem Gründungszweck des *Einstein Forums* (ich war der erste Vorsitzende seines Beirats) verteidigte Susan Neiman die Freiheit, Israel auch in Deutschland kritisieren zu dürfen, als einen essentiellen Aspekt ihrer jüdischen Iden-

tität.²⁹ Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, kritisierte sie schärfer mehr als alle anderen, weil sie damit als Jüdin eine Grenze überschritten habe.³⁰ Seltsamerweise tat er dies zudem in den Worten des erzkonservativen deutsch-jüdischen Historikers Michael Wolffsohn, der ihre Ansichten schlicht als »Hasspropaganda« bezeichnete, was sich seiner Meinung nach daraus ableitet, dass sie »Jahrzehnte in den USA und dort wohl eher im Wolkenkuckucksheim« gelebt habe.³¹ Die Komplexität einer jüdischen Identität, die für uns beide, Susan und mich, durch unsere individuellen Erfahrungen sowohl im amerikanischen Süden mit seiner Jim Crow-Gesetzgebung als auch in der fragmentierten jüdischen Welt Westberlins geformt worden war, schien an ihre Grenzen zu stoßen: Unsere Kritik an politischen Positionen, die wir verabscheuten, machte uns zu »Un-Juden« – eine Auffassung, die Konservative wie der israelische Politiker Nathan Sharansky sowie der kanadische Historiker Gil Troy im Juni 2021 umgehend aufgriffen.³² Das absurde – wir sind doch auch schon während der Bürgerrechtsbewegung und der Proteste gegen den Vietnamkrieg als antiamerikanisch bezeichnet worden! Zudem wurde der Titel meiner als »klassisch« geltenden Studie über *Jüdischen Selbsthass* dazu benutzt, jede Israelkritik durch Juden in der Diaspora zu etikettieren und abzuwerten. Ironischerweise schienen Israelis innerhalb des Staates hingegen immun für diesen Vorwurf zu sein, völlig egal, wie kritisch ihre Haltung war.

Der in unserer eigenen gelebten Erfahrung viel zu reale Holocaust wurde plötzlich zum Makel in der aktuellen Politik und von allen Seiten für die jeweils eigenen Ziele instrumentalisiert, egal ob für oder gegen die israelische

-
- 29 Philosophin Susan Neiman: »Ich bin der Typus kosmopolitische, jüdische Intellektuelle.« Sendung Im Gespräch, Moderation: Susanne Führer. Deutschlandfunk Kultur vom 25.5.2021. https://www.deutschlandfunkkultur.de/philosophin-susan-neiman-ich-bin-der-typus-kosmopolitische.970.de.html?dram:article_id=497773; Und Stefan Reinecke: Kulturinstitute gegen Anti-BDS-Beschluss. Taz vom 10.12.2020. <https://taz.de/Kulturinstitute-gegen-Anti-BDS-Beschluss!/5730501/>.
- 30 Hanno Hauenstein: Felix Klein: »Man sollte nicht alles nur legalistisch betrachten.« Berliner Zeitung vom 9.1.2021. <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/felix-klein-man-sollte-nicht-alles-nur-legalistisch-betrachten-li.130796?pid=true>.
- 31 Sven Felix Kellerhoff: Neuer Historikerstreit? »Israel gleich Kolonialismus – das ist pure Hasspropaganda.« Die Welt vom 14.10.2022. <https://www.welt.de/geschichte/plus241592867/Neuer-Historikerstreit-Der-Holocaust-als-Maskerade.html>.
- 32 Natan Sharansky und Gil Troy: The Un-Jews. The Jewish attempt to cancel Israel and Jewish peoplehood. Tablet vom 16.6.2021. <https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/the-un-jews-natan-sharansky>.

Politik. Im März 2021 rügten Michael Rothberg und Jürgen Zimmerer in der Wochenzeitung *Die Zeit* die Erinnerungskultur im Zusammenhang mit dem Holocaust, um einen Pluralismus zu verteidigen, der auch Gelehrte wie Achille Mbembe erlauben soll, die israelische Politik zu kritisieren, ohne als Antisemit abgestempelt zu werden.³³ Schnell wurde dies von einer Reihe anderer Wissenschaftler aufgegriffen, die, ausgehend von Mbembes antikolonialistischen Einstellungen, eine direkte Verbindung zwischen der deutschen Kolonialgeschichte und dem Holocaust zogen – ein Argument, das ich bereits in meinem 1982 erschienenen Buch über die Phantasien zur Blackness in Deutschland formuliert hatte, wenn auch weniger direkt.³⁴

Es löste einen neuen Historikerstreit aus, ob man ihn nun so nennen mag oder nicht. In einem Essay in *Geschichte der Gegenwart* benannte der Genozidforscher A. Dirk Moses den deutschen Umgang mit dem Holocaust als einzigartigen »Katechismus«.³⁵ Damit wiederholte er indirekt die Thesen meines verstorbenen Freundes und Kollegen Peter Novick, gemäß derer der Holocaust unter den amerikanischen Juden regelrecht »sakralisiert« wurde.³⁶ Moses zeichnete den Glauben der deutschen politischen Elite nach, dass der Holocaust die Einzigartigkeit des deutschen Antisemitismus bewiesen habe, dass die besondere Beziehung zum Staat Israel grundlegend für ein neues, moralisches Deutschland sei und dass demnach Antizionismus de facto Antisemitismus sei. Vergleiche sind Gift, egal ob mit der Kolonialgeschichte oder mit dem Kommunismus. Jeder Völkermord, jedes Hassverbrechen ist einzigartig in seiner Gestalt, in seinen Zielen, in seinen Objekten und in seinen Mitteln. Geschichte ist wichtig. Jenseits der Konferenz selbst zeigten dies die Debatten im Anschluss an die Veranstaltung dies nur allzu gut.

33 Jürgen Zimmerer und Michael Rothberg: Erinnerungskultur: Enttabuisiert den Vergleich! *Die Zeit* Nr. 14 vom 31.3.2021. <https://www.zeit.de/2021/14/erinnerungskultur-gedenken-pluralisieren-holocaust-vergleich-globalisierung-geschichte>.

34 Sander L. Gilman: *On Blackness without Blacks: Essays on the Image of the Black in Germany*. Yale Afro-American Studies. Boston: G. K. Hall 1982.

35 A. Dirk Moses: Der Katechismus der Deutschen. *Geschichte der Gegenwart* vom 23.5.2021. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.

36 Peter Novick: *Nach dem Holocaust: Der Umgang mit dem Massenmord*. Übersetzt von Irmela Arnsperger und Boike Rehbein. Stuttgart, München: Deutsche Verlagsanstalt 2001.

Der Missbrauch der Erinnerung an den Holocaust

Oder: Wie die europäischen Juden zu Weißen wurden

Gilbert Achcar

Heutzutage hätte man Schwierigkeiten, europäische Juden nicht gemeinhin als Weiße anzusehen.¹ Das Mantra, wonach die weiße »westliche Zivilisation« eine »jüdisch-christliche« sei, ist so selbstverständlich geworden, dass es den Status eines geläufigen Missverständnisses erlangt hat, das Gustave Flaubert in sein *Wörterbuch der Gemeinplätze* aufgenommen hätte. Genau dieses Mantra wurde in letzter Zeit insbesondere durch die Art und Weise untermauert, in der westliche Regierungen, angefangen bei der US-Regierung unter Joe Biden, die rechtsextreme israelische Regierung unter Benjamin Netanjahu bedingungslos bei ihrem Vergeltungsmassaker an einer großen Zahl von Bewohnern des Gazastreifens unterstützt haben. Unter den Opfern waren erschütternd viele Kinder, außerdem wurde ein Großteil des Gebietes verwüstet und die meisten derjenigen vertrieben, die die Angriffe gerade so überlebt hatten. All dies geschah, während heuchlerische Lippenbekenntnisse zur Notwendigkeit der Schonung von Zivilisten abgegeben wurden. Diese bedingungslose Unterstützung entsprang einer westlichen Identifikation mit den Israelis angesichts des Anschlags vom 7. Oktober 2023, die der »nazisistischen Anteilnahme« der Europäer mit den Amerikanern angesichts der Anschläge vom 11. September 2001 sehr ähnlich war.² Über die Emotionen nach der

-
- 1 Dieser Aufsatz basiert auf dem Vortrag, den ich am 11. Juni 2022 unter dem gleichen Titel auf der Berliner Konferenz »Hijacking Memory: The Holocaust and the New Right« gehalten habe, die vom Einstein Forum und vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin organisiert wurde. Ich danke Brian Klug und Stephen Shalom, die einen früheren Entwurf dieses Aufsatzes gelesen und kommentiert haben.
 - 2 Gilbert Achcar: *Der Schock der Barbarei. Der 11. September und die »neue Weltordnung«*, übersetzt von Paul B. Kleiser und Ulla Varchmin, Köln: Neuer ISP-Verlag 2002, S. 25.

»Zerstörung der Zwillingstürme von Manhattan« schrieb ich vor 22 Jahren: »Man ist weit mehr über die Unglücksfälle bewegt, die Gleichartige treffen, als über jene von Menschen in anderen Lebensverhältnissen.«³

Juden als Nicht-Weiße

Dabei ist die Wahrnehmung der europäischen Juden als Weiße im historischen Vergleich recht jung. Die meiste Zeit ihrer Geschichte wurden sie in Europa zu den Nicht-Weißen gezählt, womit vor allem aus Vorderasien eingewanderte Nichteuropäer gemeint waren. Diese Zuordnung bezeugen auch viele europäische Sprachen, wenn man etwa an die inzwischen überholte Bezeichnung der Juden als »Israeliten« im Englischen und Französischen oder an ihre weiterhin gebräuchliche Bezeichnung als »Hebräer« im Griechischen, Italienischen, Russischen und anderen osteuropäischen Sprachen denkt. Die Juden Europas hielten selbst lange an einer Selbstidentifikation als wanderndes Volk fest – allerdings nicht als Teil der vielen Völkerwanderungen, in deren Zuge die modernen europäischen Nationen entstanden sind, sondern als eine entwurzelte Bevölkerung, die sich ihre Besonderheiten über die Jahrhunderte hindurch im Einklang mit der biblischen Erzählung bewahrte.

Die Modernisierung und Demokratisierung West- und Mitteleuropas im 19. Jahrhundert ermöglichte eine schrittweise Emanzipation und Assimilation der Juden. Dieser Prozess erfuhr eine gefährliche Umkehrung, als die Juden im Russischen Reich in der zweiten Jahrhunderthälfte im Zusammenhang mit der ersten großen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft – der Großen Depression von 1873 bis 1896 – zunehmend zum Sündenbock gemacht wurden und in großer Zahl vor der Verfolgung in Richtung Westen flohen. Das Zusammenkommen von Migration und Wirtschaftskrise führte in den Zielländern zum Aufkommen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – ein Muster, das seither immer wieder auftritt. Die Juden wurden zur Zielscheibe der aufkommenden extremen Rechten im Europa des späten 19. Jahrhunderts, was sich in

3 Ebd. Weiter schrieb ich: »Diese narzisstische Anteilnahme ist es – abgesehen vom legitimen Mitleid gegenüber jedem Menschenleben, das Opfer der Barbarei wird –, die jene ganz und gar außergewöhnliche Intensität der Emotionen und Passionen erklärt, die die ›öffentliche Meinung‹ und insbesondere die Meinungsmacher in den westlichen Ländern und in den Metropolen der globalisierten Ökonomie im Gefolge des 11. September ergriffen hat.« Ebd., S. 26.

der Folgezeit fortsetzte und in den krisengeschüttelten Zwischenkriegsjahren des folgenden Jahrhunderts einen Höhepunkt erreichte.⁴ Die Säkularisierung Europas und der Aufstieg des Szientismus im 19. Jahrhundert übersetzte sich in die Säkularisierung des erneuerten Judenhasses: Alte christliche Vorurteile ebneten dem pseudowissenschaftlichen »Antisemitismus« den Weg.

Die westeuropäischen Juden wurden im besten Falle den osteuropäischen Migranten vorteilhaft entgegengesetzt, im schlimmsten Falle warf man sie mit diesen als Angehörige einer rassistisch minderwertigen und geschmähten Kategorie in einen Topf.⁵ Auf diese Weise wurde zwischen dem späten 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts die Assimilierung der westeuropäischen Juden in großen Teilen rückgängig gemacht – nur dass die Juden von ihren Feinden jetzt nicht mehr in erster Linie als »Christusmörder« angesehen wurden, sondern als Angehörige einer semitischen oder westasiatischen/nahöstlichen Rasse, die von arischen oder weißen Europäern verachtet wurde. Die Bezugnahme auf ein indo-europäisches arisches Kontinuum ist ein ideologischer Kniff, den sich der Nationalsozialismus zu eigen machte, um die Linguistik als wissenschaftliche Grundlage für seine rassistische Weltanschauung heranzuziehen. Für Südeuropäer wie die italienischen Faschisten war dies zugänglicher als jene Rassetheorie einer weißen Vorherrschaft, die auch als »Nordizismus« bekannt ist und die dem verbreiteten Rassismus in Deutschland und in anderen nordischen Ländern näher war.

Hitler selbst war besonders von den Ansichten des Sprachwissenschaftlers und Anthropologen Hans Friedrich Karl Günther beeindruckt, der Anhänger

-
- 4 Die erste Analyse des Aufkommens des Antisemitismus in Europa in diesem Sinne wurde von dem jungen Abraham Léon (geboren als Abraham Wajnsztok) formuliert – einem belgischen Trotzkiisten polnisch-jüdischer Abstammung, der 1944 in Auschwitz im Alter von 26 Jahren ermordet wurde. Diese Analyse findet sich in seinem auf Französisch verfassten Buch *La conception matérialiste de la question juive* (die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel »Die jüdische Frage. Eine marxistische Darstellung«).
 - 5 Der moderne politische Zionismus machte sich ursprünglich den Wunsch der assimilierten europäischen Juden in aus Mittel- und Westeuropa zunutze, die schädlichen Auswirkungen der Migrationsströme ihrer armen osteuropäischen Glaubensgenossen auf ihre eigene Situation zu stoppen. Dies wird in Theodor Herzls zionistischem Manifest *Der Judenstaat* deutlich, vgl. dazu mein Aufsatz: *The Zionist Project's Duality: Escaping Racist Oppression and Reproducing It in Colonial Context*. In: *Jadaliyya* (Website), 3.11.2017.

der nordischen Rassenlehre war und die rassische Charakterisierung der Juden als Semiten oder gar als Angehörige einer »jüdischen Rasse« ausdrücklich ablehnte.⁶ Günther fasste seine Ansichten über die Juden in Abgrenzung zu anderen europäischen Völkern in seiner 1924 erschienenen *Rassenkunde Europas* zusammen. Es ist sinnvoll, aus diesen Ausführungen ausführlich zu zitieren, da sie heute nur noch wenigen Historikern bekannt sind:

»Über die Juden ist eine Reihe falscher Vorstellungen verbreitet. So sollen sie einer »semitischen Rasse« angehören. Eine solche gibt es aber nicht; es gibt nur Völker semitischer Sprache, welche verschiedene Rassenzusammensetzungen zeigen [...]. Die Juden sollen selbst eine Rasse sein: »die jüdische Rasse«. Das ist ebenso falsch; schon der oberflächliche Blick entdeckt ja unter den Juden sehr verschieden aussehende Menschen. Die Juden sollen eine Glaubensgemeinschaft sein. Das ist der oberflächlichste Irrtum, denn es gibt Juden aller europäischen Glaubensbekenntnisse, und gerade unter den am stärksten jüdisch-völkisch denkenden Juden, den Zionisten, gibt es viele, die nicht dem mosaischen Glaubensbekenntnis angehören. [...]

Die Juden sind ein Volk und können wie andere Völker auf mehrere Glaubensbekenntnisse verteilt sein, und wie die anderen Völker sind sie aus verschiedenen Rassen zusammengesetzt. Die beiden Rassen, welche gleichsam den Grund des jüdischen Volkes ausmachen, sind [...] die vorderasiatische und die orientalische. Dazu kommen leichtere Einschläge hamitischer, nordischer, innerasiatischer und negerischer Rasse, stärkere Einschläge westischer und vor allem ostbaltischer Rasse. [...]

Man unterscheidet innerhalb des jüdischen Volkes zwei Volksteile: Die Südjuden (Sephardim) und die Ostjuden (Aschkenasim); erstere machen 1 Zehntel, letztere 9 Zehntel des etwa 15 Millionen starken Gesamtvolkes aus: erstere bilden in der Hauptsache das Judentum Afrikas, der Balkanhalbinsel, Italiens, Spaniens, Portugals, einen Teil des Judentums Frankreichs, Hollands und Englands. Diese *Südjuden* stellen eine orientalisch-vorderasiatisch-westisch-hamitisch-nordisch-negerische Mischung dar bei Vorherrschen der orientalischen Rasse. Die *Ostjuden* bilden das Judentum Rußlands, Polens, Galiziens, Ungarns, Österreichs und Deutschlands, wohl den größten Teil des nordamerikanischen Judentums und einen Teil des westeuropäischen. Sie stellen eine vorderasiatisch-orientalisch-ostbaltisch-innerasiatisch-nordisch-hamitisch-negerische Mischung dar mit einem gewissen Vorherrschen der vorderasiatischen Rasse.

6 Zu Hans F. K. Günther siehe Alan E. Steinweis: *Studying the Jew: Scholarly Antisemitism in Nazi Germany*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2006, S. 25–41.

In beiden Zweigen des Judentums ist es aber anscheinend zu gleichgerichteten Auslesevorgängen gekommen, welche gleichsam den Kreis bei solcher Rassenmischung möglichen Kreuzungszusammenstellungen verengt haben, so daß im jüdischen Gesamtvolk immer wieder leiblich-seelische Züge auftreten, welche bei einem großen Teil der Juden aller Länder so miteinander übereinstimmen, daß leicht der Eindruck einer ›jüdischen Rasse‹ entstehen kann.«⁷

Günther unterstützte die zionistische »Lösung« der Judenfrage:

»Eine würdige und klare Lösung der Judenfrage liegt in der vom Zionismus gewünschten Scheidung der Juden von den Nichtjuden, in der Herauslösung der Juden aus den nicht-jüdischen Völkern. Innerhalb der europäischen Völker, die rassistisch ganz anders zusammengesetzt sind als das Judentum, wirkt dieses nach den Worten des jüdischen Schriftstellers *Buber* als ›ein Keil, den Asien in Europas Gefüge trieb, ein Ding der Gärung und Ruhestörung.«⁸

Günther zitierte hier niemand Geringeren als den berühmten österreichischen Philosophen Martin Buber, der damals als glühender Anhänger des Zionismus und Bewunderer von Theodor Herzl bekannt war. Das Zitat stammt aus Bubers Schlussfolgerung in seinem Artikel *Das Land der Juden* (1910), der in seiner 1916 erschienenen Aufsatzsammlung *Die Jüdische Bewegung* wiederabgedruckt worden war:

»Dort erst können wir wahrhaft zu uns selbst kommen. Hier sind wir ein Keil, den Asien in Europas Gefüge trieb, ein Ding der Gärung und der Ruhestörung. Kehren wir in Asiens Schoß, in die große Völkerwiege, die auch die

7 Hans F. K. Günther: *Rassenkunde Europas*, 3. Auflage München: J. F. Lehmanns Verlag 1929, S. 100–104 (die Hervorhebungen sind in der Vorlage gesperrt).

8 Ebd., S. 105 (die Hervorhebungen sind in der Vorlage gesperrt). Die Überschneidungen zwischen dem antisemitischen Wunsch, Deutschland judenrein zu machen, und dem zionistischen Wunsch, alle Juden nach Palästina auszusiedeln, übersetzte sich in die Zusammenarbeit der nationalsozialistischen Obrigkeit mit deutschen Zionisten bei der Organisation des »Transfers« deutscher Juden nach Palästina (das sogenannte Ha'avara-Abkommen, unterschrieben am 25. August 1933). Diese Zusammenarbeit dauerte bis 1941 an, das heißt also bis zu dem Zeitpunkt, als die Nationalsozialisten zur »Endlösung« übergingen. Die beste und verlässlichste Untersuchung zu diesem Thema ist Francis R. Nicosia: *Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich*, übersetzt von Karin Hanta. Göttingen: Wallstein 2012.

Götterwiege war und ist, zurück und wir kehren zum Sinn unseres Daseins zurück: dem Göttlichen zu dienen, das Göttliche zu erleben, im Göttlichen zu sein.«⁹

Für die Zwischenkriegszeit findet man auch auf der anderen Seite des Atlantiks zahlreiche rassistische Tiraden wie jene von Günther. Ein prominenter Verfasser solcher Pamphlete in den Vereinigten Staaten war Kenneth L. Roberts, ein Journalist und (als Absolvent der Cornell University) Teil der WASP-Elite (*White Anglo-Saxon Protestant*). Da man in seinen Texten vergeblich nach pseudowissenschaftlichen Ausführungen sucht, wie man sie bei Günther findet, stehen sie dem einwanderungsfeindlichen Rassismus unserer heutigen Zeit näher. Roberts verbreitete seine Ansichten in Zeitungen und Magazinen, 1922 erschien eine Sammlung seiner Schriften unter dem Titel *Why Europe Leaves Home* (»Warum Europa seine Heimat verlässt«). Hier Auszüge aus seiner Prosa:

»Selbst die liberalsten Einwanderungsbehörden stellen fest, dass die Juden aus Polen menschliche Parasiten sind, die allzu oft auf hinterhältige Weise auf Kosten voneinander und von ihren Nachbarn anderer Rassen leben. Und auch nach ihrer Ankunft in Amerika leben sie auf diese Weise weiter, weswegen sie als Einwanderer höchst unerwünscht sind.«¹⁰

»Rassen können nicht gekreuzt werden, ohne dass es zu einer Vermischung kommt, genauso wenig wie Hunderassen gekreuzt werden können, ohne dass es zu Mischlingen kommt. Die amerikanische Nation wurde von der nordischen Rasse gegründet und entwickelt, doch wenn ein paar Millionen Angehörige der alpinen, mediterranen und semitischen Rassen über

9 Martin Buber: Das Land der Juden. Aus einer Rede (1910). In: Die Jüdische Bewegung. Gesammelte Aufsätze und Ansprachen 1900–1915, Berlin: Jüdischer Verlag 1916, S. 192–195, hier: S. 195. Die moderne Edition findet sich in: Martin Buber: Werkausgabe, Band 3: Frühe jüdische Schriften 1900–1922, herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Barbara Schäfer, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2007, S. 354–355.

10 »Even the most liberal-minded authorities on immigration state that the Jews of Poland are human parasites, living on one another and on their neighbors of other races by means which too often are underhanded, that they continue to exist in the same way after coming to America, and that they are therefore highly undesirable as immigrants.« Kenneth L. Roberts: *Why Europe Leaves Home*, New York: The Bobbs-Merrill Company 1922, S. 15.

uns geschüttet werden, wird das Ergebnis unweigerlich eine hybride Rasse von Menschen sein, die so wert- und nutzlos ist wie die für nichts zu gebrauchenden Mestizen in Mittelamerika und Südosteuropa.«¹¹

»Amerika befindet sich in einem permanenten Ausnahmezustand, solange seine Gesetze es zulassen, dass Millionen von nicht-nordischen Fremdlingen über das Meer hineinströmen. Wenn dieser Zustrom aufhört, ein Ausnahmezustand zu sein, wird Amerika längst vollkommen vermischt sein [...]«¹²

»Es darf außerdem nicht vergessen werden, dass die Juden aus Russland, Polen und fast ganz Südosteuropa keine Europäer sind: Sie sind Asiaten und zumindest teilweise Mongoloide. [...] Es wird natürlich viele wohlmeinende Menschen geben, die leugnen, dass die russischen und polnischen Juden mongoloides Blut in sich haben. Diese Tatsache lässt sich jedoch leicht durch den Artikel in der Jewish Encyclopedia bestätigen, der sich mit den Chasaren befasst. In der Jewish Encyclopedia heißt es, dass die Chazaren ›Leute türkischer Abstammung‹ waren, ›deren Leben und Geschichte mit den frühesten Anfängen der Geschichte der Juden in Russland verwoben sind‹.«¹³

-
- 11 »Races cannot be cross-bred without mongrelization, any more than breeds of dogs can be cross-bred without mongrelization. The American nation was founded and developed by the Nordic race, but if a few more million members of the Alpine, Mediterranean and Semitic races are poured among us, the result must inevitably be a hybrid race of people as worthless and futile as the good-for-nothing mongrels of Central America and Southeastern Europe.« Ebd., S. 22.
- 12 »America is confronted by a perpetual emergency as long as her laws permit millions of non-Nordic aliens to pour through her sea-gates. When this inpouring ceases to be an emergency, America will have become thoroughly mongrelized [...]« Ebd., S. 97.
- 13 »It must not be forgotten, moreover, that the Jews from Russia, Poland and nearly all of South-eastern Europe are not Europeans: they are Asiatics and in part, at least, Mongoloids. [...] There will be, of course, many well-intentioned persons to deny that the Russian and Polish Jews have Mongoloid blood in them. This fact, however, may readily be confirmed in that section of the Jewish Encyclopedia dealing with the Chazars. The Jewish Encyclopedia states that the Chazars were ›people of Turkish origin whose life and history are interwoven with the very beginnings of the history of the Jews of Russia‹.« Ebd., S. 117–118.

Wie die westlichen Juden zu Weißen wurden

Es gehört zu den Paradoxien von Geschichte, dass das schlimmste Unglück, das den europäischen Juden in ihrem jahrhundertlangen Leidensweg jemals widerfahren ist – nämlich der nationalsozialistische Völkermord an den Juden, der gemeinhin als Holocaust bezeichnet wird –, in den Jahrzehnten nach dem Krieg zum wichtigsten Grund für ihre Anerkennung als legitimer Teil der westlichen Zivilisation wurde und sie den Europäern christlicher Abstammung gleichstellte. Vor allem in den Vereinigten Staaten wurden die Anerkennung der Juden und die Neudefinition der westlichen Zivilisation als »jüdisch-christlich« vorangetrieben. So stellte Peter Novick im Jahr 1999 fest:

»Vor dem Zweiten Weltkrieg war es üblich zu hören, wie Amerika als ein christliches Land bezeichnet wurde – statistisch gesehen eine absolut vertretbare Beschreibung. Nach dem Krieg schlossen die Anführer einer nicht weniger überwältigend mehrheitlichen christlichen Gesellschaft die Juden mit ein, als sie begannen, von unseren »jüdisch-christlichen Traditionen« zu sprechen; sie hoben die drei Prozent der amerikanischen Gesellschaft, die jüdisch waren, auf die gleiche symbolische Ebene wie weitaus größere Gruppen und sprachen von »Protestanten-Katholiken-Juden.«¹⁴

Mark Silk beschrieb, wie die »jüdisch-christliche« Idee im ideologischen Kampf gegen den Faschismus aufkam und wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Abgrenzung zu den beiden Varianten des Totalitarismus – Faschismus und Kommunismus – etablierte. Auf diese Weise wurde sie einem integrativen Element der Ideologie des Kalten Kriegs:

»Jüdisch-christlich« und die damit verbundenen Begriffe waren nicht mehr aufzuhalten. Nach den Enthüllungen über die Vernichtungslager der Nazis

14 »Before World War II, it was common to hear America described as a Christian country – statistically, a most defensible designation. After the war, the leaders of a no-less-overwhelmingly Christian society had accommodated Jews by coming to speak of our »Judeo-Christian traditions«; they elevated the 3 percent of American society that was Jewish to symbolic parity with vastly larger groups by speaking of »Protestant-Catholic-Jew.« Peter Novick: *The Holocaust in American Life*, Boston: Houghton Mifflin Company 1999, S. 225. Novicks Buch erschien in einer überarbeiteten Fassung 2001 auf Deutsch unter dem Titel: *Der Umgang mit dem Massenmord*, übersetzt von Irmela Arnspenger und Boike Rehbein, Stuttgart, München: Deutsche Verlagsanstalt.

erschien eine Formulierung wie ›unsere christliche Zivilisation‹ auf unheilvolle Weise ausschließend; für die Verkündung der Spiritualität des American Way brauchte es eine größere Reichweite. ›Wenn unsere eigenen geistigen Anführer nach den moralischen Grundlagen für unsere demokratischen Ideale suchen‹, bemerkte Arthur E. Murphy von der Cornell University auf der Konferenz über Wissenschaft, Philosophie und Religion im Jahr 1949, ›dann werden sie diese in ›unserem jüdisch-christlichen Erbe‹, in der Kultur ›des Westens‹ oder in der ›amerikanischen Tradition‹ finden‹. Murphy stellte seinerseits die geistigen Anführer Amerikas den Anführern der Sowjetunion gegenüber, die ihre eigenen anspruchsvollen moralischen Ideale verkündeten. [...] ›Jüdisch-christlich‹ diente dem gleichen Zweck: Es sollte die Gotteshörigkeit der Vereinigten Staaten, die die Amerikaner aller Glaubensrichtungen umfasste, der Gottlosigkeit der UdSSR entgegenstellen.«¹⁵

In ihrem 1998 erschienenen Buch *How Jews Became White Folks and What That Says about Race in America* (»Wie Juden zu Weißen wurden und was das über Rasse in Amerika aussagt«) beschrieb Karen Brodtkin die damit zusammenhängende Verwandlung der amerikanischen Juden in ganz normale Leute, die am amerikanischen Way of life teilhaben:

»Der amerikanische Antisemitismus war Teil des größeren Systems des Rassismus des 19. Jahrhunderts, der sich gegen alle süd- und osteuropäischen Einwanderer genauso wie gegen asiatische Einwanderer richtete, von Afroamerikanern, amerikanischen Ureinwohnern und Mexikanern ganz zu schweigen. Diese Ansichten rechtfertigten die verschiedensten Arten

15 »›Judeo-Christian‹ and its companion terms were unstoppable. After the revelations of the Nazi death camps, a phrase like ›our Christian civilization‹ seemed ominously exclusive; greater comprehensiveness was needed for proclaiming the spirituality of the American Way. ›When our own spiritual leaders look for the moral foundations for our democratic ideals,‹ observed Cornell's Arthur E. Murphy at the 1949 Conference on Science, Philosophy and Religion, ›it is in ›our Judeo-Christian heritage,‹ the culture of ›the West,‹ or ›the American tradition,‹ that they tend to find them.‹ For his part, Murphy was contrasting America's spiritual leaders with the leaders of the Soviet Union, who proclaimed high-flying moral ideals of their own. ... ›Judeo-Christian‹ served the same purpose, highlighting, in a way that included Americans of all faiths, the godliness of the United States against the godlessness of the USSR.« Mark Silk: Notes on the Judeo-Christian Tradition in America, in: *American Quarterly* 36 (1), 1984, S. 69–70. Im Anschluss daran beschreibt Silk die theologischen Konsequenzen dieses Perspektivwechsels innerhalb des amerikanischen Judentums sowie zwischen Katholizismus und Protestantismus und zeigt den Unterschied zwischen ihnen in dieser Hinsicht auf.

von diskriminierender Behandlung, darunter die Verunmöglichung der Einwanderung aus Europa und Asien zwischen 1882 und 1927. Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich dieses Bild radikal. Plötzlich glaubten die gleichen Leute, die Nativismus und Fremdenfeindlichkeit propagiert hatten, mit Eifer daran, dass die aus Europa stammenden Menschen, die sie nur wenige Jahre zuvor deportiert, als Angehörige minderwertiger Rassen verleumdet und an der Einwanderung gehindert hatten, nun vorbildliche weiße Vorstadtbürger der Mittelklasse waren.«¹⁶

Hollywood und die sogenannte Kulturindustrie trugen natürlich stark zu diesem ideologischen Wandel bei, insbesondere durch ihre Darstellung des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust. Die in Film und Fernsehen repräsentierten Juden waren über all die Jahre hinweg im Wesentlichen assimilierte Juden und nur sehr selten osteuropäische Traditionalisten, etwa Orthodoxe wie Haredim oder Chassidim, obwohl diese proportional am stärksten vom Holocaust betroffen waren. Eine aufschlussreiche Anekdote in diesem Zusammenhang handelt davon, wie Barbra Streisand in Hollywood nach Unterstützung für ihr neues Projekt suchte. Sie wollte einen Film auf der Grundlage von Isaac Bashevis Singers Geschichte »Yentl the Yeshiva Boy« drehen, doch angeblich sagte ihr der jüdische Produktionsleiter von 20th Century Fox: »Die Geschichte ist viel zu ethnisch, viel zu esoterisch.«¹⁷ Die TV-Miniserie *Holocaust* von 1978 – nach den Worten von Peter Novick¹⁸ »ohne Zweifel [...] die wichtigste Phase für das Eindringen des Holocaust in das allgemeine amerikanische Bewußt-

-
- 16 »American anti-Semitism was part of a broader pattern of late-nineteenth-century racism against all southern and eastern European immigrants, as well as against Asian immigrants, not to mention African Americans, Native Americans, and Mexicans. These views justified all sorts of discriminatory treatment, including closing the doors, between 1882 and 1927, to immigration from Europe and Asia. This picture changed radically after World War II. Suddenly, the same folks who had promoted nativism and xenophobia were eager to believe that the Euro-origin people whom they had deported, reviled as members of inferior races, and prevented from immigrating only a few years earlier, were now model middle-class white suburban citizens.« Karen Brodtkin: *How Jews Became White Folks and What That Says about Race in America*, New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press, 1998, S. 26.
- 17 Neal Gabler: *Barbra Streisand: Redefining Beauty, Femininity, and Power*, New Haven, CT: Yale University Press, 2016, S. 190.
- 18 Novick: *Holocaust in American Life*. Das Zitat hier (und in den folgenden Fußnoten) nach der deutschen Übersetzung: *Nach dem Holocaust*, S. 270.

sein« – handelte hingegen wenig überraschend von einer fiktiven Familie von assimilierten deutschen Juden aus der Mittelschicht.

Als die amerikanischen Juden zu Weißen wurden, ging das mit einer Verschiebung der allgemeinen politischen Verwendung des Holocaust einher. Der Holocaust war nicht mehr das Extrembeispiel dafür, wozu Rassismus – und zwar jeglicher Art – führen kann und auf den man sich im Kampf gegen alle Arten von Rassismus bezog, sondern wurde nun zum alleinigen Symbol für den spezifischen Hass auf Juden. »Nie wieder« als universelle Warnung vor jeder Art von rassistischer Verfolgung und ihren Folgen bis hin zum Völkermord schrumpfte zu einer Warnung vor dem antijüdischen Rassismus als singulärem Phänomen. Wie Peter Novick 1999 schrieb: »In den letzten Jahrzehnten haben die führenden jüdischen Organisationen den Holocaust für die Argumentation ins Feld geführt, der Antisemitismus sei eine besonders bösertige und mörderische Form des Hasses.«¹⁹ Dies stand im Gegensatz zu der Betonung der »gemeinsamen psychologischen Wurzeln der vielfältigen Ausformungen des Vorurteils« in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, als die gleichen führenden jüdischen Organisationen deswegen überlegten, dass »sie der Sache der jüdischen Selbstverteidigung ebenso gut dienen, indem sie Vorurteile und Diskriminierung gegen die Schwarzen angriffen, wie durch den direkten Angriff auf den Antisemitismus.«²⁰

Die berühmte Anklage des aus Martinique stammenden Dichters Aimé Césaire, der im Jahr 1950 angesichts der Reaktion auf das Schicksal der europäischen Juden im Vergleich zum Leiden der nicht-weißen Bevölkerung dem Westen Doppelstandards attestierte, ist also retrospektiv gerechtfertigt. In seinem *Discours sur le colonialisme* (»Rede über den Kolonialismus«) entlarvte Césaire den »ach so distinguierten, ach so humanistischen, ach so christlichen Bourgeois des 20. Jahrhunderts«:

»Denn das, was er Hitler nicht verzeiht, [ist] nicht das Verbrechen an sich, das Verbrechen gegen den Menschen [...], nicht die Erniedrigung des Menschen an sich, sondern das Verbrechen gegen den weißen Menschen, die Erniedrigung des weißen Menschen und dass er, Hitler, kolonialistische Methoden auf Europa angewendet hat, denen bislang nur die Araber Algeriens, die Kulis Indiens und die Neger Afrikas ausgesetzt waren.«²¹

19 Novick: Nach dem Holocaust, S. 158f.

20 Ebd., S. 159.

21 Aimé Césaire: Über den Kolonialismus, übersetzt von Heribert Becker, Berlin: Alexander Verlag, S. 25–107, S. 34 (Hervorhebungen gemäß Vorlage).

Césaires Anklage stimmte im Jahr 1950 allerdings nur zum Teil. Denn die europäischen Juden waren, wie wir gesehen haben, vor dem Holocaust von einem großen Teil der weißen »Bourgeoisie des zwanzigsten Jahrhunderts« nicht als Weiße angesehen worden. Erst später nahm der Holocaust nach allgemeinem Dafürhalten den Charakter eines Verbrechens an Weißen an. Wahr bleibt hingegen, dass die entwürdigende und schließlich völkermörderische Behandlung, die die Nazis den Juden und Angehörigen einiger anderer Gruppen zufügten, inmitten Europas stattfand und nicht irgendwo im »Herzen der Finsternis«, weit entfernt vom Blick der Europäer, wo es mit Sicherheit viel weniger Verurteilung im Globalen Norden hervorgerufen hätte.

Vom Antisemitismus zum Philo-Zionismus

Indem man den Holocaust zu einem Sonderfall gemacht hat, der nicht länger ein Fallbeispiel von generischem Rassismus und Völkermord darstellt, konnte sich ein neues Phänomen etablieren: die Identifizierung des Staates Israel mit dem Jüdischsein, obwohl dieser das absolute Gegenteil des historischen Jüdischseins darstellt – nämlich einen Staat mit jüdischer Mehrheit, der auf der rassistischen Diskriminierung von Nicht-Juden basiert, stark militarisiert und damit befasst ist, ein anderes Volk – die Palästinenser – zu verfolgen und dessen Land zu besetzen, einschließlich immer wiederkehrender mörderischer Angriffe bis hin zum Massaker von völkermörderischem Ausmaß, das in diesem Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, in Gaza verübt wird.

Diese Verdrehung von Geschichte wurde durch die Gleichsetzung zweier sehr unterschiedlicher Haltungen möglich: des Rassismus weißer Europäer sowie seiner Ableger auf anderen Kontinenten gegenüber der in der Geschichte verfolgten jüdischen Minderheiten, die mitten unter ihnen lebten, auf der einen Seite; und auf der anderen Seite die Reaktion der Palästinenser und anderer Völker des Globalen Südens auf das brutale koloniale Verhalten eines Staates, der auf seiner Selbstdefinition als »jüdisch« beharrt und damit einen beträchtlichen Teil seiner eigenen Bevölkerung ausschließt. Die Gleichsetzung war erfolgreich durch die Schaffung eines »neuen Antisemitismus«, dessen Definition die Kritik am israelischen Staat mit einschließt.²² Bis vor Kurzem

22 Siehe Gilbert Achcar: Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen, übersetzt von Sophia Deeg und Birgit Althaler. Hamburg: Edition Nautilus 2012.

war die Gleichsetzung von Juden mit Zionismus das Alleinstellungsmerkmal arabischer Antisemiten gewesen, welche sie gegen fortschrittliche arabische Strömungen, die immer auf der Notwendigkeit einer klaren Unterscheidung zwischen beiden Kategorien bestanden, in Anschlag gebracht hatten. Heute ist diese Gleichsetzung nicht nur das Markenzeichen des Zionismus, der schon immer im Namen einen globalen »jüdischen Nation« gesprochen hat, sondern auch eines westlichen »Philosemitismus«, der die Gestalt einer bedingungslosen Unterstützung des zionistischen Staates angenommen hat, wenn auch gelegentlich vorsichtig Kritik geäußert wird.

Auch wenn es paradox ist, so überrascht es doch nicht, dass diese Dynamiken in Deutschland, dem Geburtsland des Nationalsozialismus und der Täter des Völkermordes an den Juden, seinen Höhepunkt erreicht. Frank Stern hatte bereits in seinem 1992 erschienenen Buch *The Whitewashing of the Yellow Badge: Antisemitism and Philosemitism in Postwar Germany*, ursprünglich seine an der Universität Tel Aviv verteidigte Dissertation, dieses Phänomen untersucht.²³ Sterns Studie wurde von Daniel Marwecki in seinem 2020 erschienenen Buch *Germany and Israel: Whitewashing and Statebuilding* aktualisiert und ergänzt.²⁴ Natürlich wird die Identifikation mit Israel leicht zu einem Vektor des antiarabischen und antimuslimischen Rassismus gegen die Palästinenser und andere Araber, auf welchem die herrschende Ideologie in Israel selbst beruht. Das ist der Grund für die Leichtigkeit, mit der rechtsextreme Strömungen in Europa – trotz ihrer antisemitischen Tradition – auf den Philo-Zionismus zurückgreifen. Indem sie die Juden in einem allgemeinen Weißsein auflösen, waschen sie sich selbst weiß und betrachten Israel trotzdem weiterhin als das wahre und einzige Land der Juden.

Angesichts der jüngsten Ereignisse in Gaza ist die deutsche philosemitische Pro-Israel-Haltung völlig ins Groteske gerutscht, wie Susan Neiman anschaulich beschreibt:

»Deutsche Verurteilungen der Hamas und Erklärungen der nicht nachlassenden Solidarität mit Israel sind so reflexhaft geworden, dass eine davon

23 Das Buch erschien auch auf Deutsch, allerdings unter dem Titel: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv 14). Gerlingen: Bleicher 1991.

24 Daniel Marwecki: *Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson*, überarbeitet und übersetzt vom Verfasser. Göttingen: Wallstein 2024.

sogar im Geldautomaten meiner örtlichen Bank auftauchte: »Wir sind entsetzt über den brutalen Angriff auf Israel. Unser Mitgefühl gilt dem israelischen Volk, den Opfern, ihren Familien und Freunden.« Der Hinweis erschien, als ich auf den Bildschirm tippte, dann ein zweites Mal, als ich eine Sprache wählte, ein drittes Mal, als ich meine PIN eingab, und schließlich ein viertes Mal, als das Geld aus dem Schlitz herauskam. Egal, ob von einer Maschine oder einem Politiker – solche Aussagen führen nicht dazu, dass ich mich sicherer fühle, im Gegenteil: Durch die Wiederholung leerer Formeln wachsen meine Ängste vor Gegenreaktionen. Deutschlands reflexartige Verteidigung Israels bei gleichzeitigem Verzicht auf Kritik an dessen Regierung oder der Besetzung Palästinas kann nur zu Ressentiments führen. Die meisten Politiker werden im Privaten zugeben, dass dies ein Problem darstellt, fühlen sich aber gezwungen, solche leeren Phrasen in der Öffentlichkeit zu wiederholen – selbst wenn ihnen sehr wohl bewusst ist, dass rechte Parteien das Massaker in Israel dazu nutzen, um in Deutschland die Stimmung gegen Einwanderung weiter zu schüren.«²⁵

Eleonore Sterling, geborene Oppenheimer, deren Eltern im Holocaust ums Leben kamen, formulierte es 1965 in der *Zeit* besonders treffend: »Antisemitismus und neuere Judenidolatrie haben viel Gemeinsames.«²⁶ »Beide«, so kommentierte sie, »entspringen dem psychischen Unvermögen, den »anderen wirklich zu achten. Der Jude bleibt sowohl dem Antisemiten als auch dem Philosemiten ein Fremder.« Dass die Juden zu Weißen wurden, hat sich also zu einer höchst verwerflichen Bewunderung für ein Israel entwickelt, das als

25 »German denunciations of Hamas, and statements of unyielding solidarity with Israel, have become so automatic that one appeared in the cash machine of my local bank: »We are horrified by the brutal attack on Israel. Our sympathies are with the people of Israel, the victims, their families, and friends.« The notice displayed once when I tapped the screen, once again when I chose a language, a third time when I typed in my PIN, and finally when the money popped out of the slot. Whether from a machine or a politician, such statements do not make me feel safer. On the contrary, the repetition of vapid formulas increases my growing fears of backlash. Germany's reflexive defenses of Israel while refraining from criticism of its government or its occupation of Palestine can only lead to resentment. Most politicians will acknowledge the problem in private but feel compelled to repeat empty phrases in public – even if they know that right-wing parties are using the massacre in Israel to stir anti-immigration sentiment in Germany.« Susan Neiman: *Germany on Edge*. New York Review of Books vom 3.11.2023.

26 Eleonore Sterling: *Judenfreunde-Judenfeinde: Fragwürdiger Philosemitismus in der Bundesrepublik*. Die Zeit vom 10.12.1965.

super-weiß wahrgenommen wird, ein Vorposten des Weißen Suprematismus im Mittleren Osten – der Wiege des Islam, dem wichtigsten Hassobjekt des heutigen Rassismus im globalen Norden. Und wenn dieser Vorposten von einer Mord- und Zerstörungswut gegen den Gazastreifen erfasst wird, laut *Washington Post* »mit einem Tempo und einem Ausmaß an Verwüstung, das wahrscheinlich jeden Konflikt der letzten Zeit übertrifft«,²⁷ dann ist die unvermeidliche Gegenreaktion ein Wiederaufleben des Antisemitismus, der sich auf den israelischen Staat konzentriert – und damit leider das Mantra vom »neuen Antisemitismus« zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung macht.

27 Evan Hill, Imogen Piper, Meg Kelly und Jarrett Ley: Israel has waged one of this century's most destructive wars in Gaza. *Washington Post* vom 23.12.2023.

Antisemitismus in Geschichte und Politik

Omer Bartov

Die derzeitige hochpolitisierte Debatte über die Definition von Antisemitismus leidet an einem tiefgreifenden Mangel an historischer Perspektive – und wie schon bei vielen früheren Auseinandersetzungen über das Thema spiegelt sich auch heute die aktuelle Politik in ihr wesentlich stärker wider als die Geschichte. Wie so oft trennen die verfeindeten Lager unversöhnliche Positionen: Die einen betrachten die Welt durch ein antisemitisches Prisma und führen alles, was in ihr oder in ihrem eigenen Leben schiefgelaufen ist, auf die Schuld der Juden zurück; die anderen wiederum blicken durch eine anti-antisemitische Brille auf die Welt und halten jede kritische Beobachtung über Juden prinzipiell für antisemitisch – egal, ob es um Individuen oder um eine Gemeinschaft, oder gar, ganz heikel, um den Staat Israel geht.

Doch was ist gemeint, wenn von Antisemitismus die Rede ist? Aufgrund seiner langen und komplexen Geschichte kann man den Antisemitismus nur verstehen, wenn man seine historischen Wurzeln ergründet; zugleich muss man seine moderne Gestalt berücksichtigen. Und da antisemitischen Argumenten auch schon immer mit Gegenargumenten entgegnet wurde, besitzt der Anti-Antisemitismus eine ähnlich lange und vielfältige Geschichte. Aus diesem Grund wurden beide Phänomene im Laufe der Zeit von verschiedenen Menschen Personen? unterschiedlich verstanden – und jeweils immer wieder für politische Zwecke mobilisiert. Tatsächlich sind diese beiden Diskurse auf offenkundige und zuweilen eigentümliche Weise voneinander abhängig geworden. Lange bevor der Begriff »Antisemitismus« geprägt wurde, spielte, historisch gesehen, antijüdische Feindseligkeit nicht nur eine wichtige Rolle dabei, wie Juden von anderen gesehen wurden, sondern umgekehrt auch dabei, wie diese mit der Welt interagierten und – vor allem in der Moderne – wie sich selbst wahrnahmen. Und die anti-antisemitische Rhetorik gewinnt wiederum immer dann größere Bedeutung und Sichtbarkeit, sobald es ihr

gelingt, die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass der Antisemitismus eine echte und gegenwärtige Gefahr ist.

Das, was einmal als »der längste Hass« (»the longest hatred«) bezeichnet wurde, hat, wie gesagt, eine lange und komplexe Geschichte.¹ Jahrhundertlang lebte die überwiegende Mehrheit der Juden inmitten christlicher Gemeinschaften: im 18. Jahrhundert z.B. etwa 80 Prozent der jüdischen Weltbevölkerung allein in der Adelsrepublik Polen-Litauen, in der sie Institutionen der Selbstverwaltung besaßen und weitreichende Privilegien genossen.² Diese Freiheiten und Sonderrechte sorgen für einigen Unmut unter Bauern und Bürgern. Doch die Juden waren wirtschaftlich notwendig und ihre Aktivitäten sorgten für ständigen Kontakt mit ihren christlichen Nachbarn; die Vorstellung des isolierten Shtetl ist mehr Mythos und literarische Trope, als es jemals soziale Realität war.³

Juden und Christen lebten zugleich zusammen und getrennt voneinander.⁴ Was sie auseinandertrieb, waren der religiöse Hass und die sozioökonomische Missgunst auf Seiten der Christen sowie die klaren und starren Grenzen, die die jüdischen Gemeinschaften setzten, um sich vor Assimilation zu schützen. Argwohn und Abneigung waren genauso gegenseitig wie der rege Austausch miteinander üblich war.

Doch diese Beziehung war keineswegs symmetrisch: Die Juden lebten als Minderheit in einem christlichen Universum, in dem eine theologisch begründete Verachtung für das Judentum und die Juden herrschte. Trotz zahlreicher Vertreibungen behielt die Kirche Juden in ihrer Mitte – als Zeugen »für die Wahrheit des Christentums«. Außerdem setzte die antijüdische Bildsprache, die sich im 12. Jahrhundert in Europa zu verbreiten begann, Juden mit dem Teufel sowie mit dem Unreinen, Bedrohlichen und Unnatürlichen in Beziehung, was bis zum Vorwurf reichte, christliches Blut für religiöse Zwecke zu verwenden. Diese Verbindung von sozioökonomischer Missgunst, religiöser Herabsetzung und dämonisierender Bildsprache führte immer wieder zu Gewaltausbrüchen durch Bevölkerung oder Obrigkeit. Im Laufe der Zeit wurden

-
- 1 Robert S. Wistrich: *Antisemitism: The Longest Hatred*. London: Thames Methuen 1991.
 - 2 Gershon D. Hundert: *Jews in Poland-Lithuania in the Eighteenth Century*. Berkeley: University of California Press 2005.
 - 3 Adam Teller: *Money, Power, and Influence in Eighteenth-Century Lithuania: The Jews on the Radziwiłł Estates*. Stanford: Stanford University Press 2020.
 - 4 Shimon Redlich: *Together and Apart in Brzeżany: Poles, Jews, and Ukrainians, 1919–1945*. Bloomington: Indiana University Press, 2002.

die Juden zu den ewigen »Anderen« des christlichen Europas, was sich für sie außerhalb ihrer eigenen Gemeinschaften als unverändert potenziell mörderisch darstellte, selbst als die jüdisch-christliche Koexistenz über zwei Jahrtausende andauerte. Dieses komplexe Beziehungsgeflecht als »den längsten Hass« zu bezeichnen, ist historisch gewiss ahistorisch. Aber Europas antijüdische Traditionen und Bildsprache als irrelevant für Europas heutigen »kulturellen Code« über Juden anzusehen, wäre schlicht ahistorisch.⁵

Aufklärung und Haskalah versprachen Befreiung und Emanzipation; zugleich bedrohten sie aber auch wichtige Werte und Sozialstrukturen, die das christliche Europa und seine jüdische Bevölkerung für so viele Jahrhunderte zusammen- und zugleich getrennt voneinander gehalten hatten. Die Säkularisierung höhle die Prinzipien aus, die das soziale, kulturelle und spirituelle Fundament der christlichen und jüdischen Gesellschaften prägten, und erschütterte die religiösen Wände zwischen ihnen. Die Folge war, dass beide Gruppen den drohenden offenen Austausch untereinander fürchteten, da? sie es nicht schaffen würden, die eigene moralische Textur und das eigene soziale Gefüge zu bewahren. Diess ist die Wurzel des modernen Antisemitismus – die Angst davor, dass die Juden anhand ihrer Kleidung und ihres Verhaltens nicht mehr identifizierbar sein könnten und dennoch alle ihre Eigenschaften behalten würden, die es überhaupt erst notwendig gemacht hatte, sie zu segregieren. Als dann die traditionellen Bastionen von Autorität und Status durch ein entwurzelteres Industrieproletariat und durch eine neue Mittelklasse von Beamten und Angestellten ersetzt worden war, schien der Zugang und Aufstieg von Juden zu dieser schönen und bedrohlichen neuen Welt all das hervorzuheben, was verdächtig an ihr war – Ladenketten und Journalismus, politische Agitation und Wandel der Sexualmoral, Industrialisierung und Urbanisierung, Armut, Gier und der soziale Parvenü.⁶

Daraus erwuchs ein antisemitisches Programm für die neuen politischen Organisationen der entstehenden Massengesellschaft. Als die neuen Nationalstaaten danach strebten, aus dem Gemisch der verschiedenen ethnischen

5 Marvin Perry und Frederick M. Schweitzer (Hg.): *Antisemitic Myths: A Historical and Contemporary Anthology*. Bloomington: Indiana University Press 2008; Shulamit Volkov: *Antisemitismus als kultureller Code*. 2. Auflage. München: C.H. Beck 2000.

6 Arthur Hertzberg: *The French Enlightenment and the Jews*. New York: Columbia University Press 1990; Jacob Katz: *Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft. Jüdische Emanzipation 1770–1870*. Übersetzung von Wolfgang Lotz. Frankfurt am Main: Athenäum 1998.

Gruppen, Sprachen und Religionen eine nationale Identität zu bilden, spielten die Juden die entscheidende Rolle der heimtückischen »Anderen«, die den Weg zur Bildung einer geeinten Nation versperrten. Solange sie an ihrem angestammten Platz verblieben waren, wirkten die Juden weniger bedrohlich. Aber gerade durch ihre Assimilation symbolisierten sie das bedrohliche Andere in einer sich schnell verändernden Welt.⁷

Doch auch die Juden fühlten sich bedroht durch die Erosion ihrer Gemeinden, Traditionen und Autoritätsfiguren, durch die wachsende Durchlässigkeit ihrer selbstauferlegten Grenzen, aber auch durch die zunehmende Verwirrung darüber, wer und was sie eigentlich aktuell seien. Waren sie eine Religion oder eine Rasse? Waren sie patriotische Mitglieder verschiedener Nationen, die sich zum mosaïschen Glauben bekennen, oder Vorboten einer Revolution, die über all diese Kategorien hinwegfegen würde? Oder waren sie am Ende nicht selbst Mitglieder ihrer eigenen, neu verkündeten Nation, die dazu bestimmt war, in ihr einstiges Heimatland zurückzukehren, um dort für sich zu leben, beschützt vor Gewalt und Assimilation?⁸

In anderen Worten: Wenn Liberalismus, Nationalismus und Demokratie versprochen, die Europäer aus den dunklen Zeitaltern in eine Epoche des Lichts, der Vernunft und der Gleichheit zu führen, stellte sich eine ihrer Folgen – nämlich das Verschwinden der Juden – als Problem sowohl für die christlichen als auch für die jüdischen Gemeinschaften heraus. Aus diesem Blickwinkel war der moderne Antisemitismus die Sichtbarwerdung von grundlegenden Umwälzungen in der europäischen Gesellschaft, die mit sich brachten, was liberale Demokratien schätzen – samt ihrer dunklen Schattenseiten: intoleranten Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Populismus, Faschismus und Kommunismus.⁹

Antisemitismus wurde als Begriff erst in den 1870er Jahren geprägt – und ist ein Kind seiner Zeit. Zugleich behielt er immer seine antijüdischen Bilder, die er über Jahrhunderte an theologischer Propaganda, populistischer Hetze und dem Schüren von Ängsten angehäuft hatte.¹⁰ Dieser Hintergrund ist un-

7 Albert S. Lindemann: *Esau's Tears: Modern Anti-Semitism and the Rise of the Jews*. New York: Cambridge University Press, 1997.

8 Yuri Slezkine: *The Jewish Century*. Princeton: Princeton University Press 2004.

9 Michael Mann: *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*. Übersetzung von Werner Roller. Hamburg: Hamburger Edition 2007.

10 Jeffrey Veidlinger: *Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust*. Übersetzung von Martin Richter. München: C.H. Beck 2022.

abdingbar, um die Entwicklung des Holocaust zu verstehen und die derzeitige Rhetorik über Antisemitismus und den Staat Israel zu entschlüsseln. Während in den letzten Jahren einige der Meinung waren, dass der Holocaust der Höhepunkt des oben erwähnten »längsten Hass« war,¹¹ hielten andere wiederum daran fest, dass die »Endlösung« eher aus einer besonderen institutionellen Dynamik des Dritten Reichs hervorgegangen war, denn aus einer antisemitischen Ideologie.¹² Trotz seiner Besessenheit mit den Juden sei der Antisemitismus nicht der Hauptgrund für Hitlers Beliebtheit gewesen. Und auch wenn die Nationalsozialisten die antisemitische Propaganda nach der Machtergreifung noch um einiges steigerten, ersparte das Regime der deutschen Öffentlichkeit die schlimmsten Details der »Endlösung«. Wen es im Gegensatz dazu davon keineswegs verschonte, war die Bevölkerung in Osteuropa, die dann allerdings den wenigen deutschen Besatzern eifrig bei der Durchführung des Massenmordes half.¹³ Auch wenn das Töten als solches in Westeuropa weniger sichtbar war, trafen die Deutschen auch dort auf eine große Anzahl an willigen Kollaborateuren innerhalb der Polizei und den bürokratischen Apparaten vieler besetzter oder verbündeter Länder.¹⁴ Geschah dies wirklich nur, um sich mit dem Besatzer gut zu stellen? Oder existierte nicht auch ein eigenes Verlangen danach, sich der örtlichen jüdischen Bevölkerung und, vor allem im Fall Westeuropas, der neuen jüdischen Einwanderer zu entledigen?

Die Rolle, die der Antisemitismus im Holocaust spielte, wird auch von denjenigen geringer bewertet, die argumentieren, dass der Holocaust lediglich Teil der allgemeinen deutschen Kolonialgeschichte und deswegen nicht grundsätzlich anders war als andere Genozide, die von den europäischen Kolonialmächten begangen wurden. Nach dieser Auffassung ist die Spezifik

-
- 11 Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Übersetzung von Klaus Kochmann. Berlin: Siedler 1996.
 - 12 Christopher R. Browning und Jürgen Matthäus: Die Endfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Übersetzung von Klaus-Dieter Schmidt. München: Propyläen 2003.
 - 13 Jan Grabowski: Na posterunku: Udział polskiej policji granatowej i kryminalnej w Zagładzie Żydów [Auf der Wache: Die Beteiligung der polnischen Ordnungs- und Kriminalpolizei an der Judenvernichtung]. Wołowiec: Wydawnictwo Czarne 2020; Omer Bartov: Anatomie eines Genozids. Leben und Sterben einer Stadt namens Buczacz. Übersetzung von Anselm Bühling. Berlin: Suhrkamp/Jüdischer Verlag 2021.
 - 14 Robert O. Paxton: Vichy France: Old Guard and New Order, 1940–1944. New York: Knopf 1972; Ido De Haan: The Holocaust in the Netherlands. In: Ab Imperio 2, 2019, S. 83–93.

des Antisemitismus für den Holocaust unerheblich, da er unter die allgemeine Rubrik des Rassismus sowie und des grundsätzlich eliminatorischen Charakters des Kolonialismus fällt.¹⁵

Wenn wir indessen die Vorstellung eines dergestalt »entprovinzialisierten«, weil in die mörderische Kolonialgeschichte eingebundenen Holocaust im Lichte der allgemeinen Bereitwilligkeit der europäischen Gesellschaften betrachten, mit dem sie auf den Massenmord an den Juden reagierten, können wir durchaus behaupten, dass das, was die »Endlösung« von diesem weiteren Kontext unterscheidet, gerade das Phänomen des Antisemitismus samt seinen vormodernen Wurzeln ist. Denn es besteht kein Zweifel, dass der nationalsozialistische Antisemitismus rassistisch und der Holocaust somit integraler Bestandteil oder sogar das extremste Element der nationalsozialistischen Rassenpolitik war. Gerade die relative Leichtigkeit, mit der die Deutschen dieses europaweite Unterfangen in Gang und durchsetzten, und zwar mit umfänglicher Unterstützung durch andere staatliche Akteure, durch Länder, die oftmals selbst nicht nationalsozialistisch waren, aber ihre eigenen, tief verwurzelten antisemitischen Traditionen hatten, weist darauf hin, dass sich der Holocaust nicht einfach als ein weiterer kolonialer Genozid darstellen lässt. Er sollte vielmehr größtenteils als ein gemeinsames Vorhaben großer Teile der europäischen Gesellschaft verstanden werden, das darauf ausgerichtet war, den gesamten europäischen Kontinent von den Juden zu säubern. Orchestriert und systematisch durchgeführt wurde der Holocaust zwar von den Deutschen – aber nur dank der vielen willigen, hochmotivierten und eigennütigen Kollaborateure wurde er so »erfolgreich«. Es sei mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass diese Kollaborateure nicht mit denen verwechselt werden sollten, die mit den Deutschen in anderen Bereichen gemeinsame Sache machten. Vor allem in Osteuropa teilten die Widerstandsgruppen, die gegen die deutschen Besatzer für ihre eigenen unabhängigen und ethnisch einheitlichen Nationalstaaten kämpften, mit ihnen oftmals diesen Drang zur Vernichtung der Juden, die sie für den Kommunismus verantwortlich machten.¹⁶

15 Dominik J. Schaller und Jürgen Zimmerer: Settlers, Imperialism, Genocide: Seeing the Global without Ignoring the Local. In: *Journal of Genocide Research* 10(2), 2008, S. 191–199.

16 John-Paul Himka: *Ukrainian Nationalists and the Holocaust: OUN and UPA's Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry, 1941–1944*. Stuttgart: Ibidem Press 2021.

Und was war mit den Juden? Für viele von ihnen, die die Botschaft der Aufklärung, also Emanzipation und wachsende Assimilierung für sich angenommen hatten, bedeutete die Art und Weise, wie sich ihre Gesellschaften gegen sie wandten, einen tiefen Schock. Bereits der Erste Weltkrieg hatte zahlreiche Beispiele dafür geliefert, mit welcher Macht der Antisemitismus die Vorstellungen viele ihrer Waffenbrüder und, Kommandanten, aber auch die der politischen Führung beherrschte. Die Judenzählung von 1916 war dafür nur ein, wenngleich besonders schicksalsträchtiges Beispiel.¹⁷ Am Ende dieses historischen Abschnitts, der sich vom späten 19. Jahrhundert bis 1945 erstreckte, schien jede Vorstellung von Emanzipation und Assimilation zusammen mit den Millionen ermordeter Juden erloschen.

Doch allen Untergangs- und Auslöschungsszenarien zum Trotz entwickelten die drei größten Gemeinschaften der übriggebliebenen Juden in der Sowjetunion, in den Vereinigten Staaten und in Israel ihre jeweils eigene Version von der jüdischen Existenz nach dem Holocaust, die zugleich mächtige Säkularisierungs- und Modernisierungstendenzen sowie einen ausgeprägten Sinn für jüdische Identität umfasste. Zudem spiegelte nicht einmal unter den säkularsten und fortschrittlichsten Juden die Bedeutung des Jüdischseins den Blick des Antisemiten, wie dies Jean-Paul Sartre im Jahr 1945 feststellte. Es ist sicherlich zutreffend, dass der Holocaust vor allem seit den 1980er Jahren eine wachsende Rolle als identitätsstiftendes Ereignis für die jüngeren Generationen von Juden spielt, die wenig über Tradition, Religion oder Geschichte wissen, sich aber als Nachkommen von Holocaustopfern und als potenzielle Opfer der nächsten antijüdischen Katastrophe verstehen, die verhindert werden muss. Auch diese Art des Katastrophendenkens hat eine lange Tradition, die dem Holocaust um viele Jahrhunderte vorausgeht: Es ist ein Denken, mit dem die Juden die Katastrophe vorwegnahmen und sich in dieser Erwartung einander verbunden fühlten, es war ein Zusammenrücken, das ihre Existenz bewahrte, aber auch die Feindseligkeit der Nachbarn weckte. In diesem Sinne ist es nicht der Antisemitismus in seiner modernen Ausprägung, der die Juden miteinander verbindet, sondern die Beziehung zwischen den Juden und ihrer Umwelt – ein Verhältnis, das die Aufklärung zu verändern versprochen und angedroht hatte –, eine Beziehung, die auch die am weitesten assimilierten jüdischen Gemeinschaften noch miteinander verbindet, solange sie nicht vollständig aufgehört haben, sich selbst als jüdisch anzusehen.

17 Derek Penslar: *Jews and the Military: A History*. Princeton: Princeton University Press 2013.

Doch wie stand es um die vielen anderen Juden, die von der Haskalah lediglich in dem Sinne betroffen waren, als dass sie sich von ihr von Anfang an abschirmten, nicht zuletzt durch die Bildung der breiten chassidischen Bewegung, deren Ursprünge sich bis zu den Zerstörungen durch die Kosakenaufstände in der Mitte des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen? Während das zeitgenössische orthodoxe Judentum sich in seiner ganzen Vielfalt aus dem Laufe der Geschichte heraus entwickelt hatte, blieben die Chassiden auf ihre eigenen religiösen, traditionellen, sozialen und kulturellen Praktiken bezogen. Man könnte auch sagen, dass sich diese frommen Gemeinden außerhalb des Mainstreams des modernen jüdischen Lebens, oder sogar außerhalb allen modernen Lebens überhaupt befinden. Und doch repräsentieren sie wohl sehr viel deutlicher, was das Herzstück auch der modernen und assimilierten jüdischen Gemeinschaften auf der ganzen Welt ist: Es geht nämlich darum, jüdisch zu sein, wie auch immer das definiert sein mag, und nicht darum, von anderen als jüdisch angesehen zu werden. Diese Identifizierung kann performativ geschehen oder mit Glaube und Tradition verbunden sein; sie ist eine kulturelle und historische Praxis oder markiert durch Heirat und Einhaltung der Vorschriften. Doch ich meine, dass weder der Antisemitismus noch der Holocaust die Funktion haben, die jüdische Identität zu begründen, selbst wenn diese Identitätsperformanzen bei realer oder vermeintlicher Bedrohung der gesamten Gemeinschaft – in manchen Zeiten gar auf verzweifelte Weise – sichtbarer werden.

Und das ist noch nicht die ganze Geschichte. Der Antisemitismus als Behauptung gegen Juden oder als Behauptung der Bedrohung durch Juden spielt weiterhin eine wichtige Rolle in der zeitgenössischen Politik. An dieser Stelle müssen wir uns mit dem Verhältnis zwischen Antisemitismus und den Verteidigern Israels auseinandersetzen sowie mit seinen Kritikern. Den Kern des Zionismus bildete immer der Gedanke, dass nur ein jüdischer Staat die einzige mögliche Antwort auf den Antisemitismus war. Zionismus und Antisemitismus waren Produkte der gleichen Zeit und der gleichen Ängste vor den Auswirkungen der Moderne auf Identität und Existenz. Für den Zionismus lag der einzige Weg für den Schutz von Juden darin, sie in einen eigenen Staat zu bringen, in dem sie die Mehrheit bilden würden: in einen jüdischen Staat. Dies würde sie vor der Auslöschung bewahren, sei es durch Assimilation oder durch Gewalt. Vor diesem Hintergrund erschien der Holocaust den Zionisten – wie auch vielen Nichtzionisten und Nichtjuden – als der ultimative Beweis für diese Behauptung.

Doch natürlich blieb auch nach dem Holocaust eine große Anzahl von Juden in der Diaspora. Auch wenn sie immer wieder Episoden von anti-jüdischer Politik und Stimmungsmache erfahren sowie unterschiedlich stark assimiliert leben, bleiben Juden eine wichtige, kreative und in der Regel sichere ethnoreligiöse Gruppe in der Welt, deren Untergang nicht unmittelbar bevorzustehen scheint. Im Gegensatz dazu sind Juden in Israel seit der Staatsgründung einem beträchtlichen Maß an Gewalt ausgesetzt. Wenn es um die Verteidigung seiner Politik und um die Legitimierung seiner Existenz geht, dann stützt sich der Staat Israel in seiner eigenen Rhetorik tatsächlich hauptsächlich auf das Argument, dass das Land einer anhaltenden existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist. Mit anderen Worten: Wenn der Zionismus die Juden vor zukünftigen existenziellen Bedrohungen bewahren sollte, dann fußt das Identitätsverständnis des Staates, den er dafür schuf, nun auf der Behauptung gerade dieser Bedrohung. Ein Grund für diesen anhaltende Bedrohung – vorausgesetzt, man ist bereit, sie als tatsächlich gegeben anzunehmen – liegt in der Politik, die ursprünglich beabsichtigte, diese Bedrohung zu beseitigen: in der Vertreibung der meisten Araber aus der Region, die zu Israel wurde, und die die jüdische Mehrheit des neuen Staates sicherstellte. Da der Kern des Konflikts in der Forderung der Palästinenser besteht, in ihre Heimat zurückzukehren, was Israel als eine Bedrohung seiner Existenz wahrnimmt, verwandelte sich der zionistische Traum eines sicheren Zuhauses für die Juden in einen Teufelskreis aus Feindschaft und Gewalt.¹⁸

Da Israels erklärte *raison d'être* darin besteht, der sichere Hafen und Zufluchtsort für Juden zu sein, scheint jede Anerkennung seiner Verantwortung für die Erschaffung des palästinensischen Flüchtlingsproblems diesem Bild zu widersprechen. Aus dem gleichen Grund verbindet sich jede substanzielle Kritik an seiner Politik und an seiner Entstehungsgeschichte mit dem Kernmotiv des modernen Antisemitismus, namentlich der Beseitigung der Juden. Ungeachtet der massiven Kritik an der Politik im eigenen Land belebten die letzten israelischen Regierungen die Siedlerbewegung neu und unterdrücken die palästinensischen und liberalen jüdischen Aktivisten weiter. Außerdem drängen sie zunehmend auch ausländische Regierungen dazu, antiisraelische Äußerungen als antisemitisch zu verbieten. Das zeigte sich beispielsweise im Jahr 2019 am Beschluss des Deutschen Bundestages gegen die BDS-Bewegung.

18 Omer Bartov: The Return of the Displaced. In: Jewish Social Studies 24(3), 2019, S. 26–50.

Dies ist ohne Zweifel ein politischer Gebrauch von Antisemitismus, der legitimiert, was nicht legitimiert werden kann, und womit berechnete Bedenken an der israelischen Politik zur Bedrohung seiner Existenz umgedeutet werden. Eine israelische Regierung nach der anderen unternimmt große Anstrengungen, um ihre eigene Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass jedwede Zugeständnisse an die Palästinenser geradewegs in den Untergang des israelischen Staates führen würden. Diese Rhetorik, die durch die jahrzehntelange Besatzung immer wirksamer wird, verstetigt das Bild der an sich gefährlichen Palästinenser, die deswegen nicht die gleichen Rechte wie die jüdischen Bürger Israels besitzen können und dürfen. Das allgegenwärtige Selbstverständnis der israelischen Öffentlichkeit, dass »die ganze Welt gegen uns ist«, ist in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenteil des antisemitischen Diskurses.

Allerdings besitzt das Ganze noch einen weiteren Aspekt, der nicht unerwähnt bleiben sollte. Der Umstand, dass israelische Politiker auf zynische Weise den Antisemitismus als ein Instrument dafür benutzen, ihre Politik zu rechtfertigen, bedeutet nicht, dass der Antisemitismus nicht mehr existieren würde. Im Gegenteil: In den letzten Jahren beobachten wir eine besorgniserregende Intensivierung des antisemitischen Diskurses sowie einen Anstieg von antisemitischen Taten; offenbar kommt das, was in den ersten Nachkriegsjahrzehnten tabu war, nun wieder an die Oberfläche, und dies offenbart ein augenscheinliches Gefühl von Befreiung in Kreisen, die sich bis dahin zurückgehalten haben zu sagen, was sie denken. Dazu kommt eine wachsende Tendenz, Israel mit alten antisemitischen Stereotypen zu assoziieren und Juden immer mit Israel und seiner Politik in Verbindung zu bringen, ohne Rücksicht darauf, wo sie leben und an was sie glauben. Diese Art des Diskurses spielt denjenigen in die Hände, die Kritik an Israel grundsätzlich strikt ablehnen, selbst wenn sich diese Kritik so verkauft, als handle es sich nur um eine allgemeine Ungeduld mit dem, was als Einschränkung der freien Meinungsäußerung und als Zumutung politischer Korrektheit wahrgenommen wird.

Denn der vormals salonfähige Antisemitismus wurde in Europa nach dem Holocaust durch einen jetzt angesagten Philosemitismus ersetzt.¹⁹ Diese beiden Diskurse sind Spiegelbilder; und nicht wenige, die sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus als judenfreundlich präsentierten, kannte

19 Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen: Bleicher 1991.

man als Judenfeinde, bevor Hitler seinem Leben ein Ende setzte. Diese Anpassung an die Nachkriegsrealitäten war notwendig, um die Schaffung eines neuen, liberalen und demokratischen Europas zu erleichtern. Doch es war auch nichts anderes als ein Pflaster auf einer Wunde, die noch nicht wirklich verheilt war und unter dem ein ganzes Arsenal an kulturellen und religiösen Vorstellungen eiterte, die sich niemals vollständig von der Erinnerung an das nur wenige Jahre zurückliegende europaweite Unternehmungs löste, die eine Welt ohne Juden schaffen wollte, eine Erinnerung voller Momente des Herrschafts- und Machtrausches, selbst wenn jenseits des familiären Frühstückstischs und der örtlichen Kneipe darüber natürlich nicht gesprochen wurde.²⁰ Im Laufe der Zeit wurden diese Verdrängung einerseits sowie das freundliche philosemitische Gespräch andererseits von einem hegemonialen Diskurs der Sühne und Reue für eine Sünde überdeckt, die niemand jemals wirklich zugab, selbst begannen zu haben. Von einer Generation zur nächsten wurden diese Frustration und dieser Unmut, die dieser Widerspruch erzeugte, unter der Oberfläche gehalten – nur gelegentlich brach sich dies Bahn, um schnell wieder unter den Deckel gepackt zu werden: Erinnert sei nur an den *Historikerstreit* Mitte der 1980er Jahre oder an die Rede Martin Walsers im Jahr 1998, in sich der Schriftsteller über den Gebrauch des Holocaust als »Moralkeule« gegen die Deutschen beschwerte.²¹

Ist zu erwarten, dass die dünne Kruste über diesen düsteren Wogen aufbrechen könnte? Die Welt, in der wir heute leben, scheint sich sehr wenig zu erinnern und nichts vergessen zu haben. Es gibt heute eine neue Sehnsucht nach den guten alten Zeiten, doch wenig Erinnerung an die Blutströme, die sie möglich gemacht hatten. Wohin man auch blickt, wächst die teilweise auch berechtigte Ungeduld mit der politischen Klasse, mit der politisch korrekten Identitätspolitik und, vielleicht am wichtigsten, mit dem immer weiterwachsenden Wohlstandsgefälle sowie mit der fortschreitenden Auflösung des sozialen Sicherungsnetzes; zu alledem scheinen der Terror der Automatisierung, der Klimawandel, die steigende Einwanderung und die Geflüchteten noch weiter Öl ins Feuer zu gießen. Wir leben in einer ausgesprochen günstigen Zeit für Volksverhetzer und Verschwörungstheorien.

20 Alon Confino: *A World Without Jews: The Nazi Imagination from Persecution to Genocide*. New Haven: Yale University Press 2014.

21 David A. Kamenetzky: *The Debate on National Identity and the Martin Walser Speech*. In: *SAIS Review* 19(2), 1999, S. 257–266.

Eine dieser Verschwörungstheorien hat mit dem Holocaust zu tun: A. Dirk Moses propagierte kürzlich ausgehend von seinem Befund, der Holocaust überrage alles, was seit dem Zweiten Weltkrieg geschehen ist, dass der Holocaust seiner Meinung nach die Ursache und auch der Deckmantel sei für vieles von dem Bösen, was seitdem in der Welt und vor allem in den Entwicklungsländern passiert. Das Problem sei die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen, auf die man sich im Jahr 1948 unter dem Eindruck des Holocaust einigte und die maßgeblich von mehreren Juden ausgearbeitet worden war, die durch die Auslöschung ihres Volks traumatisiert waren. Die dort festgelegte Definition von Völkermord, so die Argumentation von Moses, ließe sich nur auf Ereignisse wie den Holocaust selbst anwenden, das heißt auf Ereignisse, die nicht nur durch ihre eigentliche Definition als solche einzigartig waren, sondern von denen auch genau aus diesem Grund kaum je erwartet werden kann, dass sie sich wiederholen. Als Folge der eigentümlichen UN-Definition des Völkermords als das »Verbrechen der Verbrechen« hätten demnach unendliche Gräueltaten geschehen können, ohne dass wirklich Anstrengungen unternommen worden sind, sie zu beenden oder die Schuldigen zu bestrafen. Anders gesagt würden Gräueltaten durch die UN-Völkermordresolution eher zugelassen, als dass sie verhindert würden. Nicht nur also, dass Israel durch das gemeinhin anerkannte Selbstbild als jüdische Antwort auf den Holocaust vor Kritik geschützt ist, sondern Moses zufolge profitierte es zudem noch ganz wesentlich von dieser von einer Gruppe von Zionisten gestalteten Völkermorddefinition, die offenkundig wissentlich den jüdischen Staat über die internationale Gerichtsbarkeit stellte.²²

Und so stehen wir heute zwei falschen Narrativen gegenüber, die einander fortwährend weiter anheizen. Die Behauptung Israels und seiner Verteidiger, dass jede Kritik seiner Politik antisemitisch sei, feuert das antisemitische Argument weiter an, dass Israel und die Juden den Kern der Verschwörung des Westens gegen den Rest der Welt bildeten, der Reichen gegen die Armen, der Kolonisatoren gegen die Kolonisierten, des Nordens gegen den Süden und so weiter. Auf der Gegenseite liefern diese Verschwörungstheorien denjenigen weiter neue Nahrung, die den Antisemitismus an jeder Ecke auszumachen glauben, und zwar genau in jenen dunklen Winkeln, wo eigentlich jener Jude lauert, den wir aus den antisemitischen Fantastereien kennen.

22 A. Dirk Moses: *The Problems of Genocide: Permanent Security and the Language of Transgression*. Cambridge: Cambridge University Press 2021.

Es ist durchaus möglich, die Zwangsläufigkeit dieser Logik zu unterbrechen. Doch dafür muss der Wahrheit wieder zur Macht verholfen werden. Wir dürfen uns nicht der Rhetorik Israels unterwerfen, die Kritik grundsätzlich als Antisemitismus diffamiert. Und wir dürfen uns nicht von der ungunstigen Verbindung von politischer Korrektheit, Identitätspolitik, Selbstviktimsierung und Verschwörungshetze überwältigen lassen, die das Gefüge von offener Diskussion und kritischer Erziehung untergräbt. Wir müssen bereit sein, uns unangenehme Meinungen anzuhören, doch auch den Mut haben, uns gegen sie aufzulehnen. Vor allem aber müssen wir auf Wahrheit und auf Fakten bestehen. Ein guter Ausgangspunkt dafür ist es, die Lügen über Juden und über Antisemitismus zu enttarnen, die von beiden Seiten so freigiebig verbreitet werden.

Israel als der verfolgte »kollektive Jude« unter den Nationen innerhalb der Orthodoxie des »neuen Antisemitismus«

Antony Lerman

Egal, ob man die Gültigkeit der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) akzeptiert oder ablehnt,¹ unbestreitbar ist, dass die breite internationale Anerkennung, die sie als Antisemitismusdefinition mittlerweile genießt, beispiellos und außergewöhnlich ist. Heute ist sie die Definition von Antisemitismus im öffentlichen Raum, aber auch in einem bedeutenden Teil der Forschung über zeitgenössischen Antisemitismus – was allerdings nicht heißt, dass jeder, der sie kennt und eine Meinung über sie hat, sie auch gelesen hätte.

Die IHRA-Arbeitsdefinition ist nach meiner Meinung ein klarer Beweis dafür, dass der Antisemitismus neu definiert wurde, und dafür, dass diese Neudefinition, die mehr als dreißig Jahren gedauert hat, im Wesentlichen eine Kodifizierung dessen ist, was viele als den »neuen Antisemitismus« bezeichnen, der jetzt in der Tat heute das zeitgenössische Verständnis von Antisemitismus darstellt.

In meinem Essay fasse ich erstens zusammen, auf welche Weise der zeitgenössische Antisemitismus zum »neuen Antisemitismus« umbestimmt wurde. Zweitens erkläre ich, wie diese neue Bestimmung formal in der IHRA-Arbeitsdefinition kodifiziert wurde, und wieso dies rechtfertigt, zur Rechtfertigung einer »Orthodoxie des neuen Antisemitismus« zu dient. Drittens umreiß ich das Feld der *racial governance*,² die das fördert und aufrechterhält, was oftmals

1 Für den Text der IHRA-Arbeitsdefinition siehe <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

2 Zu diesem Konzept siehe Esther Romeyn: (Anti-)»new antisemitism« as a transnational field of racial governance. In: *Patterns of Prejudice* 54(1–2), 2020, S. 1–16.

als »Krieg« gegen Antisemitismus bezeichnet wird.³ Den Abschluss bildet eine kritische Analyse der Vorstellung, Israel sei der verfolgte »kollektive Jude« unter den Nationen – ein zentrales Element des »neuen Antisemitismus«, von dem die Anhänger dieser Neudefinition entweder stillschweigend ausgehen oder dass sie auch ganz offen vertreten.⁴

Der neue Antisemitismus

Obwohl es den Begriff »neuer Antisemitismus« wahrscheinlich bereits in den 1930er Jahren gegeben hatte, nahm er wohl erst mit dem Sechstagekrieg von 1967 seine heutige Bedeutung an, als man damit jene Kritik an Israel und am Zionismus bezeichnete, die von den Linken und den Palästinensern sowie später auch vom politischen Islamismus formuliert wurde. Auch wenn man sich in der ersten Zeit über diese Bezeichnung keineswegs einig war, so verfestigte sich doch seit den späten 1980er Jahren in einigen intellektuellen und politischen Milieus nach und nach die Ansicht, dass dieser »neue Antisemitismus« immer offensichtlicher würde und stärker in Erscheinung träte – und dass er sich wegen seiner Ausrichtung auf den jüdischen Staat vom so genannten klassischen Antisemitismus, der auf einzelne Juden oder auf jüdische Gemeinschaften abzielt, unterscheiden würde. Diejenigen, die damit nicht übereinstimmten, argumentierten hingegen, dass es so etwas wie einen auf Israel zielenden »neuen Antisemitismus« nicht gebe und dass jeder identifizierbare Antisemitismus in Bezug auf Charakterisierungen Israels und des Zionismus durch etablierte Verständnisse des Antisemitismus erklärbar sei und daher nicht als »neu« herausgehoben werden müsse.

Wie wir aus den Sitzungsprotokollen institutionalisierter Gesprächsrunden wissen, setzte man sich in jüdischen und israelischen Kreisen seit den späten 1970er und frühen 1980er Jahren zunehmend mit der Bedeutung der Erosion der Unterstützung für Israel und der Ziele der politischen Ideologie des

3 Siehe Antony Lerman: *Whatever Happened to Antisemitism? Redefinition and the Myth of the »Collective Jew«*. London: Pluto Books 2022, Kapitel 12.

4 Meine Arbeit in diesem Bereich begründet sich auf wissenschaftliche Forschung, ist aber auch von partikularen persönlichen Erfahrungen geprägt, für die es in der Antisemitismusforschung normalerweise keinen Platz gibt. Ich war aktiv an den historischen Ereignissen, die ich in diesem Essay diskutiere, beteiligt. Seit den 1980er Jahren habe ich mich vor allem der Politisierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus widersetzt.

Zionismus – so wurde das Problem zuweilen beschrieben – auseinander. An diesen Zusammenkünften nahmen viele Wissenschaftler, bekannte Intellektuelle, Politiker und Kommentatoren sowie Vertreter zionistischer Organisationen und der *Jewish Agency*, die für die zionistische Erziehung zuständig waren, teil. Die Frage, ob es so etwas wie einen »neuen Antisemitismus« gäbe, spielte seit Anbeginn eine Rolle, dominierte aber anfangs noch nicht die Diskussionen. Alle Teilnehmer waren Israel und dem Zionismus gegenüber wohlwollend eingestellt, auch wenn es unter ihnen auch gemäßigte kritische Stimmen gab. Gewiss gab es in den ersten Jahren noch keinen Konsens zum Thema »neuer Antisemitismus«.

All diese Diskussionen fanden in Israel und außerhalb Israels in jüdischen Gemeinschaften statt und wurden von zionistischen Einrichtungen oder von jüdischen Gemeindeverbänden organisiert, die den jüdischen Staat vollumfänglich unterstützten. Besonders bedeutsam wurden jene Treffen, die in Israel unter der Schirmherrschaft des Präsidialamtes stattfanden. Zentral waren dort die Fragen, ob die zionistische Erziehung irgendwie falsch gelaufen sei und inwiefern diese aufgefrischt, verjüngt und überdacht werden müsse. Die Legitimität des Israels wurde hingegen niemals angezweifelt, weder inwiefern er ein koloniales Unterfangen war noch welche Verbrechen es im Zuge seiner Gründung begangen hatte – und auch nicht, wie er »die Anderen« im eigenen Land behandelt. Anders gesagt: Es waren Gespräche mit der klaren politischen Agenda, Kritik an Israel und am Zionismus mit Antisemitismus zu verknüpfen. Dies zeigt sich auch in den Äußerungen einer der Hauptfiguren dieses Prozesses: Yehuda Bauer, damals Geschichtsprofessor an der Hebräischen Universität und Direktor des *Sassoon International Center for the Study of Antisemitism* (SICSA), sagte in den Schlussbemerkungen zu einer dieser Diskussionen Ende der 1980er Jahre, man sei sich einig: »Antizionismus ist Antisemitismus«.⁵

Diese Schlussbemerkungen mögen vielleicht etwas zugespitzt gewesen seien, doch die Bedeutung von Bauers Einschätzung mag man daran ablesen, dass die durch den israelischen Staat organisierten Gesprächsrunden – die »Seminare des Präsidenten« – zu einem Ende kamen und die Angelegenheit fortan zu einem zentralen Thema bei der Ausweitung der institutionellen

5 Siehe Yehuda Bauer (Hg.): *Present-Day Antisemitism: Proceedings of the Eighth International Seminar of the Study Circle on World Jewry Under the Auspices of the President of Israel*, Chaim Herzog, Jerusalem, 29–31.12. 1985. Jerusalem: Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism 1988, S. ix.

Bemühungen zur Überwachung, Analyse, Bewertung und Berichterstattung über den zeitgenössischen Antisemitismus und seine politischen Folgen wurde. Für die israelische Regierung gab es keinen Zweifel mehr: Antizionismus und scharfe Kritik an Israel waren Ausdruck von Antisemitismus.

Diese Ansicht spiegelte sich im Wandel der israelischen Politik in Fragen des Antisemitismus. Während die israelische Regierung in den ersten vier Jahrzehnten des Bestehens des Staates nicht gewillt war, sich öffentlich mit dem Antisemitismus zu beschäftigen, mit dem die Diaspora-Gemeinden konfrontiert waren, änderte sie 1988 ihre Haltung: Sie gründete das »Regierungsforum zur Beobachtung des Antisemitismus« und setzte den Mossad ein, um die Überwachung und Bekämpfung des Antisemitismus durch die jüdischen Gemeinden unter der Führung Israels zu koordinieren. (Etwa in dieser Zeit hatten britische Botschaftsangehörige bei Treffen mit Elyakim Rubinstein, dem Vorsitzenden des *Regierungsforums*, skeptisch angemerkt: »Es besteht die Tendenz, Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichzusetzen.«.) In den Jahren des Oslo-Friedensprozesses 1993 bis 2001 gab Israel diese Politik zwar nicht auf, stellte sie aber zurück. Was hingegen weitergeführt wurde, war die Überwachung, Erforschung und Bewertung von Antisemitismus durch jüdische Verteidigungsgruppen – wohlgermerkt aber nur solche, die von jüdischen Repräsentanten und von den für das »Monitoring Forum« arbeitenden Mossad-Agenten offiziell gebilligt wurden. Doch als Oslo im Sand verlief, der weltweite Antisemitismus angeblich zugenommen hatte und die wahrgenommene nationale und internationale Bedrohung Israels um die Jahrhundertwende zunahm, setzte sich die israelische Regierung zunehmend mit Antisemitismus auseinander und unternahm eine Neustrukturierung seiner Behörden, um das Problem anzugehen. Die großen jüdischen Institutionen in der Diaspora, die sich mit dem Thema Antisemitismus befassten und einst eifersüchtig ihre Unabhängigkeit in dieser Frage verteidigt hatten, schoben mögliche Bedenken beiseite und bestätigten im Wesentlichen die führende Rolle der israelischen Regierung.

In dieser Zeit war die wachsende Zahl der Protagonisten des »neuen Antisemitismus« davon überzeugt, dass die Ereignisse um die Jahrhundertwende – die zweite Intifada, die UN-Antirassismuskonferenz in Durban, der 11. September 2001 – weltweit einen starken Anstieg von Antisemitismus dieses »neuen Typs« ausgelöst hatten. Die Meinung in den jüdischen Verteidigungs- und repräsentativen Organisationen sowie in einigen Forschungs- und Überwachungsgremien verschob sich entscheidend in Richtung der Einschätzung, dass der »neue Antisemitismus« zu dieser Zeit die Hauptgefahr für die Sicher-

heit der Juden darstelle: in Israel, da der angeblich antisemitische Antizionismus speziell auf den jüdischen Staat abzielte; und außerhalb Israels wegen des Übergreifens der Ereignisse im Nahen Osten auf Länder mit jüdischer Diaspora.

Seit diesen angespannten Zeiten sind mehr als zwanzig Jahre vergangen. Und so ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass ein weiterer gewichtiger Grund übersehen wird, der sowohl für den Beschluss der israelischen Regierung entscheidend war, die Führung der Koordinierung der weltweiten jüdischen Beobachtung und Maßnahmen gegen Antisemitismus zu übernehmen, als auch für die Entscheidungen großer jüdischer Organisationen mit internationaler Agenda – der *Jüdischen Weltkongress*, das *American Jewish Committee*, die *Anti-Defamation League* und das *Simon Wiesenthal Center* –, ihre politischen Kampagnen gegen Antisemitismus und die Verbreitung von Informationen über Antisemitismus vor allem in Europa zu verstärken. Der Grund war das Wiederaufkommen des politischen Antisemitismus in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1989. Während die neuen Freiheiten den Weg zu Demokratisierung und Liberalisierung öffneten, kam es – sozusagen als Nebeneffekt – zu öffentlichen Nostalgieäußerungen für die vorkommunistische Vergangenheit, darunter faschistische und antisemitische Tendenzen, und zu einem Wiederaufleben von Organisationen, die mit solchen politischen Ideologien hausieren gingen.

Dies stellte für jüdische Institutionen eine Herausforderung dar, auch für die Forschungseinrichtung des *Jüdischen Weltkongresses* namens *Institute of Jewish Affairs*, das in London ansässig war. An diesem Institut arbeitete ich seit 1979, seit 1991 leitete ich es als Direktor. Den Forschungsschwerpunkt des Instituts bildet der Antisemitismus auf globaler Ebene, jedoch mit einem besonderen Augenmerk auf Europa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Neben der Auseinandersetzung mit der Frage des angeblich antisemitischen Charakters von Israelkritik erforderte auch das Wiederaufleben des politischen Antisemitismus in Osteuropa entsprechende Forschung und Analyse. Unsere Antwort war die Gründung eines jährlich erscheinenden *Antisemitism World Report*, der im Stil von länderspezifischen Menschenrechtsberichten auf der Grundlage der üblichen Kategorien von antisemitischen Vorfällen und anderen Faktoren den Stand des Antisemitismus erfasst. Der Bericht erschien erstmals im Jahr 1992 und wurde bis 1999 in gedruckter Form fortgeführt. Trotz seiner Unabhängigkeit von jüdischen Repräsentationsorganen des Vereinigten Königreichs wurde das *Institute of Jewish Affairs* als eine dem *Jüdischen Weltkongress* zugehörige Organisation zur gleichen Zeit in die neuen Bestrebungen

der israelischen Regierung zur Leitung und Koordinierung der Antisemitismusüberwachung einbezogen. Daher nahm ich zusammen mit der Verteidigungsabteilung des *Board of Deputies of British Jews*, der wichtigsten jüdischen Organisation in Großbritannien, an Treffen mit dem Mossad-Vertreter teil, der von der israelischen Botschaft in London aus arbeitete. (Diese Verteidigungsabteilung des Boards wurde 1994 in eine unabhängige gemeinnützige Organisation namens *Community Security Trust* umgewandelt.)

Bald wurde jedoch klar, dass sich der Auftrag des Mossad nicht auf die Verteidigung jüdischer Gemeinschaften gegen Antisemitismus beschränkte. In gleichem Maße richtete sich sein Augenmerk darauf, das erhöhte Bewusstsein für Antisemitismus unter jungen Juden zu nutzen, um zionistische Gefühle sowie die jüdische Einwanderung zu fördern. Dies war einer der Hauptgründe, warum das *Regierungsforum* und der Mossad darauf bestanden, nur mit von ihnen gebilligten jüdischen Organisationen, die sich mit Antisemitismus befassten, zusammenzuarbeiten. Die Funktionsweise dieser Kooperation war breit angelegt und fokussierte sich vor allem auf Datensammlung, Forschung, Berichterstattung und Lagebeurteilungen – alles Aufgaben, die der Mossad seinem öffentlichen Gesicht übertrug, nämlich der Historikerin Dina Porat und ihrem 1988 mit Mossad-Mitteln finanzierten *Project for the Study of Antisemitism* an der Universität Tel Aviv. Dass Porat ihre Institution bereitwillig als Instrument für zionistische Ziele zur Verfügung stellen würde, kam nicht völlig unerwartet, aber wir waren nicht die Einzigen, die dennoch davon überrascht waren, dass sie ihre akademische Glaubwürdigkeit und die der Universität auf diese Weise aufs Spiel setzen würde. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass Porats Projekt einen eigenen jährlichen Antisemitismusbericht plante. Und der Mossad wollte, dass wir mit ihr zusammenarbeiteten und unseren eigenen Bericht einstellten.

Diese Situation stellte das *Institute of Jewish Affairs* vor existenzielle Herausforderungen. Unsere Arbeit zum Antisemitismus war bestimmt durch das Grundprinzip der Objektivität. Es ging uns um unvoreingenommene Analysen und Bewertungen, weswegen wir so gut wie möglich zu vermeiden suchten, dass politische, ideologische oder emotionale Erwägungen die Suche nach belastbaren Beweisen vernebeln. Nach unserem Verständnis stand es der israelischen Regierung frei, bei ihrer Auseinandersetzung mit der Antisemitismusfrage zionistische Ziele zu verfolgen. Aber es war für uns unvorstellbar, dass das *Institute of Jewish Affairs* unter diesen Bedingungen mit dem Mossad und der Universität Tel Aviv zusammenarbeiten würde. Folglich weigerten wir uns, den »neuen Antisemitismus« – der in seiner embryonalen Form den

Mossad, die israelische Regierung und Porats Institut anleitete, bald darauf auch die großen internationalen jüdischen Organisationen – zum leitenden Prinzip der Forschung des *Institute of Jewish Affairs* zu machen.

Der *Jüdische Weltkongress*, der als Leitung der Kampagne zur Sicherung der Rechts auf Auswanderung für Juden aus der Sowjetunion gerade einen Erfolg gefeiert hatte, setzte in der Zwischenzeit ein erstes öffentlichkeitswirksames Zeichen für seine politische Entscheidung, der Bekämpfung des Antisemitismus Priorität einzuräumen: Er organisierte unter dem Titel »*My Brother's Keeper*« eine globale Konferenz über Antisemitismus und Vorurteile in einer sich verändernden Welt, die vom 6. bis zum 8. Juli 1992 in Brüssel stattfand und an der Vertreter jüdischer Gemeinschaften aus 60 Ländern und mehrere Staatsoberhäupter teilnahmen. Der Bürgerrechtler und Politiker Jessie Jackson hielt eine Rede vor tausend Zuhörern und das *Institute of Jewish Affairs* stellte den ersten Jahrgang seines *Antisemitism World Report* vor. Vor allem aber bot die Konferenz wichtigen internationalen jüdischen Organisationen die Gelegenheit zu einem Treffen unter der Federführung des israelischen *Regierungsforums zur Beobachtung des Antisemitismus*, das durch den Londoner Mossad-Vertreter repräsentiert wurde. Dabei ging es auch um eine Verständigung auf die Parameter bzw. Bedingungen für die von den Israelis und angeblich allen großen jüdischen Organisationen gewünschte Zusammenarbeit. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war, das *Institute of Jewish Affairs* davon zu überzeugen, sich für die Erforschung und Veröffentlichung des weltweiten Berichts über Antisemitismus mit Porats Institut zusammenzutun. Um es kurz zu machen: Trotz des Drucks von praktisch allen Anwesenden, einschließlich des *Jüdischen Weltkongresses*, der unser wichtigster Geldgeber war, lehnten wir ab.

Nach einer Tagung zur europäischen Antisemitismusforschung, die wir später im selben Jahr in London organisiert und zu der wir auch Personen eingeladen hatten, die der Mossad nicht »billigte«, wurden wir aus dem Kooperationsnetz ausgeschlossen. Dem *Institute of Jewish Affairs* wurde der Zugang zu jenen »Daten« über Antisemitismus versperrt, die das Forum an zugelassene Gruppen in der ganzen Welt verteilte. Außerdem wurden wir nicht mehr zu internationalen Tagungen der Antisemitismusforschung eingeladen.

Unsere wichtigsten Geldgeber – bis 1994 der *Jüdische Weltkongress* und von 1994 bis 1998 das *American Jewish Committee* – zeigten sich mit unserer Haltung nicht einverstanden, obwohl sie anfangs noch selbst skeptisch gegenüber dem Ansatz der israelischen Regierung waren. Doch bald machten sich auch diese beiden Organisationen die Vorstellung des »neuen Antisemitismus« zu eigen. Im *Institute of Jewish Affairs* sahen wir hingegen immer noch keinen Grund,

diesen Weg einzuschlagen, da die mehr als hundert Forscher, die Einträge und Daten zu unserem Weltjahresbericht zum Antisemitismus beisteuerten, kein Problem damit hatten zu erkennen, wann Formen der Kritik an Israel als antisemitisch angesehen werden müssen. Der *Antisemitism World Report* funktionierte auf der Grundlage eines informellen, gemeinsamen Verständnisses von Antisemitismus, das keine starre Definition erforderte. Nachdem ich vertrauliche Informationen zugespielt bekommen hatte, wonach der *Jüdischen Weltkongress* insgeheim plante, unser *Institute of Jewish Affairs* in London zu schließen und es als Abklatsch in New York neu zu eröffnen, entwickelte ich 1994 einen vertraulichen Plan, um die Unabhängigkeit unserer Arbeit, die für uns entscheidend war, weiter zu gewährleisten: Wir kappten die Verbindungen zum *Jüdischen Weltkongress* und gründeten das *Institute of Jewish Affairs* im Jahr 1996 unter dem Namen *Institute for Jewish Policy Research* als unabhängigen Think Tank neu. Die verlorene Finanzierung des *Jüdischen Weltkongress* ersetzte das *American Jewish Committee*, mit dem wir eine formelle fünfjährige Zusammenarbeit vereinbarten.

Die Verfechter des Konzepts des »neuen Antisemitismus«, manchmal auch als die »Theoretiker des neuen Antisemitismus« bezeichnet, behaupteten seit den frühen 1990er Jahren, dass es »neue Indizes« zur Messung von Antisemitismus brauche und für diese eine neue Antisemitismusdefinition benötigt werde. Um den »neuen Antisemitismus« zu bekämpfen, so erklärte es der Direktor für internationale Angelegenheiten des *American Jewish Committee*, Rabbi Andrew Baker, noch zwei Jahrzehnte später, »mussten wir ihn zuerst definieren«. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends hingegen gab es weder den Ruf nach einer neuen Definition noch wurde allgemein die Ansicht vertreten, dass die Bekämpfung dieses vermeintlichen Antisemitismus durch das Fehlen einer solchen Definition behindert würde – trotz anhaltender hitziger öffentlicher Debatte über die Frage, ob antijüdische und antiisraelische Anfeindungen einen »neuen Antisemitismus« darstellten. Dies war ein Narrativ, das man sich erst Jahre später ausdachte.

Das Verhältnis des *Institute for Jewish Policy Research* zum *American Jewish Committee* verschlechterte sich ab 1999 wesentlich, hauptsächlich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zum Thema »neuer Antisemitismus«, über das ich mich verstärkt öffentlich äußerte – etwa auf der großen internationalen wissenschaftlichen Konferenz 1999 in Jerusalem mit dem Titel *The Dynamics of Antisemitism in the Second Half of the 20th Century*, die das SICSA organisierte und an der führende Forscher und Gelehrte aus der ganzen Welt teilnahmen, die sich mit dem zeitgenössischen Antisemitismus befassten. Hier verlieh

ich meiner Besorgnis Ausdruck, dass durch den zionistischen Druck, einen Schwerpunkt auf den »neuen Antisemitismus« zu legen, der Antisemitismusforschung Schaden zugefügt werde. Ich warnte davor zuzulassen, dass die »Untersuchung und Erfassung des Antisemitismus zu eng mit dem zionistischen Imperativ verknüpft wird« und an Legitimität verliere, weil sie in den Dienst der politischen Interessen des israelischen Staates gestellt werde. Auch wenn einige Teilnehmer Sympathien für meine Ansicht bekundeten, reagierten die meisten verärgert. Es war klar, aus welcher Richtung der Wind blies.

Ende 1999 kündigte ich beim *Institute for Jewish Policy Research*, um Gründungsdirektor der *Rothschild Foundation Hanadiv Europe* zu werden. Es war eine Stelle, die es mir ermöglichte, das Thema des neuen Antisemitismus sehr genau im Auge zu behalten, vor allem weil seine Auswirkungen auf die europäischen Juden nicht vernachlässigt werden konnten.

Der Weg zur IHRA-Kodifizierung

Der erste bedeutsame Versuch, eine neue Definition von Antisemitismus formell auf den Weg zu bringen, wurde erst im Februar 2004 bei einem Treffen des israelischen *Global Forum for Combating Antisemitism* (GFCA) unternommen.⁶ In einer Pressemitteilung hieß es, dass dieses Treffen

»[...] vielleicht am stärksten für eine einzigartige intellektuelle Leistung in Erinnerung bleiben wird: die erstmalige Einigung von jüdischen Vertretern weltweit auf eine Definition des »neuen Antisemitismus« [...]: Wenn Kritik an israelischer Politik die Anwendung krasser politischer und diplomatischer Doppelstandards gegen den Staat Israel beinhaltet, eine dämonisierende Terminologie gegen Israel oder gegen den Zionismus aufruft oder Israel das fundamentale Existenzrecht abspricht – dann kann diese Kritik nicht als legitim angesehen werden; sie stellt vielmehr eindeutig Antisemitismus dar und sollte als solcher gekennzeichnet werden.«⁷

Die »Definition« spiegelt eindeutig das Denken von Natan Scharanski, dem ehemaligen jüdischen Dissidenten in der Sowjetunion, der damals im Dienst

6 Dieses Gremium ersetzte das israelische *Regierungsforum zur Beobachtung des Antisemitismus*.

7 Forum Agrees on Definition of »New Antisemitism«. CFCA Press Release vom 2.2.2004.

der israelischen Regierung stand, wider. Elemente der »Definition« sind Teil von Scharanskis »3-D-Definition« von Antisemitismus, die im Herbst 2004 in der *Jewish Political Studies Review* veröffentlicht wurde.⁸ Dabei handelte es sich um einen dreifachen Test auf Dämonisierung, Doppelstandards und Delegitimierung: Wenn Israel in diese drei Diskurse gestellt wird, sei das antisemitisch, argumentierte der Autor.

Diese »Definitionen« sollten jedoch bald in den Schatten gestellt werden. Eine gänzlich neue Gangart wurde angeschlagen, als die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (*European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* – EUMC) im Januar 2005 auf ihrer Website eine »Arbeitsdefinition« von Antisemitismus veröffentlichte, die hauptsächlich auf Israel und den Zionismus fokussierte. Die Definition wurde als bahnbrechend gefeiert und fand anfangs beträchtliche internationale Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Mit ihrer Arbeitsdefinition war die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* einer Aufforderung von Rabbiner Baker von *American Jewish Committee* nachgekommen. Ausgangspunkt war ein Definitionsentwurf von Antisemitismus, der ein Jahr zuvor von Kenneth Stern erstellt worden war, dem Antisemitismusexperten des *American Jewish Committee*. Entgegen der Behauptung, die EUMC-Arbeitsdefinition sei das Ergebnis jahrelanger wissenschaftlicher Forschung und Diskussion, handelte es sich in Wirklichkeit von Anfang an um ein genuin politisches Projekt, das von einer kleinen Gruppe hinter verschlossenen Türen opportunistisch geplant und umgesetzt wurde und an dem nur Personen teilnahmen, die der Vorstellung anhängen, dass es tatsächlich einen »neuen Antisemitismus« gibt. Die endgültige Fassung unterschied sich nur wenig von Sterns ursprünglichem Text. Das Narrativ, wonach viele jüdische Gruppen an ihrer Entstehung beteiligt waren, diente dazu, dem Projekt Legitimität zu verleihen.

Doch schon nach wenigen Jahren regte sich Kritik an der EUMC-Arbeitsdefinition. Und schließlich wurde die EUMC 2007 selbst durch die EU-Grundrechteagentur ersetzt, die sich von der EUMC-Arbeitsdefinition distanzierte und sie von ihrer Website entfernte.

Die israelischen Behörden, die sich mit dem Thema Antisemitismus befassten, beschlossen gemeinsam mit großen jüdischen Organisationen, ins-

8 Natan Sharanski: Foreword. In: *Jewish Political Studies Review* 16(3–4) (Sonderband *Emerging Anti-Semitic Themes*), Autumn 2004, S. 5–8. <https://www.jstor.org/stable/5834600>.

besondere mit dem *Simon Wiesenthal Center* und dem *American Jewish Committee*, einen Weg zu finden, um die EUMC-Arbeitsdefinition wieder in die Öffentlichkeit zu bringen: Sie bestimmten die damalige *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* (ITF) unter dem Vorsitz von Yehuda Bauer zum Vehikel für diese Aufgabe. Eine Umbenennung in einen klangvolleren Namen im Jahr 2012 – in *International Holocaust Remembrance Alliance* – erleichterte dies, vor allem, da die ITF eigentlich gar nicht direkt mit der Bekämpfung von Antisemitismus befasst war. Es war das *Simon Wiesenthal Center*, das durch seinen damaligen Direktor für Regierungsangelegenheiten Mark Weitzman, der dem Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung vorstand, die Hauptrolle dabei spielte, die IHRA davon zu überzeugen, ihren Mitgliedern die EUMC-Arbeitsdefinition mit nur geringfügigen Änderungen als eigene Arbeitsdefinition zur Annahme vorzulegen. Auch hier ist nur schwer vorstellbar, dass Experten einige Jahre oder sogar nur Monate lang an der Erstellung des endgültigen Textes gearbeitet haben sollen. So wie die EUMC-Fassung dem Stern-Text sehr nahekam, so unterscheidet sich auch die IHRA-Fassung kaum vom EUMC-Text.

Im Mai 2016 nahm die Vollversammlung der IHRA in Bukarest im Konsens ein Dokument an, das aus zwei verschiedenen Teilen bestand: aus einer *Arbeitsdefinition Antisemitismus* in zwei Sätzen und aus einer Liste mit elf Beispielen für angeblich antisemitische Äußerungen. Heute gilt für die meisten das Dokument als Ganzes als die Arbeitsdefinition der IHRA. Dies ist unzutreffend. Zwar herrschte viel Verwirrung über die eigentlichen Geschehnisse in Bukarest und verschiedene Akteure, darunter auch IHRA-Repräsentanten selbst, beteiligten sich daran zu verschleiern, was sich ereignet hatte. Jedoch zeigt eine endgültige Untersuchung des Ereignisses und der anschließenden Entwicklungen durch Jamie Stern-Weiner eindeutig, dass die Arbeitsdefinition nur aus den beiden Sätzen des Einleitungstexts besteht.⁹

Im Zusammenhang mit der Entwicklung sowohl der EUMC- als auch der IHRA-Arbeitsdefinition betonten beide federführenden Akteure – Baker vom *American Jewish Committee* für die EUMC-Version und Weitzman vom *Simon Wiesenthal Center* für die IHRA-Version –, dass sie auf die weit verbreiteten Forderungen nach einer neuen Definition reagiert und Wissenschaftler viele Mo-

9 Siehe Jamie Stern-Weiner: *The Politics of a Definition: How the IHRA Working Definition of Antisemitism Is Being Misrepresented*. Free Speech on Israel, April 2021. <http://www.documentcloud.org/documents/20689366-stern-weiner-j-fsoi-the-politics-of-a-definition>.

nate (im Falle der EUMC) bzw. sogar Jahre (im Falle der IHRA) damit verbracht hätten, über die Texte nachzudenken und zu beraten, bevor eine Einigung erzielt worden sei –, was beweise, wie maßgeblich und immun die Definitionen gegen Missbrauch seien. Entsprechend erklärte die britische Delegation der IHRA-Sachverständigen im Jahr 2018:

»Das IHRA-Expertennetzwerk sah sich 2016 gezwungen, auf den weltweiten Anstieg antisemitischer Vorfälle zu reagieren, indem es eine klare Standarddefinition dafür vorlegte, wie Antisemitismus bestimmt ist.«¹⁰

Die Definition, betonten die britischen Experten kategorisch, umfasse den gesamten Text, einschließlich aller Beispiele. Ohne sie sei diese die Definition ungültig. Die Tatsache, dass das IHRA-Sekretariat selbst die britische Erklärung veröffentlichte, schien dies zu bestätigen.¹¹

Aus Sicht sowohl der Befürworter als auch der Kritiker des Begriffs »neuer Antisemitismus« ist dagegen klar, dass die IHRA-Arbeitsdefinition eine formale Kodifizierung darstellt. Die Kodifizierung kann jedoch nur dann den Interessen der pro-israelischen und zionistischen Gruppen dienen, wenn die Beispiele als integraler Bestandteil der Definition angesehen werden. Die Befürworter deuten daher den Status der Beispiele absichtlich falsch. Ganze sieben der elf Beispiele betreffen Aussagen über Israel. Sie enthalten Kriterien, die zur Stigmatisierung und Unterdrückung eines breiten Spektrums internationaler Kritik an Israel verwendet werden können, etwa durch das Kriterium der »Anwendung doppelter Standards« auf Israel.¹² Das israelische Außenministerium erklärte: »Was die Pro-Israel-Aktivisten für »wesentlich« halten, ist »die Liste der Beispiele.« Das *American Jewish Committee* geht sogar so weit zu erklären: »Die Definition besteht im Wesentlichen aus den Beispielen.« Und so wurde der »neue Antisemitismus« als materieller Ausdruck der behaupteten Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in seinem weltanschaulichen Charakter bestätigt. Es handelt sich bei ihm nicht einfach nur um eine aktuelle Ausprägung des Antisemitismus; manche argumentieren gar, er sei für die meisten israelischen Juden und für viele Juden in der Diaspora wahrscheinlich die einzige Erscheinungsform von Antisemitismus, die diese überhaupt erkennen.

10 Lerman, S.159.

11 Ebd.

12 Für den Text der IHRA-Arbeitsdefinition siehe oben, Fn. 1.

Da sich die meisten Beispiele dafür, was antisemitisch sein könnte, in der Arbeitsdefinition der IHRA auf Israel und auf den Zionismus beziehen, besiegelte die Definition die Kodifizierung des »neuen Antisemitismus«. Eine bedeutsame Folge davon war der Rückgang der Verwendung des Begriffs »neuer Antisemitismus«. Da die Arbeitsdefinition allgegenwärtig wurde und als *die* Definition von Antisemitismus gilt, besteht keine Notwendigkeit mehr, Israelfeindlichkeit als »neuen Antisemitismus« zu bezeichnen. Die IHRA schrieb diesen Umstand endgültig fest. Das führte wiederum dazu, dass das Akronym IHRA im allgemeinen Sprachgebrauch selbst zum Synonym für die Arbeitsdefinition geworden ist.

Eines ist klar, nämlich die Stoßrichtung der Neudefinition des »neuen Antisemitismus«: Die Aufmerksamkeit sollte auf die Form und auf die Art der Ungerechtigkeiten gelenkt werden, der das Objekt des »neuen Antisemitismus« – Israel – ausgesetzt war; und im selben Atemzug die Gleichung Antizionismus ist gleich Antisemitismus bestätigen. Als Verantwortliche für diesen Antisemitismus wurden zunächst Linke, Palästinenser, Islamisten sowie Muslime im weiteren Sinne ausgemacht. Doch im Laufe der Zeit sollte sich das Spektrum der »Schuldigen« erweitern und bis zu einem gewissen Grad homogenisieren. Auf Grundlage des »3-D-Test« und den Beispielen der IHRA-Arbeitsdefinition in Bezug zu Israel und dem Zionismus galt den »Theoretikern des neuen Antisemitismus« nun jeder als antisemitisch, der den Staat Israel kritisierte – und hierzu zählten jetzt auch die Kirchen, Mitte-Rechts-, sozialdemokratische und grüne Parteien, rechtsgerichtete Zeitungen und viele andere.

Der Prozess, der zu dieser neuen Definition geführt und damit faktisch eine »Orthodoxie des neuen Antisemitismus« etabliert hat, wird heute als wissenschaftlich fundiert, forschungsbasiert, beratend, betroffenenorientiert, vollkommen organisch, objektiv definiert und frei von anderweitigen politischen Erwägungen beschrieben. Dieses Narrativ ist schlicht unglaubwürdig.

Die IHRA, der Text, dessen Anwendungen und Missbrauch stehen heute so stark im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, dass leicht übersehen werden kann, wie und bis zu welchem Grad es dazu kam, dass der »neue Antisemitismus« zur neuen Orthodoxie wurde. Obwohl der »neue Antisemitismus« immer auch kritisch gesehen wurde, machten sich seit Anfang der 2000er Jahre immer mehr universitäre Einrichtungen, Forschungsinstitute und jüdische Schutzorganisationen seine Prämissen zu eigen. Durch die formale Ausweitung des Verständnisses von Antisemitismus auf die Feindseligkeit gegenüber Israel wurde Raum für die Gründung neuer Institutionen, Websites, Kampagnen und Interessengruppen geschaffen, deren ausdrücklicher Zweck es ist,

Antisemitismus zu erforschen, zu analysieren und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, vor allem aber, ihn zu bekämpfen und zu besiegen. Die Reichweite und der Einfluss der Theorie des »neuen Antisemitismus« gehen mittlerweile jedoch weit über die Zivilgesellschaft und akademische Kreise hinaus. Internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, ganz zu schweigen von den Regierungen selbst und den politischen Überwachungsausschüssen innerhalb der parlamentarischen Strukturen, machen sich den »neuen Antisemitismus« zu eigen. Sie schränken die Meinungsfreiheit in Bezug auf Palästina und Israel ein und legitimieren dies, indem sie die israelisch-zionistischen Beispiele, die der IHRA-Arbeitsdefinition angehängt sind, als tatsächliche Ausdrücke von Antisemitismus akzeptieren.

Kartierung des Felds der Racial Governance zur Förderung, Verbreitung und Bekämpfung des »neuen Antisemitismus«

In den letzten fünfzehn Jahren war die zumeist überaus öffentlichkeitswirksame Führungsrolle der israelischen Regierung bei der Vergrößerung des Spektrums und bei der Beeinflussung der Institutionen, die auf der Grundlage des »neuen Antisemitismus« Aktivitäten gegen Antisemitismus fördern, von enormer Bedeutung. Dabei handelt es sich aber, allgemeiner betrachtet, um eine logische Entwicklung. Esther Romeyn beschreibt dies auf äußerst erhellende Weise als ein Ensemble unterschiedlicher Akteure:

»Akteure der Global Governance wie die Vereinten Nationen, die UNESCO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Europäische Kommission, Nichtregierungsorganisationen, Experten, Wissenschaftler und Politiker, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Definitionen zu erstellen, Messinstrumente und -technologien zu erfinden, zu analysieren und politische Erklärungen oder Programme zu formulieren sowie ›Stellungnahmen‹ zu entwickeln, um das ›Problem‹ [des neuen Antisemitismus] anzugehen und abzubauen (›zu bekämpfen‹).«¹³

Nach Romeyns Meinung taucht der »neue Antisemitismus« als ein transnationales Governance-Feld auf, insbesondere als Feld der so genannten Racial Go-

13 Romeyn, 1 und passim.

vernance – ein »Macht-Wissen-Feld«, das von »institutionellen und menschlichen Akteuren« kontrolliert wird.¹⁴

Die Palette der Akteure reicht von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Websites und universitären Think Tanks, von Programmen des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten bis hin zu ständigen parteiübergreifenden Parlamentsausschüssen, von leidenschaftlich für ihre Sache engagierten zivilgesellschaftlichen Gruppen bis hin zu den israelischen Geheimdiensten, von europäischen Rassismusüberwachungsstellen bis hin zu jüdischen Verteidigungsgruppen auf Gemeindeebene. Sie alle zusammen bilden das ständig weiterwachsende transnationale Feld jener Governance, in dem das Handeln auf den Vorstellungen und Praktiken des »neuen Antisemitismus« und einem diesen zugrundeliegenden jüdischen Partikularismus basiert.

Es darf nicht außer Acht geraten, dass dieses Feld der Racial Governance keineswegs statisch ist; außerdem muss ihre Wirksamkeit und Funktionsweise auf der Basis ihrer identifizierbaren Auswirkungen bewertet werden. Die Auswirkungen können den Ansprüchen der in diesem Feld aktiven Institutionen entsprechen oder auch nicht. Und ihr Einfluss kann schwanken, insbesondere, wenn es sich wie im Beispiel des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten um politische Einrichtungen handelt. Auch wenn die israelische Regierung in den letzten Jahren dessen zentrale Rolle im »Krieg gegen den Antisemitismus« nachdrücklich betont hat, ist die Geschichte des Ministeriums seit seiner Gründung eine wechselvolle. Trotz der Zuwendung von vielen Millionen Schekel beschloss die Regierung im Juli 2021, das Ministerium abzuschaffen – und zwar mit der Begründung, dass seine Aufgaben wie der Kampf gegen Israels Delegitimierung und gegen den BDS (die *Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen*-Bewegung) vom Außenministerium besser wahrgenommen werden könnten, da sich dieses bereits seit vielen Jahren mit solchen Aktivitäten befasse. Einige waren eh davon überzeugt, dass es eine reine Geldverschwendung dargestellt habe und seit jeher dazu genutzt wurde, jenen Politiker oder Koalitionspartner einen Posten zu verschaffen, denen man noch einen Gefallen schuldete. Andere waren hingegen der Meinung, dass das Ministerium wichtige Arbeit dabei geleistet habe, den BDS zurückzudrängen. Sicher ist, dass jene Aktivitäten gegen Antisemitismus, an denen es beteiligt war, nach wie vor zu den Schlüsselementen der israelischen Außenpolitik und den

14 Ebd.

Bemühungen zur Absicherung der Unterstützung durch das Diaspora-Judentums zählen. Dies wurde abermals deutlich, als die von Netanjahu angeführte Koalition mit Rechtsextremen und Ultraorthodoxen die Wahlen im November 2022 gewann und im Dezember die Regierungsgeschäfte übernahm. Ein *Ministerium für die Angelegenheiten der Diaspora und den Kampf gegen Antisemitismus*, das Amichai Chikli vom Likud als Minister leitete, wurde institutionalisiert. »Es ist uns gelungen, verschiedene Abteilungen, die sich mit Antisemitismus und dem Kampf gegen die Delegitimierung Israels befassen, unter einem Dach zu vereinen«, sagte Chikli.

Es gibt viele Gründe dafür, warum diese Governance auf so breiter Front mit derart unterschiedlichen Ausrichtungen und einem beträchtlichen Maß an Selbstregulierung funktioniert. Dazu gehören die Delegitimierung der Ideen des Multikulturalismus sowie Rezipienten, die dazu bereit sind, im »neuen Antisemitismus« Menschenrechtsverletzungen zu erkennen sowie jene Organisationen anzuklagen, die ihn fördern; außerdem die Sympathie rechter Gruppen, die jüdischen Beschwerden darüber, dass Antisemitismus nicht ernst genommen werde, als Behauptung eines jüdischen partikularistischen Identitarismus ansehen, der dem universalisierenden Verständnis des christlichen Humanismus und der Aufklärung entgegensteht – all dies sind politische und ideologische Positionen, deren Vertreter sie mit dem »neuen Antisemitismus« vereinbar finden.

Die Entlarvung des Mythos von Israel als »kollektiv verfolgtem Juden unter den Nationen«

In seinem Artikel *The collective Jew: Israel and the new antisemitism* aus dem Jahr 2003 unterstreicht Brian Klug die entscheidende Rolle des einflussreichen Konzepts des »kollektiven Juden« in der Vorstellung vom »neuen Antisemitismus«. Er schreibt:

»Wenn Israel wirklich ›der kollektive Jude unter den Nationen‹ ist und wieder in die Rolle des Paria schlüpft, dann kann es nur eines tun: um sein Überleben kämpfen, der Welt trotzen und sie in Schach halten.«¹⁵

Dies war eine zutreffende Charakterisierung der Haltung Israels zu jener Zeit, als es vehement hervortrat und den Antisemitismus verstärkt als Waffe einsetzte, um seine internationale Position zu stärken, die auf den ersten Blick so verwundbar schien. Wenn wir ins Hier und Jetzt springen, dann sehen wir einen mächtigen, geopolitisch einflussreichen Staat, der seine ethnonationalen Ziele verfolgt, ohne dass eine der Großmächte, und selbst kaum ein Mitglied der Arabischen Liga, wesentlich widersprechen würde. Trotzdem präsentiert sich Israel der Welt weiterhin als der verfolgte »kollektive Jude unter den Nationen«. (Israels ehemaliger Premierminister Levi Eshkol gab in einem seltenen Moment selbstentlarvender Ironie die Absurdität dieser Vorstellung preis, als er im Jahr 1966 von seinem Land als *Shimson der nebishdike* – Samson der Schwächling – sprach.¹⁶) Israel trotzt auch weiterhin der Welt, allerdings aus einer Position der Stärke, indem es jede Kritik an seiner de-facto-Annexion des Westjordanlands abschmettert und sich dabei nicht ernsthaft um eine militärische Niederlage, als vielmehr primär um die Aufrechterhaltung einer dauerhaften jüdischen Mehrheit sorgt, was es durch Verwaltungsmaßnahmen und rohe Gewalt zu erreichen sucht – alles Elemente eines illegalen Apartheidregimes. Zugleich präsentiert sich Israel der Welt gegenüber als Hightech-nation, als wichtiger Waffenexporteur und als global vernetzte Erfolgsstory. Und doch lässt Netanjahu keine Gelegenheit aus, um zu betonen:

»Wir sehen Antisemitismus, der sich gegen einzelne Juden richtet, und wir sehen auch, dass sich dieser Hass gegen den kollektiven Juden, den jüdischen Staat, richtet ... Israel wird mit denselben Verleumdungen und denselben Beleidigungen angegriffen, die seit Menschengedenken gegen das jüdische Volk erhoben werden.«¹⁷

-
- 15 »All Israel can do, if it really is ›the collective Jew among the nations‹, reprising the role of pariah, is fight for its survival, defying the world and keeping it at bay.« Brian Klug: The collective Jew: Israel and the new antisemitism. In: Patterns of Prejudice 37(2), 2003, S. 117–138, S. 134.
- 16 Michael J. Koplow: ›Samson the weakling‹. <https://IsraelPolicyforum.org/2018/05/17/samson-the-weakling/>.
- 17 Binyamin Netanyahu: A Jewish state could have prevented the Holocaust. Haaretz vom 27.1.2016.

Klug zitiert aus der Rede des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten von Schweden, Per Ahlmark, die dieser im Jahr 2002 über den Kampf gegen den Antisemitismus gehalten hat:

»Der heutige Antisemitismus greift in erster Linie den kollektiven Juden an, den Staat Israel. Und solche Angriffe lösen dann eine Kettenreaktion von Angriffen auf einzelne Juden und jüdische Einrichtungen aus.«¹⁸

Dies kommentiert Klug wie folgt:

»Das Konzept von Israel als ›kollektiver Jude‹ ist also für sich genommen bereits eine eigenständige These; darüber hinaus ist es eine Hypothese zur Erklärung der Feindseligkeit gegenüber Juden in aller Welt. Ich glaube, dass das Konzept verworren ist und dass seine Verwendung ein verzerrtes Bild der Tatsachen, die es zu erklären vorgibt, vermittelt.«¹⁹

Zu diesem Zeitpunkt war der »neue Antisemitismus« bereits zu einem zentralen Element des vorherrschenden Narrativs über den aktuellen Antisemitismus geworden. Wir können allerdings sehen, wie das Konzept des »kollektiven Juden« schon in den Gesprächsrunden über die Erosion der liberalen Unterstützung für Israel und über die Notwendigkeit einer Wiederbelebung des Zionismus von den späten 1970ern bis in die 1990er Jahre immer wieder auftauchte. So sagte die französische Soziologin Annie Kriegel in einem der Seminare zum Weltjudentum, die im Jahr 1979 unter der Schirmherrschaft des israelischen Präsidialamtes stattfanden:

»Ich möchte meine negative Haltung gegenüber einer Formel zum Ausdruck bringen, die häufig verwendet wurde. Ich lehne die Formel ›Israel, der Jude der Nationen‹ in erster Linie deshalb ab, weil sie implizit die zionistische Leistung leugnet. Im Lichte dieser Formel hat der Zionismus nichts anderes

18 »It [contemporary antisemitism] attacks primarily the collective Jew, the State of Israel. And then such attacks start a chain reaction of assaults on individual Jews and Jewish institutions.« Klug: *The collective Jew*, S. 120.

19 »The concept of Israel as ›the collective Jew‹ is thus both a thesis in its own right and a hypothesis for explaining hostility towards Jews around the world. I believe that the concept is confused and that the use to which it is put gives a distorted picture of the facts it purports to explain.« Klug: *The collective Jew*, ebd.

erreicht, als die jüdische Unterdrückung vom Individuum auf die Gruppenebene zu übertragen. Das ist nicht wahr.«²⁰

Als Yehuda Bauer eine andere Seminarsitzung im Jahr 1985 zusammenfasste, war er noch im Fragemodus:

»Ich glaube, es ist entscheidend herauszufinden, ob es tatsächlich eine neue Art von Antisemitismus gibt oder ob es sich um die alte Krankheit in einem neuen Gewand handelt.«²¹

Bauer meinte, dass die meisten Experten in den Präsidentenseminaren der Jahre 1984–85

»[...] glaubten, dass wir Zeugen einer anderen Art von Antisemitismus waren, bei dem das neue Element die Existenz des Staates Israel ist, der insbesondere von Antisemiten oftmals als der »Kollektive Jude« und als ein geeignetes Ziel für antisemitische Angriffe wahrgenommen wird.«²²

Nach 1989 und dem Wiederaufleben des politischen Antisemitismus im postkommunistischen Osteuropa, was ein wesentlicher Anstoß für die Brüsseler Konferenz des *Jüdischen Weltkongresses* im Juli 1992 war, wurde die UNO als eine der wichtigsten Organisationen angesehen, die sich des »neuen Antisemitismus« schuldig gemacht hätten. Irwin Cotler, Professor für Menschenrechte an der McGill University, führte diesen Angriff an: Für die UNO sei

»Israel die Metapher für die Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit, was Israel als neuen »Antichristen« herausstellt, samt all der »Verachtung« für diesen »Juden unter den Nationen«, die dieser neue Antisemitismus mit sich bringt.«²³

20 Annie Kriegel in Moshe Davis, ed.: *Zionism in Transition*. Arno Press 1980, S.307-13.

21 Yehuda Bauer, ed.: *Present-Day Antisemitism: Proceedings of the 8th International Study Circle on World Jewry under the Auspices of the President of Israel*, Chaim Herzog. Jerusalem 29–31.12.1985, Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism, 1988, S. ix.

22 Ebd.

23 Irwin Cotler: *Jewish NGOs and Religious Human Rights: A Case Study*. In J. Witte and J.D. Van der Vyver, eds.: *Religious Human Rights in Global Perspective: Religious Perspectives*, Martinus Nijhoff Publishers/ Kluwer Law International, S. 286–7.

Cotler, der von 2003 bis 2005 auch Kanadas Justizminister war, kam mehrmals auf dieses Konstrukt zurück, wobei seine hochtrabende Rhetorik regelmäßig die Oberhand gewann. Im Jahr 2004 sprach er auf dem – wie ich bereits erwähnt habe, von den Organisatoren, wegen seines weltweiten jüdischen Konsenses über die Definition des »neuen Antisemitismus« als einzigartig gepriesenen – *Global Forum for Combating Antisemitism* über gegenwärtige antisemitische Diskriminierung, die er als »neue antijüdische« Haltung bezeichnete, wobei Cotler behauptete, dass

»[...] es das jüdische Volk in seinem kollektiven Sinn ist, in dem Israel zu einem Wort [*sic*] geworden ist – der Jude unter den Nationen –, in dem diese neue antijüdische Haltung zum Ausdruck kommt.«²⁴

Cotler und so viele andere verwenden den Begriff des »kollektiven Juden« In ihren Veröffentlichungen, vermeiden aber jede Selbstreflexion über die Auswirkungen dieses Diskurses. Eine Ausnahme bildete der über den Zionismus arbeitende Historiker Shmuel Almog, der 1994 schrieb:

»Es ist heute üblich, Israel die Rolle des metaphorischen kollektiven Juden zuzuschreiben. Eine ironische Wendung der Geschichte, wenn man sich daran erinnert, dass der jüdische Staat ursprünglich als die endgültige Antwort auf die Gefahren des Antisemitismus gedacht war.«²⁵

Brian Klug formulierte es wie folgt:

»Das Ziel des Zionismus war es, die jüdische Situation zu normalisieren. Mit dem jüdischen Staat sollte das jüdische Volk anderen Völkern gleichgestellt werden. Aber wenn Israel dem weltweiten Antisemitismus als Blitzableiter dient, dann hat der Zionismus nur erreicht, die Notlage des einzelnen Juden über die Jahrhunderte hinweg in Form eines Staates zu reproduzieren. Kurz gesagt, ich glaube nicht, dass Herzl gerne erfahren hätte, dass Israel als ›der kollektive Jude unter den Nationen‹ hervortritt.«²⁶

Welche Rolle spielt die Konstruktion des »kollektiven Juden« für das Verständnis von Antisemitismus, insbesondere in der IHRA-Arbeitsdefinition? In sei-

24 Lerman, ebd., S. 270.

25 Lerman: S. 69.

26 Klug, S. 17.

ner Version einer Definition vom 9. November 2010 verknüpft Cotler den »neuen Antisemitismus« kurzerhand mit dem »kollektiven Juden«:

»Der neue Antisemitismus umfasst die Diskriminierung des jüdischen Volkes, seine Verleugnung oder den Angriff auf sein Recht, als gleichberechtigtes Mitglied der Nationenfamilie zu leben, wobei Israel als »kollektiver Jude« unter den Nationen ins Visier genommen wird.«²⁷

Diese Formulierung ist mit verschiedenen Funktionen überfrachtet. Ich habe bereits Brian Klug angeführt, der meint, dass der Begriff des »kollektiven Juden« sowohl These als auch Hypothese ist. Oder vielleicht einfacher ausgedrückt: sowohl Konzept als auch Metapher. Im Begriff wird Israel als individueller Jude im Großformat begriffen – eine Vorstellung, die denjenigen in die Hände spielt, die die jüdische Identität homogenisieren wollen, indem sie diese auf eine ineinander verflochtene, israelzentrierte Mischung aus Religion, Jüdischsein und Zionismus reduzieren und es unmöglich wird, die Elemente voneinander zu trennen und alle drei zu Essenzen des heutigen Jüdischseins werden.

Es ist klar, dass die Beschreibung Israels als »kollektiver Jude« zentral ist für die Rechtfertigung des Begriffs »neuer Antisemitismus«, da jene ihm die überzeugende Wirkung verleiht; sogar weit mehr, würde ich sagen, als die Litanei über die diskriminierenden Verhaltensweisen, denen Israel angeblich ausgesetzt ist. Dies gilt vor allen Dingen, weil solche Konstruktionen Teil eines Diskurses sind, dessen verschiedene Elemente das Gesamtnarrativ stärken, das wiederum wichtiger ist als die angesprochene materielle Substanz.

Wie das funktioniert, lässt sich zeigen, wenn man sich ein Element dieser Diskurskette ansieht, das in diesem Essay bereits teilweise erörtert wurde: die IHRA-Arbeitsdefinition. Als sie veröffentlicht wurde, war es nicht so sehr der Inhalt der Definition, der so hoch gelobt wurde. Vielmehr war es ihr Anspruch auf Autorität, Endgültigkeit und Reichweite, vertreten von einer internationalen Organisation, deren schierer Name ihre Glaubwürdigkeit außer Frage stellte. Denn wer würde einer von Regierungen gestützten Institution, deren Herzstück das Holocaustgedenken ist, die Autorität und die Kompetenz absprechen zu bestimmen, was Antisemitismus ist und was nicht? Außerdem drängte im Jahr 2016, als die Arbeitsdefinition auf der IHRA-Plenarsitzung im Konsens angenommen wurde, der Antisemitismus in verschiedenen Ländern

27 Cotler. National Post (Canada) vom 9.11.2010.

stärker in die öffentliche Wahrnehmung – Trump und der Weiße Suprematismus waren auf dem Vormarsch, die rechtsextremen Parteien bahnten sich ihren Weg in die Regierungen in ganz Europa und die Antisemitismusaffäre um Jeremy Corbyn und die britische Labour-Partei nahm ihren Lauf. Etwas vermeintlich Bedeutendes dagegen zu unternehmen, indem man sich einer Antisemitismusdefinition anschließt, die von mehr als dreißig Ländern gebilligt worden war, konnte da sicherlich nicht schaden. Sie sei der »Goldstandard«, versicherten die britischen Experten. Jemand, der ihre Wirksamkeit, Qualität, Nützlichkeit und moralische Legitimität in Frage stellte, konnte nur zweifelhafte Motive verfolgen.

Fazit

Die Macht und Schlagkraft, die Worte ausüben können, sind beträchtlich. Worte verkörpern mächtige und einflussreiche Konzepte und Diskurse. Hier lasse ich mich von Foucault inspirieren, der einen Zusammenhang zwischen Wissen, Diskurs und Macht aufmacht und Diskurse als umkämpfte Orte der Macht begreift. Wer den Diskurs kontrolliert, kontrolliert auch die »öffentliche Wahrnehmung« und ist dadurch seinerseits in der Lage, einen gewissen Grad an Kontrolle über die Handlungen der Menschen auszuüben. Der Diskurstheoretiker Teun A. van Dijk meint,²⁸ dass ein solch hohes Maß an Kontrolle einem Machtmissbrauch gleichkomme und entlarvt werden müsse. Ich glaube, dass dies eine nahezu perfekte Beschreibung der Art und Weise ist, wie der Diskurs der Neudefinition und des »neuen Antisemitismus« funktioniert.

So verführerisch die Metapher bzw. das Konzept des »kollektiven Juden« auch sein mag, versagen sie dennoch auf mindestens fünf Ebenen:

Erstens handelt es sich um einen *Kategorienfehler*: Ein Staat kann unmöglich die Eigenschaften einer Person haben. Er kann keinen Antisemitismus erfahren. Die Behauptung, dass dies möglich ist, bedeutet die Zuschreibung einer Eigenschaft an eine Sache, die diese Eigenschaft gar nicht haben kann.

Zweitens reduzieren sie Juden auf eine *Singularität* und implizieren, dass »sie alle gleich sind« – eine offensichtlich antisemitische Trope.

Drittens greifen sie die Vorstellung vom ewigen Leid des universellen Juden auf: *Der Jude, der nackt und vollkommen unschuldig vor den Türen der Gaskammer steht*, ist die krasseste Verkörperung von antisemitischer Verfolgung. Die

28 Vgl. Teun A. van Dijk: *Discourse and Power*. London: Bloomsbury 2008.

gemeinhin geteilte Annahme, dass jeder Antisemitismus zum Holocaust führe, wird ausgebeutet, indem eine Gleichsetzung mit der »intrinsischen« *Unschuld* des Staates Israel erfolgt. Auch wenn dies keine Holocaustleugnung ist, so stellt es zweifellos eine Trivialisierung des Holocaust und seine Instrumentalisierung für politische Zwecke dar.

Viertens schwingen in ihnen Anklänge an das religiöse Judentum mit, die allerdings keine Grundlage haben. Der konservative US-amerikanische Rabbiner Abraham Joshua Heschel, einer der führenden jüdischen Theologen des 20. Jahrhunderts, der selbst ein Zionist war und im Jahr 1965 mit Martin Luther King in Selma marschierte, warnte davor, die beiden Grundlagen des Zionismus religiös zu überhöhen:

»Das Judentum ist keine Religion des Raumes und betet nicht den Boden an.«²⁹

Und weiter:

Und so ist der Staat Israel nicht der Höhepunkt der jüdischen Geschichte.³⁰

Ein anderer wichtiger jüdischer Denker des 20. Jahrhunderts war Jeschajahu Leibowitz, Mitglied der Hebräischen Universität, Gewinner des Israel-Preises, orthodoxer öffentlicher Intellektueller, Universalgelehrter, Autor vieler Bücher über jüdisches Denken und westliche Philosophie. Er bezeichnete das Verhalten Israels in den besetzten Gebieten als »judeo-nazistisch« und schrieb dazu:

»Einen Staat als Wert an sich zu betrachten, ist genuin faschistisch; und ein Stück Land, einschließlich Israel, als heilig anzusehen, ist eine Form von Götzendienst. [...] Israels öffentlicher Diskurs ist geprägt von der kollektiven Leugnung, dass die Besetzung die politische und moralische Katastrophe Israels ist.«³¹

Heute würden Heschel und Leibowitz gegen die IHRA-Arbeitsdefinition verstoßen.

29 Abraham Joshua Heschel, *Israel: Echo of Eternity*, Farrar, Strauss and Giroux. 1969, Kapitel 11.

30 Heschel, ebd.

31 Carlo Strenger: *Yeshayahu Leibowitz: Prophet of Wrath, Harbinger of the Future*. Haaretz vom 13.3.2013.

Schließlich ist – fünftens – das Konzept in anderer Hinsicht eklatant rassistisch: *Es löscht die palästinensische Minderheit vollständig aus der israelischen Realität aus.* Ein krasseres Beispiel für Cancel Culture ist kaum vorstellbar. Es macht die Palästinenser zu Nichtpersonen. Wie kann ein Staat »kollektiver Jude« genannt werden, wenn mehr als zwanzig Prozent seiner Bürger Palästinenser sind? Zumindest in der Anfangszeit des politischen Zionismus hatte sogar Herzl über einen Platz für die Araber im jüdischen Staat nachgedacht, denen er – allerdings in hohem Maße bevormundend nach Art der kolonialen Denkweise – einen Bedarf nach Zivilisierung unterstellte. Der heutige Zionismus hingegen räumt den Palästinensern überhaupt keinen Platz mehr in seinem Staatskonzept ein.

Jede Regierung, die ihren Staat auf eine Weise als Ausnahme heraushebt, wie es die israelische Regierung tut, wird immer die gleiche Kritik ernten. Wenn es also darauf ankommt, kann es also keine Aussagen über einen Staat geben, die auf vertretbare Weise verboten werden könnten, wenn man der Logik derjenigen folgen würde, die Israel als Ausnahme betrachten.

Den meisten auf den ersten Blick durchaus seriösen Artikeln und Aufsätzen über Israel und den Zionismus, die meinen E-Mail-Posteingang fluten, scheinen zwei Prämissen zugrunde zu liegen: die vollständige Akzeptanz des Konzepts von Israel als »verfolgtem kollektiven Juden unter den Nationen« und der grundsätzlich unwidersprochene jüdische Exzeptionalismus. Ich bezweifle nicht, dass einige davon gut argumentiert und mit reichlich Fußnoten belegt sind. Doch wenn die Prämissen unhaltbar sind, ist die Gültigkeit einer solchen Arbeit höchst fragwürdig.

Seit der bereits erwähnten Konferenz des *Sassoon International Center for the Study of Antisemitism* im Jahr 1999 hat sich vieles verändert. Zu vieles davon zum Schlechten. Ganz sicher ist, dass meine Ermahnung zur Notwendigkeit, Objektivität an die erste Stelle zu setzen, nicht beherzigt wurde. Aber es wird nach wie vor auch brillante Arbeit geleistet. Eigens hervorgehoben sei die Sonderausgabe »Rethinking Anti-Semitism« der *American Historical Review*, die im Oktober 2018 zum Thema Antisemitismus in historischer Perspektive erschienen ist – acht außerordentlich reichhaltige und anregende Aufsätze von Forschern des *International Consortium for Research on Antisemitism and Racism*. Doch Jonathan Judakens Urteil, dass »die gegenwärtigen Diskussionen über Antisemi-

tismus [...] zu einem Schlachtfeld geworden sind«, trifft heute mehr denn je zu:³²

»Wir [die Autoren der AHR] argumentieren gegen Exzeptionalismus, Eter-
nalismus, Teleologie, Apologetik und theoretische Naivität in der Heran-
gehensweise von Wissenschaftlern an den Antisemitismus. Wir plädieren
stattdessen für eine komplexe Geschichte des Antisemitismus.«³³

Die Orthodoxie des »neuen Antisemitismus« und der Mythos vom »kollektiven
Juden« verstärken all diese Gefahren auf beträchtliche Weise.

32 Jonathan Judaken: AHR Roundtable Rethinking Anti-Semitism. Introduction. In: The
American Historical Review 123(4), 2018, S. 1122–1138, hier: S. 1124.

33 Jonathan Judaken, ebd.

Israels Politisierung des Holocausts

Avraham Burg

Historisch gesehen ging Israel aus einer Reihe von bedeutenden Prozessen hervor, die sich in den vergangenen Jahrhunderten ereignet haben. So unterschiedliche Phänomene wie der Zusammenbruch des Osmanischen sowie des Österreich-Ungarischen Reiches, der Erste Weltkrieg, der europäische Imperialismus, die zentrale Rolle der Bibel für die aggressive britischen Außenpolitik und das Wiedererstarken der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich spielten alle eine Rolle.

Rechtlich ist Israel das Ergebnis internationaler institutioneller Entscheidungen, insbesondere der Resolution 181 der Vereinten Nationen, die im November 1947 angenommen wurde. Damals unterstützte die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten den von der Organisation vorgeschlagenen Teilungsplan, der Palästina in zwei Staaten, in einen jüdischen und in einen arabischen Staat, aufteilte und außerdem ein internationales Gebiet vorsah. Das ist die einzige maßgebliche Quelle, auf der die Gründung des Staates Israel beruht.

In religiöser Hinsicht sind viele Juden davon überzeugt, dass Israel aufgrund einer alten in den Heiligen Schriften überlieferten göttlichen Verheißung entstanden sei. Es ist bemerkenswert, dass sich sogar säkulare Bürger Israels, die nicht an Gott glauben, vielfach mit ganzem Herzen auf dieses göttliche Versprechen berufen, wenn es darum geht, dass dieses Land dem jüdischen Volk zusteht.

Politisch steht Israel am Ende eines langen zionistischen Kampfes – und zwar sowohl auf der internationalen diplomatischen Bühne, auf der man die historische Entscheidung der Staatsgründung errungen hat, als auch in der Diaspora, wo man gegen andere jüdische Bewegungen und Strömungen gerungen hat. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs waren zionistische Ideen im breiteren Kontext jüdischer Existenz eine Randerscheinung. Der Holocaust verwandelte die zionistischen Bestrebungen jedoch in einen nationalen und internationalen Handlungsplan, da die meisten jüdischen Rivalen des Zionis-

mus an Bedeutung verloren und sich viele Überlebende der zionistischen Ideologie anschlossen.

Auf psychologischer Ebene wurde Israel für viele Juden und Israelis aus dem Holocaust geboren. Das Land sollte die historische Antwort auf die Jahrtausende andauernde jüdische Verwundbarkeit sein.

Israels frühe Jahre waren Jahre des Schweigens. Anfangs wurde »darüber« einfach nicht gesprochen. Die Überlebenden zogen sich in ihre Trauer zurück, sie erduldeten wortlos den Schmerz, litten an ihren Traumata. Zugleich versuchten sie, sich wieder ein Leben aufzubauen: Sie verdrängten ihre Erinnerungen an Ghetto und Flucht, verbargen die tätowierten Nummern auf ihren Armen, machten sich auf die Suche nach ihren verlorenen Verwandten und unternahmen große Anstrengungen, um sich in das neue und strahlende Israel zu integrieren.

Es war eine langsame, allerdings tiefgreifende Entwicklung. Das erste Mal kam das Thema des Holocaust während des Kastner-Prozesses mit ganzer Wucht an die Oberfläche. Dabei wurden Anschuldigungen laut, wonach das zionistische Establishment nicht genug zur Rettung der europäischen Juden unternommen hätte. Ein Jahrzehnt später, Anfang der 1960er Jahre, stand Eichmann in Jerusalem vor Gericht und ganz Israel verfolgte gebannt die Radiosendungen und Live-Übertragungen aus dem Gerichtssaal. Es gab keinen Haushalt in Israel, der nichts von den Zeugenaussagen mitbekam. Die Zeitzeugen begannen zu reden und ihre Geschichten zu erzählen. Auch wenn es zu Beginn nicht so viele waren, konnte sie jetzt jeder hören.

Die Ängste und Sorgen in den drei Wochen vor dem Sechstagekrieg weckten wieder viele Erinnerungen an den Holocaust. Wir füllten Sandsäcke, klebten Verdunkelungspapier an die Fenster und sprachen die ganze Zeit über den Widerstand im Warschauer Ghetto und seine Helden. Auch der Schock über den Jom-Kippur-Krieg ein Jahrzehnt später, die Bilder von gefangenen israelischen Soldaten und der Umstand, dass der »Dritte Tempel«¹ fast zerstört worden war, rissen wieder Ängste und Traumata auf. Der Diskurs über den Holocaust verband sich untrennbar mit der israelischen Identität. Als der Eiserner Vorhang fiel und der sowjetische Block zerbrach, waren auch die Wege zu den Gemeinden, Städten, Lagern und Erinnerungen an jene Tage wieder offen. Und der Holocaust verwandelte sich von einer schmerzhaften Erinnerung in eine nationale Strategie.

1 Mit dem »Dritten Tempel« ist der Staat Israel gemeint (Anmerkung der Übersetzerin).

Auf der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz untermauerte der damalige israelische Generalstabschef Ehud Barak diese Sichtweise, indem er den Holocaust mit der Gründung Israels verband:

»Ende März 1942 wurden hier zum ersten Mal die Gaskammern im großen Maßstab in Betrieb genommen. Und wir, die Soldaten der Israelischen Verteidigungstreitkräfte, sind fünfzig Jahre später hier. Fünfzig Jahre zu spät.«²

In Baraks Worten liegt ein innerer logischer Fehler. Denn fünfzig Jahre zuvor, im Jahr 1945, war der Staat Israel noch nicht geboren. Wie können also die Israelischen Verteidigungskräfte zu spät gewesen sein, wenn sie doch zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal existiert haben? Barak kittete den Mangel an Logik folgendermaßen:

»Mein jüdisches Volk, vor siebenundvierzig Jahren brannten hier die Öfen, und drei Jahre später wurde der Staat Israel gegründet. Von diesem Tal des Todes erstreckt sich eine direkte Linie zu den Höhen der Wiedergeburt Israels in seinem Land.«³

Seitdem war der Holocaust das wichtigste Element, das die israelische Identität bestimmte. Er ist das Tor zu Israel, seine Rahmenerzählung und seine gesprochene Sprache. Hebräisch ist die offizielle Sprache des Landes und der Holocaust ist die Sprache der Seele. Wenn Millionen von Juden und Israelis »Nie wieder« schwören, dann beziehen sie sich in erster Linie darauf, das jüdische Volk mit der Stärke auszustatten, die es braucht, um sich zu verteidigen, Feinde abzuschrecken und sein Schicksal selbst zu bestimmen. Israel hat gewaltige Verteidigungsmauern errichtet und ist ebenso in der Lage, konventionelle Kriege auf jede erdenkliche Weise zu gewinnen, wie es auch über strategische Fähigkeiten zur unkonventionellen Kriegsführung verfügt.

Die Israelischen Verteidigungstreitkräfte wurden zum Mythos, Ethos und Pathos des neuen Juden. Soldaten werden als Nationalhelden gefeiert und die nationale Sicherheit gilt als heilige Pflicht der jüdisch-israelischen Identität. In den letzten 75 Jahren herrschte die Überzeugung, dass alles hinnehmbar ist, solange es nicht zu einem weiteren Holocaust kommt.

2 <https://kotar.cet.ac.il/kotarapp/index/Chapter.aspx?nBookID=104245732&nTocEntryID=104246705>

3 Zitiert in: Tom Segev. *The Seventh Million: The Israelis and the Holocaust*. Translated by Haim Watzman. New York: Hill and Wang, 1993. Seite 514.

So hat sich in Israel eine umfassende Bewusstseinsindustrie gebildet, um die inhärente Verbindung zwischen Israel und dem Holocaust zu stärken. Gymnasiasten besuchen Auschwitz und die Vernichtungslager, bevor sie in die Rekrutierungsbüros gehen und ihren Militärdienst antreten, womit sichergestellt werden soll, dass ihre jungen Seelen mit der nötigen Energie gefüllt sind, um sie den ganzen Weg vom Holocaust in die Schlachtfelder und Besetzung Israels zu tragen.

Alle offiziellen Besucher Israels müssen den Initiationsritus in Yad Vashem absolvieren. Jedes Staatsoberhaupt, das nach Israel kommt, reist zu diesem Berg am Stadtrand von Jerusalem. Aufgesetzt sind schwarze Kippa und ernster Gesichtsausdruck, aus dem Mund des Kantors erklingen Gebete. Obligatorische Kranzniederlegung, gewichtige Worte ins Gästebuch und dann zurück in die komplizierte Politik. Hauptsache, er oder sie weiß, dass wir einen in der Geschichte der Menschheit einzigartigen Völkermord hatten. Deswegen dürfen wir außergewöhnliche Dinge tun, die allen anderen Ländern der westlichen, demokratischen und liberalen Hemisphäre verboten sind.

Der Holocaustdiskurs ist zum zentralen Narrativ für Israels Handeln und Politik geworden. Israelische Premierminister beriefen sich immer wieder auf den Holocaust. Menachem Begin verglich während des Libanonkriegs Arafat mit Hitler in seinem Bunker. Und Netanjahus ständiges Mantra war: »Dieses Jahr ist 1938. Jeder Feind ist Hitler, jeder Krieg ein Holocaust, jede Bedrohung eine Vernichtung.« Der Holocaust ist zur moralischen Ressource geworden, aus der Israel immensen Kredit schöpft, um das Unverzeihliche zu rechtfertigen: die Fortsetzung der Besatzung, die Kontrolle und Unterdrückung eines ganzen Volkes – des palästinensischen Volkes. Und wenn Palästinenser sich bei uns beschwerten, entgegnen wir: Wir hatten einen Holocaust und jeder, der Israels Politik kritisiert, ist antisemitisch. Der Holocaust und der Antisemitismus sind Waffen und politische Instrumente in den Händen der populistischen Regierungen in Israel. Und ist die israelische Psyche von unentwegten Warnungen vor den lauern den bösen Wölfen geprägt worden, bis wir uns an das Narrativ gewöhnt hatten. Als dann aber der echte böse Wolf tatsächlich aus den Wäldern von Gaza heraussprang – da wurden wir wirklich erwischt.

Im Oktober ist in der Nähe des Gazastreifens alles in sich zusammengebrochen. Im Augenblick der Wahrheit war der Staat mit seinem ganzen Sicherheitsapparat einfach nicht da. Das furchtbare Massaker ließ all die Bilder, historischen Erinnerungen, wirklichen und vorgestellten Traumata wieder hochkommen. Denn nicht nur die physischen Grenzen kollabierten. Vielmehr zerbrach mit einem lauten Knall auch der psychologische Schutz-

wall, den der Staat seinen Bürgern geboten hatte, und das war vielleicht noch grundlegender. Das ließ uns schutzlos zurück, der historischen jüdischen Psychologie ausgesetzt: verletztlich, verfolgt, gehasst, abgeschlachtet, vertrieben und wehrlos (in unserem eigenen Land).

Nur wenige heute lebende Israelis waren während des Zweiten Weltkriegs schon am Leben. Aber »wir waren alle in Auschwitz«, haben meine Kinder im Schulunterricht gelernt. Im Laufe unseres Lebens wurden wir immer und immer wieder damit konfrontiert. Und hier ist es wieder. Wir Israelis haben noch nie solch ein schreckliches Gemetzel erlebt. Wir hatten Kriege, in denen die Armee ihre Aufgabe erfolgreich erfüllte und zwischen der zivilen Normalität und dem Schlachtfeld trennte. Dieses Mal ist die hoch angesehene Armee aber nicht zur Stelle gewesen, die israelische Regierung war nicht für ihre Bürger da, der Staat hörte für seine Bürger auf zu existieren. Und mit einem Schlag platzte mit dieser kollektiven Erfahrung das arrogante, aufgeblasene israelische Selbstvertrauen und es kehrte die verfolgte jüdische Seele zurück. Wie der Nationaldichter Chaim Nachman Bialik geschrieben hat, wurde uns »die ganze Welt zum Richtblock«. ⁴

Der Staat Israel hat den Schwur gebrochen, den er auf die jüdische Geschichte abgegeben hatte: Nie wieder. Israel scheiterte an seiner zentralen Aufgabe, für die es gegründet worden war. Und dieses Mal war Israel nicht fünfzig Jahre zu spät, sondern in Echtzeit dabei und ausgestattet mit einer Stärke, die in der Geschichte aller jüdischen Generationen vor uns beispieillos war. Die ständige Anwesenheit des Holocaust in unserem Leben, die die nationale Identität der Juden in Israel bestimmt, ermöglichte es, dass die Erzählungen und Emotionen des Holocaust in einem Augenblick wieder in den Vordergrund traten und die Wahrnehmung des Ereignisses in der Öffentlichkeit maßgeblich bestimmten. Wir, die Juden, sind erneut Opfer. Sie, die Hamas, sind die Nazis. Und das ganze Ereignis ist ein zeitgenössischer Holocaust.

Doch trotz all des Grauens und all der Gräueltaten der letzten Monate: Es ist kein Holocaust. Aber es ist ungeheuer herausfordernd, wenn nicht gar unmöglich, gegen so empfindsame und aufgeladene Gefühlswelten zu argumentieren. In den kommenden Tagen, wenn die Stimme der Vernunft in die Mitte der israelischen Debatte zurückkehrt, muss auch das folgende Argument vorgebracht werden.

4 Chaim Nachman Bialik: »Nach dem Pogrom«, aus dem Hebräischen von Abraham Schwadron. Wien, Berlin: R. Löwit Verlag 1919, S. 5.

Nach der emotionalen und bewegenden Rede von Generalstabschef Barak im Jahr 2003 starteten drei F-15-Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe am Flughafen Radom in Polen und überflogen auf ihrem Rückflug nach Israel Auschwitz. Sie flogen über das Lagertor, die Bahngleise und die für die Selektion bekannte Rampe. Und über eine Anordnung von am Boden stehenden israelischen Soldaten. Während des Flugs über das Lager sandte das Funkgerät des Flugleiters eine kurze Nachricht, die über die Lautsprecheranlage des Lagers zu hören war:

»Wir, die Piloten der israelischen Luftwaffe, tragen über diesem Lager des Grauens den stummen Schrei von Millionen, zollen ihrem Mut Tribut und versprechen, ein Schutzschild für das jüdische Volk und sein Land – Israel – zu sein.«⁵

Das ist poetisch und berührt das Herz, aber es ist auch sehr, sehr unwahr und am Rande des Pathetischen.

Die im Holocaust brutal ermordeten Millionen von Juden wurden nicht deswegen getötet, weil sie keine Luftwaffe hatten. Sie wurden nicht deswegen verfolgt, weil die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte nicht im Zeitplan lagen und fünfzig Jahre zu spät kamen. Es lag nicht an fehlender Macht, sondern an fehlenden Werten ihrer Feinde. Sie wurden getötet und abgeschlachtet, weil andere menschliche Wesen – die Nazis und die Kollaborateure des Naziregimes – nicht die geringste Achtung vor menschlichem Leben hatten, vor irgendeinem Leben. Sie wuchsen in einer Ideologie und einer Zeit auf, in der Vorstellungen von rassistischer Überlegenheit akzeptiert und eugenische Bestrebungen, die menschlichen Rasse »aufzuwerten«, im gesamten Westen verbreitet waren. Bürgerliche Gleichheit und echte Menschenrechte existierten nicht unter dem Naziregime und seinen Verbündeten. Der Völkermord an den »Anderen« und die Ausrottung von Völkern fand daher auch in anderen Regionen der Welt ungehemmt statt.

An einer der Wände des Holocaustmuseums in Washington ist ein Zitat Hitlers aus seiner Rede vor den Wehrmachtsgenerälen eine Woche vor dem deutschen Einmarsch in Polen zu lesen: »[...] Und wer spricht heute noch von

5 https://www.haaretz.com/2003-09-04/ty-article/jaf-pilots-perform-fly-over-at-auschwitz-death-camp/000017f-e2bc-d804-ad7f-f3fefb390000?utm_source=chatgpt.com

der Vernichtung der Armenier?« Die damalige Welt war eine Welt der Vernichtungen und Diskriminierungen. So kam es zur Ermordung der indigenen Nationen in Nordamerika, der Herero, Himba und Nama in Namibia, der Armenier in der Türkei und der Juden in Europa. Eine Wirklichkeit, die aus einer Kombination von ungebremsten Gefühlen der Macht, von rassistischer, religiöser oder nationaler Überlegenheit und einem absoluten Mangel an Engagement für die menschliche Würde und Freiheit zusammengesetzt war.

Die Juden in den heutigen Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien und Frankreich werden nicht durch eine große und mächtige jüdische Armee geschützt, sondern weil es sich um Staaten handelt, in denen Recht und Ordnung sowie ein grundlegendes Bekenntnis zur Gleichheit aller Menschen vorherrschen. Israel hingegen, das sich dieser Gleichheit nicht verpflichtet, stattdessen von Ideologien jüdischer Überlegenheit regiert wird und dabei Millionen von Palästinensern Rechte und Freiheiten verweigert, ist immer wieder gezwungen, sich mit diesem grundlegenden Bekenntnis zur Gleichheit aller Menschen auseinanderzusetzen. Nichts in der Geschichte der Gewalt zwischen Juden und Palästinensern kann die schrecklichen Ereignisse vom Oktober 2023 rechtfertigen. Und die Ereignisse des 7. Oktober können wiederum in keiner Weise die blinden und wütenden Tötungen von so vielen Palästinensern rechtfertigen, nicht ihren Hunger und nicht die Zerstörung ihres Heimatlandes.

Wahre, nachhaltige Sicherheit für Israelis und Palästinenser wird niemals durch eine militärische Entscheidung oder durch Massentötungen erreicht werden – und schon gar nicht von unschuldigen Zivilisten. Nur ein tiefgreifender Wertewandel, der den Raum zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer in ein Gebiet gleichberechtigter bürgerlicher Menschlichkeit für alle verwandelt, wird Israelis und Palästinensern den Frieden garantieren. Es ist schwer zu glauben, dass dies möglich ist. Aber genau das war die Herausforderung, vor der damals der legendäre Raphael Lemkin gestanden hat – der Mann, der seinen Weg fast ganz alleine gegangen ist. Als die Welt noch erstarrt war unter dem schrecklichen Eindruck des Zweiten Weltkriegs, verstand er vor allen anderen, dass das Strafgesetzbuch neu definiert werden musste. Er gehörte zu den ersten zu fragen, warum es als ein Verbrechen anerkannt wird, wenn ein Mensch einen anderen tötet, nicht aber, wenn eine Regierung Millionen von Menschen umbringt; und ob Staaten etwa nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollten, wenn sie versuchen, ganze Völker zu zerstören.

Lemkin erforschte den Völkermord und die Auslöschung von Völkern, nahm diese Verbrechen in die Gesetzbücher auf und veränderte fast im Al-

leingang die normative Landschaft der Welt. Was im Europa von damals vor dem Hintergrund des Holocaust möglich war, ist hier und jetzt nicht weniger notwendig. Und um so vieles machbarer.

Verblendet beim Erinnern der Gegenwart?

Frag Franz

Eran Schaerf

Der Anfang meiner Geschichte ist das Ende einer anderen, der Geschichte von Andreas, der Erinnern von Gedenken nicht mehr unterscheiden kann. Andreas, der den Zweiten Weltkrieg als Auslandsreporter in Amsterdam verbringt, kehrt nach dem Krieg heim nach Deutschland und borgt sich Susannes roten Porsche, um das KZ Mauthausen zu besichtigen. Er steigt aus und findet, dass der rote Porsche deplatziert ist, dass ein Volkswagen nicht weniger deplatziert wäre, dass zu Fuß kommen auch nichts ändern würde. Er ist ehrlich genug, zuzugeben, dass das, was er besichtigen würde, kein Konzentrationslager mehr wäre, sondern eine Gedenkstätte. Und Gedenkstätte scheint ihm eine kleinbürgerliche Übersetzung von Sightseeing zu sein. Mit dieser Erkenntnis endet die Geschichte, die Grete Weil von Andreas erzählt: Er wird keine Erinnerung aus einem Konzentrationslager aufschnappen können, in dem er nicht interniert war. Was damit beginnt, ist eine Erinnerungskultur, die dem Gedenken will, was nicht erinnert werden kann, eine Erinnerungskultur, die sich die Erinnerungen anderer so sehr zu eigen macht, sich so sehr mit den Erinnerungen anderer verwechselt, dass sie ihr den Blick auf die Gegenwart verklären.¹

»Historisch«, so erfahre ich in der editorischen Einleitung zu einem Beitrag von Aram Lintzel in *Texte zur Kunst* 2020, »war der ›Judenboykott‹ eine Vorstufe zur Massenvernichtung. Seine Aktualisierung vernachlässigt empathielos die jüdische Erfahrung der Shoah. Derart stellt auch die Boykottstrategie der antiisraelischen Kampagne BDS [*Boycott, Divestment and Sanctions*], die

1 Grete Weil, *Tramhalte Beethovenstraat*, Frankfurt am Main 1986, S. 143

besonders im Kunst- und Kulturbetrieb starken Zulauf erfährt, eine ethische Verfehlung dar, mit der ihre Unterstützer konfrontiert werden müssen.«²

Israelboykott als »Aktualisierung des Judenboykotts« zu bezeichnen, zeigt einmal mehr die weit verbreitete Verwechslung von Israel und jüdischem Volk. Sie suggeriert, dass in deutschen Diskursen zwischen Juden, die in der Diaspora leben, und Juden, die in Israel leben, keinerlei Unterschied besteht. Dabei wird Jüdinnen und Juden, die außerhalb Israels leben, eine eigenständige Position – nicht nur, aber auch gegenüber Israel – abgesprochen. Mehr noch, es markiert sie als Bürger, die in den verschiedenen Nationalstaaten als Minorität gern gesehen sind – und zwar als Botschafter »des Staats der Holocaust-Überlebenden«, die eigentlich dorthin gehören. Deutschland braucht Israel, um von einem »Staat der Holocaust-Überlebenden« sprechen zu können in einer Rhetorik der Wiedergutmachung, die vor Jahrzehnten auf den Pausenknopf gedrückt hat, als wäre damit der Verlauf der Geschichte aufzuhalten. Ergänzend dazu schaffte es Israel mit seinem Anspruch, der jüdische Staat zu sein, eine Verständigung darüber zu etablieren, dass alle in der Welt lebenden jüdischen Menschen Satellitenbürger Israels seien und für seine Politik stehen oder eben sterben können sollten. Deutschland und Israel sind auf einer gemeinsamen Zeitreise. Das Ziel heißt »Historische Verantwortung«. Den Fahrplan für diese Reise liefert ein höchst problematischer Begriff von Erinnerung, der dazu dient, die Shoah als nationales bzw. binationales Ereignis einzuschreiben und es auch die gegenwärtige Verantwortung gegenüber der Welt außerhalb dieser gemeinsamen Erfahrung dominieren zu lassen.

Ich bin einer, der mit der »jüdischen Erfahrung der Shoah« lebt, um dessen empathielose Vernachlässigung sich offensichtlich gesorgt wird. Ich bin auch einer, der zum »Kunst- und Kulturbetrieb« gehört, der hier als Sammelbecken für BDS-Unterstützende – in Bundestagsbeschluss-Rhetorik »Antisemiten« – dargestellt wird. Es ist Corona-Zeit. Der zivile Flugverkehr in Israel ist weitgehend lahmgelegt, aber in einem Flughafen herrscht reger Verkehr. Beladen mit militärischer Ausrüstung »Made in Israel« fliegen Flugzeuge des Typs Iljuschin-76 der Cargo-Gesellschaft *Silkway* nach Aserbaidshan.³ Die Waffen

2 Aram Lintzel, »Warum Israel. Über die Kampagne Boykott, Divestment and Sanctions (BDS)«, Texte zur Kunst, Heft 119: Anti-Antisemitismus, September 2020, textezurkunst.de

3 Yossi Melman, »Wenn die Kanonen donnern, blühen die Waffengeschäfte mit Aserbaidshan auf« (hebr.), Haaretz vom 6. Oktober 2020.

werden von Aserbaidshon gegen die armenische Enklave Bergkarabach eingesetzt. Mit der Offensive Aserbaidshons – auch gegen zivile Ziele – ist der Bergkarabachkonflikt erneut ausgebrochen. Corona sagte ich schon. Die israelische Wirtschaft ist im Tief, ein schlechter Zeitpunkt, um Geschäfte zu unterlassen. Aserbaidshon auf eine Unterlassung des Waffenhandels mit Israel anzusprechen, könnte jemand an Judenboykott erinnern. Tut auch niemand.

Ich muss Franz anrufen, Franz Werfel, der den Roman *Die vierzig Tage des Musa Dagh* über den Völkermord an den Armenierinnen und Armeniern geschrieben hat. Ich muss ihn erst einmal damit updaten, dass »der Staat der Shoah-Überlebenden« den Völkermord an den Armeniern durch das Osmanische Reich nicht anerkennt. Dann würde ich ihn fragen, ob er ... »als Jude, oder was?«, würde er mich unterbrechen ... ob er denkt, dass die »jüdische Erfahrung der Shoah« israelische Juden auf die Idee bringen sollte, dass ihre Waffenlieferungen die armenische Erfahrung des Genozids empathielos vernachlässigen. Aber ich rufe Franz nicht an. Womöglich würde er mir noch sagen, dass die Toten nur fiktive Geschichten erzählen können, und Fiktion ist Kunst, und als Künstler wäre ich der BDS-Nähe verdächtig und könnte meinen Job verlieren. Das wäre ja nicht so schlimm, doch Selbstboykott ist hier nicht das Thema.

Zurückgeworfen auf mein anderes Ich, das mit der »jüdischen Erfahrung der Shoah« lebt, frage ich mich, wie es dazu kommt, dass ich auf diese Empathie, die mir entgegengebracht werden soll, lieber verzichten würde. Empathie ist doch so menschlich, aber wenn sie mir als Jude entgegengebracht werden soll, kommt sie mir wie die bloße Umkehrung jener »unmenschlichen Handlungen« vor, die seit den Nürnberger Prozessen in deutschsprachigen Diskursen herumgeistern. »Das den Nürnberger Prozessen zugrunde liegende Londoner Statut hat [...] die ›Verbrechen gegen die Menschheit‹ als ›unmenschliche Handlungen‹ definiert, woraus dann in der deutschen Übersetzung die bekannten ›Verbrechen gegen die Menschlichkeit‹ geworden sind; als hätten es die Nazis«, fügte Hannah Arendt hinzu, »lediglich an ›Menschlichkeit‹ fehlen lassen, als sie Millionen in die Gaskammern schickten, wahrhaftig das Understatement des Jahrhunderts.«⁴ Armenien protestiert gegen die israelischen Waffenlieferungen an Aserbaidshon und ruft seinen Botschafter aus Tel Aviv zurück. Jerusalem nimmt dies mit »Bedauern« zur Kenntnis.⁵ Schon wieder

4 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, München 2004, S.399

5 Christoph Ehrhardt, Friedrich Schmidt und Jochen Stahnke, »Mit einem Sturmgewehr gegen Artillerie«, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2020, <https://www.>

so ein menschlicher Gefühlsausdruck. Ich gestehe, ich habe nicht viel übrig für eine Staatspolitik der großen Gefühle. Seitdem ich begriffen habe, dass es eine ganze Verwandtschaft von mir gibt, die ich nie kennenlernen und deshalb nie betrauern können werde, begriff ich auch, dass ich von dieser Politik emotional missbraucht werde. Serientätermäßig. Der Nationalstaat interessiert sich nicht für mein Gefühl des unbetrauerbaren Todes.⁶ Er braucht eine Trauer, die sich in den Dienst der Nation stellen lässt. (Franz fragt, wie ich dazu komme, Hannah Arendt zu zitieren, und ob dieses Zitat wirklich von ihr kommt, oder ob es von der zeitgenössischen deutschen Pop-Ikone gleichen Namens stammt, deren Pelzcape kürzlich im Deutschen Historischen Museum ausgestellt wurde.⁷ Ob ich wirklich meine, dass solche analytischen Texte, solche Wissens- und Denkerfahrungen als Teil einer »jüdischen Erfahrung der Shoah« gelten können? Das würde den Erfahrungsbegriff, der auf Abstammung und eigenem Erleben beruht, ja sprengen.)

Ich erinnere mich an eine Demonstration in Tel Aviv nach dem Massaker in den palästinensischen Geflüchtetenlagern Sabra und Schatila im Jahr 1982. Ich erinnere mich daran, wie der Staat Israel sich vor der eigenen Untersuchungskommission verteidigt hat: das Massaker wurde nicht von israelischen Soldaten ausgeübt; diese hätten lediglich die Geflüchtetenlager umstellt und Leuchtbomben geworfen. So konnten die maronitisch-katholischen Milizen sehen, was sie taten. Ich erinnere mich an den Riss, der sich in meinem staatsbürgerlichen Vertrag mit Israel auftat, als mir klar wurde: Ich lebe in einem Staat, der Massaker per Outsourcing ausübt; in einem Staat, der die palästinensischen Geflüchteten von 1948 nicht nur aus dem Land und dem Diskurs jagen möchte, sondern auch aus ihrer neuen Bleibe im Exil; und nicht nur sie, sondern auch ihre Geschichte, die mit dem Archiv der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Kriegstrophäe nach Tel Aviv verschifft wurde. Wie gründlich. Unter Freunden sagten wir uns, wenn Scharon, der damalige Verteidigungsminister, einmal Ministerpräsident wird, würden wir wohl auswandern müssen. Als ich 1985 in Berlin ankomme, stelle ich fest, dass solche Erinnerungen wie Nachrichten aus einem fernen Land aufgenommen werden. Ich beginne meine Erinnerungen in Kunstwerken zu thematisieren

faz.net/aktuell/politik/ausland/das-militaerische-ungleichgewicht-im-karabach-konflikt-16992733.html

6 Laurence A. Rickels, *Der unbetrauerbare Tod*, Wien 1989.

7 Deutsches Historisches Museum Berlin, Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert, Ausstellung von 27. März bis 18. Oktober 2020.

und merke in Gesprächen darüber, dass der Begriff »Erinnerung« – wenn er von einem israelischen Juden in Deutschland angesprochen wird – sogleich wo ganz anders hinführt, zu einer Geschichte, für die der Begriff »Erinnerung« reserviert zu sein scheint, für die Shoah. (»Warum Shoah auf Hebräisch? Schreib ruhig ›Holocaust‹, gerecht werden kann diesem Geschehen eh keine Sprache. Und sag, muss man jetzt in Deutschland immer ein Stück aus der eigenen Garderobe präsentieren, wenn man seine Gedanken kundtut?«

»Nein, Franz,« sage ich, als ob er mich hören würde, »sie wollten im Deutschen Historischen Museum doch nur zeigen, dass jemand, der denkt, auch nur ein Mensch ist, der gelegentlich ein Pelzcape trägt.« Ich muss Franz unterdrücken. Ich meine, seine Nummer. Er platzt in meine Erinnerung hinein mit einer Gegenwart, die auch schon wieder vergangen ist. Wer soll dieser multi-chronologischen Geschichte noch folgen können?). Ich musste bei jedem Wort genau aufpassen; ich war ja dabei, Deutsch zu lernen, und so schien mir der Unterschied zwischen »Erinnern« und »Gedenken« im öffentlichen wie privaten Sprachgebrauch in Deutschland häufig zu verschwimmen. Ich hätte beinahe vergessen, wie ich Wörter damals Silbe für Silbe anstarrte, wie wenn die Tatsache, dass in einem Wort wie »Gedenken« auch das Wort »denken« sich lesen lässt, weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen haben könnte. Aber Micha Brumlik erinnert mich daran, wenn er 2020 Michael Rothbergs Konzept der *multidirectional memory* ohne meine Skrupel einmal mit »multiperspektivischem Gedenken« und einmal mit »multiperspektivischem Erinnern« übersetzt. Wem dient es, wenn Erinnern und Gedenken austauschbar werden?⁸

Ich vergewissere mich noch einmal. Ich kann mich zum Beispiel nicht daran erinnern, dass meine Mutter bei HASAG Zwangsarbeit leistete. Das weiß ich von der Lochkarte, die ihre Häftlingsnummer trägt, die mit ihrer Buchenwald-Häftlingspersonalkarte übereinstimmt. Ich kann mich auch nicht an die Verfolgung von Hans Gasparitsch erinnern, der nach seiner Befreiung aus dem KZ Dachau aufgrund des KPD-Verbots der BRD 1956 seine Stelle als Redakteur der *Volksstimme* verliert, wegen seiner politischen Haltung in keiner Zeitung Fuß fassen kann und seinen Lebensunterhalt zunächst in einem Milchladen verdient. Aber ich kann ihrer gedenken. Und wenn ich Hans Gasparitschs gedenke, dann gedenke ich nicht nur des Überlebenden, sondern auch des Demonstranten, der 1993 in Bonn gegen die Änderung des Asylgesetzes protes-

8 Micha Brumlik, »Für ein ›multidirektionales‹ Erinnern. Der Beitrag Michael Rothbergs«, Texte zur Kunst: Postscript Anti-Anti-Semitism, 30. September 2020, [textezurkunst.de](https://www.tzk.de)

tierte – in seiner Häftlingskleidung aus Dachau. Aber es gibt in Deutschland kein Gedenkritual für Hans Gasparitsch als einem von den Nazis und der BRD – wenn auch unterschiedlich – verfolgten Kommunisten. (»Das neue Gedenkritual ist ein Photo Op.« Ich habe Franz offensichtlich nicht richtig unterdrückt. Er schafft es weiterhin, sich zu melden. Es folgt das Bild von Israels Außenminister Gabi Ashkenazi, seinem emiratischen Amtskollegen Scheich Abdullah bin Zayed und Gastgeber Heiko Maas beim Besuch des Denkmals für die ermordeten Juden in Europa in Berlin. Dann das Bild von Heiko Maas als Justizminister mit seiner damaligen israelischen Amtskollegin Ajelet Schaked, die ihn im Helikopter durch den Himmel über die israelisch-besetzten Gebiete führt. Und schließlich das Bild von Schaked, die für ihre Partei mit einem Parfümflakon der Marke FASCISM wirbt. Ich vermutete Franz auf Wolke sieben und unterschätzte vollkommen seine Verbindung mit der Cloud.) Erinnern ist zunächst subjektiv. Erst im Gedenken wende ich mich Geschichten und Ereignissen zu, die mit meiner Biografie gar nichts oder indirekt zu tun haben, wohl aber mit der Tatsache, dass ich in der Welt lebe. Aus Erinnerungen kann ich den Sinn für ein Unrecht entwickeln, das mir widerfahren ist, doch erst im Denken und Gedenken berühre ich das Unrecht, das jemand anderes erlebt hat. Gedenken ist die Wiederaufführung von Ereignissen in Gedanken. Es findet zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte statt und führt – wie jede Wiederaufführung – die gegenwärtige Differenz zu den gedachten Ereignissen mit auf. Es wird erst dann sinnvoll, wenn es in das umschlägt, was ich mit meinem Wissen zur Zeit des Gedenkens zu tun gedenke. Sonst ist Gedenken nichts weiter als ein Ritual, um in (nicht erinnerbare) Erinnerungen zu versinken, die bestenfalls die beteiligten Personen an ihre Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft erinnern. Es ist anzunehmen, dass auch das nächste Berliner deutsch-israelisch-emiratische Treffen nicht beim Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen stattfinden wird.

Der Begriff »Erinnerungskultur« ist also weder ein Übersetzungsfehler noch eine Variation von »Gedenkkultur«, sondern eine Politik, der zufolge das Nicht-Erinnerbare verinnerlicht werden soll. Sowohl in Israel wie auch in Deutschland erhält diese Form der Verinnerlichung Vorrang vor einem Gedenken, das ein vergangenes Ereignis wiederaufführt, dabei aber den Verlauf der Geschichte nach dem gedachten Ereignis anerkennt, und sich so als zeitgenössisches Ereignis einschreibt. Sowohl der Grund für als auch das Ergebnis dieser gedenkenlosen Verinnerlichungspolitik mag das Phantasma des »Nie wieder« sein. Ob das (jüdisch) israelische »nie wieder wie Lämmer zur Schlacht geführt zu werden«, oder das deutsche »nie wieder Krieg« (und

Tätersein) – wer kann schon das Versprechen, das im »nie« steckt, einlösen? Zwei Staaten, die sich das gegenseitig versprechen und das Versprechen ausschließlich auf sich beziehen? Es geht Israel und Deutschland um Versöhnung und zukünftige Beziehungen. Doch die ethischen Maßstäbe, die beide Staaten auf Grund des Holocausts etablieren, lassen sie außerhalb ihrer Beziehung sehr unterschiedlich gelten. So nimmt Deutschland 2015 Geflüchtete aus Syrien auf und lässt sich ausgerechnet vom *Zentralrat der Juden in Deutschland* an eine »Obergrenze«⁹ erinnern. Israel hingegen darf sich auf die *Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.* verlassen, die mit Papieren wie »Der Mythos Nakba«¹⁰ daran arbeitet, Kritik an Israels Verständnis der gemeinsamen ethischen Maßstäbe als Verschwörungstheorie erscheinen zu lassen.

Auch die Nie wieder-Wunschdenker wissen, dass sie über die Zukunft wenig sagen können. Deshalb versuchen sie es mit der Vergangenheit. »Historische Verantwortung« als Ziel dieser Zeitreise ist etwas übers Ziel geschossen, ist es doch eine Reise, die mit »historischer Verantwortung« begonnen hat und also null Bewegung zeigt. Nach über siebzig Jahren liest man immer noch in der deutschsprachigen, der Staatsraison folgsamen Presse – jetzt auch in *Texte zur Kunst* – von Israel als »dem Staat der Holocaust-Überlebenden«. Diese deutsche Wunschvorstellung ignoriert die Bemühungen zur Errichtung dieses Staates, die viel weiter zurückreichen als in die Zeit der Geburt der Holocaust-Überlebenden. Auch reduziert »der Staat der Holocaust-Überlebenden« die Überlebenden auf ihr Schicksal und ordnet alle anderen Bürger dieses Staates eben dieser Geschichte unter. Eine Art Kolonialismus mit sprachlichen Mitteln. Wie wenn es keine israelischen Bürger gäbe, die vor und nach der Staatsgründung ins Land migriert sind, die zahlenmäßig größer sind als die Holocaust-Überlebenden und das Land viel mehr geprägt haben. Wie wenn es keine Jüdinnen und Juden gäbe, die auch nach dem Holocaust nicht nach Israel einwanderten oder etwa aus Israel auswanderten. Ganz zu schweigen von palästinensischen und anderen nichtjüdischen Minoritäten. Egal, sie müssen jetzt mal draußen bleiben, sonst stimmt es nicht mit der historischen Verantwortung. (Oh je! Ausgerechnet jetzt pusht die Anbieterfirma von Franz die

9 Mattias Meisner, »Zentralrat der Juden fordert Obergrenze«, *Der Tagesspiegel* vom 24. November 2015, <https://www.tagesspiegel.de/politik/zentralrat-der-juden-fordert-obergrenzen-5201293.html>

10 Jörg Rensmann, »Der Mythos Nakba. Fakten zur israelischen Gründungsgeschichte«, August 2013, https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2019/10/Mythos_Nakba.pdf

Nachricht, ich hätte nicht die Berechtigung, seine Nummer zu unterdrücken ... Ach so, man braucht eine Berechtigung, um zu unterdrücken. Wo abonniert man das denn? Anschließend poppt eine Werbung für Pelzmäntel auf. Dann eine Nachricht von Franz: »Arendt oder nicht Arendt oder auch Arendt?« Vielleicht hätte ich doch mit Franz sprechen sollen. Als jemand, der an das Leiden eines anderen Volkes als dem, dem er angeblich angehört, gedacht hat, hätte er ... »hätte ich was?« liest er meine Gedanken, »Nichts hätte ich ... erinnerst du dich nicht mehr, was die jüdische Presse in Palästina zu meinem Roman über den Völkermord an den Armeniern¹¹ geschrieben hat? Der jüdisch-deutsche Schriftsteller könne sich doch Helden widmen, die »seiner Rasse« näherstehen, anstatt die Antwort auf eine »typisch jüdische Frage« – damit meinen sie Verfolgung – »bei Fremden« zu suchen. Sagt man für Solidarität mit sich selbst nicht besser Selbstmitleid?«)

Mein Ehrgeiz, die deutsche Sprache zu beherrschen, wurde nicht selten von Erschöpfungsphasen heimgesucht. Eine solche Erschöpfung überkam mich nach einem Gespräch mit einem Freund, der endlich die Einsicht zeigte, dass Menschen jüdischer Herkunft auch Erinnerungen haben können, in denen Deutsche nicht die Hauptrolle einnehmen. Das war eine Erschöpfung, wie sie sich bei der Entspannung nach einer großen Anstrengung bemerkbar macht. Ich ging in die Bibliothek der Westberliner Jüdischen Gemeinde, um mich mit einem hebräischsprachigen Buch zu erholen, es hätte fast jedes Buch sein können, Hauptsache auf Hebräisch. Wie es die Serendipität wollte, verließ ich die Bibliothek mit *Was ist Existenzphilosophie?*, einem dünnen Büchlein auf Deutsch, von einer mir bis dahin unbekanntem Autorin, Hannah Arendt. Zuhause in Berlin-Neukölln schrieb ich einem Freund in Israel, er solle bitte dieses Buch, oder welches auch immer er von Arendt auf Hebräisch findet, ausleihen, photokopieren und mir schicken. Nach einigen Wochen erhielt ich drei Seiten mit einem Auszug aus einem Text, der für eine Anthologie über Autorität übersetzt wurde. Erst im Jahr 2000 erscheint die erste Übersetzung eines Buchs von Arendt auf Hebräisch. Zum ersten Mal kam mir in den Sinn, dass Israel nicht der jüdische Staat, sondern ein Staat von zionistischen Juden ist. Eine Besprechung der Hannah Arendt-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum beginnt so: »Man sagt, der beste Weg, einen subversiven Autor kaltzustellen, sei, ihn zu kanonisieren.«¹² Man müsste Arendt jetzt also

11 Yair Auron, *The Hundred Years of Musa Dagh* (Hebr.), Haifa 2017.

12 Itamar Ben-Ami, »Alle verehren Hannah. Die Frage ist, warum« (Hebr.), Haaretz vom 22. Juli 2020.

entkanonisieren. Vielleicht würde sie dann wieder gelesen werden. Vielleicht sogar der eine oder andere ihrer subversiven Gedanken. »Wenn Hannah Arendt (1946) davon berichtet, wie Deutsche sich aufgrund des NS-Verbrechens vor ihr dafür schämen, deutsch zu sein, und wie sie sich dann versucht fühle, ihnen zu sagen, dass sie sich schämt, ein Mensch zu sein, dann wird nicht die Verantwortung Deutschlands für dieses Verbrechen in Frage gestellt, seine Dimension und Wirkung für das Menschsein aber entnationalisiert.«¹³ (»Hallo? Wie bitte? Franz, bist du es? Ja, richtig, entnationalisieren ... nein, Arendt hat »entnationalisieren« nicht geschrieben, aber meinst du nicht, um »ein Mensch zu sein« muss die nationale Identität vergessen werden? ... ich melde mich später ... das steht in ihrem Text *Organisierte Schuld*, der so weitergeht: »Diese grundsätzliche Scham, die heute viele Menschen der verschiedensten Nationalitäten miteinander teilen, ist das Einzige, was uns gefühlsmäßig von der Solidarität der Internationalen verblieben ist; und sie ist bislang politisch in keiner Weise produktiv geworden.«)¹⁴

Das politische Potential dieses grundsätzlichen Schamgefühls liegt in seiner Zerstreuung zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, die jeweils eine eigene Perspektive haben. Eine Protestantin im Schwarzwald muss sich für Sabra und Schatila nicht mehr oder weniger oder anstatt oder gleich wie ein jüdischer Israeli schämen. Sie kann aber angesichts dieses Verbrechens, und auch ohne der beteiligten Nation anzugehören, ein Schamgefühl empfinden. Dieses Schamgefühl basiert weder auf persönlicher Handlung noch auf nationaler Zuschreibung, sie stellt sich in Anbetracht des sich erweiternden Registers menschlicher Gewalthandlungen ein. Gibt es ein solches Schamgefühl heute noch? Oder wieder? Oder anders? Schämt sich jemand in Berlin der Tatsache, dass Mohammad Bakri zwanzig Jahre lang sich und seinen Film *Jenin, Jenin* vor der israelischen Justiz verteidigen musste; dass er von ehemaligen israelischen Soldaten angeklagt wurde, die in Jenin gekämpft-haben-würden-sie-sagen und mit ihrem Ich-war's-nicht-Chorus den israelischen Staatsanwalt als Mitankläger auf ihre Seite gebracht haben? Soll Bakri besser Selbstmordattentäter werden? Oder, als palästinensischer Israeli, sich mit BDS-Aktivismus selbstboykottieren? Schämt sich jemand in was weiß ich

13 Eva Meyer und Eran Schaerf, Anhörung, Vorschlag für einen Film für die KZ-Gedenkstätte Dachau, Eingeladener Wettbewerb 2018, unveröffentlicht.

14 Hannah Arendt, »Organisierte Schuld«, Die Wandlung 1, Heft 4, 1945–1946; wiederveröffentlicht in Hannah Arendt, In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II, hrsg. von Ursula Ludz, München 2000, S. 36

wo der Tatsache, dass der deutsche Bundestag 2019 McCarthyismus probt, um Israel weiterhin den Wolf spielen, aber im Schafspelz auftreten zu lassen? Ich schäme mich. Ich schäme mich. Nicht als Jude, nicht als Deutscher, nicht als Künstler, nicht als zweite Generation Holocaust-Überlebender. Damit mir niemand mehr sagt, »Du als ... kannst es sagen«. Ich werde zunächst die Scham als Selbstschutz anlegen – vor Zuschreibungen, die der Nationalisierung meiner Erfahrungen dienen. Ich muss nicht zwei Düfte vergleichen, um zu merken, dass der eine schon stinkt. Das Unrecht fragt mich auch nicht, wer ich bin, bevor es mir ins Auge sticht. (»Oder, Franz? ...« »Ja, klar habe ich die Bilder vom Empfang der jüdisch-ukrainischen geflüchteten Kinder bei Steinmeier gesehen. Und? ... Zum Glück hat der Innenminister sie ins Land gelassen. Zum Glück hat Israel gerade keine Kinder aus dem Gazastreifen rausgelassen. Noch ein Empfang hätte den Terminkalender des Präsidenten gesprengt ... und Schlagzeilen wie ›Deutschland gedenkt israelischer Täter‹ kann man in einen Sci-Fi-Roman schreiben, aber ...« »Oh, Franz! Kannst du es mir noch einmal schreiben, etwas expressionistischer? Und bitte ein paar Beverly Hills-Palmen zwischen den Zeilen, damit es besser in die Zeit deines Exils eingeordnet werden kann, du weißt schon, Exilliteraturforschung, für Gegenwart hat unser Gedächtnis gerade keine freien Kapazitäten.«)

Literatur

- Arendt, Hannah, »Organisierte Schuld«, Die Wandlung 1, Heft 4, 1945–1946; wiederveröffentlicht in Hannah Arendt, In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II, hrsg. von Ursula Ludz, München 2000, S. 36
- Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem, München 2004, S. 399
- Auron, Yair, The Hundred Years of Musa Dagh (Hebr.), Haifa 2017.
- Ben-Ami, Itamar, »Alle verehren Hannah. Die Frage ist, warum« (Hebr.), Haaretz vom 22. Juli 2020.
- Brumlik, Micha, »Für ein ›multidirektionales‹ Erinnern. Der Beitrag Michael Rothbergs«, Texte zur Kunst: Postscript Anti-Anti-Semitism, 30. September 2020, texte.zurkunst.de
- Christoph Ehrhardt, Friedrich Schmidt und Jochen Stahnke, »Mit einem Sturmgewehr gegen Artillerie«, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2020.
- Deutsches Historisches Museum Berlin, Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert, Ausstellung von 27. März bis 18. Oktober 2020.

Lintzel, Aram, »Warum Israel. Über die Kampagne Boykott, Divestment and Sanctions (BDS)«, Texte zur Kunst, Heft 119: Anti-Antisemitismus, September 2020.

Meisner, Mattias, »Zentralrat der Juden fordert Obergrenze«, Der Tagesspiegel vom 24. November 2015.

Melman, Yossi, »Wenn die Kanonen donnern, blühen die Waffengeschäfte mit Aserbaidshan auf« (hebr.), Haaretz vom 6. Oktober 2020.

Meyer, Eva/Schaerf,Eran, Anhörung, Vorschlag für einen Film für die KZ-Gedenkstätte Dachau, Eingeladener Wettbewerb 2018, unveröffentlicht.

Rensmann, Jörg, »Der Mythos Nakba. Fakten zur israelischen Gründungsgeschichte«, August 2013, deutsch-israelische-gesellschaft.de.

Rickels, Laurence A., Der unbetrauerbare Tod, Wien 1989.

Weil, Grete, Tramhalte Beethovenstraat, Frankfurt am Main 1968, S. 143.

Vom Verleugnen zum Bekennen

Zur Transformation rechter Erinnerungskultur in Deutschland und der Notwendigkeit historischen Begreifens

Volkhard Knigge

Die Auschwitzlüge revisited

Am 14. Mai 1995 hat der 1929 geborene Schriftsteller und spätere Literaturnobelpreisträger Imre Kertész, der wegen seiner jüdischen Abstammung nach der Besetzung Ungarns durch die deutsche Wehrmacht 1944 im Alter von fünfzehn Jahren im Zuge des Holocaust zunächst von Budapest nach Auschwitz deportiert und dann von dort zur Zwangsarbeit in das KZ Buchenwald bei Weimar überstellt worden war, einen Vortrag am *Hamburger Institut für Sozialforschung* gehalten. Kertész sprach im Rahmen einer Vortragsreihe mit dem Titel »*Angesichts unseres Jahrhunderts. Reden über Gewalt und Destruktivität*«. Fünf Jahre vor dem Ende des »*Jahrhunderts der Extreme*« (Eric Hobsbawm) und dem Beginn des neuen Jahrtausends, fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zerschlagung des Nationalsozialismus in Deutschland durch die Alliierten, wollte das Hamburger Institut Anstöße geben für eine kritischen Re-Reflexion der neuartigen Dimensionen von Destruktivität und Gewalt und den darauf nach 1945 versuchten Antworten. Infrage stand nicht zuletzt, wie der Zivilisation selbst – und nicht ihr antagonistisch entgegengesetzter Barbarei – entspringende Gewalt durchbrach und eskalierte und wie diese Gewalterfahrungen verarbeitet worden sind. Kertész ist in seiner Rede auch auf die Bezeichnung »Auschwitz-Lüge« zu sprechen gekommen, und zwar in auf den ersten Blick verblüffender, ungewohnter und irritierender Perspektive. »Als ich vor vielen Jahren« – so Kertész – »zum ersten Mal das Wort ›Auschwitz-Lüge‹ hörte, konnte ich, dessen Muttersprache nicht Deutsch ist, es mir nur so erklären, daß die Neonazis diese Lügen verbreiten:

Sie beabsichtigten nicht, die Methoden von Auschwitz, die Praxis des Völkermordes wiederzubeleben. Als ich dann erfuhr, daß sie Auschwitz selbst, die Tatsache der zur systematischen Alltagsarbeit gewordenen Menschenvernichtung leugneten, war ich maßlos erstaunt. Aber womit, dachte ich, wollten sie denn sonst ihre Anhänger beeindrucken? Auschwitz war doch für das Naziregime kein bloßes Zubehör, kein ›Akzidens‹, wie Jean Améry sagt, sondern vielmehr seine ›Essenz‹, ja sein Ziel und schließlich – sagen wir es offen – in der Negativität auch die einzig bleibende Hervorbringung, in der es sich selbst wiedererkennt und von anderen erkannt wird.«¹ Übersetzt man dies in die Sprache modernen Marketings, dann resultiert Kertész Erstaunen aus dem Umstand, dass Neonazis trotz ihrer Identifikation mit dem Nationalsozialismus dessen Markenkern, dessen elementare Innovation, dessen Alleinstellungsmerkmal² – die Shoah – bestreiten, statt sie als Essenz nationalsozialistischer Politik und Corporate Identity stolz und selbstbewusst hervorzuheben. Wie in Umkehrperspektive zeichnet sich in Kertész Missverständnis der Bedeutung des Wortes »Auschwitz-Lüge« ab, welchen Stellenwert der Holocaust – und überhaupt das Projekt der Schaffung einer homogenen deutschen Volksgemeinschaft durch die gewaltsame »Ausmerzungen« politisch, sozial und rassistisch bestimmter angeblich minderwertiger, von »Volksschädlingen« und »Gemeinschaftsfremden« – im Falle der Durchsetzung des Nationalsozialismus in dessen Geschichts- und Erinnerungskultur gegebenenfalls eingenommen hätte: den nämlich, einer völkisch-rassistischer Notwendigkeit und »Vernunft« folgenden, eventuell »aus dem Herzen« aufkommende »Gemütsregungen« (Heinrich Himmler) durch selbstaufopfernde Härte überwindenden, heroischen, sachnotwendigen Tat zum

-
- 1 Imre Kertész: Meine Rede über das Jahrhundert, in: Sebastian Kleinschmidt (Hg.): Stimme und Spiegel. Fünf Jahrzehnte SINN UND FORM. Eine Auswahl, Berlin 1998, S. 13 – 28, S. 17f. (Erstveröffentlichung: SINN UND FORM. Beiträge zur Literatur. Hg. von der Akademie der Künste Berlin, Heft 4, 1995 wie auch in der Schriftenreihe des Hamburger Instituts für Sozialforschung: Angesichts unseres Jahrhunderts. Reden über Gewalt und Destruktivität, Bd 5, Hamburg 1995).
 - 2 Alleinstellungsmerkmal steht hier nicht für eine essentialistische, außerhistorische Singularität des Holocaust, sondern für das geschichtlich Neue dieses Ausrottungsprogramms und seiner Durchführung: der apodiktische Ausschluss einer ganzen Menschengruppe aus jedem Lebensrecht, ungeachtet von deren Einstellung und Tun, ungeachtet ihrer Ausbeutbarkeit selbst für die Kriegsführung und sogar unter Hintanstellung des Interesses an Selbsterhaltung trotz drohender Niederlage, bürokratisch organisiert, arbeitsteilig ausgeführt.

Wohl des deutschen Volkes und der »arischen Rasse«. Natürlich wusste Kertész, dass Verantwortliche und Beteiligte schon in den *Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher* wie überhaupt im Zuge der NS-Strafverfolgung notorisch ihre Unwissenheit, ihr Unbeteiligtsein und ihre Unschuld behauptet und bestenfalls Befehlsnotstand eingeräumt hatten. Aber er hatte im Gegensatz dazu auch das reibungslose, unerbittliche Funktionieren der Verhaftungs-, Deportations- und Vernichtungspraxis erlebt und die zu Tugenden verklärte Mitleids- und Erbarmungslosigkeit der Beteiligten am eigenen Leibe erfahren.

Es geht hier nicht darum, wie detailliert und unverhüllt die Taten im Fall eines Sieges in Deutschland und den vom »Dritten Reich« beherrschten Ländern öffentlich erinnert und gefeiert worden wären. Es geht vielmehr darum, dass den Verbrechen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung – obwohl sie es waren – keineswegs der Status willkürlich und gewissenlos begangener Untaten zukam und dass deshalb Holocaust-Leugnung – heute als Regelfall angesehen – weder der einzige noch gar der vermeintlich natürliche Vergangenheitsbezug von Nationalsozialisten und Fürsprechern völkisch-rassistischer Staats- und Gesellschaftsordnungen war, geschweige denn sein muss. Wer politische und rassistische Säuberungen bis hin zum Genozid – im Fall des Nationalsozialismus konkret die Auslöschung aller zu Angehörigen einer »Gegenrasse« erklärten Jüdinnen und Juden – als angeblich objektiv begründete (Lebens-)Notwendigkeit auffasst, hat keinen Grund, sich zu solchen Vorhaben und deren Durchführung nicht zu bekennen. Allenfalls gibt es taktische Gründe, dies nicht (sofort) zu tun und sich mit dieser Leistung zu brüsten. Im Fall des Nationalsozialismus gilt dies erst recht für die Zeit nach seiner Niederlage und solange Neonazisten nicht (wieder) an der Macht sind. Denn es drohten Strafverfolgung und Ächtung. Das Verleugnen der NS-Verbrechen und insbesondere der eigenen Beteiligung bzw. Mitverantwortung ist in der Beteiligtegeneration nicht zuletzt eine Reaktion auf Vergeltungsängste, wie sie angesichts der sich abzeichnenden Niederlage unter den Deutschen bereits vor dem Kriegsende aufgekommen sind. Und es ist eine Reaktion die strafrechtliche Ahndung der NS-Verbrechen, für die die noch 1945 beginnenden Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozesse zum Symbol geworden sind und die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten. Verleugnen diente schlicht dem Selbstschutz und war damit gleichsam die Kehrseite, die Negativform des Bekennens. Wenn – nicht erst seit heute, aber heute immer offener und nicht nur in randständigen Zirkeln – Verleugnen zunehmend unverhohlener in Bekennen umschlägt, dann heißt das nicht nur, dass die Grenzen des Sagbaren

mehr und mehr ausgeweitet werden, sondern auch, dass es einen Resonanzraum gibt, der Selbstschutz durch Verleugnen weniger notwendig macht, weil man mit Zustimmung rechnen kann – nicht nur Rechtsaußen, sondern auch in Gestalt des »Extremismus der Mitte«.³

Traditionen und Formen des Bekennens I

Im Folgenden werde ich – gestützt u. a. auf Fallbeispiele aus dem Alltag der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik – schlaglichtartig umreißen, in welchem Ausmaß und in welchen konkreten Formen Verleugnen mittlerweile in Bekennen umschlägt. In Verbindung mit dieser Skizze werde ich mich außerdem mit der Frage beschäftigen, warum es nicht ausreicht, dieser Entwicklung beinahe schon reflexhaft mit dem Appell zu erinnern zu begegnen. Gerade weil es unabdingbar ist, der politischen und gesellschaftlichen Revitalisierung völkischer, neonazistischer Konzepte geschichtsbewusst entgegenzutreten, ist es – das sei vorweggenommen – zwingend, Erinnerung nicht zu verklären.

Wie die Verbrechen im Fall ungebrochener NS-Herrschaft dargestellt und erinnert worden wären, zeichnet sich tendenziell in Gestalt des Selbst- und Pflichtverständnisses des SS-Führerkorps und der Funktionselite des Reichssicherheitshauptamtes als ideologischer und operativer Triebkraft der Aussonderungs- und Mordpraxis ab und den damit korrespondierenden Reden des Reichsführer SS, Chef der deutschen Polizei und Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums Heinrich Himmlers ab 1943 vor SS-Führern, hochrangigen Funktionsträgern der NSDAP und des NS-Regimes und Befehlshabern der Wehrmacht. Insbesondere die beiden Posener Reden vom 4. und 6. Oktober 1943 stechen hier leitmotivisch hervor. Nicht nur, weil Himmler bereits in der ersten Rede unumwunden von »Ausrottung des jüdischen Volkes« spricht, sondern auch weil hier Entrechtung, Aussonderung

3 Vgl.: Seymour M. Lipset: *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City 1959; Wilhelm Heitmeyer: Einleitung: Der Blick auf die »Mitte« der Gesellschaft, in: Ders. (Hg.): *Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus*, Frankfurt/Main 1994, S. 11–28; Hans-Martin Lohmann (Hg.): *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt/Main 1994, Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit, Peter Sitzer: *Rechte Bedrohungsallianzen*, Berlin 2020, Andreas Zick, Beate Küpper: *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn 2021.

und Massenmord trans-moralisch umgedeutet, idealisiert und gerechtfertigt werden, wie auch die Täter und Tatbeteiligten selbst. So heißt es in der ersten Rede mit Blick auf das Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter ganz im Sinne völkisch-rassistisch zerspaltener, nationalsozialistischer »Ethik«: »Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu den Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und sonst niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. [...] Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen.«⁴ Darüber hinaus wird der Genozid an den europäischen Juden nicht nur unverschleiert benannt, sondern von Himmler gleichzeitig als bestandene Belastungsprobe deutscher Anständigkeit ausgegeben: »Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht. – »Das jüdische Volk wird ausgerottet«, sagt jeder Parteigenosse, »ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir.« [...] Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von menschlichen Ausnahmeschwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht und ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte. [...] Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.«⁵ Gerade die Kompromisslosigkeit des Mordens, die selbst vor Frauen und Kindern nicht Halt gemacht hat, wird hier zum Ausweis völkischer Daseinssicherung und Anständigkeit.: »Eine andere Frage, die maßgeblich für die innere Sicherheit des Reiches und Europas war, ist die Judenfrage gewesen. Sie wurde nach Befehl und verstandesmäßiger Erkenntnis kompromisslos gelöst. Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten – das betrifft nämlich die jüdischen Frauen und Kinder – in den Kindern die Rächer groß werden zu lassen. [...] Das hätte ich für feige gehalten. Folglich wurde die Frage kompromisslos gelöst.«⁶ Diese Passage entstammt der Sonthofener Re-

4 Internationales Militärtribunal, Bd. 29 Urkunden und anderes Beweismaterial, S. 123.

5 Ebd., S. 145f.

6 Bradley Smith, Agnes F. Peterson (Hg.): Heinrich Himmlers Geheimreden 1933–1945, Frankfurt/M. 1974, S. 203.

de Himmlers vom 24. Mai 1944 vor Generälen der Wehrmacht. Die erhaltene Tonaufzeichnung überliefert nicht nur die Rede, sondern auch den Beifall, mit dem die Anwesenden ihre Übereinstimmung, mit der von Himmler betonten Verschränkung von Befehl und verstandesmäßiger Erkenntnis in Bezug auf die erbarmungslose Durchführung der Shoah zum Ausdruck gebracht haben.

Es liegt nahe, die Ausblendung der Möglichkeit von den Nationalsozialismus in all seinen Erscheinungsweisen und Untaten – einschließlich der Shoah – gutheißenen Formen des Erinnerns ausschließlich dem Umstand zuzuschreiben, dass Verharmlosen, Relativieren und Leugnen bis in die Gegenwart hinein immer wieder zum Repertoire ehemaliger nationalsozialistischer Funktionsträger und -trägerinnen gehört haben und sie deshalb als prototypische Verhaltensweisen erscheinen, zumal sie sich auch bei Neonazis, völkischen Rechten und anderen Sympathisanten des »Dritten Reiches« jenseits der Beteiligtengeneration fanden und finden. Ich will an dieser Stelle nur vier Beispiele in Erinnerung rufen: David Irving, Eva Haverbeck, Günter Deckert und Nikolai Nerling. Irvings Fall hat – auch international – gleichsam paradigmatisch große Aufmerksamkeit erregt, nicht zuletzt dank Deborah Lipstadts Buch *Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory* (1993),⁷ das Irving seiner Zeit zu einer Verleumdungsklage veranlasst hat, die wiederum eine ganze Reihe wissenschaftlicher Gutachten provozierte, die zu seiner Niederlage vor Gericht wie auch zur öffentlichen Aufklärung über das Phänomen der Holocaust-Leugnung erheblich beitrugen. Zu Irvings Behauptungen gehörte, die Passagen zur Vernichtung der Juden in Himmlers erster Posener Rede seien von fremder Hand eingefügt worden, Vernichtung bezeichne keine Realität, sondern sei bloß eine Metapher, bei den Massen der Toten, die die Beteiligten gesehen hätten, habe es sich um Gefallene im ersten Weltkrieg gehandelt, der Führer habe von der Ausrottung der Juden nichts gewusst, der Zweck der Gaskammern und Krematorien in Auschwitz sei nicht Vernichtung gewesen und auch bei der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 habe es sich um einen Völkermord gehandelt. Eva Haverbeck, die 1928 geboren und mehrfach – zuletzt im April 2022 – wegen Aussagen, dass es sich bei Auschwitz nur um ein Arbeitslager gehandelt habe und »es ist nichts echt an den Gaskammern«, die Deutschen müssten sich endlich gegen die »Sechs-Millionen-

7 Deborah E. Lipstadt: *Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory*. New York 1993. Deutsch: *Betrifft: Leugnen des Holocaust*. Zürich 1994 und als Taschenbuch: *Leugnen des Holocaust. Rechtsextremismus als Methode*. Reinbek bei Hamburg 1996.

Lüge« der Juden zur Wehr setzen⁸, wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist, steht für die langen Linien der Holocaust-Leugnung in Deutschland. Diese Praxis soll weder verharmlost oder beschönigt werden. Sie ist nach wie vor virulent und folgt weiterhin dem Zweck, den Nationalsozialismus dahingehend einzuebnen und schön zu reden, dass von dessen Geschichte und Erfahrung kein entlarvendes Licht mehr auf die Programmatik und Versprechungen der antidemokratischen, völkisch-nationalistischen Rechten heute fällt. Dabei sticht ins Auge, dass mittlerweile selbst die konkreten Verbrechenorte und heutigen KZ-Gedenkstätten als Bühnen für das Verleugnen in Anspruch genommen und missbraucht werden. Bereits 1995/96 hat der ehemalige Gymnasiallehrer und damalige Vorsitzende der NPD Günter Deckert zu »politischen Spaziergängen« zur und in der Gedenkstätte Buchenwald aufgerufen, um auf diese Weise der angeblichen Verunglimpfung der Deutschen durch und infolge der britischen und amerikanisch Reeducation Paroli zu bieten und um im Gegensatz dazu endlich die ihm zufolge wirklichen Opfern Buchenwalds, die von der sowjetischen Besatzungsmacht von Mitte 1945 bis Anfang 1950 in Teilen des Lagers internierten Deutschen, zu würdigen und zu ehren. Dass es sich bei der Mehrzahl davon um Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der NSDAP und ihrer Massenorganisationen handelte und sich darunter auch einige schwer belastete Massenmörder befanden, fiel für ihn nicht ins Gewicht, kam ihm vermutlich sogar entgegen. Dass sich die Praxis des Missbrauchs und der Umdeutung der Gedenkstätten weiter radikalisieren ließ und lässt, belegen die Aktionen Nikolai Nerlings. So hat der ehemalige Grundschullehrer, Videoblogger und selbst ernannte »Volkslehrer« Im Mai 2018 im ehemaligen Krematorium des KZ Buchenwald gut vorbereitet eine Gedenkstättenführung gesprengt, indem er antisemitische Parolen skandierte und lautstark auf die Besucherinnen und Besucher eindrang: alles Gezeigte und Gesagte sei unwahr, Fake und Lüge. Ganz ähnlich ging er Im Januar 2019 eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern in der Gedenkstätte Bergen Belsen an: sie solle sich keinen »Schuldskult« einimpfen lassen, das *Tagebuch* von Anne Frank, die in Bergen Belsen umgekommen und später weltweit zu einem Symbol für den Holocaust geworden war, sei nichts anderes als ein »kindliches Fantasiepro-

8 <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Holocaust-Leugnerin-Haverbeck-macht-weiter,holocaustleugner122.html>. Letzter Zugriff am 26.02.2024.

dukt«. ⁹ Wenig später, im Februar 2019 agitierte Nerling Besucherinnen und Besucher in der Gedenkstätte Dachau mit dem Bekenntnis und der Aufforderung: »Ich fühle mich nicht schuldig. Geht zu den Gedenksteinen, geht zu den Lagern und sagt, dass ihr Euch nicht schuldig fühlt. Für ein freies Deutschland und gegen den Schuldult.« ¹⁰ Nerling hat die Gedenkstätten nicht nur für seine angeblich entlarvenden, Schuldlosigkeit akklamierenden Auftritte missbraucht. Er hat seine dort öffentlich inszenierten Aktionen auch in situ gefilmt und über YouTube verbreitet. Gerade sein Auftritt in der Gedenkstätte Dachau markiert dabei eine besondere Grenzverschiebung und Radikalisierung. Nicht das Leugnen als solches steht noch im Vordergrund. Es geht kaum mehr darum, ob die durch die Gedenkstätte repräsentierte und wachgehaltene Geschichte wahr oder unwahr sei, sondern darum, den Gedenkstättenbesuch in sein Gegenteil zu verkehren: durch dessen Umformung in ein klares Bekenntnis gegen den angeblich in der Gedenkstätte verewigten »Schuldult«. Selbstverständlich müssen die Zurichtung und Rehabilitation des Nationalsozialismus für gegenwärtige Zwecke durch Verharmlosen und Leugnen weiterhin politisch und gesellschaftlich ernstgenommen und bekämpft werden. Gleichwohl tendiert die automatische Verknüpfung von Neonazismus und Holocaust-Leugnung dazu, apologetische, praktisch wirksam werden wollende Rückbezüge auf den Nationalsozialismus zu verkennen.

Im toten Winkel der Erinnerungskultur

Dem so eingeeengten Blick kommt eine Rhetorik der Erinnerung entgegen, in der Erinnerung in erheblichem Maße zu einer scheinbar sich von selbst verstehenden auratischen Formel für gelungene Vergangenheitsbewältigung geworden ist und per se als probates Mittel für die Bekämpfung von neonazistischen, antidemokratischen Einstellungen, von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gilt. Historische Wahrheit, Aufhebung von Verdrängung, Enttraumatisierung, solidarisierende Einfühlung in die Opfer, moralische Läuterung und die Bejahung von

9 Peter Laudenbach: Im Visier der Neonazis. Angriffe auf KZ-Gedenkstätten. TAZ vom 26.5.2020. <https://taz.de/Angriffe-auf-KZ-Gedenkstaetten/!5684941/>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

10 Ebd.

Demokratie und Menschenrechten werden dem Erinnern *sui generis* zugeschrieben und sollen mit ihm identisch zu sein. Erinnerung ist zu einem Zauberwort (Norbert Frei), zu einer Pathosformel (Martin Sabrow), zu einem auratischen Containerbegriff geworden, in dem – inhaltlich ausgebleicht – (geschichts-)wissenschaftliche, forensische, psychoanalytische, theologische, politische und moralisch-ethische Auffassungen von und Zuschreibungen an das Erinnern miteinander verschwimmen und so den Nimbus von Wahrheit, Aufklärung, Einsicht und Läuterung diffus, aber vielversprechend speisen bis dahin, dass Erinnerung fraglos als Königsweg zur (Wieder-)Herstellung von Gerechtigkeit und für die Demokratie- und Menschenrechtserziehung erscheint. Nach der Eröffnung des »Holocaust Memorial Museum« in Washington beispielsweise konnte man dort im Museumsshop einen tiefschwarzen runden Ansteckbutton kaufen, auf den in hellerer Typographie nur ein einziges Wort aufgedruckt war: »Remember«. Mochte diese Aufforderung innerhalb des Museums durch den Museumszweck und die Ausstellungen dort noch annähernd klar mit Inhalt und Bedeutung versehen sein, verlor »Remember« außerhalb dieses bedeutungsgebenden Kontextes seine vermeintliche Eindeutigkeit, konnte letztlich auf alles und jedes bezogen sein bzw. werden – es sei denn, man unterstellte, wie es die Schöpfer dieses Abzeichens offenbar taten, ein ubiquitär vorhandenes und geteiltes Sinnverständnis. Erinnerung erweist sich hier exemplarisch als eine normativ aufgeladene, unterschiedlich ausbuchstabierbare und mit unterschiedlichen Zwecken versehbare Metapher – abgelöst von je konkreten sozialen und kulturellen, medial und politisch geprägten, veränderlichen Praktiken des personalen Erinnerns wie auch des – überindividuellen – historischen Erinnerns in der Gesellschaft. In dieser Metapher verschwimmt nicht nur die an lebensgeschichtliche Erfahrungen und unmittelbare Zeugenschaft gebundene Dimension des Sich Erinnerns mit der von politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen geprägten Dimension gesellschaftlichen Erinnerns – bzw. Erinnertwerdens – etwa in Gestalt von Denkmalsetzungen, sondern es verschwimmt auch die Unterscheidung von Erinnern und Gedenken. Aus dem Blick gerät, dass Erinnern weder der einzig mögliche Vergangenheitsbezug ist noch a priori rational und triftig. Verschattet wird die Bedeutung kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins für eine nicht nur erinnernde, sondern auch nachhaltig begreifende Auseinandersetzung mit Geschichte, ihrem Nachleben und ihren Auswirkungen auf Gegenwart und Zukunft. Im Unterschied zum Erinnern ist kritisch reflexives Geschichtsbewusstsein zwingend an überprüfbare Faktizität, an die quellenkritische Erschließung

aller, über persönliche Erfahrungen auch hinausgehenden, relevanten Formen der Überlieferung und deren angemessener Kontextualisierung gebunden, an entsprechendes Wissen, Differenzierungsvermögen und daraus entspringender historischer Urteilskraft. In Deutschland zehrt die Verschränkung von Erinnerung und Wahrheit auch davon, dass die Schuld- und Mitverantwortungsabwehr der Mehrheit der Beteiligtenengeneration – prägnant gebündelt in dem ab 1945 vielfach wiederholten Satz »Davon haben wir nichts gewusst«¹¹ – ein »Erinnere Dich!« provoziert hat, das sich gegen Bestreiten, Verleugnen und organisiertes Vergessen richtete, indem es dazu aufforderte, in Bezug auf das eigene Leben ohne Wenn und Aber einzugestehen, was man zwischen 1933 und 1945 mitgesehen, mitgemacht, unterstützt oder hingenommen hatte. Ein Abglanz dieser Aufforderung, sich und anderen Inhumanität, Unmenschlichkeit und Verbrechen lebensgeschichtlich erinnernd wahrheitsgemäß einzugestehen, haftet dem Erinnerungstopos nach wie vor an. Erinnerung als Metapher und auratische Formel verschatteten nicht nur die Bedeutung kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wie mit Staats- und Gesellschaftsverbrechen überhaupt, sie verschatteten zudem die aggressiven Nachtseiten konkreten personalen und historischen Erinnerns, die beide nur zu oft dazu dienten und dienen, Feindbilder zu verstetigen, Rachebedürfnisse wachzuhalten, Macht- und Herrschaftsansprüche zu begründen und Inhumanität und Gewalt gegen als Andere gebrandmarkte Menschen nach innen und außen zu rechtfertigen. Unsere Gegenwart liefert dafür – grausame – Beispiele genug.

Traditionen und Formen des Bekennens II

Ich erinnere mich nicht mehr, wie ich darauf gekommen bin, nach meinem Amtsantritt 1994 als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora danach zu fragen, ob auch ehemalige Angehörige der SS von Zeit zu Zeit die Gedenkstätte Buchenwald, d. h. das ehemalige Konzentrationslager auf dem Ettersberg bei Weimar, besuchten. Vermutlich haben mich Überlebende des Lagers auf diese Frage, die ich spontan mit Nein und Unvorstellbar beantwortet hätte, gebracht. Denn Überlebende hatten ja die

11 Vgl. z. B.: Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt a. M. 1999.

Erfahrung gemacht, dass das Lager den hier arbeitenden Deutschen keineswegs als Unort gegolten hatte, sondern als respektable Dienststelle. Die wissenschaftlichen und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte waren solchen Besuchern tatsächlich noch nicht begegnet. Hingegen berichteten einzelne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die draußen im über zweihundert Hektar umfassenden Gelände des ehemaligen KZ handwerklich tätig waren, dass ihnen gegenüber älteren Männern abseits der Haupttrouten schon hätten Sätze fallen lassen wie, dass auch sie den Ort gut kannten, dass sie bereits früher hier gewesen seien, nicht aber als Häftlinge. Einzelheiten ihres Aufenthaltes ließen sie dabei im Dunklen. Der Gedanke liegt nahe, dass es sich bei diesen Besuchern um Personen gehandelt hat, die zu ihrem ehemaligen Arbeitsplatz zurückkehrten, wie es Menschen tun, die in höherem Alter prägende Schauplätze ihres Lebens aufsuchen und dort ihren Erinnerungen nachspüren. Das KZ war in landschaftlich schönster Lage errichtet und quasi als neuer Stadtteil Weimar eingemeindet worden. Es hatte denen, die es verwalteten, bewachten und in Betrieb hielten, zahlreiche Annehmlichkeiten – von soliden Unterkünften bis hin zu den Führervillen, einem Zoo, Gastspielen des Deutschen Nationaltheaters oder Unterhaltung und Freizeitmöglichkeiten im nahen Zentrum Weimars – geboten, dazu ein sicheres Einkommen, Ansehen, Macht und Möglichkeiten, von Häftlingsarbeit zu profitieren. Der Satz, dass man bereits früher, aber nicht als Häftling hier gewesen sei, klang wie ein halbes Geständnis, klang nach dem Wunsch, sich mitzuteilen und gegenüber heute hier Arbeitenden zu offenbaren, allerdings solchen, von denen man annehmen konnte, dass sie nicht weiter nachfragten. Seitdem ich weiß, dass es solche Besuche gegeben hat, frage ich mich, ob lebensgeschichtliche Nostalgie und Stolz auf die angeblich zum Wohle des deutschen Volkes geleistete Arbeit diese Männer in das ehemalige Konzentrationslager zurückgeführt hatten, oder ob sie angesichts ihres absehbaren Todes die Suche nach Absolution antrieb oder womöglich beides. Hätten Reue und Selbstkritik sie zu ihrem Besuch motiviert, hätten sie sich anders verhalten.

In Bezug auf eindeutiges Bekennen lassen sich hingegen drei Typen unterscheiden: symbolisch-inszenatorische, sprachliche und Gewalttaten als Bekenntnis und Botschaft.

Der Typus des symbolisch-inszenatorischen, oft mit deutlichen Ähnlichkeiten und Anspielungen unterhalb der Justiziabilität spielenden Bekenntnisses reicht bis in die Nachkriegszeit zurück. Ein Beispiel dafür ist die Gestaltung der Flagge der 1952 in Tradition der »Hitlerjugend« und ihres

weiblichen Zweiges, des »Bund deutscher Mädel« (BDM) gegründeten, erst 1994 verbotenen »Wiking-Jugend«. Auf schwarzem Grund zeigt sie in Rot eine gezackte Othala-Rune. Mir selbst ist dieser Typus zum ersten Mal 1979 begegnet, im Rahmen der kirchlichen Beerdigung von Thilo Scheller. Scheller, 1897 geborenen, in der Weimarer Republik Funktionär der nationalistischen Deutschen Turnerschaft und glühender Anhänger des völkisch-antisemitischen Sportpädagogen Edmund Neuendorff, hatte sich bereits ab Anfang der 1920er Jahre als »Blut- und Bodendichter« betätigt und wurde nach 1933 im Rang eines Oberfeldmeisters in der Führung des »Reichsarbeitsdienstes« (RAD) für die Fest- und Fei ergestaltung des RAD zuständig. Hervorgetreten war er auch als Herausgeber des »Liederbuchs des Reichsarbeitsdienstes« und des »Liederbuchs der NSDAP« sowie der »Musikblätter der Hitlerjugend« und des »Feierbuch der deutschen Sippe«. 1943 hatte er für seinen Störbecker Roman »Gottes Freud und aller Welt Feind« den »Hermann Löns Preis« erhalten. Wegen seines entschiedenen Engagements war er im Zuge der Entnazifizierung mit einem Berufsverbot belegt worden, wirkte jedoch weiterhin als plattdeutscher Heimatdichter, Herausgeber von Turn- und Spielbüchern und dichterische Stimme für Wehrmachtssoldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Seine Beerdigung fand in Celle statt. Um den in der Kirche aufgebarten Sarg hielten militärisch strammstehende Männer die Ehrenwache, jeder einen Spaten in der Hand, jeder unverkennbar in Anspielung auf den Dienstroock, die Uniformen des RAD bekleidet, einschließlich des Koppels und der Kappe mit dem speziellen Schirm. Es fehlten einzig die zugehörigen offen nationalsozialistischen Symbole. Drei Spaten hatte man außerdem wie Gewehre beim Sarg zusammengestellt. So war es im »Dritten Reich« üblich gewesen und eine entsprechende Darstellung hatte den Einband des von ihm Mitte der 1930er Jahre mit herausgegebenem Band »An die Spaten marsch, marsch! Bildergeschichten aus dem Arbeitsdienst«¹² geziert.

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre finden sich in den KZ-Gedenkstätten der Bundesrepublik immer wieder – und in den letzten Jahren in stark ansteigender Zahl – Besucherinnen und Besucher ein, die ihre Gesinnung ebenfalls mittels symbolischer Anspielungen zur Schau stellen. Bekleidung ist ein Medium dafür. In Buchenwald fielen zunächst unverkennbare Referenzen an die Uniformen von SA und SS in Gestalt von schwarzen Lederstiefeln, schwarzer Hose, gelbbraunem Hemd und militärisch anmutenden Kappen auf. Es folgte

12 Thilo Scheller: An die Spaten – marsch marsch! Bildergeschichten aus dem Arbeitsdienst, Wittingen 1936.

Pro-nationalsozialistisch codierte Markenbekleidung: »Thor Steinar« als Referenz an die nordisch-arische Herrenmenschenideologie, »Consdaple« mit den mittig eingebetteten Buchstaben »nsdap« oder »Masterrace Europe«. Gezeigt wurde und wird auch der Hitler-Gruß: vor dem Lagertor, vor historischen Fotos, die die elende Situation der Häftlinge im Lager zeigen, und selbst im erhaltenen Krematorium des KZ. Selfies solcher Selbstinszenierungen werden wie Trophäen im Internet ausgestellt, nicht nur von deutschen Neonazis, wie es beispielsweise ein Post 2016 von zwei Mitgliedern der britischen »National Action« belegt. Außerdem lassen sich immer wieder auf Informationstafeln oder in Bänke eingekratzte oder aufgeschmierte Hakenkreuze finden. Erstmals 2019 – ein Indiz für zunehmend erodierende Scham und weiter radikalisierten Bekenntniswillen – ist ein Hakenkreuz auf einen der beiden erhaltenen, für den gleichzeitigen, effizienten Transport mehrerer Toter zu den Verbrennungsöfen entwickelten Leichentransportbehälter aufgetragen worden. Physisch näher kann man den (Körpern der) Ermordeten kaum kommen, um sie nochmals zu brandmarken. In allen hier exemplarisch umrissenen Fällen geht es nicht nur um die Schändung des Andenkens und der Würde der Opfer. Schändung und Bekennen sind vielmehr eins. Sie bekräftigen sich gegenseitig, sind die ineinander verschränkten Ausdrucksweisen roher Rechtfertigung und Zustimmung.

Damit komme ich zum zweiten Typus. Explizite, in unverhüllter Sprache zum Ausdruck gebrachte Bejahungen finden sich in den Besucherbüchern von Gedenkstätten. Ab wann sie in welchem Ausmaß dort – und in anderen Medien – auftauchen, bedarf genauerer Untersuchungen. Der unmittelbaren Erfahrung in Bezug auf die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora folgend, hat das Kippen von Verleugnen in Bekennen – bzw. ihr Nebeneinander-treten – spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stattgefunden, nach den sich nach der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR aneinanderreihenden rechtsextremen, rassistischen Gewalttaten der »Baseballschläger Jahre«, nach den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992), nach den Mord- und Brandanschlägen in Mölln (1992), Solingen (1993) oder Lübeck (1996). Nun hieß es nicht nur »Der Sieger schreibt die Geschichte! Es gab niemals ein Verbrechen!« (Gedenkstätte Buchenwald 2012), sondern auch: »Mir hat es hier gefallen! Meine Ehre heißt Treue! Schönes Deutschland!« (Gedenkstätte Buchenwald 2000) oder »Schade finde ich, dass es überhaupt Leute überlebt haben. Schön wäre es, wenn die KZs noch funktionstüchtig wären. 88/18.« (Gedenkstätte Mittelbau-Dora 2008) Zitiert das erste Beispiel den Wahlspruch der SS wortwörtlich, hat sich der Verfasser oder die Ver-

fasserin des zweiten Beispiels die Mühe gemacht, die jeweiligen s in dem Worten *es* und *KZs* als SS-Runen zu gestalten. »Signiert« ist der zweite Eintrag – übersetzt man den verwendeten neonazistischen Zahlencode 88/18, der sich auf den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets bezieht – mit »Heil Hitler/Adolf Hitler«. Die völkisch fundierte, antisemitisch, rassistisch und politisch begründete angebliche Notwendigkeit der Aussonderung der als »Gemeinschaftsfremde«, als »Ballastexistenzen« oder »Volksschädlinge« stigmatisierten Menschen scheint in Einträgen wie diesen auf: »It was not so bad. It was nessesarly (sic!)« (Gedenkstätte Buchenwald 2015) oder kurz und bündig »Arbeit macht frei!« (Gedenkstätte Buchenwald 2015).

Rechtfertigungen des Holocaust sind nicht auf den Kreis Rechtsextremer beschränkt. Bereits 2001 hat Holdger Platta in der Zeitschrift *Psychosozial* darauf aufmerksam gemacht, dass auch Strömungen der zeitgenössischen Esoterik Ordnungsvorstellungen aufweisen und propagieren, die Nationalsozialismus und Holocaust wenn nicht offen rechtfertigen so doch »sanft bejahen«. ¹³ Auch wenn die Geschichte der Esoterik und diese selbst vielerlei Spielarten kennt, auch alltagsweltlich-triviale wie Pendeln oder das Legen von Karten, tendiert zeitgenössische Esoterik explizit ins Irrationale, Antimoderne, Magisch-Mythische und Elitäre.

Vor diesem Hintergrund hat Platta insbesondere zwei Ideologeme herausdestilliert, die den Holocaust rechtfertigen. Das erste besteht in der apodiktischen Voraussetzung einer a priori gegebenen autoritär-hierarchischen in sich geschlossenen, sinnvollen Ordnung des Kosmos mit der Folge, dass alles, was geschehen ist und geschieht, aus guten Gründen geschieht und an sich richtig und sinnvoll ist, selbst dann, wenn es uneingeweihten gewöhnlichen Menschen als unmenschlich und böseartig erscheint. Moral und Ethik sind so negiert. Wer sich in diese Ordnung nicht einfügen, ihr in angeblich missverständlicher Freiheit nicht dienen will, wer sich der Führung spiritueller Erleuchteter verweigert, ist selbst verantwortlich dafür, wenn er aus der Ordnung – dem Leben – ausgeschieden wird. Damit ist das zweite Merkmal esoterischer Ideologie angesprochen, das Resonanzprinzip: Menschen bekommen genau das, was sie verdienen. So wird selbst der Holocaust umgedeutet in ein Phänomen höherer kosmischer Gerechtigkeit und zu einem Resultat eigenen Verschuldens, selbst wenn dies nicht explizit formuliert und die Faktizität der Vernich-

13 Holdger Platta: Die sanfte Bejahung des Holocaust. Zur rechtsextremistischen Ideologie und Sozialpsychologie der zeitgenössischen Esoterikbewegung. In: *Psychosozial* 85, 2001, S. 87–99.

tung der europäischen Juden – etwa aus Angst vor juristischen Folgen – umschiff wird. Mit Recht verweist Platta auf die sozialdarwinistische Struktur und Durchdringung solchen Wirklichkeitsverständnisses. Den Nationalsozialismus und seine Tradierung bekämpfen zu wollen, ist in dieser Perspektive ein Irrweg. In den Worten des ehemaligen Mitglieds der »Kommune I« Rainer Langhans: »Spiritualität in Deutschland heißt Hitler. Erst wenn Du da ein Stück weiter bist, kannst Du jenseits davon ankommen, bis dahin aber musst Du das Erbe übernehmen. Wir haben eine Chance: Wir müssen das Erbe von unseren Eltern übernehmen, nicht in Sinne dieses braven ausgrenzenden Antifaschismus, sondern im Sinne einer Weiterentwicklung dessen, was von Hitler versucht worden ist [...]. Wir müssen sozusagen die besseren Faschisten werden. [...]«¹⁴

Der dritte Typus – geplante, vor allem aber ausgeführte – Gewalttaten als Medium des Bekennens durchzieht die Geschichte der Bundesrepublik von Anfang an.¹⁵ Aber erst die Morde, Mordversuche, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in der Zeit von 2000 bis 2007 und das damit verbundene umfassende Staatsversagen haben die politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die lange Geschichte von Rechtsterrorismus und rechter Gewalt geschärft. Diese Geschichte nimmt ihren Anfang bereits in der Weimarer Republik in Gestalt von Morden und Mordversuchen an – aus autoritär-nationalistischer, völkisch-rassistischer und antisemitischer Sicht – zu (jüdischen) »Volksverrättern« erklärten Demokraten wie Martin Erzberger (1921) oder Walther Rathenau (1922), radikalen Linken wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht oder gezielten Hasskampagnen und Ausgrenzungsbestrebungen gegen »Fremdrassige« wie Juden, Sinti und Roma (»Zigeuner«) oder Slawen. Wirft man einen Blick auf die Geschichte nach 1945, fallen zwei Momente ins Auge: die Persistenz völkisch-rassistischer, antisemitischer, nationalistisch-antidemokratischer – nun

14 Ebd.: S. 91.

15 Vgl.: Immanuel Baumann (Hg.): Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung 1945 bis heute, Petersberg 2022; Fabian Virchow: Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt 2016, 2. aktualisierte Auflage, Erfurt 2020; Christoph Schulze: Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte, Wiesbaden 2021; Martin Steinhage: Rechter Terror. Der Mord an Walter Lübcke und die Strategie der Gewalt, Reinbek 2021; Matthias Quendt: Rassismus. Radikalisierung. Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim/München 2022.

nationalsozialistisch radikalierter – weltanschaulicher Grundmuster einerseits und ein – Kontinuität sichernder – Generationswechsel andererseits. Während rechtsextreme Akteurinnen und Akteure der frühen Nachkriegszeit noch unmittelbar nationalsozialistisch sozialisiert und geprägt waren – wie etwa die Mitglieder des 1950 gegründete »Bund Deutscher Jugend« und dessen Teilorganisation »Technischer Dienst« mit seinen Waffenschulungen – traten ab den 1970er Jahren Angehörige der um und nach 1945 geborenen Jahrgänge in Erscheinung. Diese waren zwar nicht mehr in NS-Deutschland aufgewachsen, hatten ihre Prägung aber nicht zuletzt auch in enger Verbindung mit Altnazis entwickelt. So markiert der Generationswechsel nicht nur die Ablösung der ihrer Weltanschauung treugebliebenen Mitglieder der NS-Beteiligtengeneration durch Nachgeborene, sondern auch die Tradierung und Modellierung der NS-Ideologie unter den Bedingungen veränderter Gegenwart. Eine Identifikationsfigur und ein Rolle Model für den NSU ist beispielsweise der 1929 geborene Manfred Roeder gewesen. Der Sohn eines SA-Obersturmführers war im »Dritten Reich« Schüler einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt und eines SS-Internats. Noch 1945 meldete er sich freiwillig zum »Volkssturm«. Zunächst erzkonservativ-christlich radikalisierte er sich in der Bundesrepublik zunehmend, wendete sich beispielsweise in den 1970er Jahren gegen Beziehungen von deutschen Frauen zu Gastarbeitern, nahm Kontakt zu Hitlers Nachfolger Karl Dönitz auf und bezeichnete sich Anfang der 1980er Jahre als legitimer Repräsentant (Reichsverweser) Hitlers. Die von ihm gegründeten »Deutsche Aktionsgruppen« verübten nicht nur Anschläge auf eine Auschwitz-Ausstellung in Esslingen und einen Erinnerungsort an Kriegsendphaseverbrechen in Hamburg, sondern auch Brandanschläge gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte. Dabei kamen 1980 zwei Vietnamesen – Nguyen Ngoc Chau und Dô Anh Lân – in Hamburg zu Tode. 1994 gehörten zwei der drei in Jena aufgewachsenen Gründer des NSU – Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos – zu denjenigen, die Roeder ihre Reverenz und Sympathie erwiesen, als er in Erfurt wegen eines 1996 dort verübten Farbenschlags auf die Wehrmachtausstellung des »Hamburger Instituts für Sozialforschung« vor Gericht stand. Im gleichen Jahr, d. h. zwei Jahre vor ihrem Abtauchen in den Untergrund, haben die beiden auch die Gedenkstätte Buchenwald besucht und ihre Namen im Besucherbuch hinterlassen. In diesem Jahr hat der NSU erstmals Bomben hergestellt und Bombenattrappen verschickt sowie eine menschengroße Puppe – deutlich versehen mit einem NS-Judenstern – an einer Autobahnbrücke aufgehängt. 1997 folgte die Deponierung eines mit einem Hakenkreuz versehenen Koffers

am Denkmal für den im KZ Buchenwald 1944 ermordeten kommunistischen Widerstandskämpfer Markus Poser auf einem Jenaer Friedhof. 1999 zündete die Gruppe in Nürnberg ihre erste Bombe. Ein Jahr später verübte sie den ersten Mord – an dem türkischstämmigen Blumenhändler Enver Simsek –, neun weitere folgten, acht an Menschen mit Migrationshintergrund, einer an einer deutschstämmigen Polizistin. Barbara Manthe hat darauf hingewiesen, dass rechtsterroristische Gewalttaten ein programmatisches Muster aufweisen. Im Fadenkreuz stehen »äußere Feinde«, »innere Feinde« und die NS-Aufarbeitung.¹⁶ Waren »äußere Feinde« anfangs vor allem die als Besatzer geltenden Alliierten und deren Repräsentanten in Deutschland, kamen später andere hinzu oder traten an ihre Stelle: insbesondere nichtweiße Menschen, Muslime, Asylsuchende und Geflüchtete, Angehörige angeblich unterwertiger Kulturen und Völker etwa Afrikas oder Asiens. Zu den »inneren Feinden« zählten anfangs in Fortsetzung des nationalsozialistischen Antibolschewismus Kommunisten und überhaupt Linke, sei es in Gestalt von Vertretern der »vaterlandsverräterischen« neuen Ostpolitik der Ära Brandt oder in Gestalt von Aktivisten der Studentenbewegung wie Rudi Dutschke. Antisemitismus war und ist ein weiteres persistentes Merkmal, in dem innere und äußere Feinde gleichsam verschmelzen. Bereits 1980, lange vor dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019, kam es zum ersten antisemitisch motivierten Mord in der Bundesrepublik an dem Rabbiner und Verleger Shlomo Levi und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke durch ein Mitglied der neonazistischen »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Vor dem Hintergrund des im Kontext der Anwerbung von »Gastarbeiter: innen« sich entwickelnden Einwanderungsrassismus (Franka Maubach) beginnen um 1980 in der Bundesrepublik die gezielten Angriffe auf Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete, zum ersten Mal brennen Unterkünfte wie in Zirndorf, Lörrach, Leinfelden-Echterdingen oder Hamburg. Auch Vertreter: innen der politischen Klasse der Bundesrepublik und Polizist: innen sowie Angehörige der Justiz sind bereits vor 1990 zu Opfern des Rechtsterrorismus geworden oder waren als solche ausersehen. Rechtsterroristen haben bereits Ende der 1970er Jahre die Liquidation von Richtern und Staatsanwälten, die Neonazis strafrechtlich verfolgten geplant – Sprengstoffanschlag auf die Staatsanwaltschaft Flensburg 1977, Bombenanschlag auf das Hannoveraner Amtsgericht 1977 – oder hatten Fritz Bauer, den deutschjüdischen hessischen Oberstaatsanwalt, der

16 Barbara Manthe: Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 1, 2020, S. 63–93.

die Frankfurter Auschwitz-Prozesse in Gang gesetzt hatte, im Visier und die »Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« in Ludwigsburg. Um die Ausstrahlung der 1979 in den Dritten Programmen der ARD gezeigten US-amerikanischen Serie »Holo-caust« zu verhindern, die das Geschichtsbewusstsein in der Bundesrepublik NS-kritisch verändert hat, führten Rechte Anschläge auf Leitungen und Antennenkabel bei Koblenz und Münster aus. Und bereits für das Jahr 1980 ist ein geplanter Anschlag auf die Gedenkstätte Bergen-Belsen nachgewiesen, zwölf Jahre vor dem gelungenen rechtsextremistischen Brandanschlag 1992 auf zwei ehemalige Baracken für jüdische Häftlinge in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Der Anschlag der »Deutschen Aktionsgruppen« auf die Auschwitz-Ausstellung in Esslingen 1980 galt zugleich – lange vor dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten und CDU-Mitglied Walter Lübcke 2019, der sich öffentlich für Geflüchtete eingesetzt hatte – dem Landrat Hans-Peter Braun, auf dessen Haus die Gruppe parallel einen Bombenanschlag verübte.

Es kann in meinem Zusammenhang nicht darum gehen, die lange Geschichte des Rechtsterrorismus und der rechten Gewalt oder die Geschichte der NSU-Verbrechen und deren Auswirkungen einschließlich der damit verbundenen Schuldverschiebung auf die Opfer durch Polizei und Medien – Stichwort »Dönermorde« – oder die Vertuschungsaktionen durch staatliche Stellen im Einzelnen darzustellen. Zu unterstreichen ist aber, dass sich rechtsterroristische Gewalttaten von spontanen, exzesshaften Übergriffen gerade durch ihre systematische Planung und Vorbereitung unterscheiden und strikt auf die Verwirklichung eines politischen und gesellschaftlichen Ziels ausgerichtet sind, das durch die Taten gleichzeitig proklamiert wird: Die Errichtung eines von zu politischen Feinden und von zu minderwertigen Anderen erklärten gesäuberten völkisch-rassistischen, autoritären, ethnisch und kulturell homogenen Staates, die Ersetzung pluraler Gesellschaft durch eine homogene »Volksgemeinschaft« – ein Projekt, das bisher im nationalsozialistischen Deutschland am umfassendsten verwirklicht worden ist. Die Taten sind deshalb nicht nur Mittel zum Zweck. Die Verbrechen wie auch die Auswahl der Opfer nehmen vielmehr im Kleinen vorweg, was im Großen beabsichtigt ist. Seitdem das Bundeskriminalamt – und zwar erst seit 1990 – rechtsextreme Motive für Morde erfasst, hat es 109 Getötete bis zum Jahr 2020 gezählt. NGOs wie die Amadeu Antonio Stiftung kommen hingegen bereits auf 213.

Ich habe eingangs schon angedeutet, dass es zu kurz griffe und ein ver-harmlosender Selbstbetrug wäre, grenzte man die Sympathie für die mit den

rechtsterroristischen Taten verbundenen Zielsetzungen nur auf die Formationen und Netzwerke von Rechtsextremen ein. Die Ziele hatten und haben einen Resonanzraum in der Gesellschaft in Gestalt des Extremismus der Mitte und seit Gründung der AfD auch einen starken parteipolitischen, bis in den Bundestag hineinreichenden mehr oder minder offenen Fürsprecher. In Bezug darauf hat Wilhelm Heitmeyer, der als Soziologe seit 1990 kontinuierlich empirische Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorgelegt hat, von einem rechten Eskalationskontinuum gesprochen: »Es gibt ein rechtes Eskalationskontinuum, das aus fünf Elementen besteht. Es beginnt mit der Abwertung und Diskriminierung von Menschen allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit – also Juden, Muslime, Homosexuelle, Obdachlose, Flüchtlinge. Diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung schafft Legitimation für die AfD, die das politisch zu Parolen verdichtet und auf die Tagesordnung hebt. Die AfD schafft ihrerseits wieder Legitimation für rechtsextreme Milieus, indem sie Begriffe wie ›Umvolkung‹ oder ›der große Austausch‹ in die Welt setzt und mit Untergangsfantasien operiert. Diese systemfeindlichen Milieus operieren zum Teil schon mit Gewalt und geben wieder Legitimation an militante Zellen, die konspirativ operieren [...]. Die Gruppen werden immer kleiner und gewalttätiger, bis hin zu rechtsterroristischen Zellen oder Einzeltätern. [...] Es ist viel problematischer durch dieses rechte Eskalationskontinuum. Daraus entstehen [...] rechte Bedrohungsallianzen.«¹⁷

Die AfD: deutliche Undeutlichkeit und strukturelle Affirmation

Die Erinnerungspolitik der AfD wird überwiegend als verschärfte Revi-talisierung der bekannten Formate des Verharmlosens, Relativierens und tendenziellen Verleugnens verstanden. Die Rede des Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke 2017 in Dresden mit ihren Schlagworten »dämliche Bewältigungspolitik«, »Schuldskult«, »systematische Umerziehung« und der Aufforderung zu einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad« schien dafür ebenso zu sprechen wie 2018 die Behauptung des damaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, Hitler und der Nationalsozialismus seien nur »ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher

17 Wilhelm Heitmeyer: »In der Krise wächst das Autoritäre«. Zeit Online Interview: Christian Bangel, vom 13.4.2020.

Geschichte« gewesen. Weit weniger wahrgenommen wurde eine deutlich darüberhinausgehende programmatische Rede des sogenannten »Partei-philosophen« und »Vordenkers« der AfD, Marc Jongen, im Bundestag 2019. Anlass war die Beratung eines Antrages der Fraktionen von CDU/CSU und SPD zur Etablierung eines »Bundesprogramms ›Jugend erinnert‹ – Wissensvermittlung über Wirkungen und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken«. ¹⁸ Das – finanziell unterlegte – Programm ging wesentlich auf eine Initiative der KZ-Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren in der Bundesrepublik zurück und sollte nicht zuletzt dazu beitragen, die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jenseits der großen Einrichtungen breit in der Gesellschaft zu unterstützen. Jongen hat in seiner Rede zunächst die Unterscheidung von Erinnerung und Geschichtswissenschaft für sich in Anspruch genommen und macht- und identitätspolitisch radikalisiert. Geschichtswissenschaft bemühe sich, »zu erforschen, wie es wirklich war – objektiv und ohne politische Einflussnahme oder erkenntnisfremde Zwecke.« Auf der anderen Seite gäbe es die »Gedächtnispolitik«, die ein ganz anderes Ziel verfolge, »nämlich ein historisches Narrativ zu entwerfen, dass eine Nation, eine Gesellschaft auf eine ganz bestimmte Sinngebung und damit auf eine bestimmte Identität ein schwört.« Beides sei für sich genommen legitim und Gedächtnispolitik dementsprechend legitimiert zur Auswahl, zum Weglassen, zur Konstruktion, zum bewussten Wecken von »diese(n) Emotionen und nicht jene(n)«. Das Programm *Jugend erinnert* sei nicht »historische Wissenschaft«, sondern »Gedächtnispolitik« und wegen der damit verbundenen Intentionen rundum abzulehnen. Nicht mangelnde wissenschaftliche Solidität oder gar Unwahrheit wirft Jonge dem Programm vor, sondern er attackiert dessen angeblich »ausschließlich negative Aspekte« und den damit angeblich verbundenen Zweck. Denn diese Gedächtnispolitik erziehe »die Jugend systematisch zu Schuld und Scham über ihr Deutschsein«, so dass sie »meint mit Deutschland Negatives, ja Böses zu assoziieren und dass sie lernt [...] Deutschland habe kein Lebensrecht. Es ist gut, wenn Deutschland verschwindet. Besser ist es, andere nehmen hier unseren Platz ein. [...] Sie ist da, unseren Daseinswillen zu brechen.« Auch bei den »Bezügen zu aktuellen Fragen von Minderheitenrechten und Phänomen gruppenbezogener

18 Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht. 19. Wahlperiode, 93. Sitzung, Berlin 5.4.2019, S. 11160–11162. <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19093.pdf#P.11159>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

Menschenfeindlichkeit« handele es sich bloß um »ideologische Machtpolitik«, um ein Instrument, das »wie ein psychisches Gift [...] schleichend zum Tod des Patienten führt.« Gesellschaftlichem Aufarbeiten, aufrichtigem historischem Erinnern und der selbstkritischen Prüfung der Gegenwart im Licht von Geschichte und Erfahrung des Nationalsozialismus wird hier weit mehr unterstellt als »Nestbeschmutzung« oder die Verdunkelung großer deutscher Geschichte und herausragenden Kulturleistungen, auch werden Nationalsozialismus und Holocaust nicht abgestritten. Nationalsozialismus und Holocaust werden stattdessen in den Raum der Geschichtswissenschaft verbannt und eingekapselt und so der gesellschaftlichen Reflexion entzogen, weil selbstkritisches Aufarbeiten und historisches Erinnern der »Umvolkung«, dem »großen Austausches« diene und damit den »Volkstod« der Deutschen bezwecke. Brechen des »Schuldskultes«, Stoppen der »dämlichen Bewältigungspolitik«, »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« sind Chiffren für ein politisches Programm, das weit über die erinnerungspolitisch abgestützte Wiederherstellung eines angeblich absichtlich verstümmelten deutschnationalen Selbstbewusstseins hinausgeht. Vielmehr soll all jenen Deutschen ein für alle Mal das Handwerk gelegt werden, die sich der Wiederherstellung Deutschlands im völkischen Sinne widersetzen.

Björn Höcke, der rechtsextreme Spiritus Rector der AfD, hat die angestrebte politische und rassistische Säuberung Deutschlands bereits 2018 beredt in seinem Buch *Nie zweimal in denselben Fluss*¹⁹ umschrieben. Nicht nur wird dort das phantasmatische Fanal eines »von führenden Grünen oder Linken-Politikern« bejubelten Volkstod durch Bevölkerungsaustausch²⁰ heraufbeschworen, sondern Höcke lässt auch keinen Zweifel daran, wie dem begegnet werden muss. Nämlich mit einem Aderlass. Man werde »leider ein paar Volksteile verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind« mitzumachen.²¹ Dafür nimmt er sogar Hegel in Dienst: »Brandige Glieder können nicht mit Lavendelwasser kuriert werden.«²² Es sei Aufgabe der neuen Elite – Höcke spricht auch von »fester Hand«²³ und »Zuchtmeister«²⁴ – mit starkem

19 Björn Höcke: *Nie zweimal in denselben Fluss*. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen 2018.

20 Ebd.: S. 216.

21 Ebd.: S. 257.

22 Ebd.: S. 254.

23 Ebd.: S. 231.

24 Ebd.: S. 286.

Besen den Saustall auszumisten. Über die so angesprochene Bekämpfung politischer Feinde hinaus, setzt er wenig verklausuliert und im Jargon der Identitären die Vertreibung der »Fremden« auf die Tagesordnung: »[...] neben den Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großes Remigrationsprojekt notwendig sein.« Das Projekt der völkischen Instandsetzung und Wiedergeburt Deutschlands sei, auch daran lässt Höcke keinen Zweifel, ohne Gewalt nicht zu bewerkstelligen: »[...] in der erhofften Wendephase stünden uns harte Zeiten bevor, denn umso länger ein Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schnitte werden, wenn sonst nichts mehr hilft.« Gerade die neue politische Führung »wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben: Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Vorrausicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigenen moralischen Empfinden zuwiderlaufen«. Eine Politik der »wohltemperierten Grausamkeiten« sei unvermeidlich, menschliche Härten und unschöne Szenen ließen sich nicht vermeiden. »Es wird also nicht nur eine logistische, sondern auch eine moralische Herausforderung für die dann Verantwortlichen werden. [...] aber existenzbedrohende Krisen erfordern außergewöhnliches Handeln. Die Verantwortung dafür tragen dann diejenigen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben.«²⁵ Hier exkulpiert sich einer – im gleichen Atemzug Grausamkeit als sachliche Notwendigkeit darstellend und »moralisches Empfinden« für sich reklamierend – in eine Weise, die dem eingangs an Himmler beispielhaft umrissenen Muster mindestens nahekommt. Natürlich haben Jongen oder Höcke das ideologisch-phantasmatische Konstrukt eines von den »Eliten« bzw. den »Multikulturalisten« bezweckten »Volkstods« durch den »großen Austausch« als solches weder unmittelbar von Himmler noch von Adolf Hitler übernommen. Der Nationalsozialismus operierte nicht mit dem Schüren von Angst vor dem Untergang der Deutschen durch deren Austausch gegen Volks- und Kulturfremden, sondern mit der Behauptung drohender Vernichtung durch Bolschewismus und jüdische Zersetzung. Das Ideologem des »großen Austausches« hat bekanntlich nach dem Algerienkrieg in Frankreich als Kampfbegriff der Neuen Rechten zunehmend Kontur gewonnen, konnte in der Bundesrepublik an rechte und rechtsextreme Bedrohungsphrasen wie der im Kontext der Gastarbeiteranwerbung entstandenen Redeweise von der »Überfremdung« anknüpfen und ist von der identitären

25 Ebd.: 254f.

Bewegung in Europa und den USA popularisiert worden. Nicht die direkte Kopie des nationalsozialistischen Musters soll behauptet werden, wohl aber auf die strukturelle Nähe von Jongens und Höckes »Argumentation« zu der entschiedenen trans-moralisch »argumentierender« Nationalsozialisten hingewiesen werden, so etwa auch dem nationalsozialistischen Vordenker und stellvertretenden Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Werner Best: »Das Volk ist der höchste Lebenswert« – so Best – »auf dessen Erhaltung und Förderung deshalb alle Grundsätze menschlichen Wollens und Handelns – d.h. die Wertmaßstäbe der Sittlichkeit – zielen müssen. Jede Beeinträchtigung des höchsten Lebenswertes ist unsittlich. Die Erhaltung und Förderung dieses höchsten Lebenswertes müssen alle untergeordneten Lebenswerte – auch die Einzelmenschen – dienen und, wenn notwendig, geopfert werden.«²⁶ Hier wie da geht es um die angebliche Notwendigkeit der Herstellung einer von politisch und ethnisch als undeutsch, volksfremd bzw. volksschädlich definierten Gruppen gereinigten homogenen »Volksgemeinschaft«. Hier wie da geht es um das offene Bekenntnis zu dafür unabdingbarer Härte und Gewalt – selbst, wenn Höcke klare Aussagen zu Charakter, konkreten Formen und dem Ausmaß der Gewalt, zu Nationalsozialismus und Holocaust vermeidet. Hier wie da ist die Notwendigkeit der Gewalt völkisch begründet. Hier wie da wird – mit Hinweis auf zu überwindende »Herzensregungen« bzw. »moralische Spannungen« – beansprucht, trotz der Bejahung von Gewalt und Gegenmenschlichkeit Mensch (geblieben) zu sein. Höckes Konzeptualisierung von Deutschland als politisch und ethnisch gesäuberter, autoritär geführter »Volksgemeinschaft«, die – wie 1933 – die Aufkündigung der Gleichwertigkeit aller Menschen, die Aufkündigung der Unantastbarkeit der Menschenwürde und darüber hinaus auch die Aufkündigung der 1948 in Reaktion auf die Erfahrung von Zweitem Weltkrieg und nationalsozialistische Verbrechen erklärten universellen Menschenrechte zur Voraussetzung hat, mag zwar nicht expressis verbis eine Bejahung des Nationalsozialismus sein, eine glaubwürdige Verneinung ist sie aber erst recht nicht. Dass Höckes Programm nicht das Hirngespinnst eines Einzelnen ist, belegt einmal mehr die jüngst seitens des gemeinwohlorientierten Medienhauses CORRECTIV aufgedeckte Verbindung von AfD, Rechtsextremen und finanzstarken Bürgerlich-Konservativen, wie sie sich in Gestalt von deren Geheimtreffen in Potsdam gezeigt hat, bei dem unverblümt über Vertreibung und Deportation von deutschen

26 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn 1996, S. 197.

Staatsbürger:innen, Migrant:innen und Geflüchteten beraten worden ist.²⁷ Stichwortgeber war Martin Sellner, Chefideologe der identitären Bewegung, dessen Handreichung »Regime Change von rechts« gerade im rechtsextremen Antaios-Verlag erschienen ist und dort so beworben wird: Noch nie sei »rechts der Mitte so planmäßig und professionell über Chance, Durchhaltevermögen, Bündelung und Zusammenspiel der Kräfte nachgedacht worden«.²⁸

In Jongens und Höckes Ausführungen zeichnet sich ein neuer Typus rechten Umgangs mit der Geschichte ab. Schlagworte wie Vergessen, Verharmlosen oder Leugnen werden ihm nicht gerecht. Mit Jongen wird das Erinnerungsparadigma von ganz rechts völkisch gekapert und gezielt abgekoppelt von Geschichtswissenschaft als kritischer Instanz. Nicht historische Wahrheit zählt, nicht die triftige Darstellung von historischen Zusammenhängen und Entwicklungen im Ganzen, sondern das, was der völkischen Instandsetzung und Ausstaffierung des »neuen Deutschland«, was dem völkisch zugerichteten Deutschland zu »Selbsterhaltung« und »Daseinskampf« nützt. Der Staat bzw. dessen Führung haben das Recht wie die Pflicht, Vergangenheit dementsprechend zu selektieren und aus den Bruchstücken und Scherben den ihnen passenden Sinn zu konstruieren. Wie dieser Sinn aussieht, lässt Höcke ohne Scheu vor Nähe und mindestens strukturellen Verknüpfungen mit dem Nationalsozialismus anklingen – die Erinnerungskultur damit bereits um 180 Grad wendend.

Diese Wende, die Radikalisierung rechter Erinnerungskultur, der Aufruf, den »Schuldskult« zu brechen und damit die Eliminierung der Deutschen zu verhindern, ist nicht wirkungslos geblieben. Sie konkretisiert sich zum einen in Form der Zerstörung von Denkmälern und Beschädigungen von Gedenkstätten. So sind bereits bis September 2017 weit über sechshundert der seit 1992 gesetzten Stolpersteine in Erinnerung an im Holocaust ermordete deutschen Jüdinnen und Juden aus dem Pflaster vor ihren ehemaligen Wohnstätten herausgerissen, beiseitegeschafft oder auf andere Weise zerstört worden. Im März 2019 haben Unbekannte eine Gedenktafel in Schwedt zerschlagen, die der Erinnerung an die Ermordung des zwanzigjährigen Wehrmachtssoldaten Norbert Robert gewidmet war: »Hier wurde im März 1945 ein junger Soldat von Faschisten erhängt, weil er den Frieden wollte.« (Norbert Robert hatte seine Einheit verlassen, um kurz seine Mutter, die er in einem Flüchtlingsstreck erkannt

27 <https://correctiv.org/themen/geheimplan-recherche/>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

28 <https://antaios.de/gesamtverzeichnis-antaios/einzeltitel/181686/regime-change-von-rechts-eine-strategische-skizze> Letzter Zugriff am 26.2.2024.

hatte, zu begleiten.)²⁹ Im Dezember 2019 ist ein Flächendenkmal zum Gedenken an bei den Murellenbergen in Berlin Charlottenburg erschossenen Opfern der NS-Wehrmachtsjustiz massiv beschädigt worden. 106 teils mit Inschriften und Informationstafeln versehene Verkehrsspiegel hielten in Erinnerung, dass hier zwischen dem 12. August 1944 und dem 14. April 1945 deutsche Soldaten der Wehrmacht wegen Befehlsverweigerung, »Wehrkraftzersetzung« oder Desertation erschossen worden waren.³⁰ 2019 sind in der Gedenkstätte Buchenwald in das Gleisbett des ehemaligen Bahnanschlusses des KZ eingelassene, personal gewidmete Gedenksteine in Erinnerung an im Herbst 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz verfrachtete Kinder beschädigt, im Sommer 2022 ebenfalls personal gewidmete Gedenkbäume zerstört worden. Regelmäßig über einen längeren Zeitraum hinweg haben Unbekannte mit Gewalt im Krematorium des ehemaligen KZ den Wagen zur Einführung der Häftlingsleichen in die Brennöfen aus seiner Verankerung gerissen. Im Oktober 2023 wurden in der Gedenkstätte Ahlen in Hannover Gedenktafeln mit Aufklebern beklebt: »Befreie Dich vom Schuldskult«. ³¹ Hakenkreuzschmierereien, Hitlergrüße, rechtsextreme Bedrohungen gehören trotz erheblicher Gegenmaßnahmen zum Alltag der KZ-Gedenkstätten. Nahezu wöchentlich – so die Gedenkstätte bereits 2022 – sieht sich die Gedenkstätte Buchenwald mit rechtsradikalen Taten konfrontiert.³²

Auch das Konzept der Verbannung des Nationalsozialismus in den Elfenbeinturm der (Geschichts-)Wissenschaft und seiner Ausklammerung aus dem historischen Gedächtnis von Staat und »deutschem Volk« zeigt Wirkung. Im Januar 2017 hat die AfD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg den Antrag gestellt, den üblichen Zuschuss des Landes – damals 120 000 Euro – für die Gedenkstätte im französischen Gurs an die 1940 dorthin deportierten badi-

29 Peter Laudenbach: Hakenkreuze und Hass-Parolen. Attacken auf NS-Gedenkstätten in Berlin, Brandenburg. Berliner Zeitung vom 14.8.2023. <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/hakenkreuze-und-hass-parolen-attacken-auf-ns-gedenkstaetten-in-berlin-und-brandenburg-li.255447>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

30 Ebd.

31 Tanja Tricarico: Gedenkstätte Ahlem beschmiert. Taz vom 30.10.2023. <https://taz.de/Antisemitische-Sticker!/15970051/>. Letzter Zugriff am 26.4.2024.

32 Gedenkstätte Buchenwald. Fast jede Woche eine rechtsradikale Provokation. MDR. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/buchenwald-kz-gedenkstaette-neonazis-provokation-100.html>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

schen Jüdinnen und Juden zu streichen.³³ Im Juni 2017 hat sich der Vorsitzende der AfD-Ratsfraktion in Wolfsburg gegen den Bau einer Gedenkstätte in Erinnerung an ein dortiges Lager für NS-Zwangsarbeiter gewendet und dafür ökonomische Gründe vorgeschoben: »Als quasi Wiedergutmachung wird es jetzt also richtig teuer, wir bekommen wohl ein eigenes kleines Museum, welches für viele Jahre hohe Folgekosten nach sich ziehen wird. Und das ist der Punkt, den AfD nicht mitgehen wird! [...] Die Angst davor, auch einmal ›Nein!‹ zu sagen, darf nicht dazu führen, dass aus reinem Schuldkomplex wirtschaftliche Erwägungen keine Rolle mehr spielen.«³⁴ Wie weit das bereinigende »Nein« in die deutsche Geschichte zurückreichen kann, zeigt ein Beispiel aus Braunschweig: Dort hat im Juni 2017 die AfD-Fraktion im Stadtrat Unterschriften gegen einen geplanten Garten der Erinnerung gesammelt, der an Kriegsverbrechen von Angehörigen des 92. Infanterieregiments aus Braunschweig im belgischen Roselies während des Ersten Weltkrieges erinnern sollte.³⁵ Die Verbannung des Nationalsozialismus in die Geschichte macht selbst vor den Überlebenden der Lager nicht halt. Am 27. Januar 2019, dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, hat der Thüringer AfD Bundestagsabgeordnete und zeitweilige Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages Stephan Brandner Überlebende so abgekanzelt: »Was ja auch völlig unbegreiflich ist, dass sich Überlebende des Holocaust oder der Shoah hinstellen und ihr Leid, was sie ja zweifellos erfahren haben, und ihre Erfahrungen dazu missbrauchen, heutige Parteien und Fraktionen anzugreifen. Möglicherweise verzerren sie da auch was auf Grund ihres Alters inzwischen. Sie haben das Rederecht vor einem Parlament, um an konkrete Ereignisse zu erinnern, und nicht, um in die heutige Politik sich plump einzumischen.«³⁶ Geschehenes Vergangenheit sein lassen, über Gräbern schweigen, Geschichte weder faktisch und analytisch erschließen noch aufklärerisch vermitteln, nicht nach dem Wer und dem Warum, nicht nach Nachwirkungen und Fortschreibungen in der Gegenwart fragen, so lautet im Umkehrschluss Brandners Fazit, wenn er außerdem beklagt:

33 Roland Muschel: AfD will Fördergelder für Gurs-Gedenkstätte streichen. Badische Zeitung vom 21.1.2017. <https://www.badische-zeitung.de/afd-will-foerdergelder-fuer-gurs-gedenkstaette-streichen>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

34 https://www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Anfrage_Gedenkstaettenforum.pdf. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

35 Ebd.

36 Erinnerungspolitik in Zeiten des Rechtspopulismus. Die Zukunft der Vergangenheit. Deutschlandradio vom 8.5.2019. <https://www.deutschlandfunk.de/erinnerungskultur-in-zeiten-des-rechtspopulismus-die-100.html>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

»[...] die Gedenkstätten mutieren leider alle zu so politischen Bildungseinrichtungen.«³⁷

Erinnern ist nicht genug

Auch wenn er es ganz anders meint, weist Brandners Unmutsbekundung in Bezug auf Gedenkstätten, die sich zu seinem Leidwesen nicht auf nichtssagen-des Pathos beschränken wollen, in die richtige Richtung. Wie eingangs bereits angedeutet, ist es längst an der Zeit, das Erinnerung zu entzaubern – nicht etwa (um kein Missverständnis aufkommen zu lassen), um die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ad acta zu legen, sondern um die Potentiale geschichtsbewusster gesellschaftlicher Selbstreflexion³⁸ an »Geschichte, die nicht hätte geschehen dürfen« (Hannah Arendt) nicht zu verspielen. Elementar dafür ist es, die Dimensionen personaler, forensischer (Augen-)Zeugenschaft – die als solche an das unmittelbare Erleben von Entrechtung, Ausgrenzung, Verfolgung und Leid gebunden ist und die deshalb nicht auf andere vererbt oder von anderen übernommen werden kann – als eine zwar herausragende, aber gleichwohl lege artis quellenkritisch zu prüfende und zu kontextualisierende Form der Überlieferung von der Dimension des historischen Erinnerns in der Gesellschaft zu unterscheiden, wie es sich etwa in Gedenktagen, Denkmalsetzungen oder der Schaffung von Gedenkstätten niederschlägt. So wie das lebensgeschichtliche Erinnern niemals nur festhält und widerspiegelt, wie es gewesen ist, weil personale Erinnerungen im Licht neuer Erfahrungen und veränderter sozialer, kultureller oder politischer Rahmungen immer wieder neu bewertet, umgewichtet, umgearbeitet und mit veränderten Sinnbildungen und Lebenszwecken verknüpft werden, ist auch das historische Erinnern in der Gesellschaft nicht natürliche, authentische Wiedergabe des Gewesenen, sondern mehr oder minder durchmachtete, mehr oder minder forschungsfundierte, mehr oder minder faktenbasierte, mehr oder minder Maßgaben methodischer Vernunft folgende, überprüfbare

37 Ebd.

38 Vgl.: Volkhard Knigge (Hg.): *Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen*. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitzeugenschaft, Göttingen 2022, Ders.: *Geschichte als Verunsicherung*. Konzeptionen für ein historisches Begreifen des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2020 (Herausgegeben und mit einem Vorwort von Axel Doßmann).

Konstruktion. Dass es in beiden Fällen unmöglich ist, Geschichte und historische Erfahrung absolut wiederzugeben und zu vermitteln, darf allerdings nicht zur Ausrede dafür werden, die Frage nach historischer Wahrheit, die Frage nach der Überprüfbarkeit von Fakten und der Angemessenheit von deren Verknüpfung und Kontextualisierung, die Frage nach methodischer Sorgfalt, die (selbstkritische) Frage nach den auf Vergangenheitsdarstellungen und -deutungen einwirkenden (kulturellen) Prägungen, Vorannahmen, Interessen und Machtverhältnissen bei Seite zu lassen – auch nicht zu Gunsten vermeidlich a priori gerechtfertigter politischer oder moralischer Zwecke. Triftiges, um Wahrhaftigkeit bemühtes historisches Erinnern ist einerseits an die Freiheit von politischer Bevormundung und Steuerung und andererseits an geschichtswissenschaftlich fundiertes, reflexives Geschichtsbewusstsein³⁹ und kritische historische Urteilskraft gebunden. Ohne diese Voraussetzungen droht Erinnern zur Gesinnungsbildung herabzusinken und wird vielfältig form- und funktionalisierbar. Reflexives Geschichtsbewusstsein nimmt, wie bereits angedeutet, Geschichte und Erfahrung der Verfolgten als forensische Zeugnisse und Brechungen der Täterperspektive sehr ernst, beschränkt sich aber nicht auf eine selbstzufriedene, entlastende Identifikation mit Opfern und auch nicht darauf, deren Erinnerungserzählungen bloß nachzuerzählen, wie es gegenwärtig vielfach im Namen der »Zukunft der Erinnerung« gefordert, wenn nicht beschworen wird. Geschichte erschließt sich nicht durch Addition von personalen Erinnerungen. Ihr Zustandekommen, ihre Entwicklung und wie man sie gegebenenfalls hätte verhindern können, lassen sich durch die Übernahme personaler Erinnerungen weder begreifen noch brechen. Stattdessen fragt reflexives Geschichtsbewusstsein – und es entsteht und wird geschult durch solches Fragen – nach den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die Gegenmenschlichkeit, Ressentiments und Hass zuarbeiten und gerechtfertigt erscheinen lassen. Es fragt nach den damit verbundenen Interessen und Zwecken und wie sich diese in Gestalt politischer Strukturen, Formen des Rechts, der Erziehung und Bildung niederschlagen, sich medial artikulieren, verfestigt, verbreitet und am Leben erhalten werden. Reflexives Geschichtsbewusstsein nimmt Akteur:innen und deren Motive, Handlungen und Handlungsspielräume in den Blick. Es fragt nach dem Zustandekommen und den Auswirkungen von deren Entscheidungen oder Unterlassungen. Es zeichnet keine starren Geschichtsbilder,

39 Zur Kategorie des Geschichtsbewusstseins siehe die grundlegenden Arbeiten von Karl-Ernst Jeismann, Rolf Schörken und Jörn Rösen.

sondern es fragt nach der Verschränkung von Gestern, Heute und Morgen. Es legt sich Geschichte nicht zurecht, auch nicht im Sinne einer moralischen Fabel. Es schließt aber nicht aus, ist vielmehr eine Voraussetzung dafür, mit Rückbezug auf Geschichte und historischer Erfahrung Werte, wenn auch nicht letztzubegründen, so doch zu plausibilisieren, ihren Nutzen in universalistischer Perspektive einsichtig zu machen. Denn es versteht Betroffenheit nicht sentimentalisch im Sinne historisch entkernten Mitleids, sondern es sieht sich (mit-)betroffen: »Wir leben« – so Imre Kertész – »noch immer in der gleichen Welt, in der das möglich war [...]«. ⁴⁰ Gleiche Welt – damit sind nicht nur das Fortleben des Nazismus bzw. elementarer Versatzstücke wie völkischer Nationalismus, Illiberalität und Autoritarismus, Antisemitismus und Rassismus angesprochen, sondern insbesondere auch, dass der Nationalsozialismus nicht im Irgendwo entstanden ist und sich Bahn brechen konnte, sondern unter sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, die wir, auch wenn sie modifiziert sein mögen, im Grunde teilen: Aufgekeimt ist er und Boden gewonnen hat er in Deutschland in der Demokratie, im Kontext der Moderne, im Rahmen kapitalistischer Marktwirtschaft und trotz christlicher bzw. humanistischer Werte und einer ihrer zivilisatorischen Errungenschaften selbstgewissen Kultur und Gesellschaft. Angesichts dessen stellt sich reflexives Geschichtsbewusstsein die Aufgabe, statt im luftleeren Raum an das Gute zu appellieren, an Geschichte, die nicht hätte geschehen dürfen, aber geschehen ist, zu begreifen, was man im Kleinen wie im Großen – nicht nur politisch – besser nicht tut, damit Staat und Gesellschaft, Gegenwart und Zukunft nicht in organisierte Gegenmenschlichkeit umkippen. Reflexives Geschichtsbewusstsein ist sich dabei des Dilemmas bewusst, dass das »Nie wieder!«, dass der »Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit« – wie es im von überlebenden Häftlingen des KZ Buchenwald wenige Tage nach der Befreiung im April 1945 verfassten »Schwur von Buchenwald« heißt – seit Ende des Zweiten Weltkrieges vielfach hintergangen worden ist und weiterhin hintergangen wird. Reflexives Geschichtsbewusstsein, wie hier umrissen, gründet deshalb – auch wenn es vorbehaltloser Grundsolidarität mit dem Menschen als Menschen verpflichtet ist – nicht in Altruismus, wie es

40 Imre Kertész: Bilder einer Ausstellung, Rede zur Eröffnung der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944 2004 in Hamburg, online: <https://www.hagalil.com/archiv/2004/01/wehrmachtausstellung.htm>. Letzter Zugriff am 26.2.2024.

Erinnerung als Zauberwort impliziert. Denn zur Erschütterung von Normalitätsvorstellungen durch Geschichte und Erfahrung des Nationalsozialismus und anderer politischer Großverbrechen gehört, wie inaktiv das moralische Selbstbewusstsein geblieben ist, wie schnell Gerechtigkeitsgefühle, moralisches Empfinden und aktive Anteilnahme erodiert sind und Unmenschlichkeit als notwendige Pflicht an- bzw. hingenommen worden ist: nicht nur in einzelnen Fällen, sondern als dominierende Erfahrung in Bezug auf ganz normale Menschen und die Masse der Gesellschaft. »Wieder ist es erstaunlich, wie wehrlos alles zusammenbricht«, hat Victor Klemperer im März 1933 in Dresden in sein Tagebuch notiert⁴¹ und um die gleiche Zeit resümiert Robert Musil: »Freiheit der Presse, der Äußerung überhaupt, Gewissensfreiheit, persönliche Würde – Geistesfreiheit – usw., all die liberalen Grundrechte sind jetzt beseitigt, ohne daß es nur einen einzigen zum äußersten empört, ja im Ganzen, ohne daß es die Leute überhaupt stark berührt.«⁴² Vor diesem Hintergrund erscheint historisch instruierte Selbstsorge, erscheint ein historisch aufgeklärter Egoismus als der fruchtbarere Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für eine nachhaltig begreifen wollende Auseinandersetzung mit Geschichte und Erfahrung des Nationalsozialismus. Darauf hat bereits Theodor W. Adorno in seinen »Meditationen über Auschwitz« aufmerksam gemacht. Nicht auf essentialistische Moral, nicht auf sich selbst verbürgende Vernunft, sondern auf die »Abscheu des Leibes vor dem unerträglichen Schmerz« setzt sein Argument: »Nur im ungeschminkt materialistischen Motiv überlebt die Moral.«⁴³ Unwillentlich hat der Nationalsozialismus, in dem er die Zerschlagung der Grundsolidarität mit dem Menschen als Menschen über alles gestellt hat, gezeigt, dass deren Zerschlagung möglich ist, dass die Zerschlagung die zur Aussonderung bestimmten Menschen unmittelbar und in erster Linie und mit besonderer Brutalität trifft, dass ein gesichertes Leben unter solchen Verhältnissen, dass ein gesichertes Leben ohne »Urvertrauen« (Jean Améry) letztlich aber für niemanden möglich ist. Wie vergiftet völkische, rassistische Gemeinschaftsversprechungen – in welcher Einkleidung auch immer – sind,

41 Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, hg. von Walter Nowojski und Hartwig Klemperer, 2 Bde., 6. Auflage Berlin 1996, 1995, Bd. 1, 1933–1941, S. 8.

42 Robert Musil, Tagebücher, Heft 30, März 1933, in: Robert Musil: Tagebücher, 2. Bde., hg. von Adolf Frisé, Reinbek 1976.

43 Theodor W. Adorno: Negative Dialektik (1966), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 6, hg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1973, S. 7–412, hier S. 358.

was sie tatsächlich bewirken, lässt sich exemplarisch am Versprechen des Nationalsozialismus begreifen, politische und soziale Konflikte durch den Aufbau einer homogenen, »rassereinen«, endlich harmonischen »deutschen Volksgemeinschaft« für alle Zeit zu überwinden und damit auch ewige Prosperität und Wohlergehen für die dazu Gehörenden zu gewährleisten. Die Zerstörung der Grundlagen einer friedlichen Ordnung – demokratische Gewaltenteilung, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit und aller anderen Bürger:innenrechte –, die politische Indienstnahme von Medien, Justiz und staatlichen Verwaltungen, die Einstufung von Menschen in angeblich höher- und minderwertige, das Bestreiten der unteilbaren Menschenwürde und die so legitimierte Praxis politischer, kultureller, sozialer, ethnischer Ausgrenzung bis hin zur »Ausmerzung« haben, wie sich erkennen und einsichtig machen lässt, jedoch nichts anderes als Verhältnisse geschaffen, die auf Gewalt fußten und unablässig Gewalt erzeugten und verstetigten. Was daraus – auch für die »Herrenmenschen« – letztendlich folgte, ist zur Genüge bekannt. Personale Zeugenschaft kann aus dieser Politik, aus diesem Gesellschaftsumbau resultierende Geschehnisse, ihr Erleben und das damit verbundene Leid wie kaum eine andere Quelle anschaulich machen – und in diesem Sinn sind personale, erfahrungsgeschichtliche Zeugnisse unverzichtbar –, den Gesamtzusammenhang, die ihm inhärente Dynamik, die dahinterstehenden Strukturen, Entscheidungsprozesse, Konstellationen erschließen können sie auf Grund der begrenzten Reichweite persönlichen Erlebens nicht. Saul Friedländer, der als verstecktes Kind in Frankreich die Shoah überlebt hat und zu einem der bedeutendsten Historiker des Nationalsozialismus und der Judenvernichtung geworden ist, hat deshalb für eine integrierte Geschichtsschreibung plädiert und mit seiner zweibändigen Studie »Das Dritte Reich und Juden«⁴⁴ gezeigt, was diese leisten und wie sie aussehen kann. Aber – so mag ein Einwurf lauten – was bleibt angesichts dieser Überlegungen von Erinnern als Gedenken? Gedenken, das jenseits unmittelbarer personaler Erfahrung angesiedelt ist und das mehr sein soll und will als ein unverbindlicher Akt historisch entkernter Pietät oder eine instrumentell zweckdienliche Geste – ein solches Gedenken setzt kritisch-reflexives Geschichtsbewusstsein voraus.

Ist die Unterscheidung von Erinnerung und kritisch-reflexivem Geschichtsbewusstsein nur ein akademisches Glasperlenspiel, eine unnötige

44 Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 2007, Band 2: Die Jahre der Vernichtung 1939–1945, München 2006.

Verkomplizierung, weil doch jede und jeder weiß, was mit Erinnerung gemeint ist? Die Existenz sich zunehmend unverstellt zeigender rechter Erinnerungskultur unterstreicht, auf welch wackligem Boden die konventionelle Erinnerungsrhetorik, auf welch wackligem Boden Erinnerung als »Zauberwort« aufbaut. Nicht nur, weil Erinnerung, nüchtern betrachtet, nichts anderes ist als einer von vielen möglichen Vergangenheitsbezügen, Formen des Erinnerns in heftiger Konkurrenz, ja absolutem Gegensatz zueinanderstehen können und Erinnern leicht instrumentalisiert und zu einer (politischen) Waffe gemacht werden kann und wird, sondern vor allem auch deshalb, weil personales und historisches Erinnern, die die Fortsetzung, die Wiederholung – in welcher Gestalt auch immer – von »Geschichte, die nicht hätte geschehen dürfen«, verhindern wollen, auf einem immanenten, außer Acht gelassenen, Widerspruch basieren. Unterstellt wird, dass Erinnerung quasi automatisch die richtigen Lehren aus der Geschichte zieht und zu den erwünschten moralisch-politischen Einstellungen und Normen führt. Doch so wird das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Diese Normen müssen bereits gebildet und akzeptiert sein, um Weltanschauungen, politische Programmatiken, staatliche Ordnungen, gesellschaftliche Verhältnisse und historische Geschehnisse überhaupt als offen oder latent inhuman, ungerecht, menschenfeindlich bewerten zu können. Kurz: was das Erinnern bewirken soll, ist sein Apriori. Auch darauf verweist Adorno, wenn er idealistischem Moralverständnis – durch (seine eigene) historische Erfahrung erschüttert – eine Absage erteilt. Die Frage Erinnerung oder kritisch-reflexives Geschichtsbewusstsein ist deshalb von erheblicher, aktueller Relevanz. Ihre Beantwortung entscheidet darüber, ob wir uns noch zumuten wollen, konkret zu begreifen, wie gefährdet wir leben und warum, um daraus praktische politische und gesellschaftliche Konsequenzen zu ziehen, oder ob wir mit Verweis auf Erinnerung als Allheilmittel diese Aufgabe letztlich auf Abstand halten, uns ihr womöglich sogar entziehen.

Was ist schiefgelaufen?

Die Erinnerungspolitik und die Rückkehr der fremdenfeindlichen Rechten

Valentina Pisanty

Den Ausgangspunkt meines Beitrags bildet der Befund, dass die Erinnerungspolitik gescheitert ist. Gemeint ist die (opferzentrierte) Erinnerung an die Shoah, die vor dreißig Jahren an jene Leerstelle getreten war, die die großen revolutionären Utopien des 20. Jahrhunderts nach ihrem Untergang hinterlassen hatten. Diese Utopien hatten auf jeweils entgegengesetzte Weise die Geschichte des heroischen Strebens der Unterdrückten nach Emanzipation gegenüber ihren Unterdrückern erzählt.¹ Im Zuge seiner Hegemonialisierung verdrängte das Holocaustnarrativ das revolutionäre Paradigma und fand als mahnende Erzählung über die Katastrophe, aus deren Asche das Nachkriegseuropa aufstanden war, seinen Weg ins Herz des westlichen Bewusstseins.

Doch welche transnationale Identität und welche Werte können aus dem feierlichen Versprechen des »Nie Wieder« abgeleitet werden? Denn die mit dem Versprechen verbundene Identität schließt Konflikt als eine der primären, konstitutiven und überhaupt möglichen Eigenschaften von menschlichen Beziehungen ab. Allerdings ist nicht immer klar, worauf sich das »Nie Wieder« bezieht: auf den Antisemitismus oder auf die Verfolgung von stigmatisierten Minderheiten; auf Vernichtung im industriellen Maßstab oder auf andere Formen von Diskriminierung?

Wie dem auch sei: Die simple Gleichung »Nie vergessen = Nie Wieder« hat sich so grundlegend etabliert, dass nur wenige daran denken, sie in Frage zu stellen, obwohl es eine ganze Reihe guter Gründe gibt, die gegen sie sprechen: die massive Zunahme rassistischer Gewalt, Aufmärsche mit faschisti-

1 Siehe Daniele Giglioli: Die Opferfalle: Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt. Übersetzung aus dem Italienischen von Max Henninger. Berlin 2015.

schen Symbolen, die Verbreitung von Hassrede im Netz und in der realen Welt, fremdenfeindliche Parteien an der Macht – und nun auch noch Krieg. Warum sträuben wir uns so sehr zuzugeben, dass etwas schiefgelaufen ist? Der Unwille, das Scheitern der Erinnerungspolitik einzugestehen, ist meines Erachtens symptomatisch für ein Prinzip des dogmatischen (antiliberalen) Denkens, das sich innerhalb der Erinnerungsrhetorik eingenistet hat und von den Akteuren der Erinnerungspolitik meist unbemerkt von denjenigen, die sie praktizieren.

Anhänger von demokratischen Werten assoziieren mit der extremen Rechten für gewöhnlich Autoritarismus, der bei der Anrufung apodiktischer Dogmen üblich ist. Doch auch in der Art und Weise, wie die heutigen liberalen Demokratien ihre Erinnerungspolitik vor der Öffentlichkeit legitimieren, lauert eine subtile Form von Dogmatismus. Das Paradoxon lautet: Die Erinnerung an die Shoah, oberstes Symbol für demokratische Werte, wird oftmals mit Mitteln gefördert, die sich auch als »autoritär« bezeichnet werden können, insofern sie die politische Debatte im Namen von unanfechtbaren, von oben verordneten Wahrheiten einschränken. Ich werde auf vier von ihnen näher eingehen:

1. Die Sakralisierung von Zeitzeugenberichten zum einzigen autoritativen Zeugnis.
2. Die Individualisierung von Geschichte als eine Ressource für die öffentlichen Auseinandersetzung.
3. Die Vereinnahmung der Sprache des Holocaust mit dem Ziel, ihren partikularen Argumenten einen universalen Anstrich zu verleihen.
4. Die politische Nutzung des Strafrechts als Schutzschild gegen die Geschichtsrevisonisten.

1. Die Sakralisierung der Zeitzeugenberichte

Seitdem die Erinnerung an die Shoah immer mehr ins moralische Zentrum der Kultur gerückt ist, wird den Überlebenden der Lager eine neuartige Vorbildfunktion zugesprochen – Zeitzeugen spielen heute eine Rolle, die weit über die übliche Weitergabe von Wissen, die die Kontinuität jeder Kultur sichert, hinausgeht. Damit sind etwa Historiker konfrontiert, die auf offiziellen Gedenkfeiern oftmals an der Seite von Zeitzeugen stehen und sich voller Unbehagen nicht in der Lage sehen, faktische Fehler öffentlich zu korrigieren, die vermutlich auf Gedächtnislücken, falsche Erinnerungen, kulturelle Interferenzen und

Ähnliches zurückgehen. Überlebende »haben immer Recht«, selbst wenn sie nachweislich im Irrtum sind.

Ein Beispiel: In einem Interview im April 2008 sagte Véra Belmont, die Regisseurin des Films *Survivre avec les loups* (»Überleben unter Wölfen«, basierend auf den gefälschten Holocausterinnerungen von Misha Defonseca):

»Ich habe mit Simone Veil über meinen Film gesprochen und sie sagte zu mir, dass es keine Rolle spiele, ob die Geschichte echt sei oder eine Fälschung, wichtig sei die Botschaft, die sie vermittele, der Wert, den sie der Erinnerung verleihe. Am wichtigsten sei es, dass sich das Publikum mit der Geschichte identifizieren könne.«²

Mit nur wenigen Ausnahmen vermeiden es die Zeitzeugen selbst tunlichst, sich auf eine solche Art von Privilegien zu berufen (siehe Primo Levis *I sommersi e i salvati*).³ Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Zeitzeugen, sondern gegen die Institutionen, die Medien und uns selbst, die den Worten der Zeitzeugen einen geradezu religiösen Wert zuschreiben – ganz so, als würde der Umstand, »dort«, an den Orten des Traumas, gewesen zu sein, sie vor jeder möglichen Kritik bewahren.

Zur Folge hat dies letztlich eine schrittweise, aber unaufhaltsame Delegitimierung der Geschichtswissenschaften als Instanz, welche über die adäquatesten Erzählungen bestimmt. An ihre Stelle tritt ein Autoritätsprinzip (»Ich glaube es, weil er oder sie das so gesagt hat«),⁴ das davon abhält, die Glaubwürdigkeit eines Zeugnisses und die Lehren, die daraus gezogen werden können, zu hinterfragen. Von Nachgeborenen, die ihrer »Pflicht zum Erinnern«

2 Zitiert von Frida Bertolini: *Gli inganni della memoria. Testimonianza, falsificazioni, negazioni*. Mailand 2016, S. 103.

3 »Die größte Zahl der Zeugen, sowohl der Verteidigung wie der Anklage, sind inzwischen verstorben, und die, die übriggeblieben sind und sich noch bereit erklären, als Zeugen aufzutreten (weil ihre Gewissensbisse nachgelassen haben beziehungsweise ihre Wunden vernarbt sind), verfügen über immer unschärfer werdende und stilisierte Erinnerungen, die mitunter, ohne daß ihnen dies bewußt wird, von Mitteilungen beeinflusst sind, die sie erst später der Lektüre von Büchern oder den Erzählungen anderer entnommen haben.« Primo Levi: *Die Untergegangenen und die Geretteten* [1986]. Übersetzung aus dem Italienischen von Moshe Kahn. München/Wien 1990, S. 15–16.

4 Charles Sanders Peirce: *Die Festlegung einer Überzeugung* [1877]. In: *Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus*, hg. von Karl-Otto Apel, Frankfurt 1967, Bd. 1, S. 293–325.

nachkommen möchten, wird erwartet, mit dem Leiden der Opfer in einer Weise Empathie zu zeigen, dass sie sich mit den (früheren und gegenwärtigen) Forderungen der Opfer vollständig identifizieren. »Wir sind alle Anne Frank«, oder wer auch sonst an dieser Stelle steht.

Was sind die Folgen? In einem überwiegend narrativen Wahrheitsregime, das auf dem Dogma der Unfehlbarkeit von Zeitzeugen beruht, verspüren nur wenige außerhalb der Erinnerungsgemeinschaft den Drang, die historischen Ereignisse nach überprüfbaren Methoden zu deuten – nach den geltenden »Spielregeln«, an die sich wissenschaftliche Forschung gemeinhin zu halten hat. Die meisten begegnen dem Zeitzeugen, dem sie die quasi-prophetische Fähigkeiten zuschreiben, Wahrheit von Unwahrheit zu unterscheiden, mit blindem Vertrauen. Auf längere Sicht verlernt so die Erinnerungsgemeinschaft, skeptisch zu sein und ihrer eigenen kritischen Urteilskraft zu vertrauen. Nur jenen Erzählungen, die Überzeugungen bestätigen, welche bereits a priori aufgrund der eigenen Quellenbezüge feststehen (wohingegen gegenläufige Berichte automatisch als falsch gelten), wird geglaubt. Es ist kein Zufall, dass naive Leichtgläubigkeit mit der Popularität unterschiedlichster Verschwörungstheorien locker Schritt halten kann.

Das Mandat der »Hüter der Erinnerung« wird also jenen Personen, Vereinen und Institutionen zuteil, die im Namen der Opfer sprechen. Sie sind die Zeugen der Zeugen, ihre Legitimität beziehen sie aus einer Art von osmotischem Kontakt mit jenen, die »dort waren«. Diese Erinnerungshüter beschützen das symbolische Erbe vor unerwünschten Eingriffen oder Verletzungen und stellen sicher, dass Außenstehende die Schwelle zum Heiligtum nicht überschreiten. Sie sind es, die festlegen, wer sich auf das Andenken der Toten berufen darf, um ihre Sache zu unterstützen, indem sie einschlägige Feststellungen treffen (in Sander Gilmans Worten: »wer der Nazi ist und wer der Jude«) – und sie sind es auch, die die Unzulässigkeit aller anderen Verwendungen der Erinnerung boykottieren.

Deutlich zeigte sich dies während des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien: Alle Gruppierungen, die in den multilateralen Konflikt involviert waren, formulierten ihre territorialen Ansprüche in einer am Holocaust ausgerichteten Opferterminologie – was nicht dabei half, die Komplexität des Konflikts zu verstehen, geschweige denn ihn zu lösen. Die Aufgabe zu bestimmen, wer die Nazis und wer die Juden waren, übernahm eine Reihe von selbsternannten westlichen Erinnerungshütern: Milošević mit Hitler zu vergleichen, war in Ordnung; weniger hingegen, den Vergleich auf kroatische Nationalisten auszudehnen...

Angesichts des ungezügelter Wettbewerbs unterschiedlicher Narrative, die alle nach allgemeiner Anerkennung streben, sowie angesichts der Abwesenheit einer unabhängigen (also idealen) Instanz, an die man sich wenden könnte, um die relative Glaubwürdigkeit der einzelnen Narrative zu beurteilen, ist das Bedürfnis nach Erinnerungshütern verständlich. Doch der Preis, den wir für die Stellvertretung zahlen, ist enorm. Denn faktisch verdrängt die charismatische Autorität der Erinnerungshüter das Aufklärungsprojekt eines umfassenden kritischen Bewusstseins, dessen wichtigster Garant vernünftige Argumente sind oder zumindest sein sollten.

Es sollte niemanden überraschen, dass zu bestimmten Anlässen dasselbe autoritäre Prinzip von denjenigen, die dieses in ihrer Geschichte immer wieder hochgehalten haben, dazu genutzt wird, ihre eigenen Interessen mit allen nötigen Mitteln durchzusetzen: »America First!«, Italien den Italienern, Ungarn den Ungarn, die Ukraine als Wiege Russlands und so weiter.

2. Die Individualisierung der Geschichte

Die Aporien der »kosmopolitischen Erinnerung«⁵ lauern im Gegensatz zwischen der vermeintlichen Universalität der Kernnarration auf der einen und der unvermeidbaren Spezifität, wofür sie verwendet wird, auf der anderen Seite. Erinnerung kann nun mal nicht universal sein. Sie steht immer im Dienst der Interessen und besonderen Empfindlichkeiten desjenigen, der ihre Form im jeweiligen Moment kontrolliert. Ein wesentliches Kennzeichen von Erinnerung ist die Tatsache, dass sie immer zu jemandem gehört, der sie als eine persönliche Ausstrahlung seiner selbst erachtet und deshalb mit ihr machen kann, was er will. Deswegen: Selbst, wenn sich jemand nur schlecht an ein Ereignis erinnert (z. B. nicht vorhandene Details erwähnt oder störende Elemente auslässt), kann ihm dennoch niemand diese Erinnerung nehmen, so unvollkommen sie auch sein mag: »Ich könnte mich irren, aber das ist, woran ich mich erinnere«. Meine Erinnerungen gehören mir.

Während einer Person ihre individuelle Erinnerung nicht in Abrede gestellt werden kann, stellt sich die Sache im Hinblick auf die so genannte kollektive Erinnerung komplizierter dar. Von »unserer Erinnerung« zu sprechen impliziert, dass alle Individuen, die unter dieses »wir« fallen, die gleiche

5 Daniel Levy und Natan Sznaider: Memory Unbound. The Holocaust and the Formation of Cosmopolitan Memory. In: European Journal of Social Theory 5(1), 2002, S. 87–106.

Vorstellung von der Vergangenheit teilen. Sich auf eine angemessene Version über vergangene Ereignisse zu einigen, ist allerdings eine schwierige Aufgabe. Denn wer entscheidet darüber, welche Geschehnisse aufgenommen oder weggelassen werden, welche Details besondere Aufmerksamkeit verdienen, welche Ursache welche Wirkung zeitigte, welche Interpretationen gelten und welche Perspektiven bevorzugt werden? Und wer hat das letzte Wort, wenn die Versionen nicht übereinstimmen? Je weiter die respektiven Ereignisse zurückliegen, desto kniffliger wird die Angelegenheit.

Was geopfert wird, wenn die Vergangenheit ausschließlich unter dem Aspekt der Erinnerung betrachtet wird, ist der öffentliche Charakter von Geschichte. Das Problem besteht nicht so sehr darin festzulegen, wie sich die Dinge wirklich abgespielt haben oder auf wie viele verschiedene Arten sich dasselbe Ereignis erzählen lässt. Vielmehr geht es um das Recht und um den Vorrang der eigenen Sichtweise auf dieses Ereignis. Automatisch wird sich immer eine Perspektive gegenüber anderen durchsetzen. Das Erbe, das es zu bewahren gilt, ist die unveräußerliche Erinnerung an eine emotional aufgeladene Erfahrung, die keine historische Rekonstruktion jemals ihres subjektiven Inhalts entleeren kann.

Und genau hier liegt das Problem. Denn während die Krux jedes universalen Diskurses ist zu proklamieren: »Das gilt für alle«; lautet die Kernaussage jedes identitären Diskurses: »Ich allein habe dies erlebt« (und niemand sonst wird jemals wissen, wie es sich anfühlt, ich zu sein). Miteinander kombiniert ergeben die beiden Konzepte eine seltsame Chimäre: »Ich allein habe dies erlebt und deshalb gilt es für alle.« Mit anderen Worten: Gerade, weil meine Erfahrung (oder die meiner Gruppe) nur mir allein gehört, also gerade, weil ich das alleinige Recht auf meine (unsere) Erinnerung habe, sollen die besonderen Forderungen, die ich wegen dieser Erfahrung und dieser Erinnerung erhebe, allgemein anerkannt werden. Diesen Widerspruch aufzulösen, ist nicht möglich, was die endlosen Streitigkeiten um das Eigentum und die Kontrolle der Erinnerung (in jedem Land auf jeweils eigene Weise) zeigen.

3. Die Vereinnahmung der Sprache des Holocaust (für den universalen Anstrich der eigenen partiischen Argumente)

Heute erachten wir die Erinnerung des Völkermords an den Juden als Meilenstein im europäischen Bewusstsein. Und wir finden es so selbstverständlich, dass viele von uns überrascht sein werden, wenn man daran erinnert, dass die

»Europäisierung des Holocaust« ein eher jüngeres Phänomen ist. Diese Entwicklung begann erst in den 1990er Jahren, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer, als die ehemals kommunistischen Länder nach und nach in die Einflussosphäre der NATO gerieten und sich um den Beitritt zur Europäischen Union bemühten. Für Staaten, die die Aufnahme in den Westen anstrebten, wurde die Anerkennung des Holocaust – so eine berühmt gewordene Äußerung von Tony Judt – zur »zeitgenössischen europäischen Eintrittskarte«. ⁶

Der Gedankengang der politischen Entscheidungsträger war einfach: Wenn man voraussetzt, dass Identität erstens ein narratives Konstrukt ist und dass zweitens so genannte nationale Identitäten aus gesteuerten Prozessen des Geschichtenerzählens resultieren, warum sollte man dann nicht versuchen, in einer konzertierten Aktion das starre Konstrukt des nationalen Gedenkens aufzubrechen und mit Hilfe des wirkungsvollen Instruments der globalen Kommunikation ein Narrativ zu verbreiten, das abstrakt und deterritorialisiert genug ist, um die wertvollsten Teile eines Europas, das auf der Suche nach einer Identität ist, miteinander zu verbinden? Europa als Gralshüter der Menschenrechte – das wäre ein Europa analog zum amerikanischen Traum: multiethnisch, tolerant und gastfreundlich.

Doch bei näherer Betrachtung diente die Erinnerung an den Holocaust – und an die totalitäre Gewalt des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen – auch einem anderen Zweck: Es sollte den Triumph des Liberalismus illustrieren, das Licht am Ende des Tunnels und das ultimative Ende der Geschichte – was die Frage über alternative Gesellschaftsmodelle endgültig überflüssig machen sollte. Und tatsächlich war die postideologische, vermeintlich universale, opferzentrierte Erzählung hervorragend vereinbar mit der neoliberalen Marktwirtschaft auf der einen und der Idee der Menschenrechte auf der anderen Seite, wie es die Theoretiker des »Dritten Weges« propagierten.

Nicht vorausgesehen wurde aber, dass einzelne Staaten sich für ihre eigenen spezifischen nationalen Erzählungen ausgerechnet des Holocaustnarrativs bedienen würden – und vor allem nicht, dass das Narrativ sich in dieser Hinsicht als äußerst anpassungsfähig erweisen sollte, so beispielsweise,

6 Tony Judt: Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart [2005]. Übersetzung von Matthias Fienbork und Hainer Kober, Frankfurt 2009, S. 933. Der Verweis bezieht sich auf eine Bemerkung von Judt, der an dieser Stelle Heine paraphrasiert, der 1825 gesagt hatte, die Taufe sei der Preis, den die Juden für eine Eintrittskarte nach Europa zahlen müssten

- um die aus der Asche auferstandene Nation zu feiern (Israel),
- um sich von den schlimmsten Auswüchsen des Völkermordes zu distanzieren (Italien und Frankreich)
- um ihre Rolle als Befreier zu glorifizieren (Großbritannien und Vereinigte Staaten).

Der Fall Deutschlands stellt sich in dieser Hinsicht naturgemäß um einiges komplizierter dar.

Mit dem Eintritt der ehemals kommunistischen Länder in die westeuropäische Einflussphäre wurde das vorherrschende Narrativ weiter angepasst. Das kosmopolitische Modell, das den alten Kontinent um eine einzige antitotalitäre Erinnerung herum scharen sollte, ermutigte paradoxerweise eine Vervielfältigung lokaler Erinnerungen, die jeweils darauf abzielten, solche historischen Ereignisse hervorzuheben, die den Opferstatus der eigenen Gemeinschaft stärker herausstellten und gleichzeitig das Holocaustnarrativ als rhetorischen Bezugsrahmen weiter beizubehalten.

So wird zum Beispiel seit den achtziger und neunziger Jahren der verheerenden ukrainischen Hungersnöte von 1929 und 1933 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gedacht – wegen der Rolle, die Stalin und die Sowjetunion dabei gespielt hatten, jene Missstände zu verursachen, die zum Hungertod von mehreren Millionen Menschen führten. Doch die legitime Forderung nach Anerkennung dieser Verbrechen ging immer wieder mit einer fragwürdigen verschwörungstheoretischen Deutung der Gründe einher, warum die Welt gegenüber der ukrainischen Katastrophe so gleichgültig war – dieselbe Verschwörungstheorie, die sowohl die zahlreichen Pogrome als auch die Kollaboration mit den Nazis zwischen 1941 und 1944 inspiriert hatte. Und sie war es auch, die noch im Januar 2019 das Parlament in Kiew dazu brachte, einen Gedenktag zu Ehren der Taten von Stepan Bandera auszurufen. Betrieben wurde die nationalistische Propaganda in den 1990er Jahren vor allem von Diasporagemeinschaften in Kanada und den Vereinigten Staaten, die sich durch die Fernsehserie *Holocaust* (1978), in der Ukrainer als brutale Mörder dargestellt worden waren, angegriffen fühlten. Nicht nur, dass die Gemeinschaften die historischen Gewalttaten, die in der Ukraine gegen Juden verübt worden waren, verharmlosten oder gar leugneten. In einigen Fällen lebten selbst die schlimmsten antisemitischen Stereotypen wieder auf, etwa wenn »zionistische Juden« – gleichgesetzt mit den Bolschewiken – sowohl für die Hungersnot von 1932–1933 als

auch dafür, dass diese aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt worden war, verantwortlich gemacht wurden.⁷

Damit sind wir bei einer anderen Art der Vereinnahmung angelangt: bei der Ausbeutung des Holocaust als leerer narrativen Form, der sich jeder bedienen und in der sich jeder – *sogar Antisemiten* – als ein Opfer darstellen kann, das Entschädigungen und besondere Immunität verdient. Dabei geht es nicht nur darum, erlittenes historisches Unrecht als Grund für identitären Stolz geltend zu machen und die Erinnerung als nützliches Instrument zur Verfolgung an sich legitimer politischer Ziele zu betrachten (das Überleben eines Staates, die Wiederbelebung einer Gemeinschaft, die Emanzipation einer unterdrückten Gruppe und so weiter). Vielmehr dient in einigen Fällen der Rückgriff auf das Opfernarrativ dazu, Projekte der hegemonialen Selbstbestätigung, aggressive Souveränität und die Unterdrückung abweichender Meinungen zu verschleiern.

4. Der politische Gebrauch des Strafrechts

In Bezug auf die Unterdrückung von abweichenden Meinungen werden die autoritären Tendenzen der Erinnerungspolitik bei den Gesetzen gegen Holocaustleugnung (in Europa seit den 1990er Jahren in Kraft) am deutlichsten. Viele Historiker kämpfen seit mehreren Jahren gegen diese Einmischung der Politik in Bereiche, in die sie nicht hineingehört. Doch konnte dies den europäischen Rahmenbeschluss von 2008 nicht verhindern, der allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union empfiehlt, Gesetze zu erlassen, die das Leugnen und die gröbliche Verharmlosung der nationalsozialistischen und faschistischen (sowie der kommunistischen) Verbrechen unter Strafe stellen.

Gesetze gegen Holocaustleugnung stehen nicht nur im Widerspruch zum liberalen Grundrecht auf Meinungsfreiheit, sondern laufen auch Gefahr, ihren Absichten diametral entgegengesetzte Wirkungen zu erzielen, da sie

7 Vgl. John-Paul Himka: The Holodomor in the Ukrainian-Jewish Encounter Initiative. 2009. https://www.academia.edu/499209/The_Holodomor_in_the_Ukrainian-Jewish_Encounter_Initiative; und Per Anders Rudling: Memories of »Holodomor« and National Socialism in Ukrainian Political Culture. In: Yves Bizeul (Hrsg.): Rekonstruktion des Nationalmythos? Frankreich, Deutschland und die Ukraine im Vergleich. Göttingen 2013, S. 227–258.

den Leugnern erst ermöglichen, sich als Märtyrer der Demokratie darzustellen. Holocaustleugner rehabilitieren diejenigen, die Bücher verbrannten, und rufen dabei: »Gedanken dürfen nicht zensiert werden!« Hierin liegt das Paradoxon der zeitgenössischen Holocaustleugnung. Doch dieser Widerspruch funktioniert im Zusammenspiel mit einem ihm entgegengesetzten, allerdings spiegelbildlichen Paradoxon: der Idee, das Wiederaufleben der nationalsozialistischen Überzeugungen durch Zensur bekämpfen zu können.

Ein gutes Beispiel ist die so genannte Garaudy-Affäre. Im November 1995 erschien das Buch *Les mythes fondateurs de la politique israélienne* (»Die Gründungsmythen der israelischen Politik«), in dem Roger Garaudy, ein ehemaliger Kommunist, der erst zum Katholizismus und dann zum Islam konvertiert ist, weitgehend unverhohlen den Holocaust leugnete und behauptete, der Staat Israel habe den »Mythos des Holocaust« dafür instrumentalisiert, seine Expansionspolitik zu rechtfertigen. In der französischen Presse entbrannte daraufhin eine heftige Kontroverse, an deren Ende Garaudy nach dem Gaysot-Gesetz vor Gericht gestellt wurde. In der Zwischenzeit war bekannt geworden, dass der ehrwürdige (und in Frankreich zur beliebtesten Person des öffentlichen Lebens gewählte) Abbé Pierre seinen alten Freund Garaudy unterstützt, obwohl er das Buch selbst gar nicht gelesen hatte. Die Erklärung von Abbé Pierre erregte erhebliches Aufsehen und führte zu den üblichen emphatischen Aufrufen zum Recht auf freie Meinungsäußerung, was die Holocaustleugner natürlich sofort für sich ausnutzten. Als Garaudys Pamphlet in Ägypten erschien, wurde es in mehreren arabischen Zeitungen begeistert rezensiert, Garaudy selbst erlebte triumphale Empfänge in Damaskus, Amman, Beirut und Teheran. Auch andere Holocaustleugner ritten auf solchen Erfolgswellen und knüpften ihrerseits Kontakte in die Länder des Nahen Ostens, wo sie – frei von jeglicher Notwendigkeit, ihre Reden neutral erscheinen lassen zu müssen – offen antisemitische Töne anschlagen und entsprechende Positionen vertreten konnten. So kam es, dass sich die Holocaustleugnung im Nahen Osten etablierte und in den Dienst einer äußerst wirksamen antizionistischen Propaganda gestellt werden konnte. Strafrechtlich relevante Erinnerungsgesetze sollten im Zusammenhang mit der zunehmenden Tendenz zur Einschränkung der Meinungsfreiheit betrachtet werden – in anderen Worten: im Kontext der Vermehrung von Meinungsstrafatbeständen im Namen anderer demokratischer Werte wie

Sicherheit, Recht und Ordnung oder des Schutzes kollektiver Identitäten.⁸ In dieser Hinsicht sind Gesetze gegen Holocaustleugnung mit der Antiterrorgesetzgebung vergleichbar (beispielsweise mit dem 2014 in Frankreich verabschiedeten Gesetz zur Cyberüberwachung oder mit der Änderung des spanischen Strafgesetzbuchs in Bezug auf terroristische Straftaten, die über die eigentlichen terroristische Tat hinaus auch ihre Verteidigung unter Strafe stellt). Rechtlichen Maßnahmen, die auf Hassrede abstellen, neigen dazu, die Grenzen zwischen Gewalttaten und Propaganda und damit die Unterscheidung zwischen Wort und Tat, zwischen völkermörderischer Gewalt und deren Rechtfertigung immer mehr zu verwischen.

Es ist möglich, dass Holocaustleugner bei passender Gelegenheit auch in der Realität zu Schlägern und Peinigern von Juden werden. Aber innerhalb der Grenzen des Systems, das wir als demokratisch erachten, muss es weitere Anzeichen dafür geben, dass ein gedankliches Verbrechen wirklich in die Tat umgesetzt werden soll, bevor der Staat dazu befugt ist, einzugreifen und es bereits im Ansatz zu verhindern. Andernfalls wären wir der Welt von *Minority Report* gefährlich nahe.

An dieser Stelle offenbaren die strafrechtlich relevanten Erinnerungsgesetze ihre dunkelsten Implikationen. Sind wir denn sicher, dass es den Befürwortern dieser Gesetze hauptsächlich um den Kampf gegen Rassismus geht? Oder könnte man jene Gesetze – wie manch einer bereits nahegelegt hat – auch als erzieherisches Instrument zur Erhaltung des Konsenses betrachten? Könnte es denn nicht auch darum gehen, kollektive Identitäten zu formen und zu festigen; den inneren Zusammenhalt zu betonen, auch wenn es keinen gibt (wer auch immer wir sind, wir sind keine Terroristen oder Holocaustleugner); interne Konflikte nach außen zu verlagern (was haben Terroristen und Holocaustleugner gemeinsam, wenn nicht die Tatsache, dass sie nicht zu retten sind, und damit jene Art von Menschen, mit denen man aus Prinzip nicht spricht?); und möglicherweise darum, den Weg für die Kriminalisierung anderer Formen von abweichenden Meinungen zu ebnen (um die öffentliche Diskussion über bestimmte heikle Themen einzuschränken)?

Dass Erinnerungsgesetze zum Autoritarismus abdriften können, zeigt sich in vielen Ländern, in denen die Kriminalisierung der Leugnung des Holocaust nicht nur auf eine stetig wachsende Zahl von Völkermorden und anderen historischen Verbrechen ausgeweitet wird, sondern auch die Art und Weise

8 Vgl. Emanuela Fronza: *Memory and Punishment. Historical Denialism, Free Speech and the Limits of Criminal Law*. Berlin/Den Haag 2018.

beeinflusst, wie diese Ereignisse klassifiziert, gedeutet und erzählt werden. Zum Beispiel:

- Das tschechische Gesetz aus dem Jahr 2009 zählt das Anzweifeln von nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen zu strafbaren Handlungen.
- Das litauische Gesetz aus dem Jahr 2010 stellt die Leugnung und Verharmlosung jener Verbrechen unter Strafe, die die Sowjets während des Unabhängigkeitskampfes von 1990–1991 begangen haben.
- Das slowenische Gesetz aus dem Jahr 2011 weitet die Sanktionen für Verhöhnung auf eine unbestimmte Reihe von Völkermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen der Aggression aus.
- Das polnische Gesetz aus dem Jahr 2018 bestraft jeden, der das polnische Volk der Mithilfe an den nationalsozialistischen Verbrechen bezichtigt.

Wie weit kann die Entwicklung gehen, eine Theorie (egal, wie maßgebend sie ist) aus der Sphäre der Dialektik zu entfernen? Könnte die Kriminalisierung der Holocaustleugnung eines Tages auch auf die Leugnung oder Bezweifelung anderer wissenschaftlicher Wahrheiten übertragen werden, bspw. die Wirksamkeit von Impfstoffen, die Auswirkungen des Coronavirus oder die globale Erwärmung? Wenn erst einmal ein Präzedenzfall geschaffen ist, könnte die Kriminalisierung der Leugnung erwiesener Tatsachen den unterschiedlichsten Interessen dienen (die nicht unbedingt mit der Wissenschaft übereinstimmen müssen), vorausgesetzt, sie werden von der jeweiligen politischen Mehrheit unterstützt, die gerade an der Macht sitzt.

Eine beunruhigende Hypothese zeichnet sich ab: Neue Formen des Rassismus sind nicht trotz des Schutzschildes der Erinnerung entstanden. Vielmehr entspringt gerade das unnachgiebige Beharren auf der Pflicht zur Erinnerung dem gleichen kulturellen Klima und hat vielleicht unbewusst zum Aufkommen von neuen Konjunkturen der Fremdenfeindlichkeit beigetragen. Diese Umwälzung war implizit in ihren Prämissen enthalten, nämlich in der Anmaßung, die höchsten Werte der Demokratie durch den Einsatz subtiler autoritärer Methoden zu verteidigen.

Kurz gesagt: Ja, die neue Rechte hat die Erinnerung an den Holocaust gekapert. Aber wir haben ihnen beigebracht, wie man das macht.

Ein kolonialisiertes Palästina ist *die falsche* Antwort auf die Schuld der Welt

Tareq Baconi

Ende des Jahres 2019 begleitete der US-Botschafter in Israel, David Friedman, Premierminister Benjamin Netanjahu beim Anzünden der Chanukka-Kerzen an der Klagemauer in der Altstadt von Jerusalem. Als sich Netanjahu an die versammelten Reporter wandte, drängten sie ihn, etwas zu dem Durchbruch zu sagen, den die Palästinenser an diesem Tag errungen hatten. Nur wenige Stunden zuvor hatte Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, verkündet, es lägen genügend Gründe vor, um eine Untersuchung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten, die von allen Beteiligten – und damit eben auch von Israel – begangen worden seien, einzuleiten. Netanjahu antwortete, die Ankündigung komme einem

»[...] antisemitischen Dekret des Internationalen Gerichtshofs gleich, das uns, den Juden, die an dieser Mauer, an diesem Berg, in dieser Stadt, in diesem Land stehen, sagt, dass wir kein Recht haben, hier zu leben, und dass wir, wenn wir hier leben, Kriegsverbrechen begehen. Das ist unverhohlener Antisemitismus.«¹

Fast genau ein Jahr zuvor, im November 2018, stürmte ein bewaffneter Mann – ein weißer Amerikaner namens Robert Gregory Bowers – in die Tree of Life-Synagoge in Pittsburgh und tötete elf jüdische Gläubige und verletzte sechs weitere. Es war der schlimmste antisemitische Anschlag in der Geschichte der USA. Präsident Donald Trump und führende israelische Politiker flogen

1 <https://www.haaretz.com/israel-news/2019-12-22/ty-article/.premium/anti-semitic-decrees-netanyahu-slams-icc-prosecutors-call-to-probe-israel/0000017f-db3d-d856-a37f-ffffdc2b60000>

nach Pittsburgh, um ihr Beileid auszusprechen. Jeffrey Myers, der Rabbiner von Pittsburgh, machte Trump und andere Politiker für die Tat verantwortlich. »Herr Präsident«, sagte Rabbi Myers, »Hassrede führt zu hasserfüllten Handlungen. Hassrede führt zu dem, was in meinem Heiligtum passiert ist.«

Wenn sowohl der Internationale Strafgerichtshof als auch bewaffnete *White Supremacy*-Anhänger gleichermaßen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden, dann sind wohl Definitionen vonnöten, um zu erklären, was Antisemitismus ist und wie er bekämpft werden kann. Aber was passiert, wenn diese Definitionen selbst politisch instrumentalisiert werden?

Seit den Jahren der Trump-Regierung übernehmen immer mehr Länder die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). Die Definition wurde ursprünglich von Experten entwickelt, um antisemitische Vorfälle in Europa besser zu erfassen, später erweiterte man sie zu einem Instrument für den Umgang mit Antisemitismus weltweit.

Die IHRA führt elf Beispiele dafür an, was nach Ansicht der Verfasser Antisemitismus ausmacht. Sieben davon beinhalten Kritik am Staat Israel. Ein Befürworter der Definition erläuterte dies so:

»Wo der klassische Antisemitismus dem einzelnen Juden einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft verwehrt hätte, verwehrt der moderne Antisemitismus dem jüdischen Nationalstaat einen gleichberechtigten Platz unter den Nationen.«²

In diesem Nationalstaat, im Staat Israel, war es möglich, dass im Jahr 2021 der rechtsgerichtete Netanjahu durch einen noch weiter rechts stehenden Politiker ersetzt werden konnte – einen Mann, der einst den Jescha-Rat leitete, eine Dachorganisation, die die Siedlungen von »Judäa und Samaria« im besetzten Westjordanland vertritt. Und seit jenem Abend im Jahr 2019, an dem Netanjahu sich darüber empörte, dass Israel der Begehung von Kriegsverbrechen beschuldigt werde, ist bis zum Zeitpunkt dieser Tagung (2022) Folgendes geschehen:

Während eines Militäreinsatzes bombardierte Israel die Gebäude, in denen sich die Büros von Associated Press und Al-Jazeera im Gazastreifen. Bei dem Einsatz wurden 243 Palästinenser getötet, darunter 67 Kinder, womit 2021 zum tödlichsten Jahr für palästinensische Kinder seit 2014 wurde. Israel ermordete die unerschrockene Journalistin Shireen Abu Akleh, eine von mehr

2 <https://edition.cnn.com/2018/11/03/us/pittsburgh-shooting-first-shabbat>

als 30 Journalisten, die seit dem Jahr 2000 unter israelischem Beschuss getötet wurden. Der Oberste Gerichtshof Israels entschied, dass die Zwangsumsiedlung von mehr als tausend Palästinensern aus Masafer Yatta im Westjordanland legal sei, was einen direkten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Dies ist keine vollständige Liste.

Und zwischen diesen Schlagzeilen tötet, verhaftet und schindet Israel – im täglichen Drangsal der Besatzung – die Palästinenser weiter. Darunter sind allein in diesem Jahr 13 getötete Kinder und mehr als 400 Festgenommene, von denen die meisten mitten in der Nacht aus ihren Betten verhaftet wurden. Nur in diesem Monat (Juni 2022) töteten israelische Streitkräfte innerhalb von 24 Stunden vier Palästinenser im Westjordanland, womit sich die Gesamtzahl der bis zu diesem Zeitpunkt getöteten Palästinenser auf 62 erhöhte.

Israels neue antipalästinensische Propaganda: Die »Hasbara 3.0«

Heute agiert Israel mit neuer Energie und setzt seine Kolonialisierung Palästinas mit selbstbewusster Straffreiheit fort, bewaffnet mit starker diplomatischer Unterstützung und gestärkt durch regionale Bündnisse, die in den so genannten »Abraham-Abkommen« geschlossen wurden, und durch Donald Trumps Normalisierungsvereinbarungen, die im Falle Marokkos und des Sudans offener Bestechung gleichkamen. Demgegenüber verstärkten auch wir Palästinenser unser Engagement, indem wir den Rechtsweg vor dem Internationalen Strafgerichtshof weiter bestritten und unsere Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) ausweiteten. Auch wir haben seit dem Chanukka-Fest in Jerusalem im Jahr 2019 mehrere entscheidende Meilensteine errungen.

Im Jahr 2021 haben israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen nach unermüdlicher palästinensischer Fürsprache endlich anerkannt, was Palästinenser seit Jahrzehnten sagen: dass Israel das Verbrechen der Apartheid gegen das palästinensische Volk in unserem historischen Heimatland verübt. B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International haben allesamt überaus detaillierte und gut recherchierte Berichte veröffentlicht, aus denen sie die rechtliche Schlussfolgerung ziehen, dass Israel schuldig ist, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.

Im Mai letzten Jahres überwandten wir Palästinenser die koloniale Zersplitterung, die Israel uns auferlegt hatte, und erhoben uns vom Jordan bis zum Mittelmeer als geeintes Volk, das gegen das eine Apartheidregime kämpft, als

das, was wir inzwischen unsere »Einheitsintifada« nennen. Dieses Jahr – als israelische Soldaten die Sargträger von Shireen Abu Akleh niederschlugen und den internationalen Medien die Bösartigkeit ihres Regimes offenbarten – bot sich den Palästinensern ein ungewohntes Bild: Tausende von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten strömten in die Altstadt, um Jerusalem zurückzuerobern und unserer gefallenen Heldin zu gedenken.

Israels Reaktion auf die wachsende palästinensische Mobilisierung und auf unseren hart erarbeiteten Erfolg bei der Verbreitung unseres Narrativs auf der Weltbühne war, wie vorhersehbar, vehement. Neben einer Verhaftungswelle von Einzelpersonen in ganz Palästina intensivierte Israel auch die *Hasbara* – seine Taktik zur Delegitimierung des palästinensischen Widerstands.³

So wurden beispielsweise sechs Nichtregierungsorganisationen, die heute die Grundpfeiler der palästinensischen Bewegung bilden – einige von ihnen stehen im Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs in der vordersten Reihe – zu terroristischen Organisationen erklärt. Dazu gehört *Defense for Children International – Palestine*, die vornehmlich damit beschäftigt ist, die Tötung und Inhaftierung palästinensischer Kinder durch israelische Streitkräfte zu dokumentieren. Obwohl keinerlei Beweise für terroristische Aktivitäten der genannten Organisationen vorgelegt wurden und obwohl europäische Diplomaten erklärten, dass das vorgetragene Material »die erforderliche Beweisschwelle nicht erreiche«, versagte die internationale Gemeinschaft dabei, Israels Verleumdungskampagnen zurückzuweisen, sodass diese Organisationen derzeit um Finanzierung und Unterstützung kämpfen.

Und das sind nur die alten Werkzeuge, die schon in den Jahren des »Kriegs gegen den Terror« angewandt wurden. Seitdem gehen Israels *Hasbara*-Taktiken weit über die bloße Verknüpfung der Palästinenser mit Terrorismus hinaus. Die *Hasbara* 2.0, oder vielleicht sogar 3.0, ist jetzt darauf ausgerichtet, den palästinensischen Widerstand als antisemitisch darzustellen – und das hat weltweit Folgen. Wie der neue Just Vision-Film »Boycott« entlarvt, haben mehr als 30 US-Bundesstaaten Gesetze erlassen, die speziell auf die BDS-Bewegung abzielen, weil sie angeblich antisemitisch seien. Mehr als 35 Länder auf der ganzen Welt haben inzwischen die IHRA-Definition übernommen,

3 ›Hasbara« (auf Hebräisch) hat keine direkte Entsprechung im Englischen, kann aber mit ›Erklären« übersetzt werden, insbesondere im Dienste der öffentlichen Diplomatie. Für viele jüdische und palästinensische Kritiker der gegenwärtigen Regierung hat es die Bedeutung von ›Propaganda« angenommen.

der mittlerweile »Rechtsstatus und rechtliche Legitimität« zugesprochen wird, wie die Orientalistin Rebecca Gould meinte.⁴

Israelische Politiker bezeichneten die Berichte von Human Rights Watch und Amnesty als antisemitisch. Als der UN-Sonderberichterstatter Michael Lynk in seinem Abschlussbericht im vergangenen März ebenfalls anerkannte, dass Israel das Verbrechen der Apartheid praktiziere, reagierten israelische Politiker erneut mit dem Vorwurf des Antisemitismus. »Dieser Bericht«, so etwa Israels UN-Gesandter in Genf, »recycelt unbegründete und empörende Verleumdungen, die zuvor von Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden, die dasselbe Ziel verfolgen wie der Autor dieses Berichts: den Staat Israel, der der Nationalstaat des jüdischen Volkes ist, zu delegitimieren und zu kriminalisieren.«

Synergie der Ideologien

Die Stoßrichtung der israelische Politik, die ich hier skizziere, dürfte für jeden klar ersichtlich sein. Der Kampf für die Rechte der Palästinenser – mit Hilfe des Völkerrechts, des Internationalen Strafgerichtshofs und der UNO – sei antisemitisch. Er stelle eine Bedrohung dar und muss vom Staat bekämpft werden, er erfordere genauso dezidiertes oder vielleicht sogar noch massiveres staatliches Eingreifen als das Erschießen von Gläubigen in Synagogen im Namen von *White Supremacy*. Die implizite Gleichsetzung von *White Supremacy* und dem Kampf für die Rechte der Palästinenser wird noch unheimlicher und perfider, wenn man bedenkt, dass sich die überwältigende Mehrheit der derzeitigen antisemitischen Vorfälle auf die Ideologie der *White Supremacy* zurückführen lässt. Eine solche verzerrende Darstellung ist das Ergebnis von Synergien zwischen rechter Ideologie und Zionismus, und das zeigt sich daran, dass sich die Unterstützung für Israel mit zunehmend repressiven Taktiken verknüpft.

Dieser Trend gedeiht zurzeit sowohl in autoritären Regimen als auch in vermeintlich liberalen und demokratischen Staaten. In Großbritannien, wo ich lebe, drängt die Regierung darauf, dass die IHRA-Definition von Universitäten übernommen und Anti-BDS-Gesetze von den Kommunen angewandt

4 Gould, R. R. (2018). *Legal Form and Legal Legitimacy: The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech*. Law, Culture and the Humanities. <https://doi.org/10.1177/1743872118780660>

werden. 2019 wurde einer Fahrraddemonstration für Gaza die Genehmigung durch den Stadtrat von Tower Hamlets verweigert, indem dieser erklärte, es bestehe ein »reales Risiko«, dass die Veranstaltung wegen einer möglichen Entsprechung von Beispielen, die in der IHRA-Definition genannt werden, als antisemitisch zu bewerten sei.

Unter Berufung auf die Anti-BDS-Gesetzgebung hat die gleiche Regierung nun pauschal und unspezifisch erklärt, dass mit öffentlichen Renten »keine Investitionsentscheidungen getroffen werden dürfen, die im Widerspruch zur Außen- und Verteidigungspolitik des Vereinigten Königreichs stehen.« Außerdem feierte diese Regierung zur gleichen Zeit ihr Vorhaben, Migranten und Asylbewerber für ihre Gerichtsverfahren in Flugzeuge nach Ruanda zu setzen. Diese antidemokratische Politik ähnelt auffallend den Bemühungen der britischen Regierung in den 1980er Jahren, den Boykott des südafrikanischen Apartheidsystems einzuschränken.

In der gleichen Zeit werden in Deutschland Palästinenser, die eine Kufiya⁵ tragen und an die Nakba erinnern, zur Vernehmung festgenommen, sie verlieren ihren Arbeitsplatz, werden verunglimpft und sogar mit Nazis verglichen – und das alles vor dem Hintergrund, dass die eigentliche Neonazi-Partei AfD vor nicht allzu langer Zeit zu einer der größten Oppositionsparteien im Bundestag wurde. In Frankreich wird Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt, außerdem verstärkte die Regierung von Emmanuel Macron ihr Vorgehen gegen französische Muslime, unter anderem durch die Verabschiedung eines Gesetzes, das dem Staat die Überwachung von muslimischen Organisationen erlaubt.

Weltweit pflegt Israel enge Beziehungen zu Regimen wie dem von Viktor Orban in Ungarn oder der ehemalige Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien sowie zu den christlichen Evangelikalen in den Vereinigten Staaten, die alle einen abscheulichen Antisemitismus mit zionistischen Visionen verbinden, Israel begeistert zu ihrem Vorbild erklären und behaupten, es gehe ihnen dabei um den Schutz der Erinnerung an den Holocaust. Dass sich im Mittleren Osten ein Apartheidregime bei Diktatoren in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder im Bahrain einschmeichelt, wird weltweit als Beispiel für ein Abkommen gefeiert, das Frieden, Koexistenz und religiöse Toleranz verkörpert. In Wirklichkeit sind diese Deals nichts anderes als eine Bestätigung dafür, dass gera-

5 »Kufiya« heißt das Kopftuch, das im Deutschen auch als »Palästinensertuch« bezeichnet wird (Anmerkung der Übersetzerin).

de eine konterrevolutionäre und antidemokratische regionale Architektur der Überwachung und Unterdrückung entsteht.

Im Zusammenhang mit diesen beunruhigenden Entwicklungen möchte ich drei allgemeine und miteinander verknüpfte Punkte besonders hervorheben:

Erstens sollte jedem klar sein, dass es bei all dem nicht um Antisemitismus geht – es geht um Geopolitik. Rechte und konservative Regierungen, häufig rassistisch und demagogisch, sind nützliche Verbündete für Israel, und damit für einen Staat, der der westlichen liberalen Ordnung genauso ablehnend gegenübersteht, auch wenn er versucht, sich in dieser Sphäre fest zu positionieren.

Israel ist ein Apartheid- und Kolonialstaat, der es dessen ungeachtet schafft, enge diplomatische, militärische und wirtschaftliche Beziehungen zu westlichen liberalen Demokratien zu unterhalten. Dass ihm das so gut gelingt, macht ihn zu einem attraktiven Modell für illiberale Demokratien und autoritäre Regime. Die Konjunktur solcher Bündnisse in der Region und darüber hinaus ist logisch – und zugleich ein Hinweis darauf, wohin sich die internationale Ordnung zurzeit entwickelt und wie dabei die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Rechtsnormen systematisch ausgehöhlt werden. Die irreführende Vermischung von Politik und Antisemitismus erweist sich außerdem als nützliches Instrument für westliche Regierungen bei ihrem Bestreben, im Rahmen ihrer eigenen Innenpolitik Kulturkriege zu schüren.

Zweitens beschränken sich Israels Angriffe auf den palästinensischen Aktivismus keineswegs auf Palästinenser. Vielmehr stellen sie zugleich Attacken auf die allgemeine freie Meinungsäußerung sowie auf internationale Rechtsordnungen und -normen dar. Die Anti-BDS-Gesetzgebung unterfüttert den illiberalen Staat. Sie hat dabei Schlupflöcher geschaffen, die nun missbraucht werden, um Gesetze zu verabschieden, die sich gegen Waffenkontrolle, grüne Energie und Abtreibung richten. In dieser rechten demagogischen Realität kann Israel weiterhin gedeihen und Straffreiheit genießen. Der weit verbreitete Verkauf von Israels Pegasus-Software an autoritäre Staaten in der ganzen Welt, von Saudi-Arabien bis Ruanda, ist nicht nur ein kommerzieller Erfolg, sondern zugleich eine sorgfältig ausgeklügelte geopolitische Strategie. Und die erinnert sehr an die Art von weitreichenden, geheimen Beziehungen, die Israel in den 1960er und 70er Jahren mit Südafrika unterhielt, um die zunehmende internationale Isolation des Apartheidregimes abzufuffern.

All diese Bemühungen, die Meinungsfreiheit einzuschränken, Bewegungen zu untergraben, die für Freiheit und Gleichheit kämpfen, und illiberale De-

mokratien und autoritäre Regime zu fördern, generiert – drittens – Kollateralschäden, die in Wirklichkeit ausgerechnet jüdische Gemeinden treffen, die für all das oftmals zum Sündenbock gemacht werden. Die israelischen Behauptungen, der BDS und die UNO seien antisemitisch, machen die Bemühungen zur Bekämpfung des tatsächlichen Antisemitismus und anderer Formen des Rassismus, die Hand in Hand mit dem Hass auf Juden gehen, zur Farce.

Unsere Handlungsmacht, unsere Stimme

Welche Rolle spielt das alles nun für die Palästinenser? Die Antwort ist einfach: Gar keine. In dieser Gleichung, in diesen Überlegungen bilden die Palästinenser nichts weiter als eine Kulisse und sind dabei bestenfalls stumm, schlimmstenfalls ein Ärgernis. Manchmal ertappe ich mich bei dem Gedanken, dass die Palästinenser nur die Leinwand darstellen, vor der sich die jüdischen Psycho-dramen abspielen.

Wir Palästinenser wurden in die Lage gezwungen, in der wir uns heute ungewollt befinden, und zwar aufgrund der schlichten Tatsache, dass wir von einem Staat kolonialisiert wurden, der sich selbst als jüdisch definiert. Um es klar zu sagen: Wenn wir Palästinenser von einem nicht-jüdischen Staat kolonialisiert worden wären, dann würden wir uns genauso bis heute gegen unsere Kolonialisierung wehren. In diesem Sinne ist dies eine Fortsetzung des historischen palästinensischen Dilemmas.

Die Zusammenhänge zwischen der aus dem Holocaust resultierenden Schuld des Westens und der Unterstützung für die Gründung Israels sind ebenso gut erforscht wie die Wurzeln des Zionismus, der im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auf den erbitterten Widerstand der einheimischen Palästinenser stieß. Die Palästinenser sind die indirekten Opfer, der Kollateralschaden des europäischen und christlichen Antisemitismus. Da man in ihnen minderwertige Menschen und ein irrelevantes Volk sah, das in den Entscheidungsprozessen der kolonialen Mächte und Denkstrukturen keine Rolle spielte, hatte die Not der Palästinenser für den Zionismus keine Relevanz. Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land – so lautete die Trope, die man besser nicht wiederholt.

Hundert Jahre später exportieren die gleichen europäischen Mächte – einschließlich Deutschland wegen seiner eigenen grausamen Geschichte – dieses Mal nicht ihren Antisemitismus, sondern tragen ihre Suche nach Absolution

auf dem Rücken der Palästinenser aus. Und die Palästinenser selbst haben dabei noch immer nichts zu sagen. Sie sind unsichtbar.

Aus den einst dämonisierten Juden – die heute mit ihrem atomar bewaffneten Staat volle souveräne und nationale Kontrolle genießen – sind Wunderkinder geworden, Bewohner eines Staates, der nichts falsch machen kann. Und in ihrem Bedürfnis nach Absolution haben Staaten wie Deutschland die Palästinenser wieder einmal als Kollateralschäden akzeptiert. Deren Unterdrückung und Kolonialisierung scheint der Preis zu sein, den Deutschland bereit ist zu zahlen, um für seine Verbrechen in der Vergangenheit zu büßen. Es müssten vor der Fortsetzung der israelischen Apartheid und Kolonialisierung die Augen verschlossen werden, damit der Staat nicht beschädigt wird und alte Traumata nicht wieder aufleben. Dazu müssen alle Stimmen, die von palästinensischer Befreiung sprechen oder palästinensisches Leben feiern, zum Schweigen gebracht werden, sogar wenn diese Stimmen selbst jüdisch sind.

Diese Realität hat nicht nur etwas mit dem herrschenden Diskurs zu tun, wenn etwa die IHRA-Definition klarstellt, dass das palästinensische Narrativ *ipso facto* antisemitisch ist. Vielmehr hängt sie mit der realen materiellen Struktur jüdischer Vorherrschaft und Apartheid im kolonialisierten Palästina⁶ zusammen, welche sich auch auf die Praktiken der Erinnerung und des Gedenkens an den Holocaust erstreckt. In Jerusalem ist beispielsweise ausgerechnet das Holocaustmuseum Yad Vashem auf einem Gelände erbaut, das auf die Ruinen des Dorfes Deir Yasin blickt, in dem zionistische Kräfte während der Nakba 1948 ein blutiges Massaker verübten, um die Vertreibung der Palästinenser zu erleichtern und die zionistische Kolonialisierung zu ermöglichen.

Besucher, die das nicht wissen, werden durch ein Museum gehen, das das schreckliche Verbrechen des Holocaust dokumentiert, und am Ende der Dauerausstellung auf eine Aussichtsplattform treten, von der aus sie grüne Felder

6 Dieser Punkt ist wichtig und verdient eine Klarstellung bezüglich der gewählten Formulierung. Diese Apartheid ist im Falle Israels ein System der Vorherrschaft, die jüdisch ist und nicht israelisch. Zum einen können auch Palästinenser, die israelische Staatsbürger sind, unterdrückt und Opfer werden – die israelische Staatsbürgerschaft schützt den Einzelnen nicht vor diesem System. Zum anderen bietet die israelische Apartheid durch das Rückkehrgesetz Privilegien für Juden, die keine israelischen Staatsbürger sind. Wie B'Tselem festgestellt hat, »ist dies ein Regime jüdischer Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer.« Um Missverständnisse zu vermeiden, haben wir eine Klarstellung hinzugefügt, dass diese Behauptung geographisch auf das kolonialisierte Palästina beschränkt ist, wie der Titel des Vortrags nahelegt.

sehen, ohne jemals zu realisieren, dass sie auf blutgetränkte Erde blicken. Diese Löschung der palästinensischen Katastrophe in einem Raum, in dem des Holocaust gedacht wird, ist eine brutale Trivialisierung der Lehren aus diesem. Sie spiegelt eine Verdrängung wider, zu der die israelische Führung beitrug, unterstützt von Deutschland und anderen europäischen Mächten.

Um den Kreislauf zu durchbrechen, in dem Palästinenser als passive Akteure betrachtet werden, auf denen entweder deutscher Antisemitismus oder deutsche Schuld abgeladen wird, möchte ich abschließend den Schwerpunkt verschieben und – fernab einer europäischen und kolonialen Perspektive – den Blick direkt auf die Palästinenser richten, die seit jeher eine eigene Handlungsmacht hatten – und auf unsere eigene Stimme.

Ich möchte an alle Palästinenser in Deutschland und an unsere Verbündete an den Fronten dieses repressiven Trends in Europa einen Gruß senden. Und ich möchte sagen, dass wir uns als Palästinenser dagegen wehren, dass ausgerechnet wir uns gegen Vorwürfe des Antisemitismus verteidigen sollen. Es gibt keinen Grund für mich, hier auf dieser Bühne, auf dieser Konferenz, als Palästinenser zu stehen. Denn wir sind nicht Opfer, die keine eigene Stimme hätten, und auch nicht diejenigen, auf denen einfach der europäische Rassismus und Neokolonialismus abgeladen werden könnte. Deshalb möchte ich der Klarheit halber und um des moralischen und politischen Widerstands willen unser eigenes Narrativ direkt in diesen Raum einbringen.

Seit über einem Jahrhundert kämpfen wir Palästinenser gegen den Zionismus, eine rassistische und koloniale Siedlerbewegung mit dem Ziel unserer Vernichtung. Im Jahr 1948 erklärte die zionistische Bewegung die Gründung des Staates Israel und konstituierte sich als Apartheidregime in der festen Absicht, die jüdische Vorherrschaft in Palästina durchzusetzen. Seitdem hat Israel seine anhaltende Kolonialisierung palästinensischen Landes und die unerbittliche Enteignung des palästinensischen Volkes ausgeweitet; ein zweifacher Prozess der territorialen Ausbreitung und demografischen Steuerung. Heute ist Israel ein Apartheidstaat mit vollständiger souveräner Kontrolle über ganz Palästina, von dem Fluss Jordan bis zum Mittelmeer, der das palästinensische Volk in der Heimat wie in seinem Exil verfolgt. Jeder Palästinenser trägt diese schlichten Wahrheiten in seinem Herzen und legt davon täglich ein Zeugnis ab.

Zu diesem entscheidenden Zeitpunkt der Geschichte scheinen sich die westlichen Demokratien dazu entschieden zu haben, ihre eigenen hochtrabenden Bekenntnisse zu liberalen Werten absichtlich zu unterlaufen und dabei McCarthy-artige Taktiken anzuwenden, um ihre Schuld herunterzuspielen,

Israel zu erlauben, sich weiter zu entfalten, und ihre eigenen, zunehmend autoritären Pläne zu fördern. Da sie die diplomatischen und militärischen Beziehungen zu Israel weiter ausbauen, ist die Aufgabe für die Palästinenser klar. In unserem Kampf für Freiheit sind wir zu den Hütern des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Rechenschaftspflicht geworden. Obwohl all das sowohl ein Joch als auch ein Privileg ist, das wir uns nicht ausgesucht haben, werden wir weiter für unsere Emanzipation, für ein freies Palästina und für eine Welt kämpfen, in der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit für alle gelten.

Teil 2: Internationale Beispiele

Philosemitischer McCarthyismus

Susan Neiman

Wie erinnern wir an jene Zeiten in unserer Geschichte, die wir lieber vergessen würden? Meistens mit Revisionismus oder Verdrängung. Ähnlich wie beim Verfassen eines Lebenslaufes unterschlagen wir gerne die Fehlgriffe und heben dafür die Erfolge stärker hervor. Da sind Nationen kaum weniger als einzelne Menschen geneigt, ihre Vergangenheit zu beschönigen. Während sich Historiker in den Archiven abmühen, um so etwas wie Wahrheit zu ermitteln, bleibt das öffentliche Erinnern ein politisches Projekt mit einem tendenziell prekären Verhältnis zu den Tatsachen.

Offizielle Geschichtsbilder eines Landes sollen Identitäten schaffen, die die Menschen mit Stolz hochhalten können. Wenn sich nationale Misserfolge nicht positiv umwerten lassen, aber zugleich zu groß sind, um verschwiegen zu werden, stilisieren sich Individuen genauso wie Nationen zu Opfern: Eigentlich wären wir Helden, doch die Geschichte fegte über unsere Anstrengungen gnadenlos hinweg. Einige Nationen pendeln zwischen Helden- und Opfererzählung hin und her – man denke etwa an Polen und Israel. Doch bis vor kurzem hat noch kein Land sein historisches Narrativ darauf begründet, Verbrechen verübt zu haben, die die Welt erschütterten. Wer hätte sich jemals vorstellen können, dass dies ein Weg sein könnte, um nationale Identität zu konstruieren?

In den letzten Jahrzehnten hat Deutschland genau das getan. Es wäre zu einfach zu glauben, dass Deutschland angesichts der Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs gar nichts anderes übrig blieb, als Abbitte zu leisten. Was im Übrigen vierzig Jahre lang auch nur wenige (West-)Deutsche so sahen: Stattdessen kultivierte man ein Narrativ, wonach man selbst das größte Opfer des Kriegs war. Die Argumentation, die sehr an die Verteidiger der revanchistischen *Lost-Cause*-Ideologie nach der Niederlage im amerikanischen Bürgerkrieg erinnert, lautet dabei ungefähr so: Wir sind es doch, die den Krieg verloren haben, es

waren unsere Städte, die in Trümmern lagen, und unsere Männer, die gefallen sind oder in Kriegsgefangenenlagern dahinvegetierten.

Auch wenn das im Einzelnen nicht falsch ist, so blendet es den eigentlichen historischen Kontext aus, was solche Litaneien zu jenen unehrlichen und selbstsüchtigen Apologien macht, die sie nun mal sind. Doch um Deutschland, und zwar nicht nur das von heute zu verstehen, muss man wissen, dass das Gefühl, Opfer zu sein, im Nachkriegsdeutschland genauso tief und stark empfunden wurde wie in allen anderen Ländern, die unter den Verwüstungen des Krieges gelitten hatten. Was gibt es für einen besseren Weg, um sich vor der Verantwortung für das Leid anderer zu drücken, als sich auf das eigene zu konzentrieren? Natürlich wussten die Deutschen, dass sie etwas tun mussten, um in der Welt wieder Gnade zu finden. Die Reparationen, die in der Nachkriegszeit – wenn auch nur widerwillig – an die Überlebenden des Holocaust und an den Staat Israel gezahlt wurden (und in ihrer Höhe äußerst dürftig ausgefallen sind), waren dann allerdings von der Annahme begleitet, dass die Rechnung damit beglichen sei. Damit würde es keine weiteren Bekundungen von Reue brauchen. Die Westdeutschen waren der Meinung, dass sie die Jahre 1933 bis 1945 aus dem Geschichtsunterricht streichen und die Nazis im öffentlichen Dienst belassen konnten – das war dann auch der Grund, warum Schulen, Universitäten und die Regierung Menschen beschäftigen konnten, die lieber der Bombardierung Dresdens gedachten als dem Massenmord in Auschwitz.

Nur wenige außerhalb Deutschlands wussten, wie unwillig das Land anfangs bereit war, seine Verbrechen einzugestehen: Die meisten sahen den beschämten Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos im Jahr 1970. Für Außenstehende machte seine Geste Sinn, seine Mitbürger hingegen waren überwiegend entsetzt über seine Entschuldigungstour. Diese Ablehnung war mit ein Grund für die Kürze seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Zu dieser Zeit gestanden sich nur wenige Deutsche die Verbrechen ihres Landes ein, geschweige denn, dass sie bereits gewesen wären, sie zu sühnen. Aber langsam begann sich dies zu ändern.

Ostdeutschland war da anders. Das Prosagedicht des Pfarrers Martin Niemöller findet sich auf Plakaten in der ganzen Welt:

Zuerst holten sie die Kommunisten,
aber ich habe nichts gesagt,
weil ich ja kein Kommunist war.

Dann holten sie die Sozialisten,
aber ich habe nichts gesagt,
weil ich ja kein Sozialist war.

Dann holten sie die Gewerkschaftler,
aber ich habe nichts gesagt,
weil ich ja kein Gewerkschaftler war.

Dann holten sie die Juden,
aber ich habe nichts gesagt,
weil ich ja kein Jude war.

Und dann holten sie mich.
Aber es gab niemanden mehr,
der etwas sagen konnte.¹

Das Gedicht ist eine schöne Formulierung des Gedankens, dass, wenn man sich selbst nicht für die Bürgerrechte aller einsetzt, es vielleicht dann niemanden gibt, der sich für einen einsetzt. Dabei wird allerdings oft übersehen, dass Niemöllers Zeilen auch eine schlichte Feststellung historischer Fakten sind: Sie holten *tatsächlich* zuerst die Kommunisten und so weiter. Deswegen waren die meisten führenden Politiker und Kulturschaffenden in Ostdeutschland überzeugte Antifaschisten. Einige hatten die Haft in den Konzentrationslagern der Nazis überlebt, andere waren ins Ausland geflohen, um ihr Leben zu retten. Viele von ihnen, unter ihnen Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Stefan Heym und Anna Seghers, kehrten aus dem Exil mit dem Ziel zurück, aus den Trümmern ein antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Doch als die Repressionen des Staatssozialismus nicht mehr zu ertragen waren, verließen einige das Land zum erneuten Male und gingen, wie der Philosoph Ernst Bloch, in den Westen.

Trotzdem leistete Ostdeutschland auf allen Ebenen mehr für die Entnazifizierung seines Landesteils als sein antikommunistischer Nachbar im Westen.²

1 Niemöller, Martin. »Als die Nazis die Kommunisten holten ...« — zitiert nach Martin-Niemöller-Stiftung. In: »Als sie die Kommunisten holten ...«, Martin-Niemöller-Stiftung, zuletzt abgerufen am 10.12.2025 <https://martin-niemoeller-stiftung.de/martin-niemoeller/als-sie-die-kommunisten-holten>

2 Ich bin mir durchaus dessen bewusst, dass diese Behauptung umstritten ist. Für eine ausführliche Argumentation, die sich auf Archivreuen und zahlreiche Interviews stützt, sei auf das dritte Kapitel meines Buches *Von den Deutschen lernen. Wie*

Mehr Nazis kamen vor Gericht, wurden häufiger verurteilt und auch wirklich aus ihren Ämtern entfernt. Man errichtete Gedenkstätten für die Opfer und komponierte eine neue Nationalhymne. Während in Ostdeutschland Lehrpläne, Filme und Fernsehsendungen das Böse des Nationalsozialismus behandelten, wurde in Westdeutschland sowohl in der Bildung als auch in der Populärkultur das Thema peinlich gemieden. Der 8. Mai, der Tag, an dem der Krieg geendet hatte, wurde im Westen als Tag der bedingungslosen Kapitulation übergangen, im Osten hingegen als Tag der Befreiung gefeiert.³ Selbstverständlich instrumentalisierte die ostdeutsche Regierung ihr antifaschistisches – aber unvollständiges und problematisches – Narrativ. Aber ihre Grundhaltung teilte sie mit dem Rest der Welt. *Die Nazis waren böse, sie zu besiegen war gut*, daran bestand auf der einen Seite der Mauer nie ein Zweifel. Im Gegensatz dazu schwangen im Westen bereits in diesem einfachen Satz viele Ambivalenzen mit.

Auch wenn die wiederholten Hinweise Ostdeutschlands auf die Anzahl der Nazis in der westdeutschen Regierung als kommunistische Propaganda abgetan wurden, wussten die Westdeutschen sehr wohl, dass etwas dran war. Die Hinweise trugen wesentlich zu dem Druck bei, der Westdeutschland schließlich dazu bewegte, die Entnazifizierung selbst ernsthafter anzugehen, nachdem die USA und Großbritannien ihre eigenen ohnehin schwachen Entnazifizierungsprogramme in den Westzonen Deutschlands eingestellt hatten, als der Kalte Krieg in die erste heiße Phase eintrat.⁴ (Die Altnazis galten im Kampf gegen die Sowjetunion als zu wertvoll, als dass man sie in irgendwelchen dunklen Gefängnissen verrotten ließe.) Doch die meiste harte Arbeit der Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit leisteten westdeutsche Intellektuelle, kirchliche Gruppen und Studierende, deren Empörung über ihre Nazi-Eltern und -Lehrer die 1960er Jahre in Berlin noch gewalttätiger machte, als sie in Berkeley waren. Gemeinsam drängten diese Gruppen die Zivilgesellschaft zu einem neuen Selbstverständnis, das sich dann 1985 in der Gedenkrede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum vierzigsten Jahrestag des Kriegs-

Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können (übersetzt von Christiana Goldmann, München: Hanser 2020) verwiesen. Einschlägig ist außerdem Arno J. Mayer: *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die »Endlösung«*, übersetzt von Karl Heinz Siber, Reinbek: Rowohlt 1989.

- 3 Allerdings hat die DDR den Tag der Befreiung während einigen Jahren am 9. Mai gefeiert, weil der Krieg erst nach Mitternacht in Moskau zu Ende war.
- 4 Vgl. Klaus Bästlein: *Der Fall Globke: Propaganda und Justiz in Ost und West*, Berlin: Metropol 2018.

endes niederschlug. Der gesellschaftliche Konsens lautete nun: Die Deutschen hatten zwar gelitten, aber andere hatten mehr gelitten, und Schuld an deren Leid war Deutschland. Wenn diese Einsicht bemerkenswert ist, dann allerdings nur deshalb, weil sie so lange auf sich warten ließ; doch Weizsäckers Rede schuf endlich ein neues Selbstbild: Vergessen sei die Schande von Versailles, fort mit Stalingrad und Potsdam – die Deutschen hörten auf, sich als die Opfer des zwanzigsten Jahrhunderts zu sehen. Ihre kollektive Identität war nun historisch einzigartig: Die Deutschen waren in erster Linie Täter.

Auch wenn eine ganze Reihe von Büchern, darunter mein *Von den Deutschen lernen*,⁵ den Prozess nachzeichneten, wie sich das Selbstbild der Deutschen von Opfern zu Tätern wandelte, ist es in letzter Zeit Mode geworden zu behaupten, dass eine echte Wandlung nicht wirklich stattgefunden hat. Die vielen jährlichen Rituale und Gedenkfeiern an die NS-Verbrechen werden zunehmend als bloßes »Erinnerungstheater« abgetan. Kritiker bemängeln, dass persönliche Diskussionen über Schuld und Scham selten bis in die eigenen Familienkreise vordringen, in denen die meisten lieber daran glaubten, dass der eigene Opa kein Nazi war, egal, was der Nachbar alles verbrochen hatte. Außerdem: Ist Deutschland denn nicht immer noch eine rassistische Gesellschaft? Und warum beschränkt man sich hierzulande auf die Verbrechen der Nazis und übergeht den Völkermord an den Nama und Herero in Namibia zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts?

Solche Fragen stellen in der Regel Leute, die zu jung sind, um sich an den offenen Antisemitismus und andere Formen des Rassismus zu erinnern, die im Deutschland der 1980er Jahre noch öffentlich akzeptiert waren. Wer diesen epochalen Wandel nicht selbst miterlebt hat, kann ihn wohl nicht als bahnbrechend ansehen; stattdessen werden die Veränderungen als neue Norm zur Selbstverständlichkeit. Doch diejenigen unter uns, die sich an die Zeit erinnern, in der die Deutschen schamlos antisemitische Klischees wiederholten und sich zugleich selbst zu Opfern stilisierten, sehen die dramatischen Unterschiede. Wir wissen außerdem, dass der Wunsch, die Verbrechen ihrer Vorfahren zu sühnen, bei vielen kein bloßes Theater ist, sondern echt – auch wenn es zuweilen hilflos wirkt. Die Bereitwilligkeit, mit der Deutschland auf die jüngsten Forderungen nach Aufarbeitung der Kolonialverbrechen reagiert, zeigt, dass es im Gegensatz zu Großbritannien oder Frankreich eine Praxis der historischen Aufarbeitung entwickelt hat, die mit den NS-Verbrechen

5 A.a.O.

begann und sich auf andere übertragen lässt. Wer meint, dass die Wiedergutmachung für den Völkermord in Namibia oder die Rückgabe geraubter Kunst an Nigeria zu gering ausfällt und zu spät kommt, sollte sich fragen, was beispielsweise Spanien in dieser Hinsicht getan hat, ob es sich zum blutigsten Kolonialregime der Menschheitsgeschichte bekennt, geschweige denn dafür Abbitte leistet.

Kein gebürtiger Deutscher würde so argumentieren, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Obwohl eine Reihe von Artikeln in jüngster Zeit behaupteten, dass Deutschland den Titel des »Weltmeisters der Erinnerung« nicht mehr für sich beanspruchen kann, habe ich in mehr als drei Jahrzehnten nie einen Deutschen getroffen, der sich jemals so bezeichnet oder diesen Prozess überhaupt gelobt hätte. Im Gegenteil: Die Deutschen sind selbst ihre eigenen schärfsten Kritiker, die bereitwillig zugeben, dass der Antisemitismus in ihrem Land immer noch grassiert. Das ist ein Zeugnis der Aufrichtigkeit ihrer Bemühungen um historische Aufarbeitung.

Es ist also nicht die fehlende historische Aufarbeitung des Holocaust, als vielmehr ihre Verdrehung, die im heutigen Deutschland zu einem philosemitischen McCarthyismus geführt hat, der das reiche, kulturelle Leben des Landes zu erdrosseln droht. In den letzten fünf Jahren ist die deutsche Geschichtsaufarbeitung völlig aus dem Ruder gelaufen, wobei die Entschlossenheit, den Antisemitismus von der Wurzel an zu bekämpfen, von Wachsamkeit in Hysterie umgeschlagen ist. Jeder Stipendienantrag und jede Stellenbewerbung werden genauestens auf entsprechende Anzeichen hin analysiert. Antisemitismusvorwürfe, egal aus welcher Quelle, dienen als Grund für die Aberkennung von Preisen, die Auflösung von Arbeitsverträgen oder die Absage von Ausstellungen und Aufführungen. Obwohl Polizeistatistiken zeigen, dass die meisten antisemitischen Hassverbrechen von weißen, rechtsgerichteten Deutschen begangen werden, geraten Muslime und People of Color am stärksten ins Visier von Medienkampagnen, was schon einige Menschen ihren Arbeitsplatz kostete.

Das Erstaunlichste an dieser philosemitischen Raserei ist die Art und Weise, wie sie genutzt wird, um Juden anzugreifen, darunter Nachkommen von Holocaustüberlebenden und so mancher der geschätzten 40 000 Israelis, die heute hier leben. Im Namen der Sühne für die Verbrechen ihrer Eltern und Großeltern beschuldigen nichtjüdische Deutsche öffentlich jüdische Schriftsteller, Künstler und Aktivisten des Antisemitismus. Denn leider das Wichtigste, was die Deutschen in den Jahrzehnten der historischen Aufarbeitung über die Juden gelernt hatten: *Sie waren unsere Opfer*. Als echter Jude, so schrieb die deutsch-jüdische Autorin Nele Pollatschek kürzlich, gilt nur, wer im Holocaust

gelitten und mindestens die Hälfte seiner Familie verloren hat. Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Für die Deutschen ist ein wirklicher Jude nur jemand, dessen Leben durch den Holocaust bestimmt ist. Obwohl es nun schon ein Jahrhundert her ist, dass der einflussreiche jüdische Historiker Salo Baron die von ihm sogenannte *lacrymose* Vorstellung von der jüdischen Geschichte als einer nicht enden wollenden Leidensgeschichte anprangerte, ist dies die Vorstellung, an der die meisten Deutschen festhalten. Daher sind Juden, deren Leben sich nicht auf das jüdische Leiden konzentriert, bestenfalls rätselhaft und schlimmstenfalls verdächtig.

Diese Sichtweise auf Juden lässt die gesamte Tradition des jüdischen Universalismus außer Acht, die genauso alt ist wie der biblische Vers, der die Juden auffordert, sich daran zu erinnern, dass wir Fremde in Ägypten waren und daher eine besondere Verpflichtung haben, uns um diejenigen zu kümmern, die fremd sind, egal wo – selbst, wenn es dabei um Palästinenser handelt. Jüdischer Universalismus ist die Reaktion auf jüdischen Nationalismus. Er steht in der Tradition der Propheten ebenso wie in der von deutsch-jüdischen Geistesgrößen von Moses Mendelssohn über Karl Marx und Albert Einstein bis Hannah Arendt, deren Fehlen in der Bundesrepublik regelmäßig beklagt wird. Es ist einfacher, Bilder von toten Juden auf Briefmarken zu drucken, als die Ideen zu erkunden, die sie berühmt gemacht haben. Denn Juden, die sich weigerten, jüdisches Leid in den Vordergrund zu stellen, passten nicht in den Lehrplan der Nachkriegszeit. Nach deutscher Logik könnten solche Juden die Bedeutung des Holocausts schmälern und damit die eigene Schuld der Deutschen.

Angela Merkels Erklärung von 2008, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson sei, war zu vage, um ein Grundsatz der Außenpolitik zu werden. Oder folgte etwa daraus, dass Deutschland Truppen auf den Golan schicken würde, falls Israel angegriffen würde? Auch wenn solche Fragen nie beantwortet wurden, drückte ihre Aussage ein Gefühl aus, das sich in den vergangenen Jahrzehnten herauskristallisiert hatte. Für Deutsche ist es nicht ungewöhnlich, dass sie ihr eigenes Land als *Täternation* bezeichnen. Daraus scheint allerdings zu folgen, dass die Juden eine Opfertation darstellen. Die einzige Möglichkeit, sich von den Sünden der Väter reinzuwaschen, besteht deswegen darin, das potenzielle Opfer *über alles* zu unterstützen.

Wenn dies schon für den einzelnen Juden ein Problem darstellt, so ist es noch viel beunruhigender, wenn man an Israel denkt, den Staat, der für sich in Anspruch nimmt, sie zu vertreten. Es ist mindestens ein halbes Jahrhundert her, dass die heutige Atommacht noch als ein kleiner David mit einer Stein- schleuder in der Hand durchgehen konnte. Aber die allgegenwärtige Verpflich-

tung zur historischen Aufarbeitung lässt Deutschland mit einer einzigen Gewissheit zurück: Wir ermordeten Millionen von Juden. Jedes Thema, das irgendwie mit Juden zu tun hat, wird durch die Brille der deutschen Vergangenheit gelesen. Das Ergebnis ist ein Land, das von einer Mitte-Links-Koalition regiert wird, deren Außenpolitik noch weiter rechts liegt als die der *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC).

Im Jahr 2019 verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Beschluss, wonach jeder, der dem BDS oder seinen Zielen nahesteht, antisemitisch ist und deswegen nicht in einem staatlich finanzierten Theater, Museum, Vortragssaal oder sonst einer kulturellen Einrichtung auftreten darf. Die Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionenkampagne ist ein lose organisierter Zusammenschluss unter palästinensischer Führung, der 2005 gegründet wurde, um sich der Besetzung Palästinas zu widersetzen und Gewalt durch Boykott zu ersetzen. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution war die Bewegung in Deutschland kaum allgemein bekannt, den meisten Menschen musste erklärt werden, wofür die Abkürzung steht. Da aber fast jede Kultureinrichtung in Deutschland in irgendeiner Form staatlich gefördert wird, kam der Beschluss einem faktischen Verbot von Personen gleich, die einer Nähe zum BDS verdächtigt wurden – wobei weitgehend unklar blieb, wofür er eigentlich steht. Zweifelsohne gibt es einige BDS-Unterstützer, die antisemitisch sind. Doch anstatt sich darum zu bemühen, deren Verwicklung in die lose organisierte BDS-Bewegung jeweils genauer zu ermitteln, verweisen die Deutschen lieber auf ihre eigene dunkle Geschichte: Im Jahr 1933 seien es doch die Nazis gewesen, die zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen hatten, und das sei schließlich die erste der vielen Diskriminierungen auf dem Weg zum gelben Stern und dann nach Auschwitz gewesen. Daraus wird gefolgert, dass jede Nähe zu jemandem, der irgendeine Form von Boykott gegen Israel in Erwägung zieht, das Gleiche sei wie die Reihe von Ereignissen, die in der Gaskammer enden könnte. Sobald diese Argumentationskette explizit ist, werden ihre Schwächen offensichtlich. Aber von Vernunft ist in den aktuellen Diskussionen nicht viel zu spüren.

In Berlin kann man zurzeit wegen des Wortes »Apartheid« schneller gekündigt werden als wegen des »N-Worts« in New York. Anders als das »N-Wort« ist »Apartheid« aber keine rassistische Beleidigung, sondern ein juristischer Fachbegriff, der das politische System eines Landes mit unterschiedlichen Rechtssystemen für verschiedene Menschen bezeichnet. Während in Israel und in den USA unter Staatsrechtlern immer noch diskutiert wird, ob das auch auf die Gebiete von Israel innerhalb der Grünen Linie

zutritt, sind sich die meisten darüber einig, dass es eine völlig korrekte und neutrale Beschreibung des Westjordanlandes ist. Israelische Menschenrechtsorganisationen sprechen sich für die Verwendung des Begriffs aus, ebenso wie Human Rights Watch und Amnesty International. Doch als Amnesty im Jahr 2022 seinen Bericht *Israels Apartheid gegen Palästinenser* veröffentlichte, distanzierte sich die deutsche Sektion öffentlich davon und verweigerte jede Diskussion darüber.⁶ Deutsche schrecken vor dem Begriff nicht etwa deswegen zurück, weil sie dabei an die besetzten Gebiete denken, die nur wenige von ihnen jemals gesehen haben. Vielmehr erinnert das Wort »Apartheid« die Deutschen an Nazi-Plakate an jüdischen Schaufenstern: *Kauft nicht bei Juden*. Die festgesetzten Bilder der Schande in der Vergangenheit hindern sie daran, klar über die Gegenwart nachzudenken, selbst wenn sich ehemalige israelische Botschafter über die jüngste Justizreform und die Einschränkung der Befugnisse des Obersten Gerichtshofs des Landes empören und deswegen ihre deutschen Kollegen eindringlich dazu auffordern, dass die Zeit für einen Boykott gekommen ist: Zumindest sollte die deutsche Regierung aufhören, Premier Benjamin Netanjahu und sein Kabinett einzuladen und gemeinsame Veranstaltungen abzuhalten, wie in der Vergangenheit geschehen.⁷

Solche Appelle erreichen die deutsche Öffentlichkeit eher selten, denn die Berichterstattung aus Israel ist in ihrer Ausführlichkeit umgekehrt proportional zum Stellenwert des Landes in der deutschen Psyche. Während des kurzen, aber verheerenden und blutigen israelischen Krieges gegen den Gazastreifen im Jahr 2021 druckte die *New York Times* auf ihrer Titelseite Fotos von den siebenundsechzig Kindern, die dort getötet wurden. Die deutsche Presse hingegen war voller Berichte über eine Gelsenkirchener Demonstration gegen diesen Krieg, auf der einige überwiegend muslimische Bürger antisemitische

6 Allerdings mit der Weiterführung des Krieges hat sich die deutsche Sektion deutlich ihrer Meinung geändert. Aus Ihrer Website: »Jeder Staat der Welt – also auch Deutschland – ist durch die Völkermord-Konvention verpflichtet, einen Genozid zu verhindern und zu bestrafen. ...Amnesty ist in einer umfassenden Analyse zu dem Ergebnis gekommen, dass Israel Handlungen begangen hat und begeht, die gemäß der Völkermord-Konvention verboten sind und dass Israel dies in der Absicht tut, die Gruppe der Palästinenser*innen in Gaza zu zerstören. Amnesty kommt zu dem Schluss, dass Israel einen Genozid an den Palästinenser*innen im Gazastreifen begangen hat und weiterhin begeht. All dieses Leid muss ein Ende haben – der Genozid muss sofort beendet werden. Dafür braucht es unter anderem einen dauerhaften Waffenstillstand und einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen. (amnesty.de vom 26.12.2024).

7 Der Spiegel vom 28.07.2023.

Obszönitäten gerufen hatten. Sobald es um Juden geht, denken die Deutschen zuerst an sich selbst: Haben wir (noch) Antisemitismus in Deutschland?

Es ist daher wenig überraschend, dass sich die deutschen Medien in den Wochen nach der Wahl der rechtesten Regierung in der Geschichte Israels auf einen Fall von angeblichem Antisemitismus in München konzentrierten. Im November 2022 warfen dort zwei jüdische Studierende einem Theaterstück vor, dass es antisemitisch sei. Die Studierenden lehnten das Angebot des Regisseurs ab, eine weitere Aufführung zu veranstalten und dabei den angeblichen Antisemitismus zu diskutieren, und drohten damit, von der Stadt zu verlangen, dem Metropoltheater die Mittel zu streichen, wenn das Stück nicht abgesetzt würde. Die Aufführung wurde daraufhin abgesagt und die Debatte begann.

Das fragliche Stück *Vögel* stammt vom libanesischen Schriftsteller Wajdi Mouawad, der sich dabei von der renommierten Historikerin Natalie Zemon Davis, die Jüdin ist, beraten ließ. Es handelt von zwei Studierenden, die sich in der Bibliothek der Columbia University ineinander verlieben. Das wird zu einer modernen Romeo und Julia-Geschichte, weil der junge Genetiker Eitan von Holocaustüberlebenden abstammt, während sich die angehende Historikerin Wahida als Araberin mit marokkanischen Wurzeln beschreibt. Ihre Liebesgeschichte wird zur Erzählung eines Familientraumas: Der Vater des jungen Mannes, der Beziehungen zwischen Juden und Arabern vehement ablehnt, entpuppt sich selbst als adoptierter Palästinenser. Am Ende des Stücks klingt *Nathan der Weise* nach, Gotthold Ephraim Lessings Plädoyer für religiöse Toleranz aus dem 18. Jahrhundert, das das erste Theaterstück war, dessen Aufführung die Rote Armee als Besatzungsmacht nach dem Krieg in den zerbombten Ruinen Berlins erlaubte.

Wie konnte es dazu kommen, dass ausgerechnet diese Geschichte als Antisemitismus ausgelegt wurde, der zu gefährlich sei, um auf einer deutschen Bühne aufgeführt zu werden? Der staatlich finanzierte Aufpasser RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) erklärte, das Theaterstück stelle Juden mit negativen Eigenschaften dar. Die Juden darin seien neurotisch und rassistisch. Außerdem komme ein Holocaustüberlebender vor, der einen Witz über das Überleben macht. Mit dieser Begründung müsste RIAS wohl auch Philip Roth, Woody Allen und sogar Heinrich Heine verbieten. Doch je detaillierter die Kritik wird, desto klarer werden die Methoden der Organisation: Die Tatsache, dass der jüdische Student Genetiker ist, sei antisemitisch, weil: »Die Kombination von Genetik, Juden und Deutschland lässt dabei auch

an die NS-Euthanasie und die Shoah denken.«⁸ Die Bemerkung seines Vaters, dass er ungerne ein Palästinenser sei, »ruft Hermann Göring ins Gedächtnis, der wenige Tage nach den Novemberpogromen 1938 nicht bedauernd, sondern befriedigt erklärte: »Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.«⁹ Der Bericht erstreckt sich über acht einzeilig beschriebene DINA4-Seiten, aber die Stoßrichtung der Kritik ist klar: Wenn eine Aussage über Juden einen Deutschen irgendwie an Nazis denken lässt, ist sie ipso facto antisemitisch. Das Problem ist aber, dass fast jede Behauptung über Juden die Deutschen an die Nazis erinnert.

Davis verfasste einen offenen Brief, in dem sie den Vorwurf des Antisemitismus zurückwies, und den sie mit ihrem Eindruck beendete, die Kritiker »scheinen eine restriktive, ängstliche und herzlose Auffassung davon zu haben, was es heißt, Jude zu sein«.¹⁰ Der RIAS reagierte, indem er sie als BDS-Aktivistin diffamierte, ein Vorwurf ohne jede Grundlage. Die Debatte setzte sich monatelang fort, da die einen Davis Plädoyer unterstützten, das Stück aufzuführen, um das Publikum den Inhalt selbst beurteilen zu lassen, und die anderen wiederum darauf beharrten, dass künstlerische Freiheit niemals Vorrang vor dem Kampf gegen den Antisemitismus haben dürfte. Auch wenn dies der Frage ausweicht, ob das Stück überhaupt antisemitisch ist, reicht allein die Behauptung im heutigen Deutschland offensichtlich aus, um jedem, dessen Arbeit mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, Angst einzujagen. Nach reiflicher Überlegung beschloss das Metropoltheater, einige der Zeilen zu streichen, von denen sich die Kritiker provoziert gefühlt hatten, und das Stück neu aufzuführen. Schließlich kürzen Theater regelmäßig Teile der Stücke, die sie inszenieren; wie könnte sonst man ein Publikum dazu bringen, bei *King Lear* durchzuhalten?

Es war dann Mouwad, der die Debatte beendete, indem er darauf bestand, dass das Theater das Stück entweder als Ganzes spielt oder gar nicht. Es wurde nicht gespielt. Aber das merkwürdigste Element der Geschichte kam in der Diskussion gar nicht zur Sprache: Denn drei Jahre vor dem Ausbruch

8 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern: Dimensionen des Antisemitismus in »Vögel« und in der Abwehr der Kritik, München im Dezember 2022. report-antisemitism.de/documents/2022-12-15_rias-by_Analyse_Voegel_RIAS_Bayern.pdf, S. 4.

9 Ebd., S. 5.

10 Natalie Zemon Davis: »Vögel« ist weit davon entfernt, antisemitisch zu sein. In: Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2022. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-metropoltheater-voegel-natalie-zemon-davis-1.5701082>.

des Skandals war *Vögel* in vierzehn deutschen Städten gespielt worden und hatte begeisterte Kritiken bekommen, nachdem es bereits in Frankreich, Kanada und Israel zu gefeierten Inszenierungen gekommen war. Als »Stück der Stunde« bezeichnete es eine deutsche Rezension 2019 und versicherte ihren Lesern, dass es noch viele Jahre auf der Bühne bleiben werde, da es alles enthalte, was ein Regisseur sich nur wünschen könnte. 2020 verlieh das deutsche Bundesland Baden-Württemberg Wajdi Mouawad den Europäischen Dramatiker:innen Preis.

Es gibt aktuelle Entwicklungen in der deutschen Politik, die erklären, wieso sich die Kultur so schnell veränderte. Im Jahr 2017 erhielt die AfD (*Alternative für Deutschland*) als erste rechtsextreme Partei der Nachkriegszeit in Deutschland genügend Stimmen, um ins Parlament einzuziehen. Wie die anderen rechtsextremen Parteien in Europa und Amerika reitet auch die AfD auf der Welle der einwanderungsfeindlichen Hetze, die sie selbst kräftig anheizt. Doch daneben haben die AfD-Politiker ein sehr deutsches Thema für sich entdeckt: Sie kritisierten die historische Aufarbeitung in Deutschland, die heute im Mittelpunkt der politischen Bildung steht, als »Schuldskult«. Im Lichte der deutschen Geschichte sei die zwölfjährige Nazi Herrschaft ein »Vogelschiss« gewesen. Und das sorgte bei vernünftigen Deutschen verständlicherweise für erhebliche Unruhe.

In diesem alarmierten Zustand beging die Regierung eine Reihe von Fehlern. Der erste war die Einrichtung des Amtes des Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus, dem bald entsprechende Ämter auf Landesebene folgten. Keiner der Beauftragten ist als Jude aufgewachsen, wenngleich einer von ihnen kurze Zeit nach seiner Ernennung konvertierte; die meisten haben nur einen vagen Begriff von der Komplexität des Judentums und seiner Traditionen. (Es gibt Fotografien des Bundesbeauftragten auf einem Marsch von christlich-zionistischen Gruppen, die ihre Mission darin sehen, eine Apokalypse im gelobten Land auszulösen, die die Juden entweder bekehrt oder auslöscht. Seine Teilnahme geschah ohne böse Hintergedanken; er hatte einfach eine israelische Flagge gesehen und angenommen, dass er sich ihr anschließen sollte.) Um ihre mangelnde Vertrautheit mit dem Judentum zu kompensieren, schöpfen die Antisemitismusbeauftragten ihre Informationen über Juden, Israel und Palästinenser aus zwei Hauptquellen: von der israelischen Botschaft und vom Zentralrat der Juden in Deutschland, der zu den konservativsten jüdischen Organisationen in der Welt zählt. Außerdem, und das ist vielleicht noch wesentlicher, stützen sie sich auf das, was sie aus Deutschlands

jahrzehntelanger historischer Aufarbeitung gelernt haben, und betrachten alles Jüdische durch das Prisma der deutschen Schuld.

Das macht Deutschland anfällig für jede Art von Manipulation, und der zweite große Fehler folgte 2019. Inspiriert von Steve Bannon, mit dem sich die politische Führung der AfD regelmäßig trifft, setzt die radikale Rechte auf eine Strategie, die heute bei rechten Parteien von Dallas bis Delhi vollkommen üblich ist. Der Rassismus gegenüber anderen Gruppen lässt sich vertuschen, indem man Antisemitismus anprangert und jeder israelischen Regierung seine Unterstützung zusichert. Denn wer *das* tut, der kann schließlich kein Nazi sein. Im Jahr 2020 trat Netanjahus Lieblingssohn Yair als Posterboy auf einem AfD-Wahlplakat auf, auf dem er zudem mit den Worten zitiert wird, die Europäische Union sei eine »globalistische« Organisation und dass er hoffe, dass »Europa wieder frei, demokratisch und christlich« werde.¹¹ Um den Verdacht des Neonazismus weiter zu entkräften, versuchte die AfD zunächst, Juden in Deutschland, mich eingeschlossen, mit Geschichten über mörderische Muslime zu rekrutieren. Weitaus erfolgreicher war ihr Bundestagsantrag im Jahr 2019 auf Verbot des BDS in Deutschland. An diesem Antrag war alles symbolisch.

Als politische Strategie war der Antrag brillant, da er die anderen deutschen Parteien völlig überrumpelte und fassungslos zurückließ. Als die AfD in den Bundestag einzog, weigerten sich die anderen Parteien, auch nur neben ihre Abgeordneten gesetzt zu werden, und waren aus Prinzip gegen alles, was die AfD vorschlug. Doch wie konnten sie zulassen, dass die AfD sie in Sachen Philosemitismus in den Schatten stellte? Sie lösten das Problem damit, dass sie vereint einen eigenen Beschluss einbrachten, der allen, die der BDS-Kampagne nahestehen, das Reden, Ausstellen oder Auftreten in staatlich finanzierten Einrichtungen verbot. Anders als der Antrag der AfD schien dieser nur leicht anders formulierte Beschluss mit dem verfassungsrechtlichen Schutz der Meinungsfreiheit vereinbar zu sein, obwohl ihn bislang jedes Gericht, vor dem er angefochten wurde, für verfassungswidrig erklärte.

Ungeachtet der Frage seiner Verfassungsgemäßigkeit wird der Beschluss regelmäßig angewendet. Sein erstes Opfer war der international renommierte Judaist Peter Schäfer, der als Direktor des Jüdischen Museums in Berlin zum

11 Ben Sales: Yair Netanyahu is poster boy for a German far-right politician. In: The Times of Israel vom 7.5.2020. In einem weiteren Tweet hat Yair Netanyahu die EU sogar als »böse« bezeichnet.

Rücktritt gedrängt wurde, nachdem sich Netanjahu bei der deutschen Kulturstaatsministerin über ihn beschwert hatte. Danach wurde die Resolution genutzt, um Matando Castlo, einen neunundzwanzigjährigen Deutschen kongolesischer Herkunft, als Moderator einer Kindersendung im Fernsehen zu feuern. Sein Vergehen? Er hatte ein ökologisches Festival für Kinder im Westjordanland besucht.

Je weiter sich die Lage in Israel/Palästina verschlechtert, umso eifriger suchen die deutschen Medien nach Fällen von Antisemitismus, die sie verurteilen können. Im Juli 2023 wurde zwar über Netanjahus erfolgreiche Unterwanderung des israelischen Justizsystems in den großen Zeitungen berichtet – wenn auch nur kurz. Doch was in den folgenden Wochen die deutschen Medien wirklich beschäftigte, waren die Berichte über etwas, was höchstens ein kleiner Skandal sein sollte, nämlich dass ein junger deutscher Journalist, Fabian Wolff, zugeben musste, dass er, anders als behauptet, gar nicht jüdisch war.

Es gibt nichts Deutscheres als den Wunsch, Jude zu sein. Kurz nach dem Krieg waren es zuerst eine Reihe von Nazis, die sich jüdische Identitäten zulegte, um nicht entdeckt zu werden, wie das Edgar Hilsenrath in seinem satirischen Roman *Der Nazi & der Friseur* brillant beschrieb¹². Doch meistens entsprang dieser Wunsch weniger solchen Opportunismen als vielmehr einer Sehnsucht: Denn wer hätte nicht lieber Opfer- als Täterblut in seinen Adern? Wolffs allzu bereite Geneigtheit, den vagen Hinweisen seiner verstorbenen Mutter auf angebliche jüdische Vorfahren Glauben zu schenken, ist nicht ungewöhnlich; es gibt Deutsche, die auf diese Weise Synagogenvorsteher und sogar Rabbiner geworden sind. Für die deutschen Medien bestand Wolffs fataler Fehler aber darin, dass er ein linker jüdischer Universalist wurde, der die israelische Regierung kritisierte und Essays über Tony Judt und Isaac Deutscher schrieb. Die Wut, mit der ihn alle großen Zeitungen angriffen, hatte weniger damit zu tun, dass er sich wie so mancher Deutscher vor ihm eingebildet hatte, jüdischer Abstammung zu sein, und viel mehr damit, dass er aus dieser Position heraus die israelische Politik kritisiert hatte.

Außerdem lenkte diese Entrüstung über einen einzelnen deutschen Journalisten die Öffentlichkeit davon ab, dass Netanjahu seinen Coup gegen die Justiz ungeachtet des Protests von Hunderttausenden Israelis durch die

12 Der bitterböse Roman hat lange keinen deutschen Verlag gefunden, und wurde erst 1971 in englische Übersetzung veröffentlicht, bis er 1977 auf Deutsch erschien und schließlich zum internationaler Bestseller wurde.

Knesset gepeitscht hatte. Den Deutschen fällt es leicht, sich über deutsche Missetaten zu entrüsten. Doch wer sich als Deutscher über jüdische Missetaten entrüstet, wird damit rechnen müssen, dass seine Wut als atavistisch gebrandmarkt wird, geboren aus einem Antisemitismus, den er wohl geerbt hat. Obwohl es kaum mit seinen eigenen Theorien des kommunikativen Handelns vereinbar ist, sagte Deutschlands größter Philosoph Jürgen Habermas in einem Zeitungsinterview: Er hätte als Deutscher kein Recht, Israel zu kritisieren. Emily Dische-Becker, die jüdische Direktorin des deutschen Zweigs der *Diaspora Alliance*, einer kleinen Nichtregierungsorganisation, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus sowie gegen dessen Instrumentalisierung verschrieben hat, glaubt, dass die meisten Deutschen die Wahrheit einfach nicht ertragen können: »Sie wollten, dass Israel das Happy End des Holocaust wird. Und sie können die Tatsache nicht verkraften, dass es kein Happy End gibt.«¹³

Doch die hier von mir beschriebenen Fälle sind nur wenige Beispiele unter vielen. Jede Woche erreicht mich ein neuer Fall von philosemitischer Unterdrückung. Nicht überprüft werden kann das, was hinter verschlossenen Türen geschieht. Jurys würden ihre Schweigepflicht verletzen, wenn sie enthüllen würden, wie oft jemandem ein Preis oder eine Stelle aufgrund von Antisemitismusvorwürfen verweigert wurde, die irgendein drittklassiger Blogger formulierte, aber nie bewiesen wurde. Mir allein sind viele Fälle bekannt, in die prominente Persönlichkeiten involviert waren, aber die nie an die Öffentlichkeit gelangten. Ebenso wenig lässt sich beziffern, wer sich alles selbst zensiert, um nicht angeklagt zu werden, oder wer alles in Schwierigkeiten geraten ist, aber aus Angst vor weiteren Repressalien nicht an die Öffentlichkeit geht.

Während die Drohungen weitergingen, Mittel für linke Gruppen zu kürzen, kam Ende August 2023 eine andere Art von Skandal ans Tageslicht, als die *Süddeutsche Zeitung* enthüllte, dass Bayerns stellvertretender Ministerpräsident und gleichzeitig Finanzminister des Landes mit einem toxischen Flugblatt aus dem Jahr 1987 in Verbindung stand. Darin wurde ein vorgeblicher Wettbewerb zur Ermittlung des »größte[n] Vaterlandsverräter[s]« ausgelobt, der erste Preis war ein »Freiflug durch den Schornstein von Auschwitz«, der zweite ein »lebenslänglicher Aufenthalt im Massengrab« usw. Ob Hubert Aiwanger das Pamphlet damals selbst verfasst hatte oder, wie er behauptete, lediglich mit mehreren Exemplaren angetroffen worden war, die sein Bruder geschrieben hatte, wird man wohl nie erfahren, da seine Antworten auf die

13 Persönliches Gespräch mit Dische-Becker.

anschließenden Fragen so ausweichend waren, dass sie kaum jemand ernst nahm. Die Vorsitzenden der linken Bundesparteien forderten seinen Rücktritt.

Hätte Aiwanger echte Scham oder Reue geäußert, hätte sich die Aufregung über die Affäre wohl bald gelegt. Wer von uns wird nicht etwas zu bereuen haben, was er im Alter von sechzehn Jahren angestellt hat? Und deshalb war die Reaktion des Politikers letztlich wesentlich schlimmer als das Flugblatt selbst. Denn Aiwanger gelang es, sich sowohl als Opfer der liberalen Presse zu inszenieren als auch als Rebell gegen das, was Politiker an seiner Seite als »Kollektivschuldneurose« und »giftigen Moralismus« bezeichneten. Er blieb selbst dann trotzig, als ehemalige Klassenkameraden von weiteren Beispielen für seinen Gebrauch von Nazi-Sprache und -Symbolen in der Oberstufe berichteten. Die renommierte *Die Zeit* verglich seine Reaktionen auf die Vorwürfe mit dem, was wir von Donald Trump kennen.¹⁴ Aiwangers kleine Partei profitierte umgehend von der Sache und gewann schnell 5 Prozent der Wählerstimmen in den Umfragen vor den zu dieser Zeit anstehenden Landtagswahlen im Oktober 2023 hinzu.

Im Gegensatz zu Matondo Castlo, dem Deutsch-Kongolesen, der seinen Job verlor, weil er ein palästinensisches Kinderfest besucht hatte, oder auch zu Nemi El-Hassan, einer deutsch-palästinensischen Ärztin, deren Ernennung zur Moderatorin einer wissenschaftlichen Fernsehsendung zurückgenommen wurde, obwohl sie überzeugend ihr Bedauern über die Teilnahme an einer islamistischen Demonstration neun Jahre zuvor zum Ausdruck brachte, bleibt Hubert Aiwanger im Amt. Und trotz der Empörung vieler deutscher Politiker und Journalisten darüber, dass sich der bayerische Ministerpräsident Söder weigert, seinen Vize zu entlassen, argumentieren andere, dass die Entscheidung für Aiwanger die einzige Möglichkeit war, da politisches Märtyrertum seiner zunehmend rechtsgerichteten Partei der *Freien Wähler* nur noch mehr Unterstützung gebracht hätte. *Schluss mit der Schuld* ist die Art von Parole, die nicht nur in Bayern Stimmen bringt. Ein Facebook-Foto, auf dem der Ministerpräsident eine kleine-Tafel mit dem Schriftzug »We Remember« hält, wurde wiederbelebt. Dieses Posting in englischer Sprache ist ein kodierter Hinweis

14 Nils Markwardt: Hubert Aiwanger und Donald Trump. Politische Karnevalisten. In: *Die Zeit* vom 8.9.2023. Siehe auch Mariam Lau in: *Die Zeit* vom 1.9.2023. Die zitierten Politiker – Björn Höcke von der AfD und Friedrich Merz, der derzeitige Vorsitzende der oppositionellen CDU, von dem allgemein erwartet wird, dass er 2025 für das Amt des Bundeskanzlers kandidiert – sind keine unbedeutenden Figuren.

für seine Wähler: Wir alle wissen, wie wir zu dem Ausländern sprechen müssen, aber wir wissen eben auch, wie wir in Bayern darüber eigentlich denken. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung schlug dem Vize-Ministerpräsidenten einen Besuch in der Gedenkstätte Dachau vor. Den einzigen kleinen Trost in dieser erbärmlichen Angelegenheit bildete der Umstand, dass die Sprecherin der KZ-Gedenkstätte ihn bat, von einem Besuch abzusehen.

Was können wir von den Bemühungen der Deutschen lernen, sich mit der verbrecherischen Geschichte ihres Landes auseinanderzusetzen? Vor vier Jahren glaubte ich, dass sie anderen Ländern als Vorbild dienen könnten, die versuchen, sich ihrem eigenen Versagen zu stellen, und die um eine ehrlichere Version ihrer Geschichte ringen. Das Modell war nie perfekt, aber kein anderes Land hatte jemals etwas Ähnliches versucht. Wer könnte von den Deutschen erwarten, alles richtig zu machen?

In den letzten drei Jahren musste ich jedoch immer wieder einen Satz wiederholen, den mein leider verstorbener und schmerzlich vermissteter Freund und Kollege Tony Judt gerne zitierte: »Wenn sich die Fakten ändern, ändere ich meine Meinung. Was tun Sie, Sir?« Die Umstände haben sich in Deutschland so dramatisch verändert, dass ich inzwischen vermute, dass sie uns höchstens als Warnung dienen können. Sicherlich würde nur die AfD vorschlagen, zu jenen Zeiten zurückzukehren, bevor die Deutschen anerkannten, dass sie Täter des Zweiten Weltkriegs waren, genauso wie nur weiße Suprematisten am Narrativ festhalten, dass die Konföderation der Südstaaten ein unschuldiges Opfer sei. Doch seit sich die überfällige Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Amerika sich den dunklen Seiten seiner Geschichte stellen sollte, gibt es viele Stimmen, die behaupten, dass Amerikas Geschichte ausschließlich aus dunklen Seiten besteht.

Die meisten linksliberalen Deutschen haben eine so unerbittlich düstere Sicht auf ihre Geschichte, dass sie sich weigern, darin auch nur den geringsten Fortschritt zu erkennen, und darauf bestehen, dass der Versuch ihres Landes, sich mit seinen Verbrechen auseinanderzusetzen, eine fadenscheinige Farce war. Doch diese These vereinfacht das Problem und verkennt in der Folge die eigentlichen Schwächen der deutschen Erinnerungskultur. Ein Teil des Problems ist strukturell bedingt. Wenn Menschen fordern, dass sich ihr Land ihrer rassistischen Vergangenheit stellen soll, die dafür sorgt, dass die rassistische Politik fortbesteht, dann streben sie eine Veränderung des nationalen Bewusstseins an. Und wenn dies, wie in Deutschland, in Teilen durchaus erfolgreich passiert, dann wünschen sie sich, dass dieser Bewusstseinswandel auch zu Änderungen in der Politik führt. Heute wird an offiziellen Gedenk-

tagen an Ereignisse erinnert, die man früher gerne verschwiegen hätte. Die Reichspogromnacht, die Befreiung von Auschwitz, das Hitler-Attentat von 1944 und andere wichtige Daten werden regelmäßig durch Zeremonien begangen, samt kipptragenden Politikern mit betroffenen Mienen, mindestens einem Klezmer-Musiker und im Idealfall mit einem greisen Holocaustüberlebenden. Staatspolitik ist eben Politik – und selten für Feinheiten oder Nuancen empfänglich. Selbst wenn sie nicht auf Algorithmen basiert, so besteht dennoch die Gefahr, dass sie auf starren Formeln beruht, die schnell verknöchert und automatisiert wirken. Genau das machte der Antifaschismus der DDR am Ende verordnet.¹⁵

Ein Ergebnis des formelhaften Ansatzes der historischen Aufarbeitung ist die Neigung, den vormals unterdrückten Gruppen zu unterstellen, sie würden mit einer einzigen monolithisch-einheitlichen Stimme sprechen, die für immer auf ihre eigene Unterdrückung fixiert ist. So wie in Deutschland nur als wirklicher Jude gilt, wer sich auf seine eigenen Erfahrungen mit Antisemitismus konzentriert, läuft auch Amerika Gefahr, dass dort nur jene als genuine People of Color angesehen werden, die den Rassismus als Mittelpunkt des Lebens ansehen. Die lakrimose Auffassung von jüdischer Geschichte ist nicht weit entfernt von der afropessimistischen Geschichtsauffassung, die beispielsweise der Schriftsteller Frank Wilderson oder Ta-Nehisi Coates vertritt. Gibt es eine Möglichkeit, Rassismus und Antisemitismus anzuerkennen, ohne diejenigen, die sie erleben, für immer auf ihre Opferrolle zu reduzieren?

Letztlich sollte es doch möglich sein, historische Verbrechen mit Sorgfalt und Differenziertheit zu untersuchen, auch wenn wir uns dessen bewusst sind, dass diese Eigenschaften Mangelware sind. Denn eine Lektion, die die Amerikaner von den Deutschen zurzeit tatsächlich lernen können, ist, wie sehr die Dinge schief gehen können, wenn Sorgfalt und Differenziertheit fehlen.¹⁶

15 Siehe: Lernen von den Deutschen, Kapitel 3.

16 Dies ist eine leicht veränderte Übersetzung des Aufsatzes »Historical Reckoning Gone Haywire«. In: New York Review of Books, October 2023.

Der Antisemitismus im Rahmen des globalen Rechtsextremismus

Jelena Subotić

Einleitung: Antisemitismus als interpretative Rahmenordnung

Seit 2020 wurde es klar, dass der Antisemitismus überall auf der Welt zunimmt.¹ Eine Umfrage nach der anderen belegt den Anstieg von antisemitischen Äußerungen, die meisten von ihnen – wenngleich nicht alle – verbreiten sich wie Lauffeuer in den sozialen Medien.² Dies fällt mit dem Erstarken der rechtsextremen populistischen Bewegungen zusammen, die viele Elemente des transnationalen antisemitischen Repertoires aufgreifen: am häufigsten die Vorstellung von der »jüdischen« Kontrolle des Kapitals sowie vom »jüdischen« Globalismus und Kosmopolitismus. Vermehrt findet sich auch die Idee, dass »die Juden« die internationalen Migrationsströme finanzieren und lenken. Das Ziel dieses Essay ist es, die antisemitische Weltansicht aufzuschlüsseln und herauszufinden, was der Antisemitismus dem rechtsextremen Populismus als eigenes Bedeutungssystem anbietet. Ich verstehe also Antisemitismus in diesem Zusammenhang als eine interpretative Rahmenordnung

-
- 1 Cnaan Liphshiz: Violent anti-Semitic Crimes Worldwide Reached 5-year Record in 2019. Jewish Telegraphic Agency vom 20.4.2020, <https://www.jta.org/quick-reads/violent-anti-semitic-crimes-worldwide-reached-5-year-record-in-2019>. Eine frühere Fassung dieses Essays erschien unter dem Titel Antisemitism in the global populist International im *British Journal of Politics and International Relations* 24(3), 2022, S. 458–474.
 - 2 Sergio DellaPergola: Jewish Perceptions of Antisemitism in the European Union. 2018: A New Structural Look. In: *Analysis of Current Trends in Antisemitism – ACTA* 40(2), 2020.

sowie als epistemische Festlegung und als Code, nach denen rechtsextreme Populisten die Welt sortieren.³

Den Antisemitismus als ein solches interpretatorisches Bezugssystem zu denken, ist deswegen hilfreich, weil er zutiefst paradox und widersprüchlich ist – und selbst innerhalb der Parameter seines eigenen verschwörerischen Denkens keinen Sinn ergibt. Ein Antisemit »kann einen Streit niemals verlieren«, er kann argumentativ immer einen Weg finden, dass »die jüdische Frage eine Vorlage für die verzerrte Wahrnehmung der Welt liefert.«⁴ Der Antisemitismus ist »synkretistisch«, er ist keine in sich konsistente Ideologie, muss vielmehr als ein »ideologisches Syndrom«⁵ verstanden werden – als narratives Repertoire stellt er einen Pool an Mythen, Bildern und Einstellungen zur Verfügung, aus dem gemäß der aktuellen Agenda die passenden Elemente herausgepickt und an die jeweiligen politischen Ziele angepasst werden. In diesem Sinne ist der Antisemitismus mit anderen Verschwörungstheorien vergleichbar, die für Populisten attraktiv sind (Freimaurer, Illuminati, Impfgegner, Corona/Bill Gates/5G-Chip, QAnon und weitere), da er die epistemischen Grundlagen des »Elite«-Wissens destabilisiert und den »gesunden Menschenverstand« der »normalen Leute« aufwertet.⁶

Als Interpretationsrahmen liefert der Antisemitismus eine unmittelbar brauchbare Blaupause für den Rechtspopulismus. Problemlos grenzt er »das reine Volk« (die nationale ethnische Mehrheit) von einer »korrupten Elite« (die Juden mit ihrer übermäßigen Macht, aber auch ihre Verbündeten und Mitverschwörer) ab, bestimmt, wer dazugehört und wer fremd ist, wer moralisch gut und wer moralisch verdorben ist – und liefert auf diese Weise ein klares und leicht lesbares Drehbuch, dem die Populisten folgen können. Der Antisemitismus ist für den rechtsextremen Populismus nützlich, weil er anschaulich und anpassungsfähig ist. Außerdem lässt er sich wegen seiner inhärenten Widersprüchlichkeit offenbar in jedem Zusammenhang und für

3 Mark Hobbs: Alexander Ratcliffe: British Holocaust Denial in Embryo. In: Paul Behrens, Nicholas Terry und Olaf Jensen (Hg.), *Holocaust and Genocide Denial: A Contextual Perspective*, London: Routledge, 2017, S. 19.

4 Robert D. Fine: Cosmopolitanism and the critique of antisemitism: Two faces of universality. In: *European Review of History* 23(5–6), 2016, S. 780.

5 Ruth Wodak: The Radical Right and Antisemitism. In: Jens Rydgren (Hg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford: Oxford University Press 2018, S. 66.

6 Bruno Castanho Silva, Federico Vegetti und Levente Littvay: The elite is up to something: Exploring the relation between populism and belief in conspiracy theories. In: *Swiss Political Science Review* 23(4), 2017, S. 423–443

jedes Argument heranziehen, da es ja keine falschen Antworten geben kann – Juden sind schwach und erbärmlich sowie übermächtig zugleich, sie sind minderwertig und kontrollieren gleichzeitig die Welt. Der Antisemitismus bietet dem Rechtspopulismus auch deshalb eine hervorragende Basis, weil er alles und nichts zugleich bedeutet und es darum geht, für die »einfachen« Leute – für das *Volk* – den perfekten Feind, die vollkommene Elite und den absoluten Gegenpol aufzubauen. Zeitgenössischer rechtsextremer populistischer Antisemitismus hat also meistens sehr wenig mit Juden *als Juden* zu tun und weit mehr damit, was die zeitgenössische Konstruktion »der Juden« in der gegenwärtigen internationalen Ordnung repräsentiert.

Die anhaltende Macht des Antisemitismus liegt in seiner Fähigkeit, »die Juden« so zu konzipieren, dass sie immer das darstellen, was Populisten gerade zurückweisen (egal ob Kommunismus, Kapitalismus, Neoliberalismus, Multikulturalismus, Pluralismus, Feminismus oder Kosmopolitismus). Diese konstruierten »Juden« sind sowohl reale Personen, die von Antisemitismus und antisemitischer Gewalt verletzt werden, als auch Gegner, von denen behauptet wird, dass sie »Juden« seien, völlig unabhängig davon, ob sie es sind oder nicht. Ein gutes historisches Beispiel dafür liefert der Judäo-Bolschewismus, der im Vorfeld des Holocaust entstand (und in der Nachkriegszeit weiter fortbestand). Mit Bezeichnungen, die auf dieses Konzept Bezug nehmen – etwa der polnische Ausdruck »*żydokomuna*« (der jüdische »Kommie«) – wurden Juden für den Bolschewismus und die Russische Revolution verantwortlich gemacht; und nicht zuletzt deswegen wurden alle Juden zu Kommunisten sowie umgekehrt alle Kommunisten zu Juden erklärt, was wegen ihrer Bezogenheit aufeinander zur Auslöschung beider führte.⁷

Der zeitgenössische Antisemitismus ist oftmals implizit. Er wirkt in einer »kodierten« oder »verborgenen« Gestalt, erwähnt oftmals Juden nicht direkt, verbreitet sich aber durch leicht erkennbare antisemitische Tropen, weswegen er manchmal auch als »Antisemitismus ohne Juden und ohne Antisemiten« bezeichnet wird.⁸ Oftmals geht es bei diesen Tropen um Finanzmänner auf dem globalen Markt oder um »gierige Spekulanten, die sich gegen ganze

7 Paul Hanebrink: *A Specter Haunting Europe: The Myth of Judeo-Bolshevism*. Cambridge: Harvard University Press, 2018.

8 Karin Stögner und Karin Bischof: *International High Finance against the Nation? Antisemitism and Nationalism in Austrian Print Media Debates on the Economic Crisis*. In: *Journal of Language and Politics* 17(3), 2018, S. 430.

Staaten verschwören« – das Wort »Jude« wird dabei aber ausdrücklich nicht erwähnt, so dass der Vorwurf des Antisemitismus einfach zurückgewiesen werden kann. Allerdings handelt es sich dabei um Tropen und Stereotypen, die die Öffentlichkeit unmittelbar erkennt und deuten kann.

Grundlegender ist, dass der zeitgenössische Rechtspopulismus den Antisemitismus deshalb so einfach einbinden kann, weil der Populismus suggeriert, die »einfachen Leute« hegen Gefühle der kollektiven Unsicherheit und der Gefährdung ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihrer Identität und ihres Selbstempfindens durch verschiedene »Anderer« (die leicht als »Juden« darstellbar sind). Populisten mobilisieren dann öffentliche Unterstützung, indem sie »gesellschaftliche Sicherheit« versprechen: Sie – und nur sie – seien in der Lage, die gefährdete Identität des »Volkes« zu sichern, die durch Außenstehende und durch ein immer größeres Gefahrenfeld bedroht wird, ob es sich nun um die Migration, um LGBTQ-Rechte oder um den Islam handelt.⁹

Der Antisemitismus im zeitgenössischen Rechtspopulismus verbindet sich außerdem direkt mit einem bestimmten Verständnis von kultureller Identität und Identitätspolitik – er ist, wieder einmal, zu einem Marker von politischer Identität geworden, zu einem Kürzel für ein besonderes Set an politischen Ansichten, die über Einstellungen gegenüber Juden hinausgehen. Zum Beispiel haben verschiedene Untersuchungen zu Ungarn gezeigt,¹⁰ dass rechtspopulistische Bewegungen den Antisemitismus als eine Form von kulturellem Kode benutzen, als eine kommunikative Funktion, mit der nicht nur (und nicht einmal primär) die Juden zurückgewiesen werden, sondern zugleich einem wesentlich breiteren kulturellen Zusammenhang entgegengetreten wird, den die Juden angeblich repräsentieren. Gemeint ist damit die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung, insbesondere der »Konflikt zwischen kosmopolitischen und nationalen Interessen, die Folgen des Prozesses

9 Bohdana Kurylo: The Discourse and Aesthetics of Populism as Securitisation Style. In: *International Relations* 36, Nr.1, 2022, S. 127–147; Brent J. Steele und Alexandra Homolar: Introduction: Populism and Everyday Ontological Insecurities. In: *Cambridge Review of International Affairs*, 32(3), 2019, S. 214–221.

10 András Kovács: From Anti-Jewish Prejudice to Political Anti-Semitism? On Dynamics of Anti-Semitism in Post-Communist Hungary. In: Julius H. Schoeps und Olaf Glöckner (Hg.), *A Road to Nowhere? Jewish Experiences in Unifying Europe*, Leiden: Brill, 2011, S. 247–267; András Kovács und Anna Szilágyi: Variations on a Theme: The Jewish »Other« in Old and New Antisemitic Media Discourses in Hungary in the 1940s and in 2011. In: John E. Richardson und Ruth Wodak (Hg.), *Analysing Fascist Discourse: European Fascism in Talk and Text*, London: Routledge 2013, S. 203–227.

der internationalen Integration als Verlust von nationaler Souveränität sowie die sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen und politischen Übergangs als Ergebnis der Abhängigkeit von der Gnade von Kolonialherren«. ¹¹ Die Juden wurden zum Symbol für diese Zerstörung des Nationalen und dienen der Abgrenzung des »Nationalen« vom »Antinationalen«. ¹² Antisemitismus in zeitgenössischen rechtspopulistischen Bewegungen lässt sich also am besten als ein Bezugs- und Bedeutungsrahmen begreifen, in dem sich Populisten eine erstrebenswerte neue internationale kulturelle Ordnung vorstellen. Dazu gehört auch, die politischen Interessen auf die globale Ebene zu projizieren und dort eine Auseinandersetzung zu beginnen über radikal andere Vorstellung von Nationalstaat, Souveränität und Pluralismus im 21. Jahrhundert.

Der antisemitische Bezugsrahmen umfasst vorgefertigte Konzepte von Unvereinbarkeit, Feindseligkeit und Bedrohungen, die von a-nationalen Juden oder ihren nationalen Repräsentanten ausgehen; und dieses Narrativ ist ein leicht lesbares Drehbuch mit klar identifizierbaren Gegnern und Verbündeten. Es liefert Entgegnungen auf die Verwerfungen infolge der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung, indem es diese als das Ergebnis einer Verschwörung der globalisierten, niemandem rechenschaftspflichtigen Eliten und Einwanderern darstellt sowie anderer kultureller Minderheiten, die von ihnen unterstützt, angeleitet und finanziert werden. ¹³ Dieser Bezugsrahmen eignet sich außerdem gut für transnationale Mobilisierung und Verbreitung, ¹⁴ was sich daran ablesen lässt, dass viele rechtspopulistische antisemitische Bewegungen aus verschiedenen Ländern ihre Programme oftmals auf überaus ähnlichen »narrativen Themen und rhetorischen Konventionen« aufbauen. ¹⁵

-
- 11 András Kovács: From Anti-Jewish Prejudice to Political Anti-Semitism? On Dynamics of Anti-Semitism in Post-Communist Hungary. In: Julius H. Schoeps und Olaf Glöckner (Hg.), *A Road to Nowhere? Jewish Experiences in Unifying Europe*, Leiden: Brill 2011, S. 258.
- 12 Ebd., S. 260.
- 13 Dani Filc: European Populism and Minorities. In: Sharon Pardo und Hila Zahavi (Hg.), *The Jewish Contribution to European Integration*. New York: Lexington Books, 2020, S. 52.
- 14 Cynthia Miller-Idriss: The Global Dimensions of Populist Nationalism. In: *The International Spectator* 54(2), 2019, S. 17–34.
- 15 Jackie Hogan und Kristin Haltinner: Floods, Invaders, and Parasites: Immigration Threat Narratives and Right-Wing Populism in the USA, UK and Australia. In: *Journal of Intercultural Studies* 36(5), 2015, S. 520–543, hier: S. 534.

Das populistische Ziel transzendiert hier das nationale Ziel und wird ausdrücklich transnational. So verkündete auch Viktor Orbán: »Das Schlachtfeld ist in Brüssel. Zu Hause haben wir erledigt, was möglich war.«¹⁶

Über Staatsgrenzen und über nationale populistische Bewegungen hinweg ist also deutlich ein transnationaler Antisemitismus zu erkennen.¹⁷ Er ist entscheidend für den Aufbau und die Aufrechterhaltung einer antikosmopolitischen transnationalen Mobilisierung.¹⁸ Die Erkundung einiger Themen des zeitgenössischen antisemitischen Rechtspopulismus am Fall der Anti-Soros-Mythologie wird im Folgenden helfen, ein paar Stränge in den Blick zu nehmen, die diesen antisemitischen Zeitgeist derzeit zusammenhalten.

George Soros und der antisemitische Geist

Es ist bemerkenswert, wie sehr sich der sichtbare und lautstarke internationale Antisemitismus gegenwärtig mit George Soros auf einen einzigen Mann eingeschossen hat. Soros, der in Ungarn als Jude geboren wurde, den Holocaust überlebt und als Hedgefondsmanager in den Vereinigten Staaten ein beträchtliches Vermögen erwirtschaftet hatte, unterstützt mit seinem Geld seit vierzig Jahren liberale und fortschrittliche Projekte auf der ganzen Welt. Inspiriert vor allem von Karl Poppers Vision einer »offenen Gesellschaft« ist Soros Anhänger von Multikulturalismus, Pressefreiheit und Menschenrechten, die die ideelle Grundlage seines Netzwerks der *Open Society Foundations* bilden, die er während des Niedergangs des Kommunismus überall in Ost- und Mitteleuropa gründete. Auch verfolgte er mit beträchtlichem Interesse progressiven Themen in den Vereinigten Staaten und war ein bedeutender Unterstützer der *Demokratischen Partei*.¹⁹

-
- 16 I. Kalmar: The battlefield is in Brussels. Islamophobie in der Visegrád-Gruppe im globalen Kontext. *Patterns of Prejudice*, 52(5), 2018, S. 406–419, hier: S. 418.
 - 17 C. Miller-Idriss: The global dimensions of populist nationalism. *The International Spectator*, 54(2), 2019, S. 17–34, hier: S. 28–29.
 - 18 L. Rensmann und J. H. Schoeps: Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond. In: L. Rensmann und J. H. Schoeps (Hrsg.). *Politics and Resentment: Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union*, Leiden: Brill 2010, S. 1–79, hier: S. 47
 - 19 K. P. Vogel, S. Shane, und P. Kingsley: How Vilification of George Soros Moved From the Fringes to the Mainstream. *New York Times* vom 31.10.2018.

Eine erste vollständige Ausarbeitung der Genealogie des Anti-Soros-Verschwörungsmythos findet sich im Jahr 1996 in den Schriften des US-amerikanischen Neonazis Lyndon LaRouche.²⁰ Die antisemitischen Anfeindungen gegen Soros und seine Organisationen begannen in Osteuropa allerdings sofort, als die Einrichtungen der *Open Society* in Ungarn im Jahr 1984 ihre Arbeit aufnahmen und schon damals auf beträchtlichen Widerstand und Unmut des Regimes stießen. Die weltweite Hetze gegen Soros erreichte im Jahr 2018 einen Höhepunkt, als ein Trump-Anhänger einen lebensgefährlichen Rohrbomben-Anschlag auf Soros verübte.

Was die Anti-Soros-Verschwörungen für die Analyse des gegenwärtigen antisemitischen Zeitgeists so aufschlussreich macht, ist ihr wahrhaft globaler Charakter. Soros wurde vom türkischen Präsidenten beschuldigt, daran zu arbeiten, Nationen zu zerstören und zu spalten, von der malaiischen Regierung die asiatische Finanzkrise und von der mazedonischen Regierungspartei die nationale Regierungskrise ausgelöst zu haben. Der israelische Premierminister warf ihm vor, mit dem Iran gegen Israel zu paktieren, ein rumänischer Politiker meinte, Soros habe »finanzielles Übel« über das Land gebracht, der slowakische Premier verdächtigte ihn, regierungskritische Proteste finanziert zu haben. Nach Ansicht des ungarischen Regierungschefs trägt Soros die Verantwortung für die »Überflutung« des Landes mit Migranten, nach der Überzeugung Trumps habe Soros die zentralamerikanischen Flüchtlinge dafür bezahlt, in den USA Asyl zu beantragen, Fox News gemäß habe er die amerikanische Demokratie gekapert und so weiter und so weiter.²¹ Soros ist ein Feind von populistischen Politikern auf der ganzen Welt, die ihrerseits jedes nationale Problem, was gerade besonders akut ist, auf ihn zurückführen.

Die Besessenheit mit Soros ist einzigartig in unserer Zeit, und sie ist vielsagend, weil sie einerseits klassische antisemitische Tropen abbildet, andererseits aber in bizarre Unterverschwörungen abgeleitet, etwa wonach Soros, der als Kind den Holocaust überlebt hatte, mit den Nazis kollaboriert habe. Trotz ihrer Unsinnigkeit ist diese widerwärtige Verschwörungstheorie unter

20 I. Kalmar, C. Stevens und N. Worby: Twitter, gab, and racism: The case of the Soros myth. In: Proceedings of the 9th International Conference on Social Media and Society 18, 2018, S. 330–334.

21 I. Kalmar, C. Stevens und N. Worby: Twitter, Gab, and Racism: The Case of the Soros Myth. In: Proceedings of the 9th International Conference on Social Media and Society 18, 2018, S. 330–334; E. Tamkin: The Influence of Soros: Politics, Power, and the Struggle for Open Society, New York: HarperCollins 2020b.

populistischen Rechtsextremisten weit verbreitet, besonders in den Vereinigten Staaten.²² Dies ist insofern relevant, als sie Elemente aus dem hartnäckigen Repertoire des Antisemitismus mit der Delegitimierung des Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg kombiniert und irgendwie alles zusammenwirft. Selbst heutige Antisemiten wissen, dass eine Person, die im Verdacht steht, Nazi zu sein, diskreditiert ist; deswegen errichten sie also ein semantisches Bezugssystem, in dem ihr Antisemitismus durch den simpelsten Marker überhaupt geschützt wird – durch den universalen Hass auf Nazis.

Diese verquere Vorstellung, wonach George Soros kein richtiger Jude, vielmehr ein echter Nazi sei, wird in der gesamten antisemitischen populistischen Internationale immer wieder aufgerufen – und es ist die gleiche Idee, auf die sich auch der ungarische Kultusminister bezog, als er sich darüber beschwerte, dass die beiden populistischen und anti-multikulturellen Länder Polen und Ungarn heute Europas »neue Juden« seien; Soros bezeichnete er in diesem Zusammenhang als »einen liberalen Führer«, der verantwortlich sei für das »giftige Gas« der »multikulturellen offenen Gesellschaft, die für die europäische Lebensart tödlich ist.«²³ Der Politiker zog diesen Kommentar später zurück, ganz wie es Wodaks Konzept der »kalkulierten Ambivalenz« vorhersagt. Das gleiche Thema griff auch Rudy Giuliani auf: Der frühere Bürgermeister von New York und heutige enge Vertraute Trumps sagte, Soros sei ja wohl »schwerlich ein Jude. Ich bin mehr Jude, als es Soros ist.«²⁴ Giuliani zufolge sei Soros gefährlich, da er wegen seines »kranken Hintergrunds«²⁵ – gemeint ist wohl seine »Nazikollaboration« – fest dazu entschlossen sei, die US-Regierung zu zerstören.

Der gemeinsame rote Faden vieler Anti-Soros-Verschwörungen ist der Vorwurf der Einmischung und die Unterstellung, nationale Unruhe und

22 Jane Coaston: George Soros is not a Nazi, explained. Vox, vom 11.06.2018. <https://www.vox.com/2018/6/11/17405784/george-soros-not-a-nazi-trump>.

23 Hungarian Culture Head Retracts Article Comparing George Soros To Hitler. Radio Free Europe vom 29.11.2020. <https://www.rferl.org/a/hungary-museum-retracts-article-george-soros-nazi-gas-chambers-holocaust-hitler-orban-eu/30974375.html>.

24 Veronica Stracqualursi: Giuliani claims he's »more of a Jew« than Holocaust survivor George Soros. CNN vom 25.12.2019. <https://www.cnn.com/2019/12/24/politics/rudy-giuliani-george-soros-jewish/index.html>.

25 Sam Sokol: Giuliani doubles down on Jewish Soros comments, saying the philanthropist uses Judaism as »a shield and a sword«. Jewish Telegraphic Agency vom 2.12.2020. <https://www.jta.org/2020/12/02/politics/giuliani-doubles-down-on-jewish-soros-comments-saying-the-philanthropist-uses-judaism-as-a-shield-and-a-sword>.

Unordnung verursachen zu wollen. Dieses Element des antisemitischen Repertoires hat eine lange Geschichte. In der Zeit der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten wurden Juden beispielsweise beschuldigt (und so manch einer bezahlte dafür mit seinem Leben), die afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung vorbereitet und mobilisiert zu haben, und dies unter anderen auch deshalb, weil amerikanische Rassisten schwarze Amerikaner für unfähig hielten, sich selbst zu organisieren.²⁶ Und der heutige rechtsextreme populistische Antisemitismus sieht Juden (personifiziert in George Soros) als diejenigen an, die die internationalen Flüchtlings- und Migrationsströme organisieren und anführen – etwa aus Syrien und dem Nahen Osten oder aus Zentral- und Lateinamerika. Dahinter steht wieder die gleiche Vorstellung, wonach nicht-weiße Minderheiten zu einer Emanzipation selbst nicht in der Lage seien, daher die Juden hinter den Kulissen die Fäden zögen und damit ihre eigene Agenda voranbrächten, die nationale Kultur und Lebensart des jeweiligen Einwanderungslandes zu zerstören.

Dieses Bedrohungsszenario aus mächtigen, weltweit agierenden Eliten und unerwünschten innenpolitischen Kräften, die sie angeblich unterstützten und kontrollierten, wurde in den Vereinigten Staaten besonders sichtbar, als Donald Trumps Populismus immer häufiger seine einwanderungs- und flüchtlingsfeindlichen Projekte in den Bezugsrahmen des Antisemitismus setzte. Trump und seine *Make America Great Again*-Bewegung (MAGA) nutzen die vorhandenen antisemitischen Ressentiments, um ihre unterschiedlichen Feinde – vor allem die *Demokratische Partei*, doch auch soziale Bewegungen wie *Black Lives Matter* – so darzustellen, als seien sie von Juden gekauft und vom globalen jüdischen Kapital manipuliert.²⁷

Der MAGA-Populismus gefährdet das Leben amerikanischer Juden ganz unmittelbar – allein im Jahr 2019 ereigneten sich mehr körperliche antisemitische Angriffe als jemals zuvor seit Beginn der systematischen Erfassung sol-

26 Clive Webb: *Rabble Rousers: The American Far Right in the Civil Rights Era*. Athens: University of Georgia Press, 2011.

27 Reuters Fact check: False claims about George Soros. Reuters vom 29.9.2020. <https://www.reuters.com/article/uk-factcheck-false-george-soros-claims/fact-checkfalseclaims-about-george-soros-idUSKBN23P2XJ>; Emily Tamkin: Anti-Semitism in the Time of Trump. *The New Statesman* vom 30.10.2020. <https://www.newstatesman.com/world/2020/10/anti-semitism-time-trump>

cher Vorfälle in den USA.²⁸ Ein besonders gravierender Vorfall ereignete sich im Jahr 2018, als ein Trump-Unterstützer, der von der populistischen einwanderungsfeindlichen Kampagne beeinflusst war, elf amerikanische Juden während eines Gottesdienstes in der *Tree of Life*-Synagoge in Pittsburgh ermordete – das antisemitische Attentat mit den meisten Todesopfern in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Es ist bezeichnend, dass der Attentäter in verschiedenen Posts auf sozialen Plattformen betonte, dass er die Juden jagen würde, weil sie einen »Völkermord« an seinen (weißen) Leuten begingen. Dabei erwähnte er insbesondere George Soros, der einen honduranischen Flüchtlingstreck »heimlich kontrolliere«,²⁹ sowie die *Hebrew Immigration Aid Society*,³⁰ die zuerst dabei half, Tausende von jüdischen Opfern des Holocaust ins Land zu bringen, und jetzt hispanische Einwanderer dabei unterstützte, in die USA zu kommen. Die Juden seien schuld an der größten Sorge des MAGA-Populismus – an einer außer Kontrolle geratenen Einwanderung und am »weißen Genozid«.

So wie sich heute die ganze Aufmerksamkeit auf Soros richtet, so traf es gestern die Rothschilds oder den jüdischen Offizier Dreyfus. Der antisemitische Gedankengang dahinter ist immer der gleiche: Es geht um eine jüdische Figur, die für alle Übel der Nation verantwortlich gemacht wird. Und so funktioniert auch der transnationale Antisemitismus: Er fixiert sich auf Juden, weil sie angeblich hinter den Problemen stecken; sie sind es, die Proteste anführen, Unfrieden stiften sowie Kampagnen gestalten und finanzieren; und all das mit dem Ziel, eine besondere internationale Ordnung zu zerstören, die die Populisten bewahren wollen.

Neue Allianzen: Der Aufstieg des proisraelischen Antisemitismus

Bis jetzt ging es in diesem Artikel um die Hauptmerkmale des gegenwärtigen rechtsextremen populistischen Antisemitismus sowie um die zahlreichen

28 Anti-Defamation League: Antisemitic Incidents Hit All-Time High in 2019. Anti-Defamation League vom 12.5.2020. <https://www.adl.org/news/press-releases/antisemitic-incidents-hit-all-time-high-in-2019>.

29 Tara Isabella Burton: The centuries-old history of Jewish »puppet master« conspiracy theories. Vox vom 02.11.2018. <https://www.vox.com/2018/11/2/15946556/antisemitism-enlightenment-george-soros-conspiracy-theory-globalist>.

30 Emily Tamkin: Anti-Semitism in the Time of Trump. The New Statesman vom 30.10.2020. <https://www.newstatesman.com/world/2020/10/anti-semitism-time-trump>

Kontinuitäten mit seinen früheren Versionen. In vielerlei Hinsicht ist der heutige Antisemitismus dem Antisemitismus von gestern sehr ähnlich. Dennoch lässt sich inmitten all dieser Konstanten eine erstaunliche neue Eigenschaft vieler populistischer Parteien von heute ausmachen: Sie haben einen politischen Raum geschaffen, in dem sie den Antisemitismus als Bezugsrahmen und Weltansicht etablieren, während sie sich zugleich performativ und deklarativ als standhaft proisraelisch positionieren. Es wäre sehr zu wünschen, dass diesem neuen proisraelischen Antisemitismus von Seiten der Wissenschaft größere Aufmerksamkeit als bisher zuteilwürde, auch weil dieser Aspekt des heutigen Populismus auf die anhaltende Bedeutung des Antisemitismus in der internationalen verweist. Der Blick auf das Phänomen des proisraelischen Antisemitismus hilft außerdem, andere zentrale Fragestellungen der internationalen Beziehungen zu verstehen – wie etwa die Bildung von neuen Allianzen in einer sich wandelnden internationalen Ordnung.

Falls proisraelische Annäherungsversuche von ansonsten explizit antisemitischen rechtsextremen Populisten (Orbán, Bolsonaro, Trump) überhaupt von der Forschung zur Kenntnis genommen wurden interpretierte man sie als eine Form des Philosemitismus, der oft als eine besondere Liebe oder ein spezielles Interesse an Juden definiert wird. Ein kürzlich veröffentlichter ausführlicher Bericht über dieses Phänomen ermittelte »eine aufkommende Zusammenarbeit und sich wandelnde Haltungen der populistischen radikalen Rechten zu Juden« und deutete sie »als eine neue Welle des Philosemitismus«. ³¹ Es handelt sich jedoch um eine neue Strategie, die rechtspopulistische Parteien und Politiker nutzen, um sich im politischen Mainstream als salonfähig zu präsentieren. In diesem umgeschriebenen Narrativ werden Juden nicht mehr vornehmlich als Feinde des Volkes, sondern vielmehr als genuin islamfeindlich angesehen (da sie in Muslimen eine Bedrohung sehen) und insofern mit dem anderen Programmpunkt der Populisten in Verbindung gesetzt: mit der islamophoben Haltung gegen Einwanderung – und da lässt sich Israel als »europäische Grenze gegen die arabische Welt« bejubeln. ³² In den Worten von Filip Dewinter, dem Vorsitzenden der belgischen rechtsextremen Partei *Vlaams Belang*: »Israel ist eine Art Vorposten unserer westlichen Gesellschaft, ein Außenposten der Demokratie, der Redefreiheit, des Schutzes gemeinsamer Werte in-

31 Hannah Rose: *The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right*. London: International Centre for the Study of Radicalisation, King's College 2020, i.

32 Ebd.

mitten einer feindlichen Umgebung.«³³ Für Geert Wilders, dem Vorsitzenden der niederländischen *Partei für die Freiheit*, ist Israel »die erste Verteidigungslinie des Westens« gegen den Islam. Für die rechtsextreme *English Defence League* »steht Israel an der Frontlinie zum islamischen Extremismus und zum Dschihad.«³⁴ Diese neue internationale Ordnung der Populisten stellt sich also die Juden als Teil einer konstruierten »jüdisch-christlichen« Welt vor, deren einziger gemeinsamer Nenner die Vernichtung des Islam ist. Diese Ordnung heißt Juden nicht willkommen, weil sie Juden sind, sondern weil sie einen Schutzwall gegen Muslime darstellen.

Diese neue populistische Strategie als ein Beispiel für »Philosemitismus« zu verstehen, übersieht allerdings die zugrunde liegende Motivation, die in Wirklichkeit tief im antisemitischen Denken verwurzelt ist. Erstens ist es ziemlich klar, dass vieles an dieser neuen proisraelischen Haltung stark von der antisemitischen Vorstellung vom »mächtigen Juden« abhängt, um deren Unterstützung für ein bestimmtes politisches Ziel geworben wird (etwa für den Kampf gegen den Islam). So gaben die rechtspopulistischen »*Schweden-demokraten*« ausdrücklich zu, dass »der Druck aus Israel uns auf lange Sicht helfen kann [...]. Um unsere Parteien in Europa zu legitimieren!«³⁵ Oder, wie Dewinter sagte: »Es ist sehr wichtig für mich, als Vorsitzender einer rechtsnationalen Partei zu sagen, dass wir den Staat Israel und die Juden respektieren. Allen, die uns als Neonazis ansehen, sagen wir: ›Nein, wir wollen gute Beziehungen zu den Juden.«³⁶

Es gibt viele Beispiele für das neue Werben um Juden von Seiten ansonsten antisemitischer Politikern aus dem gesamten populistischen Spektrum: Etwa von der *Freiheitlichen Partei Österreichs*, deren Ursprünge direkt zurück zu den österreichischen Nationalsozialisten reichen, und von ihrem früheren Parteibmann Heinz-Christian Strache, der bei einem Marsch nach dem Vorbild der

33 Bodo Kahmann: ›The most ardent pro-Israel party‹. Pro-Israel attitudes and anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe. In: *Patterns of Prejudice* 51(5), 2017, S. 396–411, hier: S. 405.

34 Hannah Rose: *The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right*. London: International Centre for the Study of Radicalisation, King's College 2020, S. 7.

35 Bodo Kahmann: ›The most ardent pro-Israel party‹. Pro-Israel attitudes and anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe. In: *Patterns of Prejudice* 51(5), 2017, S. 396–411, hier: S. 403.

36 Ebd. S. 405.

Hitlerjugend verhaftet wurde³⁷ und einmal zu Protokoll gab: »Wenn die Juden uns akzeptieren, haben wir keine Probleme mehr.«³⁸ Marine Le Pen, die Vorsitzende des französischen rechtsextremen *Rassemblement National* mit tiefen antisemitischen Wurzeln, erklärte vor französischen Juden, der *Rassemblement* sei der »beste Schirm, um Sie zu beschützen« – die gleiche Marine Le Pen, deren beide engste Vertraute Nazisympathisanten sind und »gestreifte Pyjama-Parties« mit Konzentrationslagermotto feierten,³⁹ und die gleiche Le Pen, die auch weiterhin die französische Beteiligung am Holocaust leugnet.⁴⁰ Thierry Baudet, Vorsitzender des niederländischen rechtsextremen *Forum voor Democratie* ist öffentlich mit Kippa aufgetreten, während eine andere Abgeordnete dieser Partei im niederländischen Senat routinemäßig auf Twitter grobe antisemitische »Witze« postet und Kritik daran mit Erklärungen zu ihrer Unterstützung Israels kontert.⁴¹

Es ist allerdings bezeichnend, dass die Beziehung zwischen europäischen populistischen Parteien und Israel durchaus von beiden Seiten gepflegt wird: Die israelische extreme Rechte begrüßt solche Angebote und sieht in diese Parteien geeignete Partner im internationalen Kampf gegen den Islam, der die Existenz Israels und seinen Lebensstil bedrohe. Beispielsweise unterzeichneten im Jahr 2010 die Vertreter von vier rechtsextremen europäischen Parteien

37 Heinz-Christian Strache, from neo-Nazi youth to Austria's next vice-chancellor. Times of Israel vom 16.12.2017. <https://www.timesofisrael.com/heinz-christian-strache-from-neo-nazi-youth-to-austrias-next-vice-chancellor/>.

38 Hannah Rose: *The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right*. London: International Centre for the Study of Radicalisation, King's College 2020, hier: S.17.

39 Michael Colborne: Rise of a New Far-right: The European »Philosemites« Using Jews to Battle Muslims. Haaretz vom 21.10.2017. <https://www.haaretz.com/world-news/europe/.premium-the-european-philosemites-using-jews-to-battle-muslims-1.5459112>; Adam Nossiter: Le Pen's Inner Circle Fuels Doubt About Bid to »Un-Demonize« Her Party. The New York Times vom 13.04.2017.

40 Amanda Taub: France's Far Right, Once Known for Anti-Semitism, Courts Jews. The New York Times vom 5.4.2017. <https://www.nytimes.com/2017/04/05/world/europe/france-far-right-le-pen-jews.html>.

41 Nicolaas P. Barr: *The New Dutch Far Right*. Jewish Currents vom 2.7.2020. <https://jewishcurrents.org/the-new-dutch-far-right> (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2025); Hannah Rose: *The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right*, London: International Centre for the Study of Radicalisation, King's College 2020, hier: S. 33.

mit bedeutendem antisemitischen Erbe (der *Vlaams Belang*, die *Schwedendemo-kraten*, die *Freiheitliche Partei Österreichs* sowie die inzwischen aufgelöste *Deutsche Freiheitspartei*) zusammen mit ihren israelischen Kollegen eine sogenannte »Jerusalemser Erklärung«, die den fundamentalistischen Islam als weltweite und existenzielle Bedrohung bezeichnet. Folgerichtig stilisierten sich die unterzeichnenden Parteien zu »Verteidigern der Demokratie und der Menschenrechte«, die »an vorderster Front in der Schlacht um die westlichen demokratischen Werte kämpfen«. ⁴²

Solange sie an ihrer proisraelischen Haltung festhielten, begegnete die israelische Regierung diesen populistischen antisemitischen Bewegungen mit offenen Armen. Über die Verbindungen zu den verschiedenen bereits erwähnten rechtsextremen Politikern hinaus unterhält der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu auffallend freundliche Beziehungen zu Viktor Orbán. ⁴³ Netanjahus Umwerben des ungarischen Regierungschefs – er nannte ihn einen »echten Freund Israels« ⁴⁴ – erscheint vor allem angesichts von Orbáns zahlreichen offen antisemitischen Äußerungen besonders bemerkenswert. Besonders berüchtigt ist seine klassische antisemitische Tirade aus dem Jahr 2018: »Sie sind nicht national, sondern international; sie glauben nicht an Arbeit, sondern spekulieren mit Geld; sie haben kein Heimatland, sondern fühlen sich, als gehörte ihnen die ganze Welt.« ⁴⁵

Nicht nur, dass Netanjahu keine Probleme mit Orbáns Antisemitismus hatte, sondern er stimmte ihm sogar bei der Verurteilung des schädlichen Einflusses von Soros zu. Dies ist für ihn deshalb folgerichtig, weil sich das Engagement von George Soros auf Universalismus und Multikulturalismus und damit auf Werte richtet, die insbesondere durch die jüdische Diaspora verkörpert werden und die Netanjahu grundsätzlich ablehnt, weil sie mit seiner Vision von Israel als Nationalstaat *aller Juden* kollidieren, ⁴⁶ als einzig

42 Kahmann, 2017: S. 403.

43 Sharon Pardo und Neve Gordon: Euroscepticism as an instrument of foreign policy. In: *Middle East Critique* 27(4), 2018, S. 399–412, hier: S. 402.

44 Ilan Ben Zion: Netanyahu greets Hungary's Orban as »true friend of Israel«. Associated Press vom 19.7.2018. <https://apnews.com/article/938bb193c0894691bf42a6457d1fae4c>.

45 Michael Colborne: Orbán Blamed All of Hungary's Problems on a Jew – and Won, Big Time. *Haaretz* vom 9.4.2018

46 Netanyahu urges Israelis: Don't elect weak, incompetent leftists Gantz and Lapid. *Times of Israel* vom 21.2.2019. <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-urges-israelis-dont-elect-weak-incompetent-leftists-gantz-and-lapid/>.

legitime Heimstatt aller Juden. Dies ist eine Vorstellung, die jüdische Existenz in der Diaspora mehr oder weniger ausschließt und alte Gräben zwischen dem Zionismus und diasporischen Ideen von jüdischem Leben neu inszeniert.⁴⁷

Hinter Netanjahus Position steckt aber auch eine Strategie: Sein kurzfristiges Ziel lag in der Stärkung und Ausweitung der Allianz der proisraelischen Regierungen in der Europäischen Union, in der oftmals harsche Kritik an Israel geübt wurde, sei es wegen Israels Umgang mit den Palästinensern oder wegen seiner Iranpolitik. Israel hofierte nicht nur populistische Parteien und Politiker mit mitunter offen antisemitischen Narrativen,⁴⁸ sondern arbeitete auch eng mit euroskeptischen Parteien im Dunstfeld der europäischen populistischen Rechten zusammen. Es ging darum, verschiedene EU-Resolutionen und Dokumente zu Israels Gunsten zu ändern, und darum, den demokratischen Prozess in der Europäischen Union und die Legitimität ihrer Institutionen insgesamt auszuhöhlen.⁴⁹ Und aus der Sicht von rechtsextremen populistischen Parteien funktioniert umgekehrt diese Expansion der transnationalen Vernetzung mit gleichgesinnten Parteien und Politikern wie Netanjahu so gut, da sie innere wie äußere politische Bestätigung und Legitimation sicherte.

Abgesehen von der kruden Unterstützung von Israels rechtsextremer Islamfeindlichkeit haben viele populistische Bewegungen auch deshalb kein Problem mit Israel, weil sie auf einer allgemeineren Ebene mit diesem Land in vielerlei Hinsichten ein Ideal von Nationalstaatlichkeit zu teilen glauben. Denn als Nationalstaat ist Israel dabei, ein exkludierendes Konzept zu institutionalisieren, das bestimmt, wer als gleichberechtigter Bürger zu Israel gehört (jüdische ethnische Mehrheit) und wer nicht (nichtjüdische arabische Minderheit). Das Israel der Netanjahu-Regierung bzw. des exkludierenden Nationalstaatsgesetzes von 2018,⁵⁰ das Israel zu einem Nationalstaat einzig

47 Mairav Zonszein: Israel's War Against George Soros. The New York Times vom 17.7.2017. <https://www.nytimes.com/2017/07/17/world/middleeast/israel-george-soros.html>

48 Michael Barnett: The Real Reason Netanyahu Gave Cover To Holocaust Deniers. Forward vom 5.7.2018. <https://forward.com/opinion/404834/the-real-reason-netanyahu-gave-cover-to-holocaust-deniers>.

49 Sharon Pardo und Neve Gordon: Euroscepticism as an instrument of foreign policy. In: Middle East Critique 27(4), 2018, S. 399–412.

50 Dieses höchst umstrittene Gesetz enthält drei Hauptvorschriften: Das Recht auf die Ausübung von nationaler Selbstbestimmung ist einzig dem jüdischen Volk vorbehalten, Hebräisch ist Israels einzige Amtssprache und der jüdische Siedlungsbau ist ein nationaler Wert, der gefördert und weiterentwickelt werden soll. Miriam Berger: Israel's hugely controversial ›nation-state‹ law, explained. Vox vom

der Juden bestimmt, ist ein natürlicher Freund von derzeitigen Rechtspopulisten.

Doch diese Affinität macht Rechtspopulisten noch lange nicht zu Philosemiten; es führt sie dazu, ihren Antisemitismus mit einer Israelfahne zu verhüllen. Die populistische Hinwendung zu Israel dient vielmehr dazu, sich von Antisemitismus, und erklärt sich zum anderen aus der ideologischen Anziehungskraft seiner rechtsextremen Regierung und ihrer rechtsextremen, exkludierenden Politik. Wenn rechtsextreme israelische Politiker fordern, »Einwanderer sollten dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind«, dann sprechen sie die universale Sprache der völkischen Rechtsextremen und Populisten.⁵¹

Fazit

Dieser Essay sollte zeigen, auf welche Weise Antisemitismus als ein mächtiger interpretativer Rahmen für rechtsextreme populistische Bewegungen dient, die die gegenwärtige internationale liberale Ordnung in Frage stellen. Außerdem wurde nachgewiesen, welche maßgebliche Rolle der Antisemitismus dabei spielte, außenpolitische Strategien einzelner Ländern zu entwickeln und neue internationale Bündnisse zu schmieden.

Während das Thema dieses Artikels auf Antisemitismus in der populistischen extremen Rechten beschränkt war, ist es wichtig festzustellen, dass Antisemitismus darüber hinaus durchaus auch in der populistischen extremen Linken existiert – und zwar nicht nur in der britischen *Labour Party*, wie dies unlängst unter Jeremy Corbyn heiß diskutiert wurde, sondern auch in anderen linkspopulistischen Bewegungen wie im Chavismus in Venezuela oder bei *Podemos* in Spanien. Die Beschränkung der vorliegenden Analyse auf die populistische extreme Rechte will den Antisemitismus auf der Seite der populistischen extremen Linken nicht marginalisieren. Vielmehr sollte sie dazu anregen, über Ähnlichkeiten und Unterschiede nachzudenken, die die Ausprä-

31.7.2018. <https://www.vox.com/world/2018/7/31/17623978/israel-jewish-nation-state-law-bill-explained-apartheid-netanyahu-democracy>.

51 Rita Abrahamsen, Jean-François Drolet, Alexandra Gheciu, Karin Narita, Srdjan Vucetic und Michael Williams: Confronting the international political sociology of the new right. In: *International Political Sociology* 14(1), 2020, S. 94–107, hier: S. 102.

gungen von Antisemitismus über das gesamte ideologische Spektrum hinweg kennzeichnen.

Literatur

- Abrahamsen, Rita, Jean-François Drolet, Alexandra Gheciu, Karin Narita, Srdjan Vucetic und Michael Williams (2020): Confronting the international political sociology of the new right. In: *International Political Sociology* 14(1), S. 94–107.
- Anti-Defamation League (2020): Antisemitic Incidents Hit All-Time High in 2019. Anti-Defamation League vom 12.5.2020. <https://www.adl.org/news/press-releases/antisemitic-incidents-hit-all-time-high-in-2019>.
- Barnett, Michael (2018): The Real Reason Netanyahu Gave Cover To Holocaust Deniers. *Forward* vom 5.7.2018. <https://forward.com/opinion/404834/the-real-reason-netanyahu-gave-cover-to-holocaust-deniers>.
- Barr, Nicolaas P. (2020): The New Dutch Far Right. *JewishCurrents* vom 2.7.2020. <https://jewishcurrents.org/the-new-dutch-far-right>.
- Ben Zion, Ilan (2018): Netanyahu greets Hungary's Orban as ›true friend of Israel«. *Associated Press* vom 19.7.2018. <https://apnews.com/article/938bb193c0894691bf42a6457d1fae4c>.
- Berger, Miriam (2018): Israel's hugely controversial ›nation-state« law, explained. *Vox* vom 31.7.2018. <https://www.vox.com/world/2018/7/31/17623978/israel-jewish-nation-state-law-bill-explained-apartheid-netanyahu-democracy>.
- Burton, Tara Isabella (2018): The centuries-old history of Jewish ›puppet master« conspiracy theories. *Vox* vom 2.11.2018. <https://www.vox.com/2018/11/2/15946556/antisemitism-enlightenment-george-soros-conspiracy-theory-globalist>.
- Castanho Silva, Bruno, Federico Vegetti und Levente Littvay (2017): The elite is up to something: Exploring the relation between populism and belief in conspiracy theories. In: *Swiss Political Science Review* 23(4), S. 423–443.
- Coaston, Jane (2018): George Soros is not a Nazi, explained. *Vox* vom 11.6.2018. <https://www.vox.com/2018/6/11/17405784/george-soros-not-a-nazi-trump>.
- Colborne, Michael (2017): Rise of a New Far-right: The European ›Philosemites« Using Jews to Battle Muslims. *Haaretz* vom 21.10.2017. <https://www.haaretz.com>

- etz.com/world-news/europe/.premium-the-european-philosemites-usin-g-jews-to-battle-muslims-1.5459112.
- Colborne, Michael (2018): Orbán Blamed All of Hungary's Problems on a Jew – and Won, Big Time. *Haaretz* vom 9. April 2018.
- DellaPergola, Sergio (2020): Jewish Perceptions of Antisemitism in the European Union, 2018: A New Structural Look. In: *Analysis of Current Trends in Antisemitism – ACTA* 40(2).
- Filc, Dani (2020): European Populism and Minorities. In: Sharon Pardo und Hila Zahavi (Hg.): *The Jewish Contribution to European Integration*. New York: Lexington Books, S. 47–62.
- Fine, Robert D. (2016): Cosmopolitanism and the critique of antisemitism: Two faces of universality. In: *European Review of History* 23(5–6), S. 769–783.
- Hanebrink, Paul (2018): *A Specter Haunting Europe: The Myth of Judeo-Bolshevism*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hobbs, Mark (2017): Alexander Ratcliffe: British Holocaust Denial in Embryo. In: Paul Behrens, Nicholas Terry und Olaf Jensen (Hg.): *Holocaust and Genocide Denial: A Contextual Perspective*. London: Routledge, S. 9–20.
- Hogan, Jackie und Kristin Haltinner (2015): Floods, invaders, and parasites: Immigration threat narratives and right-wing populism in the USA, UK and Australia. In: *Journal of Intercultural Studies* 36(5), S. 520–543.
- Kahmann, Bodo (2017): ›The most ardent pro-Israel party‹. Pro-Israel attitudes and anti-antisemitism among populist radical-right parties in Europe. In: *Patterns of Prejudice* 51(5), S. 396–411.
- Kalmar, Ivan (2018): ›The battlefield is in Brussels‹. Islamophobia in the Visegrád Four in its global context. In: *Patterns of Prejudice* 52(5), S. 406–419.
- Kalmar, Ivan, Christopher Stevens und Nicholas Worby (2018): Twitter, gab, and racism: The case of the Soros myth. In: *Proceedings of the 9th International Conference on Social Media and Society* 18, S. 330–334.
- Kovács, András (2011): From anti-Jewish Prejudice to Political anti-Semitism? On Dynamics of anti-Semitism in post-Communist Hungary. In: Julius H. Schoeps und Olaf Glöckner (Hg.): *A Road to Nowhere? Jewish Experiences in Unifying Europe*. Leiden: Brill, S. 247–267.
- Kovács, András und Anna Szilágyi (2013): Variations on a Theme: The Jewish ›Other‹ in old and new antisemitic media discourses in Hungary in the 1940s and in 2011. In: John E. Richardson und Ruth Wodak (Hg.): *Analysing Fascist Discourse: European Fascism in Talk and Text*. London: Routledge, S. 203–227.

- Kurylo, Bohdana (2022): The discourse and aesthetics of populism as securitisation style. In: *International Relations* 36(1), S. 127–147.
- Liphshiz, Cnaan (2020): Violent anti-Semitic Crimes Worldwide Reached 5-year Record in 2019. Jewish Telegraphic Agency vom 20.4.2020. <https://www.jta.org/quick-reads/violent-anti-semitic-crimes-worldwide-reached-5-year-record-in-2019>.
- Miller-Idriss, Cynthia (2019): The global dimensions of populist nationalism. In: *The International Spectator* 54(2), S. 17–34.
- Nossiter, Adam (2017): Le Pen's Inner Circle Fuels Doubt About Bid to 'Un-Demonize' Her Party. *The New York Times* vom 13.4.2017.
- Pardo, Sharon und Neve Gordon (2018): Euroscepticism as an instrument of foreign policy. In: *Middle East Critique* 27(4), S. 399–412.
- Radio Free Europe (2020): Hungarian Culture Head Retracts Article Comparing George Soros To Hitler. Radio Free Europe vom 29.11.2020. <https://www.rferl.org/a/hungary-museum-retracts-article-george-soros-nazi-gas-chambers-holocaust-hitler-orban-eu/30974375.html>.
- Rensmann, Lars und Julius H. Schoeps (2010): Politics and Resentment: Examining Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union and Beyond. In: Lars Rensmann und Julius H. Schoeps (Hg.): *Politics and Resentment: Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union*. Leiden: Brill, S. 1–79.
- Reuters (2020): Fact check: False claims about George Soros. Reuters vom 29.9.2020. <https://www.reuters.com/article/uk-factcheck-false-george-soros-claims/fact-checkfalseclaims-about-george-soros-idUSKBN23P2XJ>.
- Rose, Hannah (2020): *The New Philosemitism: Exploring a Changing Relationship Between Jews and the Far-Right*. London: International Centre for the Study of Radicalisation, King's College.
- Sokol, Sam (2020): Giuliani doubles down on Jewish Soros comments, saying the philanthropist uses Judaism as 'a shield and a sword'. Jewish Telegraphic Agency vom 2.12.2020. <https://www.jta.org/2020/12/02/politics/giuliani-doubles-down-on-jewish-soros-comments-saying-the-philanthropist-uses-judaism-as-a-shield-and-a-sword>.
- Steele, Brent J. und Alexandra Homolar (2019): Introduction: Populism and everyday ontological insecurities. In: *Cambridge Review of International Affairs* 32(3), S. 214–221.
- Stögner, Karin und Karin Bischof (2018): International High Finance against the Nation? Antisemitism and Nationalism in Austrian Print Media De-

- bates on the Economic Crisis. In: *Journal of Language and Politics* 17(3), S. 428–446.
- Stracqualursi, Veronica (2019): Giuliani claims he's ›more of a Jew‹ than Holocaust survivor George Soros. CNN vom 25.12.2019. <https://www.cnn.com/2019/12/24/politics/rudy-giuliani-george-soros-jewish/index.html>.
- Tamkin, Emily (2020a): Anti-Semitism in the Time of Trump. *The New Statesman* vom 30.10.2020. <https://www.newstatesman.com/world/2020/10/anti-semitism-time-trump>.
- Tamkin, Emily (2020b): The Influence of Soros: Politics, Power, and the Struggle for Open Society. New York: HarperCollins.
- Taub, Amanda (2017): France's Far Right, Once Known for Anti-Semitism, Courts Jews. *The New York Times* vom 5.4.2017.
- Times of Israel (2017): Heinz-Christian Strache, from neo-Nazi youth to Austria's next vice-chancellor. *Times of Israel* vom 16.12.2017. <https://www.timesofisrael.com/heinz-christian-strache-from-neo-nazi-youth-to-austria-next-vice-chancellor/>.
- Times of Israel (2019): Netanyahu urges Israelis: Don't elect weak, incompetent leftists Gantz and Lapid. *Times of Israel* vom 21.2.2019. <https://www.timesofisrael.com/netanyahu-urges-israelis-dont-elect-weak-incompetent-leftists-gantz-and-lapid/>.
- Vogel, Kenneth P., Scott Shane und Patrick Kingsley (2018): How Vilification of George Soros Moved From the Fringes to the Mainstream. *New York Times* vom 31.10.2018.
- Webb, Clive (2011): *Rabble Rousers: The American Far Right in the Civil Rights Era*. Athens: University of Georgia Press.
- Wodak, Ruth (2018): The Radical Right and Antisemitism. In: Jens Rydgren (Hg.): *The Oxford Handbook of the Radical Right*. Oxford: Oxford University Press, S. 61–85.
- Zonszein, Mairav (2017): Israel's War Against George Soros. *The New York Times* vom 17.7.2017.

Kulturelle Verschiebungen in der Logik des Kampfes gegen Antisemitismus in Deutschland¹

Irit Dekel und Esra Özyürek

Am 5. Juni 2021 veröffentlichte der Berliner *Tagesspiegel* im Politikteil ein Foto, auf dem ein Rußfleck an der Wand einer Synagoge zu sehen ist. Im dazugehörigen Artikel heißt es:

»Ein Unbekannter soll nach Polizei-Angaben einen Brandanschlag auf die Synagoge in Ulm verübt haben. [...] Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sprach von einem ›niederträchtigen Anschlag‹. Er zeige ›das heimtückische Gesicht des Antisemitismus‹ [...]. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) erklärte: ›Brandsätze gegen Synagogen zu werfen ist abstoßend. [...] Wir sind dankbar und froh, dass jüdisches Leben bei uns stattfindet und wollen, dass dieses jüdische Leben bei uns möglichst sorgenfrei und unbeschwert sein kann.«²

Wie der *Tagesspiegel*-Artikel über den Brandanschlag auf die Synagoge zeigt, verwandeln die von den politischen Akteuren verwendeten Kategorien und Konzepte die öffentliche Diskussion über Antisemitismus in ein Drama, das das Wesen der deutschen Gesellschaft verhandelt – man zeigt sich angewidert von den antisemitischen Taten, die von unsichtbaren Akteuren verübt werden; Empörung richtet sich gegen diejenigen, die traditionell nicht zur deutschen Gesellschaft zählen.

-
- 1 Wir haben diesen Artikel 2022 für ein internationales Publikum geschrieben, ihn 2023 in *Patterns of Prejudice* veröffentlicht und die deutsche Version für dieses Buch aktualisiert.
 - 2 »Heimtückisches Gesicht des Antisemitismus.« Unbekannter verübt Brandanschlag auf Synagoge in Ulm. Der *Tagesspiegel* vom 5.6.2021. <https://www.tagesspiegel.de/politik/unbekannter-veruebt-brandanschlag-auf-synagoge-in-ulm-4254775.html>.

In unserem Artikel beschäftigen wir uns zum einen mit dem aktuellen deutschen Diskurs über Antisemitismus, zum anderen mit den Maßnahmen, die gegen Antisemitismus ergriffen werden. In diesem Diskurs werden Antisemiten als widerwärtig dargestellt, ihre terroristischen Taten als Abscheu erregende Schandflecke für die deutsche Gesellschaft. Juden hingegen werden in Deutschland als das wundervolle Geschenk »jüdisches Lebens« dargestellt. Die so kodierte Juden erscheinen wie eine gefährdete Spezies, in deren Kommen und Gehen besser nicht eingegriffen werden sollte, um ihre Ausbreitung in Deutschland nicht zu stören.³ Trotz der dringlichen Aufgabe, »jüdisches Leben« zu schützen, bleiben aber in diesem Diskurs die gewalttätigen deutschen Täter, die Juden und andere Minderheiten angreifen, zum Großteil unbekannt und unbenannt.

Der Bericht des *Bundesverbands der Recherche und Informationsstellen Antisemitismus* (RIAS) über antisemitische Vorfälle zeigt allerdings, dass bezogen auf den Hintergrund der Täter 54 Prozent der Vorfälle im Jahr 2021 von unbekannt Personen verübt wurden (siehe Abbildung 1). RIAS-Reporte spiegeln nicht die Arbeit von Polizei und Behörden, sondern die institutionelle und öffentliche Aufmerksamkeit für die »jüdische Perspektive«⁴. Die RIAS-Erfassung basiert auf der IHRA-Arbeitsdefinition des Antisemitismus, die aus wissenschaftlicher Sicht sowohl als Definition als auch aufgrund ihrer nahostpolitischen Implikationen kritisiert wird.⁵ Die deutsche Presse nutzt die RIAS-Berichte, die vom Antisemitismusbeauftragten des Bundes unterstützt werden. Die RIAS-Meldestellen gleichen Daten mit anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ab, mit der Beratungsstelle OFEK oder mit Mitgliedern des Verbands für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG). Sofern möglich, ordnet RIAS antisemitische Vorfälle einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zu. 2023 war eine solche Zuordnung bei 61 Prozent aller antisemitischen Vorfälle nicht möglich. Der politische Hintergrund wurde bei diesen Fällen als unbekannt kategorisiert.⁶ Im Jahre 2024 berichtete der Tagesspiegel, dass die Polizei deutlich mehr Straftaten

3 Vgl. Hannah Tzuberi: »Reforesting« Jews: The German state and the construction of »New German Judaism«. In: *Jewish Studies Quarterly* 27(3), 2020, S. 199–224.

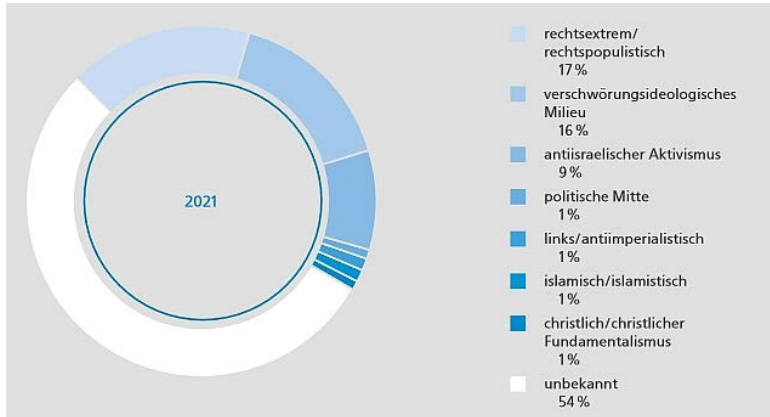
4 Meron Mendel: »Umkämpfte Sprechpositionen in der Antisemitismusdebatte«. In: Ulrich et al. 2024, S. 94

5 Vgl. Peter Ullrich, et. al.: Was ist Antisemitismus: Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft. S. 72.

6 Vgl. RIAS 2023: Bundesweit Jahresbericht. S. 56.

mit politischem Hintergrund in Berlin verzeichnet, mit einem starken Anstieg von Straftaten im Bereich »ausländische Ideologien«⁷, was meist im Kontext des Nahost Konflikts bedeutet.

Abbildung 1: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle 2021⁸



Seit 2018 sammelt RIAS Informationen über antisemitische Taten, die hauptsächlich von einzelnen Zeugen gemeldet werden. Laut den RIAS-Jahresberichten ist die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf jüdische Personen, Einrichtungen und Orte in Deutschland seit 2018 um 15 bis 20 Prozent gestiegen. Außerdem wurden 17 Prozent dieser Angriffe im Jahr 2021 von »weißen« Deutschen begangen, die politischen Ideologien der extremen Rechten anhängen.⁹ Im Oktober 2019 verübte ein weißer Deutscher einen Anschlag auf eine Synagoge und auf ein nahegelegenes Fast-Food-Döner-Restaurant in Halle,

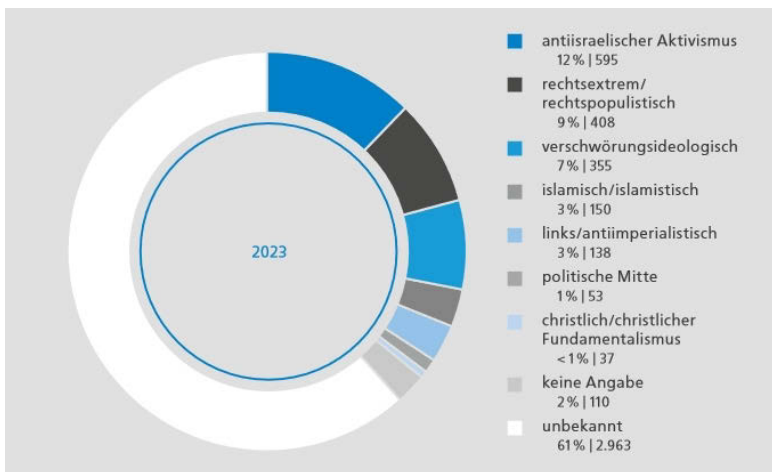
7 Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus: Polizei verzeichnet deutlich mehr Straftaten mit politischem Hintergrund in Berlin. Tagesspiegel vom 18.8.2024. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsextremismus-antisemitismus-islamismus-polizei-verzeichnet-deutlich-mehr-straftaten-mit-politischem-hintergrund-in-berlin-12216092.html>.

8 Bundesverband RIAS e.V. (Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus): Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021. https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2021.pdf, S. 31.

9 Ebd.

Sachsen-Anhalt, und tötete dabei zwei Menschen. Im Februar 2020 ermordete ein weiterer weißer Deutscher neun Menschen mit Migrationshintergrund im hessischen Hanau und anschließend seine eigene Mutter. Seit dem 7.10.2023 werden mehr Vorfälle als »links«, »muslimisch« und vor allem »israelbezogen« klassifiziert. Es bleibt aber dabei, dass bei über der Hälfte der Vorfälle der Hintergrund unklar ist.

Abbildung 2: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle 2023 und 2022.¹⁰



Im gegenwärtigen Deutschland ist antisemitische rassistische Gewalt ein ernsthaftes Problem. Seit den frühen 2000er Jahren haben Antisemitismusvorwürfe massiv zugenommen und richten sich verstärkt gegen Muslime, ungeachtet der Tatsache, dass diese in keiner nennenswerten Zahl an Hassverbrechen beteiligt sind. In den letzten zehn Jahren hat sich der Vorwurf des Antisemitismus zudem auch gegen jene Juden, Afro- und weiße Deutsche gerichtet, die als Bündnispartner von Muslimen, Palästinensern und anderen People of Color wahrgenommen werden.

Die Logik dieser Antisemitismusvorwürfe liegt in einem diskursiven Rahmen, in dem von bestimmten Behauptungen sowohl über die Täter als auch

¹⁰ Ebd. S 56.

über die Opfer von Antisemitismus ausgegangen wird. Da diese diskursive Logik den beständigen Einschluss neuer Gruppen und Einzelpersonen erfordert, wird der Rahmen umso größer, je mehr Gruppen der Antisemitismusvorwurf umfasst. Auf diese Weise wird ein Klima des Misstrauens erzeugt, in dem verschiedene Akteure zögern, Redner einzuladen oder Werke von Künstlern zu präsentieren, die als antisemitisch angesehen werden könnten. Ermöglicht und gefördert wurde diese Verdachtskultur durch den Beschluss des Bundestags gegen die Kampagne des BDS (*Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen*) im Jahr 2019, was den Diskursrahmen beträchtlich erweiterte, indem jede Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch eingestuft wurde.¹¹ Im vorliegenden Artikel folgen wir den Spuren dieser Logik und gehen den Antisemitismusvorwürfen nach, die den sogenannten »Anderen« (Muslimen und anderen rassifizierten Minderheiten) sowie denen, die als ihre Bündnispartner betrachtet werden, anhaften. Wir zeichnen nach, wie man dabei Juden mit Israel identifiziert und »jüdisches Leben« feiert, ohne sich mit den realen Erfahrungen von in Deutschland lebenden Juden auseinanderzusetzen.¹²

Das Argument dieses Essays lautet, dass die Logik, die die jüngste Zunahme von Antisemitismusvorwürfen in Deutschland antreibt, sich innerhalb einer spezifischen politischen Kultur entwickelt hat: Diese versteht es als nationale Aufgabe, den Holocaust als einzigartiges Gründungsereignis des demokratischen Nachkriegsdeutschlands zu erinnern. Die Verpflichtung zum Holocaustgedenken beinhaltet eine unentwegte Mahnung daran, dass das Projekt der Demokratiewerdung auf der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Holocaust beruht.¹³ Seit Anfang der 2000er Jahre ist das emotionale Verhältnis der Deutschen zum Holocaust allerdings so eng mit dem Antisemitismus verknüpft, dass der Kampf gegen den Antisemitismus

11 Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag. 19. Wahlperiode. Drucksache 19/10191 vom 15.5.2019. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>; Dazu kritisch: Plädoyer der »Initiative GG 5.3 Welt-offenheit«. http://www.humboldtforum.org/wpcontent/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWeltoffenheit.pdf.

12 Vgl. Susan Neiman: Von den Deutschen lernen? Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können. Übersetzt von Christiana Goldmann, Berlin: Hanser 2020.

13 Vgl. Dan Diner und Joel Golb: On guilt discourse and other narratives: epistemological observations regarding the Holocaust. In: *History and Memory* 9(1–2), 1997, S. 301–320.

mit der Verpflichtung des Holocaustgedenkens verbunden wird, um sicherzustellen, dass sich so etwas wie der Holocaust nie wieder ereignet.¹⁴

Die Funktionsweise der (Selbst-)Vergebung ist zentral für die emotionale Betroffenheit bei der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Sie ist der Hauptantrieb für das Pflichtgefühl, hart arbeiten zu müssen, um so – verstanden im Sinne Max Webers als Pflichterfüllung in weltlichen Angelegenheiten – die eigene »Berufung«¹⁵ zu erfüllen. Das schließt die Sühne für den Holocaust mit ein. (Selbst)Vergebung, Sühne und Abbitte sind eng mit Schuldgefühlen verwoben. Alle Parteien des politischen Spektrums versuchen, sich in ihrer Sühne-Arbeit gegenseitig auszustechen, indem sie z.B. parlamentarische Resolutionen vorlegen, die sich mit der Erinnerung an den Holocaust und dem Kampf gegen den Antisemitismus befassen. Auf diese Weise stellen sie ihr Engagement für die Erinnerung an den Holocaust unter Beweis und sammeln international Anerkennung für ihre Arbeit.

Im Zuge dieser Entwicklung, bei der Einzelpersonen und Institutionen sich immer stärker darum bemühen, für den Holocaust Abbitte zu leisten, indem sie ständig neue antisemitische Bedrohungen identifizieren, werden immer mehr Menschen als Antisemiten bezeichnet und damit als Verweigerer der Pflicht zur Erinnerung an den Holocaust ausgewiesen. Auf diese Weise wurde beispielsweise der Antisemitismusskandal der *documenta fifteen* im Juli 2022 im Bundestag von Parteien unterschiedlichster Richtungen diskutiert, darunter von Vertretern der Grünen, der AfD, der CDU, der SPD und der Linken.¹⁶ Die drei parteiübergreifende Bundestagsbeschlüsse zur Bekämpfung des Antisemitismus der letzten Jahre (2008, 2013 und 2018) zeugen von dieser intensiven politischen Arbeit, die die deutsche Pflicht der Holocaust-Erinnerung durch die Bekämpfung des Antisemitismus zu erfüllen sucht.

Seit Deutschland durch neue Migrationsbewegungen verändert wurde – insbesondere durch die Einwanderung von Juden aus den postsowjetischen

14 Vgl. A. Dirk Moses: Der Katechismus der Deutschen. Geschichte der Gegenwart vom 23.5.2021. <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/>.

15 Vgl. Jan-Werner Müller: Another Country: German Intellectuals, Unification and National Identity. New Haven/London: Yale University Press 2000; A. Dirk Moses: The non-German German and the German German: Dilemmas of Identity after the Holocaust. In: New German Critique 101, 2007, S. 45–94.

16 Deutscher Bundestag: Debatte über Antisemitismus-Skandal bei der Documenta, 2022, Dokumente abrufbar auf der Website des Deutschen Bundestages unter <http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-de-documenta-900546>.

Staaten und aus Israel in den 1990er Jahren sowie durch die Ankunft von Migranten und Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan, Irak und anderen Ländern seit 2015 –, begann sich der Kampf gegen Antisemitismus auf Randgruppen auszuweiten. In diesem Zeitraum lassen sich drei signifikante Verschiebungen im deutschen Erinnerungsdiskurs feststellen: Bei der ersten handelt es sich um eine Verschiebung der Aufmerksamkeit vom Holocaust zum Antisemitismus. Als zweites hat sich verändert, von welchen Bürgern erwartet wird, für den Holocaust zu sühnen; es geht also um eine Verschiebung weg von weißen Deutschen hin zu gesellschaftlichen »Randgruppen« samt ihrer Sympathisanten, die ebenfalls vermehrt des Antisemitismus beschuldigt werden. Die dritte Verschiebung lässt sich bei öffentlichen Gefühlsäußerungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Antisemitismus beobachten, und zwar von Bekundungen von Schuld und Verantwortung hin zu Gefühlen der Scham. Auch wenn diese drei Verschiebungen unterschiedliche Prozesse darstellen, bedingen sie sich doch gegenseitig und sind eng miteinander verbunden.

Von der Ausklammerung des Antisemitismus hin zum Schutz jüdischen Lebens

Bis 2005 hatte sich in West- und später im vereinten Deutschland der Schwerpunkt des Holocaustgedenkens von der Schuld als Tätervolk hin zur Verantwortung für die Bewahrung der Erinnerung und der daraus gezogenen Lehren verschoben.¹⁷ Die Darstellung des Nationalsozialismus als etwas, das Deutschland im Grunde fremd ist, und des Antisemitismus als etwas, das mit dem Nationalsozialismus eher zufällig zusammengekommen ist, legte den Grundstein für die aktuelle Logik des Kampfes gegen Antisemitismus weg von einer deutschen Eigenschaft hin zu einem von Ausländern aus fremden Kulturen nach Deutschland importierten Phänomen.

In Übereinstimmung mit diesen Erklärungen des Holocaust aus der frühen Nachkriegszeit schloss das Verständnis von Antisemitismus in West-

17 Vgl. Neiman: *Von den Deutschen lernen?* Jeffrey K. Olick: *The Sins of the Fathers: Germany, Memory, Method*. Chicago/London: University of Chicago Press 2016; Frank Stern: *German-Jewish relations in the postwar period: the ambiguities of antisemitic and philosemitic discourse*. In: Y. Michal Bodemann (Hg.): *Jews, Germans, Memory: Reconstructions of Jewish Life in Germany*. Ann Arbor: University of Michigan Press 1996, S. 71–98.

deutschland die Nazis entweder ganz aus der Betrachtung aus oder verortete sie scheinbar selbstverständlich am Rand der Diskussion; letzteres gelang, indem man die Mehrheit der Deutschen entlastete und sich zudem weigerte hinzusehen, auf welche Weise sich die (Neo-)Nazis nach dem Krieg organisierten und bewaffneten.¹⁸ Bald nach der Einrichtung der deutschen Staatlichkeit 1949 entwickelte die neue Verfassungsdemokratie der Bundesrepublik Deutschland ein robustes System, das die NS-Verbrechen grundsätzlich anerkannte, einigen Akteuren Schuld zuwies, Reparationen an jüdische Holocaustüberlebende und den jüdischen Staat leistete und sich schließlich dazu verpflichtete, das Holocaustgedenken zur existenziellen Grundlage der neuen Nation zu machen.¹⁹

Als Ersatz für den nur sehr kurz genutzten Begriff der Kollektivschuld der Alliierten führte Bundespräsident Theodor Heuss den Begriff »Kollektivscham« ein.²⁰ Dies könnte die Äußerungen von Gefühlen in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Anerkennung der NS-Verbrechen in Deutschland beeinflusst haben. Nationalsozialistische und rassistische Gewalt wurden als eine Sache der Vergangenheit wahrgenommen. Diese Auslagerung in die Vergangenheit prägte den politischen Diskurs über rechte Gewalt, die nicht als gegenwärtiges Problem ernst genommen wurde. Und wie weiter unten noch gezeigt wird, ist dies derselbe diskursive Mechanismus, der heute dazu führt, dass die meisten Täter antisemitischer und rassistischer Angriffe unbekannt bleiben oder dass entgegen erwiesener Tatsachen das Bild vorherrscht, die Täter antisemitischer Straftaten seien Muslime. Dies erlaubt es wiederum, den Blick von als »ekelerregend« bezeichneten rassistischen Akteuren und Systemen abzuwenden.

Von der Holocausterinnerung zum Antisemitismus

Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 schuf die erste gesamtdeutsche Bundesregierung zusammen mit nationalen Organisationen neue Grundlagen für die Holocaust Education, die Wiedergutmachung und das Gedenken

18 Vgl. Esther Dischereit: Was geschah in Halle? Der Standard vom 19.10.2019. <https://www.derstandard.at/story/2000110043185/was-geschah-in-halle>.

19 Vgl. Olick: The Sins of the Fathers, »Part 2 The Reliable Nation«. S. 113–210.

20 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik: Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: C. H. Beck 1996.

an den Holocaust. Die wohl wichtigste Initiative, die aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement in der Erinnerungsarbeit entstand, führte zum Bundestagsbeschluss von 1999, der den Bau eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas vorsah, welches schließlich 2005 im Zentrum Berlins am Brandenburger Tor eröffnet wurde. Im Jahr 2000 folgte zudem die Gründung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die Gedenkinitiativen, aber auch Bildungsprogramme zur Menschenrechtspolitik unterstützt. Beide Initiativen auf Bundesebene wurden als Beweis dafür gesehen, dass die deutsche Gesellschaft ihre Verantwortung gegenüber der Erinnerung an den Holocaust ernst genommen habe.

Für den Kampf gegen Antisemitismus wurden mehr Bundes- und Landesmittel bereitgestellt. Im Jahr 2007 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Programm »Vielfalt tut gut: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« ins Leben gerufen. Auf das Programm »Vielfalt tut Gut« folgte 2011 das Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« und 2015 »Demokratie leben!«. Im Förderzeitraum 2015–19 hat das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seine ursprüngliche jährliche Mittelzuweisung von 40,5 Millionen Euro im Jahr 2015 auf 115 Millionen Euro im Jahr 2019 in den Bereichen »Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention« mehr als verdoppelt. Darüber hinaus hat das Bundesministerium des Innern 12 Millionen Euro zur Unterstützung von rund 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen ihres Demokratie- bzw. ihres Rechtsextremismus-Präventions-Programms »Zusammenhalt durch Teilhabe« zugesagt.

Diese Programme unterstützen wichtige Initiativen zur politischen Bildung. Sie spiegeln aber auch den gesellschaftlichen Wandel von der Erinnerung an den Holocaust hin zur Ausgrenzung und Behandlung verschiedener Randgruppen als Antisemiten wider. Auch Beschlüsse des Bundestags zum Thema Antisemitismus zielten auf solche Gruppen ab.

Im November 2008, im Rahmen des 70. Jahrestages der Kristallnacht, brachte ein breites Mitte-Links- und liberal-bürgerliches Bündnis aus den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen den Antrag mit dem Titel »Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern« ein, woraus unmittelbar ein Bundesprogramm resultierte.²¹ Dieser Antrag betonte die Bedeutung des Wiederaufbaus von Synagogen

21 Deutscher Bundestag: Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜND-

unabhängig von der Größe der jüdischen Bevölkerung. Dies lässt sich mit dem deutschen Pflichtgefühl nach dem Holocaust gegenüber dem erklären, was als »jüdisches Leben« bezeichnet wird. Die Sprache der Antrags von 2008 zeigt genau diese Verschiebung, die die Aufmerksamkeit vom Lernen über den Holocaust hin zum Kampf gegen den Antisemitismus lenkt.

»Die Ablehnung des Antisemitismus darf nicht nur erlernt werden, sondern sie muss auch verinnerlicht werden. So können Jugendliche und Kinder gegen antisemitische Einstellungen immunisiert und Werte wie Menschenwürde und demokratisches Bewusstsein verankert werden.«²²

Im Juni 2013 legten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne einen weiteren Beschlussantrag vor, in dem auf der ersten Seite festgestellt wird, dass »Erinnerungskultur« ein »wichtiger Bestandteil in der Auseinandersetzung mit heutigen Formen des Antisemitismus« sei.²³ Sowohl der Beschluss von 2008 als auch der von 2013 markierten eine Diskursverschiebung, in der Holocaust und Antisemitismus nun austauschbar verwendet werden und das Gedenken nicht mehr im Dienste der Aufarbeitung des Holocaust steht, sondern vielmehr der Bekämpfung von Antisemitismus dient.

In der Tat war die Verschiebung des Schwerpunkts vom Holocaust auf den Antisemitismus der erste und folgenreichste Schritt in der Logik, die zur Vermehrung von Antisemitismuskritik führte. Sie ermöglichte die zweite Verschiebung des Schwerpunkts von den Deutschen auf nicht-weiße Deutsche (diejenigen eingeschlossen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden oder sie unterstützen) als diejenigen, die angeblich Juden gefährden. Während beide Verschiebungen den Holocaust als die Ursünde Nachkriegsdeutschlands auffassen, erweitert die zweite Verschiebung die Schuld und Verantwortung auf nicht-weiße Personen (diejenigen eingeschlossen, die sich mit ihnen verbünden oder sie unterstützen), in diesem Fall aber nicht für das besondere und singuläre Verbrechen des Holocaust, sondern für das angeblich besondere und singuläre Verbrechen des Antisemitismus.

NIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestagsdrucksache 16/10775 (neu) vom 7.11.2008. <https://dserver.bundestag.de/btd/16/107/1610775.pdf>.

22 <https://dserver.bundestag.de/btd/16/107/1610775.pdf>, S. 2.

23 Deutscher Bundestag: Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/13885 vom 11.6.2013. <https://dserver.bundestag.de/btd/17/138/1713885.pdf>, S. 1.

Von den Deutschen zu den »Anderen«

Parallel zu der steigenden Anzahl von Mahnmalen und Initiativen zum Holocaustgedenken wuchs das Engagement zur Bekämpfung des Antisemitismus. Dieses nahm allerdings zunehmend Migranten ins Visier, von denen im Zuge ihrer *exclusionary incorporation* (»ausgrenzenden Integration«) erwartet wurde, wie Damani Partridge argumentiert,²⁴ dass sie an den Holocaust erinnern – und zwar als potenzielle Täter sowohl des Genozids als auch des Antisemitismus – und zugleich ihren eigenen Kampf gegen den Antisemitismus führen. Die Migranten wurden nicht nur als potenzielle Täter von Hassverbrechen gegen Juden in Deutschland wahrgenommen, sondern als grundsätzliche Bedrohung für das Gefüge der deutschen Gesellschaft, da sie den Antisemitismus aus ihren Herkunftsländern im Nahen Osten angeblich »mit einschleppten«.²⁵ Anfang der 2000er Jahre fiel in dieser Debatte tatsächlich der Ausdruck »eingewanderter Antisemitismus«.²⁶ Im Gaza Krieg 2021 und seit dem 7. Oktober 2023 wird auch das Thema »Zugewanderter Antisemitismus« im Bundestag und in den Medien diskutiert.²⁷

Die Anträge von 2008 und 2013 verwendeten eine Rhetorik, die den politischen Fokus von der Aufarbeitung des Holocausts auf die Aufarbeitung des Antisemitismus verschiebt. Sie fassten die Bedrohung durch rechtsextreme, islamistische und linke Gewalt gegen Juden in einem Absatz zusammen. Unter Bezugnahme auf den unabhängigen Expertenbericht zum Antisemitismus von 2011 hieß es im Antrag von 2013:

-
- 24 Damani J. Partridge: *Blackness as a Universal Claim: Holocaust Heritage, Noncitizen Futures, and Black Power in Berlin*. Oakland: University of California Press 2023, S. 96.
- 25 Vgl. Esra Özyürek: *Export-import theory and the racialization of anti-semitism: Turkish- und Arab-only prevention programs in Germany*. In: *Comparative Studies in Society and History* 58(1), 2016, S. 40–65, S. 53.
- 26 Nach antiisraelischen Ausschreitungen: CDU spricht von »eingewandertem Antisemitismus«. *Der Spiegel* online vom 17.5.2021. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-cdu-macht-ingewanderten-antisemitismus-fuer-judenhass-verantwortlich-a-5f58f277-eda5-40b3-b45e-b2b83bfaae72>.
- 27 Sabine Rennefanz: *Wir haben's nicht geschafft*. *Der Spiegel* vom 19.10.2023. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-unter-migranten-war-es-ein-fehler-so-viele-migranten-unterschiedlicher-herkunft-in-deutschland-aufzunehmen-a-ca989d76-7219-4fd2-9448-41328fc6230d>.

»Eine wichtige Feststellung des Berichts ist der Befund, dass das rechtsextremistische Lager nach wie vor der bedeutendste politische Träger des Antisemitismus darstellt. Daneben nennt der Bericht auch den Islamismus als neuen und weiteren Träger von Antisemitismus in Deutschland und stellt fest, dass es auch unter Linken Positionen gibt, die »einen antisemitischen Diskurs befördern können.«²⁸

Eine weitere bedeutende Entwicklung ist der Nachdruck, mit dem neuerdings behauptet wird, dass der Kampf gegen den Antisemitismus die sinnvollste Weise darstelle, um nicht nur die Juden, sondern auch Deutschland als demokratische Nation zu beschützen. Die deutsche Rassismusforscherin Anne-Esther Younes stellt fest, dass der Bundestagsbeschluss von 2008 ein diskursives Manöver beinhaltet, wonach die deutsche Demokratie für die Juden einsteht sowie die Juden für die deutsche Demokratie. Und das bedeutet: Wenn die Juden verschwinden, verschwindet Deutschland.²⁹

Die Bundestagsresolution von 2008 empfahl die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zum Antisemitismus in Deutschland, die am 10. November 2011 einen Bericht veröffentlichte,³⁰ dem 2017 ein zweiter folgte.³¹ Beide Berichte bestätigten, worauf auch schon frühere Regierungsstudien hingewiesen hatten, nämlich dass der Rechtsextremismus weiterhin »der politische Hauptträger« des Antisemitismus ist.³²

Der 2017 Bericht argumentiert weiter, dass es zwar

»[...] insgesamt viele Hinweise sowohl für die Annahme einer großen Verbreitung von Antisemitismus bei Geflüchteten aus arabisch-muslimisch ge-

28 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antisemitismus entschlossen bekämpfen, jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig fördern 2013 Drucksache 17(13885). <https://dserver.bundestag.de/btd/17/138/1713885.pdf>

29 Anne-Esther Younes: Fighting Anti-Semitism in Contemporary Germany. In: *Islamophobia Studies Journal* 5(2), 2020, S. 249–266, S. 259.

30 Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Deutscher Bundestag, Drucksache 17(7700) vom 10.11.2011. <https://dserver.bundestag.de/btd/17/077/1707700.pdf>.

31 Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Deutscher Bundestag, Drucksache 18(11970) vom 7.4.2017. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf>.

32 Ebd., S. 173.

prägten Ländern (gibt). Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Lage komplex ist. Die Gefahr besteht, den Blick zu einseitig nur auf die muslimische Bevölkerung bzw. aktuell auf Geflüchtete als Träger antisemitischer Einstellungen zu richten.«³³

In dieser vorsichtigen Rhetorik fallen Muslime mit oder ohne migrantischen Hintergrund sowie (noch nicht politisierte) Asylsuchende alle unter die islamische Bedrohung. Die Differenzierung hat diese Blendung eigentlich legitimiert.

Nach dieser Sichtweise gelten Rechtsextremismus und islamischer Fundamentalismus gleichermaßen als Milieus, in denen antisemitische Mobilisierung stattfindet. Dieses Modell lieferte die entscheidende Legitimation für eine Logik, die die Anzahl der Gruppen, von denen antisemitische Bedrohungen ausgehen, zu erweitern schien: Gruppen an beiden Enden des politischen Spektrums, wobei auch nicht-politisierte Muslime zu Trägern des Antisemitismus erklärt wurden. Der Bundestagsbeschluss forderte unabhängige Experten zur Untersuchung von Antisemitismus und unterstützte Bildungsinitiativen, die in Zusammenarbeit mit dem *Zentralrat der Juden* über jüdisches Leben in Deutschland heute aufklären. Nach der sogenannten Flüchtlingskrise heißt es in einem weiteren Beschluss des Bundestags von 2018:

»[...] [N]eu tritt durch Zuwanderung ein verstärkter Antisemitismus aus den Ländern Nordafrikas, dem Nahen und Mittleren Osten hinzu, in denen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit einen besonderen Nährboden haben. Allerdings findet sich Antisemitismus in allen politischen Lagern und er nimmt mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an.«³⁴

Die Bundestagsbeschlüsse legen die Last der Bekämpfung des Antisemitismus ausschließlich auf die Schultern weißer Deutscher. Sie sollen die Migranten, Minderheiten und Gruppen, die Gefahr laufen, extremistisch zu werden, mit Bildungsangeboten versorgen und überwachen. Dabei werden antisemitische Einstellungen zwar zu Recht in der Mehrheitsgesellschaft verortet, dann aber als ein um sich greifendes Phänomen interpretiert, das in verschiedenen Formen auftreten kann, insbesondere als Feindseligkeit gegenüber

33 Ebd., S. 219.

34 Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/444 vom 17.1.2018. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/004/1900444.pdf>, S. 1.

Israel. Zugleich wird so ein enger Zusammenhang zwischen »den« Juden in Deutschland und den Handlungen der israelischen Regierung geschaffen.

Ein Wendepunkt in diesem Prozess der Externalisierung von Antisemitismus war der Bundestagsbeschluss von 2019, in dem die nicht-gewalttätige BDS-Bewegung gegen die israelische Besatzungspolitik als antisemitisch bezeichnet und vorgeschlagen wurde, denjenigen Organisationen oder Einzelpersonen die öffentlichen Mittel zu streichen, die sie mutmaßlich unterstützen. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und die Bekämpfung des Antisemitismus, Felix Klein (CDU), begrüßte den Beschluss: »Wir müssen jeder Form von Antisemitismus entgegentreten, auch wenn sie vermeintlich harmlos wirkt. Die Umsetzung der Ziele der BDS-Bewegung würde das Existenzrecht Israels infrage stellen.«³⁵

Wir halten daran fest, dass die Verfolgung von Hass jeder Art entscheidend für die Aufrechterhaltung der Demokratie ist, insbesondere für eine pluralistische Demokratie wie Deutschland. Eine einzelne Gruppe als Träger dieses Hasses hervorzuheben, dient jedoch dazu, einerseits Rassismus zu verschleiern und andererseits die systemische Diskriminierung und Alltagsausgrenzung aufrechtzuerhalten, von der Juden betroffen sind, aber auch andere Minderheiten, die nun beschuldigt werden, Juden zu hassen.

Die Verschiebung des Schwerpunkts von der Erinnerung an den Holocaust auf die Bekämpfung des Antisemitismus sowie von den Deutschen zu den »Anderen« geschah innerhalb der Logik der deutschen Pflicht, hart an ihrer »Berufung« zu arbeiten, nämlich den Holocaust zu sühnen. Dies umfasst also den »Aufruf« zum Kampf gegen den Antisemitismus: Es gilt, diejenigen zu identifizieren, die die deutsche Gesellschaft bedrohen und sie als Antisemiten zu benennen. Innerhalb dieser Logik ermöglicht die erste Verschiebung vom Holocaust zum Antisemitismus die zweite Verschiebung von den »Deutschen« zu den »Anderen«. Dementsprechend werden People of Color, Migranten und liberale Intellektuelle, die in Deutschland arbeiten oder zu Vorträgen nach Deutschland eingeladen, aber als potenziell gefährlich eingestuft werden, öffentlich des Antisemitismus bezichtigt, von der Teilnahme an öffentlichen

35 Zitiert nach: Israel-Boycott. Bundestag verurteilt BDS-Bewegung. Die Zeit Online vom 17.5.2019. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/israel-boycott-bds-bundestag-foerderung-entzug?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F; Vgl. auch Ben Knight: Lawmakers condemn »anti-Semitic« BDS movement. Deutsche Welle online vom 17.5.2019. <http://www.wd.com/en/german-parliament-condemns-anti-semitic-bds-movement/a-48779516>.

Veranstaltungen eingeladen, bedroht und/oder gezwungen, ihre Stellen aufzugeben.³⁶

Der Anti-BDS-Bundestagsbeschluss vom Mai 2019 ermöglichte die weitere Verbreitung dieser Anschuldigungen, indem die Rolle von Antisemitismusbeauftragten ausgeweitet und israelkritische Stimmen durch Mittelkürzungen und Veranstaltungsabsagen diszipliniert wurden, aber auch deswegen, weil eine besonders unklare Arbeitsdefinition von Antisemitismus zur Anwendung kam. Nach dem mörderischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat der Bundestag im April 2024 einen Antrag vorgelegt »Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Nie wieder ist jetzt – Antisemitismus an Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit aller Kraft bekämpfen«. Und im August 2024 haben Offener Brief jüdischer und israelischer Kunstschaffende einen Brief veröffentlicht, in dem sie argumentieren, dass solche Anträge zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen würden.

Die Arbeitsdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), die 2016 in Bukarest als unverbindlicher Rahmen verabschiedet wurde, stuft die Kritik an Israel als mögliche Form des Antisemitismus ein.³⁷ Aleida Assmann hat argumentiert, dass die Haltung der IHRA zur Kritik an Israel in Verbindung mit der durch den Anti-BDS-Beschluss des Bundestags ausgelösten »Verschiebung des Schwerpunkts der Antisemitismusbekämpfung« dazu

36 Siehe beispielsweise den Angriff auf Stefanie Carp, die Leiterin der Ruhrtriennale 2020, die den Postkolonialismus-Theoretiker Achille Mbembe eingeladen hatte, oder den Angriff auf die deutsche Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die immer wieder wegen ihres Eintretens für ein pluralistisches Verständnis der deutschen nationalen Identität angegriffen wurde. Vgl. dazu: Gegen ein Klima des Verdachts. Berliner Zeitung online vom 3.5.2020. <http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/gegen-ein-klima-des-verdachts-li.82664?pid=true>. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass in dieser Zeit, in der die Antisemitismusvorwürfe zunehmen, Angriffe auf weibliche Intellektuelle häufiger und heftiger waren als auf Männer in ähnlichen Positionen. Siehe z.B. die Kleine Anfrage der CDU/CSU vom 27.10.2022, die den Bundestag auffordert zu prüfen, wer von den Unterzeichnern des »Plädoyers der »Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« den Israel-Boycott unterstützte und dabei lediglich Emily Dische-Becker namentlich nennt. Vgl. Konsequenzen aus dem Antisemitismus-Skandal bei der documenta. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/4208 vom 27.10.2022. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004208.pdf>.

37 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus vom 26.5.2016. <http://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

geführt habe, dass »nun akribisch nach potenziellen Bedrohungen unter linken und liberalen Intellektuellen gesucht wird«. ³⁸ Bald nach dem Anti-BDS-Beschluss wurden Institutionen, an denen Diskussion über Antisemitismus und antimuslimische Gewalt als verwandte Phänomene in Deutschland stattfanden, ins Visier der deutschen Medien genommen. So geriet im Sommer 2019 Peter Schäfer, der damalige Direktor des *Jüdischen Museums Berlin*, unter wachsenden Druck, nachdem das Museum einen Link zu einem Zeitungsartikel retweetet hatte, der den Anti-BDS-Beschluss des Bundestages und seine Verurteilung des BDS als antisemitisch kritisierte. ³⁹ Vorher hatte es bereits eine Kontroverse über die Sonderausstellung »Welcome to Jerusalem« gegeben, die nach Ansicht des damaligen israelischen Premierministers sowie von Kritikern von rechts eine einseitige palästinensisch-muslimische Perspektive eingenommen habe. ⁴⁰

Aufgrund des Eingriffs in die Meinungsfreiheit von Einzelpersonen und Organisationen auf Grundlage des Anti-BDS-Bundestagsbeschluss von 2019 haben die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags im Dezember 2020 den Beschluss überarbeitet und seinen Geltungsbereich eingeschränkt. ⁴¹ Sie hoben insbesondere den unverbindlichen Charakter der Entschließung hervor. ⁴²

Damit wenden wir uns nun der dritten kulturellen Verschiebung zu. Es geht um die Logik, die die Zunahme von Antisemitismusvorwürfen antreibt, das heißt die Verschiebung von einem Fokus auf Schuld hin zu einem Fokus auf Scham, ausgedrückt als Reaktion nicht auf den Holocaust, sondern auf Antisemitismus.

38 Aleida Assmann: A spectre is haunting Germany, S. 406.

39 Jüdisches Museum Berlin (@jmberlin), Tweet, 14.00 Uhr, 6.6.2019, verfügbar auf Twitter unter <https://twitter.com/jmberlin/status/1136633875411755010>.

40 Torsten Landsberg und Heike Mund: Direktor des Jüdischen Museums zurückgetreten. Deutsche Welle vom 14.6.2019. <http://www.dw.com/de/direktor-des-juedischen-museums-berlin-zurueckgetreten/a-49213042>.

41 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Ausarbeitung: BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages vom 21.12.2020, Aktenzeichen WD 3 – 3000 – 288/20. <https://www.bundestag.de/resource/blob/814894/cf6a69d010a1cc9b4a18e5f859a9bd42/WD-3-288-20-pdf-data.pdf>

42 Ebd., S. 4.

Von Schuld und Verantwortung zur Scham

In Anlehnung an Karl Jaspers' Begriff von der deutschen Schuld als tragfähige Grundlage für die deutsche Nachkriegsidentität behaupten Jeffrey Olick, Andrew Perrin und Jan-Werner Müller, dass im Deutschland nach 1945 die Schuld am Holocaust die öffentliche Sphäre beherrschte, während die konservative Tradition der Scham in den privaten Bereich der Familie verbannt worden war.⁴³ Die Historikerin Alexandra Przyrembel hat gezeigt, wie die emotionale Kodierung von Scham und Abscheu die antisemitische und antijüdische rassistische Rhetorik im wilhelminischen und nationalsozialistischen Deutschland angetrieben hat.⁴⁴ Wir argumentieren, dass das Risiko, Scham zu empfinden, dazu führen kann, dass der Kontakt zu allem abgebrochen wird, was möglicherweise Scham auslösen könnte. Wie unsere Analyse der gegenwärtigen Verschiebung von der öffentlich geäußerten Emotion der Schuld hin zu Gefühlen der Scham weiter zeigt, werden die als »Andere« wahrgenommenen Personen zur Quelle für kollektive Scham kodiert.

Nach dieser Logik werden Emotionen wie Scham und Abscheu nicht individuell, sondern kollektiv empfunden. Thomas Scheff behauptet, dass Scham das Gefühl einer Bedrohung der sozialen Bindung umfasst und dass Scham in Anwesenheit Anderer zu stärkerer Konformität und Selbstkontrolle führt.⁴⁵ Sara Ahmed wiederum untersucht, wie Schambekundungen »die Nation« als gefühlte Gemeinschaft zum Leben erwecken können.⁴⁶ In den hier untersuchten Fällen wird die Scham jedoch auf die »Anderen« übertragen, die in verschiedenem Maße Teile der derzeitigen Nation sind: Rechtsradikale und muslimische Migranten.

Solche Übertragungen von Scham zeigen sich beispielsweise im Bundestagsbeschluss gegen Antisemitismus aus dem Jahr 2018, der sich direkt auf die

43 Müller: *Another Country*; Jeffrey K. Olick und Andrew J. Perrin: Introduction: Guilt and defence: Theodor Adorno and the Legacies of National Socialism in German Society. In: Theodor W. Adorno: *Guilt and Defense: On the Legacies of National Socialism in Post-war Germany*, übersetzt aus dem Deutschen von Jeffrey K. Olick und Andrew J. Perrin. Cambridge, MA und London: Harvard University Press 2010, S. 3–42.

44 Alexandra Przyrembel: Ambivalente Gefühle: Sexualität und Antisemitismus während des Nationalsozialismus. In: *Geschichte und Gesellschaft* 39(4), 2013, S. 527–554.

45 Thomas J. Scheff: Shame and the social bond: a sociological theory. In: *Sociological Theory* 18(1), 2000, S. 84–99.

46 Sara Ahmed: *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press 2014.

Scham über den beschädigten Ruf Deutschlands in Bezug auf Antisemitismus bezieht:

»Jede Form von Antisemitismus ist beschämend für uns alle – gleichgültig, ob strafbar oder nicht.«⁴⁷

Der im Bundestagsbeschluss enthaltene Begriff der Scham kollidiert mit der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Dieser Mechanismus kam im Mai 2021 bei Demonstrationen in deutschen Städten (etwa in Berlin, Frankfurt und Gießen) zum Tragen, auf denen nach dem Raketenbeschuss Israels durch die Hamas gegen die Gewalt des israelischen Staates gegen Palästinenser im Gazastreifen protestiert wurde.⁴⁸ Die meisten Proteste in verschiedenen europäischen Städten verliefen friedlich, allerdings gab es in Deutschland auch Demonstranten, die antisemitische Parolen skandierten, die Vernichtung Israels forderten und palästinensische Fahnen schwenkten. Die deutsche Tagespresse berichtete über diese Vorfälle und Regierungssprecher Steffen Seibert war schnell dabei, mit Blick auf »eine israelische Journalistin«, die auf einer propalästinensischen Demonstration angegriffen worden sein soll, auf die Schande zu verweisen: »Das macht uns wütend, und es ist beschämend für uns alle.«⁴⁹ Und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sagte am 17. Mai 2021 dem Boulevardblatt BILD: »Die Bilder sind unerträglich.«⁵⁰ Der Anblick der wütenden Demonstranten, manche von ihnen trugen muslimische religiöse Symbole und palästinensische (und andere) Fahnen, war offenbar schwer zu ertragen. Schäuble präsentiert sich hier als ein Zeuge, der die Bilder gesehen hat und von ihnen verletzt wurde.

47 Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Bundestag-Drucksache 19/444, S. 2.

48 Vgl. Nahostkonflikt: Tausende Menschen bei Pro-Palästina-Demonstrationen. Zeit Online vom 22.5.2021. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-05/nahostkonflikt-pro-palaestina-israel-demonstrationen-berlin-frankfurt-paris?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.

49 Regierungspressekonferenz vom 17. Mai 2021. <http://www.bundesregierung.de/bregde/service/archiv/regierungspressekonferenz-vom-17-mai-2021-1914712>.

50 Filipp Piatov: Schäuble fordert in BILD: »Ganze rechtsstaatliche Härte gegen Gewalttäter.« Bild online vom 17.5.2021. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sc-haeuble-fordert-in-bild-ganze-rechtsstaatliche-haerte-gegen-gewalttaeter-76414414.bild.html>.

Wer diese als »muslimische Migranten« bezeichneten Demonstranten allerdings am stärksten mit Antisemitismus in Verbindung brachte, war Jörg Meuthen, der Bundessprecher der AfD, der am 14. Mai 2021 sagte:

»Das antisemitische Gebrüll von muslimischen Migranten vor einer Gelsenkirchener Synagoge ist widerlich.«

In diesen Beispielen wird so getan, als ob Scham, Schande und Abscheu von Randgruppen, die eine ausländische Form des Antisemitismus ins Land importiert hätten, verursacht worden seien. Was die Äußerungen aus dem gesamten politischen Spektrum gemeinsam haben, ist die Behauptung, dass der Antisemitismus nicht zu Deutschland gehöre, obwohl er in Wahrheit tief mit der eigenen lokalen wie nationalen Geschichte verwoben ist; Antisemitismus komme vielmehr als soziale und räumliche Tatsache von außen und werde von muslimischen Migranten durch ihren Hass auf Israel nach Deutschland gebracht.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Scham, die in diesen Beispielen kodiert wird, nicht auf die Deutschen als eine heterogene, aus diversen Gruppen bestehende, Gesellschaft bezogen ist, sondern auf Deutschland als Nationalstaat in einem festgeschriebenen Raum. Zugleich entfaltet sich die Schamkultur mit Metaphern des Blicks. Sara Ahmed argumentiert, dass es zu etwas anderem führt, sich die eigene Scham als von einer »anderen« Seite des Selbst ausgehend zu erklären: »Scham umfasst auch die Um- und Re-Formierung von körperlichen und sozialen Räumen.«⁵¹

Die performative Bekundung von Abscheu verdünnt den Antisemitismus und andere Formen von Rassismus, weil sie nicht nach ihren systematischen Ursachen sucht, nicht nach den sozialen Mechanismen, die sie aufrechterhalten, und auch nicht nach ihren Trägern und Auswirkungen, unabhängig davon, ob die Täter benannt werden oder nicht. In einem unserer drei eingangs erwähnten Beispielen wurde die Sprache der Scham und der Schande auf das umstrittene indonesische Banner angewendet, das im Jahr 2022 auf der *documenta fifteen* gezeigt wurde.⁵² Ungeachtet dessen, dass sie eine der großen

51 »The very physicality of shame – how it works on and through bodies – means that shame also involves the de-forming and re-forming of bodily and social spaces, as bodies ›turn away‹ from the others who witness the shame.« Ahmed: *The Cultural Politics of Emotion*, S. 103.

52 Für eine Diskussion über das Gemälde und die Kontroverse darum siehe A. Dirk Moses: *The Documenta, Indonesia, and the problem of closed universes. The New Fascism Syl-*

internationalen Kunstausstellungen ist, die vor allem Künstler aus dem Globalen Süden präsentierte, wurde die Documenta in der deutschen Öffentlichkeit fast ausschließlich im Zusammenhang mit Antisemitismus diskutiert und eben nicht im Hinblick auf die globalen Ungleichheiten, die ein Großteil der Kunstwerke thematisierte. Michael Rothberg hat gezeigt, wie durch das Drama um *Taring Padi's* Banner »Diskussionen über Antisemitismus und dessen Verbindung zu Kolonialismus und anderen Formen von Rassismus [...] verzerrt werden«. ⁵³ Die öffentliche Empörung verdünnte den Antisemitismus, indem sie eine Atmosphäre von Tabu und Schande erzeugte, in der die Stimmen der Akteure zum Schweigen gebracht wurden. ⁵⁴ Die Kuratoren der *documenta fifteen* reagierten auf den Vorwurf, antisemitischer Motive mit einem Statement, in dem sie sich zusammen mit dem künstlerischen Team entschuldigen »für (die Gefühle von) Enttäuschung, Scham, Frustration, Verrat und den Schock«, die die antisemitischen Motive hervorgerufen haben. ⁵⁵

Öffentliche Erklärung von Scham im Zusammenhang mit dem Auftreten von antisemitischen Äußerungen über den Holocaust sind ein wirksames Mittel zur Markierung und Verteidigung von gesellschaftlichen Grenzen. Solche Debatten werden auch dafür genutzt, um historische, aber auch aktuelle Atmosphären der Ausgrenzungen zu verzerren und zu verschleiern.

Fazit: Die Rückkehr der Antisemitismusvorwürfe in die Mitte

Der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland besteht aus der Performanz der Pflicht, an den Holocaust zu erinnern sowie zu gewährleisten, dass diese Pflicht (etwa durch antisemitische Überzeugungen) nicht vernachlässigt

labus vom 24.7.2022. <https://newfascismsyllabus.com/opinions/documenta/the-documenta-indonesia-and-the-problem-of-closed-universes/>.

- 53 Michael Rothberg zur Documenta: »Antisemitismus als Bumerangeffekt«.
- 54 Nach dem Abschluss der *documenta fifteen* im September 2022 forderte die Fraktion der CDU/CSU in ihrer parlamentarischen Anfrage in 29 Fällen Aufklärungen zur Planung, Kuratierung, Überwachung und Finanzierung des Kunstfestivals. Außerdem warf sie den Unterzeichnern des »Plädoyers der ›Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« direkt vor, den BDS zu unterstützen und letztlich für den »Skandal« verantwortlich zu sein. Vgl. Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU an den Bundestag vom 27. Oktober 2022.
- 55 Kersten Knipp: Blinder Fleck Antisemitismus in Indonesien. Deutsche Welle vom 28.6.2022. <http://www.dw.com/de/antisemitismus-documenta-indonesien/a-62285727>.

wird. Als die Pflicht zur Holocausterinnerung mit dem Schutz von Juden als eine Form der Verantwortung für die eigene soziale Gruppe verkoppelt war,⁵⁶ entstand daraus eine dialektische Doppelung: Um auf der Seite des Kampfes gegen Antisemitismus zu stehen, muss man den Willen demonstrieren, Israel zu schützen, also das Land, wo die Juden nach allgemeiner Vorstellung eigentlich hingehören. Wie sich aber in den Fällen von Achille Mbembe, der *School for Unlearning Zionism* und der *documenta fifteen* zeigt, liegt es in der Logik der Zunahme von Antisemitismusvorwürfen selbst, dass durch die Befürchtung, eine Person oder Institution könnte israelkritisch eingestellt sein, reflexhaft die kollektive Pflicht zur Holocausterinnerung als gefährdet angesehen wird, die sich im Kampf gegen den Antisemitismus manifestiert. Die beschuldigten Personen sind sodann nicht länger legitime Mitglieder der eigenen sozialen Gruppe, selbst wenn sie jüdisch sind oder ihr ganzes Leben dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus gewidmet haben.

Wir jedoch sind der Meinung, dass die Logik, die die Zunahme von Antisemitismusvorwürfen antreibt, nicht unbegrenzt weitergehen darf. Im Dezember 2020 haben deutsche Kultureinrichtungen, wie bereits erwähnt, das Plädoyer der »Initiative GG 5.3 Weltoffenheit« für die Meinungsfreiheit in Kunst und Wissenschaft veröffentlicht. Das »Plädoyer Weltoffenheit« stützt sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit), Absatz 3 (Freiheit von Kunst und Wissenschaft).

Die Logik der Zunahme von Antisemitismusvorwürfen funktioniert in einer Weise, Muslime, Migranten und People of Color in die Holocaust-Erinnerungskultur einzubeziehen, um sie zugleich als Antisemiten auszuschließen. Dieser Mechanismus funktioniert auch in umgekehrter Richtung: Liberale Deutsche, Juden und Nicht-Juden, die ein Teil der Medien, der Wissenschaft und des öffentlichen Sektors waren, werden derzeit von führenden kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Initiativen ausgeschlossen. Es stellt sich heraus, dass ihre Teilhabe immer an die Bedingung geknüpft war, dass sie die Grenzen der eigenen sozialen Gruppe wahren. Auf diese Weise ist der immer weiter gehende Antisemitismusvorwurf zu einem Instrument geworden, abtrünnige Gruppen zum Schweigen zu bringen.⁵⁷ Die Ausweitung

56 Vgl. Ulrike Jureit und Christian Schneider: *Gefühlte Opfer: Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart: Klett-Cotta 2010; Stern: *German-Jewish relations in the postwar period*.

57 Vgl. Irit Dekel und Esra Özyürek: *What do we talk about when we talk about anti-semitism in Germany?* In: *Journal of Genocide Research* 23(3), 2021, S. 392–399.

der Antisemitismusvorwürfe auf rassifizierte und marginalisierte Gruppen in Deutschland sowie die Anwendung der Vorwürfe, um solche Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, dient der Einengung des Rassismuskurses. Die Instrumentalisierung des Antisemitismus für politische Zwecke vermengt jüdisches Leben in Deutschland mit den Interessen Israels. »Diese Engführung und ihre Instrumentalisierung durch Behörden, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, schließt genau die Vielfalt jüdischen Lebens aus, die sie zu bewahren vorgibt, und gefährdet jene Rechte, für die sie zu kämpfen vorgibt«, schrieben in Deutschland lebende jüdische Künstler:innen, Autor:innen und Wissenschaftler:innen im August 2024, in einem Protestbrief gegen den Entwurf für eine Antisemitismus-Resolution des Bundestags.⁵⁸ Wir, mit vielen anderen haben davor gewarnt und hoffen, dass der diverse, liberale und demokratische Diskurs wiederhergestellt und geachtet wird.

58 Dokumentation Protestbrief: Ablenkung von der größten Gefahr. TAZ vom 26.8.2024. <https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief/!6032239/>.

Gekapert aus der Mitte

Das Holocaustgedenken im Vereinigten Königreich

David Feldman

Im 21. Jahrhundert ist der Holocaust in Großbritannien zu einem wichtigen Element der Schulbildung geworden und auch aus der Geschichtskultur nicht mehr wegzudenken. Mehrere britische Regierungen nacheinander förderten den Schulunterricht zum Thema Holocaust und trugen so dazu bei, das Holocaustgedenken zu intensivieren und zu institutionalisieren. Der Holocaust ist das einzige Pflichtthema im nationalen Schullehrplan für Geschichte. Die britische Regierung finanziert Besuche in Polen, damit Jugendliche vor Ort über und von Auschwitz lernen können. Der Holocaustgedenktag wird im ganzen Land in Gemeinden und in einer Vielzahl von Einrichtungen begangen. Alle politischen Parteien, die Konservativen ebenso wie Labour und die Liberaldemokraten, engagierten sich für den Bau eines Holocaustdenkmals und -lernzentrums.¹

Das war nicht immer so. Noch in den frühen 1980er Jahren war die britische Regierung in dieser Sache gespalten und danach letztlich nur halbherzig dabei, als es darum ging, der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Bereits 1979 hatte sich das Board of Deputies of British Jews, die wichtigste Organisation der jüdischen Gemeinschaft in Großbritannien, an die von Margaret Thatcher geführte konservative Regierung gewandt. Es ging um den Vorschlag, ein Holocaustdenkmal in der Nähe des Kenotaphs zu errichten, des Nationaldenkmals für die Toten des Ersten Weltkriegs im Königreich und im

1 Andy Pearce: Holocaust Consciousness in Contemporary Britain. London: Routledge 2014, Kap. 3; ders.; The Holocaust in the National Curriculum after 25 Years. In: Holocaust Studies: A Journal of Culture and History 23(3), 2017, S. 231–262, S. 242; Lucy Russell: Teaching the Holocaust in School History: Teachers or Preachers? London: Continuum 2006; David Tollerton: Holocaust Memory and Britain's Secular Landscape: Politics, Sacrality and Diversity. Abingdon: Routledge 2020, Kap. 5–6.

Commonwealth von 1920, das in unmittelbarer Nähe des Parlaments steht.² Die Anfrage stieß auf Widerstand. In Zuschriften aus der Bevölkerung wurde die Befürchtung laut, dass ein Holocaustmahnmal den »geheiligten nationalen Raum« entweihen könnte. Diesen Bedenken schloss sich der damalige Verteidigungsminister Francis Pym an, als er fürchtete, die geplante Gedenkstätte könnte als »ein eher seltsamer Neuling« auf diesem Platz wirken, der doch eigentlich »der britischen Nationalgeschichte und unseren eigenen Siegen und Niederlagen« gewidmet sei.³ Die stärksten Einwände kamen von Außenminister Lord Carrington. Dieser konnte keinen Grund erkennen, warum Land, das sich im Besitz der Krone befand, für die Erinnerung an Ereignisse genutzt werden sollte, die nicht auf britischem Territorium stattgefunden hatten – und an denen zudem kein größerer Teil der britischen Bevölkerung beteiligt gewesen war. Darüber hinaus äußerte Carrington die Sorge, dass solch eine Gedenkstätte von der Bundesrepublik Deutschland als Affront angesehen werden könnte. Mit anderen Worten: Das Holocaustgedenken wurde nicht als Teil der nationalen Geschichte angesehen, hatte keine universelle Bedeutung und sollte nicht die Beziehungen zu einem geschätzten Verbündeten belasten.⁴ Am Ende stellte die Regierung einen abgelegenen Ort im Hyde Park für das Denkmal zur Verfügung. Der Gedenkstein selbst blieb in seiner Botschaft uneindeutig: Es ließ sich nicht richtig erkennen, ob es darum ging, an alle Opfer der nationalsozialistischen Mordpolitik zu erinnern oder insbesondere an die jüdischen Opfer. An den Kosten des *Hyde Park Holocaust Memorial* in vierstelliger Höhe beteiligte sich der Staat nicht – sie wurden vollständig von privaten Spendern aufgebracht.⁵

Die Thatcher-Regierung verhielt sich in den frühen 1980er Jahren auffällig zurückhaltend in Bezug auf das Engagement des Staates für die Holocaust-Erinnerungsarbeit. Im Gegensatz dazu richtete 2014 David Cameron, ein anderer Premierminister der Konservativen, eine Kommission ein, die sicherstellen sollte, »dass die Erinnerung an den Holocaust und die Lehren daraus niemals

2 Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 38–39; Chad D. Macdonald: *Memory Protagonists and the Construction of Holocaust Memory in London, 1938–2001*. Diss. University of Bristol 2019, S. 87–88.

3 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 89ff., S. 100.

4 Willie Rickett an Helen Ghosh. 12.11.1981, National Archive PREM 19/841.

5 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 103f.; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 93ff.; Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 398–441.

vergessen werden und dass das Vermächtnis der Überlebenden von Generation zu Generation weiterlebt.«⁶ Seit seinem Amtsantritt als Regierungschef im Jahr 2010 umwarb Cameron die jüdische Gemeinschaft: Er versprach, den Antisemitismus zu bekämpfen, Israel zu unterstützen und die Juden im Vereinigten Königreich als vorbildliche Minderheit hervorzuheben. Seine Bemühungen wurden bei den Parlamentswahlen 2015 belohnt, als die jüdische Gemeinschaft zum ersten Mal in einer deutlichen Mehrheit für die *Conservative Party* votierte.⁷ Die Holocaustkommission stärkte die besondere Beziehung zwischen den Konservativen und der Mehrheit der jüdischen Wähler, auch wenn sie eigentlich parteiübergreifend aufgestellt war – zu ihren Mitgliedern gehörten auch prominente Mitglieder von Labour und den Liberaldemokraten. All das zeigt, auf welch breite Unterstützung die Regierung jetzt für das Holocaustgedenken zählen konnte.

2019 folgte Theresa May als nächste Premierministerin der Konservativen der Kommissionsempfehlung und kündigte den Plan an, in den *Victoria Tower Gardens* – also in unmittelbarer Nähe der *Houses of Parliament* und der *Westminster Abbey* – ein neues *National Holocaust Memorial and Learning Centre* zu errichten. Die Initiative wurde von den politischen Parteien der Konservativen, Labour und Liberaldemokraten gleichermaßen unterstützt und von den ehemaligen Labour-Premierministern Tony Blair und Gordon Brown persönlich befürwortet.⁸ Die Regierung sicherte dem Projekt 75 Millionen Pfund an öffentlichen Mitteln für den größten Teil der Baukosten zu und versprach außerdem, der Öffentlichkeit freien Eintritt zu gewähren. Letzteres war über das rein Finanzielle hinaus von hoher symbolischer Bedeutung, wie der zuständige Minister betonte. Der freie Eintritt werde die geplante Gedenkstätte »auf die gleiche Stufe stellen wie andere Denkmäler und Museen von nationaler Bedeutung«.⁹

6 Britain's Promise to Remember: The Prime Minister's Holocaust Commission Report. London: Cabinet Office 2015, S. 10.

7 Community Security Trust: Die Rede des Premierministers. 9.3.2015. <https://www.gov.uk/government/speeches/community-security-trust-cst-prime-ministers-speech>; Andrew Barclay, Maria Sobolewska und Robert Ford: Political Realignment of British Jews: Testing Competing Explanations. In: Electoral Studies 61, 2019. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0261379419300721>.

8 Tollerton: Holocaust Memory, S. 126.

9 Presseerklärung der britischen Regierung: Planning Permission Granted for new UK Holocaust Memorial. 29.7.2021. <https://www.gov.uk/government/news/planning-permission-granted-for-new-uk-holocaust-memorial>; Presseerklärung der britischen

Der Bericht der Holocaustkommission des Premierministeriums aus dem Jahr 2015 ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil er den Bau eines Denkmals und einer Lernstätte empfiehlt, sondern auch, weil dort die wichtigsten Gründe und Ziele der Gedenkkultur und Holocaust-Erziehung im Vereinigten Königreich dargelegt werden. In diesem Bericht sind die Grundsätze formuliert, auf denen der heutige Konsens beruht. Erstens: Der Zweck von Holocausterziehung und -erinnerung bestehe darin, gute Bürger heranzubilden. Wörtlich heißt es dazu: »Durch die Aufklärung junger Menschen über den Holocaust bekräftigt Großbritannien seine Verpflichtung, sich Vorurteilen und Hass in all seinen Formen entgegenzustellen.« Auf diese Weise könnten »einfühlsame Bürger mit Toleranz für die Überzeugungen und Kulturen anderer« gewonnen werden.¹⁰ Das Augenmerk liegt also im Kern auf den Individuen und weniger auf dem Staat. Bemerkenswerterweise gilt dies auch für den Holocaust selbst, der als historischer Ausdruck von Unvernunft und Vorurteilen dargestellt wird – »letztlich das Ergebnis von tausend Jahren an europäischem Antisemitismus« – und nicht als Folge einer bewussten Politik, die von einem Staat unter den Bedingungen des totalen Krieges betrieben wurde.¹¹

Zweitens könne das Holocaustgedenken dazu beitragen, den britischen Patriotismus als zentralen liberalen Wert Großbritanniens aufzurufen und »dafür sorgen, dass die Erinnerung an den Holocaust und die Lehren daraus niemals vergessen werden, was eine Herzensangelegenheit für das Vereinigte Königreich und für seine Werte als Nation ist«, wie es der Bericht formuliert.¹² Ein prominentes und überaus aktives Mitglied in Camerons Kommission hob hervor, das geplante Denkmal sei »für die Juden, aber nicht nur für die Juden«. Es sei »für alle [...], für das ganze Land«.¹³

Ganz offensichtlich hat sich in den vier Jahrzehnten seit der Entscheidung für die Errichtung des unauffälligen und in seiner Aussage uneindeutigen *Hyde Park Memorial* der Stellenwert des Holocaust im Gedächtnis der britischen Öffentlichkeit stark verändert. Obwohl dieser Wandel in den Jahren ab 2010, seit

Regierung: Jenrick Announces Free Admission to the Proposed UK Holocaust Memorial. 28.1.2021. <https://www.gov.uk/government/news/jenrick-announces-free-admission-to-the-proposed-uk-holocaust-memorial>.

10 The Prime Minister's Holocaust Commission Report, S. 9.

11 Ebd., S. 5–6.

12 Ebd., S. 21.

13 Tollerton: Holocaust Memory, S. 41.

die *Conservative Party* ohne Unterbrechung die Regierung stellt, einen Höhepunkt erreicht hat, wurden die Veränderungen auch von Elementen der politischen Linken geprägt.

Die ersten Schritte dazu hatten Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft unternommen, die sich in den frühen 1980er Jahren gegen Rassismus und gegen die sichtbare Präsenz von Neofaschisten engagierten. Die Politik und Rhetorik der Thatcher-Regierung in Bezug auf Einwanderung und Staatsangehörigkeitsrecht stießen bei rassifizierten Minderheiten und antirassistischen Aktivist*innen auf Widerstand, weil sie dies als eine Rückkehr des rassistischen Diskurses in die Mitte der britischen Politik empfanden.¹⁴ Neonazis wurden in Londoner Innenstadtteilen wie dem East End immer präsenter. Ziel von rassistischer Schikane und Gewalt wurden im East End insbesondere die neuen Einwanderer aus Bangladesch und Pakistan, die nun im einst vorwiegend jüdischen Viertel ihr Zuhause gefunden hatten. Sonntags veranstalteten Neofaschisten Lesungen, in denen behauptet wurde, dass der Holocaust eine Lüge sei.¹⁵

In dieser Atmosphäre begannen die zivilgesellschaftlichen Organisationen, ein historisches Bewusstsein für den Holocaust zu entwickeln und das Wissen darüber zu fördern. 1983 fand eine Ausstellung mit dem Titel *Auschwitz: An Exhibition* (»Auschwitz: Eine Ausstellung«) in der Krypta einer Kirche im Londoner East End statt. Das Begleitheft zur Ausstellung trug die Überschrift *Auschwitz: Yesterday's Racism* (»Auschwitz: Der Rassismus von gestern«). Der Katalog erklärte, dass eine weltweite wirtschaftliche Rezession und hohe Arbeitslosigkeit Bedingungen schufen, in denen Faschismus und Rassismus gedeihen: »Dies ist ein fruchtbarer Boden für Extremisten, um Anhänger zu gewinnen. Auschwitz zeigt, wohin das führen kann.«¹⁶ Die Ausstellung und der Katalog veranschaulichten, wie die Aktivist*innen in den 1980er Jahren in antirassistischen Kampagnen Kenntnisse über den Holocaust vermittelten und Aufmerksamkeit für dieses historische Ereignis erzeugten.

Ein zweiter wichtiger Impuls für die Sensibilisierung für den Holocaust ging von der Wahl einer Labour-Regierung unter Tony Blair im Jahr 1997 aus. Das Kabinett Blair führte einen moralistischen Unterton in die Politik ein. Beabsichtigt war, im Ausland eine ethische Außenpolitik zu betreiben und im In-

14 Paul Gilroy: *There Ain't no Black in the Union Jack*. London: Hutchinson 1987.

15 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 124–125.

16 Ebd., S. 112; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 49.

land die Rechte und Pflichten der Staatsbürgerschaft zu erneuern.¹⁷ In beiden Projekten sollte der Holocaust eine zentrale Rolle spielen.

Schon bald nach Amtsantritt setzte Blair eine Expertengruppe ein, die die staatsbürgerliche Erziehung einer Revision unterziehen und Empfehlungen dazu abgeben sollte. In dieser Zeit wuchs unter Liberalen und Linken die Überzeugung, dass die Staatsbürgerschaft grundsätzlich neugestaltet werden müsse, um der zunehmend vielfältigen und multikulturellen Bevölkerung Großbritanniens Rechnung zu tragen.¹⁸ Mit diesen Überlegungen stand auch die Ankündigung der Regierung im Zusammenhang, einen Holocaustgedenktag einführen zu wollen. Die Regierung erklärte, dass das geplante Gedenken ihr Versprechen unterstütze, »dass alle Bürger – ohne Unterschied – frei und in vollem Umfang am wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Leben der Nation teilnehmen sollten«.¹⁹ Diese Formulierung der Rechte aller Bürger wandelte sich jedoch schnell in eine Betonung ihrer Pflichten. Im Rahmen der Vorbereitungen für den ersten Holocaustgedenktag verschickte die Regierung eine Informationsbroschüre an alle Schulen des Landes. Ziel dieses Gedenktages sei es nicht nur, hieß es dort, »das Bewusstsein und das Verständnis für den Holocaust zu erhöhen«, sondern auch »die Werte einer toleranten und vielfältigen Gesellschaft [...] und die Verantwortung aller Bürger hervorzuheben«. In ähnlicher Weise erklärte Tony Blair bei der Ankündigung des Gedenktages, dass er ein Bollwerk gegen diejenigen sein werde, die »ein gerechtes, tolerantes und multiethnisches Großbritannien« zerstören wollten.²⁰

Dieser innenpolitische Schwerpunkt auf Staatsbürgerschaft und Holocaust wurde durch die Einrichtung der *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* im Jahr 1998 untermauert. Auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson eingerichtet und von Bill Clinton und Tony Blair unterstützt, war es ein Projekt

17 Richard Little und Mark Whickham-Jones (Hg.): *New Labour's Foreign Policy: A New Moral Crusade?* Manchester: Manchester University Press 2000; Ben Kisby: *The Labour Party and Citizenship Education*. Manchester: Manchester University Press 2012.

18 Bikhu C. Parekh: *The Future of Multi-Ethnic Britain: Report of the Commission on the Future of Multi-Ethnic Britain*. London: Profile Books 2002.

19 Government Proposal for a Holocaust Remembrance Day. London: Home Office 1999, S. 3.

20 Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 76, S. 189.

führender Politiker der Mitte nach dem Ende des Kalten Krieges.²¹ Wie Tony Judt feststellte, wurden die Holocausterinnerung und -erziehung in diesen Jahren zur Eintrittskarte für osteuropäische Staaten, die sich um westliche Anerkennung bemühten.²² Dies war jedoch nur möglich, weil das Holocaustgedenken nun eine strategische Rolle bei der ideologischen Rekonstruktion der westeuropäischen Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges spielte. In Westeuropa und nicht zuletzt in Großbritannien, wurde der Kampf gegen den Antisemitismus nun als Garant für Menschenrechte und Toleranz in der Gegenwart angesehen, eben weil die Demokratie nach 1945 auf der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes aufbaute. Der Krieg auf dem Balkan bot dann einen Anlass für diese Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens. Im April 1999 rief Tony Blair zu militärischen Maßnahmen auf, um serbische ethnische Säuberungen und Massenmorde an muslimischen Albanern im Kosovo zu verhindern, und erinnerte bei dieser Gelegenheit an den Holocaust. Er erklärte, man sei von etwas bedroht, »von dem wir gehofft hatten, dass wir es in Europa nie wieder erleben würden«.²³

Das Projekt des Holocaustgedenkens stand somit auch im Kontext des Kampfes gegen die wiedererstarkende Rechte in Europa. Denn das von der internationalen *Task Force for Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* im Jahr 2000 einberufene *Internationale Forum* zum Holocaust in Stockholm fiel mit den Plänen des österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel zusammen, eine Koalition mit Jörg Haiders *Freiheitlichen Partei* einzugehen, die zweitstärkste Kraft im österreichischen Parlament geworden war. Zusätzlich zu seiner Haltung gegen Einwanderung war Haider berüchtigt für seine Weigerung, Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit zu verurteilen, aber auch für seine eigenen antisemitischen Äußerungen sowie für seine Teilnahme an einem Treffen ehemaliger SS-Offiziere.²⁴ Haider wurde auf der Stockholmer Konferenz von mehreren führenden Politikern kritisiert und verurteilt. Die BBC bezeichnete das Stockholmer Forum als »weltweites

21 Larissa Allwork: *Holocaust Remembrance between the National and the Transnational: The Stockholm International Forum and the First Decade of the International Task Force*. London: Home Office 2015.

22 Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. Übersetzt von Matthias Fienbork und Hainer Kober, München: Hanser.

23 Allwork: *Holocaust Remembrance*, S. 55; Tony Blairs Rede »Doctrine of the International Community« in Chicago am 24.4.1999. <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=279>.

24 Allwork: *Holocaust Remembrance*, S. 33, S. 67f.

Alarmsystem angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten.«²⁵ Innerhalb der *Task Force* war es Großbritannien, das den Vorschlag unterbreitet hatte, einen internationalen Gedenktag an die Opfer des Holocaust festzulegen.

Gerade die zeitgleichen Ereignisse im Kosovo und in Österreich zeigten, welche Rolle Politik und Staat dabei spielen können, Faschismus, Antisemitismus und Rassismus wieder salonfähig zu machen. Umso verwunderlicher ist es daher, dass bei dem Holocaustgedenken, so wie es in Großbritannien institutionalisiert wurde, die Rollen von Staat und Politik weitgehend ausgeklammert sind. Zwar wurde in der Informationsbroschüre für Schulen zum Holocaustgedenktag wurde das nationalsozialistische Deutschland als »Racial State« (»rassistischer Staat«) bezeichnet. Damit wurde einem wichtigen historiografischen Trend der 1990er Jahre gefolgt, der zugleich nützlicher Rahmen für Überblicksdarstellungen war, weil er, obgleich er den Massenmord an den Juden in den Mittelpunkt stellte, gleichzeitig ein universalistisches Verständnis des Holocaust beförderte: Opfer des rassistischen Staates waren auch Millionen von Nicht-Juden.²⁶ Doch obwohl damit anerkannt wurde, dass das Verbrechen des Holocaust durch eine staatliche Macht begangen worden war, entschied man sich dazu, zum Holocaustgedenktag nicht weiter auf den Missbrauch und die Verantwortung von Politik und Verwaltung einzugehen. Innenminister Jack Straw erklärte: »Die Lehren, die wir daraus ziehen, gelten für uns alle.«²⁷ Den Schülerinnen und Schülern wurde vermittelt, dass es wichtig sei, kein Mitläufer zu sein und Mobbing entgegenzutreten, wie in Schulversammlungen gezeigt wird.²⁸ Bei dieser Herangehensweise liegt der Schwerpunkt also auf Toleranz und Empathie. Die Zeitzeugenberichte bei Gedenkveranstaltungen wiederum zielen auf emotionale Reaktionen und Mitgefühl. Doch die Betonung der persönlichen Erfahrung lenkt zwangsläufig von dem Prozess ab, durch den der Massenmord an den Juden zu einer von einem Staat in Kriegszeiten verordneten Politik wurde. Die Rhetorik rund um den Holocaustgedenktag und die Praxis der Erinnerung im Allgemeinen führt dazu, dass die wahre Gefahr von den Vorurteilen und Hass in der Bevölkerung ausgeht; von einer Bevölkerung, die grausam und intolerant werden könnte, wenn sie nicht von einem gütigen Staat gelenkt wird. Angesichts der Tatsache, dass die »Endlösung« ein staatliches Projekt war, das unter den Bedingungen eines

25 Ebd., S. 69.

26 Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 76, S. 189

27 Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 37.

28 Ebd., S. 66; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 80.

totalen Krieges durchgeführt wurde, ist die Abwesenheit des Staates in der Gedenkkultur zum Holocaust ein irritierender Befund.

Der Konsens über die Holocausterziehung und -erinnerung in Großbritannien basiert auf Vorstellungen von individueller Verantwortung und Patriotismus. Diese entpolitisierte Konstruktion des Holocaust zeitigt bedauerliche Konsequenzen, und zwar für die Art und Weise, wie wir sowohl Antisemitismus als auch Rassismus im weiteren Sinne begegnen. Zuvorderst behindert die Nicht-Thematisierung des Staates unsere Fähigkeit, dem Holocaust angemessen zu gedenken. Sicherlich waren am Massenmord der Deutschen an den Juden auch Individuen beteiligt, die entsprechende Entscheidungen trafen; aber sich hierauf zu beschränken, führt zu einem grundlegenden Missverständnis, da es sich beim Holocaust sehr wohl um eine staatlich gesteuerte Unternehmung gehandelt hatte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass eine 2016 durchgeführte Umfrage unter britischen Studierenden, die sich mit dem Holocaust beschäftigt hatten, große Lücken im Wissen und Verständnis aufzeigte.²⁹

Darüber hinaus fördert die Rhetorik des Gedenkens allzu oft die irriige Auffassung, dass der Holocaust für alle Zeiten die eigentliche Verkörperung des Antisemitismus sei, in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dabei stellt das Fortbestehen des Antisemitismus in Europa eine große Herausforderung dar, aber manche Äußerung der Holocaustkommission des Premierministeriums bringt uns bei der Bewältigung des Problems nicht wirklich weiter. Wenn es dort beispielsweise heißt: »Das Versäumnis, Lehren aus dem Holocaust zu ziehen, kann abgelesen werden an der [...] Zunahme der Zahl antisemitischer Vorfälle im Vereinigten Königreich«,³⁰ dann hilft dies uns wenig dabei, den Antisemitismus zu verstehen und ihm entgegenzutreten, da es nahelegt, dass Antisemitismus immer mörderisch sei und immer eine – zumindest potenziell – existenzielle Bedrohung für Juden darstelle. Dies rückt die weitaus alltäglicheren Muster der Diskriminierung, Verunglimpfung und Abneigung in den Hintergrund, von denen jüdische Menschen seit Jahrhunderten betroffen sind und die bis heute fortbestehen. Holocaust und Erziehung können nach hinten losgehen und dazu beitragen,

29 Stuart Foster u.a.: What do Students Know and Understand about the Holocaust. London: Centre for Holocaust Education 2016.

30 The Prime Minister's Holocaust Commission Report, S. 10.

dass manche, auch ausgesprochene Antirassisten, nur dann Antisemitismus erkennen, wenn er in faschistischer und genozidaler Form auftritt.³¹

Die Absenz des Staates in unserem Verständnis von Antisemitismus trägt auch zu einer Gleichsetzung von Antisemitismus mit Antizionismus oder mit Israelkritik bei. Das Wort »Antisemitismus« ist in den 1880er Jahren in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Von Anfang an war die Kampagne gegen Antisemitismus eine Kampagne für Minderheitenrechte. Wir dürfen die entscheidende Funktion staatlicher Macht auch hier nicht aus den Augen verlieren, weil wir sonst Gefahr laufen, die ursprüngliche Bedeutung von Antisemitismus aufzugeben. Denn auf keinen Fall sollte – wie heutzutage immer wieder fälschlicherweise suggeriert wird – Antisemitismus verwechselt werden mit dem Widerstand gegen ein staatliches Projekt im Nahen Osten, in dem Juden in der Mehrheit sind und in dem der jüdische Staat die Rechte der Palästinenser mit Füßen tritt.

Das Versäumnis, sich mit dem Staat zu befassen, beschränkt nicht nur das Antisemitismusverständnis von Bildungs- und Gedenkpraktiken, sondern es kappt auch wichtige Wege, die Geschichte des Holocaust mit dem Rassismus der Gegenwart zu verbinden. Der Holocaust ist in Großbritannien zu einem konsensualen Fixpunkt Konsenspunkt im Kontext von Kulturkämpfen geworden, die immer wieder in öffentliche Debatten ausbrechen, insbesondere über das Erbe der Sklaverei und des Kolonialismus und über deren Bedeutung für das Vereinigte Königreich heute.³² Dabei geht es um Fragen der Geschichte und der Erinnerung, des Rassismus und der Identität. Es sind die gleichen Fragen, die auch das Holocaustgedenken in den Mittelpunkt stellt. Doch im Fall des Holocaust war das Ergebnis Konsens und nicht Uneinigkeit. Ein Grund für diesen Unterschied mag darin liegen, dass Großbritannien nicht direkt in den Holocaust verwickelt war. Es ist aber auch bezeichnend, dass Holocaust und Antisemitismus als Themen behandelt werden, die in erster Linie mit Moral und persönlichem Verhalten zu tun haben. Kolonialismus und Sklaverei sind dagegen zwangsläufig mit dem britischen Staat verbunden, ebenso wie die

31 Ben Gidley, Brendan McGeever und David Feldman: Labour and Antisemitism: A Crisis Misunderstood. In: *The Political Quarterly* 91(2), April–Juni 2020. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/1467-923X.12854>.

32 Siehe zum Beispiel den Streit über den Stellenwert von Kolonialismus und Sklaverei in der Arbeit des National Trust. <https://www.nationaltrust.org.uk/who-we-are/research/addressing-our-histories-of-colonialism-and-historic-slavery>; <https://www.restorustrust.org.uk/colonialism-slavery-report>.

systemische Benachteiligung, unter der People of Color im Vereinigten Königreich bis heute leiden. Dies ist einer der Gründe, warum der Holocaust und der Antisemitismus diejenigen Formen des Rassismus sind, um die sich die britische Regierung seit den späten 1990er Jahren bevorzugt kümmert.

Das Argument lässt sich auch anders formulieren: Die Mittel für das Holocaustdenkmal und -lernzentrum der Regierung wurden genau zu der Zeit bereitgestellt, als das Innenministerium vom Windrush-Skandal betroffen war – Tausende gesetzestreuer schwarzer Briten aus der Karibik waren mit einem Schlag als illegale Einwanderer eingestuft worden. Einer unbekanntem Zahl wurde der Zugang zu bezahlter Arbeit und Wohnraum verwehrt, viele Menschen wurden abgeschoben.³³ Der Windrush-Skandal unterstreicht die anhaltende Bedeutung des Staates als Akteur des Rassismus; und die derzeitige Praxis der Holocausterinnerung hält auch dafür her, dies zu verschleiern. Dabei sollte das Holocaustgedenken eigentlich über die Vergangenheit aufklären und eine antirassistische Botschaft für die Gegenwart vermitteln. Beides gelingt bis heute nicht besonders gut.

33 Amelia Gentleman: *The Windrush Betrayal: Exposing the Hostile Environment*. London: Guardian Books 2019.

Die Singularitätsthese und die deutsche nationale Identität

Omri Boehm

Im Nachdenken über das Kapern der Erinnerung bringt es uns einen großen Schritt nach vorn, wenn wir es wagen, die Perspektive des Historikers, der ich nicht bin, zu verlassen und stattdessen mit meiner Perspektive des Philosophen statt von der Erinnerung von der Vernunft zu sprechen – vom Kapern der Vernunft durch die Erinnerung. Aus meiner Perspektive eines Philosophen ist es eine der gewinnbringendsten Formen, über die Entführung der Erinnerung nachzudenken, den Begriff »Erinnerung« für einen Moment beiseite zu lassen und an dessen statt von der »Entführung der Vernunft« zu sprechen: von der Entführung der Vernunft durch Erinnerung. Und um das zu tun, ist es sinnvoll, zunächst ein Wort über Jürgen Habermas zu verlieren. Habermas ist der Denker, der mehr als jeder andere in Deutschland für die Rettung des Konzepts der Vernunft geleistet hat, als er die Autorität der Vernunft in ihrer universalistischen, im weiteren Sinne kantianisch-aufklärerischen, Bedeutung heldenhaft aus den Trümmern des Dritten Reichs rettete. Habermas' Manöver war im Wesentlichen ein zweifaches: Erstens rehabilitierte er die Autorität der Vernunft, indem er eine Diskursethik entwickelte. Und zweitens verteidigte er den Verfassungspatriotismus. Die beiden Projekte gehen Hand in Hand. Freie öffentliche Meinungsäußerung wurde zum einzigen Weg zur Verteidigung der universellen Rationalität (das geht auf die Diskursethik zurück sowie auf Kants Idee, dass die Vernunft eine vom Wesen her öffentliche Sache ist). Und aus demselben Grund sollten in Deutschland als einzige Quellen der Legitimität die Standards der liberalen Staatsbürgerschaft, der neutralen Verfassung und des Völkerrechts als einzige Quellen von Rechtmäßigkeit in Deutschland akzeptiert werden. Beides zusammen, die Diskursethik und der Verfassungspatriotismus, sollte Deutschlands nationale Identität, die als ein ethnisch verstandenes deutsches »Wir« existiert hatte, ersetzen. Wenn man nun fragt, was der Grund dafür war, sich der abstrakten universellen Vernunft

als Ersatz für die deutsche Identität oder das deutsche Bewusstsein zu ver-schreiben, so lautet die oder zumindest ein wesentlicher Teil der Antwort: das Verbrechen des Holocaust und seine Einzigartigkeit. Alle Nationen haben in ihrer Vergangenheit Verbrechen begangen; die Einzigartigkeit des deutschen Verbrechens legt es aber nahe, das nationale Bewusstsein als Quelle der gesellschaftlichen Normen aufzugeben. Mit anderen Worten: Der Grund ist die Erinnerung, auf jeden Fall die Vergangenheit und eine ganz bestimmte Interpretation derselben. Es wird übrigens oft übersehen, dass dies der wesentliche Punkt des ursprünglichen Historikerstreits Mitte der achtziger Jahre war. Im Kern der Debatte stand nicht wirklich die Einzigartigkeit des Holocaust, wie heute so mancher argumentiert. Vielmehr ging es darum, seine Einzigartigkeit zu verteidigen, um die Instrumentalisierung der Erinnerung zugunsten einer erneuerten deutschen nationalen Identität zu verhindern.

Die Grundlagen der liberalen Demokratie im Angesicht des Holocaust und Israels

Der Historikerstreit ereignete sich Mitte der achtziger Jahre, als wir alle noch jung und naiv waren. Inzwischen ist klar geworden, dass auch die Singularitätsthese selbst instrumentalisiert werden kann – um den Universalismus anzugreifen und um die in der freien Meinungsäußerung verkörperte Vernunft sowie den Verfassungspatriotismus zu untergraben. So entsteht das, was wir als »Dialektik der Singularität« bezeichnen könnten (und ich verwende diesen hochtrabenden Begriff, weil ich ihn für treffend halte): Der Gedanke, dass sich der Holocaust nicht mit anderen Verbrechen vergleichen lässt, wurde damals verteidigt, um gegen eine nationale Identität Deutschlands zu argumentieren; heute hingegen wird er im deutschen Feuilleton zumindest auch dafür benutzt, um eine solche zurückzuerlangen – um die Vorstellung, dass nicht-weiße Deutsche allein durch Staatsbürgerschaft Deutsche sein können, mit der Begründung zurückzuweisen, dass jene die gängigen Tabus über Israel nicht teilen.

Das heißt natürlich nicht, dass die Singularitätsthese falsch wäre oder gar aufgegeben werden müsste. Es bedeutet aber sehr wohl, dass die Singularitätsthese einer kritischen Revision unterzogen werden sollte, um Deutschlands Bekenntnis zur Vernunft, zum Verfassungspatriotismus und zum Völkerrecht zu verteidigen. Diejenigen, die zurzeit in den deutschen Feuilletons den Universalismus gegen Postkolonialismus oder Critical Race-Theorien verteidigen,

hätten das Beharren darauf, die Einzigartigkeit *kritisch zu prüfen*, begrüßen sollen Eine Kritik der Singularität, wohlgemerkt nicht ihre Annullierung, hätte der kantischen Idee von Kritik entsprochen. Aber aus bestimmten Gründen stößt jede Kritik an (der Dialektik) der Singularität auf den Vorwurf des Antisemitismus.

Und sobald das Engagement Deutschlands für Israel in öffentlichen Debatten zur Sprache kommt, verflüchtigt sich die Autorität der Vernunft fast vollständig. Das Bekenntnis zur Vernunft entstand aus der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit; aber was passiert, wenn Israel als »Staatsräson« in diese Gleichung eintritt? Welche Auswirkungen hat Deutschlands Bekenntnis zum jüdischen Staat als Staatsräson auf die Autorität des öffentlichen Diskurses und auf den Verfassungspatriotismus als Ersatz für die deutsche nationale Identität?

Nationale deutsche Identität durch die Hintertür der Staatsräson

Um auf diese Frage zu antworten, lohnt es sich, auf Habermas selbst zurückzukommen. Wie sich einige erinnern werden, wurde er 2012 von *Ha'aretz* nach seiner Einschätzung der israelischen Politik gebeten.¹ Habermas lehnte die Bitte mit den Worten ab, dass dies »nicht die Aufgabe eines privaten deutschen Bürgers meiner Generation« sei. Ich habe seine Antwort bereits an anderer Stelle ausführlich kommentiert und *nicht* die Absicht, das hier nochmals zu tun.² Zum notwendigen Hintergrund sei lediglich angemerkt: Als Privatmann ist Habermas' Haltung dazu natürlich mehr als verständlich, doch geht das am eigentlichen Punkt vorbei. Entscheidend ist, dass Habermas kein privater deutscher Bürger ist. Wenn sich der öffentliche Intellektuelle par excellence ins Private flüchtet, wenn also die Person, die als Begründerin der Diskursethik die Rolle des öffentlichen Intellektuellen geradezu verkörpert, eine öffentliche Äußerung verweigert, dann hat das erhebliche theoretische und politische Konsequenzen. Denn eine solche Selbstzensur ist selbst ein Sprechakt, der Israel im Sinne der deutschen Staatsräson jenseits der Autorität der

1 Noa Limone: Germany's Most Important Living Philosopher Issues an Urgent Call to Restore Democracy. *Haaretz* vom 16.8.2012.

2 Omri Boehm: The German Silence on Israel, and Its Costs. *The New York Times* vom 9.3.2015.

Vernunft verortet – also jenseits der Sphäre, die durch das öffentliche Sprechen definiert ist.³ Die dahinterstehende Haltung, die durch diese Großgeste des privaten Schweigens symbolisiert wurde, zeitigt ernsthafte Konsequenzen und hat im Laufe der Jahre viele deutsche Intellektuelle auch der jüngeren und jüngsten Generation angesprochen. Eine Folge dieser Grundsatzhaltung war meines Erachtens nach der Zusammenbruch der öffentlichen rationalen Diskussion. Und das ist zugleich der Moment, da die deutsche nationale Identität durch die Hintertür den Diskursraum wieder betritt.

Zu meiner Sichtweise gibt es ein naheliegendes Gegenargument, das ich hier direkt ansprechen möchte. Es lautet folgendermaßen: Wird Israel etwa in Deutschland nicht unentwegt und immer wieder kritisiert? Für diese Praxis gibt es sogar einen eigenen Begriff, auf den viele gerne hinweisen: »Israelkritik«. Aus diesem Grund könne doch kaum davon ausgegangen werden, dass es eine Zensur des Diskurses oder gar der Vernunft gibt. Doch das ist irreführend. Jenseits des lauten Geschreis über Israel hat das Schweigen ernsthafter Intellektueller zu elementaren Fragen eine Situation geschaffen, in der die für eine rationale Diskussion notwendigen Grundbegriffe ausgehöhlt wurden. Die Integrität fundamentaler universalistischer Prinzipien wurde durch die Autorität der Erinnerung gekapert: Grundlegende rationale Prinzipien sind als inhärent antisemitisch delegitimiert worden.

Übrigens kennen wir die gleichen Tendenzen heute auch von postkolonialen und anderen post-aufklärerischen Kritikern – es ist die Neigung, Vernunft und Universalismus als inhärent rassistisch zu denunzieren. Dass die gegenwärtigen Zusammenstöße zwischen postkolonialen Kritikern und denen, die wir auch als post-Holocaust-Zionisten bezeichnen könnten, so heftig ausfallen, liegt nicht daran, dass sie so unterschiedlich, sondern vielmehr daran, dass sie einander so ähnlich sind: Beide Seiten lehnen den Universalismus der Aufklärung als inhärent rassistisch und gewalttätig ab und postulieren stattdessen die Identität der Opfer.

Der Mindeststandard für liberale Demokratien – also staatliche Neutralität, zumindest Neutralität in Bezug auf die Abstammung seiner Bürger – weist stark darauf hin, dass ein zugleich jüdischer und demokratischer Staat ein Widerspruch in sich ist. Ich meine, dass dies eine offensichtliche Tatsache ist, die jedem politischen Theoretiker, egal ob deutsch, israelisch oder anderer Herkunft, klar sein sollte; und zwar aus dem einfachen Grund, dass Souveräni-

3 Ich habe mich bereits an anderer Stelle zu diesem Problem geäußert, verzichte hier aber auf längere Ausführungen.

tät, die auf der ethnischen Zugehörigkeit einer Gruppe und nicht auf Staatsbürgerschaft als solcher beruht, nicht demokratisch sein kann. Israel als Staat des jüdischen Volkes und nicht seiner Staatsbürger kann Nicht-Juden nicht als gleichberechtigte politische Subjekte behandeln. Es gibt Philosophen (etwa Moshe Halbertal oder Michael Walzer), die gerne behaupten, dass eine jüdische Demokratie sich nicht von einer deutschen oder italienischen Demokratie unterscheidet – alle seien in gleichem Maße demokratische Nationalstaaten. Diese Behauptung ist nicht nur falsch, sondern auch unaufrichtig und irreführend, wie ich bereits an anderer Stelle ausführlich dargelegt habe.

Juden, Muslime und Christen können – praktische Schwierigkeiten mal bei Seite gelassen – Deutsche oder Italiener sein. Juden, die dies wünschen, gehören zum souveränen deutschen Volk. Juden oder Muslime können Teil des souveränen italienischen Volkes sein. Der springende Punkt dabei ist, dass nur Rassisten und Antisemiten dies leugnen. Doch Nicht-Juden gehören nicht zum souveränen jüdischen Volk im jüdischen Staat. Das Land ist *nicht* israelisch, wie wiederum liberale Zionisten betonen. Aus diesem Grund kann die Situation in Israel nicht, wie dies oft getan wird, als eine »systematische« Diskriminierung beschrieben werden, wie sie uns aus allen Demokratien – der deutschen, der italienischen oder der amerikanischen – vertraut ist. Vielmehr handelt es sich um eine rechtliche Ungleichbehandlung auf Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit, als Teil des quasi-verfassungsmäßigen Konzepts des Staates selbst.

Außerdem kann nur jemand mit einer entsprechenden Agenda den Eindruck erwecken, dass das nichts damit zu tun hat, was in den besetzten Gebieten passiert. Die Tatsache, dass Palästinenser in einem jüdischen Staat nicht gleichberechtigt existieren können, betrifft den Status der Palästinenser sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen von 1967: Dass diejenigen, die außerhalb der Grenzen von 1967 leben, keine Staatsbürger werden, obwohl der jüdische Staat seit mehr als 50 Jahren sowohl das Territorium als auch die zivilen Aspekte für die dort lebenden Juden kontrolliert, liegt darin begründet, dass der jüdische Staat auf diese Weise die demographische Überlegenheit der Juden sicherstellt.

Während also der Mindeststandard liberaler Demokratien, über den ich gesprochen habe, in jedem liberalen Kontext selbstverständlich ist, gilt er in Deutschland nicht für Israel: Hier wird er weder vertreten noch zurückgewiesen, weder in Frage gestellt noch debattiert – was die rationale Herangehensweise wäre. Allein, der Minimalstandard für liberale Demokratien wird in Deutschland als antisemitisch dargestellt. Und seien wir doch

mal ehrlich: Als antisemitisch galt er bereits Jahre, bevor der BDS-Beschluss des Bundestags ihn offiziell dazu erklärte und implizierte, dass alle, die sich auf diesen Standard beziehen, keine öffentlichen Gelder erhalten oder nicht auf öffentlichen Podien sprechen sollten. Im Folgenden möchte ich etwas zum BDS-Beschluss sagen, dann auf die damit verbundenen Angriffe auf den Apartheid-Bericht von Amnesty eingehen und schließlich auf die neue Rechte zurückkommen.⁴

Der BDS-Beschluss des Bundestags

Der Beschluss erklärt das Existenzrecht Israels zu Deutschlands »Staatsräson« und verurteilt diejenigen als antisemitisch, die es in Frage stellen. Nun stützt sich dieser Beschluss auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), die für sich bereits problematisch ist, was ich aber für den Moment beiseitelasse. Gemäß dieser Arbeitsdefinition ist Kritik an Israel zwar nicht per se antisemitisch, wohl aber die Verweigerung des »Selbstbestimmungsrechts« des jüdischen Volkes ebenso wie die Anwendung »doppelter Standards« auf den jüdischen Staat: Damit ist gemeint, Israel nach Kriterien zu kritisieren, die »von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert werden«.⁵

Ein großer Vorteil der IHRA-Formulierung liegt darin, dass sie Antisemitismus nicht ausschließend definiert. Es ist möglich, das Recht der Juden auf Selbstbestimmung auf die Existenz eines jüdischen Staates zu beziehen, aber die IHRA bleibt uneindeutig, ob dies die einzige Deutung der Klausel ist. Die IHRA schließt die Möglichkeit nicht aus, dass Israel ein Staat all seiner Bürger sein sollte – was also *kein* jüdischer Staat wäre –, und lässt es völlig offen, ob nationale »Selbstbestimmung« nicht auch als das Recht auf eine Autonomie oder eine föderale multinationale Konstellation ohne jüdischen Staat zu interpretieren ist.

Genau diese Situation stellt der BDS-Entschluss des Bundestags auf den Kopf. Unter dem Vorwand, sich auf die IHRA-Interpretation von Antisemitis-

4 Über Deutschlands Angriff auf die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs habe ich bereits in der *Zeit* einen Artikel geschrieben, vgl.

5 Wortlaut nach: International Holocaust Remembrance Alliance: Working Definitions & Charters / Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

mus zu stützen, bestand sein hauptsächlichlicher Zweck darin, diese zu revidieren – die nicht-ausschließende Bestimmung der Definition in eine ausgrenzende umzuwandeln. Wo die IHRA vorsichtig vom »Recht der Juden auf Selbstbestimmung« spricht, spricht der Bundestag von Israels »Existenzrecht als jüdischer und demokratischer Staat«. ⁶ Und wer auch immer dies leugnet, sei antisemitisch und solle von öffentlichen Geldern, öffentlichem Sprechen und so weiter ausgeschlossen werden. Ganz ähnlich wie so manche postkoloniale Strömung gibt der Bundestag vor, »lediglich seine Meinung zu äußern« anstatt wirklich zu zensieren, bezeichnet dann aber das wichtigste liberale Prinzip – Jeffersons Idee der staatlichen Neutralität – als rassistisch. Entschuldigung, als antisemitisch.

Solange die Zweistaatenoption noch ernsthaft im Spiel war, hätte man das Manöver des Bundestags vielleicht als unglücklichen Missgriff interpretieren können. Doch zum jetzigen Zeitpunkt, zum Ende der Zweistaatenpolitik, ist es hochgradig bedenklich. Ohne die Existenz eines palästinensischen Staates setzt sich ein jüdischer Staat zwischen dem Jordan und Mittelmeer über die nationalen und individuellen Rechte der Palästinenser hinweg. Es ist eine Sache, dass Israel nicht das Recht haben kann, Nicht-Juden innerhalb der Grenzen von 1967 als Bürger zweiter Klasse zu behandeln; doch der Staat kann sicherlich nicht jüdisch bleiben, wenn seine Bevölkerung zu etwa 50 Prozent aus Palästinensern besteht – was in den letzten 50 Jahren der Fall war, und wir haben allen Grund zu der Annahme, dass sich dies nicht ändern wird. Da es im Westjordanland seit einem halben Jahrhundert getrennte Rechtssysteme für Palästinenser und Juden gibt, ist es tatsächlich kaum unangemessen, den Begriff »Apartheid« zu verwenden.

Der Israel-Bericht von Amnesty International

Seit dem Amnesty-Bericht schlägt der Begriff »Apartheid« in Deutschland noch höhere Wellen als in der Vergangenheit. ⁷ Mehrere Autoren haben argumentiert, dass Amnesty durch die Bezeichnung Israels als Apartheid den jüdischen Staat delegitimiere, *indem die Idee des Nationalstaats selbst delegitimiert*

6 Deutscher Bundestag: Der BDS-Bewegung entschlossen entgegengetreten – Antisemitismus bekämpfen. BT-Drucksache 19/10191 vom 15.5.2019.

7 Israel's Apartheid against Palestinians. Cruel System of Domination and Crime against Humanity. Amnesty International vom 1.2.2022.

werde. Mordechai Kremnitzer, einer der besten Rechtsexperten Israels – und jemand, den ich sehr schätze –, hat dieses Argument in *Ha'aretz* dargelegt, was dann von Meron Mendel im *Spiegel* und auf *Zeit Online* wiederholt wurde.⁸ Dieses Argument war entscheidend für unser Verständnis und Missverständnis des Amnesty-Berichts, weil es die Grundlage für die Anschuldigung darstellte, dass Amnesty International nicht einfach nur falsch lag, sondern vielmehr antisemitisch sei: Wenn man Israel delegitimiert, indem man »die Idee des Nationalstaats delegitimiert«, warum beginnt man dann ausgerechnet mit Israel, dem kleinen jüdischen Staat? Gemäß diesem Argument mache sich Amnesty der berühmten antisemitischen Doppelmoral schuldig. Durch die Ablehnung der Nationalstaatsidee delegitimiere Amnesty also deshalb den jüdischen Staat, weil damit gemäß der IHRA-Definition auf Israel Standards angewandt würden, die »von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert würden«.⁹ Das war Meron Mendels Argument in *der Zeit*.

Aber dieser Vorwurf kann nur dort erhoben werden, wo die Erinnerung als Waffe gegen die Vernunft und gegen den Standard der liberalen Demokratie gekapert wurde: Es ist gar nicht so erheblich, wie falsch oder richtig der Amnesty-Bericht nun eigentlich war (er hatte meiner Meinung nach sicherlich einige schwerwiegende Schwächen, aber es gab eben auch – und das sage ich voller Bedauern und mit großem Schmerz – viel zu viele Punkte, an denen er ganz richtig lag). Doch der Bericht kritisierte Israel ganz sicher nicht, indem er das Konzept des Nationalstaates delegitimierte. Vielmehr argumentierte Amnesty mit der Delegitimierung des Konzepts des ethnischen Staates – also eines Staates, in dem die Souveränität in den Händen einer ethnischen Gruppe und nicht an sich bei allen Bürgern liegt. Und der Bericht stellte fest, dass eine Politik, die darauf abzielt, die Souveränität in den Händen dieser Gruppe in einem Gebiet zu erhalten, in dem diese Gruppe nicht einmal die Mehrheit hat (!), notwendigerweise Apartheid schaffe. Die Debatten im deutschen Feuilleton übersahen dieses »Detail«: Und so sind wir in eine Situation geraten, in der nicht nur der BDS delegitimiert und die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs direkt durch das deutsche Außenministerium angegriffen, sondern auch Amnesty International als antisemitisch verurteilt wird.

Nun wäre es für die Deutschen bequem gewesen – nicht aber für die Palästinenser und auch nicht für Israelis, die den Frieden suchen –, wenn diese

8 Mordechai Kremnitzer: Analysis. The Missed Opportunity in Amnesty's Israeli Apartheid Report. *Ha'aretz* vom 2.2.2022.

9 IHRA: Working Definition.

Angriffe auf die Ideen und Institutionen der Menschenrechte, des Völkerrechts und der liberalen Demokratie auf das Heilige Land beschränkt werden könnten. Aber das ist nicht möglich. Es ist eine Dialektik der Einzigartigkeit im Spiel – und sie kehrt nun zurück, um Deutschlands eigenes Bekenntnis zum Verfassungspatriotismus zu untergraben und die deutsche nationale Identität als den Ursprung von politischen Normen zu rehabilitieren. Wenn Deutschsein bedeutet, für die besondere, um nicht zu sagen: singuläre, Vergangenheit des Holocaust verantwortlich zu sein dann kann die Art und Weise, wie wir diese Verantwortung deuten, nicht dazu führen, dass wir die Diskriminierung von Palästinensern oder sonst wem akzeptieren (geschweige denn schlimmere Verbrechen). Einfach gesagt: Wenn Deutschsein bedeutet, die selbstverständliche Wahrheit aufzugeben, dass alle Menschen gleich sind, dann können Palästinenser, Muslime, Araber und Menschen des »Globalen Südens« nur schwerlich Deutsche sein – und das Gleiche gilt für Juden sowie für weiße Personen und alle Menschen, die sich weigern, beim Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit Kompromisse einzugehen. Mit anderen Worten: Wenn das besondere Einstehen für Israel den Gleichheitsanspruch untergräbt, untergräbt es den Verfassungspatriotismus.

Die neue Rechte und die politische Mitte

Das ist die Debatte, die jetzt tatsächlich an Fahrt aufzunehmen beginnt. Denn die Idee des Verfassungspatriotismus erfordert eine Weltoffenheit, die diejenigen miteinschließt, deren Lebenswelten sich von denen der ethnischen und historischen Deutschen unterscheiden, und um zu verhindern, dass diese Lebenswelten als antisemitisch abgelehnt und ausgeschlossen werden. Die Vorstellung, dass man eine »jüdisch-und-demokratisch«-Formel annehmen und verteidigen muss – und das sogar heute, wenn es keine Zweistaatenlösung geben wird –, um ein verantwortungsvoller Deutscher zu sein, ist ein massiver Angriff auf den im Verfassungspatriotismus verkörperten Universalismus. Wenn Autoren in der *Welt*, der *FAZ* oder der *Zeit* derzeit ob des postkolonialen Angriffs auf die Erinnerung besorgt sind, befeuern die meisten von ihnen einen wachsenden Trend: sich über Angriffe auf den Universalismus zu beklagen, ist der bequemste Weg, um unbequemen universalistischen Verpflichtungen aus dem Weg zu gehen.

Diese Tendenz ist kein Ausdruck des Kaperns der Erinnerung durch die Rechte. Es ist vielmehr das Kapern der Mitte in die Rechte hinein, durch eine

besondere Form des Gedenkens. Das Phänomen, um das es hier geht, ist noch nicht der Aufstieg der Neuen Rechten, sondern die Veränderungen der konservativen Mitte und deren Herausbildung eines konsensualen »Wir Deutsche« als Ursprung von Normen – genau das, wovor die Singularitätsthese einst, im Verbund mit Habermas, schützen sollte. Und um es klar zu sagen: Natürlich wird dieselbe dialektische Logik mit aller Macht auch die neuen und radikalen Rechten in Deutschland unterstützen: Wenn die Leugnung der jüdisch-und-demokratisch-Formel antisemitische Doppelmoral ist, ist dann nicht auch der Angriff der Liberalen auf die Legitimität der AfD eine antisemitische Infragestellung des Existenzrechts Israels?

Im Jahr 2020 twitterte Jair Netanjahu, der Sohn des auch damals amtierenden Premierministers Israels, die EU sei ein Feind Israels und: »Länder! Der Schengen-Raum ist tot und bald wird das auch eure globalistische EU und ›Europa dann wieder frei, demokratisch und christlich sein.«¹⁰ Es überrascht wenig, dass die AfD von Netanjahus Tweet begeistert war: Die Fantasterei, Europa von der liberalen Demokratie zu befreien und wieder christlich zu werden, zielt darauf, wieder eine antiliberalen Ordnung zu etablieren – eine, bei der muslimische und jüdische Bürger vielleicht dabei sind, dann aber auf die gleiche Weise, wie die palästinensischen Bürger Israels zum jüdischen Staat gehören. Joachim Kuhs, ein AfD-Politiker, der damals Abgeordneter des Europäischen Parlaments war, twitterte als Antwort ein Plakat mit dem Bild von Jair Netanjahu, auf dem in großen Buchstaben Netanjahus Slogan für ein Europa zu lesen war, das dann »frei, demokratisch und christlich sein« wird.¹¹ Spätestens seit dem Tivoli-Programm der Deutschkonservativen Partei von 1892 sind solche Bekenntnisse zu einem »christlichen« Deutschland eindeutig antisemitisch konnotiert, da sie einen ethnozentrischen Staat anstreben – »frei von jüdischem Einfluss« Der AfD und Netanjahu Junior geht es ganz klar vor allem darum, Deutschland vom »muslimischen Einfluss« zu befreien. Und die Übertragung derselben Logik auf Juden bringt sie mitnichten in Verlegenheit: An diesem Punkt können sich AfD und Netanjahu darauf einigen, dass Juden idealerweise in ihrem eigenen jüdischen Staat leben sollten.

Der Subtext der AfD ist klar: Hat Israel das Recht, »jüdisch und demokratisch« zu sein, obwohl 20, wenn nicht sogar 50 Prozent Nicht-Juden in ihm le-

10 »Schengen zone is dead and soon your evil globalist organization will be too, and Europe will return to be free, democratic and Christian!« @Yair Netanyahu vom 28.4.2020, 10:48 Uhr.

11 @Joachim_Kuhs vom 6.5.2020, 11:06 Uhr.

ben, die nicht zum souveränen jüdischen Volk gehören? Natürlich hat es das: Dies zu leugnen, ist antisemitisch! Das jüdisch-demokratische Israel ist wie das deutsch-(christlich)-demokratische Deutschland. Selbst nach Ansicht des Bundestags ist es antisemitisch, Israel als jüdisch-demokratischen Staat zu leugnen. Wie könnte es dann illegitim sein, dass die Deutschen sich genau das Gleiche wünschen? Warum sollten die Deutschen nicht das Modell Israels übernehmen und ihr Land christlich-demokratisch definieren, und zwar in einem ethnisch-kulturellen, nicht in einem religiösen Sinne – genau wie Israel? Die AfD und Netanjahu Junior sind sich darin einig, dass die Deutschen das tun sollten. Und das ist jetzt der Punkt: Es ist einfach, wenn wir von der AfD und Netanjahu sprechen. Aber was bitte sagen David Grossman, Amos Oz, Yehuda Bauer, Saul Friedländer, Aharon Barak oder Moshe Halbertal dazu? Wir wissen es: Sie haben sich die »jüdisch-und-demokratisch«-Formel selbstverständlich zu eigen gemacht.

Und wenn wir mal bei Seite lassen, was radikale Postkolonialisten oder Israel-Gegner über die »jüdisch-und-demokratisch«- oder über die »christlich-und-demokratisch«-Formel sagen: Was aber hat denn ein Habermas, dieser mächtige Verfechter des Verfassungspatriotismus, im Gegenzug zu sagen? Und wenn schon nicht Philosophen der Generation Habermas, dann vielleicht Angehörige der jüngeren intellektuellen Generation Deutschlands – sagen wir, Leute in ihren Siebzigern, Sechzigern oder Fünfzigern? Ist es denn wirklich nicht klar, dass der BDS-Beschluss des Bundestags und die Diffamierung der »Initiative Weltoffenheit« Angriffe auf die Idee des Verfassungspatriotismus selbst sind? Dass es bedeutet, diejenigen von der Teilhabe als deutsche Staatsbürger auszuschließen, deren besondere Geschichte und deren Glaube es nicht zulassen, dass Nicht-Juden in Israel zu Bürgern zweiter Klasse gemacht werden?

Wir werden den Verfassungspatriotismus in Deutschland nicht verteidigen, wenn wir nicht klar und deutlich darüber sprechen: Die Dialektik der Singularität ist inzwischen der wichtigste Punkt, durch den nicht-ethnische Deutsche vom Deutschsein ausgeschlossen werden – das Haupthindernis in dem schwierigen Prozess, Deutschland vom Land der ethnischen Deutschen zum Land der Deutschen als Bürger zu machen. Form und Inhalt gehen hier Hand in Hand: Solange der Bundestag offiziell an der Meinung festhält, dass es antisemitisch sei, die Idee einer jüdischen Demokratie zu leugnen, scheint er der Idee eines »christlich-demokratischen« deutschen Staates gegenüber sehr offen, um nicht zu sagen: vielleicht sogar verpflichtet zu sein. Es sei denn, es würde sich in diesem Fall um einen doppelten Standard handeln.

Wie die AfD über Holocaust, Jüdinnen und Juden und Israel spricht – und schweigt

Joseph Croitoru

Die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) wurde 2013 als rechtsliberale EU-skeptische Partei gegründet und verfehlte bei der Bundestagswahl mit 4,7 Prozent den Einzug in den Bundestag. 2014 konnte die Partei erste zweistellige Erfolge in einigen östlichen Bundesländern verbuchen, so auch 2015 in Westdeutschland, aber mit niedrigeren Ergebnissen. Parteigründer Bernd Lucke, Professor für Volkswirtschaft, und weitere Mitglieder der ersten Stunde traten 2015 aus der AfD aus, was zu einem ersten Rechtsruck führte.

2016 holte die AfD, vor allem durch antimuslimische Rhetorik und scharfe Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel, bei Landtagswahlen in weiteren Bundesländern im Osten mehr als 20 Prozent und erzielte im Westen ebenfalls schon zweistellige Ergebnisse. Mit 12,7 Prozent zog die AfD dann 2017 in den Bundestag ein. Nachdem jetzt auch Parteimitbegründerin Frauke Petry, Chemikerin aus Dresden, die AfD verließ, fand ein zweiter Rechtsruck statt.

Bei den Landtagswahlen 2018/19 fuhr die Partei wieder zweistellige Ergebnisse in Westdeutschland ein und im östlichen Deutschland – in Sachsen – sogar 27,5 Prozent. 2019 begann der Verfassungsschutz, die AfD in einigen Bundesländern im Hinblick auf rechtsextreme Tendenzen zu beobachten. Auch deshalb verzeichnete die Partei ab 2021 bei Wahlen im Osten wie im Westen meist nur Verluste – so auch bei der Bundestagswahl. Im Jahr 2022 wurde die gesamte AfD vom Verfassungsschutz als »rechtsextremer Verdachtsfall« eingestuft. Jetzt verließ eine dritte Führungsperson, Jörg Meuthen, Professor für Volkswirtschaft, die Partei wegen ihres weiteren Abdriftens nach rechts. 2022 schnitt die AfD bei Landtagswahlen in mehreren westlichen Bundesländern unterschiedlich ab. Während ihr in Schleswig-Holstein der Einzug in den Landtag nicht mehr gelang, konnte sie in Niedersachsen ihr Ergebnis im Vergleich zu 2017 um mehr als 70 Prozent verbessern – von 6,2 auf 11 Prozent.

Ihren Erfolgskurs setzte sie bei den nächsten Landtagswahlen vor allem im Osten Deutschlands fort. Während sie 2023 in Bayern und Hessen jeweils 14,6 und 18,4 Prozent holte, erreichte sie 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Rekorde (30,6, 32,8 und 29,2 Prozent). Ein präzedenzloses hohes Ergebnis erzielte sie bei der Bundestagswahl im Februar 2025, bei der sie mit 20,8 Prozent nach CDU/CSU zweitstärkste Kraft wurde.

Die AfD und die deutsche Geschichte

Der Umgang der AfD mit deutscher Geschichte baut auf dem der rechtsextremistischen Partei »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) auf. Sie war vor allem im rechten Spektrum in Ostdeutschland erfolgreich, bis sie dort von der AfD verdrängt wurde. Die NPD vertrat geschichtsrevisionistische Positionen. So etwa hieß es in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2013 zum schulischen Geschichtsunterricht: »Der Geschichtsunterricht darf nicht länger einem wissenschaftlich überholten Geschichtsbild und der Verstärkung historischer Schuldkomplexe dienen, sondern muss der Vermittlung eines objektiven und umfassenden Bildes der gesamten Geschichte unseres Volkes verpflichtet sein.«¹

In ihrem Wahlprogramm in Sachsen 2014 – dort war die NPD im Landtag seit 2004 vertreten – wurde sie noch deutlicher: »Die nationalsozialistische Vergangenheit wird in Deutschland in negativer Hinsicht mythisch überhöht. Dies zeigt auch ein Blick auf die Lehrpläne sächsischer Gymnasien, wo sich der Geschichtsunterricht [...] fast ausschließlich auf die Betrachtung des ›Dritten Reiches‹ verengt. Dieses Ungleichgewicht muss nach Auffassung der NPD überwunden werden [...]. Ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung wie die Vertreibung der Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen darf im Schulunterricht nicht mehr länger marginalisiert werden.«²

Bei der sächsischen Landtagswahl 2014 konkurrierte die AfD mit der NPD. Entsprechend schrieb sie in ihrem Wahlprogramm unter dem Punkt »Aufwertung und Umgewichtung des Geschichtsunterrichts«: »Schul- und insbesondere Geschichtsunterricht soll nicht nur ein vertieftes Verständnis für das his-

1 http://web.archive.org/web/20130529173447/https://npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_2013_wahlprogramm_netz.pdf, S. 61.

2 <https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/election-program-files/npd-wahlprogramm-sachsen2014.pdf>, S. 27.

torische Gewordensein der eigenen Nationalidentität, sondern auch ein positives Identitätsgefühl vermitteln. Wir wollen einen deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und die Befreiungskriege gesetzt wissen. Die Grundlagen unseres Staates wurden in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt.«³

Diesen geschichtspolitischen Kurs fuhr die AfD auch in den darauffolgenden Jahren. In ihrem Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt 2016 war zu lesen: »Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.«⁴

Bei der Bundestagswahl 2017 forderte sie: »Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.«

Vier Jahre später, bei der Bundestagswahl 2021, formulierte sie ihre Forderung etwas vager und nahm keinen direkten Bezug auf die NS-Zeit: »Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben.«⁵

Bei den vier Landtagswahlen in Westdeutschland im Jahr 2022 äußerte sich die AfD nur in ihren Wahlprogrammen für das Saarland, für Schleswig-Holstein und Niedersachsen explizit zum Thema deutsche Geschichte. Wie schon bei der Bundestagswahl im Jahr davor vermied die Partei nun konsequent jeden konkreten Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus. So hieß es in ihrem Programm zur Landtagswahl im Saarland im März 2022 unter dem Punkt »Für eine selbstbewusste ganzheitliche Erinnerungskultur«: »Mit aller Deutlichkeit wendet sich die AfD gegen die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Stattdessen fordern wir eine umfassend erweiterte Geschichtsbetrachtung über viele Jahrhunderte hinweg, die überkommene Denkweisen und frühes Unrecht benennt und zugleich positive Aspekte der eigenen National- bzw. Regionalgeschichte und -kultur identitätsstiftend umfasst.«⁶

3 <https://bit.ly/3JBS7j9>, S. 21.

4 http://ltw16.sachsen-anhalt-waehl.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf, Präambel, S. 1.

5 https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 160.

6 <https://afd.saarland/landtagswahlprogramm/>, Abschnitt 11.4., S. 59–60.

Im Saarland zog die AfD mit nur 5,7 Prozent in den Landtag ein. Beim Thema deutsche Geschichte hielt sie sich bei der nächsten Landtagswahl – in Schleswig-Holstein im Mai 2022 – auffallend zurück: »Traditionspflege, Erinnerungskultur, Geschichtsunterricht und -studien sollen die ganze Geschichte Deutschlands zeigen und sich nicht aus politischen Gründen auf Ausschnitte beschränken.«⁷

Nachdem ihr in Schleswig-Holstein der Einzug in den Landtag nicht gelungen war, änderte die AfD bei der darauffolgenden Landtagswahl – in Niedersachsen im Oktober 2022 – ihre geschichtspolitische Rhetorik dahingehend, dass sie die aus ihrer Sicht positiv besetzte deutsche Geschichte so gut wie ausschließlich im regionalen Kontext ansprach. Entsprechend hieß es im Abschnitt 13 »Kultur und Wissenschaft« unter dem Punkt »Kultur in Bräuchen und Denkmälern erhalten«: »Wir verstehen die deutsche Geschichte als Kontinuum. Diese Kontinuität können wir erleben und sehen im deutschen Brauchtum und in den architektonisch wertvollen Gebäuden und Denkmälern, beispielsweise den friesischen Bauern- und Fischerhäusern, den mittelalterlichen Burgen, den Fassaden der Gründerzeit oder in Bauten der Industriekultur.«⁸ Die Fokussierung auf das Regionale erfolgte zwar mit prononcierter »Heimat«-Rhetorik – »Heimatliteratur«, »Heimatmuseen«, »Heimattradition«⁹ –, der Ton war aber im Vergleich zu demjenigen im Bundeswahlprogramm von 2021 deutlich zurückhaltender: Dort wurden noch »Heimatgefühl« und »Heimatliebe« beschworen.¹⁰ Womöglich trug auch diese Zurückhaltung zum Wahlerfolg der AfD bei der Landtagswahl in Niedersachsen bei – sie konnte, wie bereits oben erwähnt, ihr Ergebnis um mehr als 70 Prozent verbessern.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass sich der Umgang der AfD mit deutscher Geschichte seit ihrer Gründung gewandelt hat. Von den geschichtsrevisionistischen Positionen der NPD, die die Partei in ihren Anfängen in einer etwas gemäßigeren Version übernommen hatte, distanzierte sie sich zunehmend. Als Konstante bleibt allerdings die Forderung, sich auf die als positiv

7 https://afd-sh.de/wp-content/uploads/2022/04/20210611_AfD_SH_Programm_2022_Aktuell.pdf, S. 134.

8 https://afd-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/08/AfD_Wahlprogramm_A4_NDS_2022-07-30.pdf, S. 61f.

9 Ebd., S. 61, 62.

10 https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 160, 152.

aufgefassten Epochen und Aspekte der deutschen Geschichte zu konzentrieren. Wurde in diesem Zusammenhang anfangs noch explizit eine Überbetonung der NS-Zeit beklagt, wird mittlerweile auf dieses Geschichtskapitel nur noch in verschlüsselter Form Bezug genommen – oder auch gar nicht, wie zuletzt in Niedersachsen 2022, wo deutsche Geschichte lediglich als »Kontinuum« verstanden wird.

Problematische und provokative Statements von AfD-Kadern

Als sich zwei führende Parteimitglieder 2017 und 2018 deutlich provokativer zu deutscher Geschichte äußerten, wurden sie auch innerhalb der Partei kritisiert und entschuldigten sich schließlich öffentlich. Björn Höcke, ehemaliger Lehrer, Chef der AfD in Thüringen und Vertreter des rechtsextremistischen »Flügels« der AfD, sagte am 17. Januar 2017, eine Woche vor dem internationalen Holocaust-Gedenktag: »Mit der Bombardierung Dresdens und der anderen deutschen Städte wollte man nichts anderes als uns unsere kollektive Identität rauben [...] mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Um-erziehung hat man das auch fast geschafft. Deutsche Opfer gab es nicht mehr, sondern es gab nur noch deutsche Täter. ... Wir Deutschen [...] sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat. [...] anstatt unsere Schüler [...] mit [den Geistesgrößen der deutschen, Anm. JC] Geschichte in Berührung zu bringen, wird die [...] deutsche Geschichte mies und lächerlich gemacht. [...]. Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch [...]. Wir brauchen so dringend wie niemals zuvor [eine] erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.«¹¹

Wegen der heftigen Kritik an seiner Rede ruderte Höcke schon am nächsten Tag zurück. Er äußerte sich auf der eigenen Facebook-Seite, wobei er eingangs den – falschen – Eindruck zu erwecken versuchte, den Holocaust in seiner Rede erwähnt zu haben: »[...] ich habe den Holocaust, also den von Deutschen verübten Völkermord an den Juden, als Schande für unser Volk bezeichnet. Und ich habe gesagt, dass wir Deutsche diesem auch heute noch unfassbaren Verbrechen, also dieser Schuld und der damit verbundenen Schande, mitten in Berlin ein Denkmal gesetzt haben. Was ist daran falsch? In meiner

11 <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eine-s-total-besiegten-volkes/19273518-all.html>.

Dresdner Rede ging es mir darum, zu hinterfragen, wie wir Deutschen auf unsere Geschichte zurückblicken und wie sie uns im 21. Jahrhundert identitätsstiftend sein kann. Zweifellos müssen wir uns in unserer Selbstvergewisserung der immensen Schuld bewusst sein. Sie ist ein Teil unserer Geschichte. Aber sie ist eben nur ein Teil unserer Geschichte.«¹²

Nach Höckes Dresdner Rede wurde erwogen, ihn aus der AfD auszuschließen. Auf den wachsenden Druck hin entschuldigte er sich einen Monat später öffentlich: »Ich habe ein großes, ein wichtiges Thema leider in einer Bierzeltrede vergeigt [...]. Das war ein Fehler. Dafür möchte ich mich hier entschuldigen.«¹³ Im Mai 2018 schließlich wurde entschieden, dass Höcke aus der Partei nicht ausgeschlossen wird.¹⁴

Nur einen Monat später provozierte der frühere Journalist Alexander Gauland, damals einer der zwei AfD-Chefs, mit diesem Statement: »[...] Wir haben eine ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre. [...] Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die 12 Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte. Und die großen Gestalten der Vergangenheit von Karl dem Großen über Karl V. bis zu Bismarck sind der Maßstab, an dem wir unser Handeln ausrichten müssen. [...] denken wir immer daran, dass ein deutscher Jude, Ernst Kantorowicz, den Ruhm des Stauferkaisers beschrieben hat. Nein, der Islam gehört nicht zu uns. Unsere Vorfahren haben ihn 1683 vor Wien besiegt. Aber das deutsche Judentum von Ballin und Bleichröder über Rathenau und Kantorowicz war Teil einer deutschen Heldengeschichte, die Hitler vernichten wollte.«¹⁵

Gaulands Ausführungen lösten einen Sturm der Empörung aus, auf den er schon eine Woche später reagierte. Auf dem AfD-Landesparteitag in Bayern entschuldigte er sich für die Äußerung mit den Worten: »Ich gebe zu, dass diese Formulierung – auch wenn im Gesamtzusammenhang der Rede klar war,

12 <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1823115994596345/>.

13 <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-entschuldigt-sich-fur-falsche-tonlage-bei-dresdner-rede-5491336.html>.

14 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/afd-thueringen-bjoern-hoecke-par-teiausschluss-ablehnung>.

15 Die umstrittene Passage aus der Rede Gaulands auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative am 2.6.2018 wurde von der AfD zeitnah ins Internet gestellt: <https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland>.

wie ich es gemeint habe – missdeutbar und damit politisch unklug war [...] mein Vogelschiss war schlimmer als ein Verbrechen, es war eine Dummheit.«¹⁶

Die AfD und der Holocaust

Weder Gauland noch Höcke machten von sich aus von dem Begriff Holocaust Gebrauch und folgten damit dem Kurs der Partei, die von Anfang an die Verwendung dieses oder eines synonymen Terminus konsequent vermied. Höcke wurde wegen seiner Dresdner Rede von der Gedenkstätte am Holocaust-Gedenktag im Landtag Thüringen ausgeschlossen. Auch wurde Höcke und Parteikollegen ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald von der Leitung der Gedenkstätte verwehrt. Einige ähnliche Fälle an anderen Orten blieben die Ausnahme. Die AfD hat gegen solche Ausschlüsse laut protestiert und vor allem am internationalen Holocaust-Gedenktag mit Statements und Handlungen zu demonstrieren versucht, am Konsens der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur beteiligt zu sein. Sie werde aber von »Linksextremisten« daran gehindert, behauptete die AfD immer wieder, so etwa, als in Sachsen-Anhalt im Januar 2020 ein Gedenkkranz der Partei beschädigt wurde.¹⁷ Die Kritik, ihr Gedenken sei nicht ehrlich gemeint, konterte die AfD-Führung am Holocaust-Gedenktag 2020 mit noch eindeutigeren Statements wie etwa »Wir gedenken der Menschen, die durch das NS-Regime ermordet wurden«.¹⁸ Gleichzeitig aber wies Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, die Kritik als politische Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens zurück.¹⁹

16 <https://afdbundestag.de/beginn-der-rede-auf-dem-landesparteitag-bayern-in-der-meistersingerhalle-nuernberg-am-09-juni-2018>; https://www.youtube.com/watch?v=BZGrkWu_sis.

17 <https://www.afdfraktion-lsa.de/gedenkkranz-der-afd-zum-holocaustgedenktag-geschaendet>.

18 <https://afdkompakt.de/2020/01/27/wir-gedenken-der-menschen-die-durch-das-ns-regime-ermordet-wurden>.

19 https://twitter.com/alice_weidel/status/1221767220059086848.

Das Verhältnis der AfD zu Jüdinnen und Juden und Antisemitismus

Seit 2013 wurden mehr als ein Dutzend Fälle von offen antisemitischen Äußerungen aus den Reihen der AfD bekannt. Alle dafür Verantwortlichen wurden aus der Partei ausgeschlossen oder haben sie auf Druck verlassen. Anscheinend nicht sanktioniert blieben Statements von AfD-Mitgliedern, in denen beispielsweise dem jüdischen Milliardär George Soros, ohne ihn ausdrücklich als Jude zu bezeichnen, unterstellt wurde, Teil der feindlichen weltumspannenden Verschwörung einer »Finanzelite« zu sein – Aussagen, die von Beobachtern als antisemitischer Code kritisiert wurden.²⁰ AfD-Politiker verwendeten zudem das alternative Codewort »Globalisten«, das schon die rechtsextreme NPD benutzt hatte.²¹

Jenseits solcher Äußerungen begann die AfD schon 2014 – vor allem die damals zum rechtsextremen Flügel der Partei gehörende »Patriotische Plattform« – vor Antisemitismus zu warnen. Allerdings ging es dabei um den angeblich zunehmenden Antisemitismus bei Muslimen,²² was ebenso wie pauschale Antisemitismus-Vorwürfe gegenüber Linksextremisten mit dem islam- und linkenfeindlichen Programm der Partei korrespondiert. Diese rechtspopulistische Agenda verfolgt auch die 2018 gegründete Gruppe »Juden in der AfD«, die beispielsweise am 27. Mai 2022 auf Facebook postete: »Muslime sind die größten Träger des Antisemitismus!«²³

Wegen solcher Behauptungen handelte sich die AfD die Kritik ein, den Antisemitismus-Vorwurf zu instrumentalisieren und den Antisemitismus bei Rechtsextremisten zu verharmlosen. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 nannte sie deshalb in diesem Zusammenhang – im Abschnitt »Islam« – neben Muslimen auch Rechts-, aber keine Linksextremisten: »Jüdisches Leben

-
- 20 Klaus Holz, Thomas Haury: Antisemitismus gegen Israel. Hamburg 2021, S. 339–341.
 21 »12 Thesen zum Globalismus«, NPD-Programm 2004, (http://web.archive.org/web/20040924104307/www.npd.de/npd_programme/12_thesen_zum_globalismus.html).
 22 Standpunkt der Patriotischen Plattform: Solidarität mit Israel – Solidarität mit Deutschland, vom 23.7.2014 (<https://web.archive.org/web/20170412205803/http://patriotische-plattform.de/blog/2014/07/23/standpunkt-der-patriotischen-plattform-solidaritaet-mit-israel-solidaritaet-mit-deutschland>).
 23 <https://www.facebook.com/JudeninderAfD/posts/nein-sawsan-der-antisemitismus-bedroht-nicht-die-muslime-sondern-muslime-sind-di/1266434910853737>.

wird in Deutschland nicht nur von Rechtsextremisten, sondern zunehmend auch von jüden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht.«²⁴

Die AfD, Israel und BDS

Eine ähnliche Selbstprofilierung betreibt die AfD auch in Bezug auf Israel. Allerdings gab es in der Partei noch bis 2018 trotz aller zur Schau gestellten Judenfreundlichkeit durchaus Stimmen, die – wie früher bei der rechtsextremen NPD – Israels Menschenrechtspolitik aufs Schärfste kritisierten. Sie forderten sogar, dass sich Deutschland Boykott und Sanktionen nach dem Muster der BDS-Bewegung vorbehalten müsse.²⁵ Wortführer war hier das immer wieder offen antisemitisch agierende AfD-Mitglied Wolfgang Gedeon, das nach langen Protesten im März 2020 von der Partei ausgeschlossen wurde.²⁶

Außer als projüdische Partei sieht sich die AfD schon länger auch als die »Partei der Freunde Israels«. Um das zu beweisen, schloss sie sich der schon seit 2018 geäußerten scharfen Kritik von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an der BDS-Bewegung an, um sie dann anschließend noch schärfer zu formulieren. Ausschlaggebend war wohl ein Treffen des früheren TV-Journalisten und damaligen Geschäftsführers der AfD-Fraktion im Bundestag Jürgen Braun mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein am 12. Oktober 2018. In der Pressemitteilung, die Jürgen Braun danach veröffentlichte – mit einem Foto, das die beiden beim Handschlag zeigt – hieß es: »Klein schlug der AfD-Fraktion vor, die gegen Israel gerichtete, verdeckt antisemitische Kampagne ›Boycott, Divestment and Sanctions‹ (BDS) öffentlich anzuprangern. Braun dazu: ›Eine schärfere Verurteilung von BDS greifen wir als Thema gerne auf. Es wird sich wieder einmal herausstellen, dass die AfD die einzige Partei im Bundestag ist, die den Staat Israel tatsächlich unterstützt.«²⁷

24 https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 84.

25 Antrag Nr. SO-23 zum AfD-Bundesparteitag 2017, eingereicht durch Dr. Wolfgang Gedeon, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/12/Vorl%C3%A4ufiges_Antrag_sbuch_01122017_v1.pdf, S. 135.

26 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-03/afd-antisemitismus-wolfgang-gedeon-austritt>.

27 <https://afdbundestag.de/juergen-braun-nach-treffen-mit-felix-klein-afd-fraktion-setzt-sich-fuer-sicherheit-und-normalitaet-juedischen-lebens-in-deutschland-ein>; s.

Im Bundestag schien man zu wissen, dass die AfD hier etwas vorhat. Anscheinend in Zusammenarbeit mit proisraelischen Vereinen²⁸ beschloss die FDP-Fraktion im Bundestag am 9. April 2019 den Antragsentwurf »Kein Platz für Antisemitismus – der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten«²⁹ und machte dann publik, ihn zusammen mit anderen Parteien im Bundestag einreichen zu wollen.³⁰ Die AfD kam ihr aber zuvor. Schon am 29. April reichte sie ihren eigenen Antrag ein, in dem sie forderte, BDS-nahe Personen oder Veranstaltungen nicht mehr staatlich zu finanzieren, sondern die Organisation in Deutschland ganz zu verbieten.³¹ Nachdem zwei Wochen lang nichts geschehen war, kündigte Jürgen Braun am 15. Mai an, dass der AfD-Antrag »noch in dieser Woche« im Plenum des Bundestags beraten würde.³² Noch am gleichen Tag reichte nicht nur die Linke³³, sondern auch die FDP gemeinsam mit CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen³⁴ einen eigenen Antrag ein. Schon zwei Tage später, am 17. Mai 2019, wurden alle drei Anträge beraten und der Antrag »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen« von FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen schließlich angenommen.³⁵ Dieser Anti-BDS-Beschluss des Bundestags beinhaltet zwar nicht ein Verbot von BDS, wie es die AfD gefordert hatte. Aber die BDS-Bewegung wird darin pauschal als antisemitisch verurteilt und der deutsche Staat aufgerufen, sie praktisch zu boykottieren – ein bis heute umstrittener und folgenreicher Beschluss.

auch Jürgen Braun Facebook-Seite dazu <https://bit.ly/3x6YnpO>. Soweit ersichtlich, hatte als einzige die »Jüdische Allgemeine« über das Treffen berichtet. In der kleinen Meldung vom 18.10.2018, in der über Felix Kleins wie Jürgen Brauns großer Sorge vor dem »wachsenden Antisemitismus von muslimischer Seite« informiert wurde, hieß es zum Schluss: »Klein schlug der Fraktion vor, die BDS-Kampagne anzuprangern, was Braun begrüßte: »Eine schärfere Verurteilung von BDS greifen wir als Thema gerne auf.«

28 <https://www.spiegel.de/politik/lobbyismus-im-bundestag-wie-zwei-vereine-die-deutsche-nahostpolitik-beeinflussen-wollen-a-00000000-0002-0001-0000-000164871539>.

29 <https://bit.ly/3Fn21AS>.

30 <https://www.tagesspiegel.de/politik/grossteils-klar-antisemitisch-4057897.html>.

31 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/097/1909757.pdf>.

32 <https://afdbundestag.de/braun-bds-bewegung-verbieten-fuer-israel-handeln>.

33 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/102/1910261.pdf>.

34 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>.

35 <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19102.pdf>.

Fazit

AfD-Politiker würden sich vermutlich über den Holocaust ausschweigen, wenn sie – um nicht in den Verdacht zu kommen, rechtsextremistisch zu sein – nicht darüber reden müssten. Den geschichtsrevisionistischen unter ihren Wählern haben sie aber schon längst durch ihre ambivalenten Statements signalisiert, wie sie wirklich über den Holocaust denken. Gleichzeitig stilisiert sich die AfD als judenfreundlich. Das scheint aber nur für Juden zu gelten, die in ihr antiislamisches und antilinkes Programm passen. Unter deutschen Juden, wie sie Alexander Gauland 2018 in seiner erwähnten umstrittenen Rede für ihren Beitrag zur »Heldengeschichte« Deutschlands rühmte,³⁶ wird man wohl kaum Linke und Nichtzionisten finden. Die AfD redet zwar gerne in alarmistischen Tönen über Antisemitismus, schweigt aber, wenn es um Antisemitismus in den eigenen Reihen geht. Allerdings werden offene Antisemiten, so zeigt die bisherige Erfahrung, in der Partei nicht geduldet. Entsprechend präsentiert sich die AfD auch als äußerst israelfreundlich, aber nur solange es um Israel als jüdisch-ethnozentrischen Staat geht. Ihn sieht die AfD als Verbündeten im Kampf gegen die angeblichen globalen Herrschaftsansprüche des Islam. Wenn AfD-Politiker überhaupt von Palästinensern sprechen, dann nur negativ.³⁷ Mit ihrem instrumentellen Israel-Patriotismus, ihrem Philosemitismus und Anti-Antisemitismus setzt die AfD zudem andere deutsche Parteien unter Druck, sich hier noch engagierter zu zeigen, wie folgendes Beispiel illustriert: Beatrix von Storch kritisierte am 30. März 2022 um ca. 14:45 Uhr eine Äußerung des Sprechers der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock zu Terroranschlägen in Israel mit folgenden Worten: »Baerbock muss islamistischen Terror gegen Israel auch klar als solchen bezeichnen.«³⁸ Schon eine Stunde später meldete sich Baerbock selbst auf Twitter und sprach explizit von »islamistischen Terroristen« – und betonte: »unsere Freundschaft ist unverbrüchlich – unsere volle Solidarität gilt Israel.«³⁹

36 <https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland>.

37 Dies verdeutlicht die Suche nach Begriffen wie »Palästinenser«, »Palästina« oder »palästinensische« auf der Website der AfD (<https://www.afd.de>).

38 <https://www.afd.de/beatrix-von-storch-baerbock-muss-islamistischen-terror-gegen-israel-auch-klar-als-solchen-bezeichnen/>; Die Uhrzeit ca. 14:45 ist hier belegt (<https://www.presseportal.de/pm/110332/5184703>) wie auch in einigen Posts auf Twitter.

39 <https://twitter.com/ABaerbock/status/1509183953168703493>.

Trittbrettfahrer der Geschichte?

Komplexe Gemengelagen rund um den Holocaust in Frankreich und Italien

Diana Pinto

Das Thema der Tagung dürfte bei den meisten von uns unwillkürlich eine Reihe von starken Gefühlen auslösen. Denn es geht um die Neue Rechte, die in von Amerika bis Polen, aber auch in Israel, die Erinnerung an den Holocaust für ihre eigenen üblen Ziele missbraucht und sich dabei ausgerechnet auf die Opfer des Holocaust beruft, um so den heutigen Verdammten dieser Erde noch mehr Leid zuzufügen: den Flüchtlingen und Migrant*innen, die im Mittelmeer, in den Wüsten von Arizona, im Nahen Osten und in Nordafrika sterben, und nicht zu vergessen den Palästinensern. (Die Schrecken in Asien haben keine Verbindung zum Holocaustgedenken.) – Die Neue Rechte kippt eine große Portion an Krokodilstränen darüber und serviert das Ganze auf einem »Nie wieder«-Tablett. Dazu kommt der fehlende Respekt vor den Grundprinzipien der Demokratie, also vor Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Minderheitenschutz. Mit anderen Worten: ein Kapern der Holocausterinnerung mit der Absicht, dem Geist der Erinnerung zu entkommen. Wer könnte von solch einer perfiden Vereinnahmung unberührt bleiben?

Aber ganz so klar ist die Sache dann doch nicht. Ist es denn nicht eher so, dass sich die Neue Rechte, in Europa vor allem in Ungarn unter Orbán oder in Polen unter der PIS-Partei »*Recht und Gerechtigkeit*«, aber auch im Trumpistischen Amerika, gerade deshalb als besten Freund Israels bezeichnet, weil sie glaubt, dass sie sich dann nicht mit der eigenen nationalen Geschichte im Hinblick auf den Holocaust und auf den Antisemitismus auseinandersetzen muss? Deswegen stellt sich die unbequeme Frage: Passt die Metapher des Kaperns in diesem Zusammenhang überhaupt? Denn wer kapert hier wen? Und wie funktioniert das eigentlich, wie »kapert« man historische Erinnerung? Indem man die Geschichte leugnet, relativiert, missbraucht und vergisst?

Zunächst ein paar Definitionen. Kapern bedeutet die Übernahme eines Transportmittels bei Androhung oder Anwendung von Gewalt: Ein rechtmäßiger Fahrer wird dazu gezwungen, sein Fahrzeug entweder aufzugeben oder neuen Anweisungen zu folgen und woanders hinzufahren. Mit dem »Kapern der Holocausterinnerung« begeht die Neue Rechte in Amerika und Europa in diesem Sinne einen Akt des Geschichtsbanditentums.

Ich finde nicht, dass dieser Vergleich passt. Der Holocaust war ein großes historisches Ereignis mit verschiedensten Gräueltaten und unermesslich vielen Opfern unter Juden (und anderen Minderheiten). Die von diesem Strudel fortgerissenen Menschen stammten aus allen Gesellschaftsschichten, der Universitätsprofessor an der Sorbonne war genauso darunter wie der einfache Schuster aus dem Shtetl. Es spielte keine Rolle, ob sie konservative nationalistische Patrioten, progressive Liberale oder Kommunisten waren, Mitglieder des *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes*, Ultraorthodoxe, die alles ablehnten, was modern war, oder Zionisten egal welcher Ausrichtung; auch Mussolini-Bewunderer waren unter ihnen (erinnert sei an Jabotinsky in Palästina). Ermordet wurden sie alle im Namen einer Rassenideologie, der es nicht auf die verschiedenen politischen und kulturellen Einstellungen ankam, sondern nur darauf, dass man keine jüdischen »Anderen« in seiner Mitte dulden wollte. Deswegen gehört der Holocaust niemandem. Keine Gruppe ist dazu legitimiert, die Erinnerung an ihn vorzugeben: nicht die europäischen Linken, nicht Israel, nicht die Vereinigten Staaten und auch keine jüdische Organisation – es gibt keine Gruppe oder politische Partei, die den Holocaust für sich als ein exklusives Ereignis beanspruchen kann.

Die Erinnerung an den Holocaust folgt keinem festgelegten Weg und hat keine vorherbestimmte Richtung, die über das strapazierte und unspezifische »Nie wieder« hinausweist. Ich bevorzuge das Bild, dass Linke wie Rechte von der Nachkriegszeit bis heute beide Trittbrettfahrer der Holocausterinnerung sind. So versuchen sie, ihre jeweiligen Ziele zu erreichen, sind aber auch dazu bereit, jederzeit wieder von der Erinnerung abzuspringen, wenn das Holocaustgedenken ihren politischen Prioritäten nicht mehr dienlich ist.

Entsprechend kann niemand (auch keine Gruppierung der extremen Rechten oder Linken) daran gehindert werden, die Erinnerung an den Holocaust in die eigene Weltsicht oder in das eigene politische Programm aufzunehmen – vorausgesetzt, dass angemessen an den Holocaust erinnert wird, sowohl in seiner überwältigenden jüdischen Spezifität als auch als Verbrechen gegen universelle menschliche Werte. Weder darf der Holocaust als abstrakter Verweis auf menschliches Leiden trivialisiert noch als Totschlagargument für oder

gegen eine bestimmte Ideologie benutzt werden. Das achtsame und umfassende Holocaustgedenken bildet eine große Aufgabe, die auch bedeutet anzuerkennen, dass es nicht automatisch und reflexartig Antworten auf unsere zeitgenössischen Probleme liefert, ob es nun um Einwanderung, nationalen Zusammenhalt oder den pluralistischen Respekt vor dem »Anderen« geht. Diese Themen müssen jeweils eigens angegangen werden. Dafür bietet der Holocaust keinen Kompass.

Schließlich gilt es noch zwei weitere Punkte zu berücksichtigen. Zum einen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, dass historische Reue und nationale Versöhnung sogar mit und innerhalb der extremen Rechten erreicht werden können. Zum anderen stellt sich neuerdings die wichtigere Frage, inwiefern seit dem Beginn von Russlands Invasion der Ukraine im Jahr 2022 nicht neue Trennlinien und Bezugnahmen (auf nationale Souveränität und Krieg) ins Blickfeld rücken, was rechtsextreme Parteien aus ihrer Verpflichtung entlässt, sich mit dem Holocaustgedenken auseinanderzusetzen, da sie nun erstmal ihre oftmals »kumpelhaften« Beziehungen zu Putins Russland klären müssen. In diesem Sinne könnte es sein, dass wir mit dem Holocaustgedenken ein Thema diskutieren, das nicht mehr ganz so aktuell ist.

Frankreich, Italien, der Holocaust und die Holocausterinnerung

Welche Relevanz haben Frankreich und Italien für die Diskussion über das Holocaustgedenken? Meiner Meinung nach liegt sie einerseits in der zwielichtigen Rolle, die beide Länder mit ihren faschistischen und rechtsextremen Regierungen während des Zweiten Weltkrieges in Bezug zum Holocaust gespielt haben, und andererseits – nach dem Krieg – in der Verklärung ihrer Vergangenheit durch die Glorifizierung des Widerstands sowie einer daraus resultierenden unklaren Haltung zur Holocausterinnerung. Als in den 1980er und 1990er Jahren der Holocaust in seinem gesamten Ausmaß als spezifisch jüdisches Kapitel des Kriegs anerkannt wurde, veränderten die Erinnerungsdebatten auch in Frankreich und Italien die Politik und Kultur beider Länder, was für die rechtsextremen Parteien neue Räume schuf.

Zahlen sind wichtig. Mehr als 75 Prozent der Juden Frankreichs und mehr als 85 Prozent der Juden Italiens überlebten den Holocaust dank verschiedener sozialer Akteure (einzelne Personen, Kirchen und Zivilgesellschaft). Dies mit den 90 Prozent der während des Holocaust in Polen ermordeten Juden zu vergleichen, ist wegen der grundlegend anderen historischen Umstände in

Osteuropa wenig aussagekräftig. Angemessen gewürdigt werden die hohen Überlebensraten in Frankreich und Italien aber, wenn man sie neben die 90 Prozent der niederländischen Juden stellt, die in den Niederlanden in dieser Schreckenszeit ermordet wurden.

Es ist wichtig, in Erinnerung zu rufen, dass Mussolinis Rassengesetze gegen die Juden im Jahre 1938 verkündet wurden, also 16 Jahre nach seinem Machtantritt, was bedeutet, dass mit Ausnahme der liberalen linkintellektuellen Elite die meisten italienischen Juden den Faschismus als solchen nicht aktiv bekämpften. Einige waren sogar selbst überzeugte Faschisten. Außerdem vergab, so überraschend es auch klingen mag, Mussolini selbst zwischen 1934 und 1938 Universitätsstipendien an deutsche Juden, die von den Nationalsozialisten von ihren Hochschulen vertrieben worden waren.

Italiens unübersichtliche Situation während des Krieges wurde im Jahr 1943 noch komplexer. Technisch gesehen begann die Deportation der Juden Italiens (und derjenigen aus der Gegend um Nizza, die durch Mussolinis Truppen geschützt gewesen waren) erst, als nach dem Sturz Mussolinis das nationalsozialistische Deutschland die Côte d'Azur und den Norden Italiens bis Rom besetzte (Süditalien wurde im gleichen Jahr befreit, bevor die Juden in dieser Region überhaupt wussten, dass sie in Gefahr sein könnten). Im September 1943 wurde die *Republik von Salò* gegründet; in diesem Rumpfstaat versammelten sich die alten italienischen Faschisten rund um den geschwächten und jetzt von den Deutschen kontrollierten Mussolini, den sie als ihre Marionette an die Spitze setzten. Der alte faschistische Staat existierte nicht mehr. Das befreite (Süditalien stand nach 1943 unter der neuen Alliierten-freundlichen Regierung von General Badoglio. Aus diesem Grunde war es für Italiener möglich zu behaupten, dass nicht der italienische Faschismus, sondern das nationalsozialistische Deutschland direkt für die jüdischen Deportationen verantwortlich war.

In Frankreich vertrauten nach der Kapitulation 1940 viele Juden wie auch ihre Mitbürger auf Maréchal Pétain und das Vichy-Regime, das im unbesetzten Teil des Landes geschaffen wurde. Es wurde sogar kolportiert, dass Pétain Hand in Hand mit de Gaulles Freiem Frankreich in London arbeitete – und damit mit der Gaullistischen Résistance, die sich fast unmittelbar nach der Niederlage Frankreichs gebildet hatte. Das ist bekanntlich falsch, hatte doch im Jahr 1940 eine breite Mehrheit der Abgeordneten der französischen Nationalversammlung der Dritten Republik dafür gestimmt, Pétain weitreichende Machtbefugnisse zu erteilen. Vichy-Frankreich wurde also nicht als das rechts-extreme Regime geboren, zu dem es sehr bald wurde. Das heikle Thema der

Deportationen der Juden im besetzten Frankreich in der Zeit von Vichy explodierte als politische und historische Bombe erst in den 1980er und 1990er Jahren, als die Frage in den Mittelpunkt rückte, was die Vichy-Beamten wirklich gewusst, wie sehr sie die Deportationen antizipiert und wieviel sie dem nationalsozialistischen Deutschland dabei geholfen hatten, seine Deportationsziele zu erfüllen. Alle Nachkriegsregierungen, die konservativen in der Tradition von de Gaulle, aber auch sozialistische Regierungen wie etwa jene von François Mitterrand, die die Kommunisten mit an die Macht brachten, vertraten bis dahin die gleiche politische Haltung zum Thema: Vichy-Frankreich war nicht *La France*, sondern lediglich eine Episode, die sich aus der nationalen Geschichte »ausklammern« ließ und deren illegales Regierungshandeln, insbesondere die Deportation der Juden, keine dunklen Flecken auf dem Geschichtsbild des Landes hinterließ.

Erst im Jahr 1995 erkannte Präsident Jacques Chirac im Hinblick auf die Ereignisse von *Vel d'Hiv* offiziell an, dass die Deportationen von Juden durch den französischen Staat durchgeführt worden waren: In Paris waren die Juden, die meisten von ihnen Flüchtlinge, zusammengetrieben und anschließend nach Auschwitz deportiert worden – eigenständig von der örtlichen Verwaltung geplant und von Frankreichs leitenden Staatsbeamten sowie von *gendarmes* und Polizisten ausgeführt. Außerdem hatten historische Forschungen in den 1980er Jahren enthüllt, dass Pétains rechtsextreme Regierung bereits direkt im Jahr 1940 die ersten antisemitischen Gesetze erlassen hatte und damit entsprechenden Forderungen des nationalsozialistischen Deutschlands zugekommen war. Was das Schicksal von Vichys Staatsbeamten nach dem Krieg anbelangt, führte die Mehrheit, unabhängig von ihrer vormaligen Stellung und Verantwortlichkeit, ihre Karrieren im öffentlichen Leben oder im privaten Sektor ohne die kleinste Störung fort, wobei sie sehr oft mit offenen Armen im »gaullistischen Haus« willkommen geheißen wurden – und zwar im Namen eines weiteren historischen Trittbrettfahrens: der Vorstellung, dass die Mehrheit der Franzosen in der Résistance gewesen sei.

Die Nachkriegsordnung in beiden Ländern wurde auf dem Glaubenssatz begründet, der Widerstand habe den »wahren« Geist ihrer Nationen verkörpert. Die Geschichtsklitterung, die hier in die Holocausterinnerung eingeschrieben ist, entfernt sich in ihrer Verdrehung weit von einem klaren und angemessenen historischen Gedenken. Für die französischen Nachkriegsregierungen war es unheimlich praktisch, die Vichy-Jahre aus der Geschichte des Landes auszuklammern. In Italien wiederum verständigten sich in der Nachkriegszeit die Christdemokraten (die behaupteten, während des Faschis-

mus in der Opposition gewesen zu sein), aber auch die sozialistischen und kommunistischen Linken darauf, dass eine völlig neue politische Ordnung aufgebaut werde und der Faschismus im Abfalleimer der Geschichte gelandet sei. Doch im Unterschied zu Frankreich konnte Italien den Faschismus nicht einfach als kurze Kriegsepisode »ausklammern«. Dafür gab es jüngst in Italien eine eingehende Auseinandersetzung mit seiner Geschichte (wenn auch nicht ganz so tief wie in Deutschland), aber intensiver als in Frankreich, wo Vichy weiterhin die politischen Debatten heimsucht.

Ob im Namen des nationalen Wiederaufbaus oder der kommunistischen Internationale – die Parteien, die aus dem Widerstand hervorgingen, verbindet, dass sie auf ähnliche Weise für die besondere Betroffenheit der Juden durch den Holocaust blind waren. Zwar gab es ein paar jüdische Gaullisten, jedoch keine jüdischen Christdemokraten. Die Mehrheit der Juden, die den Holocaust und die Jahre der Unterdrückung überlebt hatten, tendierten zur politischen Linken, waren Kommunisten oder Mitglieder ihrer Schwesterparteien. In der Nachkriegszeit waren daher vor allen Linke Trittbrettfahrer des Holocaust, insbesondere Kommunisten (im Einklang mit der sowjetischen Linie). Jegliche Bezüge auf eine jüdische Spezifität des Leidens wurden daraus entfernt, was als ein Kampf für universelle antifaschistische Werte dargestellt wurde. Der Holocaust wurde als ein Nebenaspekt dem Widerstandsnarrativ subsumiert – wobei die meisten Juden überhaupt froh waren, in ihre französischen und italienischen nationalen Kontexte vollständig wiederaufgenommen worden zu sein.

Doch die Integration in den Widerstand hatte ihren Preis. Der Widerstand betrachtete seine Mitglieder (viele von ihnen übrigens jüdischer Herkunft) als Helden, wohingegen die jüdischen Opfer nur das eine waren: einfache »Opfer«. In den Augen des Widerstands hatten sie nichts Heroisches geleistet und verdienten keine nationalen Ehrungen. Es lag an der Großzügigkeit der Nachkriegsregierungen, dass sie hinsichtlich Rentenzahlungen und Gesundheitsleistungen den Widerstandskämpfern gleichgestellt wurden. Das beste Beispiel für diese Unterscheidung findet sich innerhalb einer Familie, zwischen Simone Veil und ihrer Schwester Denise. Die Auschwitzüberlebende Simone kehrte in völliger Anonymität ins Nachkriegsfrankreich zurück, wohingegen Denise, die das Lager Ravensbrück als Mitglied der Résistance überlebt hatte, bei ihrer Rückkehr nationale Ehrungen erhielt und bis an ihr Lebensende darauf bestand, dass für ihr eigenes Selbstverständnis mehr zählte, in der Résistance gewesen zu sein als den Holocaust überlebt zu haben. Freilich entwickelte Simone Veil sich später zur nationalen Ikone, die in das Panthéon auf-

genommen und so unsterblich werden sollte. Wie sich die Perspektiven doch ändern.

In diesem Sinne galten also die Opfer der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager – des *univers concentrationnaire*, wie die Franzosen es nennen – als Widerstandskämpfer ohne ethnische oder religiöse Identität. Der Widerstand schaffte es, ein Verbrechen gegen ein ganzes Volk für sich zu vereinnahmen. Ein überaus sprechender Beweis für dieses universalistische Trittbrettfahren auf dem Holocaust war bis 1991 in der Gedenkstätte Auschwitz zu sehen. Jedes von den Nationalsozialisten besetzte Land besaß seinen eigenen Pavillon zur Ehrung des Widerstands, ohne auch nur im Ansatz zu erwähnen, dass die meisten, die in Auschwitz-Birkenau endeten, Juden waren. Auf der alphabetischen Liste der Nationalitäten stehen die Juden (*żydzi* im Polnischen) an letzter Stelle; und das, obwohl sie die am schlimmsten verfolgte Bevölkerungsgruppe waren – auf sie war die nationalsozialistische Tötungsmaschinerie primär ausgerichtet.

Dieser zwielichtige historische Hintergrund ist absolut zentral, wenn man das heutige Verhältnis der französischen und italienischen Neuen Rechten zur Holocausterinnerung verstehen will. Zunächst ein paar Vorbemerkungen: Weder in Frankreich noch in Italien hat es jemals solch eine Art von »erzwungenem« Gedenken an den Holocaust gegeben, wie es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs den neu befreiten, aber störrischen osteuropäischen Ländern durch die amerikanischen und internationalen jüdischen Organisationen auferlegt wurde. Sich selbst überlassen hätten sich diese Länder ansonsten wohl ausschließlich auf ihre eigene Kriegswunden sowie vor allem auf ihre Gefangenschaft in der sowjetischen Sphäre konzentriert. Dem zu gedenken, was den Juden in ihrem Land zugestoßen war, hatte für sie keine Priorität. Der Holocaust, der so lange hinter der antifaschistischen kommunistischen Ideologie dieser Regime zurückgeblieben war, sollte nicht zu ihrer erneuerten nationalistischen Rhetorik passen. Ich würde sagen, die Staaten erkannten die Notwendigkeit zu Lippenbekenntnissen zum Holocaustgedenken, um die Billigung des Westens zu gewinnen. Als dann der Zugang zu NATO und EU gesichert war, bewiesen die Regime die Absenz von Antisemitismus in ihren Ländern und ihre Offenheit gegenüber Juden nicht etwa dadurch, die eigene Geschichte gründlich zu untersuchen (dies geschah nur langsam durch die Arbeit einiger weniger mutiger Intellektueller), sondern dadurch, Nähe zu Israel zu demonstrieren. Und zu einem ganz besonderen Israel noch dazu: zu Netanjahus populistischem und zunehmend illiberalem Regime.

Solche indirekten Dynamiken lassen sich für Italien und Frankreich nicht beobachten. Vielmehr waren die rechtsextremen Parteien dort gezwungen, sich direkt mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, um so dem vorherrschenden Zeitgeist zu entsprechen, der seit den 1990er Jahren das Holocaustgedenken in den Mittelpunkt des politischen Diskurses stellte. Erst auf dieser Grundlance gelang ihnen eine politische Normalisierung und sie wandelten sich zu konservativ-populistischen Parteien mit einem starken programmatischen Fokus auf unkontrollierter Einwanderung sowie, seit Kurzem, zunehmend auch auf der wachsenden sozialen Ungleichheit.

In dieser Hinsicht war Italiens extreme Rechte bis heute erfolgreicher als ihr französisches Pendant. Denn es gelang ihr, die antisemitische Vergangenheit ihrer Vorgänger zu kritisieren und zugleich den Holocaust und sein Gedenken zu thematisieren. Frankreichs extreme Rechte hingegen lässt sich damit nach wie vor Zeit (um es freundlich zu formulieren): Statt sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, setzt sie immer noch auf Provokation.

Italiens Neue Rechte und der Holocaust

Giorgia Melonis neue Partei *Fratelli d'Italia* kam im Herbst 2022 in augenscheinlich postfaschistischer Gestalt an die Macht. In Bezug auf den russischer Angriffskrieg auf Ukraine positioniert sich Meloni klar gegen Russland, für die NATO und jetzt sogar pro-europäisch (etwas anderes ist angesichts der Abhängigkeit Italiens von den Geldern aus Brüssel schwer vorstellbar). Ihre Partei hat den großen Vorteil, dass ihr Vorgänger Gianfranco Fini die Holocaust-»Erinnerungsarbeit« bereits erledigte. Seine im Jahre 1994 gegründete Partei *Alleanza Nazionale* (AN) hatte den alten Movimento Sociale Italiano (MSI) abgelöst, der unmittelbar nach dem Krieg als rechtsextreme Partei entstanden und von faschistischer Nostalgie durchdrungen war – in ihm hatten sich viele Ex-Faschisten versammelt (darunter sogar einige Politiker der *Republik von Salò*). Gianfranco Finis Wunsch war es, die Partei von den neofaschistischen Traditionen seiner eigenen Jugend loszulösen. Dies gelang ihm auf eloquente Weise, als er in seiner Funktion als Vizepremierminister Italiens bei einem Besuch in Yad Vashem im Jahr 2003 offiziell die faschistischen Rassengesetze von 1938 verurteilte, die Italiens Juden mit einem Schlag aus dem öffentlichen Leben ihres Landes ausschlossen. Und er ging noch einen Schritt weiter, indem er die Existenz der *Republik von Salò* und das ganze faschistische Experiment seit 1922 als ein Kapitel der nationalen

Schande bezeichnete. Fini wandte sich in seiner Rede an die gesamte jüdische Welt. Vor allem aber wiederholte er in ihr Aussagen, die er zuvor in diesen oder ähnlichen Formulierungen an seine Anhänger zu Hause und in erster Linie an Italiens Juden gerichtet hatte. Diese dreifache Verurteilung war unmissverständlich und wurde vollständig in das politische Programm der AN aufgenommen. Sie ebnete den Weg für die weitere politische Normalisierung der extremen Rechten, noch bevor die *Fratelli d'Italia* entstand. Und ich sage »weitere«, weil zu diesem Zeitpunkt Abgeordnete des MSI die Republik Italien samt ihrer Verfassung bereits akzeptiert hatten.

Zwanzig Jahre später sollte Giorgia Meloni Finis Haltung zum Faschismus anpassen, indem sie ihre Partei in programmatischer Hinsicht nationalistischer und sozialer ausrichtete. Meloni präsentierte sich selbst als Frau aus dem Volk, im Gegensatz zu Finis technokratischem Auftreten. Von Finis Verurteilung der Rassengesetze wich sie allerdings nicht ab, vielmehr bezeichnete sie diese sogar als »kriminell«, weil die Gesetze vollwertige Bürger aus dem nationalen Staatswesen ausgeschlossen hatten. Auch Finis Lesart der *Republik von Salò* schloss Meloni sich an, in Bezug auf die historischen Anfänge des Faschismus dagegen ließ sie einige lichte Stellen, etwa hinsichtlich des Umstands, dass der frühe Faschismus (angeblich lange, bevor er antisemitisch wurde) progressive Sozialprogramme verfolgt und Italien gar eine internationale Aura verliehen habe. Bis heute hat sich das, was ich als »gemäßigten rhetorischen Revisionismus« bezeichnen würde, nicht radikal zu einer anderen konkreten Politik gewandelt.

Bereits im Jahr 2003 kritisierten viele linke Intellektuelle und jüdische Stimmen die Normalisierung und bezweifelten, dass Finis Reue echt war. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass der damalige Präsident der jüdischen Gemeinden Italiens, der hoch angesehene linke Intellektuelle, Arzt und Talmudgelehrte Amos Luzzatto, Finis Abschwörung ernst nahm und sie als eine grundlegende Wende im italienischen politischen Leben bewertete. Finis Aussagen und auch Melonis derzeitige Äußerungen hätten demnach die Holocausterinnerung nicht »gekapert«, auch wäre es keine Trittbrettfahrerei. Melonis *Fratelli d'Italia* scheint sich erfolgreich zu einer populistischen Partei zu entwickeln, die die normativen Holocaustpositionen akzeptiert hat.

Es kann sein, dass die Parteien von Fini und Meloni die Holocausterinnerung nicht »gekapert« haben und vielleicht sogar nicht einmal als Trittbrettfahrer von ihr profitieren. Und doch sind sie auf den Zug der Erinnerung aufgesprungen, um durch die Nachahmung der Gedenkkultur ihre eigenen nationalistischen Gedenkveranstaltungen vorantreiben. Ein Jahr, nachdem Fini den

Faschismus wegen seiner abscheulichen antisemitischen Verbrechen, die zum Holocaust führten, verurteilt hatte, brachte er erfolgreich ein Gesetz ein, das eine seit Langem bestehende Forderung der extremen Rechten aufgriff: ein nationales Gedenken an die Massentötung von Italienern, die dazu gezwungen worden waren, ihre historische Heimat in Istrien und Dalmatien zu verlassen, nachdem diese beiden Gebiete an Titos kommunistisches Jugoslawien als Wiedergutmachung für die faschistische Besetzung abgetreten worden waren, zu etablieren. Zwischen 1943 und hatten Mitglieder von Titos Partisanentruppen rund 10 000 Italiener interniert und ermordet (zum Vergleich: 4 500 italienische Juden starben in den Konzentrationslagern). Sie hatten die Leichen (und manchmal die noch lebenden Opfer) in die sogenannten Foiben, tiefe natürliche Karsthöhlen, geworfen. Unter den Getöteten waren faschistische Funktionäre, aber auch viele Italiener, die einfach nur in dieser Gegend lebten. Einige von ihnen stammten von Familien ab, die hier schon seit den römischen Zeiten gesiedelt hatten. Die italienische Präsenz in dieser Gegend hatte sich im 16. Jahrhundert mit den venezianischen Eroberungen noch verstärkt. Dieses tragische Kapitel war im Kriegsnarrativ lange ausgespart worden, weil der italienische Widerstand unter starkem kommunistischem Einfluss stand. Die Opfer wurden pauschal als »Faschisten« angesehen. Und der Wiedereinbürgerung der Italiener aus Jugoslawien wurde sich sogar mit der Begründung widersetzt, dass sie Mussolinis Eroberungen beklatscht und die Italianisierung der slawischen Bevölkerung erzwungen hätten. Für die Kader des kommunistisch dominierten Widerstands kam es nicht infrage, Titos Partisanentruppen für ihre Gewalttaten zu verurteilen. Sie waren Waffenbrüder und vor allem ideologische Weggefährten.

Mit dem Entstehen der unabhängigen Staaten Slowenien und Kroatien nach 1991 (die ihre eigenen historischen Gründe hatten, sich gegen Titos Regime zu wenden) sowie mit dem Niedergang der ehemals so starken italienischen Kommunistischen Partei löste sich das Gedenken an die Foibe-Massaker aus dem Einflussbereich der Neofaschisten und erlangte eine neue, immer größere nationale historische Legitimität.

Im Ergebnis begeht Italien nun jährlich zwei große offizielle Gedenkzeremonien, bei denen jeweils staatliche Vertreter anwesend sind. Auch in Schulen stehen beide Gräueltaten auf dem Lehrplan: Am 27. Januar wird der *Internationale Tag des Gedenkens an den Holocaust* begangen, der in Italien *Giornata della Memoria* heißt, der »Tag des Gedenkens«. Kurz darauf, am 10. Februar, erinnert der italienische Staat an die Foibe-Massaker in einem *Giorno del Ricordo*, einem »Tag der Erinnerung«. 2023 wurde dieser Tag der Erinnerung zum ers-

ten Mal mit der Neuen Rechten an der Macht gefeiert. An der einzigen *foiba*, die sich heute auf italienischem Boden befindet, wurden Kränze niedergelegt und der Senatspräsident Ignazio La Russa, ehemaliges Mitglied der AN, jetzt Abgeordneter der *Fratelli d'Italia*, machte vor der Gedenktafel einen Kniefall à la Willy Brandt. Im Internet kursiert sogar die Idee, Stolpersteine vor den Häusern derjenigen Italiener zu verlegen, die aus den annektierten Gebieten fliehen mussten. Es ist unklar, ob solche Initiativen jemals umgesetzt werden, wenn man bedenkt, welche Protestwellen solch ein Vorschlag nach sich ziehen würde. Es ist nicht schwer, sich die Kritik vorzustellen: Eine Nachahmung der Feierlichkeit des Holocaustgedenkens mag noch akzeptiert werden, aber definitiv keine Fotokopie davon.

Es ist immer noch zu früh um einzuschätzen, ob das Gedenken an die Foibe-Massaker als eine wichtige Geste der Versöhnung zwischen dem linken und rechten Strang der Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert wirkmächtig wird. Oder ob eine solche Aussöhnung an diesem Punkt überhaupt von Bedeutung ist. Jedenfalls hat die Linke den Gedenktag akzeptiert und auch die regierende Rechte hat die Rahmung der Veranstaltung so verändert, indem nicht länger um den Einfluss Italiens auf diese Gebiete getrauert wird. Stattdessen wird lieber von Grenzgebieten der Zivilisation und kulturellem Erbe gesprochen, deren italienische Komponente im Kontext einer pluralistischen europäischen Perspektive respektiert werden sollte.

Meiner Einschätzung nach wird die Polemik um die Foibe-Massaker wohl mit der Zeit abnehmen. Sicher ist allerdings, dass jetzt, da Melonis Partei an der Macht ist, in der italienischen Gesellschaft eine erhöhte Wachsamkeit in Bezug auf die historische Erinnerungskultur vorherrscht. Im Jahr 2018 hatte die damals wesentlich kämpferischer auftretende Giorgia Meloni noch vorgeschlagen, den 25. April als Tag der Feierlichkeiten zur Befreiung Italiens von den Deutschen aufzugeben, weil das Datum zu sehr »spaltete«, und es mit dem 4. November zu ersetzen, dem Tag des siegreichen Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg. Italiens demokratische Parteien hatten gegen eine solche Änderung des Gedenkkalenders vehement protestiert. Doch als Premierministerin hat Meloni bereits bestätigt, dass sie an den ursprünglich geplanten Feierlichkeiten teilnehmen wird. Meloni ist Pragmatikerin und weiß, wann man sich zurückziehen muss. Es könnte auch sein, dass sie nicht einmal selbst wirklich an ihren eigenen Vorschlag geglaubt, sondern lediglich versucht hatte, nationalistische Forderungen zu stellen und sich so gegenüber neuen rechtsextremen Gruppierungen wie der CasaPound, die vor Gewalt nicht zurückschrecken und keine Scheu an den Tag legen, antisemitische Tropen zu verwenden, zu profi-

lieren. Bis auf Weiteres wird das Holocaustgedenken weiterhin über all diesen nationalen Debatten schweben, weil der moralische Schatten und die politische Bedeutung des Holocaust noch immer eine völlig andere Größenordnung hat.

Frankreichs Neue Rechte und der Holocaust

Im Herbst 2022 wurde Giorgia Meloni italienische Premierministerin. Im gleichen Jahr hatte Marine Le Pen erneut versucht, im Rennen gegen Emmanuel Macron Frankreichs Präsidentin zu werden, und scheiterte wie auch schon bei der Präsidentschaftswahl von 2017. Wie Melonis *Fratelli d'Italia* ist auch Le Pens *Rassemblement National* (RN) eine umbenannte Version einer älteren rechtsextremen Partei. Marine Le Pens Vater Jean-Marie hatte den *Front National* (FN) im Jahr 1972 aus einem Zusammenschluss von rechtsextremen Gruppierungen heraus gegründet; mit einem großen Unterschied zum italienischen MSI: Es gab keine nostalgischen Stimmen, die eine Rückkehr zum Vichy-Regime wünschten. Das größte Problem in der französischen Erinnerungspolitik waren der Algerienkrieg und die rechtsextremen Parteien, die auf de Gaulle wütend waren, weil er die *Algérie française* aufgegeben hatte. Dieses besondere nationale Trauma ist noch lange nicht verarbeitet und nährt direkt die anti-arabische, islamophobe sowie einwanderungsfeindliche Ideologie der extremen Rechten Frankreichs. Verglichen mit dem ungelösten Algerientrauma erscheinen die Foibe-Massaker nachgerade anekdotisch.

Die Bilanz der französischen Rechtsextremen bei der Judendeportationen unter Vichy und beim Holocaust ist ähnlich düster. Bis zur Aufarbeitung des Holocaust ab Mitte der 1980er Jahre bis in die 1990er Jahre hatte der FN vom offiziellen Schweigen, das aus der Ausklammerung Vichys aus der eigentlichen Geschichte Frankreichs resultierte, profitiert. Außerdem war Frankreich das Land, in dem ein Robert Faurisson in den späten 1970er Jahren seine Thesen zur Holocaustleugnung verbreitete (die Gasöfen hätten niemals Juden getötet, nur Läuse). Vor allem war Frankreich das Land, in dem führende Beamte des Vichy-Regimes wie beispielsweise der für die Deportationen von *Vel d'Hiv* verantwortliche Polizeichef René Bousquet weiterhin in Freiheit leben und sich ungestraft in hohen Wirtschaftskreisen bewegen konnten. Mitterrand brach als Präsidenten nicht einmal seine Kontakte zu Bousquet ab, den er als seinen Freund bezeichnete. Viele andere führten ebenfalls ihre Karrieren als leitende Beamte ohne Unterbrechung in der Nachkriegszeit weiter, wie etwa der in

der Region Bordeaux für die Deportationen verantwortliche Maurice Papon, der nach 1943 (als er nach Stalingrad gemerkt hatte, dass sich die Kriegslage änderte sowie der Widerstand der Bevölkerung gegen die Verlagerung von Arbeitskräften nach Deutschland wuchs) geschickt die Seiten wechselte, indem er sich als ein Kontaktmann der Résistance gerierte.

Da das Fahrwasser in dieser Zeit reichlich trüb war, konnte Jean-Marie Le Pen seinen FN recht frei navigieren, indem er – nachdem der Holocaust in den 1980er Jahren zu einem zentralen Thema geworden war – die Existenz des Holocaust nie völlig offen leugnete. Seine Spezialität waren provokative Sticheleien. Berüchtigt wurde etwa seine Aussage, in einem tausendseitigen Buch über den Zweiten Weltkrieg würde der Holocaust höchstens zwei Seiten einnehmen, weil er lediglich ein »Detail der Geschichte« gewesen sei. 2018 wurde Le Pen vom Höchsten Gericht für diese Leugnung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilt. Mit solchen Äußerungen, einschließlich einem Witz über die Öfen in den Krematorien – ausgehend vom Nachnamen »Durafour« (four ist das französische Wort für *Ofen*) sprach er vom »Durafour-Krematorium« –, konnte Le Pen sich sicher sein, in die Schlagzeilen zu kommen und größere Polemiken um seine Person und um die Positionen seiner Partei loszutreten, einschließlich einer nicht endenden Serie von Gerichtsprozessen – und so in einem Rampenlicht zu stehen, in dem er niemals gestanden hätte, wenn er gemäßigter aufgetreten wäre.

Marine Le Pen versuchte, sich von den Provokationen ihres Vaters über das »Detail der Geschichte« zu distanzieren, doch wollte ihr das niemals überzeugend gelingen; als ob eine solche Distanzierung letztlich doch nicht ihrer inneren Überzeugung entsprach. Im Jahr 2017, ganze 22 Jahre nach Jacques Chiracs wegweisender Rede, in der er Frankreichs Verantwortung für die Deportation der Juden anerkannt hatte, sprach Marine Le Pen zum ersten Mal öffentlich zum Thema und verkündete in offiziellen Pressekonferenzen, dass *La France* nicht dafür verantwortlich sei, was den Juden während des Zweiten Weltkrieges auf französischem Boden zugestoßen war – und wiederholte damit die alte links-gaullistische Position. Es war, als hätte sie bei dem Versuch, ihre Partei zu einer legitimen rechten Akteurin zu machen, eine alternative Wirklichkeit in Bezug auf die politische Epoche betreten. Erst im Jahr 2020 änderte sie ihre Position (und hatte dabei wahrscheinlich die Präsidentschaftswahl von 2022 im Kopf), als sie die *Razzia* des *Vel d'Hiv* vom Juli 1942 als schlimmstes Beispiel für »abstoßenden Antisemitismus« bezeichnete. Obwohl sie damit endlich eine Erklärung abgegeben hatte, verbargen sich in deren Syntax etliche intran-

sitive Verben, um so zu vermeiden, jene französischen Akteure zu benennen, die das Verbrechen begangen hatten.

Man könnte Marine Le Pen zumindest anrechnen, dass sie die Erinnerung an den Holocaust noch nie zur moralischen Aufwertung ihrer Partei benutzt hat – bis heute ist sie nicht nach Israel gereist. Dafür war sie 2012 aber Ehrengast des Wiener Korporations-Balls, des Balls der farbenträgenden Studentenverbindungen, auf dem europäische Rechtsextreme und auch Neonazis anwesend waren. Auf internationaler Ebene schweigt sie zwar seit Kurzem über ihre vormals engen Verbindungen zu Russland, spricht sich aber auch nicht für die Ukraine oder die NATO aus. Und obschon sie verstanden hat, dass der »Frexit« gerade kein Stimmenmagnet ist, heizt sie die antieuropäische Stimmung weiterhin an. Im Unterschied zu Meloni muss sie sich um keine »postfaschistische« Glaubwürdigkeit bemühen, weil der *Front National* im technischen Sinne sich nicht in die politische Tradition von Vichy gestellt hat: Ihr Vater hat sich niemals als Kind Vichy-Frankreichs gesehen, und auch sie hat sich nicht als Enkelin dieser Tradition verstanden. Marine hält sich lieber weiterhin bedeckt und konzentriert sich stattdessen, im Einklang mit populistischen Argumentationsmustern, verstärkt auf ökonomische Ungerechtigkeiten, ohne dabei ihr wichtigstes Thema zu vergessen: die Gefahren der Einwanderung. Gemessen an den Wahlergebnissen hat dies gut funktioniert. Ihre Partei ist in der neuen Legislaturperiode im Parlament stark vertreten und es könnte sie 2027 sogar in Richtung Präsidentschaft katapultieren.

(Zum Thema Einwanderung sei an dieser Stelle eine kurze Bemerkung eingeschoben: Auch Giorgia Meloni erklärte die Beendigung der illegalen Einwanderung zu einem ihrer wichtigsten politischen Regierungsziele, das sie durchzusetzen versuchte, indem sie den Flüchtlingsbooten verbot, in Italiens Häfen anzulegen. Als dem ersten von ihr abgewiesenen Boot ausnahmsweise das Anlegen in einem französischen Hafen erlaubt wurde, war ich überrascht, dass sogar linke politische Gegner Melonis, die in praktisch allen Punkten anderer Meinung als sie sind, ihre harsche Reaktion unterstützten, wonach Frankreich sich jetzt wegen wenigen hundert Geflüchteten auf ein reichlich hohes moralisches Ross schwingt, obwohl Italien bereits zehntausende Migranten aufgenommen hatte. Die europäische Ungleichheit bei der Aufnahme von Geflüchteten und Migranten bescherte Meloni ein geneigtes Publikum, das weit über ihre eigentliche Anhängerschaft hinausreichte.)

Im Unterschied zu Le Pen zeigt der junge neue Vorsitzende des *Rassemblement National*, Jordan Bardella, durchaus Interesse für Giorgia Melonis Weg und scheint hinsichtlich der internationalen Politik geneigt zu sein,

ihre NATO- und Ukraine-freundlichen sowie proeuropäischen Positionen zu übernehmen. Allerdings könnte er mit Marion Maréchal (als Enkelin von Jean-Marie und Nichte von Marine benutzte sie bis vor Kurzem auch den Namen Le Pen) eine harte Konkurrentin aus seiner eigenen jüngeren rechtsextremen Generation bekommen. Gerade nimmt sich Marion eine Auszeit von der Politik und beschäftigt sich ansonsten verstärkt mit den intellektuellen Grundlagen des rechtsextremen Denkens sowie mit den internationalen Verbindungen zu weiteren rechtsextremen Wortführern (wie Steve Bannon und anderen). Im Präsidentschaftswahlkampf unterstützte sie übrigens nicht ihre Tante, sondern Éric Zemmour.

Um die fortwährende Zwielfichtigkeit des französischen rechtsextremen politischen Umfelds zu verstehen, muss das Phänomen Zemmour näher in Augenschein genommen werden. Der Möchtegern-Präsident mag nach seiner Niederlage vielleicht wieder in die politische Versenkung verschwunden sein. Seine Vorstellungen und Lesarten des Holocaust bleiben aber hochgradig verstörend, da sie sich nicht einfach nur als das Werk eines Sonderlings abtun lassen. Möglicherweise weisen sie den weiteren Weg zu dem, was ich als (falsche) Einbindung der Holocausterinnerung in die politische Kultur Frankreichs bezeichnen würde und vielleicht sogar auch darüber hinaus.

Éric Zemmour sieht sich selbst als einen Erznationalisten, der Frankreich liebt., Er spricht von einem großartigen »christlichen Erbe« (ohne geringsten Verweis auf das politisch korrektere »jüdisch-christliche Erbe«), das von vielen als willkommener Schutzwall gegen jede Art einer möglichen Einbeziehung des Islams gesehen wird. Zemmour ist der intellektuelle und kulturelle Gegenspieler zu Marine Le Pen und ihrer populistischen Wählerschaft. Die Tatsache, dass er selbst praktizierender Jude mit algerischen Wurzeln ist, macht seine Positionen umso irritierender. Wenn er betont, Vichy-Frankreich habe »seine« Juden beschützt und nur jene deportiert, die nicht französisch gewesen seien (als ob das zu rechtfertigen wäre), dann unterläuft ihm nicht nur ein großer historischer Irrtum. Es geht ihm vielmehr darum, die derzeit gängige Argumentation gegen Einwanderung zu untermauern, wonach die fremden oder eingewanderten Juden in Frankreich während des Krieges ja nicht einmal ein »Zuhause« hatten, in das sie hätten zurückkehren können. Solche Aussagen sind Musik in den Ohren der heutigen Rechtsextremisten, denen die Erinnerung an den Holocaust völlig gleichgültig ist und die nur darauf warten, dass dieser – wie jede Vergangenheit – endlich in Vergessenheit gerät. Meiner Meinung nach passt Marine Le Pens Nichte Marion Maréchal gut in diese Kategorie.

Doch Zemmour spielt den Holocaust nicht einfach nur herunter. Vielmehr sendet er die klare Botschaft, dass die Bedrohung durch Islam und Einwanderung für Frankreichs Überleben wesentlich gefährlicher sei als jeder rechtsextreme Antisemitismus. Folglich müsse Frankreich aufhören, in der Frage des Holocaustgedenkens gespalten zu sein. Frankreich müsse zusammenstehen, um der Gefahr des Islams zu begegnen. Zemmour »reduziert« den Holocaust offenbar auf das aschkenasische Leid, das er dem Leiden der nordafrikanischen Juden unter der Herrschaft der Araber entgegensetzt. Auf ähnliche Weise macht Zemmour Anspielungen, dass der Offizier Alfred Dreyfus aus der gleichnamigen Affäre »vielleicht« doch nicht ganz unschuldig gewesen sei. Zemmour weiß ganz genau, dass er damit einen wichtigen Pfeiler der *République* angreift, weil er so am existenziellen Prinzip der jüdischen Zugehörigkeit zu Frankreich rüttelt. Das macht er, um die oftmals antisemitische extreme Rechte, deren Vorgänger eingefleischte Antidreyfusarden waren, enger an seine Sache zu binden. Der gleichen Argumentationslinie folgt Zemmour, wenn er zwar die russische Schuld an der Invasion der Ukraine einräumt, aber dennoch die NATO, Europa und den Westen weiterhin scharf kritisiert.

Zemmour verfolgt ein zweifaches Ziel: Er betont, dass es in solch einem gefährlichen Moment in der Existenz des französischen Staates (angesichts islamischen Terrorismus und Einwanderung) für Frankreichs Juden an der Zeit wäre, den Holocaust im Namen von höheren und erhabeneren nationalen Werten hinter sich zu lassen. Dies ist kein Akt von Holocaustkapern oder des Trittbrettfahrens. Dies ist eine gegen die Geschichte gerichtete Analyse, die darauf zielt, den Holocaust als symbolische Marke zu überwinden.

Zemmour erreichte in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen 7,2 Prozent der Stimmen. Das ist kein unbedeutendes Ergebnis, aber nichts im Vergleich zu den 53,59 Prozent der Stimmen, die er von französischen Bürgern in Israel erhielt, bei einer allerdings historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur 9,84 Prozent. Er belegte dort den ersten Platz, und das mit doppelt so vielen Stimmen als Macron. Wie lässt sich dies erklären? Als Moment des politischen Wahnwitzes? Mit der tiefsitzenden Angst in Israel vor der arabischen Welt? Als Symbol für den allmählichen Niedergang des Holocaust in die weiter zurückliegende Geschichte? Als echtes Kapern des Holocaust durch die Hand von Israels Rechtsextremen? Zemmour ist jemand, der den Holocaust weder kapert noch ihn als Trittbrettfahrer ausnutzt – vielmehr lässt er den Holocaust scheinbar einfach »los«, fast so, als habe er ausgedient. Er vertritt eine besorgniserregende rechtsextreme Posi-

tion, die weiter reicht als Marine Le Pens eigene tiefsitzende Gleichgültigkeit gegenüber der Erinnerung an den Holocaust.

Seine provozierende Haltung ist ein höchst beunruhigendes Phänomen für die Zukunft, das mich (so seltsam wie dies auch klingen mag) hoffen lässt, dass es Giorgia Melonis rechtsextremere Regierung mit der Überhöhung der Foibe-Massaker, aber auch mit ihrer ausdrücklichen Anerkennung der faschistischen Schuld und der Gräueltaten des Holocaust gelingt, eine gemeinsame historische Erinnerung zu schaffen und die Gräben zu überbrücken, die sich bei diesem Thema zu ihrer eigenen Basis auftun. Möge sie darin als Beispiel für andere Rechtsextreme in Europa und anderswo vorausgehen. In der Familie der zwielichtigen Vergangenheiten und Gegenwart ist ihre Version sicherlich noch die bei Weitem hellste und angenehmste Option, jedenfalls im Vergleich zu den dunkelgrauen Wolken von Marine Le Pens Positionen und zu Zemmours politischen Provokationen.

Doch eine Frage für die Zukunft bleibt: Ist es nicht so, dass die Holocaust-erinnerung immer weniger gekapert wird oder zum Trittbrettfahren einlädt stattdessen allmählich ihre Blütezeit vorbei ist und dass sie jetzt erschütterte Identitäten sowie durcheinandergeratene politische Extreme in Zeiten eines neuen (realen) Krieges hinterlässt? Doch für wie lange?

Diese provokative Frage hat zwei Aspekte. Nach der Universalisierung des Holocaust mittels Verschweigens der jüdischen Spezifität in der Nachkriegszeit stellte erstens die Betonung der besonderen jüdischen Betroffenheit durch den Holocaust eine entscheidende Wegmarke für die Schaffung eines klaren historischen Gedächtnisses dar. Doch heute, da der Holocaust spezifisch jüdisch geworden ist, ist die Zeit gekommen, ihn in einer dialektischen Bewegung wieder im Reich der anderen Leiden einzuordnen, damit sein Gedenken an der Seite und nicht im Gegensatz zu der Erinnerung an andere Gräueltaten steht. Zweitens wird das Schicksal des Holocaustgedenkens auch davon abhängen, wie zentrale Akteure – insbesondere Deutschland, Israel und Amerika – mit ihrer starken Fixierung auf den Holocaust weiter umgehen und ob sie den vielen möglichen Arten des Missbrauchs von rechts wie links (und durch sie selbst) Einhalt gebieten.

Denn abgesehen von Verdrängung und Leugnung ist für die andauernde Präsenz des Holocaust kein schlimmeres Schicksal denkbar als eine starke Bürokratisierung und Banalisierung der Erinnerung durch routinierte Entscheidungsträger, für die der Holocaust lediglich ein Spiegelstrich unter vielen in ihren immer strafferen PowerPoint-Präsentationen ist.

Die USA als »Neues Israel«

Der Christliche Zionismus und die Neue Rechte

Philip Gorski

Am 29. Oktober 2022, keine zwei Wochen vor den US-Zwischenwahlen, geschah etwas Ungewöhnliches: Der republikanische Kandidat für das Amt des Gouverneurs von Pennsylvania, Doug Mastriano, der sonst nur mit ihm freundlich gesonnenen Journalisten konservativer Medien spricht, gab eine Pressekonferenz. Dort meldete sich der israelische Reporter Nathan Guttman zu Wort und forderte Mastriano auf, sich zu den gegen ihn erhobenen Antisemitismusvorwürfen zu äußern.¹ Die Anschuldigungen waren durchaus begründet, hatte Mastriano doch kurz davor seinen demokratischen Gegenkandidaten Josh Shapiro dafür kritisiert, dass dieser seine Kinder auf eine jüdische Privatschule schickte. Außerdem hatte es Enthüllungen über Mastrianos Beziehung zu Andrew Torba gegeben, dem berüchtigten Antisemiten und Gründer von Gab – eines rechtsextremen sozialen Netzwerks, das von Neonazis und weißen Suprematisten genutzt wird. Als Mastriano auf Guttmans Frage hin nur unbeholfen herumdruckste, trat seine Frau Rebecca vor das Mikrofon: »Ich meine, dass wir als Familie Israel wirklich sehr lieben«, entgegnete sie. »Ich würde sogar behaupten, dass wir Israel wahrscheinlich mehr lieben, als dies viele Juden tun.«² Wer nicht mit der spezifischen Form des christlichen Zionismus, die zurzeit unter einigen amerikanischen Christen kursiert, vertraut ist, den mag Rebecca Mastrianos Antwort irritieren.

1 Tzvi Joffe: GOP candidate Doug Mastriano's wife: ›We love Israel more than Jews‹. The Jerusalem Post vom 30.10.2022. <https://www.jpost.com/diaspora/antisemitism/article-721026>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.

2 Bob Brigham: Mastriano fumbles when asked about antisemitism. Salon vom 31.10.2022. https://www.salon.com/2022/10/31/mastriano-fumbles-when-asked-about-antisemitism_partner/. Letzter Zugriff am 4.7.2023.

Die Scheinwerfer des politischen Wahlkampfs brachten dann noch weitere dunkle und bislang verborgene Seiten von Mastriano politischen und religiösen Überzeugungen ins Rampenlicht. So hatte Mastriano selbst, in seiner Rolle als militärischer Geheimdienstoffizier, das Weltgeschehen oftmals durch eine theologische – oder besser: eschatologische – Brille gedeutet.³ Er sah den Kalten Krieg als einen Kampf gegen den »gottlosen Kommunismus« an und den »Krieg gegen den Terror« als eine Schlacht gegen den »radikalen Islam«. Natürlich sind solche Ansichten unter konservativen Christen in den Vereinigten Staaten weit verbreitete Gemeinplätze. Aber in Mastrianos Biografie gibt es auch Hinweise auf extremere – und zutiefst antidemokratische – Anschauungen. In seiner Masterarbeit, die er 2001 am *Air Command and Staff College* der *Air Force* geschrieben hatte, fabulierte Mastriano beispielsweise von einer dystopischen Vision der Vereinigten Staaten im Jahr 2018, in der ein linker »Hitler-Putsch« dem Land mit Hilfe der EU und der UNO ein Regime der »politischen Korrektheit« mit einer Art »New-Age-Religion« aufzwingt.⁴ Ein Jahrzehnt später trug Mastriano als Fakultätsmitglied am *US Army War College* bei einem offiziellen Foto eine Uniform der Konföderierten Armee. Dabei ist er selbst überhaupt kein »Sohn des Südens«, sondern im Nordstaat New Jersey zur Welt gekommen und aufgewachsen.⁵

Es war nicht die einzige Gelegenheit, bei der Mastriano Erinnerungen an den Nationalsozialismus und den Holocaust beschwor, um seine Ansichten zu untermauern. Wie viele »Pro Life«-Aktivisten in den Vereinigten Staaten hat auch Mastriano die Abtreibung immer wieder als modernen Holocaust bezeichnet. Und wie viele rechte Ideologen in der Republikanischen Partei besteht er darauf, dass der Nationalsozialismus eine linke Bewegung war – und karikiert die amerikanische Linke als moderne Nazis. Solche Vorstellungen finden sich auch im 2019 veröffentlichten Low-Budget-Film *Operation*

3 Eliza Griswold: A Pennsylvania Lawmaker and the Resurgence of Christian Nationalism. *The New Yorker* vom 9.5.2021. <https://www.newyorker.com/news/on-religion/a-pennsylvania-lawmaker-and-the-resurgence-of-christian-nationalism>. Letzter Zugriff am 5.7.2023.

4 Greg Jaffe: Doug Mastriano warned of left-wing ›Hitlerian Putsch‹ in 2001 paper. *The Washington Post* vom 20.5.2022. <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/05/20/mastriano-thesis-hitlerian-putsch-pennsylvania/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.

5 Charles R. Davis: Veterans criticize Doug Mastriano for wearing ›the uniform of traitors‹ after a photo of him in a Confederate outfit surfaces. *Business Insider* vom 19.9.2022. <https://www.businessinsider.com/mastriano-photo-veterans-slam-confederate-uniform-of-traitors-2022-9?op=1>. Letzter Zugriff am 5.7.2023.

Resist über die Flucht einer jungen jüdischen Frau vor den Nazis während des Zweiten Weltkriegs, der eine Truppe amerikanischer Kämpfer zu Hilfe kommt.⁶ Einen der Kämpfer spielt Mastriano selbst. Am Ende des Films springt die Erzählung in die Gegenwart: Die letzte Szene zeigt einen alten Holocaustüberlebenden, der eine Schulbehörde anfleht, den Holocaust in die Geschichtsbücher aufzunehmen und sich gegen die gegenwärtige »links-faschistischen« Politik der übermächtigen Zentralregierung, gegen die Waffenkontrolle und die Abtreibungsrechte zu erheben. Der letzte Satz des Holocaustüberlebenden: »Es ist an der Zeit zu sagen: Nie wieder!«

Vor diesem Hintergrund ist es wohl keine Überraschung, dass Mastriano zu der Bande von Trump-Anhängern gehörte, die am 6. Januar 2021 das US-Kapitol in einem gescheiterten Versuch umzingelten, die friedliche Machtübergabe zu verhindern.⁷ Am Tag davor hatte Mastriano schon an einem anderen Ereignis teilgenommen: am so genannten *Jericho March*, bei dem Tausende radikale Pfingstler um das Kapitol herumgezogen waren und dabei beteten, sangen, »Prophezeiungen« riefen und Schofarhörner spielten. Ihr Ziel war es, die dämonischen Mächte auszutreiben, von denen sie glaubten, vom Kapitol und den demokratischen Politikern Besitz ergriffen zu haben. An dem Marsch nahm auch der ehemalige Motivationstrainer Lance Wallnau teil, der zum Pfingstprediger konvertiert war und Berühmtheit erlangt hatte, weil er Trumps Wahlsieg von 2016 »prophezeit« und ihn mit König Kyros – jenem babylonischen König, der die biblischen Israeliten aus ihrer babylonischen Gefangenschaft befreite – verglichen hatte.⁸ Ebenso wie Mastriano gehört auch

6 Beth Reinhard, Colby Itkowitz und Rosalind S. Helderman: How Doug Mastriano ended up in a Holocaust film that troubles scholars. *The Washington Post* vom 2.11.2022. <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/11/02/doug-mastriano-holocaust-film-agenda/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.

7 Martin Pengelly: Doug Mastriano prayed for Trump to »seize the power« before Capitol attack. *The Guardian* vom 10.9.2022. <https://www.theguardian.com/us-news/2022/sep/09/doug-mastriano-prayer-republican-capitol-attack>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.

8 Tim Dickinson: He Has a 7-Point Plan for a Christian Takeover – and Wants Doug Mastriano to Lead the Charge. *Rolling Stone* vom 29.9.2022. <https://www.rollingstone.com/politics/politics-features/lance-wallnau-doug-mastriano-christian-dominion-1234602214/>. Letzter Zugriff am 5.7.2023; Lance Wallnau: *God's Chaos Candidate: Donald J. Trump and the American Unravelling*. Keller, TX: Killer Sheep Media 2016.

Wallnau der rechtsextremen Pfingstbewegung an, die als *New Apostolic Reformation* bekannt ist.⁹

Aus einer säkularen Perspektive betrachtet steht Mastriano paradigmatisch für einen religiösen Kontext, in dem verschiedene Richtungen des zeitgenössischen Rechtsradikalismus zusammenkommen: eine wilde Mischung aus christlichem Zionismus, christlichem Nationalismus und radikaler Pfingstbewegung. Um diese toxische Mixtur der Ideologien zu verstehen, welche nicht nur in den Vereinigten Staaten die zeitgenössische Politik umgestaltet und die historische Erinnerung verzerrt, müssen wir uns die Ursprünge der verschiedenen Strömungen ansehen und ihre dunklen Abgründe ausloten.

Warum »christlicher Zionismus«? Historische Wurzeln

Am 9. Oktober 2022, knapp einen Monat vor Mastrianos Pressekonferenz, veranstaltete die *Internationale Christliche Botschaft in Jerusalem (International Christian Embassy Jerusalem – ICEJ)* ihr jährliches Laubhüttenfest. Die ICEJ wurde 1980 gegründet und unterhält enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Es wäre jedoch ein Fehler, sie – oder den christlichen Zionismus generell – als ausschließlich amerikanisches Phänomen aufzufassen. So ist ihr derzeitiger Präsident, Jürgen Bühler, Deutscher. Auf dem Programm des Laubhüttenfestes 2023 standen neben drei US-amerikanischen auch Rednerinnen und Redner aus Brasilien, Estland, Fidschi und Russland.¹⁰ In seinem *Compliance Kodex* schreibt der deutsche Zweig, die »ICEJ ist in über 160 Ländern vertreten. Es gibt über 90 etablierte Zweigstellen weltweit.«¹¹ Die Organisation besteht auch darauf – und das ist gar nicht unplausibel –, dass der christliche Zionismus nicht als ein »Auswuchs der amerikanischen christlichen Rechten« dargestellt werden könne, sondern eine breite Bewegung sei, die versuche, die schändli-

9 Elle Hardy: The Right-Wing Christian Sect Plotting a Political Takeover. The New Republic vom 23.8.2022. <https://newrepublic.com/article/167499/new-apostolic-reformation-mastriano-christian>. Letzter Zugriff am 5.7.2023.

10 Internationale Christliche Botschaft Jerusalem (ICEJ): Feast of Tabernacles / Laubhüttenfest. <https://www.feast.icej.org/de>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.

11 Internationale Christliche Botschaft Jerusalem (ICEJ): Compliance Kodex ICEJ – Deutscher Zweig e.V. <https://de.icej.org/compliance-kodex/compliance-kodex-icej-deutscher-zweig-e-v>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.

che Geschichte des christlichen Antisemitismus zu sühnen und den Staat Israel zu unterstützen.¹²

Das Gleiche kann nicht von den *Christians United for Israel* (CUFI) behauptet werden. Bei ihnen handelt es sich um eine amerikanische Organisation und zweifelsfrei einen Arm der christlichen Rechten. Auch wenn ihr Name auf das Jahr 1976 zurückgeht, existiert die Organisation sie in ihrer heutigen Form erst seit 2006, als sie von John Hagee, einem texanischen Fernsehprediger, Pfingstpastor in einer Megakirche und rechtsextremen politischen Propagandisten, reorganisiert wurde.¹³ Hagees Version des christlichen Zionismus – und die der CUFI – ist apokalyptisch und transaktional zugleich. Apokalyptisch insofern, als dass Hagee glaubt, die Errichtung des modernen Staates Israel sei ein »Zeichen der Zeit« für die anstehende Wiederkunft Christi, die im biblischen Buch der Offenbarung vorausgesagt wird.¹⁴ Außerdem erwartet er die Massenbekehrung der Juden am Ende der Zeit – und die Vernichtung aller Nicht-Christen. Warum also nicht einfach geduldig darauf warten, dass sich das apokalyptische Szenario erfüllt? Weil die Bibel denjenigen, die den Staat Israel unterstützen, geistige und materielle »Segnungen« verspreche, behauptet Hagee.¹⁵ Die militärische Unterstützung Israels werde den Vereinigten Staaten kollektiven Segen verschaffen, und die finanzielle Unterstützung Israels – natürlich über die CUFI – sichere auch individuellen Segen. Dies ist die »transaktionale« Seite des christlichen Zionismus.

Die CUFI unterhält enge Verbindungen zu rechtsgerichteten Politikern sowohl in Israel als auch in den USA und behauptet, etwa zehn Millionen Mitglieder in den Vereinigten Staaten zu haben. Wie lässt sich diese Popularität erklären? In ihrem Buch *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy* (»Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird«) behaupten John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, zwei amerikanische Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen, mehr oder weniger ausdrücklich, dass der christliche Zionismus eine Erfindung des israel-

12 International Christian Embassy Jerusalem (ICEJ): Our History. <https://www.icej.org/mission-statement/our-history/>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.

13 Sean Durbin: *Righteous Gentiles: Religion, Identity, and Myth in John Hagee's Christians United for Israel*. Leiden, Boston: Brill 2019.

14 John Hagee: *The End of the Age Bible Study Guide: The Countdown Has Begun*. Nashville, TN: HarperChristian Resources 2022.

15 John Hagee: *In Defense of Israel: The Bible's Mandate for Supporting the Jewish State*. Sun City Center, FL: Frontline 2011. John Hagee: *The Power of the Prophetic Blessing*. Nashville, TN: Worthy Books 2012.

lischen Staates sei.¹⁶ Dagegen stellt Walter Russell Mead in einer kritischen Rezension des Buchs zu Recht fest, dass die Anziehungskraft des christlichen Zionismus tief in der amerikanischen Geschichte – und in der westlichen Geschichte im Allgemeinen – verwurzelt sei.¹⁷ Die englischen Puritaner, die dabei halfen, Nordamerika zu kolonialisieren, verstanden sich selbst als neues ausgewähltes Volk und betrachteten Neuengland als »Neues Israel«.¹⁸ Prominente puritanische Theologen wie Cotton Mather gehörten zu den ersten christlichen Geistlichen, die Hebräisch beherrschten und die jüdischen Schriften in ihrer Originalsprache studierten.¹⁹ Der ursprüngliche Stadtplan für New Haven in Connecticut war einem israelitischen Lager nachempfunden, das in der hebräischen Bibel beschrieben wird.²⁰ Yales Motto *lux et veritas* ist in Wirklichkeit eine Übertragung aus dem Hebräischen. Benjamin Franklin – unter den amerikanischen Gründervätern vielleicht der am wenigsten religiöse – schlug vor, dass das Große Siegel der Vereinigten Staaten Moses darstellen sollte, der die Israeliten durch das Rote Meer führt.²¹ Von Anfang an war also die amerikanische Identität mit der »christlichen Substitutionstheologie« verwoben – mit der Ansicht, dass die Christen die Juden als ausgewähltes Volk ersetzt hätten.

Das Judentum und die Juden waren im Grunde schon immer ein Problem für das Christentum und die Christen. Die ersten Christen waren natürlich

-
- 16 John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt: Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird. Übersetzung von Claudia Buchholtz und Ute Mareik. Frankfurt, New York: Campus-Verlag 2007.
John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt: The Israel Lobby. In: London Review of Books 28(6) 2006. <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v28/no6/john-mearsheimer/the-israel-lobby>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.
- 17 Walter Russell Mead: Jerusalem Syndrome. Decoding The Israel Lobby. In: Foreign Affairs 86(6) 2007, S. 160–168; Walter Russell Mead: The Arc of a Covenant: The United States, Israel and the Fate of the Jewish People. New York: Knopf 2022.
- 18 Conrad Cherry (Hg.): God's new Israel: religious interpretations of American destiny. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall 1971
- 19 Robert Middlekauff: The Mathers: Three Generations of Puritan Intellectuals, 1596–1728. Berkeley: University of California Press 1999.
- 20 Samuel David Stabler: Secularization Spaced Out: Religious Logistics & The New England Wilderness. Diss. Yale University 2017.
- 21 Rich Tenorio: When Moses almost parted the Red Sea on the Great Seal of the United States. The Times of Israel vom 16.4.2017. <https://www.timesofisrael.com/when-mose-s-almost-parted-the-red-sea-on-the-great-seal-of-the-united-states/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.

selbst Juden.²² Und das allmähliche Auseinanderdriften von Judentum und Christentum im ersten und zweiten Jahrhundert vor unserer Zeit war von Konflikten und Debatten geprägt, die deutliche Spuren in den Kern texts der späteren christlichen Bibel hinterließen.²³ Debatten über Beschneidung, Essensregeln und andere Aspekte des jüdischen Gesetzes ziehen sich durch die Apostelgeschichte und die Paulusbriefe. In der Tat ist die Bedeutung von Paulus wahrscheinlich zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass dessen Lösung des Problems – die Behauptung, dass ein »neuer Bund«, der allen offenstehe, den »alten Bund« zwischen Gott und den Juden ersetzt habe – schließlich kanonisiert wurde.²⁴

In Rom übernahm man die paulinische Interpretation, also die Auffassung, die christliche Kirche habe das jüdische Volk als Objekt der Zuneigung Gottes verdrängt. Doch war damit die Anschuldigung verbunden, die Juden hätten nicht nur den »alten Bund« gebrochen, sondern auch Gottes Sohn ermordet. Die protestantische Reformation ging das »Judenproblem« dagegen neu an. Sie warf den katholischen Theologen vor, diese hätten die biblischen Prophezeiungen nicht wörtlich gelesen. Auch Augustinus – der wohl einflussreichste christliche Theologe damals wie heute – wurde im Rahmen der Reformation dafür kritisiert, dass er die Offenbarung allegorisch gedeutet und die darin dargestellten drastischen Kriegsszenen als Metaphern für den geistigen Kampf zwischen Gut und Böse, der in den Herzen der gläubigen Christen tobte, aufgefasst habe.

Zwar gab es schon vor der Reformation Strömungen, man denke etwa an die millenarischen Bewegungen, die im Laufe des Mittelalters immer wieder eine wörtliche Lesart vertraten.²⁵ Aber erst mit der protestantischen Reformation wurde die wörtliche Auslegung für einen Großteil der westlichen Christen zur Regel bei der Bibellektüre.²⁶ Millenarische Ansichten wurden zunächst von den so genannten radikalen Reformatoren – Männern wie Thomas Müntzer –

22 Paula Fredriksen: *Als Christen Juden waren* [2018]. Stuttgart: Kohlhammer 2021.

23 Jacob Neusner: *Judaism and Christianity in the Age of Constantine: History, Messiah, Israel and the Initial Confrontation*. Chicago, London: University of Chicago Press 1987.

24 Michael F. Bird und Scot McKnight (Hg.): *God's Israel and the Israel of God: Paul and Supersessionism*. Lexham, WA 2022.

25 Norman Cohn: *Das Ringen um das Tausendjährige Reich: Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen* [1957]. Übersetzung von Eduard Thorsch. Bern, München: Francke 1961.

26 Irena Backus: *Reformation Readings of the Apocalypse*. Geneva, Zurich, and Wittenberg. Oxford, New York: Oxford University Press 2000.

vertreten, und die blutigen Schlachten der Religionskriege schienen sie zu bestärken. Martin Luther hatte zunächst gezögert, das Buch der Offenbarung in seine volkssprachliche Ausgabe der Bibel aufzunehmen. Doch als die doktrinaire Konfrontation zwischen Rom und Wittenberg in einem gewalttätigen Konflikt eskalierte, änderte er seine Meinung. Viele traten später in Luthers Fußstapfen, unter ihnen auch eine beträchtliche Anzahl puritanischer Theologen. Durch sie wurde die wörtliche Interpretation der biblischen Prophetie nach Nordamerika gebracht. Doch auch dort blieb sie lange Zeit eine Minderheitenmeinung. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen konservative Christen, sich in größerer Zahl der wörtlichen Auslegung der Bibel – und der Apokalyptik – anzuschließen.²⁷

Das alles ist deswegen wichtig, weil die Rolle der Juden im eschatologischen Drama nun zu einem theologischen Problem für christliche Fundamentalisten wurde. Was würde mit den Juden am Ende der Zeit geschehen? Würden sie in das Land Israel zurückkehren? Würden sie den Tempel in Jerusalem wieder aufbauen? Solche Fragen waren für die konservativen Protestanten von großer Bedeutung, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien, in den Niederlanden, in Deutschland und in der Schweiz.

Da die christliche Substitutionstheologie mit dem westlichen Nationalismus verwoben ist, ist die theologische Frage auch politisch. Die Nationalismusforschung behauptet gern, der Nationalismus sei eine moderne, säkulare Ideologie.²⁸ Und es ist sicherlich richtig, dass für einige Formen des Nationalismus diese Beschreibung zutrifft. Aber nicht für alle. Die Vereinigten Staaten sind die vielleicht letzte westliche Nation, die sich selbst als »Neues Israel« sieht. Aber sie war keineswegs die erste.²⁹ Praktisch jedes westliche Gemeinwesen hat sich zu einem bestimmten Zeitpunkt als das neue auserwählte Volk angesehen.³⁰ In der Tat ließe sich argumentieren, wie dies einige Wis-

27 Matthew Avery Sutton: *American Apocalypse: A History of Modern Evangelicalism*. Cambridge: Harvard University Press 2014.

28 Ernest Gellner: *Nationalismus und Moderne*. 1983. Übersetzung von Meino Büning. Hamburg: Rotbuch-Verlag 1995.

Benedict Anderson: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* [1991]. Übersetzung von Benedikt Burkard und Christoph Münz. Berlin 1998.

29 Philip Gorski: *Pre-modern Nationalism: An Oxymoron? The Evidence from England*. In: Gerard Delanty und Krishan Kumar (Hg.): *The Sage Handbook of Nationalism*. New York: Russell Sage 2006, S. 143–156.

30 Anthony D. Smith: *Chosen peoples: sacred sources of national identity*. Oxford: Oxford University Press 2003; Philip Gorski: *The Mosaic Moment: An Early Modernist Critique*

senschaftler auch getan haben, dass die Heilige Dreifaltigkeit des westlichen Nationalismus – gelobtes Land, auserwähltes Volk und politische Befreiung – ihre Wurzeln in der biblischen Geschichte des Auszugs der Juden aus Ägypten habe.³¹ Doch das Fortbestehen des jüdischen Volkes inmitten von Christen in Europa stellte sich für diese als ein »Problem« dar. Bis zur protestantischen Reformation wurde dem Problem mit dem Herauslösen der Juden aus der *res publica christiana* begegnet – oftmals durch die gewaltvolle Trennung zwischen Juden und Christen in Form von Ghettos und Pogromen.³² Als sich jedoch nach der Reformation das Ideal der konfessionellen Einheitlichkeit durchgesetzt hatte, blieb wenig Raum für religiösen Dissens, und für Juden (oder Muslime) noch weniger.³³ Hier liegen die frühneuzeitlichen religiösen Wurzeln des modernen politischen Antisemitismus, aber ebenso des jüdischen Zionismus, der sowohl als Reaktion auf den säkularen Nationalismus als auch als Wiederaneignung seiner ursprünglichen Quellen zu verstehen ist.

Die wichtigsten Lehren des christlichen Zionismus

Der christliche Zionismus ist die neueste »Lösung« für das »jüdische Problem«. In theologischer Hinsicht beruht er auf vier Grundpfeilern: Dualismus, Restaurationismus, Millenarismus und Segen.³⁴ Dualismus meint die Vorstellung, dass der »alte Bund« zwischen Gott und dem jüdischen Volk nicht durch den »neuen Bund« zwischen Gott und der christlichen Kirche »ersetzt« oder »abgelöst« wurde. Dabei handelt es sich insofern um eine spezifisch protestantische Lehre, als sie die traditionelle katholische Doktrin zurückweist, wonach die römische Kirche an die Stelle des jüdischen Volkes als Gegenstand

of Modernist Theories of Nationalism. In: American Journal of Sociology 105(5) 2000, S. 1428–1468.

- 31 Connor Cruise O'Brien: God land: reflections on religion and nationalism. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1988.
- Donald H. Akenson: God's peoples: covenant and land in South Africa, Israel, and Ulster. Montreal: McGill-Queen's University Press 1991.
- 32 Robert I. Moore: The Formation of a Persecuting Society. Oxford: Wiley-Blackwell 2007.
- 33 Hans J. Hillerbrand: Christian Anti-Judaism in the Seventeenth Century: Old and New Themes in the Age of Confessionalization. In: Stefan Ehrenpreis u.a. (Hg.): Wege der Neuzeit. FS Heinz Schilling. Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 157–176.
- 34 Donald M. Lewis: A Short History of Christian Zionism: From the Reformation to the Twenty-First Century. Downers Grove, IL: IVP Academic 2021.

des göttlichen Bundes tritt. Gemäß der dualistischen Auffassung bleiben beide Bünde – der alte wie der neue – in Kraft. Der »neue Bund« Gottes mit den Christen wird oft als »geistig« verstanden, der »alte« als »materiell«. Die Christen werden das Heil erlangen, wohingegen die Juden ihr Gelobtes Land zurückerhalten. So geht der Restaurationismus als zweiter Pfeiler des christlichen Zionismus davon aus, dass dem jüdischen Volk am Ende sein Gelobtes Land in Israel/Palästina wiedergegeben werden muss. Denn die Rückkehr der Juden in das Gelobte Land ist die Voraussetzung für die Wiederkunft Christi. Erst die Erfüllung des »alten Bundes« schafft die Voraussetzungen für die Verwirklichung des »neuen Bundes«. Aus diesem Grunde setzte die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 den eschatologischen Countdown in Gang. Die kosmische Uhr läuft. Der Millenarismus wiederum ist der Glaube, dass der entscheidende Moment bereits nahe ist, also jene »Endzeit« vor der Tür steht, an die ein »Tausendjähriges Reich«, die tausendjährige Herrschaft Christi auf Erden, anschließt. Mit Segen verbindet sich schließlich die Vorstellung, dass das jüdische Volk (immer noch) ein auserwähltes und von Gott besonders gesegnetes Volk sei, und dass diejenigen, die Israel Segen bringen, selbst an diesem göttlichen Segen teilhaben. Wenn christliche Gläubige »Israel Segen bringen« können sie demgemäß damit rechnen, dass sie bereits im Hier und Jetzt göttlichen Segen erhalten, sogar noch vor der Wiederkunft Christi.

Christliche Zionisten lesen die Bibel überwiegend wörtlich und berufen sich zur Verteidigung ihrer Ansichten auf die Heilige Schrift.³⁵ So ist es nicht überraschend, dass alle vier Grundsätze des christlichen Zionismus ihre entsprechenden »Beweistexte« haben. Der erste stammt aus dem Paulusbrief an die Römer und verwendet die Analogie des »Einpfpfens«, um die Beziehung zwischen Christentum und Judentum zu beschreiben und die hebräischen Wurzeln des Christentums zu betonen: »du [...] [bist] eingepfropft worden [...] und [hast] teilbekommen [...] an der Wurzel [...]. [...] so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel dich.«³⁶ Beide Bünde, alter wie neuer, gelten nach dieser Lesart der Worte des Paulus weiter fort, und die Christen erwachsen aus dem Judentum heraus, nicht darüber hinweg. Es lässt sich keine klare Grenze zwischen Judentum und Christentum ziehen. Der zweite Beweistext stammt aus der Offenbarung und bezieht sich auf das

35 Stephen Spector: *Evangelicals and Israel: The Story of American Christian Zionism*. New York: Oxford University Press 2009.

36 Römer 11,17-18.

kommende Tausendjährige Reich, ein Schlüsselement der christlichen Eschatologie: »Sie werden Priester Gottes und Christi sein und mit ihm regieren tausend Jahre.«³⁷ Das »sie« bezieht sich an dieser Bibelstelle auf die Juden. Einige Juden – »gute Juden«, die Christus annehmen und in Israel leben – werden gerettet werden. Die Juden, die Jesus nicht anerkennen, landen in die Hölle. Der dritte Beweistext, Worte des hebräischen Propheten Joel, ist für pfingstkirchliche Formen des christlichen Zionismus besonders wichtig, da er ein Zeitalter christlicher Propheten in der Endzeit voraussagt: »Und ihr, Kinder Zions, [...] seid fröhlich im HERRN [...], der euch gnädigen Regen gibt und euch herabsendet Frühregen und Spätregen wie zuvor [...]. [...] Und nach diesem will ich meinen Geist ausgießen über alles Fleisch, und eure Söhne und Töchter sollen weissagen.«³⁸ Schließlich stellt der vierte Beweistext aus dem Buch Genesis die Grundlage für das transaktionale Verständnis des christlichen Zionismus dar: »Ich will segnen, die dich segnen, und verfluchen, die dich verfluchen; und in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden.«³⁹ Wenn der christliche Zionist Israel »Segen bringt«, dann erwartet er im Gegenzug Segen zurück – eine »Rendite auf die Investition«, wenn man so will.

Der christliche Zionismus wird gerne auf die apokalyptischen Überzeugungen der amerikanischen Evangelikalen zurückgeführt. Doch wie der hier skizzierte erste Einblick deutlich macht, sind jene nur eine von mehreren Quellen des christlichen Zionismus– und in den heutigen Zeiten auch nicht unbedingt die wichtigsten. Denn nicht alle christlichen Zionisten sind Evangelikale. Vielmehr gehören zu ihnen auch pfingstliche oder charismatische Christen, die mitunter zu den radikalsten Zionisten zählen.

Soziologisches Profil eines christlichen Zionisten

Wer also sind die christlichen Zionisten?⁴⁰ Die Antwort hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt man die Frage stellt. Und auch, welche Gegend der Welt

37 Offenbarung 20,6.

38 Joel 2,23, 3,1.

39 Genesis 12,3.

40 Samuel Goldman: *God's Country: Christian Zionism in America*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2018.

man dabei unter die Lupe nimmt. Bis ins frühe 18. Jahrhundert war der christliche Zionismus vorwiegend auf eine kleine Zahl protestantischer Theologen beschränkt, für die er eher eine interessante theologische Überlegung als ein lästiges politisches Problem darstellte. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts vertrat ihn immerhin eine kleine Anzahl protestantischer Politiker, zu nennen wären etwa William Balfour oder Woodrow Wilson. Für sie stellte sich nicht nur die Frage nach dem Ort der Juden in der christlichen Eschatologie, sondern auch in der westlichen Gesellschaft und der Weltpolitik.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ging die Führung des christlichen Zionismus von liberalen Protestanten wie Reinhold Niebuhr auf konservative Evangelikale wie Billy Graham über. Wesentlich geprägt vom Zweiten Weltkrieg und den unerträglichen Erfahrungen des Holocaust, versuchten sie eine neue Version des christlichen Zionismus zu entwickeln und den christlichen Antisemitismus (wenngleich nur mit mäßigem Erfolg) abzustreifen. Um 1990 waren die dominanten Figuren bereits pfingstliche und charismatische Christen wie Pat Robertson und Derek Prince. Der christliche Zionismus war zunächst eine britische, später eine vorwiegend amerikanische Bewegung. Heute erhält er weltweit Unterstützung, nach wie vor aber in erster Linie von der Pfingstbewegung und anderen charismatischen Christen – das heißt von Christen, die an Zungenrede, Glaubensheilung, geistliche Kriegsführung und so weiter glauben.

Die Antwort hängt auch davon ab, welche Gegend man sich ansieht. Obwohl der christliche Zionismus heute eine weltweite Bewegung ist, sind christlich-zionistische Überzeugungen in den Vereinigten Staaten wesentlich ausgeprägter als irgendwo sonst auf der Welt; und das gilt auch für die generelle Unterstützung für Israel. Die pro-israelische Stimmung in den USA ist sehr, sehr verbreitet. Laut Meinungsinstitut Gallup lag sie im letzten Jahrzehnt im Allgemeinen bei über 60 Prozent.⁴¹ Die Zustimmung variiert erheblich nach Religionszugehörigkeit, dabei erreichen weiße evangelikale Protestanten prozentuale Anteil von bis zu 86 Prozent, dicht gefolgt von anderen nicht-evangelikalen Protestanten und Katholiken.⁴² Aber auch fast 60 Prozent der Nicht-Gläubigen haben eine positive Einstellung zu Israel.

41 Lydia Saad: Americans Still Pro-Israel, Though Palestinians Gain Support. Gallup vom 17.3.2022. <https://news.gallup.com/poll/390737/americans-pro-israel-though-palestinians-gain-support.aspx>. Letzter Zugriff am 4.7.2023.

42 Becka A. Alper: Modest Warming in U.S. Views on Israel and Palestinians. Pew Research Center. Report vom 26.5.2022. Washington, D.C.

Der christliche Zionismus ist also tief in der amerikanischen Kultur verwurzelt. Zugleich muss er mittlerweile auch als ein globales Phänomen begriffen werden. Daher sollte nicht überraschen, dass evangelikale und pfingstliche Christen in vielen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ebenfalls starke Unterstützung für Israel bekunden. In Kenia und Nigeria beispielsweise liegt die Zustimmung zu Israel unter den Pfingstlern bei fast 50 Prozent. In Indien liegt sie bei über 50 Prozent und auf den Philippinen bei fast 70 Prozent. Der naheliegende Grund dafür ist, dass der christliche Zionismus in vielen Teilen der Welt ein wesentliches Element des Glaubens in der Pfingstbewegung geworden ist.

Im Laufe der letzten Jahrhunderthälfte hat sich der christliche Zionismus rasch von einer elitären Bewegung mit Zentrum in Jerusalem zu einer Massenbewegung mit Außenposten in der ganzen Welt entwickelt. Heute wird die christlich-zionistische Bewegung von drei großen Organisationen beherrscht: von der *Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem* (*International Christian Embassy Jerusalem* – ICEJ), von den *Christians United für Israel* (CUFI) und vom *International Fellowship of Christians and Jews* (IFCJ). Neben ihrer »Botschaft« in Jerusalem unterhält die ICEJ lokale Büros auf der ganzen Welt. Die CUFI sind vor allem dafür bekannt, dass sie regelmäßig »Nächte zu Ehren Israels« in den Vereinigten Staaten organisieren. Ihr Hauptziel besteht jedoch darin, die amerikanische Außenpolitik gegenüber Israel und dem Nahen Osten zu beeinflussen. Der IFCJ wurde vom amerikanischen orthodoxen Rabbiner Yechiel Eckstein gegründet. Er sammelt Gelder zur Unterstützung der Einwanderung nach Israel und von Sozialprogrammen in Israel, hauptsächlich von christlichen Spendern.

Christlicher Zionismus, historisches Gedächtnis und zeitgenössischer Antisemitismus

In den letzten drei Jahrzehnten veränderte sich die christlich-zionistische Bewegung in Amerika erheblich. Wie bereits erwähnt, ging die Führung der Bewegung allmählich von Fundamentalisten und Evangelikalen auf Pfingstler und Charismatiker über.⁴³ Da diese Bewegungen oftmals unter dem Begriff »Evangelikale« zusammengefasst werden, ist es wichtig, einige Unterschiede

43 Eric Nelson Newberg: *The Pentecostal Mission in Palestine: The Legacy of Pentecostal Zionism*. Eugene, OR: Pickwick 2012.

zwischen ihnen hervorzuheben. Der christliche »Fundamentalismus« geht auf den Anfang des 20. Jahrhunderts zurück.⁴⁴ Er entstand als Gegenreaktion auf die »historische Kritik«, die von führenden Theologen des »liberalen« Lagers vertreten wurde. Seinen Namen verdankt er einer Serie von Pamphleten, die unter dem Titel *The Fundamentals: A Testimony to the Truth* nach und nach erschienen waren und später in wenige Bände zusammengefasst wurden. Sie wandten sich gegen eine rein wörtliche Bibelauslegung, die als »traditionelle« oder »konservative« Sichtweise abgelehnt wurde. Der Fundamentalismus war sektiererisch. Er war eine Subkultur, die sich der moralischen Reinheit verschrieben hatte.

Der Evangelikalismus wiederum hat historische Wurzeln, die bis zur radikalen Reformation zurückreichen. Seine moderne Gestalt entstand allerdings in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Fundamentalismus.⁴⁵ Seine theologischen und moralischen Grundsätze sind denjenigen des Fundamentalismus sehr ähnlich. Beide betonen zum Beispiel die persönliche Erlösung stärker als soziale Gerechtigkeit, und beide vertreten eine strenge Sexualmoral. Aber der Evangelikalismus versucht darüber hinaus, die Welt nach seinem eigenen Bild umzugestalten. Er ist auf eine Weise politisch, wie es der Fundamentalismus niemals gewesen ist.

Die Pfingstbewegung entstand dagegen aus einer Reihe von urbanen »Erweckungen« im frühen 20. Jahrhundert. Dort, wo Fundamentalismus und Evangelikalismus eine »persönliche Beziehung zu Jesus« betonen, stellt sie die »Kraft« oder »Gaben des Heiligen Geistes« in den Vordergrund: Wunder, Heilungen, Zungenrede und Prophetie.⁴⁶ Wie die Evangelikalen glauben auch die Pfingstler an die Bekehrung der Menschen. Sie konzentrieren ihre Bemühungen jedoch auf die Armen und Ausgegrenzten. Im Gegensatz zum Evangelikalismus, der eine monolithisch weiße Bewegung ist, ist die Pfingstbewegung eine multiethnische Bewegung. Die charismatische Bewegung schließlich lässt sich am ehesten als eine ökumenische Version der Pfingstbewegung beschreiben, der auch Mitglieder der Hauptkonfessionen (etwa Baptisten und Methodisten) sowie sogar einige Katholiken angehören.

44 George M. Marsden: *Fundamentalism and American Culture*. Oxford, New York: Oxford University Press 2006.

45 Samuel David Stabler: *Secularization Spaced Out: Religious Logistics & The New England Wilderness*. Diss. Yale University 2017.

46 Roger G. Robins: *Pentecostalism in America*. Santa Barbara, CA: Praeger 2010.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Grenzen zwischen den vier Bewegungen nicht starr und eindeutig sind und dies auch nie waren. Man sollte sie sich eher als vier sich überschneidende Kreise vorstellen, und weniger als vier sauber gezeichnete und nebeneinanderstehende Quadrate. Und doch lassen sich die Pfingstler und Charismatiker sowohl organisatorisch als auch theologisch grundlegend von den Fundamentalisten und den Evangelikalen unterscheiden – vor allem, was ihre Herangehensweise an die Politik und ihre Einstellung zur Demokratie anbelangt.

In Bezug auf das Organisatorische sind zwei Merkmale besonders wichtig. Aufgrund ihres Biblizismus legen Fundamentalisten und Evangelikale großen Wert auf die theologische Ausbildung. Evangelikale Kanzeln werden in der Regel von »schriftgelehrten Geistlichen« besetzt, die ein Theologiestudium mit Prädikatsexamen absolviert haben. Dies trifft für Pfingstler weniger zu, bei denen die »geistlichen Gaben« eine größere Rolle spielen als formale Bildung. Paula White zum Beispiel, die Pfingstpastorin einer Megakirche, die Donald Trumps »geistliche Beraterin« wurde, besuchte weder ein College noch ein theologisches Seminar. Sie verfügt über keinerlei formale Bildung, die über die Highschool hinausgeht. Natürlich mangelt es den Pastoren von pfingstlichen Denominationen wie den *Assemblies of God* nicht an theologischer Ausbildung. Aber viele Pfingstkirchen wie jene von Paula White sind »nicht-denominational«, das heißt unabhängig von den offiziell anerkannten pfingstlichen Konfessionen. Sie sind um einen charismatischen Pastor herum organisiert, nicht um eine denominationale Hierarchie.

Darüber hinaus – und das ist der zweite wichtige Unterschied – sind einige Pfingstkirchen nicht nur nicht-denominational, sondern über-kongregational. Sie organisieren sich um einmalige »Events« mit Pastoren, die sich als Jetset-Promis und Celebrities inszenieren und mit Politikern landesweit auf Tour gehen. So reiste der bereits erwähnte Lance Wallnau gemeinsam mit General Michael T. Flynn (Trump in Ungnade gefallener ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater) auf ihrer »ReAwaken America Tour« kreuz und quer durch die Vereinigten Staaten. Die Tournee war eine Mischung aus religiöser Erweckungsshow, politischer Kundgebung und Musikfestival, alles im Auftrag von »Making America Great Again« (MAGA). Da ihr keine ausgebildeten Geistlichen vorstehen und sie auch in keine denominationale Hierarchie eingebunden ist, kann die Bewegung der »Unabhängigen Charismatiker« problemlos zwischen Theologie, Ideologie und Popkultur hin und her switchen. Und MAGA erhält auf diese Weise seine christliche Imprimatur.

Neben organisationalen gibt es auch wichtige und folgenreiche theologische Unterschiede zwischen Fundamentalisten und Evangelikalen auf der einen sowie Pfingstlern und Charismatikern auf der anderen Seite. Insbesondere letztgenannte können leicht in eine hochgradig antidemokratische Richtung abgeleiten. Der erste Unterschied besteht in der Doktrin der »geistlichen Kriegsführung«. Die meisten Fundamentalisten und Evangelikalen glauben, dass es am »Ende der Tage« einen entscheidenden Kampf zwischen den Mächten des Guten und des Bösen geben wird. Dies führt zu einem religiösen Ethos des »wachsamen Abwartens«. Viele Pfingstler und Charismatiker gehen hingegen davon aus, dass dieser Kampf längst überall und zu jeder Zeit stattfindet. Und mehr noch: dass dämonische Kräfte von bestimmten Menschen und Orten Besitz ergreifen können. Daraus ergibt sich die Pflicht des Christen, den »geistlichen Kampf« zu führen und dabei »geistliche Waffen« wie Gebete und Schofarhörner einzusetzen.

Man ist versucht, das alles als letztlich harmloses Getöse von ein paar irreführenden religiösen Spinnern abzutun. Doch dann sollte man sich an die führende Rolle der »geistlichen Krieger« wie Mastriano und Wallnau am 5. und 6. Januar 2021 erinnern. Das Problem ist, dass die Grenze zwischen geistlicher und physischer Kriegsführung sowie zwischen geistlichen und realen Waffen leicht verschwimmen kann – vor allem, wenn man seine politischen Feinde als »dämonische Agenten« versteht. Die Lehre von der geistlichen Kriegsführung ist nicht wirklich mit der liberalen Demokratie vereinbar. Das gilt auch für die zweite Doktrin der »Dominion Theology«. Der von dem inzwischen verstorbenen radikalen Pfingsttheologen C. Peter Wagner entwickelte und ironischerweise von Max Webers berühmter Theorie der »Wertsphären« inspirierte Dominionismus behauptet, es sei die Pflicht aller Christen, die »sieben Berge des sozialen Einflusses« unter ihre Kontrolle zu bringen: Gemeint sind damit die Religion, Regierung, Geschäftswelt, Medien, Unterhaltung, Bildung und Familie. Und zwar mit allen notwendigen Mitteln. Natürlich streben auch die Evangelikalen danach, die Gesellschaft umzugestalten, aber sie tun dies für gewöhnlich mit den bestehenden Mitteln der demokratischen Politik: friedliche Aktionen und Mobilisierung bei Wahlen. Rechtsextreme Pfingstler und Charismatiker sind hingegen nicht immer gewillt, sich an die Regeln zu halten.

Der dritte Unterschied in der theologischen Lehre ist die »Kingdom Now«-Theologie. Für Evangelikale und Pfingstler kann der genaue Zeitpunkt der Wiederkunft Christi zwar weder bekannt sein noch verändert werden, doch gehen einige dennoch davon aus, dass er aus der Heiligen Schrift entschlüsselt werden kann. Pfingstler und Charismatiker, die die Doktrin von

der Wiederkunft und dem darauffolgenden Königreich Christi auf Erden vertreten, sind davon überzeugt, dass die Wiederkunft Christi stattfinden wird, sobald die Christen die »Herrschaft« übernommen haben. Sie meinen, das Ende erzwingen zu können, indem sie die Kontrolle übernehmen – die Kontrolle erobern! Zusammengenommen bieten die drei Lehren des »wachsamen Abwartens«, der »Dominion Theology« und des »Kingdom Now« eine theologische Rechtfertigung für eine radikal antidemokratische Politik. Damit ist nicht gesagt, dass sich unabhängige Charismatiker wie Wallnau und Mastriano auch selbst als autoritär verstehen. Ihrer Meinung nach seien sie die einzig »wahren« Demokraten, indem sie für die »normalen« Leute sprächen. Darin sind sie den Rechtspopulisten und anderen Verfechtern der »illiberalen Demokratie« sehr ähnlich. Für sie ist die Demokratie nur ein Mittel und nicht der Zweck.

Fazit

Die von Ronald Reagan gebildete konservative Bewegung wurde zuweilen als dreibeiniger Schemel beschrieben. Das erste Bein bildete der Wirtschaftskonservatismus, verstanden als ein Fundamentalismus des freien Marktes oder als »Neoliberalismus«. Das zweite Bein stellte die »neokonservative« Außenpolitik dar, mitsamt der Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt, um amerikanische Ideale durchzusetzen und amerikanische Interessen zu verteidigen. Das dritte war der gesellschaftliche Konservatismus im Sinne der Verteidigung von »Familienwerten« rund um die heterosexuelle Ehe und die Kernfamilie, die Abwertung der Homosexualität und die strikte Ablehnung von Abtreibungsrechten. Im Nachhinein ist klar, dass es noch ein viertes, verstecktes Bein gab: den Rassismus und weißen Suprematismus. Auch wenn konservative Politiker in Folge der Bürgerrechtsbewegung zu höflich geworden waren, um noch das »N-Wort« auszusprechen, blieben sie nur allzu willig, mit Hilfe von kodierter Sprache die rassistischen Animositäten der Weißen zu mobilisieren. Die konservative Bewegung Reagans war kein dreibeiniger Schemel, sondern ein vierbeiniger Stuhl.

Im Jahr 2016 wuchtete sich Donald Trump auf diesen Stuhl und zertrümmerte ihn. Ob es ihm gelingen wird, den Stuhl in einen Thron zu verwandeln, wird sich zeigen. Aber die Blaupause für seine antidemokratische Bewegung ist nicht schwer zu erkennen. Auch sie hat vier Pfeiler. Der erste ist der Wohlfahrtschauvinismus, womit der Wohlfahrtsstaat für »Leute wie uns« (d. h. kon-

servative weiße Christen) gemeint ist und der unregulierte Markt für alle anderen. Den zweiten Pfeiler stellt eine isolationistische Außenpolitik dar, was den Einsatz von militärischer und paramilitärischer Gewalt gegen innere und äußere Feinde (z. B. Einwanderer ohne Papiere oder kleinere Länder), aber nicht zu Gunsten demokratischer Verbündeter, umfasst. Kurz gesagt: Mit NATO ist Schluss. Den dritten bildet der Klientelkapitalismus, der jenen wohlhabenden Verbündeten staatlichen Schutz garantiert, die MAGA befürworten – und kaum kaschiert denjenigen mit politischer Verfolgung droht, die Trump nicht unterstützen (als Kostprobe siehe Ron DeSantis gegen Disney World). Der Pfeiler, der noch vom alten Reagan-Konservatismus stammt, ist der weiße Suprematismus. Anstatt jedoch versteckt zu werden, wird er nun wie eine Keule geschwungen.

Afroamerikaner sind nicht das einzige Ziel der Angriffe, sondern auch Linke, Muslime und natürlich auch Juden; natürlich nicht alle Juden, sondern nur die »schlechten Juden«. Der christliche Zionismus hilft dabei, die Spreu vom Weizen zu trennen. Ein guter Jude ist in seiner Perspektive ein zionistischer Jude, der in Israel lebt, ein schlechter Jude hingegen ein nicht-zionistischer Jude in der Diaspora. Verdächtig sind demnach diejenigen Juden, die keine Zionisten sind oder die in der Diaspora leben – nach dieser Definition also alle amerikanischen Juden. Sie sollten also stets auf der Hut sein. Wenn man ein amerikanischer Jude ist, befindet man sich in einer paradoxen Situation: Es ist nicht möglich, ein »echter Amerikaner« sein, aber ein »echter Jude« ist man auch nicht.

Für Juden besteht in dieser Zwickmühle der einzige Ausweg darin, Whiteness, Amerikanischsein und Zionismus zu behaupten – und zwar so laut wie möglich. Die Kehrseite dieses Auswegs ist jedoch die Inklusion gewisser christlicher Zionisten – wie zum Beispiel von Rebecca Mastriano. Wenn man nur laut und stolz weiß, amerikanisch und pro-israelisch ist, so kann man jüdischer erscheinen als die meisten Juden, vor allem als die »schlechten Juden« wie etwa Josh Shapiro. Außerdem wird man immun gegen Antisemitismusvorwürfe. Denn wie sollte man antisemitisch sein, wenn man für Israel einsteht? Wenn George Soros als »Sozialist«, »Globalist«, »gerissener Kapitalist« oder »Anti-Amerikaner« oder als alles zusammen verleumdet wird, so ist dies plötzlich keine antisemitische Trope mehr – kommen die Bezeichnungen doch von den besseren Juden als er!

Und das ist noch nicht alles: Der christliche Zionismus immunisiert nicht nur gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Vielmehr ermächtigt er dazu, sich gegenüber den politischen Gegnern auf die Erinnerung an die Nazizeit und

den Holocaust zu berufen und sich zu Widerstandskämpfern gegen den Nationalsozialismus oder gar zu dessen Opfern zu stilisieren: »Woke« ist der neue Nationalsozialismus. Abtreibung ist der neue Holocaust. Dr. Fauci ist Dr. Mengele. Und das Sturmgewehr ist die ultimative Verteidigung gegen die »Schläger in Kampfstiefeln«, die die Haustüre aufbrechen und die linke »Tyrannei« durchsetzen wollen.

So ist die Situation in Amerika. Aber natürlich nicht nur dort. Ähnlich wilde Mischungen aus christlichem Nationalismus, Rechtspopulismus und christlichem Zionismus finden sich auch in Europa. In Deutschland, wo jede Israelkritik sofort Antisemitismusvorwürfe nach sich zieht. Oder in Polen, wo linke Politiker unter der PiS-Regierung routinemäßig als »geheime Juden« geschmäht wurden. Auch außerhalb des Westens lassen sich solche Phänomene beobachten. In Südasien spielt »der Muslim« in der Rhetorik religiöser Nationalisten die gleiche Rolle wie »der Jude«. Auch dies ist kein Zufall. Rechte religiöse Nationalisten und ihre populistischen Verbündeten lernen voneinander. Wir leben in einem Zeitalter des transnationalen religiösen Nationalismus, des globalisierten Antiglobalismus – und das Kapern der Erinnerung ist eine bevorzugte Taktik dieser neoautoritären Bewegungen. Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Volksfront zur Verteidigung der liberalen Demokratie. Andernfalls wird nicht nur die Erinnerung gekapert werden, sondern die Demokratie selbst.

Literatur

- Akenson, Donald H.: *God's peoples: covenant and land in South Africa, Israel, and Ulster*. Montreal: McGill-Queen's University Press 1991.
- Alper, Becka A.: *Modest Warming in U.S. Views on Israel and Palestinians*. Pew Research Center. Report vom 26.5.2022. Washington, D.C.
- Anderson, Benedict: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* [1991]. Übersetzung von Benedikt Burkard und Christoph Münz. Berlin 1998.
- Backus, Irena: *Reformation Readings of the Apocalypse*: Geneva, Zurich, and Wittenberg. Oxford, New York: Oxford University Press 2000.
- Bird, Michael F. und Scot McKnight (Hg.): *God's Israel and the Israel of God: Paul and Supersessionism*. Lexham, WA 2022.

- Brigham, Bob: Mastriano fumbles when asked about antisemitism. Salon vom 31.10.2022. https://www.salon.com/2022/10/31/mastriano-fumbles-when-asked-about-antisemitism_partner/. Letzter Zugriff: 4.7.2023.
- Cherry, Conrad (Hg.): God's new Israel: religious interpretations of American destiny. Englewood Cliffs, N.J., Prentice-Hall 1971.
- Cohn, Norman: Das Ringen um das Tausendjährige Reich: Revolutionärer Messianismus im Mittelalter und sein Fortleben in den modernen totalitären Bewegungen [1957]. Übersetzung von Eduard Thorsch. Bern, München: Francke 1961.
- Davis, Charles R.: Veterans criticize Doug Mastriano for wearing ›the uniform of traitors‹ after a photo of him in a Confederate outfit surfaces. Business Insider vom 19.9.2022. <https://www.businessinsider.com/mastriano-photo-veterans-slam-confederate-uniform-of-traitors-2022-9?op=1>. Letzter Zugriff: 5.7.2023.
- Dickinson, Tim: He Has a 7-Point Plan for a Christian Takeover – and Wants Doug Mastriano to Lead the Charge. Rolling Stone vom 29.9.2022. <https://www.rollingstone.com/politics/politics-features/lance-wallnau-doug-mastriano-christian-dominion-1234602214/>. Letzter Zugriff: 5.7.2023.
- Durbin, Sean: Righteous Gentiles: Religion, Identity, and Myth in John Hagee's Christians United for Israel. Leiden, Boston: Brill 2019.
- FitzGerald, Frances: The Evangelicals. The Struggle to Shape America. New York: Simon & Schuster 2017.
- Fredriksen, Paula: Als Christen Juden waren [2018]. Stuttgart: Kohlhammer 2021.
- Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne [1983]. Übersetzung von Meino Büning. Hamburg: Rotbuch-Verlag 1995.
- Goldman, Samuel: God's Country: Christian Zionism in America. Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2018.
- Gorski, Philip: The Mosaic Moment: An Early Modernist Critique of Modernist Theories of Nationalism. In: American Journal of Sociology 105(5), 2000, S. 1428–1468.
- Gorski, Philip: Pre-modern Nationalism: An Oxymoron? The Evidence from England. In: Gerard Delanty und Krishan Kumar (Hg.): The Sage Handbook of Nationalism. New York: Russell Sage 2006, S. 143–156.
- Griswold, Eliza: A Pennsylvania Lawmaker and the Resurgence of Christian Nationalism. The New Yorker vom 9.5.2021. <https://www.newyorker.com/news/on-religion/a-pennsylvania-lawmaker-and-the-resurgence-of-christian-nationalism>. Letzter Zugriff am 5.7.2023.

- Hagee, John: *In Defense of Israel: The Bible's Mandate for Supporting the Jewish State*. Sun City Center, FL: Frontline 2011.
- Hagee, John: *The Power of the Prophetic Blessing*. Nashville, TN: Worthy Books 2012.
- Hagee, John: *The End of the Age Bible Study Guide: The Countdown Has Begun*. Nashville, TN: HarperChristian Resources 2022.
- Hardy, Elle: *The Right-Wing Christian Sect Plotting a Political Takeover*. *The New Republic* vom 23.8.2022. <https://newrepublic.com/article/167499/new-apostolic-reformation-mastriano-christian>. Letzter Zugriff am 5.7.2023.
- Hillerbrand, Hans J.: *Christian Anti-Judaism in the Seventeenth Century: Old and New Themes in the Age of Confessionalization*. In: Stefan Ehrenpreis u.a. (Hg.): *Wege der Neuzeit*. FS Heinz Schilling. Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 157–176.
- ICEJ 2023a. [Website] Internationale Christliche Botschaft Jerusalem: Feast of Tabernacles / Laubhüttenfest. <https://www.feast.icej.org/de>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.
- ICEJ 2023b. [Website] Internationale Christliche Botschaft Jerusalem: Compliance Kodex ICEJ – Deutscher Zweig e.V. <https://de.icej.org/compliance-e-kodex/compliance-kodex-icej-deutscher-zweig-e-v>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.
- ICEJ 2023c. [Website] International Christian Embassy Jerusalem: Our History. <https://www.icej.org/mission-statement/our-history/>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.
- Jaffe, Greg: *Doug Mastriano warned of left-wing ›Hitlerian Putsch‹ in 2001 paper*. *The Washington Post* vom 20.5.2022. <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/05/20/mastriano-thesis-hitlerian-putsch-pennsylvania/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.
- Joffe, Tzvi: *GOP candidate Doug Mastriano's wife: ›We love Israel more than Jews‹*. *The Jerusalem Post* vom 30.10.2022. <https://www.jpost.com/diaspora/antisemitism/article-721026>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.
- Lewis, Donald M.: *A Short History of Christian Zionism: From the Reformation to the Twenty-First Century*. Downers Grove, IL: IVP Academic 2021.
- Marsden, George M.: *Fundamentalism and American Culture*. Oxford, New York: Oxford University Press 2006.
- Mead, Walter Russell: *Jerusalem Syndrome*. *Decoding The Israel Lobby*. In: *Foreign Affairs* 86(6) 2007, S. 160–168.

- Mead, Walter Russell: *The Arc of a Covenant: The United States, Israel and the Fate of the Jewish People*. New York: Knopf 2022.
- Mearsheimer, John J. und Stephen M. Walt: *The Israel Lobby*. In: *London Review of Books* 28(6) 2006. <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v28/no6/john-mearsheimer/the-israel-lobby>. Letzter Zugriff am 29.6.2023.
- Mearsheimer, John J. und Stephen M. Walt: *Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird*. Übersetzung von Claudia Buchholtz und Ute Mareik. Frankfurt, New York: Campus-Verlag 2007.
- Middlekauff, Robert: *The Mathers: Three Generations of Puritan Intellectuals, 1596–1728*. Berkeley: University of California Press 1999.
- Moore, Robert I.: *The Formation of a Persecuting Society*. Oxford: Wiley-Blackwell 2007.
- Neusner, Jacob: *Judaism and Christianity in the Age of Constantine: History, Messiah, Israel and the Initial Confrontation*. Chicago, London: University of Chicago Press 1987.
- Newberg, Eric Nelson: *The Pentecostal Mission in Palestine: The Legacy of Pentecostal Zionism*. Eugene, OR: Pickwick 2012.
- O'Brien, Connor Cruise: *God land: reflections on religion and nationalism*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1988.
- Pengelly, Martin: *Doug Mastriano prayed for Trump to 'seize the power' before Capitol attack*. The Republican candidate for Pennsylvania's governor spoke during a video call hosted by a Christian nationalist group member. *The Guardian* vom 10.9.2022. <https://www.theguardian.com/us-news/2022/sep/09/doug-mastriano-prayer-republican-capitol-attack>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.
- Reinhard, Beth, Colby Itkowitz und Rosalind S. Helderman: *How Doug Mastriano ended up in a Holocaust film that troubles scholars*. *The Washington Post* vom 2.11.2022. <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/11/02/doug-mastriano-holocaust-film-agenda/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.
- Robins, Roger G.: *Pentecostalism in America*. Santa Barbara, CA: Praeger 2010.
- Saad, Lydia: *Americans Still Pro-Israel, Though Palestinians Gain Support*. Gallup 2022. <https://news.gallup.com/poll/390737/americans-pro-israel-though-palestinians-gain-support.aspx>. Letzter Zugriff am 4.7.2023.
- Smith, Anthony D.: *Chosen peoples: sacred sources of national identity*. Oxford: Oxford University Press 2003.
- Spector, Stephen: *Evangelicals and Israel: The Story of American Christian Zionism*. New York: Oxford University Press 2009.

- Stabler, Samuel David: *Secularization Spaced Out: Religious Logistics & The New England Wilderness*. Diss. Yale University 2017.
- Sutton, Matthew Avery: *American Apocalypse: A History of Modern Evangelicalism*. Cambridge: Harvard University Press 2014.
- Tenorio, Rich: *When Moses almost parted the Red Sea on the Great Seal of the United States*. *The Times of Israel*, 16.4.2017. <https://www.timesofisrael.com/when-moses-almost-parted-the-red-sea-on-the-great-seal-of-the-united-states/>. Letzter Zugriff am 6.7.2023.
- Wallnau, Lance: *God's Chaos Candidate: Donald J. Trump and the American Unravelling*. Keller, TX: Killer Sheep Media 2016.

Leere Symbole

Die Erinnerung an den Holocaust in Putins Russland

Nikolaj Kaposov

Elemente des historischen Kontextes

Die Erinnerung an den Holocaust war ausschlaggebend für die Entstehung des Konzepts des historischen Gedächtnisses beziehungsweise für den Erinnerungsboom, der (mit wichtigen Vorläufern in den 1950er und 1960er Jahren) hauptsächlich in den 1970er und 1980er Jahren einsetzte. Die meisten Zeitgenossen begrüßten diese Konjunktur der Erinnerung, da sie einen »unmittelbareren« und demokratischeren Umgang mit der Vergangenheit versprach. Dies stand im Zusammenhang mit der Krise der Meisternarrative, die als hegemoniale, von den nationalen Eliten praktizierte Diskurse immer mehr abgelehnt wurden. Erklärte man den Anspruch der Geschichtsschreibung auf Objektivität zu einem Instrument der Hegemonie dieser Eliten. Im Gegenzug galten subjektive, persönliche und emotionale Erinnerungen, die von den Meisternarrativen angeblich verdrängt wurden, als wesentlich vertrauenswürdiger. Die Begriffe »Zeuge« und »Zeugnis« rückten in den Mittelpunkt der neu entstandenen opferzentrierten Erinnerungskultur, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts durchgesetzt hatte gegen die selbstgefälligen »nationalen Romanzen«, wie Pierre Nora die traditionellen Nationalgeschichtsschreibung nannte.¹ Manche Beobachter betrachteten die Shoah als »ein verallgemeinertes Symbol für das menschliche Leid und das moralische

1 Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis: Die Gedächtnisorte. In: ders.: Zwischen Gedächtnis und Geschichte, übersetzt von Wolfgang Kaiser, Berlin: Verlag Klaus Wagenbach 1990, S. 11–33.

Böse«, andere charakterisierten das Holocaustgedenken als eine befreiende, in die Zukunft weisende kosmopolitische Erinnerung.²

Doch bereits in den 1980er und 1990er Jahren wurden Stimmen laut, die vor möglichen Fallstricken dieser Faszination für die historische Erinnerung warnten. Die Kritik richtete sich weniger gegen die Erinnerung an den Holocaust als solche, vielmehr wurde die Opferkonkurrenz infolge der Ausweitung des neuen Erinnerungsparadigmas auf andere Tragödien der Vergangenheit problematisiert. Das »Zuviel an Erinnerung« komme »einem Rückzug aus der transformativen Politik« gleich, gefolgt vom »Verlust der Orientierung auf die Zukunft sowie auf den Fortschritt in Richtung Bürgerrechte und wachsende Gleichheit«, was »eine neue Ausrichtung auf eine enge Ethnizität« widerspiegeln.³ Gruppenerinnerungen und die Erinnerungsgesetze, die zunehmend zu ihrer Förderung eingesetzt werden, würden (so die Argumentation) »gefährlich, wenn die Bindung an das Partikulare das Festhalten am Allgemeinen überschreibt und [eine Nation] daran hindert, sich für das Universale zu öffnen«.⁴ Die Kritik konnte jedoch nicht verhindern, dass sich diese Art der Erinnerungs- und Identitätspolitik in vielen (wenn nicht sogar in den meisten) heutigen Gesellschaften zur vorherrschenden Form des Umgangs mit der Vergangenheit entwickelt hat.

Auch die kosmopolitische Erinnerung wurde aus verschiedenen Richtungen kritisiert. Auf die extreme Form, die Holocaustleugnung, die sowohl in rechts- wie linksextremen Kreisen sowie auch in einigen islamistischen Milieus präsent ist, soll hier nicht eingegangen werden. Für die Diskussion aufschlussreicher ist dagegen, dass sich viele konservative Politiker dem Holocaustgedenken widersetzen, das vor allem von der Linken in der Zeit der 1950er bis in die 1980er Jahre vorangetrieben wurde, weil es ihrer Meinung

-
- 2 Jeffrey C. Alexander: On the Social Construction of Moral Universals: The Holocaust from War Crime to Trauma Drama. In: *European Journal of Social Theory* 5(1), 2002, S. 5–85, S. 6; Daniel Levy und Nathan Sznajder: *Erinnerungen im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Frankfurt: Suhrkamp 2001.
- 3 »[...] the surfeit of memory is [...] a retreat from transformative politics. It testifies to the loss of a future orientation, of progress toward civic enfranchisement and growing equality. It reflects a new focus on narrow ethnicity [...].« Charles S. Maier: *A Surfeit of Memory? Reflections on History, Melancholy and Denial*. In: *History and Memory* 5(2), 1993, S. 136–152, S. 150. Siehe auch Tony Judt: *The Past is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe*. In: *Daedalus* 21(4), 1992, S. 83–118.
- 4 René Rémond: *Quand l'État se mêle de l'histoire: Entretiens avec François Azouvi*. Paris: Stock 2006, S. 86.

nach das positive Verhältnis ihrer Nationen zur Geschichte zu untergraben drohte. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges, als sich das politische Spektrum im Westen deutlich nach rechts verschob, akzeptierten viele Politiker des konservativen Flügels einige Elemente der linken kulturellen Agenda, und damit einhergehend die Opferkultur als Teil des neuen politischen Konsenses.⁵

Als sich die Europäische Union in den 1990er und 2000er Jahren darum bemühte, die Erinnerung an den Holocaust in Osteuropa zu fördern, entstanden neue Herausforderungen für das Gedenken. Der Holocaust war dort – wie auch in Russland – unter den Kommunisten, die den Nationalsozialismus eher als antisowjetische denn als rassistische Ideologie verstanden, marginalisiert worden. Dementsprechend wurden die Opfer des Holocaust als Zivilisten oder Antifaschisten und weit seltener als Juden dargestellt. Außerdem neigen die osteuropäischen Nationen dazu, sich selbst als die größten Opfer der Nazis (und der Kommunisten) zu begreifen. Ihre eigenen starken antisemitischen Traditionen und die Beteiligung der lokalen Bevölkerung an der Judenvernichtung während des Zweiten Weltkriegs waren weitere Gründe, warum sie die Holocaustgedenkultur nicht in vollem Umfang übernahmen. In diesem Teil von Europa sind verschiedene Formen der verzerrten Darstellung des Holocaust üblich geworden, etwa dessen Verharmlosung, indem er mit kommunistischen Verbrechen verglichen oder für nationalistische Erinnerungen missbraucht wird.⁶ Diese Strategie ist besonders für die Rechtspopulisten in Osteuropa typisch, sie ähnelt allerdings auch den bereits erwähnten Versuchen in Westeuropa in den 1950er bis 1980er Jahren, den Holocaust zu relativieren. Im Gegensatz dazu haben EU-freundliche Liberale in Osteuropa sich offener gezeigt für eine holocaustzentrierte Geschichtspolitik.

Der jüngste Angriff auf die kosmopolitische Erinnerung kam im Westen von links – um anschließend bereitwillig von der Rechten in verschiedenen Gegenden Europas übernommen zu werden, so auch im Osten und in Putins Russland. Bereits in den 1990er Jahren und zunehmend in den 2000er und

5 Wulf Kansteiner: *Losing the War, Winning the Memory Battle: The Legacy of Nazism, World War II, and the Holocaust in the Federal Republic of Germany*. In: Richard Ned Lebow, Wulf Kansteiner und Claudio Fogu (Hg.): *The Politics of Memory in Postwar Europe*. Durham, London: Duke University Press 2006, S. 102–146.

6 John-Paul Himka und Joanna Beata Michlic (Hg.): *Bringing the Dark Past to Light: The Reception of the Holocaust in Postcommunist Europe*. Lincoln, London: University of Nebraska Press 2013; Jelena Subotić: *Yellow Star, Red Star: Holocaust Remembrance after Communism*. Ithaca und London: Cornell University Press 2019.

2010er Jahren wurde die Holocausterinnerung ganz grundsätzlich als partikularistisches westliches hegemoniales Projekt kritisiert, das darauf abziele, die Erinnerungen subalternen Gruppen und anderer Nationen zu marginalisieren; als vergeblicher Versuch, eine Vielzahl real existierender, teilweise widerstreitender Erinnerungen durch ein fabriziertes und vorgeblich konfliktfreies Narrativ zu ersetzen – und folglich als ein hoffnungsloses und typisch liberales Unterfangen mit dem Ziel, die Politik als wesentliche Dimension der menschlichen Existenz zu unterdrücken.⁷ Es überrascht nicht, dass sich einige russische Beobachter mit dieser Diagnose solidarisieren und Putins Geschichtspolitik als eine legitime Reaktion auf das westliche Hegemoniestreben darstellen – in der Hoffnung, weitere antiwestliche Kräfte dazu zu ermutigen, sich dem Kreml anzuschließen.⁸

Nur vor dem Hintergrund dieser internationalen Entwicklungen lassen sich die russischen Interpretationen der Vergangenheit verstehen. Denn Putins Umgang mit dem Holocaustgedenken ist eine Unterform der rechts-populistischen Manipulation von Geschichte.

Können Signifikanten leer sein?

Die Wissenschaft schenkte hat der Erinnerungspolitik der Populisten verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl zuweilen argumentiert wird, dass es »im Populismus darum geht, eine Vergangenheit zu konstruieren und zu nutzen«.⁹ Das Konzept der leeren Signifikanten kann uns dabei helfen zu verstehen, wie Populisten die Geschichte instrumentalisieren. In seinem einflussreichen Buch *Die populistische Vernunft (On Populist Reason, 2005)* argumentiert Ernesto Laclau, dass die von Populisten verwendeten Begriffe keine

7 Chantal Mouffe: Ein agonistischer Ansatz für die Zukunft Europas. In: dies.: Agonistik. Die Welt politisch denken. Frankfurt: Suhrkamp 2014, S. 77–105.

8 Aleksej Ilič Miller: Vvedenie. Bolšie peremeny. Cto novogo v politike pamjati i jeje izučenii? [Einleitung: Große Verschiebungen. Was gibt es Neues in der Erinnerungspolitik und seiner Verbreitung/Lehre?] In: Aleksej Ilič Miller und Dmitrij Valerevič Efremenko (Hg.): Politika pamjati v sovremennoj Rossii i stranach Vostočnoj Evropy: Aktory, instituty, narrativy [Erinnerungspolitik im zeitgenössischen Russland und in den Ländern Osteuropas: Akteure, Institute, Narrativen]. Sankt-Petersburg: Izdatelstvo Evropejskogo universiteta 2020, S. 9–12.

9 Patricia Chiantera-Stutte: Populist Use of Memory and Constitutionalism: Two Comments – I. In: German Law Review 6(2), 2005, S. 391–405, S. 394.

eindeutige, mit Inhalt gefüllte Bedeutung haben und als leere Signifikanten fungieren, weil »wir es mit rein differentiellen Identitäten zu tun haben« (etwa mit dem Gegensatz von Volk versus Eliten).¹⁰ Laclau stellt mit Saussure fest, »daß die Sprache (und in Verlängerung: davon abgeleitet alle Signifikations-systeme) ein System von Differenzen ist«.¹¹

Ich stimme zu, dass manche Begriffe gelegentlich als leere Signifikanten (*vides sémantiques*)¹² auftreten können, aber Laclau gelingt es nicht, die Gründe dafür zu erklären. Wenn Begriffe leer sind, weil Sprache ein System von Differenzen ist, müssten sie immer leer sein, unabhängig davon, wer sie benutzt. Ich würde den Vorgang der Entleerung eines Begriffs als »Bedeutungsschwund« bezeichnen. Es muss grundlegendere Mechanismen des Bedeutungsschwunds geben als den Populismus; und jenseits der allgemeinen Beschaffenheit von Sprache haben Populisten konkrete Gründe, warum sie leerer Begriffe verwenden.

Jeder (historische) Begriff kann in bestimmten Kontexten zu einem leeren Signifikanten werden. Dies passiert, wenn er verwendet wird, um in einer Art von Demonstrativpronomen auf Dinge zu verweisen, ohne ihre Eigenschaften ausdrücklich zu benennen. Die Bedeutung des Begriffs (alles, was mit ihm verbunden ist) bleibt jedoch sowohl für den Sprecher als auch für den Hörer verfügbar. Typischerweise, wenn auch nicht immer, werden auf diese Weise Eigennamen (einschließlich jene von »kollektiven Individuen« wie Nationen) verwendet. Wenn wir jedoch gewöhnliche (oder allgemeine) Namen verwenden, greifen wir oft auf bestimmte Aspekte ihrer Bedeutung zurück, um die Botschaft zu formulieren und zu verstehen. Unser Gebrauch von Begriffen fluktuiert zwischen dem Modell des Eigennamens (ein leerer Signifikant mit einer immer verfügbaren, wenn auch vagen Bedeutung) und dem Modell des allgemeinen Namens, der eine Klasse von Dingen analytisch zu definieren versucht.

10 Ernesto Laclau: Die populistische Vernunft, übersetzt von Boris Kränzel. Wien: Passagen Verlag 2022, S. 97.

11 Ernesto Laclau: Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: ders.: Emanzipation und Differenz, übersetzt von Oliver Marchart. Wien, Berlin: Turia + Kant 2002, S. 65–78, S. 66.

12 Nikolaj Koposov: Kak dumajut istoriki [Wie Historiker denken]. Moskau: Novoje Literaturnoje Obozrenie 2001, S. 102–117; ders.: De l'imagination historique. Paris: Éditions de l'École des hautes études en sciences sociales 2009, S. 83–96; ders.: Collective Singulars: A Reinterpretation. In: Contributions to the History of Concepts 6 (1), 2011, S. 37–62.

Im Gegensatz zu eher abstrakten und allgemeinen Begriffen in den Naturwissenschaften funktionieren historische Begriffe typischerweise als »Halb-Eigennamen« und verweisen sowohl auf (mehr oder weniger) abstrakte und universale Bedeutungen als auch auf jene konkreten Einzelphänomene, die eine bestimmte Kategorie am besten veranschaulichen.¹³ Einige Eigennamen können jedoch auch eine allgemeine Bedeutung annehmen, wenn sie eng mit einem oder mehreren allgemeinen Begriffen verbunden sind. Sie werden dann zu halb-allgemeinen Namen. Dies gilt insbesondere für den Begriff »Holocaust«.

Das Verhältnis zwischen beiden Aspekten von Bedeutung (Sinngehalt und Bezug) schwankt von einer Kultur oder historischen Epoche zur anderen erheblich. Darüber hinaus entwickeln verschiedene politische Kräfte unterschiedliche Denkstile: Die einen bevorzugen universale Begriffsbedeutungen, andere betonen wiederum die konkreten Einzelfälle, die sie bezeichnen.

Reinhart Koselleck zufolge begann die Verbreitung relativ abstrakter und universaler historischer Konzepte im späten 18. Jahrhundert mit dem Aufkommen von auf die Zukunft gerichteter Meistererzählungen.¹⁴ Man kann argumentieren, dass die Krise der Zukunft und der Aufstieg der Erinnerung im späten 20. Jahrhundert Veränderungen in die entgegengesetzte Richtung angeregt haben, insbesondere einen Niedergang abstrakter Begriffe und universaler Werte sowie die wachsende Bedeutung lokaler Logiken und partikularistischer Identitäten (verwiesen sei damit auf den »Drift zur Partikularität«, um Andrew Vincent zu zitieren).¹⁵ Vor allem aber durchliefen die Formen der politischen Legitimation eine ähnliche Veränderung: Die Zukunftsprojekte – und die Meistererzählungen als ihre Hauptquelle – werden durch individuelle Entwicklungspfade ersetzt.

An anderer Stelle habe ich argumentiert, dass die moderne Demokratie auf einem bestimmten Gleichgewicht zwischen den zukunftsweisenden universalistischen Geschichtsphilosophien und den Bezügen auf einzelne Ereignisse beruht.¹⁶ Im Gegensatz dazu haben im gegenwärtigen Zeitalter des Populis-

13 Jean-Claude Passeron: *Le raisonnement sociologique: L'espace non-popperien du raisonnement naturel*. Paris: Nathan 1991, S. 60–61.

14 Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt: Suhrkamp 1979.

15 Andrew Vincent: *Nationalism and Particularity*. Cambridge: Cambridge University Press 2002, S. 1.

16 Nikolaj Kopusov: *The Logic of Democracy*. In: *Le Banquet* 27, 2010, S. 101–121.

mus die Eigennamen verschiedener Erinnerungsgemeinschaften und die Mythen, die Teil ihrer Bedeutung sind, an Bedeutung gewonnen, was auf Kosten von abstrakten und universalen Konzepten geht. Insbesondere haben »Völker« die sozialen Klassen als Hauptakteure von Geschichte und Identitätskonzepten ersetzt. In diesem Zusammenhang sind bestimmte Pfade der historischen Entwicklung für die politische Legitimation wichtiger geworden als abstrakte und universale Konzepte sowie die entsprechenden Zukunftsbilder. Entsprechend überrascht es nicht, dass man heutzutage dazu neigt, manches halb-allgemeines Konzept verstärkt im Hinblick auf seine Partikularität hin zu interpretieren.

Koselleck hielt daran fest, dass historische Begriffe grundsätzlich widerstreitende Bedeutungen haben; einmal sagte er sogar, sie besäßen nur Sinn, aber keinen Bezug.¹⁷ Innerhalb der einzelnen traditionellen Ideologien herrschte jedoch ein gewisses Maß an Einigkeit über ihre Bedeutung, etwa in der Frage, ob das fragliche Phänomen positiv oder negativ zu bewerten sei. So wurde die Demokratie von manchen politischen Kräften gelobt und von anderen abgelehnt. Allerdings beanspruchten weder Nazideutschland noch die Sowjetunion diese Bezeichnung für sich. Dafür hatten sie andere Konzepte wie »Volk« oder »Diktatur des Proletariats« (oder »sozialistische Demokratie« – aber niemals Demokratie *tout court*).

Zurzeit geschieht etwas anderes: Heute behaupten Russland und China, sie seien Demokratien, wenn auch vielleicht besondere. Doch weder Russland noch China lassen sich in irgendeiner sinnvollen Weise als Demokratien verstehen – und sie als solche zu bezeichnen führt dazu, dass der Begriff noch mehr entleert wird, als er es selbst unter den Nazis oder den Kommunisten war. Diese Form des Bedeutungsschwunds ist charakteristisch für das postfaktische Zeitalter und für die »postmoderne Diktatur«, wie Peter Pomerantsev Putins Russland bezeichnet hat.¹⁸ Denn Putins Umgang mit

17 Reinhart Koselleck: Einleitung. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart: E. Klett und J. G. Cotta, 1972–1993, Bd. 1, 1972, S. XIII–XXVII, hier: S. XXII–XXIII.

18 Peter Pomerantsev: *Risse in der Kreml-Matrix: Postmoderne Diktatur und Opposition in Russland* (übersetzt von Karl Hinz Siber). In: *Transit. Europäische Revue* 44, 2013, S. 179–193. Siehe auch sein Buch: *Nichts ist wahr und alles ist möglich: Abenteuer in Putins Russland*, übersetzt von Klaus Timmermann und Ulrike Wasel. München: Deutsche Verlagsanstalt 2015.

der Holocausterinnerung zeichnet sich durch vergleichbare semantische Manipulationen aus.

Die Holocausterinnerung kommt nach Russland

Wie bereits angesprochen war der Begriff des Holocaust unter den Sowjets nahezu unbekannt. Erst seit Ende der 1980er Jahre wurde die Shoah in Russland (und anderen osteuropäischen Ländern) allmählich als eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt. Der Sturz des kommunistischen Regimes und der Beginn der Demokratisierung schufen ein günstigeres Umfeld für die Erinnerung an den Holocaust. Doch Boris Jelzins demokratischer Regierung stand eine mächtige kommunistische und nationalistische Opposition entgegen, die sich seinem Reformkurs einschließlich seiner Symbolpolitik widersetzte. Deswegen konnte die Regierung ihr Vorhaben, durch die Unterstützung des Holocaustgedenkens die russische Geschichtspolitik stärker an die Geschichtspolitik des westlichen Gegenübers anzugleichen, nur vorsichtig umsetzen. Initiativen zur Erinnerung an den Holocaust gingen vor allem von mehreren neu gegründeten Nichtregierungsorganisationen aus: von *Memorial* (1989/1991), vom *Moskauer Antifaschistischen Zentrum* (1990), vom *Russischen Forschungs- und Bildungszentrum »Holocaust«* (1992), vom *Russisch-Jüdischen Kongress* (1996), von der *Interregional Holocaust Foundation* (1997) und von der *Föderation Jüdischer Gemeinden Russlands* (1999). 1998 wurde die *Museumssynagoge für jüdische Kultur und Holocaust*, auch bekannt als Moskauer Gedenksynagoge, auf dem Poklonnaja-Hügel in Moskau als Teil eines Museumskomplexes eröffnet, der dem Sieg Russlands im Zweiten Weltkrieg gewidmet ist (das Museum umfasst auch eine orthodoxe Kirche und eine Moschee). Diese Bemühungen erwiesen sich jedoch als unzureichend, um den Holocaust als festen Bestandteil in das russische Nationalgedächtnis zu integrieren.

Unter Putin wurde der Kult um den Zweiten Weltkrieg (genauer gesagt um den Sieg Russlands im Russisch-Deutschen Krieg 1941–1945, in Russland als Großer Vaterländischer Krieg bezeichnet) zum Hauptpfeiler der offiziellen Ideologie des Kremls. Auch wenn die russische Verfassung von 1993 eigentlich jede »staatliche oder verbindliche« Ideologie verbietet, funktioniert das Gedenken an den Krieg faktisch auf die gleiche Weise wie eine Ideologie.¹⁹

19 Nikolaj Kopusov: »The Only Possible Ideology: Nationalizing History in Putin's Russia. In: *Journal of Genocide Research* 24(2), 2022, S. 205–215.

Außerdem genießt das offizielle Kriegsnarrativ juristischen Schutz: Ein Gesetz von 2014 (2021 geändert) führte die strafrechtliche Sanktionierung von Äußerungen abweichender Meinungen über den Krieg ein.²⁰ Anschuldigungen, wonach die Sowjets zur Entfesselung des Krieges beigetragen, Kriegsverbrechen begangen und Osteuropa in der Endphase des Krieges weniger befreit als vielmehr besetzt haben, gelten in Russland als kriminelle Handlungen. Der Kriegskult knüpft an Stalins Kriegspropaganda an und geht damit auf die 1948 von Stalin selbst inoffiziell redigierte Broschüre »Geschichtsfälscher« zurück, eine Entgegnung auf die Behauptung, der Kreml sei für den Ausbruch des Krieges mit verantwortlich gewesen.²¹ Bei der Fortentwicklung des Kriegskults in den 2000er Jahren gingen Putins »Polittechnologien«, unter ihnen der kürzlich verstorbene Gleb Pavlovski, davon aus, dass sich die traditionellen zukunftsorientierten Ideologien überlebt hatten und dass die Geschichtspolitik »zum Standard der Politik als solcher« wird.²²

Mit der Formierung von Putins autoritärem Regime und seiner zunehmend antiwestlichen Außenpolitik wurden das Holocaustgedenken und der Menschenrechtsbegriff immer mehr als ideologische Waffen betrachtet, die der Westen in seinem »Kreuzzug« gegen Russland einsetzt. Das Verschweigen des Holocaust und seine Verharmlosung durch den Vergleich mit den Leiden anderer Völker der ehemaligen Sowjetunion wurde zur vorherrschenden russischen Version der Verzerrung des Holocaust. So bezeichneten die meisten Abgeordneten des russischen Parlaments den Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Union von 2008 als absurd, in dem die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert wurden, die Leugnung des Holocaust zu bestrafen. Der Abgeordnete des Föderationsrats Oleg Pantelejev sagte zum Beispiel: »Wir sollten die Tragödie des Holocaust nicht alleinig herausstellen. [...] Neben

20 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation, Artikel 354.1. Zu diesem Gesetz und zu Putins Geschichtspolitik siehe Nikolaj Koposov: *Memory Laws, Memory Wars: The Politics of the Past in Europe and Russia*. Cambridge: Cambridge University Press 2017, Kapitel 6. Zu den Änderungen des Gesetzes siehe ders.: *Holocaust Remembrance, the Cult of the War, and Memory Laws in Putin's Russia*. In: Elazar Barkan und Ariella Lang (Hg.): *Memory Laws and Historical Justice: The Politics of Criminalizing the Past*. London: Palgrave Macmillan 2022, S. 131–166.

21 Falsifikatory istorii [Geschichtsfälscher]. Moskau: Sowjetisches Informationsbüro 1948. Deutsch: *Geschichtsfälscher*. In: *Neue Welt*, Berlin, Februar 1948 (Nr. 5), S. 3ff.

22 Gleb Pavlovski: Plocho s pamjatju – plocho s politikoj [Schwachtes Gedächtnis – schwache Politik]. In: *Russkij žurnal* [Russisches Journal] vom 11.12.2008. <http://www.vovre-myia.info/art/1228908577.html>.

dem Holocaust gab es auch andere Gräueltaten und tragische Ereignisse.«²³ Der Kreml lehnte es 2011 auch ab, den nationalen Holocaustgedenktag in die Liste der russischen Gedenktage aufzunehmen. Die Regierung begründete diese Entscheidung in einem Schreiben an den Präsidenten des *Russisch-Jüdischen Kongresses*, Jury Kanner, wie folgt:

»Bei allem Respekt vor der Tragödie des jüdischen Volkes, das während des Zweiten Weltkriegs Ziel eines Völkermordes wurde, sind wir der Meinung, dass wir die Millionen unschuldiger Opfer des Naziregimes aus anderen Nationen (Russen, Ukrainer, Polen, Weißrussen, das Volk der Roma) nicht vergessen sollten. Ein solcher Tag sollte ›Tag des Gedenkens an die Opfer des Naziregimes‹ genannt werden. Die Liste der russischen Gedenktage enthält jedoch bereits einen Tag des Gedenkens und der Trauer (den 22. Juni [*das ist das Datum des deutschen Überfalls auf die UdSSR im Jahr 1941 – N.K.*]). Deshalb erscheint die Einführung eines weiteren Gedenktages überflüssig.«²⁴

Aus Moskaus Sicht war das Gedenken an den Holocaust allerdings taktisch in mancher Hinsicht auch vorteilhaft, hatten die Nazis doch in einigen osteuropäischen Ländern willige Kollaborateure gefunden – eine Tatsache, die die Geschichtspolitik dieser Länder zu verschleiern suchte. Der Kreml konnte dies nutzen, um seine Gegner in den osteuropäischen Erinnerungskriegen als Verbündete der Nazis darzustellen – oder gleich als Nazis, wie Putin und seine Propagandisten jetzt diejenigen Ukrainer nennen, die die russische Herrschaft nicht akzeptieren wollen. Russlands enge Beziehungen zu Israel, die unter Ariel Sharon und Benjamin Netanjahu aufgebaut wurden, trugen ebenfalls zur Entscheidung des Kremls bei, die Möglichkeiten dafür auszuloten, die Erinnerung an den Holocaust für seine Interessen zu instrumentalisieren.

-
- 23 Členy Soveta Federacii prokommentirovali racionalnost razrabotki Evrosojuzom zakona ob ugovolnoj otvetstvennosti za otricanie Cholokosta [Die Mitglieder des Föderationsrates äußerten sich zur Rationalität der Ausarbeitung eines Gesetzes über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Europäischen Union für die Leugnung des Holocaust]. Sovet Federacii [(Russischer) Föderationsrat] vom 23.4.2007. <http://council.gov.ru/events/news/23060/>.
- 24 V administracii prezidenta RF iniciativu REK o vnesenii Dnja pamjati žertv Cholokosta v perečen pamjatnych dat nazvali »izlišnej« [Die Regierung des Präsidenten der Russischen Föderation bezeichnete die Initiative des Russisch-Jüdischen Kongresses für die Aufnahme des Holocaustgedenktages in die Liste der Gedenktage als »unnötig«. NEWSru.com vom 12.4.2011. <http://www.newsru.com/russia/12Apr2011/holokost.htm> l.

Diese Versuche begannen in den späten 2000er Jahren. Im Jahr 2008 wurde die *Stiftung Historische Erinnerung* mit der Aufgabe gegründet, Archivmaterial zu veröffentlichen, das von den Geheimdiensten zur Verfügung gestellt wird und die Mitschuld einiger osteuropäischer Bevölkerungsgruppen an der Shoah belegt. Im Jahr 2010 gründete Boris Spiegel, ein dem Kreml nahestehender russischer Oligarch und Abgeordneter des Föderationsrates, eine internationale NGO mit dem Namen »Welt ohne Nazismus«, die auf die Überwachung und Bekämpfung von dem, was als Rehabilitierung des Nazismus bezeichnet wird, ausgerichtet ist.

Zu Beginn von Putins Herrschaft ging es dem Kreml erstmal darum, den sowjetischen Kriegskult wiederherzustellen, der durch die wissenschaftliche Forschung und eine demokratische Geschichtspolitik in den 1990er Jahren untergraben worden war. Außerdem sollten alternative Erinnerungen marginalisiert werden, insbesondere an Stalins Repressionen, die für die demokratische Interpretation der sowjetischen Geschichte von zentraler Bedeutung waren. Dafür konnte das Regime auf die geerbte Infrastruktur des sowjetischen Kriegskults zurückgreifen, auf Museen, Gedenkstätten und Veteranenverbände, auf eine Vielzahl von Filmen und fiktionalen Werken und vieles mehr. Nachdem sich der Kult nach mehreren groß angelegten Propagandakampagnen fest etabliert hatte, wurde es möglich, die offizielle Erzählung über den Zweiten Weltkrieg auszudifferenzieren, ohne diese als solche in Frage zu stellen. Ziel war es nun, möglichst viele verschiedene Zielgruppen zu erreichen. Weil Stalin nun vor allem als großer nationaler Führer und siegreicher Oberbefehlshaber im Krieg angesehen wurde, ließ sich die Erinnerung an den Holocaust, ebenso wie die Erinnerung an Stalins Repressionen, nun weitreichender in das offizielle Narrativ integrieren.

Die Eröffnung der *Mauer der Trauer* (das Denkmal für die Opfer des Sowjetsregimes in Moskau) im Jahr 2017 bildete den Höhepunkt dieser Strategie. Gorbatschovs Politbüro hatte während der Perestrojka beschlossen, eine solche Gedenkstätte zu schaffen, aber das einzige Ergebnis war damals die Aufstellung des Solovezki-Steins, der von den Solovezki-Inseln (dem Geburtsort des als Gulag bekannten sowjetischen Gefangenenlagersystems) vor das KGB-Hauptquartier im Zentrum von Moskau gebracht worden war. Für Jahrzehnte war der Solovezki-Stein das wichtigste Symbol für den kommunistischen Terror in Russland. Vor diesem Hintergrund erscheint die Errichtung der von der Regierung finanzierten *Mauer der Trauer*, bei deren Einweihung Putin persönlich eine Rede hielt, als ein Versuch, die Erinnerung an die demokratische Opposition zu domestizieren. Indem das russische Unterdrückungsre-

gimes die Erinnerung an den Staatsterror in seine offizielle Ideologie einverleibte, änderte es den Charakter der Erinnerung und verwässert deren humanistisches Potenzial. Auf ähnliche Weise werden von der Regierung kontrollierte Menschenrechtsorganisationen dazu benutzt, unabhängige Aktivisten, die vom Regime verfolgt werden zu marginalisieren, ohne dass deren besser situierte Kollegen dazu bereit oder in der Lage wären, für sie einzustehen. Und so überrascht es nicht, dass mehrere ehemalige sowjetische Dissidenten die Regierung dafür verurteilten, dass diese der Opfer der Sowjetherrschaft zwar gedenkt, aber gleichzeitig massive politische Repressionen ausübt.²⁵

Diese Analyse hilft dabei, die Veränderung in der Haltung des Regimes zum Holocaust zu verstehen, zu welcher es in eben jenem kam, in dem sich die Domestizierung der Erinnerung an die kommunistischen Repressionen entwickelte. Anstatt den Holocaust als »störenden Konkurrenten« des sowjetisch-russischen Kriegsmythos zu verschweigen,²⁶ begann der Kreml damit, die Kontrolle über das Gedenken zu übernehmen, indem er den Holocaust als Teil seiner eigenen Geschichtspolitik institutionalisierte, um im gleichen Atemzug dessen Potenzial als alternative Erinnerung einzuschränken.

Die Rehabilitierung des Holocaust zeigte sich besonders nach 2015. Die Annexion der Krim im Jahr 2014 hatte für eine zunehmende internationale Isolierung Russlands gesorgt. Zu einem wichtigen Zeichen der Isolation wurde der Skandal, den Putin auslöste, als er im Januar 2015 nicht an den Feierlichkeiten zum siebzigsten Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee teilnahm. Damit in direktem Zusammenhang steht wohl die Entscheidung, das Holocaustgedenken stärker in den offiziellen Kriegskult einzubinden.

Es ist klar, dass der Kreml die Shoah manipulativ dafür nutzt, seine imperialistische Agenda voranzutreiben. Dennoch muss auch festgestellt werden, dass in Russland seit Kurzem unzweifelhaft Fortschritte bei der Erinnerung an den Holocaust erzielt werden.

25 Sovetskie dissidenty nazvali »Stenu skorbi« licemeriem vlasti [Sowjetische Dissidenten nannten die »Mauer der Trauer« eine Heuchelei der Behörden]. Radio France International vom 31.10.2017. <http://www.rfi.fr/ru/rossiya/20171031-sovetskie-politzaklyuche-nnye-i-dissidenty-nazvali-stenu-skorbi-litsemieriem>.

26 Der Ausdruck stammt von Jeffrey Herf, siehe sein Buch: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, übersetzt von Klaus-Dieter Schmidt. Berlin: Propyläen 1998, S. 450.

So hat sich die Bildung über den Holocaust in Russland seit 2003 erheblich verbessert, als das Bildungsministerium auf Druck des *Russischen Forschungs- und Bildungszentrums »Holocaust«* den Holocaust auf den Lehrplan der Oberschulen gesetzt hatte. Im Jahr 2011 fanden Fragen über den Holocaust Eingang in die nationale Abschlussprüfung für Geschichte. Seit 2004 enthalten die Geschichtslehrbücher in der Regel einen einseitigen Abschnitt zum Thema. Manche Schulen bieten Wahlfächer zum Holocaust an. Im Jahr 2012 eröffnete in Moskau das *Jüdische Museum und Zentrum für Toleranz*. Außerdem wurde in den letzten Jahren in Russland eine Reihe weiterer Holocaustgedenkstätten errichtet, unterstützt durch das Projekt »Wiederherstellung der Würde« des *Russisch-Jüdischen Kongresses*, an dem auch das *Russische Forschungs- und Bildungszentrum »Holocaust«* beteiligt ist. Aktivisten und Wissenschaftler haben mehr als fünfhundert Orte des Massenmordes an Juden in Russland identifiziert. Es ist geplant, an allen diesen Orten Denkmäler zu errichten. Mehrere Dutzend Mahnmale wurden bereits aufgestellt, darunter in Slynka (im Jahr 2017 in der Oblast Brjansk), Plavsk (im Jahr 2018 in der Oblast Tula), Chabarovsk (im Mai 2018), Brjansk (in den Jahren 2013 und 2018) und Pavlovo (im Jahr 2018 in der Oblast Leningrad).

Der russische Soziologe Boris Dubin vertrat noch 2013 die Ansicht, dass »der Holocaust als Thema in der russischen Massenkultur nicht existiert«. ²⁷ Seitdem haben sich die Dinge zu geändert. Mehrere neuere Spielfilme befassen sich mit dem Holocaust, darunter vor allem Pavel Čuchrajs *Kalter Tango* (*Cholodnoe tango*) von 2017 und Konstantin Chabenskij's *Sobibor* von 2018. Čuchraj, der 2002 mit Steven Spielberg an dessen Mini-Dokumentarserie *Broken Silence* arbeitete und für seine liberalen Ansichten bekannt ist, protestierte gegen die Annexion der Krim 2014 und verurteilte Russlands Invasion der Ukraine 2022. ²⁸ Sein Film *Kalter Tango* handelt vom Holocaust, aber auch von der sowjetischen Unterdrückung in Litauen. Das politische Profil von Chabenskij sieht wiederum ganz anders aus. Als beliebtester Schauspieler Russlands und Direktor des renommierten Moskauer Kunsttheaters vermeidet Chabenskij es, sich

27 Boris Dubin: Vtoraja mirovaja vojna i Cholokost v rossijskom obščestvennom soznanii [Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust im russischen Allgemeinwissen]. 14.11.2013. <http://urokiistorii.ru/article/519>.

28 Protiv vojny, protiv samoizolyatsii Rossii, protiv restavratsii totalitarizma [Gegen den Krieg, gegen die Selbstisolierung Russlands, gegen die Restauration des Totalitarismus]. Erklärung des Antikriegskongresses der russischen Intelligenzija. Novaja Gazeta vom 13.3.2014; Pozor agressoru! Slava Ukraine! [Vorsicht Aggressor! Ruhm für die Ukraine!]. AVA.MD vom 27.2.2022.

zu politischen Themen zu äußern. Sein *Sobibor* erzählt die Geschichte des Aufstands im Vernichtungslager Sobibór im Oktober 1943, der von einem Leutnant der Roten Armee, Aleksandr Pečerskij (von Chabenskij selbst gespielt), angeführt wird.

Es stehen nur sehr wenige soziologische Daten zur Verfügung, um die Veränderungen der öffentlichen Wahrnehmung des Holocaust in der russischen Gesellschaft zu messen. Laut dem (verhältnismäßig) unabhängigen Levada-Zentrum sank die Zahl der Befragten, die behaupteten, nichts über den Holocaust zu wissen, zwischen 2007 und 2015 von 13 Prozent auf 8 Prozent. Der Anteil der »Leugner« fiel von 12 Prozent auf 6 Prozent Und die Zahl derjenigen, die damit übereinstimmten, dass die Nazis versucht hätten, »das gesamte [jüdische] Volk« auszurotten, stieg von 63 Prozent auf 74 Prozent.²⁹ Meines Wissens haben Soziologen jedoch nicht versucht herauszufinden, ob ein Bewusstsein für den Holocaust automatisch bedeutet, dass die Befragten diesem die Stellung eines zentralen Kriegsereignisses einräumen.

Die Manipulation des Holocaustgedenkens

Wie bereits erwähnt verbindet sich das Gedenken der Shoah in Russland nach wie vor mit überwiegend manipulativen Zielen. Sowohl *Kalter Tango* als auch *Sobibor* stehen mit der offiziellen Geschichtspolitik völlig im Einklang: In Čuchrajs Film gibt es keinen einzigen Litauer, der – mit Ausnahme von Laima (Julija Peresild), der weiblichen Hauptfigur, die allerdings im Wesentlichen ein passives Opfer bleibt – als heldenhaft dargestellt wird. Litauische Protagonisten sind Täter entweder des nationalsozialistischen oder des kommunistischen Terrorregimes. Im Gegensatz dazu stellt der sowjetische Offizier Major Taratuta (Sergej Garmaš) eine weitgehend positive Figur dar, einen zwar groben und korrupten, aber letztlich gutmütigen lokalen Despoten. *Sobibor* wiederum thematisiert die entscheidende Rolle Russlands im Widerstand gegen die Nazis – Leutnant Pečerskij war schließlich ein sowjetischer Offizier. In seinem Film erklärt Chabenskij das Heldentum der Antifaschisten auch mit ihrer Liebe zu Stalin.

29 Genocid armjanskogo i evrejskogo narodov [Genozid am armenischen und jüdischen Volk]. Levada-Centr vom 15.6.2016. <http://www.levada.ru/2015/06/15/genotsid-armyanskogo-i-evrejskogo-narodov/>.

Die Verfasser des oben genannten Erinnerungsgesetzes von 2014 behaupteten, es ähnele den westlichen Gesetzen gegen Holocaustleugnung. Das Gegenteil ist der Fall: Indem es die »Verbreitung wissenschaftlicher Falschinformationen über die Aktivitäten der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs« unter Strafe stellt, schützt es in Wahrheit das Ansehen des sowjetischen Unterdrückungsregimes, anstatt seiner Opfer zu gedenken. Zwar kriminalisiert es »die Leugnung von Tatsachen, die durch das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs festgestellt wurden«, womit die Leugnung des Holocaust in den Anwendungsbereich des Gesetzes fällt. Die Anwendung des Gesetzes zeigt jedoch, dass Holocaustleugnung in Russland weiterhin toleriert wird. Mir sind mehr als dreißig Fälle bekannt, in denen das Gesetz gegen Personen angewendet wurde, die behaupteten, der sowjetisch-nazideutsche Pakt von 1939 habe den Krieg ausgelöst, oder die über sowjetische Kriegsverbrechen sprachen. Dagegen kenne ich nur zwei Fälle, in denen es zur Anklage wegen Holocaustleugnung kam. Einer der beiden Angeklagten (Roman Juškov, ein Aktivist und Blogger aus Perm) wurde 2018 freigesprochen, während das Verfahren gegen den anderen (den St. Petersburger Professor Vladímir Matvejev) im Jahr 2022 aus gesundheitlichen Gründen eingestellt wurde (Matvejev wurde jedoch von seiner Universität entlassen). Antisemitische Aussagen werden nur in Ausnahmefällen auf Grundlage anderer Gesetze strafrechtlich verfolgt, was einige Politiker eher dazu ermutigt, sich antisemitisch zu äußern. So sagte Pjotr Tols-toj, Abgeordneter der Regierungspartei *Einiges Russland* und stellvertretender Sprecher der Staatsduma, im Jahr 2017, dass diejenigen, die gegen die Rückgabe der St. Petersburger Isaaskathedrale an die orthodoxe Kirche protestierten, »die Enkel und Urenkel derer [sind], die unsere Kirchen zerstört haben, die 1917 mit Revolvern aus dem Ansiedlungsrayon [mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil, Anmerkung der Übersetzerin] gesprungen sind«. Später brachte Tolstoj eine vage Entschuldigung vor, wonach er damit angeblich nicht die Juden gemeint habe.

Selbst die Errichtung von Holocaustdenkmälern kann den Holocaust verzerrern. So geschehen am 27. Januar 2013, als – bei der Enthüllung des Brjansker Mahnmals – Igor Zelsburg, der Leiter einer lokalen jüdischen Organisation, sagte, die Nazis hätten 17 000 Juden in der Region Brjansk ermordet. Dabei ließ Zelsburg unerwähnt, dass einige Juden von der lokalen Bevölkerung ermordet worden waren, unter anderem von den Aktivisten für die Autonomie der Republik Lokot, der größten halbautonomen russischen Region unter der deutschen Besatzung. Putins Ideologen lassen zudem keine Gelegenheit aus, Polen, Ukrainer oder Litauer zu beschuldigen, am »Holocaust durch Massen-

erschießungen« beteiligt gewesen zu sein. Die Diskussion über die russische Beteiligung am Holocaust bleibt in Russland hingegen weiterhin tabu.³⁰

In den öffentlichen Reden russischer Politiker wird der Holocaust dazu benutzt, den offiziellen Kult, um den Zweiten Weltkrieg weiter zu befördern. So sagte Putin selbst im Januar 2015:

»Der Holocaust war eines der tragischsten und beschämendsten Kapitel der Menschheitsgeschichte. Millionen von unschuldigen Menschen fielen den Nazis zum Opfer [...]. Die Rote Armee setzte diesen Gräueltaten ein Ende [...] und rettete nicht nur das jüdische Volk, sondern auch andere Völker in Europa und in der Welt.«³¹

Diese Erklärung hebt die entscheidende Rolle der UdSSR beim Sieg über den Nationalsozialismus hervor, spielt aber zugleich die Rolle des Holocaust als ein gegen die Juden gerichtetes Verbrechen herunter. Auf Juden referierte Putin lediglich als »unschuldige Menschen«. Als Putin 2018 zusammen mit Benjamin Netanjahu das *Jüdische Museum und Zentrum für Toleranz* in Moskau besuchte, verurteilte er wiederum Versuche, »den Holocaust zu leugnen und den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über Nazideutschland herunterzuspielen«.³² Und während eines Besuchs der Holocaust-Gedenksynagoge

30 Pamjat žertv Cholokosta počtili v Brjanskoj oblasti. Akcija v pamjat o bolee čem 17 tysjačah evrejev, uničožennyh za gody okkupacii v Brjanskoj oblasti, prošla v Brjansku u nedavno otkrytogo memorialnogo kompleksa žertvam Cholokosta [Gedenken an die Opfer des Holocaust in der Region Brjansk. In Brjansk fand in der Nähe des kürzlich eröffneten Denkmalkomplexes für die Opfer des Holocaust eine Erinnerungsveranstaltung an die mehr als 17 000 Juden statt, die während der Besatzungszeit in der Region Brjansk ermordet wurden.]. Ria novosti vom 27.1.2013. ria.ru/society/20130127/919956905.html.

31 Privetstvie učastnikam Memorialnogo večera-rekviema, posvjaščjonnogo 70-letiju osvoboždenija Krasnoj armijej uznikov konclagerja Osvencim i Meždunarodnomu dnju pamjati žertv Cholokosta [Begrüßung der Teilnehmer des Abendrequiems anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee und des Internationalen Gedenktages der Opfer des Holocaust]. President Rossii [Russischer Präsident] vom 26.1.2015. <http://kremlin.ru/events/president/news/47520>.

32 Meroprijatie, posvjaščjonoje dnju pamjati žertv Cholokosta i godovščine snjatija blokady Leningrada [Veranstaltung zum Holocaustgedenktag und zum Jahrestag der Aufhebung der Belagerung von Leningrad]. President Rossii [Russischer Präsident] vom 29.1.2018. <http://kremlin.ru/events/president/news/56740>.

in Moskau im Januar 2015 sagte Valentína Matviénko, Vorsitzende des Föderationsrates:

»Diejenigen, die den Holocaust leugnen, und diejenigen, die leugnen, dass die Rote Armee die Welt von den Faschisten befreit hat, Auschwitz befreit hat – diese Personen begehen Verbrechen gegen die Erinnerung.«³³

Im Jahr 2019 wiederholte sie diese Botschaft:

»Wir trauern um die Opfer des Holocaust, [und] wir verneigen unsere Häupter vor der großen Leistung der sowjetischen Soldaten und Offiziere, die den Faschismus besiegt haben.«³⁴

Auch hier ist die Erinnerung an den Holocaust lediglich ein Mittel, um die sowjetische Armee zu verherrlichen. Das offizielle Holocaustgedenken in Russland ist somit fest in den aggressiven Kriegskult der Regierung eingebaut.

Auf eben diese Weise werden die, aus ihrem ursprünglichen Kontext herausgelöst, Signifikanten entleert. Sobald die kosmopolitische Erinnerung, in deren Kontext die Shoah ihre universale Bedeutung erlangte, als partikularistisches Narrativ zurückgewiesen wird, kann die Erinnerung an den Holocaust manipulativ für eine Vielzahl von Zwecken genutzt werden. Der Holocaust muss nicht einmal geleugnet oder umgedeutet werden, um zu einem Teil der antidemokratischen Agenda zu werden: Er kann einfach in einen diskursiven Kontext gestellt werden, der für diese Agenda geeignet ist.

33 Matvienko nazvala prestupnikami tekh, kto otrbtset kholokost (sic!). NTV vom 27.1.2015. <http://www.ntv.ru/novosti/1295238>.

34 Obraščenie Predsedatelja SF V. Matvienko v svjazi s Meždunarodnym Dnem pamjati žertv Cholokosta [Rede der Vorsitzenden des Föderationsrates V. Matvienko zum Internationalen Holocaustgedenktag]. Sovet Federacii [(Russischer) Föderationsrat] vom 27.1.2019. <http://council.gov.ru/events/news/100724>.

Der Missbrauch des Holocaust und der fluide russische Nationalismus heute

Aleksandr Verchovskij

Über diejenigen, die in Russland den Holocaust leugnen, rechtfertigen oder herunterspielen, und darüber, wie sie es tun, wurde bereits eine Menge geschrieben. Diese Erkenntnisse ändern nicht viel. Allerdings beobachten wir dabei einige quantitative Veränderungen im Vorkommen von Antisemitismus. Das scheint mir ein guter Ausgangspunkt für dieses Kapitel zu sein.

Nach meiner Meinung ist es außerdem wichtig festzuhalten, dass sich in liberalen russischen Kreisen zurzeit eine komplexere Haltung zur Holocaustleugnung abzeichnet, was mit der russischen Strafverfolgung im Zusammenhang steht.

Schließlich ändert sich, auf welche Weise das Holocaustthema seit Februar 2022 für die Bedürfnisse der Staatspropaganda instrumentalisiert wurde, die ihrerseits nicht auf Antisemitismus oder gar Holocaustleugnung begründet ist.

Ultranationalisten und das Thema der Holocaustleugnung

In Russland ist der Antisemitismus unter Nationalisten nicht mehr so zentral, wie er es in den 1990er Jahren war. Der russische Nationalismus selbst ist seit Mitte der 2010er Jahre stark rückläufig, was sich an seinen existierenden politischen Organisationen ablesen lässt.¹ Beispielsweise verringerte sich die Gesamtzahl der Teilnehmer am »Russischen Marsch«, der alljährlich am 4. November im ganzen Land stattfindet, von 17 000 im Jahr 2013 auf 6 000 im Jahr

1 Aleksandr Verchovskij: The Russian nationalist movement at low ebb. In: Pål Kostø und Helge Blakkisrud (Hg.): *Russia Before and After Crimea. Nationalism and Identity, 2010–2017*. Edinburgh: Edinburgh University Press 2018, S. 142–162.

2018.² (Obwohl russisch-nationalistische Organisationen und Gruppierungen seit 2022–23 im Kontext des Krieges gegen die Ukraine und mit Kampagnen gegen Immigranten auch wieder auf dem Aufstieg sind; dieser Wiedererstarkung ist aber problematisch und hart zu quantifizieren.³)

Vor diesem Hintergrund ist auch der Antisemitismus innerhalb des russischen Nationalismus zurückgegangen. Wir können diesen Trend mit den Zahlen veranschaulichen, die die Informationserfassung des SOVA-Zentrums zur Verfügung stellt.

Gewalttätige antisemitische Hassverbrechen sind selten und ihre Zahl geht weiter zurück – in den fünf Jahren zwischen 2012 und 2016 gab es neun solcher Angriffe, in den nächsten fünf Jahren zwischen 2017 bis 2021 nur drei und keinen Vorfall im Jahr 2022.

Antisemitischer Vandalismus hingegen ist nach wie vor häufiger – er ist mit weniger Risiko verbunden; für den modernen russischen Antisemitismus ist die symbolische Gegnerschaft zu Juden wichtiger als physische Angriffe auf einzelne jüdische Personen. Auch beim Vandalismus lässt sich diese abnehmende Tendenz beobachten: 33 Taten in den fünf Jahren zwischen 2012 und 2016 und nur 21 in den darauffolgenden fünf Jahren. Allerdings veränderte sich die Anzahl von ernsten Angriffen – Brand- oder Bombenanschläge – nicht und blieb im Bereich von 1 bis 1,5 Vorfällen pro Jahr. Im Jahr 2022 verzeichneten wir wiederum fünf Vorfälle, von denen keiner schwerwiegend war.

Wir können feststellen, dass die absoluten Zahlen verhältnismäßig niedrig sind.⁴ Schwere Anschläge auf Gedenkstätten zum Holocaust gab es keine, allerdings wurden die Denkmäler immer wieder mit Graffiti beschmiert und gelegentlich beschädigt. In den gleichen Fünfjahreszeiträumen beobachteten wir fünf Vorfälle in den ersten fünf Jahren und in den nächsten fünf Jahren nur

2 Russkij marš s 2009 goda [Der Russische Marsch seit dem Jahr 2009]. In: Russkije natsionalisty. Spravochnik [Russische Nationalisten. Ein Verzeichnis]. SOVA-Zentrum. https://ref-book.sova-center.ru/index.php/Русский_марш_с_2009_года.

3 Alexander Verkhovsky: Russian Nationalists' Movement Against the Backdrop of War in Ukraine. Das Begin-Sadat-Zentrum für ›Strategic Studies‹ vom 17.1.2024. (<https://besacenter.org/russian-nationalists-movement-against-the-backdrop-of-war-in-ukraine/>).

4 Die Forschung für diesen Beitrag endete vor dem 7. Oktober 2023. Die Auswirkungen relevanter Ereignisse seither bedürfen weiterer Diskussionen, die hier nicht geleistet werden.

drei (2 Vorfälle im Jahr 2021, 1 Vorfall im Jahr 2019, 2 in 2016, 3 in 2015). Im Jahr 2022 gab es keinen Vorfall.⁵

Natürlich gibt es im Land viel Hassrede – auch gegen Juden. Es ist jedoch äußerst schwierig, ihren tatsächlichen Umfang und die weitere Entwicklung abzuschätzen, da uns meiner Meinung nach zu diesem Thema keine belastbaren Daten zur Verfügung stehen. In einer äußerst selektiven Untersuchung von Hassrede, die wir im Herbst 2020 und Frühling 2021 bei mehreren unpolitischen Gruppen in sozialen Netzwerken sowie in den Leserkommentaren bestimmter Medien durchführten, tauchte Antisemitismus freilich durchaus auf. Er findet sich vor allem in den Kommentarspalten der Massenmedien – was bedeutet, dass es sich hier um einen Antisemitismus vorwiegend politischer oder ideologischer Natur handelt, und weniger um ein zwischenmenschliches Phänomen. Die Bedrohung wird also weniger in einzelnen jüdischen Personen als vielmehr im »Judentum« als solchem gesehen. Hassrede, die sich gegen solche politisierte Hassobjekte – einschließlich die Juden – richtet, tendiert übrigens dazu, extremer auszufallen. Allerdings hat diese Untersuchung auch ergeben, dass Juden weit davon entfernt sind, das Antipathie-Ranking anzuführen.⁶ Und nur ein einziger antisemitischer Kommentar enthielt einen Bezug auf den Holocaust.

Die Entwicklung der ethnischen (und der wesentlich weniger verbreiteten religiösen) Intoleranz lässt sich mittels breit angelegter Umfragen ermitteln und zeigt einen – gleichwohl ungleich verteilten – Rückgang von Antisemitismus.⁷ Durch solche Umfragen werden allerdings verstärkt passive Haltungen abgefragt, die sich nicht unbedingt dafür eignen, die wirklichen Dynamiken von Hasspropaganda zu beurteilen. Wir können unsere Einschätzung der Lage aber auch ausgehend vom Umfang der Strafverfolgung wegen Volksverhetzung vornehmen. Dabei ist aber zu bedenken, dass die Strafverfolgung in erster Linie den Willen der Staatsbehörden reflektiert und nicht unbedingt das tatsächliche Vorkommen von Hassrede in der Gesellschaft. Doch könnte die

5 Vgl. die Datenbank auf der Webseite des SOVA-Zentrums: <https://www.sova-center.ru/en/database/>.

6 Aleksandr Verchovskij: Otčet o monitoringe jazyka vraždy [Hatespeech-Untersuchungsbericht]. SOVA-Zentrum vom 6.7.2021. <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2021/07/d44509/>.

7 Lev Gudkov: Anti-Semitism in present day Russia: The results of sociological research. In: Ilya Altman (Hg.): Protecting Future: Selected Papers the First Moscow International Conference on Combating Anti-Semitism. Moskau, 1.–2.11.2016. o.O.: Russian Jewish Congress 2018, S. 54–70.

Aufschlüsselung nach den verschiedenen Zielen von Hassrede möglicherweise zum Teil wirkliche Tendenzen aufdecken, obwohl ich mir darüber im Klaren bin, dass auch dies nur eine Vermutung ist.

Wie verbreitet ist die Sanktionierung von Antisemitismus? Es sei angemerkt, dass Antisemitismus auf allen Ebenen der Regierung als völlig unakzeptabel gilt, im Gegensatz zu intoleranten Äußerungen über viele andere Gruppen, denen gegenüber eine komplexere Haltung eingenommen wird. Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich, dass der Anteil an Strafverfolgung von Antisemitismus höher ausfallen wird als der tatsächliche Anteil von antisemitischen Äußerungen im gesamten Ausmaß von Hassrede.

Im Jahr 2021 verzeichneten wir 184 Urteile gegen 187 Personen für öffentliche Äußerungen, die von der Anstiftung zum Terrorismus bis zur Volksverhetzung reichen; offensichtliche Fehlurteile, von denen keines mit Antisemitismus im Zusammenhang stand, wurden nicht mitgerechnet.⁸ Wir versuchten, die Objekte von Hassrede in Gruppen einzuteilen und ihre Verteilung zu ermitteln (unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich eine einzelne Verurteilung auf mehrere Objekte beziehen kann). In 39 Fällen wissen wir nicht, gegen welche Gruppe die Äußerungen gerichtet waren. In nicht weniger als 84 Fällen richteten sich die Äußerungen gegen Regierungsvertreter – eine im Vergleich zu den Vorjahren noch nie dagewesene Anzahl. Äußerungen gegen ethnische Feinde wurden in 75 Urteilen verhandelt, davon waren 17 gegen Juden gerichtet – das sind etwa 22 Prozent der Fälle. Äußerungen gegen religiöse Feinde erscheinen in 47 Urteilen, und davon war nur eine gegen Juden gerichtet – das heißt, dass es religiös motivierten Antisemitismus fast nicht gibt.⁹ Zum Vergleich: Im Jahr zuvor wurden Juden ähnlich häufig genannt, nämlich in 7 von 41 Urteilen, was 17 Prozent der Urteile wegen ethnischer Hassrede entspricht; als religiöse Gruppe wurden Juden im Jahr 2020 überhaupt nicht erwähnt.¹⁰ (In der Zeit vorher haben wir diese Zahlen nicht erhoben, doch es ist unwahrscheinlich, dass die Lage wesentlich anders war.) Es gibt so gut wie

8 Ich berücksichtige hier nicht die zahlreichen Verfahren wegen dem Hochladen von Fotografien von Hitler, Vlasov und anderen in das Onlineprojekt *Das Unsterbliche Regiment*, weil es in diesen Fällen schwierig ist zu bestimmen, inwiefern die Motive der Angeklagten mit Antisemitismus verbunden war.

9 Natalja Yudina: Protecting Oneself: The State against the Incitement of Hatred and the Political Participation of Nationalists in Russia in 2021. SOVA-Zentrum vom 18.3.2022. <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2022/03/d45954/>.

10 Natalja Yudina: Anti-extremism in Quarantine: The State against the Incitement of Hatred and the Political Participation of Nationalists in Russia in 2020. SOVA-Zentrum

keine Verurteilungen wegen Antisemitismus, der sich spezifisch auf Aussagen über das Thema Holocaust bezieht. Wir wissen von nur einem solchen Urteil im Jahr 2021¹¹ und von keinem für 2020.

Das Thema Holocaust kam in der Propaganda der ultrarechten Anführer in den letzten Jahren tatsächlich selten zum Vorschein. Dennoch umfasst die rechtsextreme Bewegung natürlich auch Figuren des alten Schlags wie den bekannten St. Petersburger Ultranationalisten Nikolaj Bondarik, der in seinem Telegram-Kanal unermüdlich über den Holocaust schreibt. Zum Beispiel erklärt er: »Das Hauptverbrechen des russischen Volkes vor Gott besteht darin, dass wir den Holocaust an den Juden hätten machen sollen.«¹² Doch meistens gilt dieses Thema als nicht opportun. Beispielsweise konnte ein Vertreter der bekannten und schon länger existierenden ultrarechten *Russischen Allnationalen Union (Russkij obščėnacionalnyj sojuz, RONS)* den Holocaust leugnen, das Hitlerregime befürworten und die Sowjetunion sowie die Russische Föderation als jüdischen Staat ansehen,¹³ und doch zur gleichen Zeit an seine Leser appellieren, mit ihrem Antisemitismus nicht offen zu prahlen, da »dies das ist, was die russische Bewegung ruiniert hat.«¹⁴ Die Abwesenheit des Holocaust in ultrarechten Veröffentlichungen bedeutet also nicht, dass dieses Thema wirklich vergessen wäre.

vom 12.3.2021. <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2021/03/d43830/>.

- 11 Amursk: prigovor po st. 354.1 UK [Amursk: Urteil nach dem Artikel 354.1 Strafgesetzbuch]. SOVA-Zentrum vom 22.7.2021. <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/news/counteraction/2021/07/d44614/>.
- 12 »Glavnaja vina russkogo naroda pered Bogom – eto my dolžny byli ustroit židam cholokost.« Nikolaj Bondarik: Glavnaja vina russkogo naroda [Das Hauptverbrechen des russischen Volks]. Telegram-Kanal von Nikolaj Bondarik vom 17.7.2021. <https://t.me/nbondarik/545>. Die Google-Übersetzung der ganzen Nachricht lautet: »Der Hauptfehler des russischen Volkes vor Gott ist, dass wir einen Holocaust für die Juden arrangieren mussten. Für den Zaren und seine Familie, für die Millionen, die von den Juden in den Schlachthöfen der Tscheka gefoltert wurden, für den Gulag und die Kolchosen. Wir, die Russen, hätten es tun sollen – und es nicht Adolf Hitler überlassen!«
- 13 Prestupnoje gosudarstvo [Der kriminelle Staat]. LiveJournal RONS vom 30.3.2021. <https://rons-inform.livejournal.com/4019060.html>.
- 14 Meždunarodnj den pamjati žertv Cholokosta [Internationaler Holocaust-Gedenktag]. LiveJournal Urus-Shaitan vom 6.2.2020. <https://urussshitani.livejournal.com/84066.html>.

Die Holocaustleugnung angesichts der übermäßigen Einschränkung der Meinungsfreiheit

In ganz Europa wird seit Längerem darüber debattiert, inwieweit die strafrechtliche Sanktionierung der Holocaustleugnung eine Einschränkung der Meinungsfreiheit darstellt. In Russland war diese Diskussion immer schwach ausgeprägt. Inzwischen wird in Russland die Kriminalisierung der Holocaustleugnung oftmals als ein Beispiel für eine übermäßige Einschränkung der Meinungsfreiheit angesehen – und zwar nicht nur durch die Neonazis. Als in den 2010er Jahren das politische Regime tiefgreifende Veränderungen erlebte, wurden auch die Restriktionen sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Strafverfolgung immer massiver, was auf wachsende Ablehnung in der Gesellschaft stieß. Irgendwann wurde unter politischen Aktivisten verschiedenster Überzeugungen allein die Nummer des Artikels des Strafgesetzbuchs zur Volksverhetzung zu einem Symbol für die Unterdrückung. Natürlich warf dies auch die Thematik der Holocaustleugnung wieder auf, die von den Gerichten unter diesem Artikel 282 behandelt wurde. Der gesonderte Artikel 354.1 über die »Rehabilitierung des Nazismus« fand erst 2013 Eingang in das Strafgesetzbuch.

Nehmen wir das Beispiel von Roman Juškov: Nachdem er in den 2000er Jahren als Aktivist der regionalen Menschenrechts- und Umweltbewegung in Perm bekannt geworden war, schloss er sich später den Permer Nationalisten an und engagierte sich im Kampf gegen Einwanderer und Juden, insbesondere gegen den Bau des religiösen Zentrum des chassidischen Chabads in Perm (er pflegte den Chabad als »faschistische Sekte« zu bezeichnen). Der erste Strafprozess gegen ihn wurde im Jahr 2013 wegen seiner abwertenden Bemerkungen gegen Migranten geführt. Seitdem stand er sechs Mal vor Gericht, doch er verteidigte sich so geschickt, dass er bislang noch nicht rechtskräftig verurteilt wurde,¹⁵ was für russische Verhältnisse wirklich erstaunlich ist.

Vor allem wurde Juškov im Jahr 2018 von einem Geschworenengericht nach dem erwähnten Artikels 354.1 freigesprochen; er hatte den Text »Juden! Gebt den Deutschen das Geld für den Betrug des ›Holocaust an sechs Millionen Juden‹ zurück!« verbreitet, der das Ausmaß des Holocaust leugnete – Juškov war

15 V Permi vozbužдено šestoe ugovnoe delo protiv Romana Juškova [Der sechste Strafprozess wurde in Perm gegen Roman Juškov eröffnet]. SOVA-Zentrum vom 22.2.2022. <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/news/counteraction/2022/02/d45846/>.

in dieser Zeit allerdings für einen anderen Text nach Artikel 282 Strafgesetzbuch («Völkerverhetzung») angeklagt und für schuldig befunden worden. Juškov behauptete nun, er habe den Text nur deswegen weiter verteilt, um die Diskussion anzuregen. Vor allem aber bestand er auf einem Verfahren vor einem Geschworenengericht, was in Russland in Fällen zum Artikel 354.1 möglich ist, nicht aber in Fällen zu anderen und häufiger zur Anwendung kommenden Artikeln des Strafgesetzbuchs, die sich auf Meinungsäußerung beziehen.¹⁶ Da unsere Ermittler und Staatsanwälte sich mittlerweile an die beinahe vollständige Abwesenheit von Freisprüchen gewöhnt haben, sind sie völlig aus der Übung gekommen, etwas vor Gericht zu beweisen! Und so konnte es passieren, dass die Jury Juškov mit einem Mehrheitsvotum (5 gegen 3) freisprach. Einige Beobachter bewerteten dies in erster Linie als einen skandalösen Freispruch für einen Antisemiten, wohingegen andere es als einen der seltenen Siege über den repressiven Machtapparat feierten. Für den Menschenrechtsaktivisten Andrej Kalich (der früher auch in Perm lebte) ist die ganze Geschichte selbst antisemitisch; er kritisierte die Journalisten und Menschenrechtsaktivisten in Perm scharf, entweder weil sie gegenüber Juškov zu passiv waren oder weil sie mit Verweis auf Meinungsfreiheit der Gerichtsentscheidung in keiner Weise widersprachen.¹⁷

Das Beispiel Juškov war nicht das einzige Mal, dass Liberale die Strafverfolgung von Ultranationalisten ablehnten, selbst wenn es um Äußerungen über den Holocaust ging. Ein anderer Fall kam zu Beginn des Jahres 2021 an die Öffentlichkeit. Vladimir Matvejev, Dozent an zwei St. Petersburger Universitäten, hielt auf einem Lehrer-Webinar zur Vorbereitung des Holocaust-Gedenktages einen Vortrag, in dem er den Holocaust leugnete. Er wurde aus beiden Bildungseinrichtungen entlassen; außerdem wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet.¹⁸ Da man Matvejev zudem Plagiate nachweisen konnte und

16 Perm: Juškov оправдан по третьему уголовному делу [Perm: Juškov im dritten Strafprozess freigesprochen]. SOVA-Zentrum vom 5.9.2018. <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/news/counteraction/2018/09/d39970/>.

17 Andrej Kalich: Permskaja antisemitskaja kampanija i delo ob otritsanii Cholokosta: reaktsija obščestva i SMI [Antisemitische Kampagne in Perm und der Falls der Holocaustleugnung: Die Reaktionen der Gesellschaft und der Medien]. Zvezda vom 3.12.2020.

18 Delo o rehabilitacii nacizma protiv prepodavatelja iz Sankt-Peterburga peredano v sud [Der Vorwurf der Rehabilitierung des Nazismus gegen einen St. Petersburger Lehrer geht vor Gericht]. SOVA-Zentrum vom 25.3.2021. <https://www.sova-center.ru/racism->

auch seine Qualifikationen Anlass zu Zweifeln boten, waren diese Entlassungen nicht sonderlich umstritten.¹⁹ Die Strafanzeige hingegen stieß keineswegs überall auf Zustimmung.²⁰ Beispielsweise sprach sich der Historiker Michail Edelštejn vehement dagegen aus, und auch der Historiker und Journalist Lev Lurje warnte davor, Matvejev ins Gefängnis zu stecken, weil er eine Ausweitung der Geschichtsinterpretationen durch Gerichte befürchtete: Bald würde man sich auch strafrechtlich verantworten müssen, wenn man etwas über die Zusammenarbeit des mittelalterlichen Fürsten Aleksandr Nevskij mit der Goldenen Horde veröffentlicht.²¹ Solche Sorgen sind keineswegs übertrieben – es wurde tatsächlich bereits ein Historiker wegen seiner Äußerungen über Aleksandr Nevskij verhört.²²

Vor zwanzig Jahren – und vor 25 Jahren in noch stärkerem Maße – hätten wir eine solch ambivalente Reaktion der Liberalen nicht beobachten können. Doch seitdem sind bedeutsame politische Änderungen geschehen, die wichtigste davon ist die starke Zunahme der Repressivität des Regimes, die in erheblichem Maße auch die ultrarechte Bewegung trifft. Aus diesem Grund begannen viele Liberale und sogar manche Linke bis zu einem gewissen Grad mit deren Anhängern als Opfer von Verfolgung zu sympathisieren, weil die Bestrafungen in einigen Fällen eindeutig unverhältnismäßig und zuweilen in keiner

xenophobia/news/counteraction/2021/03/d43913/. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels war das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen.

- 19 Nicht einmal die Abstracts seiner drei Doktorarbeiten wurden jemals gefunden. Eines seiner Plagiate war ein Text über die jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland, den er vom Nationalisten Kirill Mjamlin kopiert hatte. Vgl. Larisa Melichova und Andrej Rostovcev: Doktor čelovekonavistničeskich nauk [Doktor der menschenverachtenden Wissenschaften]. Troickij Variant vom 9.2.2021. <https://trv-science.ru/2021/02/doktor-chelovekonavistnicheskix-nauk/>.
- 20 Michail Edelštejn: Kaming-aut professora Matvejeva, ili Cholokost – vyдумka jevrejev [Das Coming-Out des Professors Matvejev oder: Der Holocaust ist eine jüdische Erfindung]. Vot-tak TV vom 28.1.2021. <https://vot-tak.tv/novosti/28-01-2021-professor-matveev/>.
- 21 Daniil Bolšakov: Sud perenes razbiratelstvo po delu ob otricanii Cholokosta [Das Gericht vertagte das Verfahren im Fall der Holocaustleugnung]. Vedomosti vom 14.2.2022. <https://vedomosti-spb.ru/society/articles/2022/02/14/909251-sud-otlozhil-razbiratelstvo-holokosta>.
- 22 Natalja Zotova: Nevskij, Vlasov, Den Pobedy: začem SKR doprašival istorika i krajevoda v Novosibirsk [Nevskij, Vlasov, Tag des Sieges: Warum das Ermittlungskomitee Russlands einen lokalen Historiker in Novosibirsk verhörte]. BBC Russian News Service vom 18.8.2021. <https://www.bbc.com/russian/features-58259519>.

Weise nach rechtsstaatlichen Kriterien begründet waren. Vor allem wenn sie selbst schon von Strafverfolgung betroffen waren, konnte es sein, dass auch pro-demokratische Personen ihre grundsätzliche Meinung darüber änderten, welche Einschränkungen der Meinungsfreiheit allgemein zulässig sind.

Zugleich mäßigte die drastisch geschwächte Ultrarechte den Radikalismus in ihren Äußerungen (obwohl es natürlich Ausnahmen gibt) und berief sich immer häufiger auf Menschenrechte, sodass sie gelegentlich irrtümlich für einen Teil der demokratischen Opposition gehalten werden könnte (was nicht ausschließt, dass der eine oder die andere vielleicht tatsächlich einen Positionswechseln vollzogen haben). Dies passiert oft mit radikalen Bewegungen unter Druck. Da die russische Opposition insgesamt schwach ist, verspüren ihre verschiedenen ideologischen Lager zunehmend eine gewisse Notwendigkeit, einander zu dulden. Diese Toleranz hat sich bereits über das Milieu der politischen Aktivisten im engeren Sinne hinaus verbreitet. Wir haben dieses Phänomen bereits vor dem Krieg beobachtet, heute ist es sogar noch stärker ausgeprägt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Geschichte des Artikels 354.1 (»Rehabilitierung des Nazismus«) des Strafgesetzbuchs relevant. Konzipiert war er ursprünglich als eine übliche europäische Rechtsnorm gegen historischen Revisionismus, zumindest in den frühen Phasen seines Entwurfs. Angenommen wurde der Artikel 354.1 im Jahre 2014 dann aber in einer eigentümlichen Fassung. Zum Verbot der Leugnung oder Billigung von Verbrechen, die seit den *Nürnberger Prozessen* als solche galten, fügte der Gesetzgeber das Verbot der falschen Anschuldigungen dieser Verbrechen gegen die UdSSR hinzu. Darüber hinaus schloss das Gesetz jetzt Handlungen und Äußerungen mit ein, die sich in beleidigender Weise gegen Symbole und Daten des militärischen Ruhms Russlands richten. Die ersten Urteile nach diesen Rechtsklauseln, die nichts mit der »Rehabilitierung des Nazismus« zu tun hatten, wurden bereits im Jahr 2016 gesprochen.²³ Im Jahr 2021 wurden schließlich weitere Änderungen vorgenommen, die eindeutig im Zusammenhang mit der Verfolgung von Aleksej Navalnyj standen. Die Strafen nach diesem Artikel wurden strenger, hinzu kamen die Straftatbestände der Verleumdung sowie der Beleidigung von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, ohne zu präzisieren, inwiefern die

23 Marija Kravčenko: Inappropriate Enforcement of Anti-Extremist Legislation in Russia in 2016. SOVA-Zentrum vom 21.4.2017. https://www.sova-center.ru/en/misuse/report-s-analyses/2017/04/d36857/?sphrase_id=2178.

beleidigenden Äußerungen überhaupt mit dem Krieg im Zusammenhang stehen müssen. Hinzugefügt wurde außerdem eine mysteriöse »Beleidigung des Andenkens der Verteidiger des Vaterlands«, ohne den entsprechenden Krieg zu spezifizieren. Während dieser Artikel des Strafgesetzbuchs ursprünglich Gegenstand einer theoretischen Debatte über die Grenzen und Methoden der Einschränkung der Meinungsfreiheit gewesen war, wird er jetzt gemeinhin als weiteres repressives Instrument des Staates gegen seine Gegner aller Art wahrgenommen.

Bereits im Jahr 2022 ist zudem die sogenannte »Gleichsetzung« von Stalinismus und Nationalsozialismus strafbar geworden, wenngleich nicht allzu streng.²⁴ Zu den ersten, die nach diesem Artikel verurteilt wurden, gehörte Leonid Gozman, ein Oppositioneller, der auch im jüdischen öffentlichen Leben in Russland eine wichtige Rolle spielte. Im August und September 2022 wurde er zweimal hintereinander zu 15 Tagen Hausarrest verurteilt, weil er in sozialen Netzwerken geschrieben hatte, dass Stalins Sicherheitsapparat auch nicht besser gewesen war als der Hitlers, und ähnliches.²⁵ Aus Angst vor weiterer strafrechtlicher Verfolgung verließ Gozman das Land. Auch alle anderen Beispiele der Bestrafung nach diesem Artikel betreffen die Verurteilung der Ver-

24 Artikel 13.48 des Gesetzbuchs über die Ordnungswidrigkeiten ist neu; das Gesetz wurde vom Präsidenten am 16. April 2022 unterschrieben. Das Gesetz verbietet »die Gleichsetzung der Ziele, Entscheidungen und Handlungen der Führung, der Befehlshaber sowie des militärischen Personals der UdSSR mit den Zielen, Entscheidungen und Handlungen der Führung des nationalsozialistischen Deutschlands oder der Befehlshaber und des militärischen Personals des nationalsozialistischen Deutschlands und der europäischen Achsenmächte, wie dies durch das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs für das Verfahren und die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse (Nürnberger Prozess) festgelegt wurde, oder durch Urteile, die von nationalen Militär- oder Besatzungsgerichtshöfen auf der Grundlage des Urteils des Internationalen Militärgerichtshofs für das Verfahren und die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse (Nürnberger Prozess) gesprochen wurden oder die während des Großen Vaterländischen Krieges oder des Zweiten Weltkrieges gesprochen wurden.« Das Gesetz verbietet außerdem »die Leugnung der ausschlaggebenden Rolle des sowjetischen Volks beim Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und des humanitären Auftrags der UdSSR bei der Befreiung der Länder Europas.« Die Strafen für Personen umfassen geringe Geldbußen oder Haftstrafen von bis zu 15 Tagen, für Organisationen sind Geldstrafen von bis zu 50 000 und 100 000 Rubel festgelegt (für das erste oder das zweite Vergehen).

25 Misuse of Anti-Extremism in September 2022. SOVA-Zentrum vom 29.10.2022. <https://www.sova-center.ru/en/misuse/news-releases/2022/10/d47019/>.

brechen Stalins oder der Kriegsverbrechen sowjetischer Soldaten während des Zweiten Weltkriegs.

Die Instrumentalisierung des Holocaust

Die Geschichte dieser Rechtsnormen ist ein gutes Beispiel für die Instrumentalisierung des Holocaust. Natürlich ist das Thema überhaupt nicht neu, vor allem nicht in Ost- und Mitteleuropa. Diese Methode wurde oft von russischen Autoritäten und ihren Anhängern benutzt. Auch im Kontext der ukrainischen »Revolution der Würde« im Winter 2013–2014 und im anschließenden bewaffneten Konflikt kam sie als Mittel der Propaganda und der Mobilisierung zur Anwendung.²⁶ Dies wurde ebenso häufig diskutiert wie die Gegen-Instrumentalisierung der historischen Erinnerung durch die Ukraine und andere mitteleuropäische Länder.²⁷

Müssen wir diese Instrumentalisierung des Holocaust als antisemitisch ansehen? Ich denke, in den meisten Fällen lautet die Antwort »nein«. Antisemitismus war allerdings in den Jahren 2014–2015 mit Sicherheit ein Motiv hinter den anhaltenden Spekulationen über die jüdische Herkunft von Ihor Kolomojskij, einem der wichtigsten ukrainischen Geschäftsmänner, dem nachgesagt wurde, er habe den Euro-Maidan maßgeblich finanziert. Diese Form der Instrumentalisierung des Holocaust führte in jener Zeit zu unerwarteten antisemitischen Äußerungen im Staatsfernsehen und in anderen Medien, wo solche Vorfälle weder vorher noch nachher so gut wie niemals vorkamen.²⁸

Es sei darauf hingewiesen, dass die Instrumentalisierung des Holocaust auch Teil des größeren Problems der Trivialisierung des Konzepts des Geno-

26 Wie immer liefert Dugin ein hervorragendes Beispiel. Vgl. Aleksandr Dugin: Russkij cholokost: vrata gneva raspachnuty [Der russische Holocaust: Die Tore der Wut stehen offen]. LiveJournal Vladimir Karpets vom 4.5.2014. <https://karpets.livejournal.com/1319961.html>.

27 Jelena Subotić: Yellow Star, Red Star: Holocaust Remembrance after Communism. Ithaca und London: Cornell University Press 2019, S. 216–218.

28 Ein anschauliches Beispiel aus dieser Zeit ist die Fernsehmoderatorin, die im staatlichen Nachrichtensender über den Einfluss von Juden auf die ukrainischen Autoritäten sagte, dass die Juden selbst den Holocaust beschleunigt hätten. Veduščuju »Rossii-2« trebujut uvolit za komentarij o cholokoste [Forderungen nach Entlassung der »Ros-sija-24«-Moderatorin für ihren Holocaust-Kommentar]. BFM.ru vom 24.3.2014. <https://www.bfm.ru/news/251828>.

zids ist, wie man sie zurzeit auf beiden Seiten, der ukrainischen und der russischen, finden kann. Der »Genozid an den Menschen im Donbass« ist ein gutes Beispiel für solch eine verharmlosende Konstruktion.²⁹

Abschließend soll auf die Praxis der verbalen Angriffe auf Juden hingewiesen werden, die es wagen, den Stalinismus zu kritisieren, indem sie ihn mit dem Nationalsozialismus vergleichen. Ja, das darf im heutigen Russland tatsächlich niemand, aber für Juden scheint es doch irgendwie ganz besonders verboten zu sein. Als beispielsweise im Mai 2021 der Satiriker Viktor Šenderovič im Radiosender *Echo von Moskau* sagte, die UdSSR und das Dritte Reich seien beide Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen, trugen Nationalisten der Garde von Zachar Prilepin einen Lampenschirm zum Redaktionsbüro des Senders mit der Aufschrift »Dies könnte Šenderovič sein.«³⁰ Es war eine Anspielung auf ein bereits seit 2013 existierendes Meme, das sich gegen Juden richtete, die die stalinistische UdSSR kritisieren.

Das Problem ist, dass nicht nur vereinzelte Akteure diese Methoden anwenden; immerhin ist Prilepin Mitglied der im Parlament vertretenen Partei *Gerechtes Russland – Patrioten – Für die Wahrheit*. Igor Korotčenko, ein bekannter Militärpropagandist (und Chefredakteur des Magazins *Nacionalnaja Oborona* [Nationale Verteidigung], das seit 2022 unter EU-Sanktionen steht), sagte etwas ähnliches über den Rockmusiker Andrej Makarevič ein Jahr zuvor im Fernsehsender *Rossija*. Dass dies keineswegs eine spontane Aktion war, zeigte sich daran, dass sogleich eine große Fotografie von Makarevič ausgestrahlt wurde, was bedeutet, dass das Staatsfernsehen ebenfalls in diese Art von Propaganda verwickelt war.³¹

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die treuen Putin-Anhänger nicht die einzigen sind, die so denken. Das gleiche Argument gegen Juden, die Stalin mit Hitler vergleichen, habe ich persönlich auf Facebook schon oft von Leuten mit demokratischen Überzeugungen gelesen.

Natürlich verschärfte sich diese Rhetorik nach dem 24. Februar 2022. Direkte Vergleiche der Handlungen der Kiewer Regierung mit dem Holocaust

29 Putin says Russia does not want war, calls Donbass »genocide«. Reuters vom 15.2.2022. <https://www.reuters.com/world/europe/putin-says-russia-does-not-want-war-calls-donbass-genocide-2022-02-15/>.

30 Russian Nationalism and Xenophobia in May 2021. SOVA-Zentrum vom 15.6.2021. <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/news-releases/2021/06/d44388/>.

31 Jurij Kanner: Abazury iz jevrejev kak mem [Aus Juden gefertigte Lampenschirme als Memes]. Stmegi vom 8.7.2022. <https://stmegi.com/opinions/posts/81440/abazhury-iz-evreev-kak-mem/>.

sind nun hoffähig geworden. Beispielsweise veröffentlichte bereits Ende Februar eine regionale Plattform einen Leitartikel zu Zelenskij mit der Überschrift »Geschichtsstunde: Ein Jude, der einen neuen Holocaust begonnen hat. Und Russland rettet die Opfer dieses neuen Holocaust«. ³² Allerdings sind solche Äußerungen noch immer nicht die Norm, auch nicht nach Minister Lavrovs berühmtem Satz, wonach der Nazismus nicht notwendigerweise Antisemitismus einschlieÙe, sodass sogar ein Jude – wie Hitler, der angeblich selbst jüdische Wurzeln hatte – ein Nazi sein könne. ³³ Solche Aussagen benutzen das Wort »Nazismus« in einem breiten Sinne, was es einfacher machte zu behaupten, dass Nazismus nicht notwendigerweise Antisemitismus beinhaltet. ³⁴

Direkte verbale Angriffe gegen Juden sind trotz allem immer noch selten. Beispielsweise schrieb am 21. Mai der kremlfreundliche Telegram-Kanal »Kremls Wäscherin«, dass »Russlands westliche Randgebiete« (gemeint ist die Ukraine) befreit werden müssten, und zwar von »deutschen, angelsächsischen und jüdischen Kolonisatoren, deren Arme bis zu den Ellbogen mit Blut verschiedener Völker besudelt sind, die sie nicht einmal als Menschen anerkennen«. ³⁵ Als der bekannte Fernsehpropagandist Vladimir Solovjov diesen Beitrag auf Twitter weiterpostete, löste dies einen Skandal aus. Solovjov löschte in der Folge seinen Tweet und »Kremls Wäscherin« entfernte den Bezug auf Juden aus dem Post.

Auf der anderen Seite wird die Welle an Russlandfeindlichkeit, die dem Westen seit dem 24. Februar vorgeworfen wird, ständig mit dem Holocaust verglichen (ich diskutiere hier selbstverständlich nicht, in welchem Ausmaß diese Welle wirklich existiert). Putin äußerte sich selbst dazu und verglich die Diskriminierung von Russen mit den Pogromen gegen Juden in Deutschland

32 Uroki istorii: jevrej, ustroivšij novyj Cholokost, Rossiya, spasajuščaja žertv novogo Cholokosta [Geschichtsstunden: Ein Jude, der einen neuen Holocaust beginnt, Russland rettet die Opfer des neuen Holocaust]. Bryansk.News vom 26.2.2022. <https://bryansk.news/2022/02/26/history/>.

33 Putin sorry for Lavrov's claim Hitler was part Jewish – Israel PM. BBC vom 5.5.2022. <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-61339749>.

34 Wie etwa Vladimir Solovjov Anfang Mai auf *Rossija-1* erklärte. Video auf Twitter-Post von Julia Davis vom 6.5.2022. <https://twitter.com/JuliaDavisNews/status/1522403876040855554>.

35 Dieser Post auf dem Telegramm Kanal »Kremlin laundress« ist mittlerweile redigiert worden: t.me/kremlinprachka/19077. Das Original kann jedoch z.B. hier noch eingesehen werden: <https://t.me/karaulny/386466>.

in den 1930er Jahren.³⁶ Ombudsfrau Tatjana Moskalkova bezeichnete die heutige Russlandfeindlichkeit ganz offen als »Neo-Holocaust«.³⁷ Wenn hochgestellte Politiker solche Dinge sagen, dann haben andere noch weniger Skrupel. Beispielsweise lautete das Thema des Apriltreffens des philosophischen *Zinoviev Club* schlicht und einfach: »Warum Russland recht hat. Russlandfeindlichkeit als neuer Holocaust«.³⁸

Selbstverständlich wurde die Haltung gegenüber den vermeintlichen Tätern des »Genozids am Volk im Donbass« härter. Das offiziell gesetzte Ziel der »Denazifizierung der Ukraine« wird sehr breit verstanden. Die Hardliner-Position wird jetzt auf höchster Ebene von Dmitrij Medvedev vertreten, der behauptet, dass die Ukraine als Staat den Weg des Nazismus eingeschlagen hat und deshalb das Los des Dritten Reichs erleiden soll oder nach Möglichkeit sogar etwas Schlimmeres, da der »Ukrainismus« in Wirklichkeit doch »ein einziger großer Fake« sei.³⁹

In dem Maße, in dem die Feindseligkeiten weitergehen, steigt das Risiko von offenen antisemitischen Äußerungen durch Regierungsvertreter. Ende Oktober 2022 zum Beispiel ging General Aleksej Pavlov, der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrats, in einem Artikel über die destruktiven Auswirkungen von religiösen (vornehmlich neuheidnischen) Sekten auf die offizielle ukrainische Politik so weit, dass er den Chabad mit dazuzählte.⁴⁰ Niko-

36 Die Ereignisse rund um die Ukraine ziehen faktisch einen Schlusstrich unter die globale Dominanz durch den Westen. *Rossija-1* vom 16.3.2022. https://www.1tv.ru/news/2022-03-16/423754_sobytiya_vokrug_ukrainy_po_suti_podvodyat_chertu_pod_globalnym_dominirovanijem_zapada.

37 Ombudsmen Moskalkova nazvala rusofobiju »neocholokostom« [Ombudsfrau Moskalkova bezeichnete Russenfeindlichkeit als »Neo-Holocaust«]. *News.ru* vom 21.3.2002. <https://news.ru/world/ombudsmen-moskalkova-nazvala-rusofobiju-neocholokostom/>.

38 Andrej Torin: Rusofobija: proobraz novogo cholokosta? [Russophobie: Prototyp eines neuen Holocaust?]. *Meždunarodnaja Žizn / The International Affairs* vom 3.5.2022. <https://interaffairs.ru/news/show/35029>.

39 O fejkach i nastojaščej istorii [Über Fakes und wahre Geschichte]. Telegram-Kanal von Dmitrij Medvedev vom 5.4.2022. https://t.me/medvedev_telegram/34.

40 Aleksej Pavlov: Cto varjat v »vedminom kotle«. Na Ukraine nabrali silu neojazyčeskije kul'ty [Was kocht im »Hexenkessel«. In der Ukraine werden neuheidnische Sekten stärker]. *Argumenty i fakty [Argumente und Fakten]* vom 25.10.2022. https://aif.ru/so-ciety/religion/chto_varyat_v_vedminom_kotle_na_ukraine_nabrali_silu_neoyazyčeskie_kul'ty.

laj Patrušev, Sekretär des Sicherheitsrats und Vorgesetzter von Pavlov, musste sich offiziell dafür entschuldigen.⁴¹

Zusammenfassend können wir also festhalten, dass die russischen Autoritäten den Antisemitismus in der Bevölkerung weitgehend unterdrücken, doch seit 2014 werden antisemitische Äußerungen auch seitens der politischen Elite nicht mehr völlig vermieden. Bisher ist es gelungen, die weitere Zunahme solcher Vorfälle einzudämmen. Doch der beständige und aktive unangemessene Gebrauch von Ausdrücken wie »Nazismus«, »Holocaust« und »Genozid« durch die Propaganda wird weiter antisemitische Vorfälle hervorrufen, so dass wir nicht sicher sein können, in welchem Maße ihre Anzahl in Zukunft zunehmen wird.

41 Patrušev izviniljsja za statyu pomoščnika posle reaktsii glavnogo ravnina [Patrušev entschuldigte sich für den Artikel seines Assistenten nach der Reaktion des Oberrabbiners]. RBK vom 28.10.2022. <https://www.rbc.ru/politics/28/10/2022/635b96d89a79476d68fb43af>.

Jenseits der Universität

Erforschung und Gedenken des Holocaust inmitten des Kriegs in der Ukraine

Vladyslava Moskalets

Einleitung

Eines der vielen Gefühle, das mich, eine ukrainische Historikerin, seit dem vollständigen Ausbruch des Kriegs in der Ukraine überwältigt, ist die Schuld, angesichts der erneuten Verwandlung meines Landes in ein Blutland, hilflos und nutzlos zu sein. Wir erleben Geschichte, anstatt sie zu erforschen und über historische Erinnerung nachzudenken. Wieder. War der Holocaust vor dem Ukrainekrieg ein Thema, das die Wissenschaftler an den Universitäten untersuchten, so wächst seit dem Februar 2022 seine Bedeutung für die Öffentlichkeit und die internationalen Beziehungen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens verwendet die russische Propaganda viel Mühe darauf, das Bild von Ukrainern als Nazis aufzubauen sowie den ukrainischen Nationalismus mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu verbinden. Zweitens ist das Universitätsfach Judaistik von Haus aus überaus transnational aufgestellt und deswegen in der Lage, Verbindungen zwischen dem akademischen Leben verschiedener Länder herzustellen. Der letzte Grund ist drittens der Vergleich zwischen dem Zweiten Weltkrieg und seinen Gräueltaten mit dem aktuellen russischen Krieg gegen die Ukraine. Die Massengräber in den besetzten Städten rufen die Massenmorde des Holocaust wieder ins Gedächtnis. Die Geschichten der Kinder aus dem bombardierten Mariupol auf Instagram erinnern uns an die Tagebücher jüdischer Kinder, die in Verstecken lebten. Alle Ukrainer, einschließlich uns Universitätslehrern, denken darüber nach, was unser Beitrag zum Kampf ist.

In diesem Artikel möchte ich einen Überblick über die wichtigsten Diskussionen und Veränderungen geben, die in der ukrainischen Öffentlichkeit in

Bezug auf den Krieg und auf jüdische Geschichte stattfinden. Ich werde zeigen, wie die Wissenschaft versucht, Zugänge zur Beschäftigung mit dem Holocaust während des Kriegs zu finden sowie Wege, um über sensible Themen der ukrainischen Geschichte zu sprechen, ohne die russische Propaganda zu reproduzieren. Dann werde ich die Veränderungen in der Praxis und Rhetorik des Holocaustgedenkens aufzeigen. Dieser Artikel ist der Versuch einer Momentaufnahme in einer Lage, die sich unentwegt ändert, selbst in diesem Augenblick, wo ich schreibe.

Die universitäre Judaistik und der Krieg

Eine Aufgabe von Universitäten besteht darin, Intellektuelle hervorzubringen, die sich zu wichtigen gesellschaftlichen Themen äußern. Die Situation der Judaistik an den ukrainischen Hochschulen ist komplex. Einrichtungen für jüdische Studien gibt es in der Ukraine nur in einigen wenigen großen Städten: an der Nationalen Universität Kiew-Mohyla Akademie, an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiw sowie am Ukrainischen Institut für Holocauststudien (TKUMA) in Dnipro. Sie wurden vor etwa zehn Jahren gegründet, um die Lücke bezüglich jüdischer Themen in der zeitgenössischen ukrainischen Geschichtsschreibung zu schließen und um eine neue Generation von Judaisten auszubilden. Das neu entstehende Universitätsfach wurde von verschiedenen europäischen, kanadischen, US-amerikanischen und israelischen Institutionen kofinanziert und zielte von Anfang an auf die Einbindung der westlichen Wissenschaftswelt. Vor Corona und dem vollständigen Ausbruch des Kriegs wurden einige Lehrveranstaltungen an der Kiewer Mohyla-Akademie und an der Ukrainischen Katholischen Universität von ausländischen Professoren abgehalten. Die Studierenden besuchten internationale Sommerschulen, nahmen an praktischen Studiensemestern teil und arbeiteten in Bibliotheken außerhalb der Ukraine.

In den Studienprogrammen für Judaistik heißt es oft, dass es darum geht, eine neue Generation von Judaisten auszubilden, die in der Ukraine für das ukrainische Publikum arbeiten und lehren. Es ist wichtig zu verstehen, wer jüdische Geschichte studiert und erforscht. Anders als an amerikanischen Hochschulen sind die Jüdischen Studien in der Ukraine zwar nicht nur für die Mitglieder der jüdischen Gemeinde von Interesse, aber doch vor allem für sie. Die Studierenden, die sich für dieses Fach interessieren, sahen darin in der Regel eine Möglichkeit, den vernachlässigten Teil der Geschichtsschreibung zu

entdecken und zu verstehen, den sie in der Schule oder sogar an den meisten Universitäten nicht studieren konnten. Die für dieses Fach benötigten Fähigkeiten sind allerdings anspruchsvoll und umfassen neben den Kenntnissen in Jiddisch und Hebräisch nur wenige weitere Sprachen, in der Regel Polnisch, Russisch, Deutsch, Rumänisch und Ungarisch. Aus diesem Grund und wegen der allgemeinen Unterfinanzierung der ukrainischen Hochschulen ist die Zahl derjenigen, die jüdische Geschichte oder Literatur studieren, insgesamt nicht besonders hoch.

Die Notwendigkeit, eine Einschätzung über das Fach abzugeben, entstand in den ersten Monaten nach dem vollen Ausbruch des Kriegs 2022. Vertreter europäischer und amerikanischer Universitäten, die ukrainische Wissenschaftler unterstützen wollten, begannen, sich auch nach in Not geratenen Judaisten zu erkundigen. Ich half dabei, eine entsprechende Liste von etwa vierzig Personen zusammenzustellen, die sich entweder ausschließlich oder im Rahmen einer speziellen Forschungsfrage mit jüdischen Themen befassen. Die meisten forschten über den Holocaust, was einerseits der Bedeutung des Themas in der historiografischen und öffentlichen Diskussion geschuldet ist, andererseits auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die meisten Quellen in zugänglichen Sprachen vorliegen. Im Zeitraum 2022–2023 nahmen die meisten an Programmen für gefährdete Wissenschaftler teil oder erhielten andere Unterstützung.

Zu der neuen (nicht besonders umfangreichen) Generation von Wissenschaftlern in der Ukraine, die sich mit dem Holocaust befassen, gehören Yuri Radchenko, Andrij Usač, Petro Dolhanov, Marta Havryschko, Danylo Sytnyk und Natalija Ivčik, die gut in die internationale Wissenschaftscommunity integriert sind und sowohl auf Englisch als auch auf Ukrainisch veröffentlichen. Mit ihrer Forschung reagieren sie oftmals auf die Notwendigkeit, mehr über die Kollaboration von Ukrainern im Holocaust zu erfahren – aber statt auf Verallgemeinerungen konzentrieren sie sich stärker auf lokale Einzelfälle, um die Mechanismen der Kollaboration besser erklären zu können. So untersuchte Andrij Usač beispielsweise die Nachkriegsprozesse gegen die ukrainische Hilfspolizei.

Die meisten dieser Wissenschaftler publizieren auch während des Kriegs weiterhin im Bereich der Holocauststudien. Die Zahl der während des Kriegs in der Ukraine erschienenen Bücher und Zeitschriften zur Judaistik und zu den Holocauststudien ist nicht besonders hoch, aber vergleichbar mit Menge vor dem Krieg, die bei zwei bis drei wissenschaftlichen Büchern auf Ukrainisch pro Jahr lag, die unter anderem vom *Ukrainischen Zentrum für Holocaust-Studien*

(TKUMA) in seinem Verlag veröffentlicht wurden.¹ Einige von ihnen waren die Fortsetzung von Forschungsvorhaben aus der Zeit vor der Invasion, so veröffentlichte etwa der Verlag *Duch i Litera* die ukrainische Übersetzung des Buches des deutschen Historikers Kai Struve: »Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt: Der Sommer 1941 in der Westukraine.«²

Neu an der wissenschaftlichen Herangehensweise insbesondere in der Holocaustforschung ist jetzt, dass die Forscher eine andere Relevanz ihrer Arbeit wahrnehmen und erkennen, dass der Kontext des Kriegs mit den Themen, die sie erforschen, verflochten ist. Deutlich wird dies in der jüngsten Ausgabe der Fachzeitschrift *Ukraina Moderna*, die im September 2023 erschien. Das Publikationsvorhaben stammte noch aus der Zeit vor dem Krieg, die Idee hatte darin bestanden, Wissenschaftler aus der Ukraine und dem Ausland zusammenzubringen. Einer der Punkte, die im Diskussionsforum für diese Ausgabe erörtert wurden, ist der Bedarf an spezifischerer Forschung über die sozialen Dynamiken des Holocaust und über die Beziehungen zwischen Ukrainern und Juden, und insbesondere das Erfordernis einer Forschung über lokale Fälle auf einer Makroebene.

Die dem Holocaust gewidmete Ausgabe von *Ukraina Moderna* beschäftigt sich mit der Frage, wie der Holocaust in Kriegszeiten erforscht werden soll. In der Einleitung stellen die Autoren fest, dass sich die Genozidforschung in der Ukraine nicht auf die Universitäten beschränken darf. Trotz des Gefühls der Machtlosigkeit, das viele Intellektuelle im Jahr 2022 empfanden, räumen die Autoren ein, dass die Erforschung von Genoziden und das Verständnis ihrer Mechanismen in der aktuellen Situation sogar eine gewisse Hilfe darstellt.³ Dieser Eindruck, dass Geschichte mit der Gegenwart verbunden ist und wieder gebraucht wird, ist nach den Jahrzehnten der poststrukturalistischen Wende bemerkenswert. Wenn Wissenschaftler, die sich mit Krieg und Massenmord befassen, selbst Besatzung, Bombardierung und Bedrohung ihres Lebens erleben, verändert dies ihr Verständnis der Primärquellen.

-
- 1 Vladyslava Moskalets: Ukrainian-language Books Published in 2028–2021. In: East European Jewish Affairs 51(2–3), 2021, S. 329–331.
 - 2 Nimecka vlada, ukrajinskij nacionalizm, nasytstvo proty jevrjiv: Lito 1941 roku v Zachidnij Ukrajin, Ankündigung auf der Webseite des Verlags *Duch i Litera*: <https://duh-i-litera.com/bookstore/nimetska-vlada-ukrainskij-natsionalizm-nasiltstvo-proti-evrev-lito-1941-roku-v-zaxidnij-ukrani>.
 - 3 Vid redakciji [Von den Herausgebern]. In: *Ukraina Moderna* 34, 2023, S. 10–16, hier: S. 10.

Natürlich unterscheiden sich die Erfahrungen, die die einzelnen Wissenschaftler im Krieg machen. Die Holocaustforscher halten sich, so wie die Wissenschaftscommunity generell, zum Teil physisch gar nicht in der Ukraine auf. Einige von ihnen, wie Marta Havryschko, Danylo Sytnyk, Jurij Kaparulin und Natalija Ivčik, arbeiten vorübergehend an europäischen und nordamerikanischen Hochschulen, was neue Möglichkeiten der Integration eröffnete. Viele ukrainische Wissenschaftler dienen wiederum als Soldaten in der Armee, zum Beispiel Maksym Gon, der Spezialist für jüdische Geschichte der Zwischenkriegszeit an der Universität Riwne, der sich gleich in den ersten Tagen zum Kriegsdienst meldete.⁴ Obwohl der Historiker Gon versucht, als Leiter die NGO *Mnemonics* in Riwne einen Beitrag zur akademischen und öffentlichen Geschichte zu leisten, ist es für ihn zurzeit praktisch unmöglich, regelmäßig beruflich tätig zu sein. Einige der als Soldaten kämpfenden Forscher wurden an der Front getötet, wie Taras Hajduk, Absolvent der Ukrainischen Katholischen Universität, der zur Karpato-Ukraine und ihrer jüdischen Bevölkerung arbeitete. Der Krieg wird einen komplexen Einfluss auf die Dynamik im ukrainischen Hochschulumfeld haben, den wir erst noch zu verstehen lernen müssen.

Es ist bemerkenswert, dass sich die meisten Hochschulforscher in der allgemeinen historischen Bildungsarbeit engagieren, insbesondere über den Holocaust. Maksym Gon organisiert als einer der Leiter der NGO *Mnemonics* von der Front aus öffentliche Vorträge.⁵ Andrij Usač wiederum ist Direktor der NGO »*Nach dem Schweigen*«, die Oral History-Zeugnisse sammelt, Ausstellungen organisiert und einen Film über die Erinnerung an den Holocaust in einem kleinen Städtchen der Westukraine gedreht hat.⁶

Nie wieder? Das Bemühen um Holocaustgedenken im Krieg

Die Frage nach dem angemessenen Gedenken an den Holocaust stellte sich für die unabhängige Ukraine angesichts der vielen Opfer schon immer auf höchst

4 Helen Chervitz: This Jewish Ukrainian professor could still be teaching. He chose to go to war instead. Forward vom 4.8.2022. <https://forward.com/news/513172/jewish-ukrainian-professor-war/>.

5 Center for Studies of Memory Policy and Public History »Mnemonics«. Webseite: <https://mnemonika.org.ua/en>.

6 After Silence. Webseite: <https://aftersilence.co/en/>.

schmerzhaften Weise. Die Anzahl der Stätten, an denen Massenerschießungen stattgefunden hatten, ist enorm, sie reichen von großen Städten bis hin zu kleinen Orten, die nur durch mündliche Angaben von Zeugen, die alt sind und bald sterben werden, ermittelt werden können. Seit den 1990er Jahren entstanden Gedenkstätten, die von ukrainischen jüdischen Gemeinden, lokalen Aktivistinnen oder ausländischen Nachkommen der jüdischen Bevölkerung errichtet wurden. Der bekannteste Ort solcher Gräueltaten ist Babyn Yar im heutigen Kiew, an dem 34 000 Juden und später weitere Opfergruppen – Roma, Patienten psychiatrischer Kliniken und ukrainische Nationalisten – ermordet wurden. An Mahnmälen mangelt es an diesem Ort nicht, das reicht von der sowjetischen Gedenktafel, die an die »sowjetischen Bürger« erinnert, bis hin zu Dutzenden kleinerer Denkmäler, die von verschiedenen Gemeinschaften errichtet wurden. Keines dieser Mahnmale konnte jedoch das eigentliche Ausmaß der ganzen Tragödie wirklich erfassen; sie wurden von keinem Museum begleitet, und sie existierten nur am Rande der gemeinsamen ukrainischen Erinnerung an die Ereignisse.

Die Initiativen, die dies zu überwinden versuchten, entstanden 2016 und lösten augenblicklich eine engagierte und herausfordernde Diskussion aus, die die Probleme der beteiligten Institutionen offenbarte. Das Team der Gedenkstätte Babyn Yar unter der Leitung des umstrittenen und skandalumwitterten russischen Filmregisseurs Ilja Chrschanovskij bereitete eine radikale und unerwartete Version der Gedenkstätte vor, die immersive Techniken mit umfasste, die helfen sollten, die Katastrophe nachzuempfinden.⁷ Das ehrgeizige Projekt, das von zahlreichen internationalen Wissenschaftlern, ukrainischen Politikern und dem Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko unterstützt wurde, wollte Gedenken, Forschung und Bildung miteinander verbinden. Das Projekt löste einen Streit unter ukrainischen Wissenschaftlern aus, in dessen Folge, die von dem jüdischen ukrainischen Dissidenten Yosyf Zissels angeführte Gruppe von Wissenschaftlern und Aktivistinnen im Jahr 2021 den Vorschlag für ein Alternativprojekt machte, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Einer der Kritikpunkte war die dubiose Finanzierung des Projekts durch russische Oligarchen, darunter Michail Fridman. Einige der ukrainischen Teilnehmer waren der Meinung, dass sie sich nicht beteiligen und keinen Einfluss auf den Charakter des Projekts nehmen können, wohingegen sich viele Wissenschaftler weiterhin engagierten. Im Jahr 2021 eröffnete das Gedenkzentrum Babyn

7 The Foundation and Babyn Yar Holocaust Memorial Center. Webseite: <https://babynar.org/en/about>.

Yar einige Gedenkstätten auf dem Gelände, darunter das Modell der Synagoge und eine Kunstinstallation der serbischen Künstlerin Marina Abramović.

Seit dem vollständigen Ausbruch des Kriegs sind die Nachrichten über die Tätigkeit der Gedenkstätte Babyn Yar fast völlig aus den Medien verschwunden, was sich auch daraus erklärt, dass eine beträchtliche Anzahl von russischen Sponsoren und Fachleuten an diesem Projekt beteiligt sind. Ilja Chrschanovskij gab zwar eine Erklärung gegen den Krieg ab, trat dann aber im Sommer 2023 von seinem Posten als künstlerischer Leiter zurück. In den Jahren 2022–2023 beschränkte sich die Tätigkeit des Zentrums auf das Sammeln von Archivmaterial, außerdem erschien dort unter anderem etwa die erste Ausgabe der Fachzeitschrift *Eastern European Holocaust Studies*.⁸ Einige der Texte in diesem Heft sowie in der neuen Ausgabe der *Ukraina Moderna* befassen sich mit der Frage, wie ein Historiker, der über Massenvernichtung in der Vergangenheit arbeitet, eine Stimme finden kann, wenn in der Gegenwart neue Verbrechen geschehen. Das aktuelle erste Heft der *Eastern European Holocaust Studies* enthält die Beiträge einer Gesprächsrunde *Never again*, das von der Zeitschrift sowie dem *Johannesburg Holocaust and Genocide Centre* im April 2022 organisiert wurde. In diesem *roundtable* diskutierten die Holocaustforscher, wie die Gesellschaft auf den russischen Krieg gegen die Ukraine reagieren sollte.⁹ Die meisten Überlegungen betrafen die Verwendung einer angemessenen Begrifflichkeit, eine aktive Haltung zur Verbreitung von Informationen über russische Verbrechen sowie die Verantwortung der Gesellschaften und Institutionen. Die Bedeutung der Devise »Nie wieder« für viele aktuelle Ereignisse zu verstehen, wäre ein Ausgangspunkt für solche Überlegungen und die Übernahme von Verantwortung.

Im öffentlichen ukrainischen Diskurs ist der Ausdruck »Nie wieder« problematisch geworden. Mit dem weiteren Andauern des Kriegs beginnen viele Ukrainer, dieses Schlagwort als scheinheilige Phrase zu verachten, die nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit stattfinden und die internationale Gemeinschaft hilflos und unfähig ist, angemessen zu reagieren. So erklärte auch Präsident Zelensky in

8 *Eastern European Holocaust Studies*. Interdisciplinary Journal of the Babyn Yar Holocaust Memorial Center. Open Access zum gesamten Band über <https://www.degruyter.com/journal/key/eehs/html>.

9 »Never Again!« Roundtable Organized by Eastern European Holocaust Studies and the Johannesburg Holocaust and Genocide Centre. In: *Eastern European Holocaust Studies* 1(1), 2023, S. 53–67. <https://doi.org/10.1515/eehs-2023-2001>.

seiner Rede am 8. Mai im Jahr 2022 – dem Tag des Gedenkens und der Versöhnung: »Es klingt schmerzhaft, grausam. Ohne Ausrufezeichen, dafür mit einem Fragezeichen.«¹⁰

Obwohl der Krieg in der Ukraine durchaus in zeitlicher Nähe zu anderen kriegerischen Konflikten der jüngeren Vergangenheit liegt, man denke etwa an die Jugoslawienkriege, beziehen sich die meisten Vergleiche und Anspielungen auf den Zweiten Weltkrieg und auf die Erfahrung des Holocaust. Für viele wurden Familienerinnerungen an den Zweiten Weltkrieg zu einer Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu verbalisieren und zu verarbeiten. Der Vergleich der Gräueltaten der Nazis oder des stalinistischen NKWD (sowjetisches Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, dem in den 1940er Jahren die Geheimpolizei unterstand) mit den heutigen Verbrechen der russischen Armee wird, obwohl er historisch nicht korrekt ist, mittlerweile in den Medien und im alltäglichen Diskurs recht häufig verwendet. Auch das Thema Holocaust ist im Diskurs immer präsenter geworden. So erinnern beispielsweise die heutigen Massengräber ukrainischer Opfer in Butscha, Isjum und Mariupol an die Orte, an denen Massaker während des Holocaust stattgefunden haben, was zu Überlegungen führt, wie an diesen Stätten an diese beiden Arten von Ereignissen angemessen gedacht werden kann.¹¹

Auch im Unterricht über Holocaust und Krieg wird nach Analogien und Vergleichen gesucht. Maksim Panin, ein Geschichtslehrer aus Odessa, organisierte einen Buchklub, in dem Schüler Bücher über den Krieg diskutierten, etwa das Tagebuch der Anne Frank. Die Kriegserfahrungen der Kinder halfen ihnen, anders an die Quellen heranzugehen. Auch Institutionen, die sich mit der Vermittlung der Geschichte des Holocaust beschäftigen, reagierten auf dieses Phänomen. Das *Ukrainian Center for Holocaust Studies* veröffentlichte einen didaktischen Leitfaden für Lehrer mit Ratschlägen für den Unterricht während

10 Zelensky: Ukraine perceives phrase ›Never again‹ differently this year. Ukrinform vom 8.5.2022. <https://www.ukrinform.net/rubric-society/3477846-zelensky-ukraine-perceives-phrase-never-again-differently-this-year.html>.

11 Zu meinen persönlichen Überlegungen zu diesem Thema vgl. das Interview, das Jelyzaveta Carehradska mit mir geführt hat: »Spontaneous monuments to the dead are reappearing in our cities, just like in the period when Jews were being shot,« says Vladyslava Moskalets. Ukrainian Jewish Encounter vom 20.10.2022, übersetzt ins Englische von Marta D. Olynyk. <https://ukrainianjewishencounter.org/en/spontaneous-monuments-to-the-dead-are-reappearing-in-our-cities-just-like-in-the-period-when-jews-were-being-shot-says-vladyslava-moskalets/>.

des Kriegs über den Zweiten Weltkrieg und über den Holocaust. In der Einleitung erklären die Autoren: »Für die Sicherheit unserer Schüler und für unsere eigene Sicherheit werden wir es vermeiden müssen, die historische Erfahrung von Überleben, Leiden, Flucht und Verlust direkt auf die heutige Situation zu übertragen.«¹² Sie geben Empfehlungen zur Wahl der Terminologie (Kollaboration, Plünderung usw.), mahnen zur Vorsicht bei der Verwendung von Opfer- und Täterbegriffen und erinnern an die Fluidität der Rollen. Die Autoren ermutigen uns, nicht nach Ähnlichkeiten zu suchen, sondern nach der Einzigartigkeit jeder Situation. Der Krieg ist auch eine Gelegenheit, um zu lernen, wie man Quellen kritisch liest und Propaganda entschlüsselt.

Wie viele andere akademische Einrichtungen und NGOs trägt auch das Babyn Yar Memorial Center zur Erfassung von russischen Verbrechen bei. Seine Initiative trägt den Namen *Closed Eyes Project* und stellt eine virtuelle Gedenkstätte für ukrainische Zivilisten dar, die von der russischen Armee getötet wurden.¹³ Auch wenn die Projektbeschreibung den Holocaust oder eine Beziehung zu früheren Massenverbrechen nicht erwähnt, kann man den gemeinsamen Ansatz gut erkennen, sich auf die Darstellung der Stimmen der Opfer zu konzentrieren.

Der russische Krieg gegen die Ukraine erregte die Aufmerksamkeit der internationalen jüdischen Gemeinschaft. Die Wahrnehmung der Ukraine als ein Land, in dem Gräueltaten an Juden verübt wurden, beeinflusst noch immer das Narrativ über die Ukraine während des Kriegs. Die Yale-Professorin Marci Shore hält über die aktuelle Situation der jüdischen Erinnerung in der Ukraine Vorträge und organisiert Veranstaltungen. Mehrmals bemerkte sie, dass sie niemals gedacht hätte, dass sie als Enkelin von Pogromüberlebenden sich in ihrem Leben einmal für mehr Waffenlieferung an die Ukraine einsetzen würde.¹⁴

Der Film *Shtetl* über die Geschichte des Holocaust in einer kleinen Gemeinde wurde von dem französischen Regisseur Ady Walter im Sommer 2021 in der

12 Jak govoritj pro Golokost pislja 24 ljutogo 2022 roku [Wie man nach dem 24.4.2022 über den Holocaust sprechen sollte]. Zugriff auf https://www.holocaust.kiev.ua/Other/details/yak_gov_hol2022?objId=2022.

13 Webseite: <https://closedeyes.org/en/about>.

14 »I need ammunition, not a lift«: Jews and the Ukrainian Question: Marci Shore at Fairfield University. Ukrainian Jewish Encounter vom 19.1.2023. Vortrag von Marci Shore. The 2022 Joan & Henry Katz Lecture. Video verfügbar unter: <https://ukrainianjewishencounter.org/en/news/i-need-ammunition-not-a-lift-jews-and-the-ukrainian-question-marci-shore-at-fairfield-university/>.

Ukraine gedreht. Der Film spielt am letzten Tag vor dem Einmarsch der Nazis und der Regisseur sagte, dass es ein sehr intensives Gefühl gewesen sei, ihn nach der russischen Invasion zu sehen.¹⁵ Trotz der Tatsache, dass der Film künstlerisch und avantgardistisch ist, wurde er 2023 in großen Kinos im ganzen Land gezeigt. Das Besondere war das Interesse und das Mitgefühl des Regisseurs und des ganzen Filmteams für die Ukraine nach der russischen Invasion des ganzen Landes. Der Hauptdarsteller Moshe Lobel trug beim Filmfestival in Rom ein ukrainisches besticktes Hemd.¹⁶ Da der Film in Zusammenarbeit mit einer ukrainischen Crew entstanden ist, galt er sogar als Kandidat für die ukrainischer Bewerbung um den Auslandsoscar.¹⁷ Dies unterscheidet sich von der Situation, wenn Dokumentarfilmer oder Spielfilmregisseure aus dem Ausland in die Ukraine kommen, um einen Film zu drehen.

Schlussfolgerungen

Es ist noch nicht absehbar, in welche Richtung sich die Erinnerung an den Holocaust in der Ukraine entwickeln wird. Der Prozess der öffentlichen Diskussion über Kollaboration und Fragen der Verantwortung wird sich verlangsamten, obwohl die ukrainische Forschung weitergeht. Das Gedenken an den Holocaust hat unter den Bedingungen des aktuellen Kriegs eine neue Bedeutung angenommen und wird für die neue Generation von Ukrainern wichtiger. Der Holocaust als Beispiel für einen Völkermord gibt den Ukrainern eine universelle Sprache an die Hand, in der wir unsere Erfahrungen mit dem Ausland teilen können. Es ist einfacher, die Gefahren der Besatzung zu erklären, wenn man sich auf das allgemeine Wissen über den Holocaust bezieht. Diese Sprache wird sowohl in der Ukraine als auch im Ausland verwendet. So werden beispielsweise ukrainische Kindertagebücher aus dem Krieg, die in Amsterdam auf einer Ausstellung zu sehen waren, mit dem Tagebuch von Anne Frank

15 Jaroslaw Druziuk: Intervju z reżiserom [Interview mit Regisseur Ady Walter]. *Village* vom 24.10.2023. <https://www.village.com.ua/village/culture/movies/344591-shttl-film-2023-ady-walter-interview>.

16 Foto auf IMDb. https://www.imdb.com/name/nm9616780/mediaviewer/rm3869443073/?ref_=nm_ov_ph.

17 Elsa Court: Shortlist for Ukraine's Oscars submissions announced. *The Kyiv Independent* vom 8.9.2023. <https://kyivindependent.com/shortlist-for-ukrainian-oscars-submissions-announced/>.

verglichen.¹⁸ Der Blick auf die Opfer sowohl des Holocaust als auch des gegenwärtigen russischen Kriegs gegen die Ukraine steht hinter den Projekten, die Zeugnisse von Kriegsüberlebenden sammeln, und so den Weg dafür bahnen, um Empathie aufzubauen. Zugleich verbindet sich für Ukrainer allerdings die Erinnerung an den Holocaust immer auch mit der Angst vor der Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft.

18 Like Anne Frank's, Ukrainian children's war diaries displayed in Amsterdam. TRT World. <https://www.trtworld.com/arts-and-culture/like-anne-franks-ukrainian-childrens-war-diaries-displayed-in-amsterdam-14525752>.

Paradigmenwechsel im Holocaust-Gedächtnis in Ungarn

Andrea Pető

Wie ist es möglich, dass man, wie aus dem Nichts, mitten im Stadtzentrum von Budapest, in einer lange bestehenden wissenschaftlichen Institution eine Bibliothek mit mehreren Zehntausenden Bänden findet? Dieses kleine Wunder ereignete sich am 16. September 2014, als die Jüdische Universität in ihrem Keller bis dato unbekanntem Bücherbestand fand. Es handelt sich dabei um die Bücher von Holocaustopfern, welche diese während der Judenverfolgung hierher gerettet hatten, bevor sie in die sogenannten Sternenhäuser¹ zogen bzw. deportiert wurden. Der Fund rief ein großes Medienecho hervor, weshalb die Leiter der Institution hofften, zusätzliche staatliche Fördermittel zu bekommen, mit deren Hilfe die mit der Bibliothek verbundenen, siebzig Jahre anstehenden und aufgeschobenen Aufgaben bewältigen können. Sie haben sich geirrt.

Die schicksalsgeplagte Bibliothek im Keller der Budapester Jüdischen Universität ist ein anschauliches Beispiel zum einen für das politische Dilemma der jüdischen Organisationen, die für die Organisation des Gedenkjahres 2014 auf eine Kooperation mit dem Staat angewiesen zu sein schienen, und zum anderen für den Paradigmenwechsel, der zeitgleich im Holocaust-Gedächtnis in Ungarn stattfand.

Dieser Artikel basiert auf einer Forschungsarbeit, in deren Rahmen ich im Auftrag des Tom-Lantos-Instituts Interviews mit Politikern, Entscheidungsträgern, Aktivisten und Aktivistinnen sowie den Leitern der jüdischen Gemeinde für eine Studie über das Holocaust-Gedenkjahr 2014 durchgeführt

1 Die Sternenhäuser waren mit einem gelben Stern gekennzeichnete, speziell zugewiesene Häuser, in die die jüdischen Bürger der Stadt nach dem 21. Juni 1944 ziehen mussten. Dieses Datum wurde daher in Ungarn im Jahre 2014 besonders gedacht.

habe.² Im Folgenden werde ich erörtern, wie die Erinnerungspolitik als strategische Waffe eingesetzt wird, um anschließend auf den Paradigmenwechsel einzugehen, der in der ungarischen Erinnerungspolitik stattfand.³

Erinnerungspolitik als strategische Waffe

Von 2010 an gewann der illiberale Fidesz zusammen mit der KDNP (Christlich-demokratische Volkspartei) dreimal nacheinander die Parlamentswahlen. Während dieser Zeit stand die sogenannte christlich demokratische Regierung durchgehend unter dem Druck, sich den internationalen Regeln entsprechend zu verhalten. Zu diesen Regeln gehört zumindest in Europa seit einiger Zeit auch ein angemessenes Gedenken an den Holocaust. Die Wahlsiege lassen sich nicht nur auf die vom Fidesz konsequent eingesetzte Freiheitskampf-Rhetorik zurückführen, sondern auch auf seine erfolgreiche Erinnerungspolitik. In meinem Artikel werde ich analysieren wie es den Machtbestrebungen eines illiberalen Staates zugutekommt, dass er keine Ideologie, sondern nur eine »Erinnerungspolitik« hat.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich genauer beschreiben, was ich unter einem illiberalen Staat verstehe.

Unter Politologen gibt es einen Streit darüber, welche Bezeichnung am besten geeignet ist, den illiberalen Staat zu beschreiben: demokratischer Autoritarismus, Hybridstaat oder Mafiastaat. Im Anbetracht der Tatsache, dass er sich aus den Ressourcen des vorangehenden politischen Systems ernährt und gleichzeitig zu dessen Abbau beiträgt, indem er Parallelorganisationen etabliert, um eben diese Ressourcen abzuzweigen, haben die polnische Soziologin Weronika Grzebalska und ich vorgeschlagen, die Bezeichnung illiberaler

2 Andrea Pető: The Illiberal Memory Politics in Hungary. In: *Journal of Genocide Research*, 2021, DOI: <https://doi.org/10.1080/14623528.2021.1968150>. Die Publikation der endgültigen Fassung, deren wichtigste Thesen ich hier vorstelle, lehnte das von der Regierung finanzierte Tom-Lantos-Institut ab, wobei es sich jedoch auf technische Gründe berief.

3 Maria Mälksoo: »Memory must be Defended«: Beyond the Politics of Mnemonical Security. In: *Security*, Jg. 46(3), 2015, S. 221–237, DOI: <https://doi.org/10.1177/096701061452549>.

Polyporen-Staat zu verwenden.⁴ Der Polypor ist ein parasitärer Porenpilz, der am Baumstamm schmarotzt und nichts anderes zustande bringt als immer weitere Porlinge. Diese verfügen über keine eigenständige Existenz. Aus dem Stamm des Baumes saugen sie heraus, was sie brauchen, und sorgen so ausschließlich nur für die eigene Existenz. Der Polyporen-Staat arbeitet sowohl mit der Sicherung des Gedächtnisses als auch mit der Kontrolle von hegemonialen Formen der Erinnerung. Die Umwandlung von Geschichte und ihre Instrumentalisierung als identitätsprägender Effekt wurden zu einem geopolitischen Faktor, weil illiberale Staaten jede Fachpolitik einer symbolischen Erinnerungspolitik unterordnen, die sie als zentrales Instrument einsetzen. Der Zweck ist aber letztendlich nicht das Gedächtnis zu pflegen, sondern sie dient zur Einbetonierung der eigenen Macht. Wie gesagt, ein Polyporen-Staat hat keine Ideologie, sondern nur eine Erinnerungspolitik. Das gilt ganz besonders für die Instrumentalisierung des Gedächtnisses an den Zweiten Weltkrieg.

In den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks wurde nach 1989 der Antikommunismus die wichtigste politische Legitimationskraft. Damit wurden diese Länder zu doppelten Opfern gemacht: zu Opfern der deutschen und der sowjetischen Besatzung.⁵ Ungarn wurde 1944–1945, in den letzten zwei Jahren des Krieges, aufgrund des Versagens des ungarischen politischen Systems sogar von zwei Armeen besetzt: Am 19. März 1944, nach erfolglosen Friedensverhandlungen und dem erfolgreichen Ausstieg Rumäniens kam es zur deutschen und ab Herbst 1944 zur sowjetischen Besatzung. Die Geschichte der deutschen und der sowjetischen Besatzung wird in der ungarischen Geschichtsschreibung wegen der politikgeschichtlichen Epocheneinteilung oft getrennt behandelt. Da die verbündeten deutschen Truppen praktisch ohne Widerstand ins Land einmarschierten, werden die Geschehnisse im Rahmen der Diplomatie- oder Politik-Geschichte Ungarns behandelt. Die sowjetischen Truppen dagegen konnten die Stadt nur zum Preis von langen und blutigen Kämpfen einnehmen, weshalb diese Besatzung als Teil des neuen, sich etablierenden politischen Systems, des Kommunismus analysiert wird. Diese Art von

4 Weronika Grzebalska und Andrea Pető: The Gendered Modus Operandi of the Illiberal Transformation in Hungary and Poland. In: *Women's Studies International Forum*, Jg. 68, 2018, S. 164–172, DOI: <https://doi.org/10.1016/j.wsif.2017.12.001>.

5 Andrea Pető: Paradigm Change in Holocaust Remembrance. Instrumentalising Conservatism. In: Katalin Miklossy und Markku Kangaspuro (Hg.): *Conservatism and Memory Politics in Russia and Eastern Europe*, London: Routledge 2021, S. 160–173.

Epocheneinteilung wird jedoch durch die Theorie der »doppelten Besetzung« in Frage gestellt. Diese Theorie begann Anfang der 2000er Jahre an Bedeutung zu gewinnen, als es im Kontext der Wiederbelebung des ungarischen Opfer-Mythos zu einer erinnerungspolitischen Wende in Ungarn kam. Die Frage nach der Verantwortung Ungarns im Zweiten Weltkrieg musste so nicht mehr gestellt werden. 2011 verabschiedete das ungarische Parlament statt einer Verfassung ein Grundgesetz, in dessen Vorwort, genauer gesagt im Nationalen Bekenntnis steht:

»Für uns gilt die Wiederherstellung der am neunzehnten März 1944 verloren gegangenen staatlichen Selbstbestimmung unserer Heimat ab dem zweiten Mai 1990, von der Bildung der ersten frei gewählten Volksvertretung an. Diesen Tag betrachten wir als Beginn der neuen Demokratie und verfassungsmäßigen Ordnung unserer Heimat.«

Mit diesem Text schloss sich der ungarische Staat den anderen ehemaligen kommunistischen Ländern an, die die These der »doppelten Besetzung« benötigten, um die Vorstellung der eigenen Opferrolle durchzusetzen, die seitdem zu einer zentralen Richtlinie in der Erinnerungspolitik nicht nur in Ungarn geworden ist.⁶

Das Gedenkjahr 2014, dessen Veranstaltungen in diesem erinnerungspolitischen Rahmen stattfanden, erwies sich als Lackmus-Test, der veranschaulichte, wie der illiberale Polyporen-Staat die Erinnerungspolitik bestimmt und sich damit national und international Unterstützung verschafft.⁷

Die Planer des Holocaust-Gedenkjahres gingen ursprünglich von der jede Erinnerungspolitik bestimmenden Vorstellung aus, der zufolge die Erinnerung eine Kraft sui generis besitzt und das Schweigen keine Alternative darstellt. Sie greifen also aus reinem politischem Interesse in den Diskurs ein. Darauf setzte ein Kampf um die Beherrschung des Diskurses unter den jüdischen Organisationen bzw. unter ihnen und der Regierung ein, die ihrerseits bestimmten jüdischen Gemeinden gleichzeitig Fördermittel, aus dem zur Fi-

6 Jie-Hyun Lim: Afterword. Entangled Memories of the Second World War. In: Patrick Finney (Hg.): *Remembering the Second World War*, London: Routledge 2018, S. 249–256.

7 Henriett Kovács und Ursula Mindler-Steiner: Hungary and the Distortion of Holocaust History. The Hungarian Holocaust Memorial Year 2014. In: *Politics in Central Europe*, Jg. 11(2), 2016, S. 49–72, DOI: <https://doi.org/10.1515/pce-2015-0010>.

nanzierung der Projekte des Gedenkjahres gegründeten Zivilfonds anbot, um ihr eigenes Narrativ zu verbreiten.

Woran erinnert werden soll, das wird durch den kulturellen Rahmen, die moralische Sensibilität und die aktuellen politischen Interessen bestimmt. Die Teilnehmer des Gedenkjahres gingen mit sehr unterschiedlichen Plänen und Fördermitteln ausgerüstet in diesen Macht- und symbolischen Kampf um die Deutungshoheit des Holocaustgedächtnisses. Zentral ist dabei zunächst das Erinnern, denn ein Akt des Verzeihens erfolgt erst dann, wenn er mit Erinnern verbunden ist. Dieser Rahmen macht den Überlebenden zum Handelnden des Prozesses, er ist ja derjenige, der auf diese Weise die Gelegenheit hat, dem Staat (oder seinen Nachbarn) zu vergeben, der oder die das Verbrechen verübt haben. Das Ziel ist die »teilbare Erinnerung«, in der die Geschichte so kondensiert wird, dass sie vor dem Akt der Anerkennung erzählbar wird. Die Anerkennung erfolgt nach dem Erzählen. Aber in Ungarn hatte sich der Rahmen, in dem die Geschichte erzählt werden kann, 2014 bereits geändert.

Die Akteure, die an diesem Prozess im Laufe des Gedenkjahres teilnahmen, die Regierung, die jüdischen Organisationen, die Zivilbevölkerung und die Historiker waren allesamt gespalten und standen miteinander im Interessenkonflikt. Hinzu kam, dass die Veranstaltungen des Gedenkjahres, bzw. die Entscheidungen, die dafür getroffen wurden, an mehreren Schauplätzen stattfanden und verschiedene Akteure unterschiedlichen Interesses die Verläufe beeinflussen wollten. Dank der vielschichtigen Entscheidungsprozessen bot sich ihnen auch vielfach Gelegenheit dazu. Um sich einen Überblick über diese Prozesse zu verschaffen, ist es hilfreich, den Paradigmenwechsel zu analysieren.

Der Paradigmenwechsel des Holocaust Gedenkjahres

Mittlerweile hat bereits eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Gedenkjahres eingesetzt, in erster Linie auf Englisch. Die Autoren stützen sich dabei auf Artikel und Informationen, die in der Presse erschienen sind. Neben dem Misserfolg des Gedenkjahres werden in den Artikeln vor allem die historischen Revisionismus Bestrebungen seitens der ungarischen Regierung und der dagegen geleistete Widerstand hervorgehoben. Ich dagegen möchte behaupten, dass das Gedenkjahr zu einer grundsätzlichen Veränderung in der Erinnerungspolitik in Ungarn führte.

Für die Mehrheit der Akteure war es charakteristisch, dass sie die Handlungen und die Rhetorik der ungarischen Regierung vollkommen missinterpretierten. Die Regierung hielt auf der internationalen Bühne Reden, die sämtlichen internationalen Erwartungen und Maßstäben gerecht wurden, während sie in der Innenpolitik genau das Gegenteil machte. Diese doppeüzüngige Handlung und Kommunikation interpretierten die Experten im Laufe des Gedenkjahres unterschiedlich. Die allgemeine Erklärung dafür war, dass FIDESZ bei den bevorstehenden Parlamentswahlen 2014 die Wähler der rechtsradikalen Partei Jobbik ansprechen wollte und aus diesem Grund auf Regierungsebene und in der Erinnerungspolitik eine historisch-revisionistische Rhetorik verwendete, für die es in Ungarns Geschichte nach 1945 keine Präzedenz gab.

In Anbetracht der Geschehnisse lässt sich heute rückblickend genau zurückverfolgen, dass es neben der von der dreifachen Krise – Finanz-, Sicherheits- und Flüchtlingskrise – ausgelösten illiberalen Wende, die die Erinnerungspolitik als sicherheits- bzw. außenpolitisches Instrument versteht, einen Masterplan zur Veränderung des Holocaust-Gedächtnisses in Ungarn gab.

Das Holocaust-Narrativ entstand zur Zeit des Kalten Krieges und dies prägte auch sein Wesen, in dem der Befehl »Nie-wieder!« als Maßstab des universalen Selbstverständnisses galt. Die Erinnerungspolitik der Europäischen Union baut auf der Annahme auf, dass man aus der Vergangenheit lernen könne, das heißt, dass aus einer negativen Erfahrung eine positive Kraft werden kann. Die Bürger sollen im Rahmen des »Nie-wieder!« den demokratischen Werten gerecht werden und all jenes ablehnen, was zum Holocaust geführt hatte. Diesen Prozess nannte der englische, in Ungarn geborene Soziologe Frank Furedi eine »therapeutische Zensur«, die »das Individuum bevormundet und infantilisiert«.⁸ Die moralischen Verpflichtungen, die die einzelnen Nationen dabei auf sich nehmen, die Schulungen, die Museen und die Gedenktags Veranstaltungen werden von internationalen Organisationen wie der mit der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums im Jahre 2000 gegründeten IHRA (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken) kontrolliert. Sie gelten als moralisches Fundament der europäischen Einigung, so dass die Aufrechterhaltung des europäischen Gedenksystems zu einer Machtfrage geworden ist.

8 Frank Furedi: *On Tolerance. A Defence of Moral Independence*, New York: Continuum 2011.

Was nun sind die Elemente dieses Paradigmenwechsels? Im Folgenden analysiere ich die sieben Aspekte, die zum Paradigmenwechsel in der ungarischen Erinnerungspolitik beigetragen haben bzw. je nach Grad des Widerstandes beitragen können.

1. Die doppelte Besatzung

Bei der Osterweiterung der EU 2004 betrieben die konservativen Parteien der neuen osteuropäischen Länder, die ihre grundsätzliche Legitimation aus dem Antikommunismus bezogen, erfolgreiche Lobbyarbeit für die Einführung des Gedenktages der Opfer des Kommunismus. Sie nutzten die Brüsseler Lobbykraft gut, um innerhalb des europäischen Erinnerungsparadigmas, dessen Schlüsselement das universale Gedächtnis des Holocausts ist, ein System zu begründen, das gerade diesen hegemonialen Rahmen der Erinnerungspolitik abbaut: das Universale wird zum Partikularen gemacht. Dieser Rahmen wurde als Mittel zum »repressiven Vergessens« (*repressive erasure*)⁹ eingesetzt und so zum Schlüssel zur Konstruktion eines Masternarrativs, das jedes andere ausschließt. Dies bildete die theoretische und ideologische Grundlage für die Herausarbeitung der sich verteidigenden ungarischen konservativen Erinnerungsstrategie, die allein auf die Deutschen (bzw. die Sowjets) die Schuld für die Traumata des 20. Jahrhundert schob.

Das Paradigma der »doppelten Besatzung« setzt zunächst einmal das Trauma der sowjetischen Besatzung mit der deutschen Besatzung gleich.¹⁰ Der räumliche Ausdruck dieser Idee ist die Errichtung eines Denkmals 2017 am Szabadság-Platz (auf Ungarisch: Freiheitsplatz). Auf dem symbolischen Platz in der Mitte der Stadt wurde in der Dunkelheit der Nacht, trotz bedeutender gesellschaftlicher Proteste und ohne jede Abstimmung, ein Denkmal der deutschen Besatzung aufgestellt, das nicht nur alle Opfer gleichstellt, Ungarn oder Juden, sondern die gesamte Verantwortung für den Holocaust den Deutschen anlastet. Für die Opfer der sowjetischen Besatzung wurde ebenfalls ein Obelisk geplant, der schließlich 2018 an einem aus geopoliti-

9 Paul Connerton: Seven Types of Forgetting. In: *Memory Studies*, Jg. 1(1), 2008, S. 59–71, DOI: <https://doi.org/10.1177/1750698007083889>.

10 Andrea Pető: Paradigm Change in Holocaust Remembrance. Instrumentalising Conservatism. In: Katalin Miklossy und Markku Kangaspuro (Hg.): *Conservatism and Memory Politics in Russia and Eastern Europe*, London: Routledge 2021, S. 160–173.

schen Gründen weniger frequentierten Ort in Óbuda aufgestellt wurde.¹¹ All das fand zur Zeit des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen statt und bemerkenswerterweise wurde die parteipolitische Diskussion in eine über die Vergangenheit geführte Debatte umgewandelt, über die Zukunft und die Parteiprogramme wird nicht mehr gesprochen, sondern nur noch über die Deutung der Vergangenheit. Dies ist ganz im Sinne des Polyporen-Staates, der in der Zwischenzeit seinerseits dynamisch am Ausbau seines Institutionensystems arbeitet. Zum Dritten erfolgt dieser Paradigmenwechsel auch innerhalb der internationalen Organisationen, die eigentlich die Aufgabe haben, das ursprüngliche Paradigma zu schützen. Die ungarische Regierung wollte es vor den Parlamentswahlen 2014 nicht riskieren, den Vorsitz in der Organisation der Holocaust-Forschung -und -Bildung, der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu verlieren, um den sie sich genau aus dem Grund beworben hatte, um auch auf der internationalen Bühne die Wende der erinnerungspolitischen Praxis zu unterstützen. Bei dieser Wende geht es darum, die internationale Erinnerung in eine nationale zu verwandeln und in einem breiteren Rahmen gleichzeitig die Position Ungarns als Opfer zu verankern.

2. Statt des säkularen, bekommt das Gedenken einen re-sakralisiert-religiösen Rahmen

Das dominante Paradigma des Holocaust-Gedächtnisses ist säkular. Der damalige Verteidigungsminister Csaba Hende forderte in seiner Rede am 4. Juli 2014 als Ziel des Gedenkjahres, dass die Schoah ihren Platz in der Geschichte der Nation einnehmen möge und fügte hinzu: »Gott helfe uns, der immerwährende Gott.« Dies ist ebenfalls neu: das internationale und über den Nationen stehende Erzählen in eine nationale Geschichte zu verwandeln und den ursprünglich säkularen Rahmen dann in einen sakralen zu verwandeln. Dass die Schoah in einen nationalen Rahmen gestellt wird, wäre an sich kein Problem, dazu bietet die Veränderung der polnischen Erinnerungspolitik ein gutes Beispiel, aber die Art, wie dies passierte, ist ein anschauliches Beispiel für die Erinnerungspolitik des illiberalen Staates, der den nach 1945 entstandenen erinnerungspolitischen Konsens des Holocausts umdeutet.

11 Die Gedenkstätte für die sowjetische Besatzung wurde in einem weniger frequentierten Teil von Budapest errichtet, um die Kritik von Putins Russland nicht zu provozieren.

3. Freiheitskampf-Rhetorik und neue Terminologie zur Umbenennung der alten Fakten

Die ungarische *FIDESZ-KDNP*-Regierung definierte ihren erinnerungspolitischen Standpunkt gegen das Erinnerungsparadigma des »Nie-wieder!«, genauso, wie das ein illiberaler Polyporen-Staat tut. Sie übernahm den Diskurs und trug ihn nur, wenn nötig, der Öffentlichkeit vor, aber immer so, dass sie ihn immer für die eigenen politischen Zwecke benutzte. Sie lehnte die bisherige Sprechweise als Mittel der sogenannten westlichen Hegemonie ab, welches das partikulare ungarische Narrativ notwendigerweise versachlicht. Daher war die Regierung bestrebt, entsprechend der allgemeinen Freiheitskampf-Rhetorik eine eigene Terminologie zu entwickeln. So wurde beispielsweise der Begriff »fremdenpolizeiliche Maßnahme« eingeführt, um den (auch) von Ungarn verübten Massenmord an Juden im Sommer 1941 in Kamenetz Podilskij umzudeuten. Dieser Prozess läuft natürlich nicht ohne Kampf ab, aber langfristig wird dieses Narrativ über den Holocaust in Ungarn in ein nationales Narrativ übergehen.¹² Der Gemeinschaft der internationalen Wissenschaftler kommt eine außerordentlich wichtige Rolle dabei zu, diese bedeutende Terminologie-Schlacht auszufechten. Sie sind sich dieser Rolle allerdings nicht immer bewusst.

4. Dejudaisierung

Über das Phänomen, dass die dominante antifaschistische Rhetorik der Nachkriegszeit die jüdische Identität unsichtbar machte und die Juden als eine gesonderte Gruppe behandelte, entstand eine bibliotheksfüllende Literatur. Die Überlebenden wurden in dieser Erinnerungsrhetorik zu Opfern, während die Täter in Vergessenheit gerieten. Die Forschung des Holocausts in Ungarn integrierte sich selbst nach 1989 nicht in den durch die amerikanische Holocaustforschung geprägten internationalen Diskurs. Die Holocaustforschung während des Kommunismus erfolgte in einem antifaschistischen bzw. kommunistischen Rahmen. Nach 1989 kamen die Sprache und die Konzepte aus dem Westen in die bislang blutarme ungarische Holocaustforschung zur Beschreibung der Erfahrungen des Judentums, das den Kommunismus über- und er-

12 Vered Vinitzky-Seroussi und Chana Teegeer: Unpacking the Unspoken: Silence in Collective Memory and Forgetting. In: *Social Forces*, Jg. 88(3), 2010, S. 1103–1122, DOI: <https://doi.org/10.1353/sof.0.0290>.

lebt hatte. Daraus ergeben sich keine Probleme, solange es nur um die Erschließung der Fakten geht: wer, wann, wo, was gemacht hat. Aber in dem Moment, in dem es um die Interpretation dieser Fakten geht, kommt es zu Schwierigkeiten. Der Aufbau des nationalen Gedächtnisses fällt mit dem Aufbau der Nation zusammen, und dementsprechend soll ein historisches Narrativ erstellt werden – ein Narrativ, das einen Anfang, eine Mitte und ein Ende hat, also abgeschlossen und rund ist und nur eine einzige Lesart zulässt. Die Regierung bezog auch andere Opfergruppen, wie die der Romas und der Zeugen Jehovas in das Holocaust-Gedächtnis mit ein. Dies tat sie, um mit der Diversifizierung der Teilnehmer mehr Raum für die Spiele zu gewinnen, die sie spielt, um ihre Ziele zu erreichen. Und genau dies führte zu den größten Konflikten der letzten Jahrzehnte zwischen den jüdischen Gemeinden und der Regierung.

5. Holocaust als Schoah, also eine Angelegenheit der jüdischen Minderheit

Die Frage der Verantwortung von Ungarn ist eine der Hauptfragen der Holocaust-Erinnerung. Dem einen Standpunkt zufolge heißt es, dass zwei getrennte, miteinander nicht verbundene Kulturen nebeneinander lebten: die ungarische und die jüdische. Die Geschichte des Judentums erscheint hier als etwas Unbekanntes, und es ist das Ziel, eben jene kennenzulernen, die »zusammen mit uns lebten«, wie es der Verteidigungsministers Csaba Hende am 27. Januar 2013 auf einer Veranstaltung, die von der Initiative *Marsch des Lebens* organisiert wurde, ausdrückte. Dieser Ansatz wurde auch vom orthodoxen Oberrabbiner Slomó Köves am 14. Februar 2013 in der zweiten Sitzung des *Ungarischen Holocaust-Gedenkkomitees 2014* unterstützt: »Das Holocaust-Gedächtnis in Ungarn soll sich von der Auffassung loslösen, die Gesellschaft in Schuldige und Opfer zu teilen, und der Schwerpunkt der Gedenkfeier soll auf die gemeinsamen Verluste gelegt werden, die die ungarische Nation erlitten hatte.«

Im Gegensatz dazu vertrat János Lázár, damals Leiter der Staatskanzlei in seiner Rede am 28. Oktober 2013 eine generalisierende Rhetorik über »unsere jüdischen Landsleute«, zumal er sich nicht in die tiefe Spaltung der jüdischen Organisationen in Ungarn einmischen wollte. Dies zeigt, dass es auch bei den Entscheidungsträgern der ungarischen Regierung gegensätzliche Auffassungen gibt, die auch die Regierungsakteure spalten. Diese Spaltung kann in der Zukunft eine Möglichkeit zum Widerstand bieten.

6. Populistische Wende und Antiintellektualismus

Die Absicht der Regierung in Bezug auf das Gedenkjahr war es, das Erinnern auf die gesamte Gesellschaft auszuweiten und so zu popularisieren, dass diese Fragen nicht nur von Historikern im eigenen Kreis diskutiert werden, sondern auf gesamtnationaler Ebene. Das zeigt auch die Liste der von der Regierung unterstützten Projekte. Neue Teilnehmer betraten das Terrain der Erinnerungspolitik, denn es erhielten solche Firmen und Institutionen bedeutende Geldbeträge, die sich früher nie mit Holocausterziehung beschäftigt hatten, und vorherige aktive Akteure wurden ausgegrenzt. So stellte zum Beispiel die einzige staatliche Institution, das Holocaust-Dokumentationszentrum, nur einen Antrag auf einen kleinen Betrag und auch die am eingangs erwähnte »gefundene« Bibliothek erhielt kein Geld. Der Polyporen-Staat verfolgte später beim Gedenkjahr der 1956er Revolution dieselbe Strategie.¹³ Den Platz der früheren Akteure und Themen sowie der Forscher der historischen Epoche nahmen neue ein. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb von Bedeutung, weil bis dahin unter den Experten mehr oder weniger Konsens über Rahmen und Sprache des Holocausts in Ungarn bestand. Mit der Öffnung des Gedächtnisrahmens wurde dieses Wissensmonopol in Frage gestellt, was zu Streitigkeiten auf internationaler Ebene führte, die nicht frei von persönlichen Beleidigungen waren.

7. Das endgültige Abschließen der traumatischen Epoche

Am 28. August 2014 äußerte sich Tibor Navracsics, damals stellvertretender Ministerpräsident, Justizminister und Minister für Verwaltung, wie folgt: »Nachdem wir die Tragödie des 20. Jahrhunderts aufgearbeitet und daraus Lehren gezogen haben, müssen wir weiter ins 21. Jahrhundert treten.« Diese Auffassung, dass der Holocaust etwas ist, was abgeschlossen und in die Vergangenheit zurückgesperrt werden kann, steht im absoluten Widerspruch zur Erinnerungskontinuität des Holocausts mit dem Paradigma des »Nie

13 Andrea Pető: Roots of Illiberal Memory Politics: Remembering Women in the 1956 Hungarian Revolution. In: *Baltic Worlds*, Jg. 10(4), 2017, S. 42–53.

wieder!« Und dies gilt besonders dann, wenn es die Überlebenden und ihre Nachkommen als Nichtanerkennung ihrer Erinnerungen erleben.¹⁴

Die Auswirkung des Paradigmenwechsels

Diese Faktoren, die den Zweck erfüllen sollten, ein neues Paradigma zu schaffen, mobilisierten im Gedenkjahr die Überlebenden, die jüdischen Gemeinschaften und all die, die noch im früheren erinnerungspolitischen Rahmen dachten. Das Gedächtnis des Holocausts wurde zu einem globalen Narrativ, dass sich im Paradigma des »Nie wieder!« und des Nichtvergessens artikuliert, und das zur Grundlage des europäischen menschenrechtlichen Paradigmas wurde. Dieses Paradigma löste sich von der Geschichte des Krieges und wurde als etwas allgemein Menschliches definiert, das heißt, es muss auch von jenen anerkannt werden, die die Ausweitung der moralischen Verantwortung nicht betraf. Genau diesen Zyklus wollte die ungarische Regierung durchbrechen, worauf MAZSIHISZ (Verband der Ungarischen Jüdischen Glaubensgemeinschaften) am 8. Februar 2014 mit einem Boykott aller staatlichen Gedenkveranstaltungen reagierte, den er erst am 31. Oktober 2014 aufhob.

Hier stellt sich die Frage, ob das Paradigma der Erinnerungspolitik, das im Laufe des Gedenkjahres entstand, ein spezifisch ungarisches Paradigma ist. Was Ungarns Situation besonders macht, ist das gleichzeitige Vorhandensein verschiedener Faktoren: Die große Anzahl jüdischer Überlebender, die Abkoppelung der ungarischen Holocaustforscher der internationalen Forschung durch neugegründeten Geschichtsforschungsinstitutionen, die Nachwirkungen der kommunistischen Erinnerungspolitik und ihrer Unsichtbarmachung der Juden, sowie, *last but not least*, die Etablierung des illiberalen Staates.

In Polen begann die Umwandlung des Holocaustnarrativs in ein nationales schon früher, mit den wissenschaftlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Gründung des Museums für die Geschichte der polnischen Juden. Es ist kein Zufall, dass die damalige Regierungspartei PiS in den neuen erinnerungspolitischen Kämpfen auf das Gedächtnis des Zweiten Weltkriegs und des Kommunismus fokussiert, und ihre Kräfte dazu nutzt, Konferenzen und Sonderaus-

14 n.a.: Navrasics büntetne és továbblépne (Navrasics would punish and then move forward). In: Propeller vom 28.4.2014. <https://propeller.hu/itthon/2915596-navrasics-buntetne-tovabblapne>.

stellungen zu verhindern, die die Kollaboration oder den Antisemitismus der Polen im Museum zeigen.

Die ungarische Regierung erwirkte eine grundsätzliche Veränderung des erinnerungspolitischen Rahmens, indem sie mit der Kanonisierung der doppelten Besetzung die Verantwortung den Besatzern zuschob. Es ist nicht einfach, die dunkle Vergangenheit in die ethnozentrische Erinnerungspolitik einzugliedern, besonders wenn es gleichzeitig mehrere konkurrierende Erinnerungen gibt. Es fehlt also das Narrativ, das die Geschichtsschreibung auf nationaler Ebene mit der Erinnerung der vielfältigen Opfergruppen miteinander in Einklang bringt. Denn Erinnerung funktioniert auf verschiedenen Ebenen: lokal, national, regional und transnational, die zusammen die Vielfalt der Erinnerungen Zustandbringen. Allerdings handelt es sich dabei um einen politischen Prozess, in dem einzelne Gruppen und Narrative über größere Kraft verfügen. Der Polyporen-Staat unterstützt ein bestimmtes Narrativ, dessen Erfolg auch mit der Schwäche der Personen und Institutionen zu erklären ist, die die antifaschistische Logik vertreten sollten.

Jetzt, zur Zeit dieses Artikels steht auf dem Budapester Szabadság-Platz (Freiheitsplatz) das Besatzungsdenkmal zusammen mit einem Gedenkmal.

Um seinen Boykott zu widerrufen, war eine der Bedingungen des Verbandes der Ungarischen Jüdischen Glaubensgemeinschaften, dass das von der Regierung etablierte reversionistische Geschichtsforschungsinstitut, das Veritas-Institut, aufgelöst wird. Allerdings besteht das Institut weiterhin und die Vertreter von *MAZSIHISZ* legten sogar am 28. August 2015 zusammen mit dem Direktor des Veritas-Instituts Sándor Szakály am Denkmal von Kamjanez Podolskyj einen Kranz nieder. Gemeinsam gedachte man so eines Ereignisses, über das Szakály am 17. Januar 2014 die Erklärung abgegeben hatte, es habe sich dabei lediglich um eine »fremdenpolizeiliche Maßnahme« gehandelt.

Ein umstrittener Punkt war außerdem das »Haus der Schicksale«. Dabei handelt es sich um ein von der Regierung gegründetes, ihre Erinnerungspolitik bestätigendes Museum. Es wurde bis heute nicht eröffnet und es werden keine öffentlichen Verhandlungen bezüglich seiner Inhalte geführt, obwohl das ungarische Haus der Chabad Lubavitscher, das als Betreiber des umstrittenen Museums eingesetzt wurde, diesbezüglich Versprechungen gemacht hat. Das als Alternative gedachte »Haus des Dialogs« kommt ebenfalls nicht voran, es finden keine Abstimmungen unter den Institutionen statt. Das Gedenkjahr liegt nun bald 10 Jahre zurück und seitdem führten die Vertreter der jüdischen Gemeinschaften diesbezüglich keine Besprechungen. Was aber

mit voller Kraft vorangeschritten ist, sind die Friedhofsrekonstruktionen (es gibt nahezu 1600 israelitische Friedhöfe in Ungarn) und die Renovierung von Synagogen. Bei der Finanzierung von Friedhof- und Synagogenrekonstruktionen handelt es sich eigentlich um Investitionen in das kulturelle Erbe. Die finanzielle Förderung der kulturellen Denkmäler dient der Vergangenheit, allerdings nicht einer lebendigen, gelebten Vergangenheit. Interessanterweise widerspricht das dem von der Regierung kommunizierten Ziel, nämlich: Jüdische Organisationen sollten gefördert werden, damit die jüdischen Jugendlichen ihre Identität als positive Identität in den jüdischen Organisationen erleben können, also in Organisationen, die nicht mit dem Trauma der Shoah zu tun haben. Dadurch sollte erreicht werden, dass die neue Generation von ungarischen Juden und Jüdinnen nicht mehr die Frage stellt, wer für das Trauma des Holocausts in Ungarn verantwortlich war.

Man kann aber auch Erfolge verbuchen. Die jede historische Grundlage entbehrende Verklärung von Ferenc Koszorus (1899–1974) als »Retter des Budapester Judentums« wurde in die rechtsradikale Subkultur gedrängt und erhielt keine Aufnahme in die Geschichtsbücher.¹⁵ Koszorus bekam zwar ein Denkmal am Verteidigungsministerium in Budapest, aber das Narrativ, dass die meisten Juden vom Horthy-System gerettet wurden, ist nicht mehr gesellschaftsfähig. Die Statue des Historikers und Kulturpolitikers Bálint Hóman (1885–1951), der wegen Kriegsverbrechen zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, wurde nicht an einem öffentlichen Ort aufgestellt, obwohl es dazu Versuche gab. Dem internationalen Interesse ist auch viel Positives zu verdanken. Im Laufe des Gedenkjahres fanden, organisiert von Botschaften, der UNESCO oder anderer internationaler Organisationen, viele Vorträge, Filmvorführungen und Ausstellungen über den Holocaust in Ungarn statt, Hörbücher und Bücher erschienen. Was genau fertiggestellt wurde und was es kostete, ist nicht klar, denn die Rechnungslegung des Nationalen Zivilfonds wurde um drei Jahre, auf den Frühling 2017 verschoben, bzw. nach einer jüngsten Gesetzesänderung ist sie öffentlich nicht zugänglich, nur gegen einen Antrag auf die Herausgabe von Daten öffentlichen Interesses und horrenden Gebühren. Das ist von großer Bedeutung, denn für 2024 werden

15 Eine bis heute diskutierte, ungeklärte Episode der Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Ungarn ist die Rolle von General Koszorus. Die Kollaborationsregierung der Pfeilkreuzler bestellte Truppen der loyalen Gendarmerie, die Erfahrung in der Deportierung der jüdischen Bevölkerung auf dem Land hatten, in die Hauptstadt, um diesen Befehl auch hier durchzuführen. Koszorus kommandierte sie aber zurück.

wieder unvorstellbar hohe Summen für Gedenkveranstaltungen ausgegeben, wiederum ohne jede Transparenz.

Aufgrund der von mir geführten Interviews lässt sich feststellen, dass alle Teilnehmer kaum erwarten konnten, dass das Gedenkjahr zu Ende geht. Die jüdischen Organisationen, weil sich bis dahin eine Zusammenarbeit mit der Regierung entwickelt hatte, in deren Rahmen die vor allem für lukrative Renovierungs- und Friedhofssanierungsprojekte vorgesehenen staatlichen Mittel zuverlässig eintrafen. Die Akteure seitens der Regierung deshalb, weil sie ihr Ziel mit dem neuen Paradigma erreicht hatten und jede weitere Öffentlichkeit nur Fragen aufgeworfen hätte. Aber auch die Zivilakteure waren glücklich, dass das Gedenkjahr zu Ende war, denn es wurde einerseits klar, dass sie zu den von der ungarischen Regierung zugesicherten Mitteln nur über die jüdischen Organisationen gelangen können, und andererseits, dass Forschungen zu diesen Themen aus internationalen Mitteln finanziert werden können, wenn sich die internationalen Fachkreise gegen die erfolgreiche erinnerungspolitische Intervention der ungarischen Regierung zusammenschließen. Bei den Veranstaltungen des Gedenkjahres fehlte es jedoch schmerzlich an innovativen Erinnerungsformen. Und auch von der »gefundenen Bibliothek« ist seitdem nichts mehr zu hören. Vor diesem Hintergrund sollte man in Betracht ziehen, dass 2024 erneut ein enormer Betrag an öffentlichen Finanzmitteln für das bevorstehende nächste Erinnerungsjahr vorgesehen ist. Wie die Erfahrungen des Erinnerungsjahrs 2014 zeigen, wird ein Großteil dieser Gelder wie ein Wassertropfen in einer Sauna fast spurlos verschwinden. Was jedoch übrig bleibt, abgesehen von einzelnen Offshore-Bankkonten, trägt dazu bei, die Erinnerung an den Holocaust zu verändern. Und zwar mit der Komplizenschaft der internationalen Organisationen, die eigentlich dagegen angehen sollten. Bis jetzt haben sie jeder Bestrebung der ungarischen Regierung zur Veränderung des Narrativs stillschweigend nachgegeben. Wobei man einräumen muss, dass von ihnen zusätzliche Fördermittel zur kritischen ungarischen Holocaustforschung sichergestellt wurden.

Literatur

- Connerton, Paul. 2008. »Seven Types of Forgetting.« *Memory Studies* 1, no. 1: 59–71. DOI: <https://doi.org/10.1177/1750698007083889>.
- Furedi, Frank. 2011. *On Tolerance: A Defence of Moral Independence*. Continuum Publishing Corporation.

- Grzebalska, Weronika, and Andrea Pető. 2018. »The Gendered Modus Operandi of the Illiberal Transformation in Hungary and Poland.« *Women's Studies International Forum* 68: 164–72. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.wsif.2017.12.001>.
- Kovács, Henriett, and Ursula Mindler-Steiner. 2016. »Hungary and the Distortion of Holocaust History: The Hungarian Holocaust Memorial Year 2014.« *Politics in Central Europe* 11, no. 2: 49–72. DOI: <https://doi.org/10.1515/pce-2015-0010>.
- Lim, Jie-Hyun. 2018. »Afterword. Entangled Memories of the Second World War.« In: *Remembering the Second World War*, edited by Patrick Finney, 249–56. London: Routledge.
- Mälksoo, Maria. 2015. »Memory must be Defended: Beyond the Politics of Mnemonical Security.« *Security* 46, no. 3: 221–37. DOI: <https://doi.org/10.1177/0967010614552549>.
- n.a. 2014. »Navrasics büntetne és továbblépne.« (Navrasics would punish and then move forward) Propeller, April 28. <https://propeller.hu/itthon/2915596-navrasics-buntetne-tovabblapne>.
- Pető, Andrea. 2017. »Roots of Illiberal Memory Politics: Remembering Women in the 1956 Hungarian Revolution.« *Baltic Worlds* 10, no. 4: 42–53.
- Pető, Andrea. 2021. *Das Unsagbare erzählen*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Pető, Andrea. 2021. »Paradigm Change in Holocaust Remembrance. Instrumentalising Conservatism.« In *Conservatism and Memory Politics in Russia and Eastern Europe*, eds. Katalin Miklossy, Markku Kangaspuro, 160–73. London: Routledge.
- Pető, Andrea. 2021. »The Illiberal Memory Politics in Hungary.« *Journal of Genocide Research*. DOI: <https://doi.org/10.1080/14623528.2021.1968150>. Die Publikation der endgültigen Fassung, deren wichtigste Thesen ich hier vorstelle, lehnte das von der Regierung finanzierte Tom-Lantos-Institut ab, wobei es sich jedoch auf technische Gründe berief.
- Vinitzky-Seroussi, Vered, and Chana Teeger. 2010. »Unpacking the Unspoken: Silence in Collective Memory and Forgetting.« *Social Forces* 88, no. 3: 1103–1122. DOI: <https://doi.org/10.1353/sof.0.0290>.

Wie man eine Tagung missversteht

Konstanty Gebert und Jan Grabowski

Eine kürzlich in Berlin abgehaltene Konferenz (»Hijacking Memory. Der Holocaust und die Neue Rechte«, gemeinsam organisiert vom Haus der Kulturen der Welt, dem Einstein Forum und dem Zentrum für Antisemitismusforschung ZfA an der TU Berlin, 9. bis 12. Juni 2022), an der wir beide teilgenommen hatten, unterstrich die Gefahr des Missbrauchs der Erinnerung an die Shoah für die politischen Ziele der neuen europäischen Rechten. 40 Redner dokumentierten die Umstrukturierung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs durch nationalistische Regime in der östlichen Hälfte des Kontinents (unsere beiden Vorträge befassten sich mit diesem Thema in Polen) und den Missbrauch der Erinnerung an die Shoah, um bestimmte Redeformen, insbesondere bestimmte Kritik an Israel, in Deutschland und anderswo in seinem westlichen Teil zu delegitimieren. Die lebhafteste Debatte, die insbesondere auf diese letzten Vorträge folgte, zeigte – falls es überhaupt eines Beweises bedurfte –, dass es offensichtlich möglich ist, Israel zu kritisieren, ohne antisemitisch oder voreingenommen zu sein, auch wenn wir oft auf derart belastete Kritik stoßen. Darüber hinaus hat die gesamte Konferenz, die sowohl dringend nötig als auch sehr erfolgreich war, gezeigt, dass eine intelligente und aufschlussreiche Debatte über sensible Themen tatsächlich möglich ist. Die Diskussion im Anschluss an die Konferenz zeigte jedoch, wie selten eine solche Debatte stattfinden kann.

Wir waren überrascht und schockiert, als wir auf der Konferenz den Vortrag des einzigen palästinensischen Redners, Tareq Baconi, hörten. Eine relevante palästinensische Perspektive hätte die Konferenz enorm bereichert. Sie hätte den Missbrauch der Shoah in der israelischen Politik beleuchten können, von Premierminister Menahem Begin, der 1982 Arafat in Beirut mit »Hitler, der sich 1945 in seinem Bunker in Berlin verschanzt hatte« verglich, bis hin zu Premierminister Benjamin Netanyahu, der 2012 behauptete, es sei der Mufti von Jerusalem, Haj Amin el-Husseini, gewesen, der »Hitler die Idee des Holocaust

gegeben habe«. Nicht weniger wertvoll wäre eine Interpretation der Bildungspolitik der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas in Gaza in dieser Hinsicht gewesen, vom Verbot des Unterrichts über die Shoah in palästinensischen Schulen über die systematische Behauptung, dass Palästinenser und nicht Juden die »wahren« Opfer eines Völkermords seien, bis hin zur Verfolgung des Professors der Al-Quds-Universität Mohammed Dajani, weil er mit einer Gruppe seiner Studenten Auschwitz besucht hatte.

Traurigerweise hat Herr Baconi, wie wir in einer Protesterklärung sagten, die wir vor unseren Vorträgen verlasen, »beschlossen, Israel frontal anzugreifen, u. a. als »Apartheid«, »Kolonialismus« und »Kindermord«-Einheit, seine Empörung über die Idee zum Ausdruck gebracht, dass »ein jüdischer Staat auf 78 % des historischen Palästina existieren könnte«, und die Tatsache bedauert, dass bei Versammlungen wie dieser die palästinensische Frage »nur eine Kulisse« ist, während sich im Kontext der palästinensischen Tragödie eine Art »jüdisches Psychodrama« abspielt.« »Herr Baconi – so fuhrten wir fort – hat sicherlich ein Recht auf seine Meinung, die jedoch eher zu einer Konferenz über palästinensischen Aktivismus passen würde, ebenso wie unsere Vorträge dort fehl am Platz wären.

Wir können jedoch nicht erkennen, wie seine Bemerkungen zum Thema dieser Konferenz beitragen könnten. Besonders beunruhigend war die Begeisterung, mit der seine Worte von einem Teil des Publikums aufgenommen wurden, und die fehlende Reaktion der Organisatoren auf seinen Vortrag. Später wurde uns gesagt, dass die Organisatoren eine Politik verfolgten, keine Vorträge zu kommentieren, während einige derjenigen, die Baconi zujubelten, eine Gruppe waren, die anscheinend nur gekommen war, um ihm zuzuhören, und bald nach seinem Vortrag wieder abreiste. Wie dem auch sei, wir fanden den gesamten Vorfall zutiefst beunruhigend. Einer von uns, Jan Grabowski, erläuterte die Gründe für diese Besorgnis in einem anschließenden Interview für *Die Welt*.

Und diese Reaktion, und nicht Baconis empörende Aussagen oder gar die Konferenz selbst, scheint nach der Veranstaltung zu einem Hauptthema in den Medien und öffentlichen Diskussionen geworden zu sein. Das linksgerichtete Israel-Portal +972 veröffentlichte eine bearbeitete Version von Baconis Bemerkungen mit folgendem Kommentar: »Am Tag nach der Rede verlasen zwei Mitredner, Jan Grabowski und Konstanty Gebert, öffentlich eine gemeinsame Erklärung, in der Baconis Rede falsch dargestellt und seine Anwesenheit auf der Konferenz verurteilt wurde. In den darauffolgenden Tagen verurteilte Grabowski Baconi weiterhin in der rechtsgerichteten deutschen Zeitung *Die Welt*.«

Selbstverständlich wurden weder Beweise für die angebliche Verzerrung vorgelegt, noch wurde unsere Erklärung zitiert, sodass die Leser von +972 nicht wussten, dass wir Herrn Baconis Vortrag und nicht seine Anwesenheit verurteilt hatten.

Der Artikel wurde in anderen linken Portalen erneut veröffentlicht, darunter in einem mit dem Titel »Shoah. Der palästinensische Holocaust«. Eine andere Autorin, Rivkah Brown, warf uns ebenfalls ohne Beweise vor, Baconis Argumente »falsch darzustellen«, und behauptete, wir hätten vorgeschlagen, »dass Baconi seine eigene verdammte Konferenz bekommt«. Sie behauptete auch, dass wir, indem wir einen Tag nach Baconi sprachen, »Baconi keine Chance gaben, sich zu verteidigen«.

Schließlich berichtet sie von einer Initiative eines Teilnehmers, des +972-Herausgebers Haggai Matar, ein Gruppenfoto »in Solidarität mit Palästinensern und Anti-Apartheid-Aktivisten, die der deutschen staatlichen Repression ausgesetzt sind« zu machen. »Palästinenser zum Schweigen zu bringen ist KEIN Kampf gegen Antisemitismus«, sagte Matar in seiner Einladung an die Konferenzteilnehmer. Die polnischen Sprecher haben das Memo offensichtlich nicht bekommen«, schließt Brown. Selbstverständlich haben wir Baconi nicht vorgeschlagen, »seine eigene Konferenz abzuhalten«, und die Verzögerung bei unserer Antwort war darauf zurückzuführen, dass einer von uns religiös ist und am Schabbat, dem Tag, an dem Baconi sprach, das Mikrofon nicht benutzen konnte. Und offensichtlich haben wir das Memo nicht bekommen, wahrscheinlich, weil es uns nicht zugeschickt wurde.

In ähnlicher Weise schrieb der Herausgeber des amerikanisch-jüdischen linken Portals Joshua Leifer: »Nachdem der palästinensische Gelehrte Tareq Baconi in einer Rede argumentiert hatte, dass die europäische Holocaustschuld nicht als Vorwand verwendet werden dürfe, um den Palästinensern Freiheit und Gleichheit zu verweigern, verurteilten der polnische Historiker Jan Grabowski und der Journalist Konstanty Gebert Baconi von der Konferenzbühne aus und dann in der deutschen Presse und beschuldigten ihn des Antisemitismus.« Selbstverständlich erhoben wir keine solche Anschuldigung, und Leifer ging auch nicht auf die Anschuldigungen ein, die wir tatsächlich erhoben hatten. Es scheint, dass es auf der linken Seite nicht viel Hoffnung auf eine vernünftige Debatte zu diesem Thema gibt. Es ist auch ein überzeugendes Argument, wie wir im einleitenden Teil dieses Textes angedeutet haben, für die Organisation einer weiteren Konferenz, die sich diesmal mit dem Thema des Missbrauchs der Erinnerung an die Shoah durch die Linke befasst.

Die mangelnde Bereitschaft zu einer offenen Debatte erstreckt sich von links über die Mitte bis nach rechts. In einem Vortrag vor dem Kulturausschuss des Bundestags, der sich hauptsächlich mit dem kurz nach der Konferenz ausgebrochenen Kasseler documenta-Skandal befasste, hatte Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland gesagt: »Erst im Juni 2022 fand im Haus der Kulturen der Welt die Konferenz ›Hijacking Memory‹ statt. Es war ein massiver Versuch, den deutschen Erinnerungsdiskurs über die Shoah zu verschieben, und ähnlich wie bei der Documenta waren auch dort Vertreter postkolonialer Positionen besonders aktiv, um die Ängste und Sorgen der in Deutschland lebenden Juden lächerlich zu machen.« Das ist Unsinn: Es wurden keine »postkolonialen Positionen« präsentiert, kein Versuch unternommen, »den Diskurs über die Shoah zu verschieben«, noch wurden jüdische Ängste lächerlich gemacht.

In der anschließenden Diskussion fügte Herr Botmann hinzu, dass »die Konferenz Hijacking Memory äußerst problematische und antisemitische Inhalte vermittelte, was einer Relativierung der Shoah gleichkommt«, und schloss, nachdem er zuvor die Organisatoren der Konferenz aufgelistet hatte: »Wir müssen auch nicht akzeptieren, dass BDS-Promoter kulturelle Institutionen leiten, und dieser Selbstreinigungsprozess ist sehr wichtig«. Noch einmal: Es wurden keine antisemitischen Inhalte geäußert und die Shoah wurde nicht relativiert. Auch können die Organisatoren nicht für eine inakzeptable Präsentation verantwortlich gemacht werden.

Um verantwortlich zu sein, hätten sie sie im Voraus lesen und genehmigen müssen. Aber ein solches Verfahren wäre Zensur gewesen, und wir hätten es nicht akzeptiert, unsere eigenen Präsentationen einzureichen. Unnötig zu sagen, dass keiner der Organisatoren Sympathie für BDS äußerte, geschweige denn dafür wirbt. Solche Unterstellungen sind inakzeptabel, ebenso wie Appelle zur »Selbstreinigung«, die an eine Vergangenheit erinnern, von der wir gehofft hatten, sie bliebe begraben. »Man nenne die Dinge nicht, sondern füge sie dem Unglück der Welt hinzu«, schrieb Albert Camus einst. Der Konferenz gelang es weitgehend, die Dinge treffend zu benennen. Warum gelingt dies den Kritikern nicht?

Wie die polnische Rechte die Geschichte der Shoah neu schreibt

Konstanty Gebert

Im Mai 2019 zog eine Demonstration durch die Innenstadt von Warschau. Die Route vom Amtssitz des polnischen Premierministers zur US-Botschaft war ungewöhnlich, denn auch wenn die Polen normalerweise immer einen Grund finden, um gegen die Politik der eigenen Regierung zu protestieren, widersprechen sie den Vereinigten Staaten meist nicht. Dieses Mal war es anders: Einige Zehntausend Demonstranten hatten sich zusammengefunden, um gegen ein Gesetz zu protestieren, das als *Act of Congress S. 447* durch die Unterschrift von Präsident Donald Trump ein Jahr zuvor in Kraft getreten war. Es sieht vor, dass das US-Außenministerium dem Kongress jährlich einen Bericht über die Einhaltung der Bestimmungen der *Theresienstädter Erklärung über Holocaust-Vermögenswerte* durch ihre Unterzeichnerstaaten vorlegt. Diese Vereinbarung war im Jahr 2009 von allen Mitgliedstaaten der *Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*, also auch von Polen und den USA, per Akklamation verabschiedet worden.

Die Unterzeichnerstaaten stellen in der *Theresienstädter Erklärung* unter anderem fest:

»[Wir] halten [...] es für wichtig, dort, wo dies noch nicht wirksam erzielt wurde, den Ansprüchen der Opfer des Holocaust (der Schoah) in Bezug auf ihr früheres Eigentum an unbeweglichem Vermögen (Immobilien) [...] Rechnung zu tragen.«¹

1 Der Wortlaut der Theresienstädter Erklärung in deutscher Sprache findet sich beispielsweise auf der Homepage der Deutschen Botschaft Tel Aviv <https://tel-aviv.dipl.o.de> unter: Service – Konsular- und Rechtsabteilung > Entschädigung > Prager Holocaustkonferenz und Folgeverhandlungen > Weitere Informationen. <https://www.state.gov/prague-holocaust-era-assets-conference-terezin-declaration/>

Und:

»Wir nehmen zur Kenntnis, dass in einigen Staaten erbenloses Vermögen als Grundlage für die Deckung der materiellen Bedürfnisse Not leidender Überlebender des Holocaust (der Schoah) und zur Gewährleistung steter Bildungsmaßnahmen zum Holocaust (der Schoah) [...] herangezogen werden könnte.«²

Diese ehrenwerte Absichtserklärung stellte zusammen mit dem Act S. 447 für die Organisatoren der Demonstration, die der parlamentarischen und außerparlamentarischen extremen Rechten entstammten, den jüdischen Versuch dar, dem polnischen Staat unrechtmäßig 300 Milliarden Dollar abzapfen und so das Land in den Bankrott zu treiben; dagegen zu protestieren und sich dem zu widersetzen sei deswegen buchstäblich eine Frage von Leben und Tod.³ »Stoppt den Act S. 447 – Verfassungswidrige Plünderung« heißt es auf einem hochgehaltenen Transparent, im Hintergrund erklingt die Nationalhymne.

Abbildung 1: Demonstration gegen den Act of Congress S. 447 in Warschau im Jahr 2019.



2 Ebd.

3 <https://youtu.be/NzGtRbiLArc>. Min. 43:15–43:25. <https://www.money.pl/gospodarka/marsz-przeciwno-ustawie-447-rolnicy-z-agrounii-razem-z-korwinem-mikke-bosakie-m-i-braunem-6379862532380801a.html>.

Auch wenn die polnische Regierung dagegen Einspruch erhoben hatte – den Demonstranten zufolge sei sie dennoch neben der US-Regierung für diese kriminelle Unternehmung mit verantwortlich; das erklärt den Weg des Demonstrationszugs. Beide Staaten hätten mutmaßlich unter starkem jüdischen Druck gehandelt, deswegen auch Plakate mit dem Slogan »Stoppt die jüdische Besetzung!«.

Doch Polen, so kündigten die Protestierenden an, werde sich als stärker erweisen als andere, die bereits klein beigegeben hätten, wie es auch auf einem Banner heißt: »Im Jahr 1995 gab die Schweiz dem jüdischen Druck nach. Dies hat Polen nicht vor.« Die Summe der angeblichen – niemals bestätigten! – jüdischen Forderungen sei nicht nur völlig überzogen und ungerechtfertigt, sondern auch unmoralisch, meinten die Demonstranten. Die USA hätten im Zweiten Weltkrieg nichts getan, um Juden zu helfen (»Erinnerst Du Dich an die ›St-Louis‹?«, heißt es auf einem Plakat), die Polen hingegen hätten ihr Leben für sie geopfert (»Erinnerst Du Dich an die Ulmas Familie?«, fragt ein ähnlich gestaltetes Transparent in eigentümlicher Grammatik. Ulma hieß eine polnische Bauersfamilie, die Juden versteckte und von den Deutschen ermordet wurde, nachdem sie von einem polnischen Nachbarn angezeigt worden war). Daher rührt also die doppelte Empörung der Protestierenden.

»Trage Deine Forderungen nach Berlin / dies ist keine polnische Sünde« gingen die Worte eines Protestlieds, das die Organisatoren den Marschierenden mit beschränktem Erfolg beizubringen versuchten;⁴ das simple »Nein zu Forderungen!« funktionierte besser. Die Botschaft indes kam an: Während die Welt dem Schicksal der Juden gegenüber gleichgültig gewesen sei, hätten sich die Polen erhoben, um sie mit dem eigenen Leben zu beschützen. Und nun verlangten diese undankbaren Überlebenden ausgerechnet von den Polen 300 Milliarden Dollar als Kompensation für Kriegsschäden, obwohl doch Deutschland eigentlich der korrekte Adressat wäre. Es verwundert dann kaum noch, dass ein Teilnehmer ein Schild trug mit der Aufschrift: »Die Sephardim sind die Hyänen des Holocaust.« Nach dem Begriff »Sephardim« gefragt, antwortete er, dass einfach Juden gemeint sind.

4 Ebd., Min.52:00-52:10:
<https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,24774255,manifestcja-onr-przed-kancelaria-premiera-i-ambasada-usa.html>

Abbildung 2: Demonstration gegen den Act of Congress S. 447 in Warschau im Jahr 2019.



Den mit den polnischen Verhältnissen nicht so vertrauten Beobachter wird diese Argumentation überraschen: Die Juden waren doch die Opfer des Holocaust. Und der Ausdruck »Hyäne« passt doch viel besser für diejenigen, die von ihrem Tod profitiert hatten! Das würde die hunderttausenden polnischen Familien miteinschließen, die den zurückgelassenen Besitz und die Immobilien übernahmen, nachdem die Eigentümer ermordet worden waren. Ich halte es allerdings für unangemessen, sie allein dafür zu verurteilen, dass sie sich dieses – im Polnischen als *pożydowskie* (»nachjüdisch«) bezeichnete – Eigentum angeeignet haben. In den allermeisten Fällen kamen die Eigentümer nicht zurück und es gab keinen Grund für andere Leute, zumal sie oftmals unter schlechteren Bedingungen lebten als ein beträchtlichen Teil der Opfer, die Wohnungen und Besitztümer nicht zu übernehmen – wohlgermerkt also das, was die Deutschen davon übriggelassen hatten. Unerträglich war und bleibt aber, dass diese massenweise Übereignung des Eigentums von Genozidopfern niemals offiziell bestätigt wurde. Und kriminell war die Tatsache, dass selbst in den seltenen Fällen, in denen Eigentümer oder ihre Erben überlebt hatten, sie ihr Leben aufs Spiel setzten, wenn sie nach dem Krieg versuchten, ihr Eigentum zurückzufordern – viele von ihnen wurden von den neuen Eigentümern getötet, wenn die es nicht einsahen, das Pech zu haben, dass ausgerechnet »ihre« Juden überlebt hatten und die Juden von anderen Leuten nicht, und sie diese Anomalität kurzerhand berichtigten.

Abbildung 3: Propagandistisches Poster in Warschau mit einer Warnung vor angeblichen Rückgabeforderungen jüdischen Eigentums.⁵



Im Nachkriegspolen blieb dies ein schuldbeladenes Geheimnis, das erst in diesem Jahrhundert Historiker: innen wie Jan Gross, Barbara Engelking und Jan Grabowski nach und nach ans Licht brachten. Ihre Arbeiten wurden hauptsächlich unter linken und liberalen Regierungen durchgeführt und veröffentlicht, die möglicherweise nicht sonderlich erfreut darüber waren, sich aber niemals das Recht herausnahmen, universitäre Forschung zu kommentieren, und schon gar nicht, sich in sie einzumischen. Dieses dunkle Geheimnis ist der Grund, warum 75 Jahre nach dem Ende des Krieges die »nachjüdische Frage« in Polen immer noch so lebendig ist. Beispielsweise ist im heutigen Polen eine

5 <https://oko.press/images/2019/05/447-obwieszczenie-1024x1365.jpg>; <https://fakenews.pl/polityka/amerykanska-ustawa-447-i-zydowskie-rozszczenia/>.

»Verlautbarung« (*obwieszczenie*, Abb. 3) zu lesen, die die Bewohner davor warnt, dass ihre Immobilie ihren rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden könnte, und damit große Sorgen hervorruft.

Egal, wieviel Ängste mit solchen möglichen Rückgabeforderungen auch geschürt wurden, es hätte nicht ausreichen, die Leute auf die Straße zu schicken, wenn sie gewusst hätten, dass sie wirklich im Unrecht sind. Doch eines der erklärten Hauptziele der rechten populistischen Regierung, die die Macht im Jahr 2015 übernommen hatte, lautete ausdrücklich, die so genannte »Pädagogik der Scham«, die durch die Aufdeckung solcher dunklen Kapitel in der polnischen Geschichte erreicht werde, abzuschaffen. Diese Leugnung war radikal: So erklärte die Bildungsministerin Anna Zalewska im Jahr 2016, dass sie überhaupt »nicht wusste«, wer das Massaker von Jedwabne angeordnet hatte, einer kleinen Stadt, in der 1941 angestiftet von den Deutschen die polnischen Bewohner ihre jüdischen Nachbarn niedergemetzelt hatten. Bahnbrechende Forschung über Jedwabne hatte das Institut für Nationales Gedenken geleistet, eine in gewisser Hinsicht Orwellsche Einrichtung, die dann eine Kehrtwende vollzog. Tomasz Panfil, Leiter des Büros für öffentliche Bildung am Standort Lublin, argumentierte in einem Essay, dass die Situation der Juden in den Ghettos »nicht so schlimm« gewesen sei, – und wurde durch Zalewskas Ministerium mit der Medaille der Nationalen Bildungskommission ausgezeichnet.

Die Regierung unternahm außerdem besondere Anstrengungen, um den Gebrauch des Ausdrucks »polnische Konzentrationslager« zu verdammen. Im Polnischen zeigt das Adjektiv »polnisch« vor allem die Angehörigkeit an (im Sinne von durch Polen errichtete Lager) und weniger die geographische Lage. Die polnische Regierung betonte, und das war nachvollziehbar, dass die Lager ein ausschließlich deutsches Unterfangen waren, ohne jedwede polnische Beteiligung, weder in der Planung noch in der personalen Ausstattung. Allerdings behauptete die Regierung auch, dass allein schon der Gebrauch dieses Begriffs das Ergebnis einer listigen und zermürbenden Kampagne der Deutschen sei, die mit korrupter jüdischer Unterstützung versuchten, die Verantwortung für die Shoah auf die Polen abzuwälzen. Im April 2019 sagte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki in einer Rede an der New Yorker Universität:

»In der Zeit des Kommunismus begannen die Deutschen, diesen schrecklichen Genozid, den sie vorbereitet und durchgeführt hatten, auf kluge und geschickte Weise zu verändern. Sie begannen die Lager, die im besetzten Po-

len lagen, »polnische Todeslager« oder »polnische Konzentrationslager« zu nennen.«⁶

Mit diesem Argument wurde das berüchtigte »Holocaust-Gesetz« gerechtfertigt, das im Januar 2018 im polnischen Parlament verabschiedet wurde. Allerdings werden in diesem Gesetz, das jeden Vorwurf einer polnischen Beteiligung an deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg unter Strafe stellt, die Lager überhaupt nicht genannt (und ein Änderungsvorschlag der Opposition mit der expliziten Nennung dieses Bezugs wurde rundum abgelehnt). Das Gesetz sollte einfach die Behauptung bestrafen, dass die Polen etwas mit der Shoah zu tun hatten – und tut dies immer noch, da es immer noch in Kraft ist, selbst wenn der Strafartikel in einem lahmen polnisch-israelischen Deal aufgehoben wurde.

Es ging auch darum, jede wenn nicht zufällige Verbindung zwischen polnischem Handeln und jüdischem Leid auszuräumen. Dieses Ziel verdeutlichte Premierminister Morawiecki, als er auf dem 50. Jahrestag der antisemitischen Kampagne vom März 1968 in Polen (der Jahrestag fand zufällig zwei Monate statt, nachdem das Gesetz verabschiedet worden war) Vorwürfe zurückwies, das Land könnte etwas damit zu tun gehabt haben. Polen, so seine Worte, habe in dieser Zeit überhaupt nicht existiert: Was existierte, war eine nicht-souveräne Entität unter aufgezwungener kommunistischer Herrschaft; aus diesem Grunde kann das heutige Polen für seine damaligen Handlungen in keiner Weise zur Verantwortung gezogen werden.

In diesem Sinne habe Polen also keinerlei dunkle Seiten in seiner Geschichte, die es zu aufzuarbeiten, und auch keine offenen historischen Rechnungen, die es zu begleichen gelte; im Gegenteil: Das Land sei ein unschuldiges Opfer von Verleumdung, dessen Heldentum unverdienterweise ohne Anerkennung geblieben ist. Auf der oben bereits erwähnten Veranstaltung an der Universität von New York sagte Morawiecki:

»Es gibt Schätzungen, wonach bis zu 300 000 Juden auf dem Territorium, das vor dem Zweiten Weltkrieg polnisches Staatsgebiet war, den Holocaust

6 »During the times of Communism, Germans – wisely and smartly – started to change this terrible genocide which they had prepared and executed. They started to call the camps, which were located in occupied Poland, »Polish death camps«, »Polish concentration camps.« NYU School of Law: Europe and the United States: A Transatlantic Dialogue: Poland's 15 years in the European Union. YouTube vom 17.4.2019. <https://youtu.be/Xhh6hH2o4k4>. Min. 1:17:28–1:17:48.

unter der deutschen Besatzung überlebt haben. Keiner dieser Juden hätte ohne die Hilfe eines Polen gerettet werden können.«⁷

Dies ist eine grobe Lüge. Von den 300 000 Juden, die der Premier erwähnt, überlebten 250 000 deswegen, weil sie in von der Sowjetunion besetzten Gebieten lebten oder dorthin flohen, und dann weiter in den Osten deportiert worden oder geflohen waren; sie überlebten also nicht, weil »sie einem Polen begegnet sind«, sondern gerade, weil sie keinem begegnet sind. Von den übrigen 50 000 überlebte die Hälfte in deutschen Lagern und Gefängnissen, weil die Besatzer es einfach nicht mehr geschafft hatten, sie umzubringen. Damit bleiben geschätzte 25 000 übrig, die in Verstecken überlebten und dabei polnische Hilfe genauso erlebten wie polnischen Verrat, die meisten beides. Das ist weit entfernt von dem, was Morawiecki da hochtrabend behauptete.

Ebenfalls unwahr ist, was der Premier außerdem in diesem Vortrag sagte:

»Ich weiß nicht, ob Sie das Gesetz kennen, das die Deutschen im besetzten Polen einführten: Jede Familie, die mit einem Leib Brot half oder einen Juden aufnahm, wurde getötet. Ganze Dörfer wurden zerstört und vollständig dem Erdboden gleich gemacht.«⁸

Viele Polen, die Juden geholfen haben, wurden grausam bestraft, mit der Zerstörung von Eigentum, mit körperlichen Misshandlungen, mit der Internierung im Konzentrationslager; und wir wissen von fast 800 Polen, die deswegen getötet wurden. Von einem ganzen Dorf, das von den Deutschen aus Rache »dem Erdboden gleich gemacht« wurde, wissen wir aber zum Glück nicht – obwohl dies durchaus denkbar war. Auch war Polen mitnichten das einzige Land, wo auf die Hilfe für Juden die Todesstrafe stand, das gleiche Schicksal ereilte das ganze besetzte Osteuropa sowie Norwegen, mit der gleichen lückenhaften Durchsetzung. Auch wenn das besetzte Westeuropa im Unterschied dazu zweifelsohne ein weit weniger brutales Schicksal erlitt, taugt dies

7 »There is an estimated figure of up to 300 000 Jews who had survived the Holocaust on a broadly defined territory which was Poland before the Second World War under German occupation. None of those Jews could have been saved without the help of a Pole.« Ebd., Min. 1:14:10–1:14:45.

8 »I don't know if you know the law, which Germans introduced in Poland which was occupied: all the families who have helped with the loaf of bread, giving the shelter to any Jew, were killed. All the villages were pacified, were completely annihilated.« Ebd., Min. 1:15:37–1:16:01.

kaum als Ausweis einer moralischen Einzigartigkeit, wozu es in Polen die Regierung und ein Großteil der öffentlichen Meinung machen will. Außerdem riskierten die Polen unter der Besatzung ihr Leben auch für andere Sachen wie das Radiohören oder den Schwarzmarkthandel mit Fleisch, was sie nicht davon abhielt, es trotzdem zu tun.

Doch sind historische Fakten erstmal aus der historischen Gleichung entfernt, kann der Prozess, Polen zu einem unschuldigen und verleumdeten Opfer zu machen, ungehindert weitergehen. Bedauerlicherweise blieben die unverhohlenen Lügen des polnischen Premierministers in New York von Professor Joseph Weller, der das Gespräch mit ihm führte, unwidersprochen. Denn nicht einmal ein unschuldiges Opfer hat juristische Ansprüche auf das Eigentum anderer Leute, ob es sich nun um Juden handelt oder um jemand anders. Daher wurde es notwendig, denjenigen gegenüber, die die Forderungen stellten, nicht nur die Geschichte des Landes zu verdrehen, sondern auch die Art dieser Forderungen. Und deswegen wurde in der Rhetorik der polnischen Regierung Restitution zu Kompensation.

Abgesehen davon, dass es bei beidem um beschlagnahmtes oder zerstörtes Eigentum geht, haben die beiden Konzepte wenig gemeinsam. Restitution ist die Pflicht, den hinterbliebenen Besitz seinem Eigentümer oder seinen Erben zurückzugeben; Kompensation ist Geld, das für rechtswidrig beschlagnahmtes oder zerstörtes Eigentum ausgezahlt wird. Es ist mehr als offensichtlich, dass niemand Polen gegenüber einem Anspruch auf Kompensation für Verluste aus dem Zweiten Weltkrieg hat: Das Land war selbst Opfer der deutschen Aggression, hat schrecklich gelitten; es hat selbst Recht auf Kompensation durch den Angreifer – und sie auch erhalten. Ob die Höhe ausreichend und der Fall abgeschlossen ist, ist eine andere Sache, die uns an dieser Stelle nicht beschäftigen muss; das gleiche gilt für die jüdischen Kompensationsforderungen gegenüber Deutschland. Jeder, der von Polen Kompensation für Kriegsverluste fordert, sollte in der Tat weiter nach Berlin geschickt werden, wie die Protestierenden gelernt haben zu singen.

Doch niemand stellt solche Forderungen. Nachdem das Thema des öffentlichen Eigentums mehr oder weniger befriedigend geregelt worden war, ist das, was einzelne jüdische Überlebende und ihre Nachkommen von der Regierung in Warschau verlangen, nicht Kompensation, sondern Restitution, das heißt die Rückgabe des Eigentumsrechts über die verbliebenen Immobilien, oder in den Fällen, in denen eine Rückgabe aus bestimmten Gründen nicht durchführbar ist, eine Kompensation dafür. Doch dieser zweifache Gebrauch des Begriffes »Kompensation« erlaubte es der Regierung, einen rhetorischen

Trick anzuwenden und zu behaupten, dass die Juden von den Polen die Kompensation der Schäden forderten, die sie durch die Hand der Deutschen erlitten haben – und diese Forderungen damit an andere Opfer der Deutschen richteten, die noch dazu ihr eigenes Leben riskiert oder verloren haben, um Juden zu retten. Es ist schwierig, sich etwas gemeineres vorzustellen: Daher rührt also die selbstgefällige moralische Entrüstung auf Warschaus Straßen.

Und so kann die erfundene Bedrohung der finanziellen und moralischen Interessen Polens zurückgewiesen werden. Als der Chef der amtierenden Regierungspartei Jarosław Kaczyński wenige Tage vor der Warschauer Demonstration auf einem »patriotischen Picknick« sprach, konnte er Folgendes feststellen:

»Und noch mehr wird versucht: aufrechtzuerhalten, dass Polen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg finanzielle Verpflichtungen hat. Und ja, meine Damen und Herren, sicherlich gibt es finanzielle Verpflichtungen in Verbindung mit dem Zweiten Weltkrieg: Und zwar diejenigen, die dem Land Polen und seinen Menschen zustehen! Polen selbst hat keine Verpflichtungen, weder in juristischer Hinsicht noch in Bezug auf grundlegende Moral und Anstand. Wir sind es, die bezahlt werden sollten, die da im Westen unserer Grenze schulden uns Dutzende, wenn nicht Hunderte Milliarden Euro oder Dollar. Vielleicht sogar mehr als eine Billion. Aber doch nicht wir. Wir schulden niemanden etwas!«⁹

Sekundiert wurde er bei dieser Veranstaltung von seinem Premierminister, der den Einsatz noch erhöhte:

9 »[P]róbuje się jeszcze czegoś więcej, próbuje się stwierdzić, że Polska ma w związku z II wojną światową jakieś zobowiązania finansowe. Otóż są zobowiązania finansowe: wobec Polski i Polaków a Polska żadnych zobowiązań nie ma. I to zarówno z punktu widzenia prawa, jak i z punktu widzenia elementarnej moralności i przyzwoitości. To nam należy zapłacić, to nam są niektórzy na zachód od polskich granic winni dziesiątki, setki miliardów euro czy dolarów, może nawet więcej niż bilion, my nie jesteśmy nikomu nic winni.« Aus: »My w Polsce najlepiej wiemy, co dobrze służy naszemu narodowi« [»Wir in Polen wissen am besten, was unserer Nation gut dient«]. TVP Info vom 4.5.2019. <https://www.tvp.info/42479834/jaroslaw-kaczynski-my-w-polsce-najlepiej-wiemy-co-dobrze-sluzy-naszemu-narodowi>. Erstes Video. Min. 11:30–12:30. <https://www.pap.pl/aktualnosci/news%2C446489%2Cj-kaczynski-my-w-polsce-najlepiej-wiemy-co-dobrze-sluzy-naszemu-narodowi>.

»Hier in unserem Land gab es die meisten Opfer, die meisten, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Und aus diesem Grund werden wir niemals irgendwelchen Zahlungen an wen auch immer zustimmen.«¹⁰

Sein Innenminister Joachim Brudziński wurde grafisch, als er im polnischen Radio sagte:

»Jeder, der in Hysterie verfällt und daran festhält, dass die Regierung Eigentum an jüdische Milieus restituieren wird, schließt sich dem Narrativ des Kremls an. Kein einziger polnischer Zloty wird überwiesen werden!«¹¹

Und um sicherzustellen, dass er auch richtig verstanden wird, machte er eine explizite Geste mit seinen Händen.

Abbildung 4: Der frühere polnische Innenminister Joachim Brudziński.¹²



Die Position der polnischen Regierung war also völlig klar: Es ist kein Geld fällig, es wird kein Geld überwiesen werden und allein die Forderung stellt bereits eine Beleidigung dar. Es überrascht wenig, dass die jüdische Diaspora und Israel darauf mit Entrüstung reagierten. Zu sehr erinnert dies an den Bibelvers: »Du hast gemordet, dazu auch fremdes Erbe geraubt!« (1 Kön 21,19).¹³ Denn schon bei der Verabschiedung des »Holocaust-Gesetzes« konzentrierten

10 Video auf Twitter @ Top TV Info vom 5.5.2019. <https://twitter.com/TOPTVPINFO/status/1125099705648779264>. Min. 0:48–1:01.

11 <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/joachim-brudzinski-komentuje-ustawe-447/hlsybz5>.

12 Screenshot aus TVP Info.

13 Wortlaut der Lutherbibel 1984 aus: <http://www.bibelwissenschaft.de>.

sich die jüdische und israelische Reaktionen auf die großspurige Begründung, sprich die Bezugnahme auf die »polnischen Lager«. Der vorgebliche Wahrheitsgehalt der Anschuldigung wurde sowohl in Aussagen des israelischen Oppositionsführers Yair Lapid als auch in einem Video aufrecht gehalten, das von einer US-amerikanischen jüdischen Stiftung produziert worden war. Die Stiftung wurde davon überzeugt, das Video zurückzuziehen, doch Lapid blieb bei seinen Geschützten, selbst als herauskam, dass er unwahre Informationen über das Schicksal seiner eigenen Großmutter in der Shoah angegeben hatte, um die Anschuldigungen gegen Polen zu verstärken. Sowohl die Stiftung als auch der Politiker hatten sich durch das polnische »Holocaust-Gesetz« zutiefst verletzt gefühlt und dafür revanchieren wollen – doch sie erreichten dadurch lediglich, das von der polnischen Regierung so geschickt eingesetzte jüdische Feindbild zu bestätigen.

Das Thema der Restitution sollte ein Jahr später während der Präsidentschaftswahlen erneut auf die Tagesordnung kommen, als die Regierungspropaganda Andeutungen machte, der Herausforderer der Opposition Rafał Trzaskowski könnte »jüdischen Forderungen nachgeben«.

»[Wie kann] jemand, der auch etwas polnische Seele, polnisches Herz und polnischen Geist hat, so etwas sagen? Offenbar besitzt Herr Trzaskowski nichts von alledem, da er ja meint, dass wir darüber sprechen müssen.«¹⁴

Das hatte Kaczyński in einem Interview für das ultrakatholische *Radio Maryja* festgestellt. An anderer Stelle versicherte er, dass der »Präsident Andrzej Duda der Garant dafür ist, dass Polen nichts bezahlen wird.«¹⁵ Entsprechend bekräftigte auch Duda:

14 »Ktoś, kto ma choćby kawałek polskiej duszy, polskiego serca i polskiego umysłu, może coś takiego powiedzieć? Pan Trzaskowski najwyraźniej chyba tego nie ma skoro mówi, że to jest sprawa do rozmowy.« In: Jarosław Kaczyński: Andrzej Duda jest gwarancją, że Polska nie będzie płacić za zbrodnie niemieckie [Jarosław Kaczyński: Andrzej Duda ist eine Garantie dafür, dass Polen nicht für deutsche Verbrechen bezahlen wird]. Interia Wydarzenia vom 10.7.2022. [https://wydarzenia.interia.pl/raporty/raport-wybo-ry-prezydenckie-2020/aktualnosci/news-jaroslaw-kaczynski-andrzej-duda-jest-gwarancja-ze-polska-nie,nld,4603360#utm_source=paste&utm_medium=paste&utm_campaign=firefox](https://wydarzenia.interia.pl/raporty/raport-wybo-ry-prezydenckie-2020/aktualnosci/news-jaroslaw-kaczynski-andrzej-duda-jest-gwarancja-ze-polska-nie-nld,4603360#utm_source=paste&utm_medium=paste&utm_campaign=firefox).

15 Ebd.

»Ich werde niemals ein Gesetz unterschreiben, das festsetzt, dass wir das Erbe der Angehörigen einer ethnischen Gruppe gegenüber anderen bevorzugen werden. Das gibt es nirgendwo auf der Welt.«¹⁶

Anders formuliert wird behauptet, dass die Juden ein ethnisches Privileg forderten, und um das zu tun, muss man kein Pole sein.

In der Zwischenzeit haben die beiden skrupellosen Politiker Morawiecki und Netanjahu miteinander einen Deal ausgeheckt, der die strafrechtlichen Bestimmungen des »Holocaust-Gesetzes« außer Kraft setzte und dem Narrativ der polnischen Unschuld eine gewisse Legitimität verlieh. Die Vereinbarung löste Protest aus Yad Vaschem aus und wurde in der Folge nie dem Kabinett geschweige denn der Knesset vorgelegt; auch wenn auf der polnischen Seite solche Feinheiten nicht nötig waren, blieb die Krise doch zu groß, um eingedämmt zu werden. Als dann Lapid Außenminister wurde, waren alle Hoffnungen auf einen Modus vivendi verloren. Das polnische Parlament verabschiedete ein Gesetz, wonach Verwaltungsentscheidungen (auf deren Grundlage das meiste Eigentum beschlagnahmt und seine Restitution verweigert wurde) nach 30 Jahren nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Lapid bezeichnete es prompt als antisemitisch, was Unsinn ist: Das Gesetz gewährte lediglich dritten Parteien, die gegenwärtig die Eigentümerschaft der Güter besaß, die notwendige rechtliche Sicherheit. Allerdings hätte der Minister anführen können, dass es das Gesetz praktisch unmöglich machte, Restitutionsansprüche zu stellen, und dass dies angesichts des Fehlens eines Restitutionsgesetzes jüdische Interesse über Gebühr schädigte, da Juden praktisch keine Chance hatten, für ihre Forderungen auf faire Weise Gehör zu finden. Doch zu diesem Zeitpunkt wurden die polnischen Motive von Seiten Israels und der Diaspora bereits vor allem als antisemitisch und die jüdischen Motive von Seiten Polens vor allem als gierig angesehen; 62 Prozent der Polen unterstützten einer Umfrage zufolge die Regierungsposition zur

16 »Ja nigdy nie podpiszę ustawy, która będzie wskazywała, że my spadki po osobach jakiejś jednej grupy etnicznej będziemy traktowali w sposób uprzywilejowany w stosunku do innych; nigdzie na świecie tak się nie dzieje.« In: Prezydent Duda i prezes PiS jednoznacznie o mieniu bezspadkowym: »Odszkodowania niech płaci ten, kto wywołał IIWŚ« [Präsident Duda und der PiS-Vorsitzende äußern sich unmissverständlich zu nicht-vererbbaarem Eigentum: »Entschädigung soll derjenige bezahlen, der den Zweiten Weltkrieg verursacht hat«]. wPolityce.pl vom 9.7.2020. <https://wpolityce.pl/polityka/508619-prezydent-i-prezes-pis-jednoznacznie-o-mieniu-bezspadkowym>.

Restitution.¹⁷ Die rechtsextreme Organisation *Allpolnische Jugend* lud einen Haufen Schutt vor der israelischen Botschaft ab und steckte ein Schild hinein mit der Aufschrift »Dies ist Euer Besitz«. Es ist nur schwer vorstellbar, dass eine zukünftige Regierung von dieser Position abrücken wird.

Abbildung 5: Ein Schild mit der Aufschrift »Dies ist Euer Besitz« neben einem Haufen Ziegelsteine.¹⁸



-
- 17 Nasz sondaż. Polacy jednoznacznie przeciw roszczeniom Izraela dotyczącym tzw. mienia bezspadkowego. Silny mandat dla rządu [Unsere Umfrage: Polen lehnen Israels Anspruch auf so genanntes »erbfreies Eigentum« eindeutig ab. Starkes Mandat für die Regierung]. wPolityce.pl vom 9.7.2020. <https://wpolityce.pl/polityka/558521-sondaz-polacy-jednoznacznie-przeciw-roszczeniom-izraela>.
- 18 Młodzież Wszepolska wysypała gruz przed ambasadą Izraela. Gmina Żydowska wzywa polskie władze do reakcji [Die Allpolnische Jugend lud vor der israelischen Botschaft Schutt ab. Die Jüdische Gemeinde fordert Reaktion von polnischen Behörden]. In: Wyborcza.pl vom 1.7.2021. <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/5,154420,27278808.html?i=0>.

Abbildung 6: Ein antisemitisches Schild auf einem Protestmarsch in Warschau im Jahr 2019.



Diese Wahrnehmung der jüdischen Motive ebnete den Weg für weitere Lügen über jüdische Forderungen. Obwohl die *Theresienstädter Erklärung über erbenlose Besitztümer* wie bereits erwähnt lediglich feststellt, dass dieses Vermögen für die Hilfestellung für Überlebende und für die Bildungsarbeit zur Shoah verwendet werden kann (Serbien hat vor zwei Jahren eine Vereinbarung getroffen, 25 Jahre lang eine Million Dollar jährlich für diese Ziele zur Verfügung zu stellen, und war damit das letzte Land in einer langen Liste, die eine solche Vereinbarungen getroffen haben), sind viele Polen der Überzeugung, dass die jüdischen Kläger darauf zielen, durch Geldzahlungen oder durch analoge Sachleistungen für das ganze Vermögen kompensiert zu werden, das Juden zu Kriegsausbruch besaßen und erblos blieb.¹⁹ Solch eine Forderung, die jeder Grundlage entbehrt und zum Staatsbankrott führen würde, wurde allerdings niemals gestellt; was jüdische Organisationen erwarten, ist eine Variante des serbischen Deals. Trotzdem gibt es die Vorstellung, dass die Juden »Polen ausaugen« wollen, immer noch, beispielsweise auf diesem Schild (Abb. 6), das einen LKW eines Unternehmens (*przedsiębiorstwo*) mit Davidstern abbildet, der Ressourcen aus Polen absaugt, ein Gedanke, der durch wiederholte Aussagen

19 Vgl. zum Beispiel Jan Kozerski: Awantura o roszczenia żydowskie [Streit um jüdische Forderungen]. *Gazeta Finansowa* vom 9.7.2021. <https://gf24.pl/27835/awantura-o-rasistowskie-rozszczenia-zydowskie/>.

von Regierungspolitikern immer wieder legitimiert wird. Vor diesem Hintergrund werden diese Forderungen vorstellbar, und ihre Plausibilität erhöht sich noch durch den Vorwurf der moralischen Verderbtheit der Juden, die sie dazu bringe, ausgerechnet von denen, die sie unter Lebensgefahr gerettet haben, Kompensation zu verlangen.

Parallel zu diesen Entwicklungen revidierte die Regierung ihre grundsätzliche Haltung zur Kollaboration im Zweiten Weltkrieg. Die einzige Militäreinheit Polens, die kollaboriert hatte, war die Heilig-Kreuz-Brigade, die offiziell durch den Premierminister sowie ein weiteres Mal in einer separaten patriotischen Zeremonie in Warschau geehrt wurde. Fairerweise sei angemerkt, dass sie diese Anerkennung nicht deswegen erfuhr, weil sie mit dem Dritten Reich kollaboriert hatte, sondern ungeachtet dessen – sie hatte gegen die Sowjets gekämpft, die im Jahr 1944 nach Ansicht der Regierung das größere Übel darstellten. Als der Premierminister Morawiecki nach der Verabschiedung des »Holocaust-Gesetzes« auf dem Höhepunkt der Debatte einem israelischen Journalisten versicherte, dass das Gesetz »Aussagen nicht bestrafen wird, wonach es auch polnische Täter [der Shoah] gegeben hat, genauso wie es jüdische, russische und ukrainische, und nicht nur deutsche Täter gegeben hat«,²⁰ wollte er damit die deutsche Verantwortung nicht schmälern – aber sehr wohl seine Überzeugung unterstreichen, dass die Polen nicht mehr für die Shoah verantwortlich waren als die Juden.

Und auch nicht weniger gelitten haben. Einer Umfrage der Jagiellonen-Universität aus dem Jahr 2021 zufolge glaubt die Hälfte der Polen, dass Polen und Juden im Zweiten Weltkrieg gleich stark gelitten haben, auch wenn nur ein Fünftel sogar der Meinung ist, dass Juden weniger gelitten haben. Es ist unklar, ob dies das gleiche Fünftel ist, das folgender Aussage zustimmt: »Obwohl Krieg eine schreckliche Sache ist, ist es gut, dass es im Ergebnis in Polen weniger Juden gibt als vorher.«²¹

Dies ist verbunden mit einer allgemein weiter sich verschlechternden Wahrnehmung von Juden durch die Polen. Belief sich um die Jahrhundert-

20 <https://wyborcza.pl/7,75399,23036129,w-monachium-morawiecki-wspomnial-o-zydowskich-sprawcach-polsko-izraelski.html>.

21 »Wojna to straszna rzecz, ale to dobrze, że w jej wyniku w Polsce nie ma tylu Żydów, co kiedyś« In: Adam Leszczyński: Niewiedza Polaków o Zagładzie: Uważają, że cierpieliśmy tak samo, jak Żydzi (nowe badania) [Das Unwissen der Polen über den Holocaust: Sie glauben, wir hätten genauso gelitten, wie die Juden (neue Forschung)]. Oko.press vom 27.1.2021. <https://oko.press/polowa-polakow-usprawiedliwia-wspoludzial-w-zagladzie/>.

wende der Anteil an Polen, die »traditionell antisemitischen« Vorstellungen anhängen, bei 10 Prozent und erwartet wurde, dass er mit der Zeit abnehmen würde,²² meinten im Jahr 2017 in einer Untersuchung des Forscherteams von Professor Michał Bilewicz 20 Prozent der Befragten, dass Juden »nach der Weltherrschaft streben«, 24 Prozent gaben ihnen die Schuld für die Kreuzigung und 27 Prozent glaubten an Ritualmorde.²³ Es erscheint durchaus plausibel, dass gemäß diesem antisemitischen Denken diese widerlichen Menschen auch dazu fähig wären, ihre Retter zu erpressen und zu verunglimpfen; daher die Empörung, die von den Warschauer Demonstranten ausgedrückt wurde. »Die Juden sind die Hyänen des Holocausts« wäre dann in den Augen der Person, die dieses Schild trägt, keine ungeheuerliche Beleidigung – vielmehr die schlichte Feststellung einer Tatsache. Mit freundlicher Genehmigung der Regierungspropaganda.

22 Vgl. zum Beispiel Rozmawiala Agnieszka Kublik: Prof. Krzemiński: Antysemityzm narodowo-katolicki [Prof. Krzemiński: National-katholischer Antisemitismus]. Wymorza.pl vom 30.9.2013. <https://wymorza.pl/7,75398,14636613,prof-krzeminski-antysemityzm-narodowo-katolicki.html>.

23 Dominika Bulska und Mikołaj Winiewski: Antisemitism in Poland. Results of Polish Prejudice. Survey 3. Center for Research on Prejudice. Warschau 2018. <https://archiw.e.jpr.org.uk/download?id=7156>.

»Ich akzeptiere nicht, dass ich ein Antisemit bin, wenn ich Israel kritisiere.«

Ein Gespräch zwischen Daniel Cohn-Bendit und Peter Beinart

Daniel Cohn-Bendit und Peter Beinart

B = Peter Beinart

C = Daniel Cohn-Bendit

B: Lassen Sie uns beginnen mit einem Gespräch über Antizionismus und Antisemitismus. Ich möchte ein paar Anmerkungen zu meinen Beobachtungen in den Vereinigten Staaten machen. Dort wird viel über den Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus diskutiert. Mein Argument ist, dass es Antizionisten gibt, die Antisemiten sind. Mir fallen da einige ein: Louis Farrakhan ist meiner Meinung nach ein Antizionist, der ein Antisemit ist; David Duke ist ein Antizionist, der ein Antisemit ist; die erste Hamas-Charta ist sowohl ein antisemitisches als auch ein antizionistisches Dokument; aber in den Vereinigten Staaten, da bin ich mir ziemlich sicher, gibt es unter Zionisten mehr Antisemitismus als unter Antizionisten. Mit Antisemitismus meine ich eine Art klassische Definition, die besagt, dass man Juden nicht mag, weil sie Juden sind, und dass man sagt, sie hätten zu viel Macht, sie klammerten sich zu sehr zusammen und versuchten, andere auszunutzen. Ich finde es interessant, dass uns immer mehr Daten vorliegen, die dies nahelegen. So zeigen die Daten – wiederum gemäß klassischer Definitionen von Antisemitismus –, dass Antisemitismus in der amerikanischen Rechten deutlich stärker verbreitet ist als in der amerikanischen Linken. Auch unter Menschen mit geringerer Bildung ist Antisemitismus deutlich stärker verbreitet. In den Vereinigten Staaten ist Bildung zunehmend zu einem starken Indikator für Links und Rechts sowie für Demokraten und Republikaner geworden.

Der Wissenschaftler, der die interessanteste Arbeit zu diesem Thema geleistet hat, ist Aton Hirsch von der Tufts University, übrigens selbst kein Linker. Er fand voriges Jahr heraus, dass offene antisemitische Einstellungen in der ideologischen Linken selten, in der ideologischen Rechten jedoch häufig sind, insbesondere unter jungen Erwachsenen im rechten Lager. Ich finde diesen Aspekt wirklich bemerkenswert. Er sagt, selbst wenn man ihnen vorgaukelt, dass die meisten Juden in den USA Israel positiv gegenüberstehen, einem Land, das von der ideologischen Linken abgelehnt wird, unterstützen Befragte aus dem linken Lager nur selten Aussagen, wie dass Juden zu viel Macht hätten oder boykottiert werden sollten. Er sagt also, selbst wenn man Leuten aus dem amerikanischen Linken, die Israel eigentlich nicht mögen, sagt, dass die amerikanischen Juden Israel tatsächlich mögen, sei es immer noch sehr schwierig, antijüdische Aussagen von ihnen zu bekommen. Wir sehen das nicht nur auf der Basisebene, ich denke, man sieht es auch auf politischer Ebene.

Donald Trump machte weitaus mehr Aussagen, die entweder an die Grenze zum Antisemitismus heranreichten oder diese überschritten. Weitaus mehr als jeder andere Demokrat im Kongress, einschließlich Rashida Talib, Ilhan Abdullahi Omar und Alexandria Ocasio-Cortez. Wiederholte Aussagen, Juden würden ihn grundsätzlich nicht unterstützen, weil er ihr Geld nicht wolle, zahlreiche Assoziationen von Juden mit Geld, zahlreiche Assoziationen von Juden mit Illoyalität, wiederholte Bezeichnungen von Benjamin Netanjahu als Ihrem Premierminister, Israel als Ihrem Land usw. Ich denke, einer der Gründe, warum dies in der amerikanischen politischen Diskussion oft verwirrend ist, ist, dass es seltsam erscheint, Zionist und Antisemit zu sein. Denn wenn man die amerikanische Debatte verfolgt, passiert es sehr häufig, dass jemand eine antisemitische Aussage macht – das passierte früher ständig bei Leuten wie Jerry Falwell oder Pat Robertson, diesen christlichen evangelikalischen Führern. Sie sagten, die Juden in Hollywood würden Amerika zerstören. Und dann sagte jemand: »Ist das nicht Antisemitismus?«, und sie sagten, meine Gemeinde habe gerade Israel-Anleihen im Wert von einer Million Dollar gekauft, und Benjamin Netanjahu sei mein bester Freund. Viele empfinden das als Widerspruch, aber warum sollte es ein Widerspruch sein?

Herzl selbst schrieb in seinen Tagebüchern, die Antisemiten seien unsere besten Freunde. Arthur Balfour war ein großer Befürworter des britischen Aliens Acts von 1905, der die Einwanderung osteuropäischer Juden unterband. Er wollte keine Juden in Großbritannien. Wer keine Juden im eigenen Land haben will, findet es gut, dass sie ein eigenes Land haben. Und wenn man sich die ideologische Rechte in den Vereinigten Staaten und, wie ich glaube, welt-

weit ansieht: Was lieben die Anhänger dieser ideologischen Rechten? Sie lieben Homogenität und Hierarchie. Das ist es, was sie in ihrer Gesellschaft wollen. Sie wollen eine möglichst reine Gesellschaft, und wenn wir sie nicht vollständig reinmachen, wollen wir zumindest sicherstellen, dass die Menschen, denen das Land wirklich gehört, an der Spitze stehen. Wenn das Ihre Ansicht ist, könnte Israel für Sie sehr attraktiv sein.

Ann Coulter sagt gerne – wer Ann Coulter nicht kennt, kann sich glücklich schätzen –, dass sie Israels Einwanderungspolitik für die USA will, weil Israels Einwanderungspolitik auf die Erhaltung der demografischen Mehrheit ausgerichtet ist und es in Israel klare rechtliche Hierarchien zwischen Juden und Palästinensern gibt. Genau das will sie in Amerika. Daher ist es nicht verwunderlich, dass man Israel ziemlich toll findet, wenn man Hierarchie und Homogenität liebt. Andererseits könnte man die Juden im eigenen Land als großes Problem betrachten, weil sie die Homogenität stören und die lästige Angewohnheit haben, sich mit den Menschen am unteren Ende der Gesellschaft zu verbünden: mit Schwarzen, Einwanderern, LGBT, allen, die versuchen, die Hierarchie zu stören und zu stürzen. Ich glaube also nicht, dass es ideologisch inkonsistent ist, gleichzeitig Zionist und Antisemit zu sein. Natürlich gibt es auch Zionisten, die keine Antisemiten sind. Aber ich denke, das ist ein Teil der Diskussion über Antizionismus und Antisemitismus, der nicht ausreichend thematisiert wird. Zumindest in meinem Land. Ich gebe das Thema also an Sie weiter.

C: Ich bleibe bei demselben Gedanken. Ich finde es nicht interessant, zu diskutieren, ob Antizionismus oder eine kritische Haltung gegenüber Israel antisemitisch ist oder nicht. Denn ich kann nicht in den Kopf und das Herz von jemandem schauen, der so etwas sagt. Menschen aus dem globalen Süden sagen, die Israelis behandelten die Palästinenser schlecht. Mich interessiert: Was ist der Grund für diese Kritik gegenüber Israel? Und andererseits: Wie ist die antisemitische Haltung in dem Land, in dem wir leben? Natürlich würde ich sagen, das Problem, das wir mit Antisemitismus in Deutschland haben – ich beginne mit Deutschland, und dann können wir auch über Frankreich diskutieren – ist, dass Philosemitismus genauso antisemitisch sein kann wie Antisemitismus. Denn philosemitisch bedeutet, die Juden dort einzuordnen, wo sie besser sind, weil sie 25 Prozent der Nobelpreise erhalten oder –

B: Sie sinken jedes Jahr...

C: Sie sinken, okay. Vielleicht sind es nur 17 Prozent. Aber kennen Sie das Problem der Juden? Was ist unser Problem? Das Problem, das ich erst nach langer Zeit verstanden habe. Die Juden waren die Opfer eines der schrecklichsten – ich möchte hier keine Diskussion darüber anstoßen, ob Sklaverei so schlimm, so real, so düster ist – es war einer der schrecklichsten Völkermorde in Osteuropa und in Deutschland. Die Juden waren eines der absoluten Opfer.

Aber wir müssen eines verstehen: Opfer sind Opfer. Sie sind keine besseren Menschen. Das ist unser Problem. Und es ist auch mein Problem. Ich hätte gehofft, die Juden würden sich als bessere Menschen beweisen – das würde viele Probleme lösen. Aber ein Opfer kann rassistisch, antisemitisch, homophob oder frauenfeindlich sein. Ich habe bereits erwähnt, dass die Linke in der Einwanderungsdebatte sagte: »Einwanderer, bitte bleibt hier, lasst uns nicht mit den Deutschen allein!«, und die Linke sagte – und das ist ein sehr intelligenter Satz – »Ich gehe in die Türkei, weil es dort nur Türken gibt, keine Deutschen. Es muss ein wunderbares Land sein. Wenn ihr also in die Türkei gehen wollt, lebt in der Türkei, und ihr werdet sehen.« Der Punkt ist, dass wir in einer Debatte verstehen müssen: Asylsuchende müssen wir als Opfer schützen, nicht weil sie bessere Menschen sind. Und die Opfer müssen verstehen, dass sie keine besseren Menschen sind.

Und wenn wir das verstehen, können wir eine andere Diskussion über den Staat Israel führen. Denn der Staat Israel ist ein Staat, und wie in jedem Staat gibt es kritische Punkte in der Regierungsführung. Wir haben Probleme mit der Einwanderung in Israel, und ich war vor anderthalb Monaten am Boden zerstört, als die ersten Flüchtlinge aus der Ukraine kamen. Am Flughafen Lod trennten die Israelis Juden und Nichtjuden. Unglaublich: Es kamen Flüchtlinge aus der Ukraine, die Juden hatten eine normale Integration, während die anderen kein Aufenthaltsrecht in Israel hatten. Das zeigt meiner Meinung nach, dass wir Israel als einen normalen Staat betrachten müssen. Wir können dann darüber sprechen, was wir von ihm halten, aber zunächst auf emotionaler, intellektueller Ebene. Wenn wir das nicht akzeptieren, kommen wir nie zum richtigen Punkt, denn dann sitzen wir in Deutschland und sagen: »Jeder Kritiker Israels ist antisemitisch.«

Die Deutschen haben es gesagt, ich kann verstehen, warum sie es gesagt haben. Aber es kann nicht wahr sein, dass jeder Kritiker nichts weiter als ein Antisemit ist. Nein, ein Kritiker ist ein Kritiker, und wir müssen mit dieser Art von Kritikern eine normale Debatte führen. Ich würde also sagen: Wenn wir uns einig sind, dass der Zweck des Antizionismus bewiesen werden muss, dann müssen wir akzeptieren, dass die Debatte über den Staat Israel eine nor-

male Debatte ist, wie die über die Vereinigten Staaten und Donald Trump; wir diskutieren über Boris Johnson, wir diskutieren über Rassismus in Frankreich. Sehen Sie, Frankreich ist ein Land, in dem heute 42 Prozent der Franzosen die extreme Rechte gewählt haben. 42 Prozent! Wenn wir über Antizionismus diskutieren, vergessen wir den Antisemitismus und diskutieren über den Zweck, warum wir Israel diskutieren und wie wir es kritisieren.

B: Ich stimme zu. Ich mag die Idee nicht, jemandem ins Herz oder in die Seele zu schauen, um herauszufinden, ob er antisemitisch oder sonst etwas ist. Erstens, woher soll man das wissen, und zweitens halte ich das für eine sehr protestantische Vorstellung. Als der große Soziologe Daniel Bell in der Bronx aufwuchs und für seine Bar Mizwa lernte, sagte er zu dem Mann, mit dem er seine Parascha lernte: »Hör zu, ich bin Sozialist geworden, ich glaube nicht an Gott«, und dieser alte Mann in der Bronx sagte: »Glaubst du, Gott interessiert das?« Mich interessiert wirklich mehr, was die Leute tun, als was in ihren tiefsten Herzen vorgeht. Was Israel betrifft, stimme ich zu, dass es wie ein normaler Staat behandelt werden sollte. Übrigens, was die Frage der US-Militärhilfe angeht, denke ich, dass Israel genauso behandelt werden sollte wie jedes andere Land. Wir haben tatsächlich etwas namens Lehi-Gesetz, das besagt, dass die Vereinigten Staaten Einheiten eines Militärs, das Menschenrechtsverletzungen begangen hat, keine Militärhilfe leisten dürfen. Wenden Sie es auf Pakistan an, auf die Ukraine, auf Kolumbien, auf Israel.

C: Wenden Sie es auf die Vereinigten Staaten an.

B: Nun, genau das ist das Problem, nicht wahr? Ich meine, in gewisser Weise wollen Teile der Vereinigten Staaten Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof schützen, weil sie sich selbst vor dem Internationalen Gerichtshof schützen wollen, absolut. Wenn also jemand Antizionist oder Zionist ist, würde ich ihn zu Israel fragen: Glauben Sie an das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz? Ich denke, man könnte die erste Charta der Hamas lesen, die einen jüdischen Staat durch einen muslimischen Suprematismusstaat ersetzen wollte, einen Staat, in dem Juden gegenüber Palästinensern Privilegien genießen, durch einen Staat, in dem Muslime gegenüber allen anderen Privilegien genießen. Ich würde sagen, Sie glauben nicht an Gleichheit vor dem Gesetz, und Ihre Vision des Antizionismus ist für mich sehr unattraktiv.

Wenn Sie andererseits zu den palästinensischen Abgeordneten der Knesset gehören, die kürzlich ein Grundgesetz vorgeschlagen haben, und ich zitie-

ren den genauen Wortlaut des Grundgesetzes: »Der Zweck dieses vorgeschlagenen Grundgesetzes ist es, die Prinzipien der Gleichheit und Demokratie sowie der gleichen Staatsbürgerschaft für alle Bürger des Staates ohne jegliche Diskriminierung aufgrund der Gruppenzugehörigkeit zu verankern. Dieses Gesetz stellt sicher, dass der Staat nicht das Eigentum einer bestimmten Gruppe von Bürgern ist, sondern ein Staat für alle seine Bürger mit voller Gleichheit.« – Es wurde in der Knesset nicht einmal erwogen, aber ich denke, man will Gleichheit vor dem Gesetz. Wer Gleichheit will, ist kein Antisemit. Und der Grund, warum ich diese Frage jedem stellen sollte, ist, dass wir über Antisemitismus sprechen, als gäbe es keine Bigotterie gegen Palästinenser; das ist keine relevante Kategorie. Wann hatte ein amerikanischer Politiker zuletzt einen schwierigen Tag, weil er beschuldigt wurde, ein antipalästinensischer Fanatiker zu sein?

Aber ich denke, antipalästinensische Bigotterie ist genauso schlimm wie antijüdische Bigotterie, denn das Problem mit antijüdischer Bigotterie ist, dass sie gegen Menschen gerichtet ist, nicht, dass Juden anders sind als alle anderen. Wenn man also eine Situation in Israel unterstützt, in der Juden Rechte haben, die Palästinenser nicht haben, dann muss man sich fragen, ob man sich an antipalästinensischer Bigotterie beteiligt. Und wir haben diese Sprache nicht, dieser Diskurs existiert fast nicht. In den Vereinigten Staaten gibt es keinen wirklichen Begriff für Anti-Palästinensismus. Aber wenn es einen gäbe, würden sich wahrscheinlich alle Republikaner im Kongress und vielleicht die meisten Demokraten, zumindest viele, dessen schuldig machen, denn was sie oft explizit und zumindest implizit unterstützen, ist eine Situation, in der Juden Rechte haben, die Palästinenser nicht haben, insbesondere im Westjordanland, wo Juden und Palästinenser unter völlig unterschiedlichen Gesetzen leben. Ich denke also, wir sollten uns ansehen, was die Menschen tatsächlich wollen, was ihre Vision ist, und wir sollten darüber sprechen und sie an dem Prinzip messen, das ich für mein eigenes Land und für jedes Land wünsche: dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht usw.

C: Jetzt wollte ich es etwas schwieriger machen.

B: Bitte.

C: Okay. Denn es ist absolut richtig, was Sie sagen. Zunächst möchte ich meine eigene Position darlegen – ich bin kein Zionist und kein Antizionist. Ich bin

A-Zionist, Nicht-Zionist. Was bedeutet das? Ich möchte nicht in Israel leben, verstehe aber, dass die Juden nach den Ereignissen in Osteuropa und Deutschland sagten: Es reicht. Wir wollen in einem Land leben, in dem wir keine Minderheit sind, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass uns niemand beschützt. Wir müssen einen Ort finden, an dem wir uns selbst schützen können. Ich verstehe das, auch wenn es nicht meine Position ist.

Ich möchte nicht in Israel leben, weil ich Angst vor Mehrheiten habe. Ich möchte einer Minderheit angehören. Und ich habe Angst vor einer Mehrheit, selbst wenn es eine jüdische Mehrheit ist. Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem Juden die Mehrheit bilden, denn mein Verständnis von Jüdischsein – auch wenn ich nicht genau weiß, was es ist, aber ich versuche es herauszufinden – besteht darin, in einer Minderheit zu leben und aus einer Minderheitsposition heraus ein Gefühl von Gleichheit zu entwickeln. Deshalb kann ich andere Minderheiten verteidigen. Das Problem mit Israel ist, dass ich einerseits die Menschen vollkommen verstehe; und ich habe festgestellt, dass das Land, in dem die mutigste Minderheit – ich spreche nicht von den palästinensischen Arabern – offenbar die jüdische Minderheit ist, die gegen die jüdisch-israelische Mehrheit in Israel kämpft. Nehmen Sie »Breaking the silence« und nehmen Sie die anderen Gruppen auf, denn sie sind sehr mutig. Sie haben meinen Film nicht gesehen, aber darin ist Ayalon, der Chef des Schin Bet, also ein Zionist, zu sehen, und er hat sehr gut erklärt, was Verteidigung in Israel ist und was nicht. Und wir fragten ihn im Film, als ehemaligen Chef des Schin Bet: »Würden Sie als Palästinenser Gewalt anwenden?« Und er sagte: »Ja, natürlich!«

B: Barak tat das auch.

C: Natürlich würde er das. Warum? Weil sie für ihre Freiheit kämpfen. Ich war mit einem der Gründer von »Breaking the Silence«, mit Yehuda, in Hebron. Yehuda ist ein sehr religiöser Mann.

B: Heute ist er es nicht mehr so sehr. Aber trotzdem. Er ist ein großartiger Mann.

C: Nun ja, damals war er [sehr religiös]. Wir waren in der Zeit von Pessach, und er sagte mir: »Danny, ich würde mit aller Macht kämpfen, um Israel zu verteidigen.« Aber ich werde nie wieder für die besetzten Gebiete kämpfen.« Und ich fand das sehr beeindruckend, als Person, wissen Sie, weil er sich selbst

nicht belogen hat, wissen Sie, und es gibt so viele Leute wie Ayalon, genau die gleichen Typen von Männern, die wirklich denken.

Ich habe jetzt zwei Probleme mit der Debatte über Israel. Eines ist BDS. Ich sage Ihnen, BDS ist intellektuelle Faulheit. Warum? Was auch immer man tut, man kann Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftlern nie sagen, was sie tun dürfen und was nicht. Ich bin gegen jede Art von Boykott. Selbst jetzt sehe ich einen Film von Depardieu, er ist ein Freund Putins, es ist mir egal. Ich sehe seinen Film. Ob er mir gefällt oder nicht. Wenn eine Opernsängerin singt, singt sie nicht, weil sie Putins Stimme ist; sie singt. Ob es mir gefällt oder nicht. Die Freiheit eines Künstlers ist der Schlüssel zur Freiheit einer Gesellschaft. Bei Wissenschaftlern ist es dasselbe. Sie haben mich gefragt, ob man jeden boykottieren muss, der vom israelischen Staat bezahlt wird. Ich diskutiere nicht mit einem israelischen Wissenschaftler; er wird vom israelischen Staat bezahlt. Wahnsinn. Ich verteidige den Boykott im Europäischen Parlament; es war der Boykott von Produkten aus den besetzten Gebieten. Das macht Sinn, denn die besetzten Gebiete verstoßen gegen die UN-Resolution.

B: Entschuldigung, was ist, wenn es sich um einen Wissenschaftler oder Künstler aus den besetzten Gebieten handelt?

C: Auch da stellt sich die Frage: Was ist das Produkt? Wissen Sie, erstens –

B: Aber Sie sagten, Sie unterstützen Boykotte nicht, weil sie die künstlerische und geistige Freiheit verletzen, und dann sagten Sie, Sie unterstützen einen Boykott des Westjordanlands.

C: Nein, Produkte, Produkte.

B: Keine Einzelpersonen.

C: Keine Einzelpersonen. Ich halte es für unsinnig, Einzelpersonen zu boykottieren. Denn wissen Sie, in Deutschland gab es Zeiten, in denen Linke nicht das Recht hatten, zu unterrichten. Das ist keine Lösung. Der Boykott von Produkten stand im Einklang mit dem, was die UN beschlossen hatte, im Einklang mit dem Boykott Südafrikas. Wer in Südafrika hätte einen Schriftsteller boykottiert? Südafrikas?

B: Es gab einen massiven kulturellen und intellektuellen Boykott. Südafrika wurde von allen internationalen Sportwettbewerben ausgeschlossen.

C: Weil es eine Entscheidung der UN-Generalversammlung war. Das ist ein weiteres Problem. Das Problem ist, dass der Boykott des Sports international beschlossen wurde. Und selbst da war ich misstrauisch, ich bin misstrauisch. Aber wir haben Gordimer, eine Schriftstellerin, nicht boykottiert. Du kennst sie nicht, aber das ist egal.

B: Nadine Gordimer?

C: Ja.

B: Nein, nein, ich kenne ihre Arbeit gut.

C: Okay, aber du hast sie nicht boykottiert! Und sie war Südafrikanerin.

B: Ja, ich möchte Sie ausreden lassen.

C: Sie haben Andre Brink nicht boykottiert, Sie haben die südafrikanischen Rockstars, die gegen die Apartheid kämpften, nicht boykottiert. Ich gebe Ihnen das letzte Beispiel: Jane Birkin, Charles Aznavour, sie waren in Israel. Sie werden sagen, wir wollen in Ramallah singen, weil wir für zwei Staaten sind. Das ist verrückt. Absolut verrückt. Wissen Sie, sie waren für zwei Staaten und wollten das demonstrieren. Sie sagen also, nur diejenigen, die für einen Staat sind, sind richtig. Wenn man für zwei Staaten ist, ist man Teil der zionistischen Großbewegung. Nein, das kann nicht funktionieren. Mein erstes Problem ist also, dass ich BDS nicht akzeptiere. Nicht, weil sie antisemitisch sind. Ich glaube nicht, dass sie antisemitisch sind. Sie liegen falsch. Das reicht mir.

B: Vielleicht sollten wir hier bleiben, bevor wir zum nächsten Punkt übergehen, denn hier gibt es wahrscheinlich noch einiges zu besprechen. Ich denke, das Erste, was man über die BDS-Bewegung sagen kann, ist, dass BDS, der Boykott von Investitionssanktionen, eine Taktik ist. Es ist nicht das Endziel, es ist nicht das Prinzip.

C: Eine Taktik ohne Prinzipien existiert nicht.

B: Nein, es gibt drei Prinzipien, daher interessiert mich, mit welchem Sie nicht einverstanden sind. Das erste Prinzip ist ein Ende des von Israel 1967 besetzten Gebiets. Das zweite ist die Gleichberechtigung palästinensischer Bürger innerhalb der Grünen Linie. Und das dritte ist das völkerrechtliche Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr. Diesen dreien stimme ich zu.

C: Nein, dem dritten nicht.

B: Ich glaube, wenn Juden nach 2000 Jahren das Recht auf Rückkehr haben, haben Palästinenser nach 75 Jahren das Recht auf Rückkehr. Ich denke, Palästinenser können ihre Erinnerung und ihre Liebe zu ihrem Heimatort genauso gut bewahren wie wir. Wir können also unterschiedlicher Meinung sein, das ist in Ordnung, aber ich halte es vor allem deshalb für wichtig, weil es mich erstaunt, wie selten, zumindest in den USA, wenn man über BDS spricht, die Prinzipien, für die BDS eigentlich boykottiert, gar nicht erwähnt werden. Nun, es ist eine Taktik, und es gibt verschiedene Kampagnen, und ich stimme zu, dass sie falsch oder zu rigide angewendet werden kann.

Wie Sie glaube ich grundsätzlich, dass künstlerische und intellektuelle Freiheit äußerst wichtig ist. Ich denke auch, dass Sie, wenn Sie für eine Institution arbeiten, einschließlich einer Universität, die einen Großteil ihrer Mittel vom Staat erhält und der Staat schreckliche Menschenrechtsverletzungen begeht, ermutigt werden sollten, über Ihre Verantwortung nachzudenken. Sie sollten ermutigt werden, über Ihre Verantwortung nachzudenken, insbesondere weil Sie wissen, dass Ihre palästinensischen Kollegen in Gaza oder sogar im Westjordanland nicht zu dieser Konferenz reisen können, sie können nicht einmal oft in die Nachbarstadt fahren, sie können nicht reisen, um ihre eigenen Verwandten zu besuchen, zur Beerdigung ihrer Großmutter. Sie sollten also ermutigt werden, darüber nachzudenken, wie Sie sich ausdrücken können. Ja, gehen Sie zu Ihrer Konferenz über Geologie und sprechen Sie über Gesteine. Auf jeden Fall. Aber versuchen Sie vielleicht auch, einen Weg zu finden, auszudrücken, dass Sie glauben, dass etwas falsch daran ist, dass Ihre Institution einen Staat unterstützt, der Menschenrechte verletzt? Das Zweite, was ich sagen möchte, ist, weil Sie von Gewalt gesprochen haben: Wie Sie wissen, glaubte der Afrikanische Nationalkongress an Gewalt, glaubte an bewaffneten Kampf, und die Ukrainer glauben an bewaffneten Kampf. Wir haben oft großes Verständnis für manche Menschen, die an bewaffneten Kampf glauben. Aber ich denke, Sie und ich teilen die Ansicht, dass Gewaltlosigkeit viel besser ist –

C: Nein, nein.

B: Ich glaube, dass Gewaltlosigkeit viel besser ist, und ich bin unter allen Umständen gegen Gewalt gegen Zivilisten. Deshalb halte ich es für wichtig, sich zu fragen, ob Sie eine gewaltfreie palästinensische Bewegung ablehnen, die die Sprache des Völkerrechts spricht. Was genau wollen Sie von den Palästinensern? Denn wir glauben doch sicher nicht, dass sie einfach dasitzen und den Mangel an Grundrechten hinnehmen sollten, den Sie und ich niemals tolerieren würden. Und es ist sehr interessant, die Entscheidung des ANC Anfang der 1960er Jahre zu betrachten, von gewaltfreien Protesten zur Gewalt zu übergehen. Betrachtet man die internen Diskussionen, als Mandela eine Schlüsselfigur war, aber auch viele andere beteiligt waren, hieß es: Sie haben unsere gewaltfreien Proteste so erfolgreich beendet, dass wir keine andere Wahl haben, als etwas anderes zu versuchen: Gewalt anzuwenden, weil sie unsere gewaltfreien Proteste besiegt haben. Ich denke also, wer die BDS-Bewegung zerstören will, sollte sich überlegen, was passieren wird, wenn man die gewaltfreien Proteste der Palästinenser zerstört – in der Sprache der Menschenrechte und des Völkerrechts. Glauben Sie, die Palästinenser werden sagen: Okay, das hat nicht funktioniert, also werden wir wohl akzeptieren, keine Grundrechte mehr zu haben?

C: Nein, nein, nein, nein.

B: Die Palästinenser werden sich etwas zuwenden, das Ihnen vielleicht viel weniger gefällt.

C: Das ist viel zu einfach, denn ich habe nie gesagt, dass Palästinenser sich damit abfinden sollten, keine Grundrechte zu haben. Sie diskutieren nicht mit mir. Sie diskutieren gerade mit jemandem in den Vereinigten Staaten.

B: Stimmt.

C: Ich verstehe es, aber es ist nicht meine Position.

B: Mich interessiert, was Sie von ihnen erwarten.

C: Ja, aber Sie haben jetzt viel gesagt. Sie denken etwas, das nicht meiner Position entspricht.

B: Aber genau das hat die palästinensische Zivilgesellschaft geschaffen.

C: Ja, wir werden sehen. Ich werde zuerst erklären, warum ich nicht gewaltfrei bin. Ich werde es Ihnen sagen. Ich wurde 1945 geboren. Meine Eltern haben mich biologisch geprägt, als sie hörten, dass die Truppen – amerikanische, englische und kanadische – in der Normandie gelandet waren. Ohne diese Armee, die mit der Befreiung Europas begann, wäre ich nie geboren worden. Ich glaube also nicht an Gewaltlosigkeit. Ich glaube, manchmal muss man sich verteidigen. Und wenn man sich verteidigt, muss man zu den Waffen greifen. Wie die Ukrainer. Gewaltloser Widerstand gegen Putin – vielen Dank, ihr habt keine Chance, ihr seid am Ende. Deshalb müssen wir verstehen, warum Ayalon Recht hatte, als er sagte: Wäre ich Palästinenser, würde ich zu den Waffen greifen. Er hatte Recht, es gibt Momente im Leben oder in der Geschichte von Menschen, in denen man die Freiheit verteidigen muss. Und manchmal muss man die Freiheit mit Waffen verteidigen. Wenn andere einen mit Waffen angreifen, kann man nicht mit Gewaltlosigkeit reagieren. Die ganze Geschichte Indiens, dieser gewaltlose Widerstand Gandhis, zeigt, dass Indien heute eine der gewalttätigsten Gesellschaften der Welt ist. Erzählen Sie mir also nicht die wunderbare Realität der Gewaltlosigkeit.

B: Sie unterstützen also Gewalt unter Palästinensern?

C: Das verstehe ich. Ich unterstütze das nicht, wissen Sie, mein Problem ist es, nicht zu unterstützen. Ich verstehe, was sie tun, und ein Problem in meinem Film ist, dass ich keine Lösung habe. Er sagte: Sehen Sie, Dany, in der zweiten Intifada haben wir 2300 Zivilisten verloren und die Palästinenser 5000. Damals waren in den Umfragen 70 bis 80 Prozent der Israelis und Palästinenser für die Zweistaatenlösung. Wissen Sie, warum? Er sagte, weil sie gelitten haben. Wenn man nicht leidet und nicht an die Palästinenser denkt, ist das Leben in Israel wunderbar, großartig. Ich verstehe dieses Argument. Mein Problem ist nicht, immer mein majestätisches Ja oder Nein zu geben, sondern das Argument von allen zu verstehen. Das ist also das zweite und –

B: Welche palästinensische Antwort unterstützen Sie?

C: Bevor ich Ihnen die Antwort gebe, möchte ich Ihnen ein weiteres Problem nennen. Marek Edelman, kennen Sie Marek Edelman?

B: Ja, nicht persönlich.

C: Nicht persönlich, okay. Er war einer der großartigsten Menschen, die ich je gekannt habe. Marek Edelman, mit 19 Jahren der Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto, blieb danach in Polen und war bei Solidarność. Und einmal schrieb er einen offenen Brief in der New York Times an die Israelis und Palästinenser. Den Israelis sagte er – er war kein Zionist, aber er war auch nicht gegen Israel, er wollte nur nicht dort leben –: Mein Platz als Jude ist in Polen. Ihr müsst verstehen, dass die Palästinenser, so wie ihr für euren Staat gekämpft habt, Freiheitskämpfer für ihren Staat sind. Und das müsst ihr verstehen. Sie haben das gleiche Recht auf einen Staat wie ihr. Den Palästinensern sagte er: Wir, ich, Marek Edelman, wir haben gegen die Wehrmacht und die Nazis gekämpft. Wir haben nie Frauen und Kinder getötet. Und das sage ich den Palästinensern.

B: Also könnt ihr Soldaten angreifen, aber keine Zivilisten?

C: Ja, denn das ist die Realität der Besatzung. Und dabei – und ich weiß, wie kompliziert Gewalt ist – denke ich an eine andere Debatte zwischen Camus und Sartre über Algerien. Und wissen Sie, ich erzähle Ihnen eine persönliche Geschichte. Mein neun Jahre älterer Bruder unterstützte während des Krieges die algerische Seite. Damals, wissen Sie, gab es ihre Kofferträger, ihre porteur de valises – ich weiß nicht, wie man das auf Englisch sagt –, die Dinge von einem Ort zum anderen brachten. Und eines Tages war er mit vier algerischen Kämpfern in einem Restaurant in Paris, und sie sagten zu meinem Bruder: »Wissen Sie, wenn wir die Franzosen loswerden, werden wir auch die Juden loswerden.« Und mein Bruder sagte: »Und ich? Nein, du bist anders.« Und wir alle waren in dieser Lage, und später, bei den antikolonialen Kämpfen in Vietnam, Nicaragua und El Salvador, waren wir auf der Seite der Befreiung. Aber Camus sagte uns: Passt auf, denn die Methoden, mit denen ihr kämpft, sind das Symbol dafür, wie euer Staat danach aussehen wird. Das ist das Problem.

B: Ich stimme zu.

C: Das ist das Problem. Also, ich verstehe die Palästinenser. Aber ich kann es nicht verstehen, ich kann das nicht vergessen, denn wir lagen in Bezug auf Kuba falsch, wir lagen in Bezug auf Nicaragua falsch, wir lagen in Bezug auf El Salvador falsch.

B: Ich schliesse mich übrigens selbst in dieses »Wir« ein.

C: Weil du viel jünger bist!

B: Ich habe mich bei anderen Dingen geirrt.

C: Also, ich sage: wir, die Linken, die Linken. Ich stimme Ihnen zu, dass der größte Antisemitismus rechts zu finden ist, aber es gibt auch linken Antisemitismus. Und in Deutschland gab es die Rote Armee Fraktion.

B: Ja

C: Und Sie wissen, was sie getan haben: Sie haben ein Flugzeug genommen und die Juden auf die eine und die anderen auf die andere Seite gestellt. Das Schwierigste, und ich würde sagen, es ist auch für die Palästinenser das Schwierigste, ist die Ethik. Die Ethik des Widerstands. Und wir müssen eine radikale, offene Diskussion mit den Palästinensern über die Ethik des Widerstands führen, und wir müssen eine offene und radikale Diskussion mit Israel über die Ethik eines Staates führen. Wir können nicht das eine nach dem anderen sagen, sondern beides gleichzeitig. Das ist meine Position, und deshalb stimme ich Ihnen in Sachen Gewaltlosigkeit nicht zu.

B: Richtig, es ist eine sehr provokante Position, die Sie vertreten, indem Sie gewaltsamen Widerstand gegen israelische Soldaten unterstützen, aber die BDS-Bewegung nicht unterstützen. Ich glaube nicht, dass ich dir völlig zustimme.

C: Ich möchte nur eines sagen, weil es nicht meine Position ist. Ich sage: Ich verstehe. Es ist ein Unterschied. Jeder zitiert dich, nachdem ich es so verstanden habe, wie Ayalon es versteht. Ich habe versucht, auf der einen und auf der anderen Seite der Mauer in Israel ein Rockkonzert zu organisieren, weil ich sagte, das wäre ein Symbol für die Überwindung dieser Mauer. Nimm die größte Gruppe. Ich hatte diese Idee, als ich in Ramallah war, nachdem ich Abu Mazen getroffen hatte. Ich ging durch die Straßen von Ramallah und sah junge Leute, der eine trug die Flagge von Real Madrid, der andere die von Barcelona. Ich sagte: Oh Gott. Da versteht man, warum man ein Symbol für etwas nehmen und versuchen sollte, zu vereinen. Wir haben es nie geschafft, aber ich denke, das ist eine Art von Widerstand, an die ich denke.

B: Wie Barenboim und Saida's Orchester, das sie mit israelisch-palästinensischen Musikern hatten. Ich denke, Ihr Punkt zur Ethik des Widerstands und zur Art und Weise, wie man eine Widerstandsbewegung führt, hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Verhalten an der Macht. Dem stimme ich voll und ganz zu. Ich halte das für einen sehr, sehr wichtigen Punkt. Es ist manchmal nicht leicht, sich daran zu erinnern, wenn man sich in einer verzweifelten Situation befindet und mit überwältigender Macht konfrontiert ist. Aber ich denke, die größten Anführer und die größten Bewegungen denken darüber nach. Ich finde aber auch, dass Sie einen weiteren wichtigen Punkt angesprochen haben: Sie zitieren Ayalon, der sagt, dass Menschen nicht dazu neigen, ungerechte Macht aufzugeben, nur weil sie eines Morgens aufwachen und denken, es sei nicht richtig.

Wie Frederick Douglass, der große schwarze Abolitionistenführer, sagte: Macht gibt nichts ohne Forderung auf. Sie verwendeten das Wort »Leiden« – sie haben nicht gelitten. Obwohl ich BDS nicht in jeder Hinsicht unterstütze, würde ich mir die jeweilige Kampagne, diese jeweilige Person, diesen jeweiligen Clan genauer ansehen. Ich glaube, dass die Unterdrückung und die überwältigende Gewalt, die den Palästinensern angetan wird, die israelische Gesellschaft einen Preis zahlen müssen. Ich möchte, dass kein Israeli stirbt. Deshalb bin ich nicht bereit, gewaltfreie Bemühungen zu verurteilen, sei es vor dem Internationalen Strafgerichtshof, den Vereinten Nationen oder anderen Organisationen. Ich könnte mich zwar entscheiden, sie nicht zu unterstützen. Zunächst halte ich sie vielleicht für einen taktischen Fehler, aber im Großen und Ganzen bin ich wohlwollend, gerade weil ich glaube, dass sie den von Ihnen aufgestellten Test besteht. Ich denke, eine gewaltfreie Bewegung, die die Sprache des Völkerrechts und der Menschenrechte vertritt, schafft tatsächlich bessere Chancen für eine Gesellschaft, in der sowohl Juden als auch Palästinenser eines Tages gedeihen können.

C: Ja, aber sehen Sie, das ist okay, und ich sage nicht, dass man Gewalt anwenden muss. Ich sage nur, dass ich verstehe, warum Menschen in bestimmten Situationen Gewalt anwenden. Und dann sage ich: Lasst uns über die Ethik sprechen. Das andere Problem mit Ihrem Argument: In Berlin kam eine Musikgruppe für ein elektronisches Konzert und wurde dann angegriffen, weil die Reise von Israel bezahlt wurde. Es kostet Israel nichts. Es stimmt nicht, dass sie darunter leiden. Es ist absolut lächerlich. Wenn Sie mich also dazu bringen wollen, zu sagen: »Kann das intelligent sein?«, eine Maßnahme, von der Sie sagen, sie kostet etwas, ja, sie kostet etwas, wenn Sie die Israelis dazu zwingen,

dass alle Produkte aus den besetzten Gebieten nicht nur gekennzeichnet werden müssen, sondern das Geld auch an die Palästinenser geht. Es kostet etwas, und das ist ein Recht, und ich habe es im Europäischen Parlament verteidigt, und wir haben es durchgesetzt.

B: Ja.

C: Da stimme ich Ihnen zu. Wir müssen dafür sorgen, dass Israel etwas kostet für die unmenschliche Behandlung der Palästinenser im besetzten Land. Absolut richtig, aber all der ideologische Aufwand, den Sie mit Wissenschaftlern und Kulturschaffenden betreiben, steht dem nicht gegenüber. Sie tun es, weil es der einfachste Weg ist. Es kostet nichts. Was es gekostet hat, war, dass Charles Aznavour nicht in Ramallah gesungen hat.

B: Nun ja...

C: Nichts. Es war schlimm für die Menschen in Ramallah, aber nicht für Charles Aznavour.

B: Ich möchte noch etwas zu einem anderen Thema sagen und Ihnen eine Frage stellen, weil wir in Deutschland sind und ich sehr neugierig bin. Ich versuche, die Debatte in Deutschland über Israel zu verfolgen, und mir scheint, dass ein Teil der deutschen Bevölkerung Schuldgefühle oder Hemmungen empfindet angesichts dessen, was Deutschland den Juden angetan hat. Und deshalb sind Leute gekommen und haben gesagt, man müsse auf diese Schuld reagieren, indem man Israel unterstützt und Kritik an Israel ablehnt. Und mir scheint, die meisten Deutschen reagieren darauf mit den Worten: »Ich möchte dem nicht widersprechen, denn ich möchte nicht als Antisemit bezeichnet werden, und das ist das Schlimmste, was man in Deutschland nennen kann.«

Wäre es fair, den Deutschen zu sagen – da ich kein Deutscher bin, möchte ich wissen, was Sie denken –, dass das moralische Erbe des Holocausts doch wohl Mut ist, für Menschenrechte zu kämpfen, auch wenn es große Mut erfordert? Wenn also der Mut, den es im Jahr 2022 braucht, um für Menschenrechte zu kämpfen – in diesem Fall für die Menschenrechte der Palästinenser, denen die grundlegendsten Rechte fehlen –, der Mut ist, sich als Antisemit bezeichnen zu lassen, dann muss man den Mut haben, sich im Namen des Kampfes für Menschenrechte als Antisemit bezeichnen zu lassen.

C: Sie haben Recht, aber mit der falschen Formulierung.

B: Okay.

C: Sie haben Recht. Ich akzeptiere nicht, dass ich ein Antisemit bin, wenn ich Israel kritisiere. Und Sie müssen mit dieser verrückten Formulierung aufhören, denn Sie akzeptieren die allgemeine deutsche Formulierung: Wer Israel kritisiert, ist ein Antisemit. Das ist Unsinn. Man muss also nicht den Mut haben, ein Antisemit zu sein, man muss den Mut haben, ein Mensch zu sein. Das ist etwas anderes, und das Problem Deutschlands ist einerseits diese Erklärung des Bundestags zu BDS, die absoluter Wahnsinn ist. Es ist absoluter Wahnsinn, da sind wir uns einig. Andererseits ist dieses Land, der Westen, ein Land, in dem 50 000 Juden nur lebten, weil sie sich ausruhen wollten. Und wenn ich meinen Eltern 1945, nachdem sie 1933 aus Berlin fliehen mussten, gesagt hätte: Seht, in 70 Jahren wird Deutschland das Land sein, in dem Juden und Israelis zur Ruhe kommen wollen, würden sie sagen: Ihr seid völlig verrückt, ihr wisst nicht, was ihr sagt. Mein Argument lautet also: Auf der einen Seite steht eine deutsche, nationalistische Formulierung gegenüber Israel, die, wie Sie sagten, völlig von Schuld geprägt ist.

Ich bevorzuge Deutsche, die Schuldgefühle haben oder sich schlecht fühlen, gegenüber Deutschen, die Juden getötet haben. Auch wenn schlechte Gefühle nicht ausreichen und nicht immer sehr intelligent sind, ist es besser. Andererseits ist die deutsche Gesellschaft nach den Ereignissen in den USA eine der offeneren und liberaleren Gesellschaften weltweit. Greifen Sie also die Formulierungen an, greifen Sie die Struktur der Auseinandersetzungen mit Israel an. Stimmen Sie zu, dass Philosemitismus eine Form von Antisemitismus ist, aber stimmen Sie der Gesellschaft, dem Westen, zu, dass die Deutschen vielleicht das Land sind, das – es ist nicht perfekt – mehr über die Verantwortung für die eigene Geschichte nachgedacht hat? Wir müssen das akzeptieren, denn sonst sind wir dieser Gesellschaft gegenüber nicht fair.

B: Danke.

Anhang

Biographien

Gilbert Achcar ist emeritierter Professor für Entwicklungsstudien und Internationale Beziehungen an der SOAS, University of London. Vor London forschte bzw. unterrichtete er in Beirut, Paris und Berlin. Er ist Autor zahlreicher Bücher, darunter »*Die Araber und der Holocaust: Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen*« (Hamburg: Nautilus, 2012). Sein Buch »*The Gaza Catastrophe*« erschien im Sommer 2025 auf Englisch.

Tareq Baconi ist Autor von »*Hamas Contained: A History of Palestinian Resistance*« (Stanford University Press: 2018, 2024). Er war Senior Analyst für Palästina/Israel bei der International Crisis Group mit Sitz in Ramallah. Seine Texte erschienen unter anderem in der *New York Review of Books*, der *London Review of Books* und der *New York Times*. Er ist Präsident des Vorstands von *Al-Shabaka: The Palestinian Policy Network*.

Omer Bartov hat den Samuel P. Hays Lehrstuhl für Holocaust- und Genozid-Studien an der Brown University inne. Er wurde in Israel geboren, studierte an der Universität von Tel Aviv sowie in Oxford. Er verfasste neun Bücher. Seine jüngsten Veröffentlichungen sind unter anderem »*Vanishing Traces of Jewish Galicia in Present-Day Ukraine*« (2007) sowie »*Anatomy of a Genocide: The Life and Death of a Town Called Buczacz*« (2018), das den National Jewish Book Award sowie den Yad Vashem International Book Prize for Holocaust Research gewann und in mehrere Sprachen übersetzt wurde (auch ins Deutsche unter dem Titel »*Anatomie eines Genozids. Leben und Sterben einer Stadt namens Buczacz*«). Zuletzt verfasste er »*Tales from the Borderlands: Making and Unmaking the Galician Past*« (2022). Bartov ist außerdem Herausgeber von folgenden Sammelbänden: »*Shatterzone of Empires: Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands*« (2013), »*Voices on War and Genocide: Three Accounts of the*

World Wars in a Galician Town« (2020) und »*Israel-Palestine: Lands and Peoples*« (2021). Sein neuer Roman »*The Butterfly and the Axe*« erscheint 2023.

Peter Beinart ist Professor für Journalismus und Politikwissenschaft an der Newmark School of Journalism der City University of New York. Er ist als Gastkommentator für die *New York Times* tätig, Editor-at-Large von *Jewish Currents*, politischer Kommentator bei MSNBC und Nicht-Resident Fellow der *Foundation for Middle East Peace*. Er verfasst den Newsletter *Beinart Notebook* auf Substack.com. Sein jüngstes Buch »*Being Jewish After the Destruction of Gaza*« erscheint 2025 bei Knopf.

Omri Boehm ist ein israelischer Philosoph und außerordentlicher Professor für Philosophie an der New School for Social Research. Er ist bekannt für seine Interpretation der Bindung Isaaks, Arbeiten zu Kant und Schriften über Israel und Zionismus.

Avraham Burg ist ein israelischer Autor und Politiker. Er war Mitglied der Knesset, Vorsitzender der Jewish Agency for Israel, Sprecher der Knesset und Zwischenpräsident Israels. Er war der erste Sprecher der Knesset, der nach der Unabhängigkeitserklärung Israels im Jahr 1948 in Israel geboren wurde.

Daniel Cohn-Bendit, 1945 in Frankreich geboren, ist seit Anbeginn Grüner Politiker und Publizist. Er arbeitete als Buchhändler, Gründer einer Stadtzeitschrift und Leiter der multikulturellen Belange in Frankfurt am Main. Von 1994 bis 2014 saß er im Europäischen Parlament für die deutschen und französischen Grünen. Er hat mehrere Bücher über Linke Politik und Europa verfasst.

Joseph Croitoru ist deutscher Historiker, Journalist und Autor, geboren 1960 in Haifa, schreibt seit 1992 für die deutschsprachige Presse und den Rundfunk mit den Schwerpunkten Nahost und Osteuropa. Zu seinen jüngeren Buchpublikationen gehören »*Die Deutschen und der Orient*« (über das Islambild der deutschen Aufklärung, 2018); »*Al-Aqsa oder Tempelberg. Der ewige Kampf um Jerusalems heilige Stätten*« (2021); »*Die Hamas: Herrschaft über Gaza, Krieg gegen Israel*« (2024) und »*Die Hisbollah. Irans Schattenarmee vor den Toren Israels*« (2025). Croitoru ist Träger des Friedenspreises der Geschwister Korn und Gerstenmann-Stiftung.

Irit Dekel ist Assistenzprofessorin im Fachbereich Germanische Studien und im *Borns Jewish Studies Program* der Indiana University, Bloomington. Ihre Forschungsfelder umfassen kulturelles Gedächtnis im zeitgenössischen Deutschland; Migration, Medien, ethnische und rassistische Ungleichheit sowie Museen. Dekel war Herausgeberin des *Routledge Handbook of Memory Activism* (2023). Ihr Beitrag *Philosemitism in Contemporary German Media* wurde 2022 in *Media, Culture & Society* veröffentlicht.

David Feldman ist Direktor des *Birkbeck Institute for the Study of Antisemitism* und Professor für Geschichte an der Birkbeck University of London. Zu seinen jüngsten Publikationen gehören (mit Ben Gidley und Brendan McGeever) »Facing Antisemitism: the struggle for safety and solidarity« (2025) und (herausgegeben mit Marc Volovici) »Antisemitism, Islamophobia and the Politics of Definition« (Palgrave, 2023). Seine Schriften über Antisemitismus erschienen u. a. in *The Guardian*, *The Financial Times*, *Haaretz*, *The New Statesman*, *The Independent*, *The Political Quarterly* und *The Ideas Letter*.

Konstanty Gebert ist polnischer Journalist, Oppositionsaktivist der Siebzigerjahre und Underground-Journalist (als Dawid Warszawski) in den Achtzigerjahren. Mitbegründer u. a. der Underground-Jugenduniversität *Jewish Flying University* (1979), einer unabhängigen Gewerkschaft, die sich 1980 mit *Solidarność* zusammenschloss, dem Polnischen Rat der Christen und Juden (1989), und der jüdischen intellektuellen Monatszeitschrift *Midrasz* (1997). Von 1989 bis 2022 arbeitete er bei *Gazeta Wyborcza*, Polens größter Tageszeitung. Derzeit veröffentlicht er auf *kulturaliberalna.pl*. Vorstandsmitglied u. a. von *Paideia* in Stockholm und des *Garden of the Righteous* in Warschau, beratendes Mitglied im *Einstein Forum*. Er ist Autor von über einem Dutzend Büchern. Sein Werk *Ostateczne rozwiązania* [Endlösungen], Warschau 2022, über vergleichenden Genozid, erhielt zahlreiche Auszeichnungen. Sein aktuelles Werk: *Pokój z widokiem na wojnę* [Raum mit Blick auf einen Krieg], Warschau 2023, eine Geschichte Israels, war als »Buch des Jahres 2023« nominiert. Sein polnischer Podcast über Israel »The over-promised land« hat fast 700.000 einzelne Downloads.

Sander L. Gilman ist emeritierter Distinguished Professor der Geistes- und Sozialwissenschaften sowie emeritierter Professor für Psychiatrie an der Emory University. Als Kultur- und Literaturhistoriker ist er Autor oder Herausgeber von über hundert Büchern. Sein Werk »Gebannt in diesem magischen Judenkreis: Essays« erschien 2022 im Wallstein Verlag (Göttingen); sein jüngs-

tes, Werk ist »*Readers for Life: How Reading and Listening in Childhood Shape Us*« (London, 2024). Er ist Autor der Basiststudie zur visuellen Stereotypisierung von Geisteskranken, »*Seeing the Insane*«, veröffentlicht von John Wiley & Sons 1982 (Neuaufgaben 1996 und 2014) sowie der Standardstudie über jüdische Selbsthass von der Johns Hopkins University Press aus dem Jahr 1986, die weiterhin im Druck erhältlich ist. Fünfundzwanzig Jahre lang war er Mitglied der Geistes- und Medizinischen Fakultäten der Cornell University, wo er die *Goldwin Smith Professorship of Humane Studies* innehatte. Sechs Jahre lang war er Inhaber des *Henry R. Luce Distinguished Service Professorship* der Liberal Arts in Human Biology an der University of Chicago. Vier Jahre lang war er Distinguished Professor der Liberal Arts und Medizin an der University of Illinois at Chicago, wo er das »*Humanities Laboratory*« errichtete. Von 1990–1991 war er Visiting Historical Scholar in der National Library of Medicine, Bethesda, MD; 1996–1997 Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford; 2000–2001 Berlin Prize Fellow an der American Academy in Berlin; 2004–2005 Weidenfeld Visiting Professor of European Comparative Literature an der Universität Oxford; 2007–2012 Professor am Institute in the Humanities, Birkbeck College; 2010–2013 Visiting Research Professor an der University of Hong Kong; außerdem Alliance Professor of History an der Ludwig-Maximilians-Universität München (2017–18). Er war Gastprofessor an vielen Universitäten in Nordamerika, Südafrika, Großbritannien, Deutschland, Israel, China und Neuseeland. Er war Präsident der Modern Language Association im Jahr 1995. Er erhielt 1997 den Doktor der Rechtswissenschaften (honoris causa) von der University of Toronto, 2000 die Ehrenprofessur an der Freien Universität Berlin, 2007 Ehrenmitglied der American Psychoanalytic Association, und 2016 wurde er in die American Academy of Arts and Sciences aufgenommen.

Philip Gorski ist Frederick und Laura Goff Professor an der Yale University. Seine Forschung konzentriert sich auf Religion und Politik in vergleichender und historischer Perspektive. Zuletzt erschien von ihm, gemeinsam mit Samuel Perry, »*The Flag and the Cross*« (Oxford, 2022). Er arbeitet derzeit an einem Buch über die Fragmentierung des Heiligen und die Geschichte des westlichen Christentums.

Jan Grabowski ist ein polnisch-kanadischer Geschichtspräsident an der Universität Ottawa, der sich auf die jüdisch-polnischen Beziehungen im von Deutschland besetzten Polen während des Zweiten Weltkriegs und den Ho-

locaust in Polen spezialisiert hat. Grabowski war 2003 Mitbegründer des Polnischen Zentrums für Holocaust-Forschung in Warschau, Polen.

Volkhard Knigge ist Historiker mit psychoanalytischer Ausbildung sowie Ausstellungsmacher. 1994 bis 2020 Direktor der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora. 2007 – 2020 Lehrstuhl für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 2011/12 Senior Fellow an der School of History des FRIAS. 2015 – 2020 Sprecher des ProExellenz Kollegs an der FSU Jena »Das 20. Jahrhundert und seine Repräsentationen«. Mitglied der Sachverständigenkommission zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes 2000 bis 2020. Aktiv in zahlreichen wiss. Beiräten, zuletzt zur Konzeptualisierung des »Dokumentationszentrums NS-Besatzungsherrschaft in Europa« (2000–2022) und zur Geschichte des Nationalsozialistischen Untergrunds (2023/24). Zahlreiche Forschungsprojekte und Publikationen zu Geschichtskultur, Erinnerungspolitik und Gedenkstättenarbeit. 2020: »*Geschichte als Verunsicherung. Konzeptionen für ein historisches Begreifen des 20. Jahrhunderts*«. 2022: »*Jenseits der Erinnerung. Verbrechenstgeschichte begreifen*«. 2025: »*Äußere Angriffe. Innere Erosionen. Deutsche Erinnerungskultur 2025*«. Ausstellung 2024 mit Irina Scherbakowa: »*Das andere Russland MEMORIAL. 35 Jahre Kampf um historische Wahrheit und Demokratie*.«

Nikolaj Kaposov ist Distinguished Professor of Practice an der School of History and Sociology der Georgia Institute of Technology (Atlanta, USA). Zuvor arbeitete er an der Johns Hopkins University, der Emory University, der Helsinki University und der École des hautes études en sciences sociales. Von 1998 bis 2009 war er Gründungsdekan des Smolny College of Liberal Arts and Sciences, einem Joint Venture der Saint-Petersburg State University und Bard College (New York). Seine akademischen Interessen umfassen moderne europäische Ideengeschichte, post-sowjetisches Russland, Historiographie, historisches Gedächtnis und vergleichende Politik der Vergangenheit. Er ist Autor von sechs Büchern, darunter »*Memory Laws, Memory Wars: The Politics of the Past in Europe and Russia*« (Cambridge University Press, 2018) und »*De l'imagination historique*« (Éditions de l'ÉHÉSS, 2009). Er hat außerdem mehrere Sammelbände und Übersetzungen bearbeitet.

Antony Lerman ist Senior Fellow am Bruno Kreisky Forum for International Dialogue in Wien und Honorar Fellow am Parkes Institute for the Study of Jewish/Non-Jewish Relations der University of Southampton. Er ist Autor

von »*Whatever Happened to Antisemitism? Redefinition and the Myth of the ›Collective Jew‹*« (2022), »*The Making and Unmaking of a Zionist: A Personal and Political Journey*« (2012) und Editor von »*Do I Belong? Reflections from Europe*« (2017). Er war Mitglied des beratenden Ausschusses der Holocaust-Ausstellung am Imperial War Museum, London, Gründungsdirektor des Institute for Jewish Policy Research (JPR). Er war Editor (und ist derzeit Associate Editor) der Fachzeitschrift *Patterns of Prejudice*, General Editor von *Antisemitism World Report* 1992–99. Er hat unter anderem für den *New York Times*, *London Review of Books*, *Guardian*, *Independent*, *Haaretz*, *The Nation*, *Jewish Chronicle*, *Aufbau*, *Tachles*, *Jewish Quarterly*, *Middle East Eye*, *openDemocracy*, und *Declassified UK* geschrieben.

Vladyslava Moskalets ist Forscherin am *Center for Urban History of East-Central Europe*, assoziierte Professorin am Department of History und Koordinatorin des Judaistik-Programms an der Ukrainian Catholic University in Lviv. Vladyslava war Fellow des Galician Doctoral Program an der Universität Wien (2013–2016), Fulbright-Stipendiatin an der Northwestern University, Chicago (2018–2019) und Visiting Professor an der University of Illinois Chicago (2023). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf jüdischer Sozialgeschichte, jiddischer Literatur und jüdisch-ukrainischen Beziehungen. Zu ihren aktuellen Veröffentlichungen gehören »*Ukrainischer Jude... Eine Geschichte, die eigentlich nicht hätte passieren können*« in »*Die Ukraine in Europa: Traum und Trauma einer Nation*« (Hrsg. Franziska Davies, 2023) und »*The Roads of Baal Shem Tov: Reimagining the Carpathians as Jewish Space in the 20th Century*« (Euxeinos, Hrsg. Bohdan Shumylovych und Joshua First, 2024).

Susan Neiman ist seit 2000 Direktorin des Einstein Forums. Geboren in Atlanta, Georgia, studiert sie Philosophie an Harvard University und die Freie Universität Berlin und promoviert 1986 an Harvard bei John Rawls. Sie war Philosophieprofessorin an Yale University und Tel Aviv University, bevor sie die Leitung des Einstein Forums übernahm. Sie ist Autorin von zehn Büchern, die in fünfzehn Sprachen übersetzt wurden, wie auch über hundert Aufsätze in z. B. die *New York Review of Books*, the *New York Times* the *Guardian*, die ZEIT, der *Spiegel*, und andere Zeitschriften. Neiman ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie die American Philosophical Association. Weitere Auskunft unter: www.susan-neiman.com

Esra Özyürek ist Sultan-Qaboos-Professor für Abrahäische Religionen und Gemeinsame Werte an der Faculty of Divinity der University of Cambridge. Sie ist Anthropologin und lehrte zuvor an der London School of Economics und der University of California, San Diego. Sie ist Autorin von »*Subcontractors of Guilt: Holocaust Memory and Muslim Belonging in Post War Germany*« (Stanford University Press); »*Being German, Becoming Muslim: Race, Religion, and Conversion in the New Europe*« (Princeton University Press); und »*Nostalgia for the Modern: State Secularism and Everyday Politics in Turkey*« (Duke University Press).

Andrea Pető (1964) ist Professorin am Lehrstuhl für Gender Studies an der Central European University in Wien, Research Affilierte des CEU Democracy Institute, Budapest, und Doktor der Wissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Ihre Forschungsgebiete sind Gender History und Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Ihre Werke erschienen in 23 Sprachen. Zurzeit untersucht sie die Frauenbewegung der Pfeilkreuzler: »*Women in the Arrow Cross Movement*« (Palgrave, 2020). Veröffentlichungen: »*Women in Hungarian Politics 1945–1951*« (Columbia University Press, 2001), »*Geschlecht, Politik und Stalinismus in Ungarn. Eine Biographie von Júlia Rajk.*« Studien zur Geschichte Ungarns, Bd. 12. Gabriele Schäfer Verlag, 2007. Ihr Buch, »*Das Unsagbare erzählen. Sexuelle Gewalt in Ungarn im Zweiten Weltkrieg*« erschien 2021 im Wallstein Verlag. 2005 wurde sie mit dem Ehrenverdienstkreuz der Republik Ungarn ausgezeichnet. 2018 wurde sie mit dem Madame de Staël-Preis für kulturelle Werte aller europäischen Akademien (ALLEA) 2018 und Oslo University Human Rights Award 2022 ausgezeichnet. Sie ist Doktor Honoris Causa von der Universität Södertörn, Stockholm, Schweden.

Diana Pinto ist Historikerin und Schriftstellerin mit Wohnsitz in Paris. Sie ist Tochter italienisch-jüdischer Eltern, in den USA erzogen und lebt in Frankreich. Sie hat an der Harvard University ihren PhD in Contemporary European History erlangt. Über ihr multiples Zugehörigkeitsgefühl hat sie in ihrer intellektuellen Autobiografie »*Entre deux mondes*« (Odile Jacob Paris 1991) geschrieben. Sie hat während ihrer Karriere als Politikberaterin umfangreich über multiple Identitäten in pluralistischen Demokratien geschrieben. Ihr Buch »*Israel has moved*« (Harvard University Press 2013) wurde auf Französisch und auf Deutsch veröffentlicht.

Valentina Pisanty ist ordentliche Professorin für Semiotik am Fachbereich Literatur, Philosophie und Kommunikation der Universität Bergamo. Sie ver-

öffentliche Aufsätze über Holocaustleugnung, faschistischen Rassismus, die Rhetorik der Erinnerungskultur und die Semiotik des Zeugnisses. Zu ihren Publikationen gehören *L'irritante questione delle camere a gas: logica del negazionismo* (1998), *La Difesa della Razza: antologia 1938–1942* (2006), *Abusi di memoria: negare, banalizzare, sacralizzare la Shoah* (2012), *The Guardians of Memory and the Return of the Xenophobic Right* (2021) und *Antisemita. Una parola in ostaggio* (2025).

Eran Schaerf ist Künstler und Autor. Zu seinen jüngsten Projekten zählen der Essayfilm »*Only Six Can Play this Game*« (gemeinsam mit Eva Meyer, Buk-Seoul Museum of Art, Seoul, 2022); die Ausstellungen »*Levantine Line Library*« (Institut de Carton, Brüssel, 2022, und Galerie Zwinger, Berlin, 2023) sowie »*Nomadesque*« (Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia, Madrid, 2023); das Hörspiel »*Europa, halbnah. Obwohl wir wieder da sind, werden wir doch nie zurückkehren*« (gemeinsam mit Eva Meyer, Bayerischer Rundfunk, 2024). Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören »*Levantinism: The Anachronic Possibilities of a Concept*« (gemeinsam mit Eva Meyer; BAKonline, 2021); »*Revoicing*« (in: Beatrice von Bismarck (Hg.), »*Archives on Show. Revoicing, Shapeshifting, Displacing: A Curatorial Glossary*«, Archive Books, 2022); »*Blinded in Remembering the Present? Ask Franz*« (in: *Side Magazine: An Acrobats*, Yasmine d'O (Hg.), Wirklichkeit Books/Bergen Assembly, 2022); »*Ein jüdischer Garten*« (mitherausgegeben mit Hila Peleg und Itamar Gov, Hanser, München, 2022); »*Gesammeltes Deutsch*« (transversal texts, Wien, 2023).

Jelena Subotić ist Professorin am Fachbereich Politikwissenschaft der Georgia State University in Atlanta, USA. Ihr Buch »*Yellow Star, Red Star: Holocaust Remembrance After Communism*« (2019) erhielt 2020 den Joseph Rothschild Prize in Nationalism and Ethnic Studies, den European Politics and Society Book Prize der American Political Science Association sowie den Robert L. Jervis and Paul W. Schroeder Award für das beste Buch über internationale Geschichte und Politik; außerdem erhielt es eine lobende Erwähnung für den Barbara Heldt Prize 2020 für das beste Buch einer Frau in den Bereichen Slawistik/Osteuropa-/Eurasienstudien. Sie ist Mitherausgeberin von *Politics, Violence, Memory: The New Social Science of the Holocaust* (2023). Ihr erstes Buch, »*Hijacked Justice: Dealing with the Past in the Balkans*«, erschien 2009. Ihr nächstes Buch, »*The Art of Status: Looted Treasures and the Global Politics of Restitution*«, wird 2025 veröffentlicht.

Alexander Verkhovskiy wurde 1962 geboren und lebt in Moskau. 1984 schloss er sein Studium der Angewandten Mathematik ab. Er war ab 1989 Chefredakteur der Samisdat-Zeitung »*Panorama*« und wurde anschließend Vizepräsident des Panorama Research Center. 2002 wurde er Direktor des SOVA Center for Information and Analysis, einer Organisation, die 2016 von den russischen Behörden als »ausländischer Agent« eingestuft und 2023 aufgelöst wurde. Danach leitete Verkhovskiy das nicht registrierte SOVA Research Center, das 2024 ebenfalls als »ausländischer Agent« deklariert wurde. Von 2012 bis 2022 war er Mitglied des Präsidentenrates für Menschenrechte und Zivilgesellschaft. Seine Forschungsschwerpunkte sind politischer Extremismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, Religion und Politik sowie der Missbrauch von Anti-Extremismus-Gesetzen im heutigen Russland. Er ist Autor mehrerer Bücher zu diesen Themen.

